REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

# analyse & kritik

## Nr. 322 · 17.9.1990

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 59 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

# Inhalt


1. 3. Oktober: Kein Tag zum Feiern!
2. Die DDR am Tropf
3. Bundeswehr im Kriegseinsatz
4. Warten auf die Invasion: Reportage von Verena Krieger und Gisela Wuttke über eine Kubareise
5. Irak und Palästina: Heikle Position der PLO
6. Die Neue Weltordnung
7. "Politisch ein Segen für Israel"
8. Friedensbewegung und Golfkrieg Eine Frage des Gewissens
9. Frankreich und BRD Unterschiede im Ausbau der Atomenergie
10. NATO auf Kriegskurs am Golf Wollen die Grünen mitmarschieren?
11. Neuer gesamtdeutscher ABC-Waffenverzicht?
12. TASM: Neue Atomwaffen mit Reichweite Moskau
13. Rekordernte und doch kein Brot Die Lage in der UdSSR spitzt sich zu
14. Heiner Geißler und die Schrumpfgermanen Multikultur, Asyl und die Modernisierer
15. BRD: Grenzenlos asylfeindlich
16. Von Rassenhygiene und Armutsbewegungen Das neue Kleid des Neofaschismus
17. SchwarzRotGold-Hetze gegen Roma und Cinti
18. MultikulturRassismus in Großbritannien von Eckard Voss
19. Bologna vergißt nicht - 10 Jahre nach dem Massaker
20. Faschisten in der DDR: Zukunft durch Großdeutschland?
21. Von Humanismus, Friedfertigkeit und Toleranz oder: antifaschistische Wende in der Sackgasse
22. Wunsiedel, Oberfranken Kultstätte der militanten Rechten
23. Dokumentation: Liebe Besetzerinnen und Besetzer
24. "Die Bundesanwaltschaft ist keine Partei im Nordirland-Konflikt": Bundesanwalt Morrét am ersten Verhandlungstag
25. Dokumentation: ein machtwahn Erklärung von Helmut Pohl, August "90
26. Nostalgie statt kommunistisches Lernen Eine Reaktion auf "dissonanzen der klärung"
27. "dissonanzen der klärung" Um was geht es? von Katja Leyrer
28. "Dieses Projekt Revolution ist ein Projekt Leben" Interview mit einem Mitglied von A Luchar
29. El Salvador: Verhandlungen an totem Punkt angelangt
30. US-Politik in Afghanistan gescheitert? Eine Replik zu ak 321
31. Zwischen Massenpartei und Kaderorganisation Die FSLN auf der Suche nach einer neuen Strategie
32. Wahlkongreß der Linken Liste/PDS: "Für eine starke linke Opposition"
33. Wahlkampf gegen die Linke Liste/PDS eröffnet
34. Ein Schritt vorwärts
35. Einheitsgewerkschaft gegen Linke Liste/PDS
36. Doku: Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen: SED unter neuem Tarnmantel?
37. IG Chemie gegen Antikriegstags-Bündnis
38. Vereinigte Linke in der Wahldebatte
39. "Grüne Zeitung" unter Distanzierungsdruck
40. Fünf vor zwölf, Mehringplatz Berlin Demonstration am 29.9.90 und Dokumentation des Aufrufs
41. "Der Tod ist ein Meister aus Deutschland" Demo am 3.11. in Westberlin
42. Drum prüfe, wer sich ewig bindet, ob sich nicht doch was bess"res findet..., von Gabi Gottwald, GAL-Grüne
43. Linker Nationalismus und realpolitische Sozialdemokratie

44. Bundestreffen der Radikalen Linken
45. Keine linke Stimme für die Reichstagswahl - Nein zu Großdeutschland
46. Predigt, Politik und PDS
47. Nichts ist unmöglich: Außerordentliche Delegiertenkonferenz der VSP (*)
48. Kein Unvereinbarkeitsbeschluß in der PDS
49. PDS gegen "Sektierer"?... Eine notwendige Richtigstellung
50. Ein Fels in der Brandung? Fragen und Anmerkungen zu 125 Jahre BASF
51. Aufgeblättert: Broschüren-Vorstellungen
52. betr.: BRD verweigert Entschädigung, AK 321, S. 8
53. Wir haben gelitten - keine Rezension, sondern Warnung
54. Widerstand im Weltsystem
55. KALENDER
56. Materialien zur Kritik der PDS
57. Deutschland im Krieg?
58. Gegen Annexion und Großdeutschland
59. Sowjets ohne Brot

# 1. 3. Oktober: Kein Tag zum Feiern!

*Der 3. Oktober und die Nation*

Rubrik: Wiedervereinigung · CD-Datei: daten/aksuche/ak322/55.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:322:55

Im Siegesrausch werden sie den Untergang der DDR, den Aufstieg zur Großmacht und die Entsorgung ihrer Vergangenheit feiern. Die Verlierer werden fernbleiben: Wenn Deutschland, die verfolgende Unschuld (Kraus), seinen "Victory Day" begeht, wird vielen in Europa unwohl, nicht wenigen kotzübel.

Der nationalistische Feiertag wird nationalistisch begangen: Um Mitternacht soll vor dem Reichstag die Bundesflagge gehißt und die Nationalhymne gesungen werden. Ein Feuerwerk soll die neugehißte Bundesfahne auf dem Brandenburger Tor festlich beleuchten. Beim Absingen der Hymne zur Beendigung des Staatsakts vom 3. Oktober wird das "Deutschland über alles (...)" unvermeidlich aber nicht unbeabsichtigt mitschwingen. Bevor sich am 4. Oktober das gesamtdeutsche Parlament im Reichstag konstituiert, sollen alle feiern müssen: Die Werktätigen bekommen frei und die Schulen machen zu.

Für die Internationalisten und alle sonstigen Nicht-Deutschen auf deutschem Territorium wird der 3. Oktober kein Feiertag sein. Die Erinnerung an die Selbstverständlichkeit, mit der in der Nacht der Fußballweltmeisterschaft AusländerInnen im Schutz des deutschen Taumels durch die Straßen gejagt wurden, ist noch nicht verblaßt.

Wo zum aktiven Widerstand gegen das Mitfeiern die Möglichkeiten fehlen, könnte sich passiver Widerstand in vielfältiger Weise einen Weg bahnen: Schon werden die ersten Busse gechartert, um den Tag auf Einladung niederländischer Sympathisanten in angenehmeren Gefilden zu verbringen. Andere, etwa die Hamburger Schülerkammer, schlagen vor, den Feiertag zu bestreiken. Unter der Losung: "Wir pochen auf unseren Unterricht!" wollen die SchülerInnen auf "Schulfrei für Deutschland" verzichten. Sollte die GEW ihnen in den Rücken fallen? Sollte nicht, wo immer dies möglich erscheint, der 3. Oktober alltäglich begangen und damit dem Nationalismus eine Nase gezeigt werden?

Wir wollen aus Anlaß des 3. Oktober einige Umfragen und Stimmen in Erinnerung rufen, die beweisen, daß viele die Wiedervereinigung der Deutschen nicht feiern sondern fürchten: In Israel, Polen und dem sonstigen europäischen Ausland.

Dänemark

54 Prozent der DäneInnen haben sich gegen die Wiedervereinigung ausgesprochen, 20 Prozent dafür. Nur 38 Prozent verneinten die Frage, ob ein vereinigtes Deutschland das "europäische Gleichgewicht" bedrohe.

Anker Jörgensen sagte im Januar auf einem sicherheitspolitischen Seminar, die Furcht, daß durch ein neues Großdeutschland die Kriegsgefahr wachsen würde, sei real. Die übrigen europäischen Staaten bedürften daher einer Organisation, die die Dominanz eines einzelnen Landes verhindere. Ritt Bjerregaard, Außenministerin des sozialdemokratischen "Schattenkabinetts" und dem linken Flügel ihrer Partei zugehörig, votierte direkt für den vorläufigen Verbleib der NATO in Europa: "Die Deutschen dominieren jetzt, und sie werden es noch mehr tun, wenn es in irgendeiner Form zur Wiedervereinigung kommt. Dann kann es für uns nur von Vorteil sein, wenn dies nicht nur eine europäische Angelegenheit ist." (alles nach FR, 30.1.90)

"Schwer tun sich die Dänen. Umfragen zeigen, daß es viele Vorbehalte gegenüber Deutschland gibt. Mehr als fünfzig Prozent der Befragten geben an, sie bezweifeln, daß eine deutsche Vereinigung den Prozeß der europäischen Einigung fördern werde. Verblüffend ist, daß fast die Hälfte der Dänen es für möglich hält, daß das neue Deutschland zu einer militärischen Gefahr für seine Nachbarn werden könne (mehr bei den Sozialdemokraten, weniger bei den Bürgerlichen; am wenigsten bei den Kommunisten)." (FAZ, 6.3.90)

Der "Bund der dänischen Behinderten" sah sich durch Kohls Provokation gegenüber Polen, die Anerkennung der polnischen Westgrenze von einem Verzicht Polens auf "Reparationen" abhängig zu machen, veranlaßt, Premier Schlüter aufzufordern, mit der BRD in Verhandlungen über Reparationszahlungen an Dänemark einzutreten. Der "Bund" beziffert die ausstehende Entschädigung auf umgerechnet 208 Milliaren DM, die eigentlich noch um weitere 10,4 Milliarden DM für die ehemaligen KZ-Häftliche erhöht werden müßte. (SZ, 19.3.90)

Frankreich

"`Müssen die Franzosen vor Deutschland Angst haben?', fragt die Wochenzeitschrift `L'Express' in ihrer Titelgeschichte. Das Ergebnis der Umfrage: Fast zwei Drittel (62 Prozent) der Franzosen haben keine Angst vor der deutschen Vereinigung. Aber mehr als drei Viertel sehen die wirtschaftliche Beherrschung der Länder Osteuropas durch ein vereinigtes Deutschland voraus, fast zwei Drittel die wirtschaftliche Beherrschung Europas. Angst haben 62 Prozent der Befragten vor einer Wiedergeburt des deutschen Nationalismus, 77 Prozent vor dem Wiedererstehen einer gewissen Form des Nazismus." (FAZ, 10.3.90)

Großbritannien

"Welche Konsequenzen ergeben sich aus der Wiedervereinigung? Selbst die Optimisten unter uns konnten gewisse Befürchtungen hinsichtlich der Auswirkungen der Vereinigung auf das Verhalten der Deutschen in Europa nicht unterdrücken. Wir könnten nicht erwarten, daß ein vereintes Deutschland genauso denken und handeln würde wie die Bundesrepublik, die wir seit 45 Jahren kennen. Und das gelte, obgleich ein vereintes Deutschland mit großer Wahrscheinlichkeit die Institutionen der BRD übernähme. Die Deutschen würden nicht notwendigerweise gefährlicher, aber anders denken. Schon jetzt sei eine Art von Siegestaumel im deutschen Denken spürbar, die für alle anderen ungemütlich sei. Es wurde auch auf die Bemerkung von Günter Grass verwiesen: Am Ende werde die Wiedervereinigung alle gegen uns aufbringen und wir wissen alle, was passiert, wenn man gegen uns ist."

(Aus dem vertraulichen Powell-Memorandum über ein Seminar der britischen Regierungsspitze mit internationalen Deutschland-Experten am 24.3.90, zit. nach Spiegel 29/90 und "Blätter" 8/90.)

Israel

"Ein Drittel aller Israeli (gemeint sind in der hier zitierten dpa-Meldung wohl die jüdischen Israeli) ist gegen eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Unter den Israeli der Nachkriegsgeneration haben nur 25 Prozent Einwände. 50% der Einwanderer, die vor 1952 nach Israel kamen, lehnen die Vereinigung ab. 42 Prozent der europäischen und 24 Prozent der orientalischen Juden sind gegen die Vereinigung. Von den Überlebenden der Shoah sprechen sich nur sieben Prozent für die Vereinigung aus." (SZ, 27.3.90)

"Jediot Achronot", die auflagenstärkste Tageszeitung Israels, kommentiert Kohls Äußerung, die Gründe für eine deutsche Teilung entfielen immer mehr, in einem Leitartikel: "Trotz der Freude über den Sieg der Demokratie und trotz des Axioms, die Geschichte wiederhole sich nicht, verursacht diese Äußerung Schauer nicht nur bei Juden, über die in ihrem Leben ein Holocaust hereingebrochen ist. Der Gedanke an ein wiedervereinigtes Deutschland genügt, um jeden Einwohner Europas in Schrecken zu versetzen. Mag sein, daß die Wiedervereinigung Deutschlands und seine Verwandlung in die Führungsmacht Europas eine unvermeidliche Entwicklung sind. Aber um Gottes Willen nicht in unserer Generation." (Zit. nach Allgemeine Jüdische Wochenzeitung, AJW, 17.11.89)

"Wir fürchten uns sehr vor einer Auferstehung des deutschen Militarismus, des deutschen Nationalismus und vor der Möglichkeit, daß Deutschland eine Großmacht werden könnte", so Sam Block, der stellvertretende Vorsitzende einer Vereinigung von Shoah-Opfern. "Es handelt sich eher um ein Gefühl als um eine intellektuelle Reaktion. Aber wer den Konzentrationslagern entronnen ist, kann sich nicht erlauben, seine Gefühle zu ignorieren." (1)

Italien

Eine im Auftrage des Bundespresseamtes noch vor dem November 1989 durchgeführte Allensbach-Umfrage kam zu dem Schluß, daß 38 Prozent der Italiener die Deutschen für "kriegerisch und aggressiv" hielten. 43 Prozent der Italiener erklärten, die Geschichte des Deutschen Reichs nicht vergessen zu können. (FR, 2.1.90)

Dennoch hatten sich in einer von "Corriere della Sera" im Dezember im Auftrag gegebenen Umfrage unter 1 000 Italienern 70 Prozent (unter den 20- 24-jährigen sogar 80 Prozent) für die Wiedervereinigung ausgesprochen.

Niederlande

Nach einer vom Katholieke radio-Omroep Mitte November durchgeführten Umfrage befürworteten 60 Prozent der niederländischen Bevölkerung die Wiedervereinigung, 18 Prozent sind dagegen (25 Prozent der über 65jährigen). (Volkskrant, 14.11.89)

Anfang Januar 1990 äußerte der ehemalige Generalsekretär der NATO, Joseph Luns, im belgischen Fernsehen, daß "die Russen unter Gorbatschow" wohl nicht länger der Hauptfeind seien. Aber angesichts der Möglichkeit, "daß die beiden Deutschland sich vereinigen und wieder ein großes starkes Land werden wie in der Vergangenheit", müßten Länder wie Belgien, die Niederlande und Dänemark ihre eigenen Armeen aufrechterhalten und die US-Truppen müßten in Europa bleiben. Denn: "Niemand weiß, welches die Folgen sind, wenn es zu einer Vereinigung der beiden Deutschland kommt - ich bin nicht beruhigt." (De Waarheid, 8.1.90)

Das politische Magazin "Elsevier" veranstaltete unter den Mitgliedern der Tweede Kamer ("Unterhaus" des niederländischen Parlaments) eine Umfrage zur Wiedervereinigung. 75 Parlamentarier, etwa die Hälfte, antworteten. 65 Prozent der Befragten stellten bei sich selbst "antideutsche Gefühle" fest und 68 Prozent räumten ein, daß für die Beurteilung der Wiedervereinigung das Schicksal der Niederlande im Zweiten Weltkrieg eine große Rolle spielte. 51 Prozent sind besorgt über nationalistische Strömungen im vereinigten Deutschland. 90 Prozent der Befragten rechnen mit einer ökonomischen Expansion und 36 Prozent können militärische Expansionstendenzen eines vereinigten Deutschland nicht ausschließen. Gleichwohl sind 75 Prozent für die Wiedervereinigung, 25 Prozent davon knüpfen ihr positives Votum jedoch an bestimmte Bedingungen, und 9 Prozent erläuterten ihre Antwort mit dem Zusatz, daß es ja nun unvermeidlich sei. Das Ergebnis der Umfrage, konstatierte "Elsevier", stehe "im Widerspruch zu dem Image, das die niederländischen Parlamentarier kreiert haben:`Die Vergangenheit ist vergeben und vergessen.'" ("Elsevier", 7.4.90)

Polen

"69 Prozent der Polen sehen in der Vereinigung Deutschlands eine Gefahr für ihr Land. In einer Erhebung des polnischen Umfrageinstituts OBOP verneinten siebzehn Prozent der Befragten eine solche Gefahr. (...) Bei der gleichen Umfrage (...) sprachen sich andererseits 48% der Befragten für das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung und staatliche Einheit aus. 39 Prozent wollten ihnen das Recht nicht zubilligen. Nur ein Viertel der Polen sei für den bedingungslosen Abzug der sowjetischen Truppen, stellte OBOP ferner fest. Etwa gleich groß sei der Anteil derer, die unter allen Umständen an der Anwesenheit der östlichen Schutzmacht festhalten wollen. Fast die Hälfte der Befragten macht den Abzug der 50 000 Soldaten in Polen von der Entwicklung in Deutschland abhängig." (FAZ, 22.5.90)

"Alle Meinungsumfragen zeigen, (...) daß die deutsche Wiedervereinigung in keinem Land mehr gefürchtet wird, als in Polen." (Tadeusz Mazowiecki lt. taz, 10.3.90)

Der polnische Schriftsteller Jacek Bochenski (1987 Solidarnosc-Literaturpreis) hat sich "aus humanitären und politischen Erwägungen" und "aus Angst" für die Wiedervereinigung ausgesprochen. "Aus Angst vor dem neuartigen, postkommunistischen deutschen Nationalismus. In diesem Zusammenhang muß ich besonders an die DDR denken." Denn die "gedämpften Haßgefühle und Ressentiments (wurden) nach 1945 bei den Ostdeutschen im Gegensatz zu den Westdeutschen gleichsam eingefroren, konserviert und aufbewahrt." Die erforderliche "Umerziehung" sei unter "totalitärem Druck" (gemeint ist eine weiterbestehende, selbständige DDR) nicht möglich. Auch deshalb sei er "für die Vereinigung". (zit. nach taz, 28.2.90)

Zum Besuch des Bundespräsidenten veröffentlichten mehrere Zeitungen Meinungsumfragen über das Bild der Polen von anderen Ländern. Nach "Gazeta Wyborcza" kommt die BRD "auf einer von plus 50 bis minus 50 reichenden Sympathieskala gerade auf sechs Minuspunkte. Dies bedeutet gemeinsam mit Kuba den vorletzten Platz, das Schlußlicht stellt die DDR mit minus 11 dar."(SZ, 3.5.90)

max.

Anmerkungen:

1) zitiert nach: Jüdische Stimmen zur Vereinigung, in: AK 319, S.12. Die Zusammenstellung basiert u.a. auf Unterlagen, die von K./Hamburg, Js./Hamburg und Hb./Niederlande-Kommission bereitgestellt wurden.

"Eine Mißachtung aller Opfer des Faschismus"

Die von der Bundesregierung ausgearbeitete Präambel zum Einigungsvertrag sei "nicht nur eine Mißachtung der jüdischen Menschen in aller Welt, sondern eine Mißachtung aller Opfer des Faschismus" - dies erklärte Heinz Galinski Ende August im Namen des Zentralrats der Juden in Deutschland und mit ausdrücklicher Unterstützung des Jüdischen Weltkongresses. Damit reagierte der Zentralrat auf die Weigerung der Bundesregierung, die Präambel um eine Passage folgenden Wortlauts zu ergänzen: der Wille der Deutschen, in Einheit und Freiheit zu leben, verwirkliche sich "im Bewußtsein der Kontinuität deutscher Geschichte und besonders eingedenk der zwischen 1933 und 1945 begangenen beispiellosen Gewalttaten des Nationalsozialismus und in der Achtung vor dessen Opfern, in der Verantwortung für eine demokratische Entwicklung und den Schutz der Menschenrechte." Noch im Juni habe der Kanzler, so Galinski, nach einem zweistündigen Gespräch das Anliegen des Zentralrats als völlig berechtigt unterstützt. Bei der Schlußformulierung der Präambel blieben jedoch der Textentwurf für die Präambel und ein begleitendes Memorandum des Zentralrats nicht nur unberücksichtigt - sie wurden nicht einmal der Antwort für würdig befunden. Die Bundesregierung will deutsche Identität und deutsches Nationalgefühl positiv besetzen. Dies erfordert die Tilgung der Erinnerung an die millionenfache Vernichtung und den Ausschluß des Gedächtnisses an die Opfer. Zumindest in einem so zentralen Dokument. Galinski bezeichnete den Vorgang als "ein verheerendes Politikum" und hat recht damit. Daß im Ausland über diesen Affront ausführlich berichtet wurde, während fast alle deutschen Medien diese Kontroverse totgeschiegen haben, kann allerdings nicht erstaunen: Das verheerende Politikum ist neue Normalität.

max.

# 2. Die DDR am Tropf

Rubrik: DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak322/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:322:28

Blühende Konjunktur und höhere Inlandsnachfrage hierzulande, Minuswachstum und Zusammenbruch der ökonomischen Strukturen, ja des gesamten Reproduktionsprozesses in der DDR kennzeichnen die wirtschaftliche Situation vor dem endgültigen Anschluß der DDR an die BRD per Einigungsvertrag. Sozialdemokratische oder grüne Kritiken an der Kohl-Regierung, ihre Anschlußpolitik sei konzeptionslos, wäre zu teuer und habe daher versagt, verkennen die überaus erfolgreiche imperialistische Anschlußpolitik, die die Zerstörung der DDR in nahezu allen Bereichen zum Ziel hatte. So können Kohl und die westdeutschen Spitzenbankiers auch nicht der Lüge bezichtigt werden, wenn sie auf ihrem Treffen eine außerordentlich positive Bilanz ihrer Annexionspolitik zogen, denn mit der Einführung der D-Mark und der Währungs- und Wirtschaftsunion mitsamt sozialen Mindeststandards weit unterhalb des BRD-Niveaus zum 1. Juli wurde auf eine monetaristische Schockpolitik gesetzt, die von der "Financial Times" zutreffend als ein "Prozeß der schöpferischen Zerstörung der DDR" beschrieben wurde.

Erst diese Zerstörung war die Voraussetzung dafür, daß nunmehr, mit dem "Beitritt" der DDR zum 3. Oktober, die Neustrukturierung und das Ausschlachten der DDR-Ökonomie beginnen kann. Eine zentrale Rolle spielt dabei die größte Holding der Welt, die DDR-Treuhandanstalt, die demnächst als ein staatliches, bundeseigenes Unternehmen fungiert. Dieses soll die ihr unterstehenden rund 8.000 Betriebe und ehemaligen Kombinate mit zusammen sechs Millionen Beschäftigten sanieren, privatisieren und liquidieren. Das Geschäft besorgen die Spitzen der westdeutschen Wirtschaft: die Deutsche Bank und dessen Chefsanierer des Hoesch-Konzerns, Detlev Rohwedder.

Die künftige Strategie des westdeutschen Kapitals gegenüber der bald ganz einverleibten DDR bewegt sich zwischen zwei Alternativen. Ein rascher Zusammenbruch der Betriebe und großer Teile der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPGs), verbunden mit der Übernahme sanierungswürdiger Bestandteile und der Gründung eigener westdeutscher Unternehmen, ist kostengünstiger und zügiger zu bewerkstelligen, wobei die sozialen Kosten höher zu veranschlagen wären. Die zweite Variante beinhaltet westdeutsche Liquiditätsspritzen, staatlich verbürgt, um die DDR-Betriebe wenigstens noch eine gewisse Übergangszeit am Leben bzw. am Tropf zu erhalten. Das dauert etwas länger, ist teurer, wäre aber mit einer größeren gesellschaftlichen Akzeptanz verbunden.

Nach den jüngsten Programmen, die zwischen dem Kanzleramt, den führenden Bankiers unter Mitwirkung der Treuhand-Sanierer und dem westdeutschen Finanzministerium ausgehandelt wurden, bahnt sich ein Mittelweg an.

Der organisierte Zusammenbruch

Mit Einführung der D-Mark und der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zum 1. Juli wurde die monetaristische Schocktherapie gegenüber der DDR eingeleitet, die auf den folgenden Säulen beruhte:

1. Mit der Währungsunion sicherte sich die Deutsche Bundesbank - bei gleichzeitiger Liquidierung der DDR-Notenbank - die währungs-, finanz- und und fiskalpolitische Hoheit gegenüber der DDR. Die dortigen Geschäftsbanken teilten sich Deutsche Bank, Dresdner und Commerzbank sowie die Sparkassen unter sich auf. Die Übernahme kostete dem westdeutschen Bankkapital keinen Pfennig.

Damit verbunden war eine vollständige Kontrolle des DDR-Staatshaushalts, seiner Einnahmen, Ausgaben und vor allem der Kreditaufnahmen. Von vornherein diktierte der westdeutsche Staat der DDR eine restriktive Ausgabenpolitik; ca. ein Drittel der einkalkulierten Etatdefizite sollten aus den Verkaufserlösen der DDR-Betriebe aufgebracht werden, die restlichen zwei Drittel über den bundesdeutschen "Fonds Deutsche Einheit". Die direkten BRD-Zuschüsse aus dem Haushalt wurden für das zweite Halbjahr 1990 auf 22 Mrd. DM festgesetzt, für 1991 auf 35 Mrd. DM. Weitere 17 Mrd. DM erhielt die Treuhand gewissermaßen als Vorschuß für die erwarteten Privatisierungserlöse.

Die bewußt zu knapp bemessenen Mittel und die enge Begrenzung der Kreditaufnahme der DDR zur Deckung und Finanzierung ihrer Ausgaben sollten von dieser Seite her den Zusammenbruch fördern und vorhandene Strukturen zum Einsturz bringen.

2. Mit der Sozialunion wurde der DDR- Etat gekürzt, aus dem bisher alle Sozialausgaben getätigt wurden. Renten- und Krankenversicherungen wie die Arbeitslosenversicherung wurden zu Trägern nach BRD-Modell und aus dem DDR- Etat herausgeschnitten und dabei gleichzeitig niedrigere Standards durchgesetzt. Auch hier wurden bewußt niedrige Mittel zur sogenannten "Anschubfinanzierung" angesetzt: für die Rentenversicherung ca. 750 Mio. DM, für die Arbeitslosenversicherung rund 2 Mrd. DM für dieses und 3 Mrd. DM für das nächste Jahr. Die Sozialetats der DDR wurden ferner durch die Streichung bzw. den Abbau der öffentlichen Subventionen entschlackt.

3. Mit der Wirtschaftsunion sollte der Strukturwandel in der DDR allein den Marktkräften überlassen werden, wobei "staatliche Strukturanpassungskonzepte abzulehnen sind" (Bundeswirtschaftsministerium, siehe auch Artikel 11 Staatsvertrag). Für den zentralen Punkt, der Umwandlung der DDR-Betriebe in konkurrenz- und marktfähige Unternehmen, waren keinerlei öffentliche oder private Mittel vorgesehen. Diese Aufgabe, die Privatisierung der DDR-Unternehmen, oblag der Treuhandgesellschaft, die aus den Verkaufserlösen nicht nur Teile des Haushaltsdefizits in der DDR finanzieren sollte, sondern obendrein auch noch die Sanierung.

Die Restrukturierung der DDR-Betriebe und LPGs sollte also ohne die Inanspruchnahme staatlicher oder privater Kredite ausschließlich aus der Konkursmasse und den Privatisierungserlösen bewerkstelligt werden. Ein von vornherein aussichtsloses Unterfangen, mit dem die Zerstörungsabsicht der DDR-Ökonomie kaschiert werden sollte, denn zum einen war von vornherein klar, daß die nur halbierten Betriebsschulden von rund 120 Mrd. DM nicht gerade einen Verkaufsanreiz darstellten, die westdeutschen Interessenten lieber zuwarteten, bis sich die DDR-Betriebe am Rande des Abgrunds befinden, um sie möglichst billig oder gar kostenlos zu übernehmen. Ferner fehlten die juristischen Voraussetzungen wie etwa die Konkursbestimmungen und die Eröffnungsbilanzen auf D-Mark-Basis und westdeutschen Bilanzkriterien. Ohne diese Eröffnungsbilanzen, die erst zum 31.10.90 vorliegen sollen, erhalten die DDR-Betriebe jedoch keine Kredite von den Banken, da sämtliche Bewertungsmaßstäbe fehlen. Ohne Injektionsspritzen in Form zusätzlicher Kreditlinien jedoch war absehbar, daß die DDR-Betriebe ihrem Untergang entgegenfiebern mußten.

Im Kern beinhaltete der seit dem 1. Juli in Kraft getretene Staatsvertrag die Liquidierung der DDR-Betriebe; mit den Mitteln aus der BRD wurden fast ausschließlich konsumtive Ausgaben getätigt, mit denen der Zerstörungsprozeß sozial abgefedert werden sollte - bei minimalsten Standards selbstverständlich.

Die Funktion der Treuhand

Eine zentrale Funktion bei der Umwandlung der DDR-Betriebe und der LPGs nahm die Treuhandanstalt ein. Ursprünglich hatte die Bürgerbewegung "Demokratie jetzt" die Bildung dieser Holding am damaligen Runden Tisch beantragt und von der Regierung Modrow aufgegriffen. Am 1. März trat das Gesetz zur Gründung einer "Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums" in Kraft, mit der die Umwandlung der 8.000 DDR-Betriebe und Kombinate in Kapitalgesellschaften erfolgen sollte. Mit "volkseigen" verband die Regierung Modrow das Konzept eines "Volkskapitalismus", in dem an die Belegschaften Aktien ausgegeben werden sollten, um sie an "ihren" Betrieben zu beteiligen. Bezweckt wurde damit vor allem, über die Aktienausgabe einen Teil des Kaufkraftüberhangs abzuschöpfen und den Betrieben Aktienkapital zuzuführen. Damit versuchte die Regierung Modrow, wesentliche Kernbereiche der DDR-Ökonomie zu erhalten und eine schrittweise Anpassung an westliche Konkurrenzstandards zu erreichen. Letztlich ein wirkungs- und hilfloses Unterfangen, seitdem klar war, daß die Währungsunion kommen würde. Und die hatte Kohl am 7. Februar verkündet.

Die Regierung de Maiziere revidierte das Treuhandgesetz auf Geheiß des Bonner Kanzleramts. "Das volkseigene Vermögen ist zu privatisieren", heißt es kurz und bündig im Treuhandgesetz, das am 1. Juli in Kraft trat. Die Treuhandgesellschaft wurde in eine riesige Konzern-Holding mit 8.000 Betrieben und Kombinaten, den LPGs, sämtlichen Sachwerten, Umlaufvermögen sowie Grund und Boden umgewandelt und hatte somit - unter westdeutscher Regie - über das weitere Schicksal der gesamten DDR-Wirtschaft und ihrer Neustrukturierung zu befinden.

Dabei waren von diesem Transformationsprozeß die strategischen Bereiche der DDR-Ökonomie ausgenommen: das Banken- und Versicherungssystem sowie die gesamte Energieversorgung, die immense Privatisierungserlöse hätten bringen können, wurden unter den westdeutschen Kreditinstituten, den

Versicherungen (allen voran die Allianz) und den Energiekonzernen (im wesentlichen RWE, Preussen Elektra und Bayernwerk) aufgeteilt.

Tatsächlich erfolgte bis zum 1. Juli die vollständige Umwandlung der DDR-Betriebe in Kapitalgesellschaften; rund die Hälfte aller Betriebe erhielten den Titel "Kapitalgesellschaften im Aufbau", da die Treuhand mit der Umwandlung unter dem enormen Zeitdruck nicht Schritt halten konnte.

Aus der schnellen Privatisierung wurde bekanntlich nichts. Die meisten Betriebe ächzten und krachten angesichts ihrer hohen Altschulden und mangelnden Liquidität vor sich hin, so daß die Treuhand 10 der 17 Mrd. DM allein im Juli an die Betriebe per "Gießkanne" ausschütten mußte. Das waren jedoch nur 41% der von den Betrieben beantragten Mittel, so daß die 10 Mrd. DM vor allem eine Form der Lohnsubventionierung darstellten. Nach Angaben der Treuhand flossen 6 bis 7 Mrd. DM direkt in die Lohntüten. Im August stellte die Treuhand weitere 11 Mrd. DM zur Verfügung und prahlte damit, daß die Höhe der beantragten Mittel zurückgegangen sei. Dies ist jedoch kein Indiz für eine Erholung der DDR-Betriebe, sondern der emporschnellenden Arbeitslosigkeit, die die Lohnfonds der Betriebe entlastete.

Bis zum Ende des Jahres wären Liquiditätshilfen von rund 100 Mrd. DM vonnöten, um nicht nur die Löhne zu finanzieren, sondern auch Investitionen zum Erhalt und zur Modernisierung der Betriebe tätigen zu können. Daß genau dies nie die Absicht des westdeutschen Kapitals war, ist bereits beschrieben worden.

Erst am 24. Juli berief die Deutsche Bank in Absprache mit Kohl den ehemaligen IBM- und dann Bundesbahnchef Gohlke zum Präsidenten der Treuhand, während Hoesch-Sanierer Rohwedder Vorsitzender des Verwaltungsrates blieb.

Bis zum Rücktritt Gohlkes, der nunmehr die Sanierung, Privatisierung und Liquidierung der DDR-Betriebe und LPGs einleiten sollte, wurden westdeutschen Kapitalisten insgesamt 3.567 DDR-Betriebe zum Verkauf bzw. zur Kooperation angeboten. Der Treuhand lagen bis Ende August Kooperations- und Übernahmeangebote in 200 Fällen vor, davon befanden sich 120 Betriebe in konkreten Übernahmeverhandlungen. 200 Betriebe stufte die Treuhand als "nicht sanierungsfähig" ein. Nur zwölf der 8.000 Betriebe konnten an westdeutsche Interessenten losgeschlagen werden, darunter vor allem die DDR-Gasunternehmen, die für 350 der insgesamt eingenommenen 800 Mio. DM an die Ruhrgas-AG veräußert wurden. Das ist nicht einmal ein Trinkgeld für die Treuhand, wenn mit den beabsichtigten Einnahmen aus den Verkaufserlösen nicht nur die DDR-Betriebe saniert, sondern auch das Staatsdefizit mitfinanziert werden sollte.

Als Hemmnis bei den Verkaufsaktivitäten erwiesen sich eine ganze Reihe von Faktoren: zum einen schlossen viele BRD-Unternehmen sogenannte Letters of intent, also reine Vorab-Absichtserklärungen mit DDR-Betrieben ab, um sich ein Vorkaufsrecht zu sichern, ohne das Risiko des tatsächlichen Kaufs einzugehen. Ein Beispiel dafür war ein Joint venture des Daimler-Konzerns mit dem DDR-Ifa- Kombinat; Daimler unterschrieb eine reine Absichtserklärung zur Modernisierung der DDR-LKW, um diese nunmehr zurückzunehmen. Von den rund 2.000 Letters of intent, vor Wochen noch als Ausdruck hoher Investitionsbereitschaft gepriesen, kann ein großer Teil getrost zu den Akten gelegt werden.

Zum anderen drückten nunmehr die Altschulden und die ungelösten Eigentumsverhältnisse durch Ansprüche westdeutscher und DDR-Bürger auf die Übernahmebereitschaft, und erst im September soll ein D-Mark-Bilanzrichtliniengesetz von der Volkskammer verabschiedet werden, das die Kriterien der Eröffnungsbilanzen festschreibt. Drittens schließlich floß zwar reichlich Kapital in die DDR; die Deutsche Bank vergab private Kredite in Höhe von 6,5 Mrd. DM, die Commerzbank in Höhe von 1,5 Mrd. DM in die DDR. Diese Kredite flossen aber im wesentlichen nicht in die Kernbereiche der DDR-Wirtschaft, sondern in den neu entstehenden Dienstleistungsbereich, in das private Handwerk, an Freiberufler und in neue Unternehmensgründungen. Die DDR-Banken wurden bei der Kreditvergabe an der kurzen Leine gehalten, da ihre Forderungen von über 120 Mrd. DM an die Betriebe bei ihnen als Verbindlichkeiten zu Buche stehen. So gehen die meisten DDR-Betriebe nach wie vor leer aus, was sie ja auch sollen.

Die Bilanz zwischen Staats- und Einigungsvertrag

Unökonomisch formuliert, beinhaltete der erste Staatsvertrag, der zum 1. Juli in Kraft trat, daß den DDR-Betrieben und den LPGs der Saft abgedreht wurde. Die gesamte DDR-Ökonomie war mit folgenden Faktoren konfrontiert, die ihren Kollaps enorm beschleunigten:

- die Altschulden in Höhe von 240 Mrd. DDR-Mark wurden halbiert und nicht gestrichen. Anfänglich mußten dafür hohe Zinsen gezahlt werden. Erst später wurden die Zinszahlungen von der Treuhand bis Ende dieses Jahres übernommen. Inzwischen wird erwogen, denjenigen Betrieben die Altschulden zu erlassen, die sanierungswürdig sind, oder von westdeutschen Unternehmen übernommen werden.

- die Konkurrenz aus der BRD, die ihren Absatzmarkt um das Territorium der DDR erweiterte, trieb große Teile der DDR-Landwirtschaft, praktisch die gesamte Konsum- und Lebensmittelgüterbranche und Teile der Textilindustrie in den Ruin.

- Die DDR-Unternehmen verfügten nie über ausreichende Eigenmittel; die Entziehung von Liquidität führte faktisch zum Zusammenbruch der finanziellen Transaktionen. Aufträge werden nicht mehr bezahlt, Rechnungen nicht mehr beglichen, der Zahlungsverkehr ist unterbrochen. Das reißt auch wettbewerbsfähige DDR-Betriebe in den Strudel des Abgrunds, die zwar ihre Waren absetzen, aber dafür keine Einnahmen erhalten.

- Die erwarteten westlichen Investitionen blieben weitgehend aus, da keine gesetzlichen Grundlagen über die Bewertung der Betriebe existieren, die Probleme der Altlasten und Altschulden erst später "verstaatlicht" wurden und die Privatisierung von Grund und Boden an ehemalige Eigentümer ebenfalls erst im August einer Regelung zugeführt wurden, die eine Entschädigungszahlung vorsehen, wenn Grund und Boden bereits für gewerbliche Zwecke genutzt werden. Diese Hindernisse sind auch entscheidend für die Zurückhaltung der Banken bei der Kreditvergabe; bislang wurde nur ein Gesetz verabschiedet, wonach auch Sachwerte und Umlaufvermögen beliehen werden können.

- Im Handel mit dem RGW traten ebenfalls Probleme auf; die DDR-Firmen stornierten Aufträge im Ostgeschäft, da die Importe von Waren etwa aus Polen, der CSFR oder der Sowjetunion, seien es Konsum- oder Investitionsgüter, aus Wettbewerbsgründen nicht mehr gefragt sind. Die Importe aus dem RGW in die DDR gingen insgesamt um 21% zurück.

- Der Zusammenbruch des Kapitalverkehrs und großer Bereiche finanzieller Transaktionen infolge entzogener Liquidität löste in den Betrieben eine Entlassungswelle aus. Binnen neun Wochen nach Einführung der D-Mark schnellte die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter auf zwei Millionen hoch - das sind rund ein Fünftel aller Werktätigen der Noch-DDR.

- Zwar rangen die demonstrierenden DDR-Bauern der Regierung de Maiziere eine Lockerung der Kreditsperre ab, aber die zur Verfügung gestellten Millionen reichen nicht hin, die geplante Zerstörung großer Teile der DDR-Landwirtschaft aufzuhalten.

Erreicht wurde aufgrund der "schöpferischen Zerstörung" zum einen, daß es einen eigenständigen DDR-Binnenmarkt nicht mehr gibt; dieser ist seitens des BRD-Kapitals einverleibt worden. Der Zusammenbruch vieler DDR-Betriebe beinhaltet auch eine immense Kapitalvernichtung. Nach dem BDI-Chef Tyll Necker ist das Volksvermögen in der DDR von 1,5 Billionen D-Mark auf etwa 200 bis 300 Mrd. DM gesunken. Die Kapitalentwertung in der DDR schafft erst die möglichen Voraussetzungen dafür, daß sich westdeutsche Investoren über die DDR hermachen und deren sanierungsfähige Bereiche ausschlachten.

Insgesamt sank das DDR-Sozialprodukt nur um rund 10%. Hinter dieser globalen Zahl verbirgt sich die Tatsache, daß die binnenwirtschaftliche Nachfrage leicht gestiegen ist, von der jedoch nicht die DDR-Betriebe, sondern die westdeutschen Unternehmen im Konsumgüterbereich profitierten.

Von Gohlke zu Rohwedder: Die DDR-Wirtschaft als Konzern

Chefsanierer Rainer Maria Gohlke übernahm mit einem Jahressalär von 800.000 DM die Präsidentschaft der Treuhand-Holding und sah sich mit Absatzproblemen, dem enormen Kapitalbedarf der Betriebe, dem völligen Fehlen von Bewertungskriterien und Sicherheiten, den Altschulden und Altlasten konfrontiert. Mit 10 Mrd. DM im Juli sowie weiteren 11 Mrd. DM im August sicherte die Treuhand das Überleben der meisten Betriebe am Rande des Abgrunds ab, in kritischen Fällen sprang die Holding auch mit Bürgschaften ein. Nach außen hin erklärte Gohlke, die DDR-Wirtschaft habe "gute Chancen"; sie verfüge über "hervorragende Ressourcen und gut ausgebildete Leute". Nach innen sprach er vom völligen "Chaos" in der DDR und befürchtet einen "heißen Herbst".

Unter seiner Ägide wurden zwölf Betriebe privatisiert und 1.600 Treuhand-Beschäftigte aus den Modrow-Zeiten gefeuert, da sie den "Geist der Marktwirtschaft" nicht ausreichend verinnerlicht hatten. Im wesentlichen versuchte Gohlke einen aussichtslosen Wettlauf mit der Zeit; die Holding sollte nach seinen Vorstellungen die fälligen Konkursverfahren und Offenbarungseide der Betriebe hinauszögern, um in der knappen Zeit neue Kaufinteressenten zu gewinnen.

Die Treuhand bestand aus Verwaltungsrat und Vorstand in Berlin (DDR) sowie vier Zwischenholdings in Form der Treuhand-AGs für die Bereiche Konsum- und Investitionsgüter, Schwerindustrie und Handel/Dienstleistungen, darüber hinaus aus dem Bereich Landwirtschaft in Form von GmbHs. Die Treuhand AGs bzw. die GmbH sollten die Sanierung, Privatisierung und Liquidierung in den jeweiligen Bereichen organisieren. In erster Linie beinhaltete das Gohlke-Konzept die Privatisierung und Liquidierung, letztlich - nach getaner Arbeit - die Auflösung der Treuhand selbst. Diese Konzeption scheiterte aus organisatorischen und strategischen Gründen.

Aus einem rein operativen Unternehmen leitete Rohwedder, einst Chefsanierer des Hoesch-Konzerns und "Mann der Deutschen Bank" (Frankfurter Rundschau) mit sozialdemokratischem Parteibuch und Staatssekretärskarriere, die Bildung einer lupenreinen Holding ein. An Stelle der fünf Treuhand AGs sollen nunmehr rund 2.000 Klein- und Mittelbetriebe von den regionalen Treuhand-Außenstellen "betreut" werden, um vor Ort die Überlebens- und Verkaufschancen auszuloten. Die Berliner Zentrale am Alex kümmert sich um die 84 größten Kombinate und etwa 700 Unternehmen übergeordneter Bedeutung. Damit wurde sowohl das Branchenkonzept als auch die Form der fünf Zwischen-Holdings aufgegeben.

Die strategische Neuorientierung besteht im Kern darin, die Treuhand zu einer Holding auszubauen, einem staatlichen Mischkonzern wie etwa der westdeutschen VIAG oder der italienischen IRI, die nach dem Zweiten Weltkrieg die brachliegenden Betriebe unter ihre Verwaltung nahmen, um sie umzustrukturieren, zu sanieren und auch zu liquidieren. Das stieß zwar auf den Widerspruch des "Deutschen Industrie- und Handelstages" (DIHT), eine rasche Privatiesierung der Betriebe und die Liquidierung der Konkursmasse einklagte. Letztlich setzte sich jedoch das Holding-Konzept in Abstimmung mit den Banken und der Bundesregierung durch, denn angesichts der bevorstehenden "Konkurslawine" möchte Rohwedder "Massenelend und politische Revolte nicht mutwillig provozieren" (Wirtschaftswoche 37-90). Zwar hält Rohwedder ca. 1.000 DDR-Betriebe für nicht überlebensfähig, scheut aber vor deren umgehender Liquidierung zurück.

Daß das westdeutsche Kapital vom brutalen Kurs - entgegen den Forderungen der FDP - abgegangen ist, läßt sich am Einigungsvertrag und den neuesten Zahlen aus den Nebenhaushalten des Bundesfinanzministers ablesen. Vor dem Hintergrund des bereits erreichten Grads der Kapitalentwertung kommen nunmehr genau die Liquiditätshilfen zum Einsatz, die bislang verweigert wurden:

- Bis zur D-Mark-Eröffnungsbilanz zum 31.10.90 übernimmt die Treuhand alle Zins- und Tilgungszahlungen auf die Altschulden.

- Die Kreditermächtigung der Treuhand wird auf 25 Mrd. DM aufgestockt, wovon 15 Mrd. DM noch in diesem Jahr in Anspruch genommen werden können. Hinzu kommt ein Bürgschaftsvolumen von 30 Mrd. DM, von denen 15 Mrd. DM als "faul" gelten und abgeschrieben werden müssen.

- Rund 6 Mrd. DM Kosten für die Altlasten werden ebenfalls der Treuhand aufgebrummt.

- Bei ungeklärten Eigentumsrechten darf trotzdem auf Grund und Boden gebaut werden. Der Bund übernimmt im Zweifelsfall die Schadenersatzansprüche.

- Die RGW-Exporte werden mit 2 Mrd. DM subventioniert.

- Die Vermögen der NVA, der StaSi und der enteigneten SED fallen der Treuhand zu.

- Bis Ende September erhalten die 8.000 Betriebe rund 29 Mrd. DM Liquiditätshilfen, die zum großen Teil der Verlustabgleichung dienen.

- Die Konkursverfahren werden um sechs Monate hinausgezögert, ein Erlaß der Altschulden ist im Falle der Sanierungswürdigkeit der DDR-Betriebe möglich (Verordnung der Volkskammer vom 5.9.90).

- Die Bewertung der Treuhand als eine Konzern-Holding ermöglicht es den Banken, § 19 des Kreditwesengesetzes zu umgehen und auch Großkredite zu vergeben, was bisher nicht möglich war.

Flankierende Maßnahmen kommen noch hinzu. So sollen Infrastruktur-Investitionen in einer Gesamthöhe von 50 Mrd. DM im kommunalen und regionalen Bereich der DDR vor allem die Baukonjunktur ankurbeln und Investitionszulagen bis zu 30% westdeutsches Kapital in den "Standort DDR" locken (vgl. Einigungsvertrag, 31.8.90).

Das Umschalten auf eine Stärkung der investitiven Ausgaben signalisiert deutlich, daß die politischen Kosten der bisher praktizierten brutalen Zusammenbruchs-Strategie offenbar für zu hoch gehalten werden. Die Neuorientierung der staatlichen Treuhand-Holding soll die Restrukturierung der DDR-Wirtschaft sozial verträglicher abfedern, bei der Modelle nach Art der Neuordnung der westdeutschen Stahl- und Werftenindustrie in Form der Bildung von Beschäftigungs-und Auffanggesellschaften zum Zuge kommen. Das schließt Betriebsschließungen und weitere Massenentlassungen ein, soll andererseits aber totale soziale Verwerfungen verhindern, die letztlich auch die Zahl der Westwanderungen der DDR-Bürger wieder in die Höhe schrauben würde. Eine immer wieder versprochene "blühende Zukunft" bedeutet das für die DDR noch lange nicht. Rohwedder benötigte ein ganzes Jahrzehnt zur Neustrukturierung des Hoesch-Konzerns - ein kleiner Pups gegenüber dem "Unternehmen DDR", das auf längere Sicht den Status der Südstaaten der USA oder Süditaliens einnehmen wird.

D./Westberlin

Wer sitzt in der Treuhand? - Eine kleine Auswahl

Präsident der Treuhand: Detlev Rohwedder, Chef des Hoesch-Konzerns

Chef des Verwaltungsrats: Jens Odewald, Vorstandsvorsitzender der Kaufhof AG, als harter Sanierer bekannt und berüchtigt.

Weitere Mitglieder des Verwaltungsrats:

*Otto Gellert, Wirtschaftsprüfer, Sanierer, im Hoesch-Aufsichtsrat

*Claus Köhler, Direktorium der Deutschen Bundesbank

*Karl Schirner, Vorstand Daimler- Konzern

*Klaus-Peter Wild, Wirtschaftsministerium Bayern

*Wolfram Krause, Treuhand-Vizepräsident unter Modrow, ehemaliger stellvertretender Chef der Staatlichen Plankommission, somit Kenner der Materie

*Günter Halm, einst stellvertretender Minister der Glas- und Keramikindustrie unter Erich Honecker, Minister für Leichtindustrie unter Modrow.

Für die ehemaligen Treuhand AGs wurden von Gohlke drei hochkarätige Manager gewonnen:

*Herbert Gienow, Vorstandsvorsitzender von Klöckner

*Klaus Kuhn, ehemaliger Sanierer bei der AEG und

*Werner Michael Blumenthal, Investmentbank Lazard Freres, früherer US-Finanzminister unter Präsident Carter.

# 3. Bundeswehr im Kriegseinsatz

Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr; Golfkrieg; SPD · CD-Datei: daten/aksuche/ak322/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:322:45

Nato-Oberbefehlshaber Galvin: "Bonn hat auf die Krise in einer Art reagiert, die es bislang noch nicht gegeben hatte: Nie zuvor haben deutsche Kriegsschiffe in so großer Zahl ihr Operationsgebiet verlassen, um anderswo eingesetzt zu werden."

Spiegel: "Reicht Ihnen das?"

Galvin: "Natürlich hätte Bonn mehr machen können. Dies muß nicht die letzte Entscheidung gewesen sein."

Die Beteiligung der Bundesrepublik am Aufmarsch gegen den Irak erstreckt sich bisher auf folgende Maßnahmen:

- Am 8.8. hatte die Bundesregierung die US-Stützpunkte in der Bundesrepublik uneingeschränkt für Maßnahmen gegen den Irak freigegeben.

- Am 16.8. lief ein Verband der Bundesmarine mit 385 Soldaten, darunter 130 Wehrpflichtige, in das östliche Mittelmeer aus. "Der Einsatz wird sich nach der Entwicklung der Lage richten", ließ Kriegsminister Stoltenberg nach deutscher Feldherrnart verlauten. Die Endstation des Einsatzes ist unbekannt, die Möglichkeit kriegerischer Operationen ausdrücklich einkalkuliert. Der Marineverband umfasst 2 Versorgungsschiffe und 5 Minensuchboote, die zuvor umgebaut und kriegstüchtig gemacht wurden. "Menschenopfer", so Regierungssprecher Klein, seien "zu vermeiden". Da man sie aber nicht ausschließen will, wurde vorgesorgt: Der Flottenverband ist nicht nur mit zahlreicher scharfer Munition für den Feind (Minen und 40 mm-Geschütze), sondern ebenfalls mit besonders viel Sanitätsmaterial, fünf Ärzten, einem kompletten Kriegslazarett, ABC-Schutzkleidungen und zwei Militärgeistlichen für die eigenen Soldaten ausgestattet. Schon auf dem Weg nach Kreta wurde volle Einsatzbereitschaft demonstriert. Die Gefechtsübungen reichten vom "Längsseitsgehen bei Nacht" und Gefechtsalarmschießen über die Simulation von Bränden und Lecks bis zur Minenjagd. "Die Soldaten wissen, worum es geht, sie sind besser motiviert als sonst, auch die Wehrpflichtigen", wußte der Front-Berichterstatter der "FAZ" zu berichten. Am 3.9. hatte die Flotte vorerst in Kreta in der Suda-Bucht bei Chania angelegt und hier den deutschen, nicht aber den kretischen Soldatenfriedhof besucht:

In eben jener Bucht waren im Mai 1941 deutsche Fallschirmspringer und Gebirgsjäger gelandet; Chania hatte man zuvor bombardiert. Als im Juli 1944 der letzte deutsche Soldat die Insel verließ, waren etwa 3000 Kreter erschossen und zahllose Dörfer dem Erdboden gleichgemacht worden: Vergeltungsaktionen der Besatzer nach Anschlägen griechischer Partisanen. Die Juden der Stadt Chania hatte man auf einem Frachter zusammengetrieben, der "unter ungeklärten Umständen" auf dem Weg nach Athen untergegangen war.

- Am 20.8. beschloß die Bundesregierung, zusätzlich "eines der kampfstärksten Schiffe der Bundesmarine", den Zerstörer Lütjens zur Entlastung der Verbündeten in das Mittelmeer zu entsenden.

- Am 21.8. wurde bekanntgegeben, daß nun auch bundesdeutsches Spezialgerät - erst 10, inzwischen 30 Schützenpanzer mit Sondervorrichtungen zum Ausspüren von Giftgas - in die Golfregion kommt. Das dazugehörige Personal wird kaum in der Bundesrepublik geblieben sein. Wie Stoltenberg hinzufügte, werde man, falls die USA dies wünschten, auch weitere technische Unterstützung leisten.

- Auf der WEU-Sondersitzung vom 21.8. erklärte die Bundesregierung überraschend, ihre Flotte erst nach einer Grundgesetzänderung in den Persischen Golf schicken zu können. Zugleich wurden deutsche Generäle und Ministeriale zur gemeinsamen Koordinierung der WEU-Kriegsarmada abgestellt. Auf militärischer Ebene (erstmaliges Treffen der Generalstabchefs der WEU-Länder seit Bestehen der WEU) und Regierungsebene wurde damit begonnen, den Einsatz der Kriegsschiffe aus den WEU-Mitgliedsstaaten hinsichtlich "der operativen Pläne für die Streitkräfte im Konfliktgebiet, die Aufgabenteilung, die logistische Unterstützung und den Austausch von Informationen" zu koordinieren. Dies dient erklärtermaßen dem Ziel, den europäischen NATO-Pfeiler zu stabilisieren und die westeuropäische Kriegsunion ("Sicherheitsunion") voranzutreiben.

- Am 1.9. wurde bekannt, daß sich die USA ihren Aufmarsch am Golf von Bonn mit einem Betrag von 600 Mio. Dollar jährlich für einen Wirtschaftsfond und zusätzlich 480 Mio. Dollar für die militärischen Kosten bezuschussen lassen wollen. Nicht nur die Bundesregierung hat Einverständnis signalisiert. Auch Lafontaine hatte bei seinem Washington-Besuch eine Mitfinanzierung der Kriegsvorbereitungen nicht abgelehnt.

- Am 10.9. erklärte sich Bonn bereit, mehr Transportraum für amerikanische Truppen zur Verfügung zu stellen. Unter anderem will die Bundesregierung zivile Schiffe chartern, da die Bundesmarine für diese Aufgabe nicht infrage komme. Die Palette möglicher Maßnahmen zur Unterstützung der USA ist damit noch nicht einmal ausgereizt. Nach dem im April 1982 von der sozialliberalen Regierung unterzeichneten "Wartime Host Nation Support"-Abkommen, können bereits im Krisenfall bis zu 93.000 Bundeswehrsoldaten den USA u.a. für den Abtransport von Verwundeten, für Instandhaltungs- und Transportleistungen zur Verfügung gestellt werden.

Nach militärischen Kriterien kann die Beteiligung der Bundesmarine am Aufmarsch gegen den Irak vernachlässigt werden. Als eine politische Demonstration ist sie dafür umso bedeutsamer: Außenpolitisch dokumentiert das entstehende Großdeutschland sein Bestreben, eine neue Rolle auch weltpolitisch zur Geltung zu bringen. Innenpolitisch wird mit der moralischen und materiellen Vorbereitung auf den realen Kriegseinsatz ein neues soldatisches Selbstverständnis propagiert und gesellschaftsfähig gemacht: Der Soldat zieht in den Krieg, die potentielle Witwe steht am Kai und weint.

Auch ohne eine unmittelbares Eingreifen im Persischen Golf ist die Bundesrepublik felsenfest in die aktuellen Kriegshandlungen der NATO-Staaten eingebunden. Dabei ist nach wie vor der direkte Golf-Einsatz der Bundeswehr, ob mit oder ohne Grundgesetz-Änderung, keineswegs ausgeschlossen. Die prinzipielle Notwendigkeit eines derartigen Einsatzes wird nun, wo man Großmacht ist, von keiner Partei, mit Ausnahme der Grünen, bestritten. Ihn anzuordnen ist für Bonn allein eine Frage politischer Zweckmäßigkeit.

SPD unterstützt Bundeswehreinsatz am Golf

In den Unionsparteien ist man sich schon seit längerer Zeit darüber einig, dem Nachfolger des 3. Reichs auch militärische Weltgeltung verschaffen zu wollen. 1987 hatte der derzeitige NATO-Generalsekretär den Führungsstab der Bundeswehr damit beauftragt, "unbefangen darüber nachzudenken, wann und unter welchen Bedingungen deutsche Soldaten in Krisengebieten eingesetzt werden können." Das Ergebnis war eine Studie über die "Einsatzmöglichkeiten der Streitkräfte", derzufolge das Grundgesetz unter bestimmten Umständen dem Einsatz außerhalb der NATO-Grenzen nicht im Wege steht. Es seien "vor allem auch Fragen der politischen Risikobereitschaft", hieß es dort, "ob und mit welchen Folgen die Bundesrepublik Deutschland der Gefahr einer außenpolitischen und militärischen Verwicklung ausgesetzt werden darf." Helmut Kohl hatte demnach in den letzten Wochen zunächst für eine relativ hohe Risikobereitschaft optiert. Den Marineeinsatz im Golf hatte er Mitte August lediglich von einem einvernehmlichen Beschluß der WEU abhängig machen wollen. Kohl-Telefonate mit den Regierungschefs in Rom, Brüssel und Den Haag dienten dem Ziel, diese Beschlußfassung sicherzustellen. Auch andere CDU-Politiker hatten auf eine gleichberechtigte Teilnahme an "Aktionen des Bündnisses, insbesondere der Vereinigten Staaten" gedrängt. Nur die FDP wollte hierbei nicht mitziehen. Sie sah in dem Kohl-Plan einen Bruch mit der Verfassung und drohte sogar mit dem Gang nach Karlsruhe. Ihre Intervention war keineswegs grundsätzlich gegen den Golfeinsatz der Bundeswehr gerichtet. Dieser wird auch von den Liberalen befürwortet, sofern er sich, was gegenwärtig der Fall ist, auf einen Beschluß der Vereinten Nationen stützen kann. Auf der Stelle werde man, so Graf Lambsdorff, eine diesbezügliche Grundgesetzänderung unterstützen. Anders die SPD. Zwar hält inzwischen auch sie den Präventivangriff von UNO-Truppen gegen den Irak "für voll gerechtfertigt - eine deutsche Beteiligung für absolut begrüßenswert" (so der SPD-MdB Hermann Scheer) und den entsprechenden Eingriff in die Verfassung für notwendig. Nur sollte die Grundgesetzänderung nicht allzu "kurzatmig" über die Bühne gehen.

Strittig ist zwischen den Parteien zum einen die Reichweite der allgemein als notwendig betrachteten Grundgesetzänderung. Während über Weltpolizei-Einsätze der Bundeswehr in Anlehnung an einen Beschluß der Vereinten Nationen Einvernehmen herrscht, wollen die Unionsparteien die Bundeswehr an der Seite der USA auch dann einsetzen können, wenn dies von den Vereinten Nationen abgelehnt wird. Die zweite Differenz zwischen SPD und Bundesregierung betrifft den Zeitpunkt der Grundgesetzänderung. Daß sie kommen muß und wird, um zukünftig die Bundeswehr auch "out of aera" einsetzen zu können, ist zwischen den Parteien jedenfalls kein Streitpunkt mehr.

Erneut begegnet uns jene frappierende Gleichförmigkeit der Medien, wie wir sie bereits bei der DDR-Vernichtung erleben mußten, auch in der Frage der Kriegsambition:

Ausgeschlossen, daß "Deutschland" weiter auf der Galerie sitzen und zuschauen könne, schreibt der "Stern". Man werde sich nicht länger drücken können, die "Zeit". Auf Dauer werde man der USA die militärische Unterstützung nicht verweigern können, schreibt Augstein, der nach seinem Glückwunsch für Kohl nun auch den US-Präsidenten im Moment des größten Aufmarsches seit Vietnam als "recht kühl kalkulierenden Chef der westlichen Welt" abfeiert. Die BRD sei zur Teilnahme an Militäraktionen anderer Staaten sogar verpflichtet, schreibt die sozialdemokratische Morgenpost: "Der Kanzler hat recht, wenn er bereit ist, mit anderen an einer Golf-Aktion teilzunehmen. Was da mitmachen würde, ist ein anderes Deutschland." In der Tat: Großdeutschland zeigt seine Visitenkarte. Kaum vereint ziehen deutsche Soldaten wieder einmal in den Krieg, um Oggersheim im Nahen Osten zu verteidigen. Grausamer können die Träume vom "entmilitarisierten" Großdeutschland und der neuen besseren Verfassung gar nicht blamiert werden! Dennoch hat das neue "Wir"-Gefühl, daß keine Parteien sondern nur noch Großdeutsche zu kennen scheint, längst auch das grün-alternative Spektrum erreicht.

Kriegsmobilisierung und "Wir"-Gefühl auch in der "taz"

Das französische Schwesterblatt der "taz", die Pariser "Liberation", pflegt dem Berliner Projekt in der Regel um einige Schritte voraus zu sein. Der französische Aufmarsch im Golf wird darin unterstützt. Zwar sei Krieg immer die schlechteste Lösung, so "Liberation"-Chef Serge July, "aber manchmal gibt es keine andere." Wird der Aufmarsch des eigenen Imperialismus erst einmal gebilligt, ist der Weg zur Begeisterung nicht weit. Seit dem französischen Schwenk auf die harte US-Linie scheint "Liberation" vom Kriegsfieber befallen zu sein. In der neuen Tagesrubrik "Nachrichten von der Front" wird sorgsam die jeweils letzte Truppenbewegung vermeldet.

In der Bundesrepublik hat sich der speziell von der "taz" protegierte Teil des grünen Realolagers zur deutschen Fahne zurückgemeldet. Christin Semler, ehemaliger Vorsitzender der vaterländischen KPD/AO warnte vor den gefährlichen Konsequenzen einer Haltung, die es beim Boykott belassen und die Intervention zu vermeiden sucht: Hierfür "einzutreten verschafft jene Form des guten Gewissens, dessen sich jene erfreuen, die unter keinem Handlungsdruck stehen." Glaubwürdig ist demnach nur, was (großmacht-)politisch durchsetzbar erscheint, die Identifikation mit dem Imperialismus komplett. "Wir Deutschen", schreibt Bernd Ulrich sind heute "erstens eine Weltmacht wie die USA auch und zweitens ... normalisiert." Es verbiete sich von daher von selbst, so der ehemalige Aktivist aus der unabhängigen Friedensbewegung BUF, "mit bloß hehren Argumenten pazifistischer Unschuld über die Anforderungen an eine Weltmacht hinwegzugehen." Während der Mitarbeiter von Antje Vollmer in diesem Fall von der Militarisierung "des Konflikts zwischen Islam und Aufklärung" abrät, ist sein Fraktionskollege Udo Knapp weniger zimperlich. Wer sich vor den Folgen des Angriffs auf den Irak fürchte oder sich gar in einem friedensgefährdenden Antiamerikanismus ergehe, wolle "der neuen Weltfriedensverantwortung Deutschlands am Ende doch ausweichen", erklärt er in der "taz". Kneifen gilt nicht! Ein nationalstaatlich geführter deutscher Angriff sei zwar abzulehnen, "die logistische Unterstützung allerdings und andere praktische Hilfsmaßnahmen dürfen nicht ausgeschlossen sein."

Die Proteste vom linken Flügel der grünen Partei gegen den Knapp/Ulrich-Kurs kann nicht über die deutlich vernehmbare Zurückhaltung der dominanten grünen Parteiflügel (Realos und Aufbruch) hinwegtäuschen, eine Zurückhaltung, die in einer derart gewichtigen Frage kaum anders als Zustimmung interpretiert werden kann. Selbstverständlich ist jene Position weder mit dem Programm noch mit der bisherigen Politik der Grünen unter einen Hut zu bringen. Die fortwährende Zerschlagung der gesamtdeutschen Illusionen, die bei den Grünen in dem Maße Blüten trieben, wie der Protest gegen die Wiedervereinigung zugrunde ging, scheint bei jener Partei nicht die Ablehnung sondern die Identifikation mit dem neuen Deutschland erhöht zu haben. Die grünen Umfaller in der Frage der Verfassungsänderung werden nicht lange auf sich warten lassen.

Präzedenzfall

Bisher verdankt der BRD-Imperialismus seine ökonomische Blüte nicht zuletzt der Tatsache, daß man sich die heißesten Kastanien jeweils von den anderen Imperialismen aus dem Feuer hat holen lassen. Dennoch steht die aktuelle "out-of area"-Politik der Bundesregierung in einer längeren Tradition. 1980 wurde der Operationsbereich der Marine in das Nordmeer hinein ausgeweitet, um dort US-Einheiten zu ersetzen. 1987

wurden erstmals Minensuchboote der Bundeswehr in das Mittelmeer entsandt. (Damals hatten die USA auf Einladung Kuweits die Sicherung der durch den Iran/Irak-Krieg bedrohten Seerouten übernommen.) Die aktuelle Flottenentsendung stellt demgegenüber eine neue Qualität dar. Erstens steht heute zum ersten Mal seit 1945 ein Kriegseinsatz der Bundeswehr offen zu Debatte. Zweitens wurde erstmals ein massiver Vorstoß zur Erweiterung des kriegerischen Aktionsradius unternommen, um damit auch auf dem Gebiet der Flottenpolitik den Anspruch auf die Rolle einer Weltmacht anzumelden. Schon heute fordern ehemalige Bundeswehrgeneräle die Aufstellung einer 50.000-köpfigen, aus Berufssoldaten zusammengesetzten Bundeswehr-Eingreiftruppe für Einsätze außerhalb des NATO-Gebiets. Drittens hat sich in dieser Frage erstmals ein All-Parteienkonsens, mit Ausnahme der Grünen, herauskristallisiert. Besonders erschreckend an der gegenwärtigen Entwicklung ist das beinah vollständige Wegtauchen dessen, was sich früher "Friedensbewegung" nannte. Das Ablegen der deutschen Kriegsschiffe war nicht von Blockaden und Protestaktionen, sondern von Beifall begleitet. In einer Frage von Leben und Tod beginnt sich schon jetzt zu rächen, daß der deutschen Wiedervereinigung und der chauvinistischen Zufriedenheit mit der "Weltmacht Deutschland" so wenig Widerstand und Protest entgegengesetzt wurden. Sollte dem deutschen Imperialismus in den nächsten Wochen und Monaten die Verankerung einer "out-of area"-Politik gelingen, dürfte dieser neue Zustand kaum noch umzukehren sein.

Kriegsdienstverweigerung und Widerstand gegen den Einsatz der Bundeswehr!

Abzug aller NATO-Truppen aus der Golfregion!

max.

# 4. Warten auf die Invasion: Reportage von Verena Krieger und Gisela Wuttke über eine Kubareise

Rubrik: Kuba · CD-Datei: daten/aksuche/ak322/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:322:18

Es ist das erste Mal, daß die kubanische Frauenföderation FMC grüne Feministinnen einlud, sich selbst ein Bild von ihrer Wirklichkeit zu machen. "Kuba libre", militärisch bedroht, politisch links liegen gelassen, wirtschaftlich in einer schweren Krise, hat fast keine Chance. Und die nutzt es schlecht.

Frauenpolitik auf Kuba, das ist nach wie vor Gleichstellungspolitik, auch wenn eine gewisse Annäherung an feministische Positionen unverkennbar ist. Auf internationalen Frauenkonferenzen in Lateinamerika und anderswo schien der Konflikt zwischen "realsozialistischen" Frauen und linken Feministinnen lange unüberbrückbar. Letztere galten ihnen als Kleinbürgerinnen, die sich dem Yankee-Imperialismus dienstbar machten, indem sie ihre Befreiung gegen die Männer - die eigenen Genossen - anstrebten. Als gäbe es nichts Wichtigeres zu tun!

Wie überall im "realen" Sozialismus leben auch in Kuba konservative Sexualmoral und Familienideologie ungebrochen fort. Die bürgerliche Kleinfamilie wird zur "Basiszelle der Gesellschaft" erklärt, die es zu stützen und auszubauen gilt, weil durch sie - also faktisch durch die soziale und materielle Arbeit der Frauen - gesellschaftliche Probleme und Mängel abgefedert und ausgeglichen werden können.

Promiskuität, auf Kuba wie überall in der Karibik Normalität, wird ideologisch bekämpft - aus akzeptablen wie aus zweifelhaften Motiven. In einer Gesellschaft, wo es als "muy macho" gilt, wenn ein Mann viele Frauen um sich schart, und wo zumeist Frauen die Leidtragenden promisken Verhaltens sind, hat die Kritik an der "gegenseitigen sexuellen Ausbeutung" (Monika Krause, Leiterin des Zentrums für Sexualerziehung in Havanna) eine frauenfreundliche Komponente. Doch die offizielle Ideologie vom monogamen Pärchenwesen unterwirft die selbstbewußten Frauen Kubas einer Vielzahl neuer, alter Zwänge: der Dreifachbelastung durch Beruf, Hausarbeit und Politik ebenso wie der Romantik einer großen Liebe.

Die hohe Frauenerwerbsquote allein, das erfahren die jüngeren Companeras am eigenen Leibe, macht aus Machos längst keine emanzipierten Männer, die sich mit ihnen die Hausarbeit teilen, wie es in der Verfassung geschrieben steht. Und mit der offiziellen Familienideologie stimmt die eigene Lebenspraxis zumeist nicht mehr überein. In der FMC beginnt offenbar eine zaghafte Auseinandersetzung über die Grenzen der bisherigen Frauenpolitik. Unser Interesse richtet sich daher vor allem auf bisher tabuisierte Probleme wie z.B. sexuelle Gewalt gegen Frauen und Mädchen, lesbische Beziehungen und Quoten.

Bedrohung durch die USA

Angesichts der zunehmenden militärischen und wirtschaftlichen Probleme Kubas treten aber Fraueninteressen, kaum daß sie an Boden gewonnen haben, sofort wieder in den Hintergrund. Während unseres Aufenthalts auf Kuba führten die USA im Umkreis der Insel drei große Militärmanöver durch und hatten zu ihrem eigenen Schutz einen Großteil der Angehörigen vom US-Stützpunkt Guantanamo abgezogen. Diese Manöver, in der Westpresse kaum zur Kenntnis genommen, lösten auf Kuba Alarmzustand aus.

Die Möglichkeit einer US-amerikanischen Invasion ist im Bewußtsein der kubanischen Bevölkerung nie ausgeschlossen, zudem sorgt die offizielle Propaganda für ständige Präsenz dieser durchaus realen Bedrohung. Ernesto Escobar, Leiter der Außenpolitischen Abteilung beim ZK der PCC, schildert uns den wahrscheinlich Ablauf eines militärischen Überfalls der Yankees: Zuerst würden Havanna und andere strategisch wichtige Zentren mit Bombardements überzogen. Die Invasion würde dann vom Ost- und vom Westende der Insel gleichzeitig stattfinden. Bestenfalls würde der Kampf einige Wochen oder Monate dauern, bis schließlich Havanna eingenommen würde.

Der Fall Havannas, damit rechnet die politische Führung, wird die eigene Bevölkerung zur Guerilla machen. Tatsächlich ist das kubanische Volk seit dem Sieg der Revolution systematisch auf einen zähen Guerillakampf vorbereitet worden, sowohl ideologisch als auch militärisch durch die Schaffung der Milizen und der Komitees zur Verteidigung der Revolution. Mehr als zwei Millionen Menschen stehen unter Waffen. Kuba ist in 1.500 Teilgebiete aufgeteilt, deren jedes von autonomen Kampfgruppen verteidigt würde, die auch ohne zentrales

Kommando auskämen. Außerdem gibt es eine lange Tradition patriotisch motivierter Kämpfe gegen Kolonialherren und imperialistische Besatzer, in der sich die Revolution von 1959 als Höhepunkt ausnimmt.

Man hoffe darauf, sagt uns der Vize-Außenminister José Viera Linares, die gegenwärtig als besonders kritisch eingeschätzte Lage noch zwei Jahre lang unbeschadet zu überstehen, denn dann ließe aufgrund zunehmender innerer Schwierigkeiten der USA die Kriegsgefahr vermutlich nach. Eine Hoffnung, die uns nicht sehr begründet erscheint.

Die militärische Bedrohung durch die USA wird von allen unseren GesprächspartnerInnen immer wieder in den Vordergrund gestellt. Ernesto Escobar beschreibt die gegenwärtige Lage Kubas als "schlimmste Situation seit Bestehen der Volksrepublik", vergleichbar höchstens mit den ersten Jahren nach der Revolution. Wir fragen kritisch nach, denn die militärische Bedrohung erscheint uns nicht als das Hauptproblem Kubas, sondern auch als Instrument, um die Bevölkerung bei der Stange zu halten. Escobar räumt ein, daß die Wahrscheinlichkeit eines Angriffs der USA gering sei - "eins zu hundert". Kuba müsse aber militärische Stärke zeigen, um die Schwelle so weit wie möglich heraufzudrücken.

Klar ist, daß Kuba keinen Krieg gegen die USA gewinnen kann. Aber der Preis, den die Yankees für einen Überfall zu zahlen hätten, kann durch einen vom Volk getragenen Widerstand erheblich hochgetrieben werden.

Zerfall des RGW

Hinzu kommt der Zerfall des "realen" Sozialismus in Osteuropa, der Kuba auf allen nicht-militärischen Ebenen bedroht. Wie man weiß, wird die Sowjetunion in wenigen Jahren keine politischen Preise mehr zahlen, sondern sich am schamlos niedrigen Weltmarktniveau orientieren. Ungarn verlangt schon jetzt für seine IKARUS-Ersatzteile harte Dollars, die für Kuba nur schwer aufzubringen sind. Auch der Anschluß der DDR an die BRD wird mit einiger Besorgnis gesehen. Er führt zur faktischen Eliminierung der zweitwichtigsten Handelspartnerin nach der UdSSR. Von der Modrow- wie von der de Maizière-Regierung wurde stets versichert, daß die Verträge mit der Sowjetunion eingehalten würden. Von Kuba dagegen ist nicht die Rede. Wird die Bundesrepublik die Joint-Venture-Projekte der (Noch-)DDR mit Kuba fortführen?

Die gnadenlos fortgesetzte Wirtschaftsblockade durch die USA läßt Kuba nur geringe Spielräume, insbesondere auf dem inter-lateinamerikanischen Markt und den Märkten der Dritten Welt. Seinen eigenen Bedarf an Produktionsmitteln und Waren muß Kuba aus weit entfernten Ländern beziehen. Aus diesem Grund trieben die Kubaner ihre Geschäfte mit Noriega, über den sie hinten herum an US-Produkte gelangen konnten. Kubas entsetzte Reaktion auf den Einmarsch der USA in Panama galt außer den politischen auch ihren wirtschaftlichen Interessen.

Unbestritten ist, daß die sozialen und materiellen Errungenschaften Kubas für ein bis zum Zeitpunkt der Revolution abhängig gehaltenes Land vorbildlich sind und eine gewisse Überzeugungskraft haben. Wer Lateinamerika kennt, weiß, wie wenig selbstverständlich es ist, daß alle Schuhe und relativ hochwertige Kleidung tragen, und daß alle - wirklich alle - ausreichend zu essen haben, auch wenn Rationierungen verschmerzt werden müssen. Das Bildungswesen ist für ein Entwicklungsland ungewöhnlich entwickelt, es gibt keinen Analphabetismus mehr, und Schulpflicht ist keine leere Formel.

Auch das Gesundheitssystem ist, insbesondere aufgrund der Institution der Familienärzte, die in den Wohnvierteln leben und hauptsächlich für präventive Maßnahmen zuständig sind, vorbildlich, der Hygienestandard ungewöhnlich hoch. Kehrseite der Medaille ist allerdings die damit verbundene soziale Kontrolle. Dem scharfen Blick der Familienärztin und ihrer ehrenamtlichen Helferinnen vom FMC entgeht es nicht, wenn in einer Familie etwas nicht stimmt, ein junges Mädchen schwanger ist oder eine ältere Frau sich der Krebsvorsorge entzieht. Zwar wirkt das hierzulande diskutierte "Recht auf Krankheit" unter den Bedingungen eines armen Landes absurd. Aber die Selbstverständlichkeit, mit der auf Kuba durch staatliche Einrichtungen und Massenorganisationen fast jedes private Problem zur öffentlichen Angelegenheit gemacht wird, vermittelt einen Eindruck von der Schwierigkeit, sich deren Zugriff zu entziehen.

Ihre Grenze findet diese kubanische Öffentlichkeit ganz traditionell dort, wo patriarchalische Strukturen in den Blick geraten könnten: bei den Macht- und Gewaltverhältnissen innerhalb der Familie. Gewalt gegen Frauen, gar sexuelle Gewalt gegen Mädchen seien auf Kuba so gut wie unbekannt, hören wir immer wieder. So etwas

würde der Familienarzt ganz bestimmt merken - doch wie sollte er, wenn er die dafür notwendige Ausbildung nie bekam?

Die schwierige Versorgungslage nötigt der Bevölkerung trotz aller Errungenschaften Verzichtsleistungen ab. Zum Alltag gehört auch stundenlanges Schlangestehen für dieses und jenes und die schlichte Notwendigkeit, Kleidung selbst zu nähen, da sie industriell nicht in ausreichendem Maße gefertigt werden kann. Beides betrifft Frauen, da nach wie vor sie die alltägliche Familienarbeit zusätzlich zur Berufstätigkeit leisten müssen. Angesichts der sichtbaren wirtschaftlichen Probleme Kubas ist fraglich, ob selbst dieser gehobene Standard einer Mangelgesellschaft aufrechterhalten werden kann. Eine weitere Verschlechterung der Versorgungslage der Bevölkerung scheint unausweichlich.

Devisen durch Gentech und Tourismus

Vor allem die Devisenprobleme Kubas sind gewaltig und werden in absehbarer Zeit ins Unermeßliche steigen. Zur Lösung des Devisenproblems setzt die kubanische Regierung neben dem Zuckerexport hauptsächlich auf zwei Bereiche: Gentechnologie und Tourismus.

Innerhalb kürzester Zeit wurde ein biologisches Forschungszentrum aufgebaut. Zwei Epidemien, die auf möglicherweise absichtlich aus den USA eingeschleppte Viren zurückzuführen sind, konnten in den achtziger Jahren durch gentechnologisch selbst erzeugtes Interferon niedergekämpft werden. Ziel ist es nicht nur, sich auf diesem Sektor von den Industrieländern unabhängig zu machen, sondern darüber hinaus, rechtzeitig eine Marktlücke zu füllen: Die bio- und gentechnologisch erzeugten Impfstoffe und Medikamente sollen vor allem an Länder der "Dritten Welt" verkauft werden.

Der Stolz auf den erreichten Forschungsstand und die Hoffnungen in die Möglichkeiten der Gentechnik sind auf Kuba schier grenzenlos - und die Bereitschaft, sich mit kritischen Einwänden auseinanderzusetzen, ist entsprechend gering. "Was schlagt Ihr uns denn als Alternative vor?", werden wir gefragt. Angesichts von Devisenknappheit und importierten Viren fällt uns spontan keine überzeugende Antwort ein.

Während die mit Gentechnik verbundenden Gefahren auf Kuba nach wie vor kein Thema sind, werden die Probleme, die der Tourismus mit sich bringt, gesehen und diskutiert: Sie reichen von der wachsenden (Devisen-)Prostitution bis hin zur andauernden Konfrontation der KubanerInnen mit dem penetrant wirkenden Reichtum westlicher Touristas, ganz abgesehen von der "ideologischen Infiltration". Es ist fraglich, wie lange Kuba sein Konzept vom kontrollierten Tourismus wird halten können, zumal sich progressiv-dynamische AlternativtouristInnen auf Dauer nicht werden davon abhalten lassen, die letzten noch unentdeckten Plätzchen der Insel zu besetzen.

Die restriktive Aids-"Prävention" Kubas, d.h. die systematische Durchtestung der gesamten Bevölkerung und die Internierung infizierter und erkrankter Personen wird durch die umworbenen Touristen und Geschäftsleute vollends ad absurdum geführt. Sie bleiben selbstverständlich unbehelligt, während Kuba sich darauf einstellen muß, auch Aids als Folgeproblem des Tourismus zu berücksichtigen.

Zwei Strömungen in der KP Kubas

Die Hälfte der kubanischen Bevölkerung ist jünger als dreißig Jahre und damit jünger als die Revolution. Zwar wissen die Jugendlichen, daß ihr Lebensstandard - gemessen an dem anderer lateinamerikanischer Staaten - hoch ist. Doch bleiben viele ihrer Bedürfnisse unerfüllt. Daher ist die Wirkung des Tourismus gerade auf die jüngeren Leute nicht zu unterschätzen, die nun verstärkt noch mit westlichen Klamotten und Standards konfrontiert werden.

Längst hat die US-amerikanische Kultur keinerlei abschreckende Wirkung mehr auf sie. Die Jugendlichen auf Kuba repräsentieren das ganze Spektrum westlicher Jugendkulturen. Noch vor einigen Jahren galten lange Haare und schrille Klamotten als geradezu konterrevolutionär. Eine Schülerin betont, daß es die Jugendlichen selbst waren, die - "wie auf der ganzen Welt" - ihre Interessen allmählich gegen Eltern, Lehrer und Partei durchgesetzt haben.

Spekulationen über ein baldiges Ende der kubanischen Revolution nehmen diese Probleme gerne als Aufhänger. "Jaja, Castro stirbt und die Jugend rebelliert, das ist seit Jahren die Hoffnung der Yankees", Ernesto Escobar gibt sich sicher, daß dieses Kalkül nicht aufgehen werde. In der Bevölkerung sei das Wissen

tief verwurzelt, daß die einzige reale Alternative zu den Errungenschaften der Revolution die Verelendung anderer lateinamerikanischer Völker ist. Die Bereitschaft vor allem Jugendlicher, die Revolution zu verteidigen, sei größer denn je, erzählen uns VertreterInnen verschiedener Jugendverbände. Immer wieder hören wir: Achtzig Prozent der Bevölkerung stehen hinter der Revolution.

Und die anderen, sämtlich KonterrevolutionärInnen? In Haft genommen sind Mitglieder kubanischer Menschenrechtsorganisationen, sie erwarten einen Prozeß. Unter ihnen auch frühere Anhänger der Revolution wie Yanez Pelletier, nach dem Sieg Militärberater Fidels. Die kubanische Regierung verhindert mit einem Störsender, daß ihr Volk den Einflüssen des reaktionären US-Propagandasenders "Radio Marti" ausgesetzt wird. Dasselbe Schicksal widerfährt auch dem erstmals sendenden "Tele Marti", der selbst in den USA auf nur wenig Gegenliebe stößt. Pluralismus, so unser Gesprächspartner Escobar, sei nicht das Problem, allerdings im Rahmen der Revolution. Beim Parteienpluralismus - auch aus unserer Sicht nicht das Non plus Ultra an Demokratie - käme ohnehin nur eine Pro-Yankee-Partei heraus.

Generell scheint die vorsichtige Öffnung Kubas wieder ins Stocken geraten zu sein, sind gegenläufige Tendenzen innerhalb der Partei und ihrer Organisationen festzustellen. Dies drückt sich im widersprüchlichen Verhalten uns gegenüber aus. Einerseits wird die Auseinandersetzung mit Feministinnen, mit Grünen, mit kritisch-solidarischen Menschen offensiv gesucht. Andererseits wird Einwänden mit glatten Formeln begegnet, bewegen sich Gespräche an der Schnittstelle zwischen Offenheit und offizieller Verlautbarung. Je höherrangiger unsere GesprächspartnerInnen, desto ernüchternder ist häufig ihre Aussage- und Diskussionsbereitschaft.

Kuba, so wird uns versichert, sei nicht Nicaragua. Kuba sei industriell weiter entwickelt, die Bevölkerung politisierter, keine Contra führt Krieg gegen das eigene Volk und niemand braucht Hunger zu leiden. Vor allem sei Kuba sozialistisch, was Nicaragua nie war. Und seht her, was ihnen die freien Wahlen beschert haben: eine Präsidentin von US-Gnaden! Den Weg Osteuropas wolle man nicht mitgehen, die Bedingungen Kubas seien nicht vergleichbar.

Zwei Strömungen gebe es in der kubanischen KP, sagt ein Parteivertreter. Die eine setzt wie zuvor auf eine enge Allianz mit Osteuropa - diesmal im Zeichen der Perestroika -, die stärkere betont wie einst in den sechziger Jahren die Unabhängigkeit und eigene Kraft Kubas.

Rectificación heißt das kubanische Gegenprogramm zur Perestroika, das seit Mitte der achtziger Jahre läuft. Gemeint ist damit die Korrektur von Fehlern auf der Grundlage des bestehenden Systems. Im Zuge der Rectificación wurden beispielsweise Privatisierungsversuche zurückgenommen, die zu Beginn der achtziger Jahre zu horrenden Preisen führten, an denen sich einige eine goldene Nase verdient hatten. Nicht unwesentlicher Nebeneffekt dieser Privatisierungen war allerdings auch eine erhebliche Verbesserung des Angebots an agrarisch erzeugten Lebensmitteln. Auch dies wurde mit der Rectificación rückgängig gemacht. Kleine Handwerker konnten stadtteilnah den Bedarf an alltäglichen Dienstleistungen decken, während zentralistische Einrichtungen bis heute versagen.

Rectificación soll die gesamte Bevölkerung mobilisieren, Mängel des Systems zu beheben oder zumindest zu verbessern. Schlampereien werden durch schärfere Kontroll- und Sanktionsmaßnahmen geahndet, und moralische Appelle an die Arbeitsmoral sollen die Motivation heben. "Fürs Vaterland sterben heißt Leben" ist eine der gängigen Parolen, in unseren Ohren geradezu reaktionär. Die staatliche Propaganda kommt von allen Seiten - aus dem Radio, von Plakatwänden und sogar von oben, von Hubschraubern werden Zettelchen abgeworfen -, doch sie geht zum einen Ohr rein und zum anderen heraus. Eine Lösung der gravierenden und auch selbsterzeugten wirtschaftlichen Probleme bringt sie gewiß nicht. Korruption, schlechte Koordinierung und das mangelnde Interesse, qualitätsvolle Arbeit abzuliefern, lassen sich nicht durch Appelle an die revolutionäre Moral beheben.

Trotzdem: Die Identifikation mit den Errungenschaften der Revolution sitzt bei den meisten Cubanos nach wie vor tief. Eine Alternative zu dem, was ist, ist nicht in Sicht. Das wissen auch die Unzufriedenen, die politisch Unterdrückten. Trotz der brisanten Situation Kubas überzeugt uns deshalb die immer wieder vertretene Auffassung, eine Demokratisierung der kubanischen Gesellschaft könne man sich angesichts der äußeren Bedrohungen nicht leisten, keineswegs.

Das hohe Maß an gesellschaftlicher Partizipation der Frau, seine sozialen Errungenschaften und sein hartnäckiger Widerstand gegen alle Annexionsgelüste des großen Bruders im Norden werden Kuba nicht davor entlasten, Glasnost zu praktizieren und seine innere Demokratisierung voranzutreiben. "Cuba libre" wird nur sein, wenn sich die Bevölkerung mit den politischen Zielen und der politischen Praxis seiner Führung identifizieren kann, wenn sie die Revolution am Leben erhält und nicht ihre Erstarrung duldet und an Perspektivlosigkeit resigniert.

Nicht zufällig ist Kuba kein Identifikationsobjekt für westliche Linke. Nicht alle Gründe gehen dabei zu Lasten Kubas, dessen Alltagsrealität für linke Revolutionsromantik in der Tat wenig zu bieten hat. Doch heute ist die Kubanische Revolution in der akuten Gefahr als allerletzte Insel dem US-Imperialismus zum Fraß vorgeworfen zu werden - eine Gesellschaft, in der trotz zahlreicher Kritikpunkte allen Mitgliedern ein menschenwürdiges Leben garantiert werden kann. Die Katze beißt sich in den Schwanz: Kuba braucht unsere Solidarität dringender denn je, aber seine politische Isolation kann es nur durch Veränderungen aus eigener Kraft überwinden.

# 5. Irak und Palästina: Heikle Position der PLO

Rubrik: Golfkrieg; Israel / Palästina; Irak · CD-Datei: daten/aksuche/ak322/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:322:10

Die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) unterstütze Saddam Hussein, einen Kriegstreiber, Massenmörder und aggressiven Potentaten im irakisch-kuwaitischen Konflikt, so melden europäische Nachrichtenagenturen. Verändert die PLO ihre politische Strategie? Ist die relativ breite Unterstützung Saddam Husseins durch die PalästinenserInnen in den Besetzten Gebieten und in arabischen Staaten die treibende Kraft für eine Veränderung der Haltung der PLO?

Wenige Tage nach der Besetzung Kuwaits durch die irakische Armee melden die Nachrichtenagenturen Jubel bei den Palästinensern. In den Nachrichten zeigt das Fernsehen Demonstrationen in Amman, bei denen Palästinenser Saddam wortgewaltig unterstützen und in ihm den Befreier sehen.

Die erste offizielle Stellungnahme der PLO wird am 12.8. im Palästina-Bulletin der Informationsstelle Palästina veröffentlicht - verabschiedet während einer Sitzung der PLO-Führung in Tunis. Darin heißt es: "Die realistische und umfassende politische Initiative des irakischen Präsidenten Saddam Hussein beinhaltet positive und realistische Elemente für die Verwirklichung des erhofften Friedens. (...) Diese Initiative, die sich auf die Notwendigkeit der Lösung des Kerns des Konflikts, der Palästina-Frage, und deren Verbindung mit den anderen Konfliktherden konzentriert, bildet die objektive Einleitung für die Suche nach einer Lösung der jetzigen Krise in der Golfregion (...). Die PLO begrüßt diese Initiative. Sie fordert alle arabischen Staaten und die internationale Gemeinschaft auf, Lösungen und Maßnahmen zu suchen, die den positiven Grundlagen der irakischen Initiative Rechnung tragen (...)."

Dieser Erklärung war ein Angebot Saddam Husseins vorausgegangen, in dem er sich bereit erklärte, die UNO-Resolution anzuerkennen, d.h. unter anderem aus Kuwait abzuziehen, wenn alle anderen UNO-Resolutionen auch eingehalten würden. Saddam bringt damit auch die israelischen Truppen ins Spiel, die aus Westbank und Gazastreifen abziehen müßten. Daß die Palästinensische Befreiungsorganisation so euphorisch auf diese Initiative reagiert, hat seine Gründe.

Dialogabbruch PLO - USA

Am 20. Juni brechen die USA ihre Gespräche mit der PLO ab. Anlaß für die USA sind Angriffsversuche der Palästinensischen Befreiungsfront (PLF, Chef: Abul Abbas) auf israelische Strände drei Wochen zuvor. Einer Aufforderung der USA an Arafat, Abul Abbas aus dem Exekutivkomitee der PLO auszuschließen und dem Terrorismus (erneut) abzuschwören, kommt Arafat in der gewünschten Form nicht nach. Auf die Drohung, den Dialog zu beenden, reagieren führende PLO-Vertreter sehr gelassen, hat es doch in den Jahren seit der Ausrufung des Staates Palästina (beim Palästinensischen Nationalrat in Algier im November 1988) ohnehin nur vier Gespräche gegeben, bei denen keine Fortschritte erzielt worden waren. Die PLO beschränkt sich darauf, zu erklären, daß die Aktionen nicht von der Führung organisiert worden seien und daß sie Aktionen gegen Zivilisten ablehne.

Dieser Anlaß ist der US-Regierung anscheinend willkommen, um sich von den Gesprächen zurückzuziehen. Bei einer Sondersitzung des Sicherheitsrats, die Arafat nach dem Massaker an 20 Palästinensern in Rishon Le Zion (Ende Mai) gefordert hatte, hatte Arafat beantragt, UN-Sonderbeobachter in die Besetzten Gebiete zu schicken, UNO-Truppen zu entsenden und einen Sonderbeauftragten einzusetzen. Des weiteren fordert er einen Einwanderungsstopp sowjetischer Juden nach Israel. Die USA verhindern die Annahme dieser Anträge mit ihrem Veto. (Die israelische Regierung lehnt ohnehin die Entsendung von UNO-Truppen und einer Beobachtergruppe ab.) Wenige Tage später wird der Landungsversuch der PLF an der israelischen Küste vereitelt.

Mit ihrem Veto geben die USA den Palästinensern zu verstehen, daß sie nicht ernsthaft an einer Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts interessiert sind. Die PalästinenserInnen sind nicht nur enttäuscht, nachdem sie die von ihnen geforderten Vorleistungen erbracht haben (Anerkennung des Staates Israel, Ablehnung des Terrorismus, Anerkennung der UNO-Resolutionen zu Palästina) - sie bezahlen für den stagnierenden "Dialog" täglich mit Verletzten und Toten in den Besetzten Gebieten.

Die Einwanderung sowjetischer Juden

Eine Entwicklung mit vielleicht noch schwerwiegenderen Folgen für die Palästinenser hat mit der Öffnung der Sowjetunion eingesetzt. Es kommen in großer Zahl sowjetische Juden nach Israel, die aus ihrer bisherigen Heimat vor zunehmendem Antisemitismus und ökonomischen Schwierigkeiten fliehen. Auch hierbei haben die Vereinigten Staaten ihre Hände im Spiel: Sie haben die Einwanderungsquote für sowjetische Juden drastisch reduziert.

Zwar wird nur ein verschwindend geringer Prozentsatz sowjetischer Juden in den Besetzten Gebieten angesiedelt, aber die bisherige Entwicklung zeigt, daß - selbst wenn sie nicht in die Besetzten Gebiete umziehen - die Wohnungsknappheit und die ständig steigenden Mieten innerhalb der Grünen Grenze (Israel ohne die Besetzten Gebiete) der israelischen Regierung gute Gründe für eine forcierte Besiedlung der Besetzten Gebiete liefert. Zudem gibt es seit dem April 90 keine Koalition mehr, die Ministerpräsident Schamir Steinchen in den Weg legen könnte (wenn sie wollte), wenn er Besiedlungspläne in den Besetzten Gebieten vorantreibt.

Nicht nur die PalästinenserInnen in den Besetzten Gebieten sehen die Einwanderung sowjetischer Juden als Bedrohung an. Auch andere arabische Länder - allen voran Jordanien - befürchten zusätzliche Krisen für ihre Länder, wenn die Mehrheitsverhältnisse in der Region erheblich zugunsten Israels verändert werden.

Im letzten Jahr konnte König Hussein die Hungerunruhen niederschlagen und kosmetische Veränderungen im Land vornehmen. Wenn aber die Situation in den Besetzten Gebiete noch durch fortschreitende Besiedlung verschärft wird, befürchtet er ein Übergreifen der Intifada auf sein Land. Die 60% PalästinenserInnen unter den Bewohnern seines Königreiches würden sich sicherlich in einer solchen Situation nicht still verhalten. Daneben gibt es wieder zunehmend Stimmen in Israel, die Jordanien als das Land der Palästinenser bezeichnen. Sie wirken sicher nicht beruhigend auf König Hussein.

Auch die anderen arabischen Staaten beobachten die Entwicklung der Einwanderungswelle nach Israel besorgt. Der Grund liegt in der Anwesenheit einer großen Zahl von PalästinenserInnen in ihren Ländern. Sie sind dort billige Arbeitskräfte und in den meisten Ländern nicht integriert (anders als in Jordanien). Sie bilden in ihrer bleibenden Verbindung zu ihrem Land Palästina und ihrem Kampf um Selbstbestimmung und einen eigenen (demokratischen) Staat einen Unsicherheitsfaktor in der Gesellschaft dieser Länder. Die arabischen Herrscher befürchten, daß der Kampf um ein besseres Leben bei ihren Bevölkerungen Schule machen könnte.

Diese Faktoren und die Veränderungen im ehemaligen "realsozialistischen" Lager haben in den arabischen Ländern die Einsicht wachsen lassen, daß sie sich nicht mehr so wie früher auf die Sowjetunion als Verbündeten verlassen können. Seit Ende letzten Jahres mehren sich die Versuche, zu größerer Einheit und besserer Zusammenarbeit - nicht nur in ökonomischer Hinsicht - zu kommen. Früher verfeindete Regierungschefs treffen sich und versuchen, die Differenzen beizulegen. Auch Ägypten wird - lange wegen des Separatfriedens mit Israel (Camp David) scharf kritisiert und aus der Arabischen Liga ausgeschlossen - wieder in die arabische Gemeinschaft aufgenommen, Assad signalisiert Arafat ein Ende der Feindschaft, Gadafi und Mubarak treffen sich mehrmals. Mubarak und Arafat gelingt es jedoch nicht, die Konkurrenten im Kampf um die Vorherrschaft im Nahen Osten, Syrien und Irak, an einen Tisch zu bekommen. Die außerordentliche Sitzung der Arabischen Liga findet trotzdem am 28. Mai in Bagdad statt - ein Grund für Assad, der Sitzung fernzubleiben. (Die offizielle Begründung: Der Gipfel sei nicht ausreichend vorbereitet.)

Arabische Einigung

Neben Syrien fehlen Marokko, Oman, Algerien und Libanon auf dem Gipfeltreffen. Arafat hat im Vorfeld des Gipfels die Tagesordnung prägen können. Die Einwanderung sowjetischer Juden nach Israel und der Abbruch des Dialogs zwischen USA und PLO sind die Hauptthemen.

Daß der außerordentliche Gipfel in Bagdad stattfindet, ist ein Zeichen dafür, daß die verbal kompromißlose Haltung Saddam Husseins gegenüber Israel honoriert wird. Saddam hatte im April mit der Vernichtung Israels gedroht im Fall, daß Israel beabsichtige, Irak anzugreifen. Neben der Bestimmung des Tagungsortes scheint es Saddam Hussein gelungen zu sein, ein indirektes Einverständnis von Seiten der anwesenden arabischen Führer signalisiert bekommen zu haben, daß er - als Gegengewicht zur vermuteten israelischen Atombewaffnung - im Falle eines Angriffs nichtkonventionelle Waffen gegen Israel einsetzen darf.

Die zentralen Beschlüsse machen die Unterstützung der palästinensischen Sache zum wichtigsten Anliegen, um zum Frieden in der Region zu kommen. Dabei setzt die PLO nach dem Dialogabbruch durch die USA ihre Hoffnung auf die UNO, die die Vermittlerrolle im Konflikt übernehmen soll.

Wenige Tage nach dem Gipfel scheitern die Verhandlungen zwischen Saddam Hussein und Kuwait um die Ausbeutung des Rumaila-Ölfeldes. Dem saudischen Herrscher Fahd ist es nicht gelungen, beide Länder zu einer gütlichen Einigung zu bewegen. Die irakische Armee marschiert in Kuwait ein.

Die PLO zwischen allen Fronten

In diesem Konflikt ist wieder einmal die PLO die Verliererin. Nach dem Abbruch des Dialogs, dem Veto der USA im UNO-Sicherheitsrat gegen internationale Beobachter in den Besetzten Gebieten und nichtssagenden Beteuerungen des Arabischen Sondergipfels in Bagdad steht die PLO mit leeren Händen da. Diplomatisch und militärisch stürzt sich der Westen auf Saddam, den "neuen Führer" der arabischen Welt. Palästina ist kein Thema mehr.

Die Pläne prowestlicher arabischer Regimes zu einer friedlichen Beilegung des Palästina-Konflikts sind gescheitert. König Hussein von Jordanien, Präsident Mubarak und König Fahd sind mit ihren Vorschlägen einer Lösung des palästinensisch-israelischen Konflikts unter Schirmherrschaft der USA von den USA selbst im Stich gelassen worden.

Die politische und materielle Unterstützung der palästinensischen Forderungen durch die Sowjetunion tendiert gegen Null. Waffenlieferungen und die Ausbildung von PLO-Kämpfern sind gestoppt worden.

Die Intifada - 33 Monate alt - geht weiter. Die Verhandlungen mit den USA, von allen Organisationen innerhalb der PLO (teilweise zähneknirschend) beim Nationalratstreffen im November 88 in Algier mitgetragen, erweisen sich als perspektivlos. Radikale Palästinensergruppen und islamische Fundamentalisten sind die Sieger in dem Kampf um die Köpfe der sich radikalisierenden PalästinenserInnen in den Besetzten Gebieten.

Von vielen PalästinenserInnen in den Besetzten Gebieten wie auch in anderen arabischen Staaten wird Saddam - vor allem nach seinem Friedensangebot - unterstützt. Dabei geht es den PalästinenserInnen nicht darum, die Politik der Besetzung eines kleinen Landes durch den starken Nachbarn gutzuheißen. Sie verurteilen vielmehr den Aufmarsch amerikanischer Truppen in Saudi-Arabien und die Rolle des Weltpolizisten, die sich die USA nehmen, wenn es um ihre eigenen Interessen geht. Darüber hinaus hat es Saddam verstanden, sich als Vertreter der arabischen Massen darzustellen. Die Idee, an der Einhaltung aller UNO-Resolutionen ein Verhandlungsangebot festzumachen und so die Besetzten Gebiete ins Spiel zu bringen, ist ein politisch geschickter Schachzug, mit dem er sich der Sympathie der arabischen Bevölkerungen und der PalästinenserInnen im besonderen versichert hat.

Die PLO-Führung gibt nach der ersten (oben zitierten) Erklärung wenige Tage später eine zweite, weitaus ausführlichere heraus. Darin heißt es: "Seit Beginn der Krise in der Golfregion zwischen Irak und Kuwait hat sich die palästinensische Führung bemüht, sie bereits im Anfangsstadium einzudämmen (...). Die Position Palästinas vor dem Gipfel (gemeint ist der außerordentliche Gipfel in Kairo, Anm. ak) und in dessen Verlauf war, daß es notwendig sei, eine arabische Lösung zu finden, die unter Punkt 6 der Beschlüsse der arabischen Außenminister auf ihrem Treffen am 3.8.90 bezüglich der Ablehnung einer ausländischen Intervention unterstrichen worden war. (...) Ihr (der PLO, Anm. ak) ging es darum, eine ehrenhafte Lösung zu erreichen, die die Ehre und die Rechte aller beteiligten Parteien wahrt und nicht auf Kosten einer Partei geht (...)."

Anscheinend sieht sich die PLO genötigt, nach einer - für westliche Ohren - unverständlich positiven Erklärung deutlicher zu werden. In einem Interview in "Mideast" bezeichnet der "zweite Mann der PLO", Abu Iyad, die Besetzung des Territoriums eines Landes durch ein anderes als prinzipiell nicht annehmbar. Da die PLO eine Vermittlerrolle spielen wolle, habe sie der Verurteilung Saddams (auf dem Treffen der arabischen Außenminister am 3.8. in Kairo vor der Islamischen Konferenz) nicht zugestimmt. Eine Verurteilung hätte die Chancen für Verhandlungen mit dem Irak erheblich verringert.

Die zweite Erklärung der PLO beschwört die Einheit der arabischen Nation. Eine innerarabische Lösung ist seit dem Nato-Truppenaufmarsch im Golf allerdings nicht mehr in Sicht. Das arabische Lager ist spätestens seit dem Gipfel in Kairo (10.9.) gespalten. Von den 21 Mitgliedern der Liga nehmen nur zwölf Staaten am Treffen

teil. Durch den sich selbst auferlegten Konsenszwang und die widerstreitenden Interessen ihrer Mitglieder ist die Liga schon seit geraumer Zeit handlungsunfähig.

Die zweite Trennungslinie, auf die Saddam mit Erfolg setzt, verläuft zwischen den Bevölkerungen und ihren autoritären Regimes. Vor allem den PalästinenserInnen - oft von den Gastländern als Bedrohung angesehen und "nötigenfalls" verfolgt und ermordet - erscheint ein arabischer Herrscher, kriegserfahren und durch den Westen mit Waffen ausgerüstet, die kein anderes arabisches Land vorweisen kann, als neuer Führer. Er setzt sich gegen Israel zur Wehr, droht seinerseits mit nichtkonventionellen Waffen und - last not least - bringt den palästinensisch-israelischen Konflikt wieder mit ins Spiel.

Die PLO steht bei der eigenen Bevölkerung nicht gut da. Arafats diplomatische Auftritte hatten keinen Erfolg. Die UNO verhängt ein Handelsembargo gegen Irak, kümmert sich aber nicht um die Politik der eisernen Faust in den Besetzten Gebieten oder sucht, eine Lösung für die sowjetischen Juden zu finden. Was liegt näher, als sich Saddams Antiamerikanismus anzuschließen?

Die wortreiche Zustimmung zur "Friedensinitiative" Saddam Husseins hat wohl einen Grund in der Radikalisierung der PalästinenserInnen in der Intifada. Und sie ist ein deutliches Zeichen an die Adresse der USA, daß die PLO nicht länger bereit ist, Zugeständnisse über Zugeständnisse zu machen und nichts dafür zu bekommen.

In der westlichen Welt - soweit dies wahrgenommen wurde - hat die erste Erklärung dem Ansehen der PLO geschadet. Die Organisation versucht nun, ihr ramponiertes Image wieder aufzubessern. Den ersten Schritt dazu hat sie mit der zweiten Erklärung von Tunis getan, die im Ton weit weniger euphorisch ausgefallen ist. Darin stellt sie sich in der Rolle der Vermittlerin dar. Dies wird ihr vermutlich nicht abgenommen werden.

Arafat wird sich nur mit "gemäßigten" Kräften der arabischen Welt, d.h. westlich orientierten Politikern wie Mubarak, oder mit anderen - von Saddam Hussein anerkannten - arabischen Herrschern als Vermittler einmischen können. Tatsächlichen Einfluß auf Verhandlungen zwischen dem Irak und der westlichen Welt zu nehmen, wird Arafat voraussichtlich nicht gelingen.

Bleibt die Frage, ob und wieweit die PLO mit ihrer jetzigen Haltung weiter gegenüber der palästinensischen Bevölkerung in den Besetzten Gebieten existieren kann. In manchen bürgerlichen Medien wird von einem Machtverlust Arafats gesprochen, für den es jedoch keine materiellen Anzeichen gibt. Es gibt in der PLO - trotz aller Kritik seitens radikaler palästinensischer Strömungen - keine Alternative zu Arafat. Eine Änderung der Strategie der Verhandlungen ist nicht sinnvoll. Den bewaffneten Kampf wieder aufzunehmen, wäre Selbstmord. Bleibt nur die Weiterführung der Intifada. Aber die Zeit läuft - sollte die Einwanderung sowjetischer Juden im bisherigen Ausmaß oder noch stärker weitergehen - gegen die PalästinenserInnen.

Palästina-Arbeitskreis im KB, Hamburg

Quellen

Diverse Ausgaben von: Al Fajr, Allgemeine Jüdische Wochenzeitung, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurter Rundschau, Jerusalem Post International, Palästina, Palästina-Bulletin, Süddeutsche Zeitung, tageszeitung, sowie Die Zeit aus der Zeit von April bis September.

# 6. Die Neue Weltordnung

Rubrik: Golfkrieg; Interventionspolitik und Kriege; Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak322/59.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:322:59

Der Kalte Krieg ist beendet, die Rivalität zwischen den Großmächten ist vorbei. Die Fundamente einer völlig neuen internationalen Ordnung werden geschaffen. Die Welt wird friedlicher, gerechter und sicherer als je zuvor. Wer da noch stört, indem er sich nicht an die Spielregeln hält, wird durch vereinte, partnerschaftliche Anstrengungen der Weltgemeinschaft zur Raison und nötigenfalls zur Strecke gebracht.

Der von der UNO abgesegnete NATO-Aufmarsch gegen den Irak ist beispiellos in der Geschichte der Weltorganisation. Abgesehen vom Sonderfall des Korea-Kriegs (1950-53) hat sich die UNO nur zweimal zu Embargo-Beschlüssen zusammengefunden: gegen Südrhodesien und gegen Südafrika. In beiden Fällen wurde von vornherein auf den Versuch verzichtet, die Durchsetzung der Sanktionen mit militärischer Gewalt zu erzwingen. Die UNO war durch das Veto-Recht von fünf Großmächten (USA, UdSSR, Großbritannien, Frankreich und China) von Anfang an ein untaugliches Instrument in allen Fällen, wo eine dieser Mächte oder eine von ihnen protegierte Regierung engagiert war. Sie ist darüber hinaus auch in Fällen, wo ein Konsens zustande kam, in der Regel nicht zur Durchsetzung von Beschlüssen in der Lage gewesen, weil sie nur kleine Truppenverbände mit eher "symbolischer" als militärischer Bedeutung einsetzte.

Nachdem die Jahrzehnte seit 1945 Dutzende von Aggressionen, Interventionen und Kolonialkriegen gebracht haben, ohne daß die UNO sich auch nur zu Sanktionen zusammenfinden konnte, ist der gigantische Aufmarsch gegen den Irak unter der Devise, Aggression dürfe sich nicht auszahlen, in seiner moralischen Pose absolut unglaubwürdig. Übrigens hatten die NATO-Mächte den Angriff des Irak auf den Iran 1980 nicht nur klaglos hingenommen, sondern hinter den Kulissen auch ermutigt und im Weiteren militärisch unterstützt. Und die UdSSR, deren oberster Politiker sich heute tatsächlich empört über die "Treulosigkeit" Bagdads zu äußern wagt? Die Sowjetunion hat dem Irak allein seit 1980 Waffen im Wert von 12-15 Milliarden Dollar verkauft, und damit rund dreimal soviel wie die Nr. 2 unter Bagdads Lieferanten, Frankreich.

Es ist auch keineswegs so, daß mit der Militäraktion gegen den Irak eine zweite "Stunde Null" gesetzt wird und die internationale Politik von jetzt an völlig neuen, allgemeingültigen Normen unterworfen wird. Iraks Saddam Hussein, der die Frage Kuwaits mit der Zukunft der seit 1967 von Israel besetzten palästinensischen Gebiete zu verbinden versuchte, erntete außerhalb der arabischen Nationalbewegungen keinen moralischen Pluspunkt und holte sich selbst bei der UdSSR eine glatte Abfuhr. Es gibt, so lautet das Resultat seines Vorstosses, auch künftig unterschiedliche Arten von Aggression und Besetzung. Die einen fordern die als Weltgewissen kostümierte Militärmacht der NATO heraus, die anderen werden von den Westmächten abgedeckt und finanziert. Es ist daran zu erinnern, daß die USA vor einigen Monaten sogar den Vorschlag der PLO, UNO-Beobachter in die besetzten Gebiete zu schicken, um die Methoden der israelischen Armee bei der Aufstandsbekämpfung zu untersuchen, durch ihr Veto zu Fall brachten.

Daß die Staaten der Dritten Welt und die UdSSR sich nahezu kritiklos dieser imperialistischen Doppelmoral unterwerfen, ist schwer zu begreifen. Noch unfaßbarer ist, daß sie den USA und der NATO grünes Licht gegeben haben, mit einem Blanko-Auftrag der UNO, aber ohne von dieser im geringsten kontrolliert zu werden, militärisch gegen den Irak vorzugehen.

Naive Pose der Sowjetunion

Eine zentrale Rolle spielt bei dieser Unterwerfung der UNO unter den Oberbefehl der NATO die Haltung der UdSSR: sie hat mit dem Irak seit 1972 einen Freundschaftsvertrag und stellte ganz allgemein in der Dritten Welt, besonders im arabischen Raum, lange Zeit ein Gegengewicht gegen die Westmächte dar. Die USA waren daher in der Kuwait-Krise von Anfang an darauf bedacht, parallel zur praktischen, vorwiegend militärischen Kooperation im Rahmen der NATO eine zwar gegenstandslose, aber mit großem Gestus vorgetragene Spezialpartnerschaft mit der UdSSR zu demonstrieren. Bush scheute nicht den anspruchsvollen Vergleich mit der Allianz gegen Nazi-Deutschland, indem er Gorbatschow dafür dankte, bewiesen zu haben, "daß Nationen, die im Zweiten Weltkrieg gemeinsam gegen die Aggression gekämpft haben, auch zusammenarbeiten können, um den Aggressor von heute zu stoppen." - In einer Situation, wo die Nachkriegsordnung total zusammengebrochen ist und die UdSSR sich um die Ergebnisse ihres

Abwehrkampfs gegen den Faschismus betrogen sehen muß, wirkt die Bemerkung von Bush wie ein ironischer Trostpreis, zumal die praktische Rolle und Einflußmöglichkeit der Sowjetunion im Golf-Konflikt gleich Null ist. Als Hauptbeitrag der UdSSR loben die westlichen Politiker denn auch nur, daß ihr Beispiel es möglich gemacht habe, als "problematisch" geltende Staaten der Dritten Welt zu beeinflussen und so den Konsens in der UNO abzusichern.

Bereits zwei Tage nach dem irakischen Überfall auf Kuwait, am 3. August, präsentierten sich USA und UdSSR mit einer gemeinsamen Erklärung ihrer Außenminister. Neben der Unterbrechung der sowjetischen Waffenlieferungen enthält diese Stellungnahme die Aufforderung an die UNO, das Vorgehen des Irak "nicht nur zu verurteilen, sondern auch praktische Maßnahmen zu ergreifen". Regierungen, die mit Aggression operieren, müsse deutlich gemacht werden, "daß die internationale Gemeinschaft Aggression weder ruhig hinnehmen noch erleichtern kann und will."

Zu diesem Zeitpunkt hatten die USA schon begonnen, eine Interventions-Streitmacht am Golf aufzubauen. Vor diesem realen Hintergrund muß der unkonkret gehaltene Appell des amerikanisch-sowjetischen Textes an die UNO, "Maßnahmen" zu ergreifen bzw. zu unterstützen, gesehen werden. Der sowjetische Außenminister bekundete bei dieser Gelegenheit, sein Land beabsichtige keine militärische Aktion und rechne damit auch nicht auf amerikanischer Seite. Zum tatsächlich schon eingeleiteten Aufmarsch der USA nahm er nicht Stellung. Damit gab er das weitere Verhalten der offiziellen sowjetischen Politik vor: standhaft so zu tun, als begreife man den Ablauf und die Konsequenzen der Ereignisse ebensowenig wie die Implikationen der von der UdSSR unterstützten UNO- Resolutionen. - Am 6. August, mehrere Tage nach Beginn des amerikanischen Aufmarsches, sanktionierte der UN-Sicherheitsrat diesen durch seine Embargo-Resolution. Jemen und Kuba enthielten sich der Stimme.

Während die UdSSR sich für eine "politische Lösung" des Konflikts aussprach und vor den Risiken einer militärischen Eskalation warnte, ließ die US-Regierung bereits öffentlich über militärische Optionen, Umsturz- und Mordpläne gegen Saddam Hussein, CIA-Operationen oder einen Krieg mit 100.000 Toten diskutieren. Für die sowjetische Regierung keineswegs ein Grund, ihre naive Pose aufzugeben und auf Distanz zu ihrem "Sicherheitspartner" USA zu gehen.

Nach eigenem Bekunden hätte die sowjetische Regierung eine maßgebliche und kontrollierende Rolle der UNO bei der Durchsetzung des Embargos gegen den Irak vorgezogen und hätte in diesem Rahmen auch eine eigene militärische Beteiligung nicht ausgeschlossen. Da jedoch USA und NATO es zweckmäßiger fanden, auf Basis unpräzise formulierter UN-Resolutionen eigenmächtig zu agieren, wurde auch dies von der UdSSR hingenommen. Vielleicht nicht einmal ungern, da ein militärisches Engagement der Sowjetunion nach dem Afghanistan-Debakel auf große innenpolitische Akzeptanz-Probleme stoßen würde. Im konkreten Fall Irak käme hinzu, daß Teile der islamischen Bevölkerung der UdSSR vielleicht nicht nur mit Unverständnis, sondern auch mit Protest reagieren würden.

USA voran - UNO hinterher

Am 17. August gab Präsident Bush den um Irak zusammengezogenen amerikanischen Kriegsschiffen Befehl, das Embargo "nötigenfalls" auch mit Waffeneinsatz durchzusetzen. Die Kommandeure am Ort wurden ermächtigt, dies von Fall zu Fall selbst zu entscheiden. Erst nachträglich bemühten sich die USA um eine Abdeckung dieses Befehls durch eine neue Resolution des UN-Sicherheitsrats. Das dauerte mehrere Tage, da vor allem Jemen und Kuba Widerspruch ankündigten, aber auch die UdSSR Vorbehalte machte. Die Sowjetunion brachte wieder, ohne Nachdruck und selbstverständlich vergeblich, ihr Projekt ins Spiel, die um Irak versammelten Streitkräfte einem UN-Führungsstab zu unterstellen. Heraus kam stattdessen die famose Formel vom "UN-Schirm", die lediglich besagt, daß die militärischen Kräfte nach eigenen Einsatzregeln agieren, aber sich auf einen Auftrag der UNO berufen können und dieser ihre Aktionen nachträglich mitteilen sollen.

Erst am 25. August, gut eine Woche nach dem Einsatzbefehl von Bush, passierte die UN-Resolution, die diesen Befehl nachträglich legitimierte, den UN-Sicherheitsrat. Jemen und Kuba enthielten sich der Stimme. Die entscheidenden Sätze der Resolution fordern "die mit der Regierung Kuwaits zusammenarbeitenden Staaten, die Seestreitkräfte in dem Gebiet stationieren", dazu auf, "den spezifischen Umständen entsprechende Maßnahmen zu ergreifen", um den gesamten Schiffs- verkehr des Irak zu unterbinden. Die

USA hatten zunächst eine Formulierung vorgeschlagen, die ausdrücklich von einem "minimalen Einsatz militärischer Gewalt" sprach, interpretierten aber auch die nun beschlossene Fassung unwidersprochen und offenbar berechtigt als Freibrief, nach eigenem Gutdünken militärisch zu agieren.

Nach irakischen Angaben, die nicht dementiert wurden, hatte Gorbatschow am Tag vor Annahme dieser UN-Resolution ein Ultimatum an Saddam Hussein gerichtet und eine Antwort innerhalb von 90 Minuten verlangt. In seinem Schreiben soll Gorbatschow die Unterwerfung Iraks unter die früheren UN-Resolutionen gefordert haben, d.h. bedingungsloser Rückzug aus Kuwait und Wiederherstellung der dortigen "legitimen" Herrschaftsverhältnisse, Achtung der Souveränität und Integrität Kuwaits, Freilassung aller festgehaltenen AusländerInnen. Saddam Hussein habe, so die irakische Version, in seiner Antwort die UdSSR gebeten, sich für eine Verschiebung der neuen UN-Resolution um einige Tage einzusetzen, um ihm Gelegenheit zu einer ausführlichen Antwort an Gorbatschow zu geben.

Gipfel der Zustimmung

Es scheint, daß mit dem Gipfeltreffen Bush-Gorbatschow in Helsinki am 9. September eine weitere Stufe der militärischen Eskalation vorbereitet wurde. Diese Begegnung, über die kaum Konkretes mitgeteilt wurde und die in praktisch-politischer Hinsicht wohl von Belanglosigkeit dominiert wurde, war von Bush gewünscht worden, um am Thema Irak "Schulterschluß" zu demonstrieren und globale "Sicherheitspartnerschaft" auch für die Zukunft zu verheißen, ohne an irgendeinem Punkt - Beispiel: die von der UdSSR gewünschte Nahost-Konferenz, die sich auch mit Palästina zu befassen hätte - konkret zu werden.

Beachtung verdient jedoch ein Absatz der in Helsinki vorgestellten gemeinsamen Erklärung: "Wir bevorzugen eine friedliche Beilegung der Krise, und wir werden gegen die Aggression des Irak vereint sein, solange die Krise anhält. Wir sind aber fest entschlossen, ein Ende der Aggression zu erreichen. Falls die gegenwärtigen Schritte nicht zum Erfolg führen, sind wir bereit, weitere Schritte in Übereinstimmung mit der UN-Charta zu erwägen. Wir müssen zweifelsfrei zeigen, daß sich Aggression nicht auszahlen kann und wird."

Der letzte Satz greift, wohl nicht unbeabsichtigt, im Wortlaut die Argumentation von Mrs. Thatcher zum Falkland/Malvinas-Krieg auf. Mit der vorauseilenden Zustimmung zu, selbstverständlich wiederum nicht konkret definierten, künftigen "weiteren Schritten" hat Gorbatschow eine neue taktische Variante eingeführt: diesmal ließ er nicht nachträglich vollzogene Fakten absegnen, sondern stellte großzügig einen Blanko-Scheck aus, auf dessen Einlösung die US-Regierung kaum verzichten wird.

Medien und Politiker heben ausschweifend die neue "Sicherheitspartnerschaft" USA-UdSSR als Garanten einer Weltfriedensordnung hervor. Bei vordergründiger Betrachtung scheint tatsächlich Chruschtschows Traum von 1960, gemeinsam mit den USA als Weltpolizei zu fungieren, mit Verspätung in Erfüllung gegangen zu sein. Doch war in der Realität die UdSSR niemals seit 1945 soweit wie heute davon entfernt, mit den USA auf Basis einer strategischen Gleichberechtigung umgehen zu können.

Das spektakulär aufgemachte und barock kommentierte Gipfeltreffen in Helsinki scheint nicht zuletzt den Zweck gehabt zu haben, Gorbatschow für die sowjetische Öffentlichkeit als einen respektierten und mit dem US-Präsidenten auf einer Stufe stehenden Staatsmann darzustellen, und ihn damit von seinen heimischen Sorgen etwas zu entlasten. Die Realität ist jedoch, daß die UdSSR in der Golfkrise bisher keine eigenständige Rolle gespielt hat, weder als politischer noch gar als militärischer Faktor präsent ist, als Finanzquelle zur Unterstützung des NATO- Aufmarsches selbstverständlich sowieso nicht in Frage kommt, auf die weitere Entwicklung kaum eine Einflußmöglichkeit hat.

Großmachtrolle ausgespielt

Unter dem Aspekt einer künftigen "neuen Weltordnung" betrachtet zählt die Sowjetunion zu den Objekten kommender Krisen, nicht zu den Subjekten des "Krisenmanagements", das nun ausschließlich in die Hände der imperialistischen Großmächte übergegangen ist. Ein Staat in Auflösung, dessen Zentralmacht kaum noch praktische Autorität ausübt, kann keine globale Rolle mehr spielen. Eher ist möglich, daß demnächst beispielsweise der Kaukasus zum Aufmarschgebiet einer "internationalen Friedenstruppe" im UN- Auftrag wird.

Ein langer Abschnitt sowjetischer Nah- und Mittelostpolitik, der mit Waffenlieferungen an Ägypten und dem Eingreifen in den Suez-Konflikt 1956 begann, geht zuende. Die UdSSR hat sich in keiner anderen Region der

Dritten Welt so anhaltend, intensiv und kostspielig darum bemüht, dauerhaft Fuß zu fassen und eine offensive Außenpolitik gegen die Interessen und Einflüsse der Westmächte zu entfalten. Gut zwei Drittel der sowjetischen Waffenexporte gingen in diese Region. Zu den Ländern, mit denen die UdSSR eng kooperierte und denen sie einen "antikapitalistischen Entwicklungsweg" bescheinigte, gehörten zeitweilig Ägypten, Syrien, Irak, ferner im weiteren Umkreis am Roten Meer Südjemen, Äthiopien und Somalia, in Nordafrika Libyen und Algerien. Eingetauscht hat man diesen Versuch, einen "antiimperialistischen" Staatengürtel aufzubauen, jetzt gegen ein Schulterklopfen von Bush und bevorstehende offizielle diplomatische Beziehungen mit Saudi-Arabien.

Viele sowjetische Publizisten und offenbar die meisten maßgeblichen Politiker der UdSSR halten das für einen ausgezeichneten Tausch. Sie argumentieren so: Der Versuch der Großmächte, einander in der Dritten Welt Konkurrenz zu machen und ebenso teure wie heikle Bundesgenossen anzuwerben, habe in der Gesamtbilanz eigentlich allen nur geschadet, den Großmächten absolut keinen Vorteil gebracht. Militärische Machtentfaltung sei heute ohnehin nicht mehr zeitgemäß und jedenfalls kein wesentlicher Faktor für den internationalen Status eines Landes. Der internationale Trend gehe eindeutig vom engstirnigen, letztlich zudem kontraproduktiven nationalen Egoismus zu grösserer Einsicht in die allgemeinmenschlichen Interessen, von der Konfrontation zur Zusammenarbeit.

Daß nun gerade der Aufmarsch gegen den Irak, die größte militärische Konzentration seit dem Vietnamkrieg, ein Beweis für diese Hypothesen sein soll, mutet befremdlich an. Wird denn dort nicht demonstriert, daß militärische Machtentfaltung, allem gutgemeinten Wunschdenken zum Trotz, weiterhin als legitimes und wirksames Mittel der Politik betrachtet und behandelt wird, mit Zustimmung der UNO und der UdSSR?

Eben wird berichtet, daß ein enger Berater Gorbatschows, Oleg Bogomolow, seine Überzeugung geäußert hat, ein Krieg gegen den Irak sei unvermeidlich. Saddam Hussein könne aus innenpolitischen Gründen gar nicht auf die Forderung nach Rückzug aus Kuwait eingehen, da dies sein Ende bedeuten würde.

So oder so: die letzte Entscheidung über Krieg oder Frieden liegt, mit vorweggenommenem Segen der UNO und Gorbatschows, bei Politikern und Militärs der USA und der NATO, für die - nimmt man ihre eigenen Sprüche ernst - auch ein vollständiges Nachgeben Bagdads noch kein Anlaß wäre, sich aus der Region wieder zurückzuziehen.

Selbst im allerbesten Fall jedoch, einer Konfliktlösung ohne Blutvergießen, wäre der NATO-Aufmarsch gegen den Irak die größte militärische Erpressung in der Geschichte der Menschheit. Dies als "politische Lösung" zu bezeichnen, wie es die sowjetische Politik permanent tut, wäre ein völliges Mißverständnis.

Kt., Hamburg

# 7. "Politisch ein Segen für Israel"

Rubrik: Golfkrieg; Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak322/61.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:322:61

In den ersten Tagen nach der Annexion Kuwaits hatte die israelische Regierung die Auffassung verbreitet, der Irak werde nunmehr auch Israel angreifen. Einige Tage später hieß es jedoch, der Irak sei zu einem solchen Angriff militärtechnisch gar nicht in der Lage bzw. fürchte einen Vergeltungsschlag Israels. Auch sonst gaben sich die Regierung Israels und ihre Sprachrohre recht munter: das Interesse an der Intifada werde stark nachlassen und Israel müsse sich so bald nicht mehr mit lästiger Kritik befassen. Dies gilt für die äußeren Beziehungen Israels wie für die Lage im Inneren. Erhebliche Teile des sog. Friedenslagers in Israel votieren für den Abbruch des Dialogs mit der PLO und der Aufstandsführung in den besetzten Gebieten, da die Palästinenser Saddam unterstützten und die Annexion Kuwaits guthießen.

Der Irak gilt Israel als einer der gefährlichsten Gegner. Diese Einschätzung beruht zum einen auf der Haltung des Irak, der Teil der sog. Ablehnungsfront war, im israelisch-arabischen Konflikt, und zum anderen auf der Tatsache, daß die irakischen Streitkräfte zu den schlagkräftigsten der arabischen Welt gehören. Der ehemalige israelische Kriegsminister Rabin äußerte jüngst, der irakischen Militärmacht sei mit allein konventionellen Waffen nicht beizukommen. Welche Bedeutung Israel dem irakischen Militärpotential schon seit längerem beimißt, zeigte sich durch die Zerstörung eines irakischen Atomreaktors in der Nähe von Bagdad mit israelischen Kampfflugzeugen im Juni 1981.

Israel unterstützte im Golfkrieg den Iran gegen den Irak durch Waffenlieferungen und war über die schließliche Beendung dieses wechselseitigen Abschlachtens wenig erfreut, da nun, wie es hieß, der Irak den Rücken wieder frei habe für eine Aggression gegen Israel.

Nach der Erprobung einer israelischen Langstreckenrakete, mit der auch der Irak angegriffen werden könnte, drohte Saddam im April dieses Jahres, er werde "halb Israel" mit chemischen Waffen zerstören, wenn Israel irgendetwas gegen den Irak unternehme. Dieser Warnung wurde ein durchaus größerer Realitätsgehalt als den sonstigen Drohritualen arabischer Führer beigemessen, waren doch 1988 auf Saddam Husains Geheiß 6.000 irakische KurdInnen im Golfkrieg mit Giftgasgranaten ermordet worden.

Gaskrieg?

Es bestehe die Gefahr, äußerte Ministerpräsident Schamir nach der Annexion Kuwaits durch den Irak, daß Israel das nächste Angriffsziel sei. "Israel ist immer die Karte, die diese arabischen Führer ausspielen, wenn sie pan-arabische Führer werden wollen." Diese Befürchtung bestimmte veröffentlichte Meinung und Stimmung der Bevölkerung in den ersten Tagen nach der irakischen Aggression.

Es wurden jedoch bald auch Stimmen laut, insbesondere von hochrangigen Militärs und Analytikern, die einen Angriff des Irak auf Israel weitgehend ausschlossen. Der Generalstabschef der Armee, Schomron, äußerte, die Abschreckungskraft Israels mache es unwahrscheinlich, daß der Irak mit konventionellen oder chemischen Waffen Israel angreife; Saddam Husain wisse, daß "Israel der mächtigste Staat im Mittleren Osten" ist. Joseph Alpher, der stellvertretende Leiter des Jaffee Center for Strategic Studies (ein hochqualifizierter "think tank"), sah für den Irak keine Möglichkeit, Israel anzugreifen; für einen solchen Angriff müsse der Irak eine östliche Front entweder mit Syrien oder Jordanien bilden. Syrien aber liege mit dem Irak im Streit, und Jordanien wisse, daß bei einem Einmarsch irakischer Truppen nach Jordanien Israel sofort zuschlagen werde. Und mehr populär ließ ein Kommandeur der Luftwaffe per Interview wissen: "In Israel kann man ruhig schlafen". Zudem wurden Schlagkraft und Zielgenauigkeit irakischer Waffen immer mehr in Zweifel gezogen. Diese Beschwichtigungen wurden ein, zwei Wochen nach der irakischen Invasion auch von den meisten der Politiker übernommen, die anfangs Panik verbreitet hatten. Berufsmäßige Scharfmacher wie Kriegsminister Arens oder Premier Schamir verzichteten jedoch gleichzeitig keineswegs auf Kraftsprüche. "Wer immer einen Angriff gegen Israel im Schilde führt," gab Schamir bekannt, der solle wissen, "daß Israel die Fähigkeit, die Macht, den Willen und die Entschlossenheit hat, seine Sicherheit zu verteidigen. Wer immer Israel Schaden zufügt, beschwört für sich selbst unweigerlich eine schwere Tragödie herauf."

Die Definition eines "Schadens für Israel" wird in diesem Land bekanntlich sehr weit ausgelegt. Entsprechend wurde Jordanien auch ein ums andere Mal gewarnt und mit einem sofortigen "Gegenschlag" bedroht, wenn irakische Truppen in Jordanien stationiert werden würden - obwohl Kriegsminister Arens selbst öffentlich

bekannt gab, es seien noch nicht einmal Truppenkonzentrationen des Irak an der jordanischen Grenze beobachtet worden.

In der israelischen Bevölkerung, die sich großenteils seit der Zeit der Staatsgründung fast ununterbrochen als im Kriegszustand befindlich begreift, bewirkten diese Beschwichtigungen jedoch wenig. Die öffentliche Debatte um die Ausgabe von Gasmasken an die Bevölkerung - die von dem einen Minister gefordert, von den anderen verweigert wird, und der Chef des Zivilschutzes im Fernsehen zur Einlagerung von Lebensmitteln und Vorbereitung von Selbstschutzmaßnahmen aufruft - hat zum Ergebnis, daß die Furcht vor einem Gaskrieg immens ist.

Lichtstreif

In der ersten offiziellen Erklärung des israelischen Außenministeriums schien bereits auf, was seither propagandistisch ausgebaut wird: die "hemmungslose Aggression (...) des irakischen Regimes" demonstriere, "woher die wirkliche Bedrohung des Friedens in der Region kommt." Deutlicher wurde der Sprecher des Ministerpräsidenten, der im Vorgehen des Irak auch einen "Silberstreif" für Israel sah: Die USA würden künftig die Einschätzungen Israels über die Entwicklung im Nahen Osten ernster nehmen und auch mehr Verständnis für seine Probleme aufbringen.

Die irakische Invasion, triumphierte ein israelischer Kommentator, biete Israel die Garantie, daß in den USA niemand mehr von einer Kürzung der Finanzhilfen für Israel sprechen werde. Und, nicht minder bedeutend: "Saddam Hussein gelang es, die Welt von der Richtigkeit des Arguments zu überzeugen, daß es keine glaubwürdige territoriale Lösung der Palästinenserfrage ohne gleichzeitige Lösung des Konflikts mit den arabischen Staaten gibt. Und da ein Friedensschluß mit Assad oder einem der beiden Husseins in Bagdad oder Amman in naher Zukunft nicht zur Diskussion steht, ist ein Abflauen des Interesses an einem palästinensischen Staat wahrscheinlich." Eine Woche später konstatiert der selbe Kommentator, die Intifada sei "aus den Schlagzeilen und von den Bildschirmen verschwunden". So sei, politisch gesehen, "die Golfkrise eine Art Segen für Israel". Auch ein neutralerer Beobachter wie der Leiter des Deutschen Orient-Instituts in Hamburg, Udo Steinbach, sieht Israel "sicherlich für die nächsten Jahre diplomatisch entlastet".

Die Spekulation auf ein "größeres Verständnis" der USA erwies sich als zutreffend. Die USA bereitet die Lieferung hochentwickelter Waffen im Wert von einer Milliarde Dollar (eine Summe, die von Schamir dementiert wurde) an Israel vor. Verhandelt wird über die Lieferung von Kampfflugzeugen des Typs F-15 und F-16, Boden-Luft-Raketen des Typs Patriot, M-60-Kampfpanzer und Apache-Hubschrauber für die Panzerabwehr. Der US-Außenminister Baker versicherte seinem israelischen Amtskollegen, Israel werde alle zu seiner Verteidigung erforderlichen Waffen erhalten.

Strategische Allianz

Hatte der ehemalige Kriegsminister Rabin unmittelbar nach der Annexion Kuwaits durch den Irak noch geäußert, die Entspannung zwischen den Großmächten mindere keineswegs den Wert der "strategischen Allianz" zwischen den USA und Israel, wurden bald Zweifel am tatsächlichen Gehalt dieser Allianz laut, die nicht allein in Israel immer wieder beschworen wird, sondern auch in den Augen vieler Linker hierzulande ein ganz enormes Unternehmen ist.

Zweifel an dieser "strategischen Allianz" waren in Israel aufgekommen, da entgegen allgemeiner Erwartung Israel mit aller Deutlichkeit von den USA davon abgehalten wurde, sich in irgendeiner Weise (die über die Übermittlung geheimdienstlicher Informationen hinausgeht) in den Golfkonflikt einzumischen. Der US-Vizestaatssekretär hatte schon in der Nacht des irakischen Einmarsches in den Kuwait den israelischen Botschafter in den USA, Mosche Arad, zum Stillhalten aufgefordert, um zu verhindern, daß die US-amerikanischen Bemühungen um das Zustandebringen einer arabischen Front durch Aktionen Israels gestört würden.

Seither ist viel Papier verbraucht worden, um zu begründen, warum Israel sich nicht (aktiv) in den Golfkonflikt einmischt, mit der US-israelischen "strategischen Allianz" es aber doch zum Besten stehe. Tatsächlich wird Israel auf Distanz gehalten, damit dem US-amerikanischen Bemühen um ein gemeinsames Vorgehen mit arabischen Staaten nicht dadurch geschadet wird, daß die US-Intervention das Ansehen eines - wie es der ehemalige US-Staatssekretär Kissinger charmant formulierte - "US-Zionist joint enterprise" erhält. Diese

Auffassung wird mittlerweile, zumindest verbal, auch von der israelischen Regierung geteilt: Die direkte Einbeziehung Israels würde dem "Gesamtziel" nicht dienen, die "Schlüssel zum Erfolg" seien - militärisch, ökonomisch und diplomatisch - Ägypten und Saudi-Arabien.

So realitätsentsprechend diese Taktik auch ist - eine direkte Mitwirkung Israels an der US-Intervention würde zum sofortigen Bruch des "amerikanisch-arabischen Bündnisses" führen, da das ägyptische und das saudi-arabische Regime der Bevölkerung ihrer Länder nicht auch noch zumuten könnten, mit dem "zionistischen Feind" eine Front zu bilden -, so wenig ist damit widerlegt, daß sich bei der ersten Probe aufs Exempel erwiesen hat, daß die "strategische Allianz" zwischen den USA und Israel kaum mehr ist als eine, allerdings recht kostspielige Illusion.

Die "Jerusalem Post" hatte schon in der ersten Augustwoche festgestellt, die Auffassung von Israel als regionaler Macht der USA oder auch nur als Ausgangspunkt für US-amerikanische Interventionen in arabischen Ländern sei zusammengebrochen. Und der israelische US-Botschafter verwies Mitte August darauf, daß die Golfkrise sich auf lange Sicht zu Israels Ungunsten auswirken könnte, weil in ihrem Gefolge eine umfassende amerikanisch-arabische Zusammenarbeit nahezu unvermeidbar sei. So könnte die aus den Erfahrungen der Vergangenheit gewonnene und in Israel häufig geäußerte Ansicht, die bisher vornehmlich von Politikern zur Verhetzung der jüdischen Israelis genutzt worden ist, Israel müsse "sich zuerst und zuallermeist auf seine eigene Stärke verlassen" aktuelle (und womöglich bedrohliche) Wahrheit werden.

Linker Patriotismus

Als "Ausbruch von Patriotismus" qualifizierte der Journalist Tom Segev die Entwicklung in links-zionistischen Parteien und in Gruppierungen der Protestbewegung seit der irakischen Invasion in den Kuwait.

Während die PLO tatsächlich versucht hatte, eine Vermittlerrolle im Golfkonflikt einzunehmen, wurde nicht nur in den staatstreuen Medien sondern auch in weiten Teilen der Linken und der Protestbewegung nur die Umarmung Arafats mit Saddam Husain zur Kenntnis genommen und als brüderliches Einvernehmen eines "PLO-Terroristen" mit einem "blutigen Diktator" gewertet, obwohl zumindest jeder Israeli weiß, daß derlei Umarmungen zum - weitgehend bedeutungslosen - Ritual der Begegnung von Staatsmännern dieser Region gehören. Gleichermaßen verfälscht wurden die palästinensischen Demonstrationen in den besetzten Gebieten und den palästinensischen Zentren in Nordisrael aufgenommen und - wo es sich faktisch um den Ausdruck der Gegnerschaft gegenüber ausbeuterischen arabischen Regimes und den Protest gegen die US-amerikanische Intervention handelte - als Zustimmung zur irakischen Aggression an sich gewertet.

Der Vorsitzende der links-sozialdemokratischen Mapam, Elasar Granot, die für den Dialog mit der PLO eintritt und eine führende Rolle im sog. moderaten Teil der israelischen Protestbewegung hat, war der erste linke Prominente, der öffentlich bekanntgab, der Beitritt der PLO zum "Terrorbündnis" der Herrscher Iraks und Libyens lasse den Status der PLO als eines Partners im Friedensprozeß zweifelhaft erscheinen. Granot folgten die Parlamentarier Amnon Rubinstein (Schinui) und Jossi Sarid (Ratz, Bürgerrechtspartei), die die Palästinenser beschuldigten, daß sie die Rechte mit Argumenten versorgen und den Friedenschancen einen fatalen Schlag zufügen würden. Sarid, bis dato ein engagierter Verteidiger der Menschenrechte der Palästinenser, ließ die PLO wissen, wenn sie die Gespräche "wiederaufnehmen" wollten, dann müßte sie ihm schon "hinterherlaufen". Der Schriftsteller A. B. Jehoschua, der ebenfalls dem Protestlager zuzurechnen ist, bezeichnete die palästinensische Haltung (genauer: die ihnen unterstellte Haltung) als "dumm, unmoralisch", sie widerspreche ihren eigenen Interessen. Die Gespräche mit den Palästinensern müßten zwar fortgesetzt werden, aber zuerst müßten sie ihre Position überdenken und ihre Fehler einsehen. "Frieden Jetzt", der Dachverband zahlreicher Protestgruppen, veröffentlichte am 17.8. in der "Jerusalem Post" einen Offenen Brief, in dem es heißt, der Verband sei "enttäuscht über die enthusiastische palästinensische Unterstützung Saddam Husseins".

Feigenblatt

Es waren ironischerweise einzelne Prominente aus der (sozialdemokratischen) Arbeitspartei, die durchaus rechts neben Mapam und Ratz steht, und liberale Journalisten, die dieser patriotischen Welle widerstanden.

Jael Dajan, Mitglied des ZKs der Arbeitspartei, bezeichnete die Politiker und Schriftsteller, die das Gespräch jetzt mit den Palästinensern abbrechen wollten, als unverantwortlich. Eine solche Haltung ändere und löse

nichts, früher oder später werde der israelisch-palästinensische Konflikt wieder in den Vordergrund treten. Wäre der Dialog früher und ernsthafter mit den Palästinensern geführt worden, "wären die Dinge heute anders und (die Palästinenser) wären mehr an der Seite Ägyptens als an der des Irak."

Schewach Weiss, in der Knesset für die Arbeitspartei, ist von der "offenen Unterstützung" der Palästinenser in den besetzten Gebieten und in Israel für Saddam Hussein nicht überrascht. "Was überraschend ist, ist der Umstand, daß die Linke davon überrascht ist." Weiss fragt: "Wer konnte sich einbilden, daß die Palästinenser nicht mitgerissen würden von einem starken, stolzen, anti-amerikanischen Führer, der Israel mit Gewalt droht? (...) Angesichts der Situation der Einwohner der Gebiete - wie konnte ein Palästinenser oder ein Sympathisant der Palästinenser uns nicht hassen? Wie kann irgendjemand glauben, daß die Palästinenser Verständnis zeigen könnten für Israels Sicherheitsbedürfnisse, unsere historischen Rechte und all die anderen Argumente, die die Grundlage unserer fortgesetzten Kontrolle der Gebiete sind?"

Ähnlich wie Weiss, aber mit weitaus klarerer Selbstkritik antwortete Schulamit Aloni auf die Frage, ob, wie es ihr Parteikollege Sarid gefordert hatte, die Palästinenser nun auch ihr hinterherlaufen müßten: "Warum sollte ich von der Haltung der Palästinenser enttäuscht sein? Habe ich etwas für sie getan? Hat die israelische Linke irgendetwas für sie getan? Die israelische Linke ist ein loyaler Teil der Regierung von Israel. Teil des Establishment. Teil des ganzen herrschenden Systems. Manchmal denken wir, daß wir anders sind. Daß wir etwas für die Palästinenser getan haben. Wir haben versucht, unser Ethos zu Gehör zu bringen. Wir waren in der Opposition, und wir haben Anfragen im Parlament gestellt und Anträge auf die Tagesordnung gebracht, und wir haben geschrien und untersucht und ‚Betselem` (eine Organisation zur Verteidigung der Menschenrechte der Palästinenser, d. V.) gegründet. Wir fühlten uns, als hätten wir eine Menge getan. De facto haben wir nichts getan. Die Regierung herrscht weiter in den Gebieten, unterdrückt die Menschenrechte, zerstört, tötet - und wir sind Partner dabei, weil wir nicht den Ungehorsam erklären. (...) Wir sind die Feigenblätter der israelischen Demokratie."

Ebenso wie Sarid sei sie verärgert, daß die Palästinenser "einen Helden in einem verrückten Mörder" sehen, aber es sei nicht ihr Problem, wie nett die Palästinenser sind. Ihre Teilnahme am Friedensprozeß wurzele in ihrer Überzeugung, daß ein Friedensschluß der Integrität und Sicherheit des israelischen Staates förderlich sei. In dieser Beziehung habe sich für sie nichts geändert. Die Fortführung des Gesprächs sei notwendig - "gerade jetzt, wenn die Palästinenser verzweifelt sind." Der Bruch, den Sarid und andere verursacht haben, müsse von der israelischen Linken überwunden werden.

Dialog

Ein erster Schritt war hierzu schon einige Tage, bevor Aloni das hier zitierte Interview gab, getan worden. Mitte August trafen sich in Ostjerusalem "zwölf palästinensische Persönlichkeiten und fünfzehn Knesset-Mitglieder von zionistischen Parteien". Ein Ergebnis dieses Treffens ist die Erklärung des zwar kleinen, aber wichtigen "Komitee für israelisch-palästinensischen Dialog, gegründet von Israelis orientalischer Herkunft". Das Komitee distanziert sich von der Auffassung eines Teils der Linken, die Gespräche mit der PLO und der Aufstandsführung in den besetzten Gebieten abzubrechen, und verurteilt sowohl die irakische Invasion wie die US-amerikanische Invasion. "Das Komitee ruft die israelischen Friedenskräfte und die palästinensische Führung auf, ihren Dialog, zu dem es keine Alternative gibt, fortzuführen." (Unterzeichnet ist der Aufruf im Namen des Komitees pikanterweise von Latif Dori, einem Aktivisten der Protestbewegung, der zugleich eine führende Funktion in der Mapam einnimmt, in der Partei also, deren Vorsitzender Granot als erster Linker mit der Forderung nach Abbruch der Gespräche aufgetreten war.)

Die Argumentation gegen PLO und Palästinenser insgesamt wird durchweg von palästinensischer Seite zurückgewiesen. Dr. Hanan Mikhail-Ashrawi, Dozentin an der Bir Zeit-Universität und prominente Friedensaktivistin, hält der israelischen Protestbewegung vor, daß ihr klar sein sollte, "daß das, was auf der palästinensischen Tagesordnung steht, nicht davon bestimmt wird, welche Interessen das israelische Friedenslager verfolgt. (...) Das israelische Friedenslager sollte nicht erwarten, daß wir in allen Punkten Übereinstimmung erzielen (...) Wenn seine Hauptsorgen die Wählerschaft und lokale politische Interessen betreffen, so haben wir im Augenblick unterschiedliche Überlegungen innerhalb einer arabischen Perspektive und einer arabischen Wählerschaft zu berücksichtigen." Das Streben nach einer friedlichen Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes sei durch die palästinensische Haltung zum Irak und zur US-Intervention jedoch nicht verändert.

K., Hamburg

Quellen:

Div. Ausg. der Monate August und September von: Al Fajr (Ost-Jerusalem), The Guardian (Großbritannien), Allgemeine Jüdische Wochenzeitung, Frankfurter Allgemeine Zeitung, israel & palästina, Jerusalem Post - International Edition (Israel), Jewish Chronicle (Großbritannien), Neue Zürcher Zeitung, The Other Front (Israel), Palästina Bulletin, Spiegel, Süddeutsche Zeitung, Tages-Anzeiger (Schweiz), taz, Die Zeit

Udo Steinbach/Rüdiger Robert: Der Nahe und Mittlere Osten, Bd. 2, S. 113. Opladen: Leske + Budrich, 1988

Deutsches Orient-Institut (Hg.): Nahost Jahrbuch 1988, S. 70. Opladen: Leske + Budrich, 1989

# 8. Friedensbewegung und Golfkrieg Eine Frage des Gewissens

*Kommentar: Friedensbewegung und Golfkrieg*

Rubrik: Golfkrieg; Friedensbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak322/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:322:30

Da wird vor unser aller Augen der Krieg in der Golfregion geplant und vorbereitet, und die ehemals oder noch Friedensbewegten sitzen da und starren darauf, wie das Kaninchen auf die Schlange. Keine größere Aktion wurde bekannt, kein zwar ohnmächtiger, aber doch zumindest lauter Aufschrei war zu hören, über das Protestieren gegen alles Böse im Proporz kam niemand hinaus.

Dafür haben Wunschträume in der Restbewegung Konjunktur, die wir vor Jahren noch für Stammtischphantasien betrunkener Kleinbürger hielten: ein gezielter Schlag gegen Saddam Hussein wird verlangt, eine Kommandoaktion der USA oder Israels. Als dies vor einiger Zeit gegen Libyen praktiziert wurde, trieb es immerhin Zehntausende zum Protest auf die Straße. Auch der damalige Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung organisierte eine Demonstration und Kundgebung, bei der er genau darauf achtete, daß nicht die Kritik an libyscher Politik - die es gab - im Vordergrund stand, sondern die Forderung, die NATO und speziell die BRD sollten die Hände weghalten.

Heute ist die Situation ähnlich, in mancherlei Hinsicht nur zugespitzter: ein arabischer Diktator, der mit deutlichen Zügen rassistischer Hetze als verrückt, größenwahnsinnig usw. angegriffen wird; er verfügt über einen relativen Vorrat an Geld und Waffen, der zu Propagandazwecken maßlos aufgeblasen wird; er verfügt über Giftgas made in Germany; er betreibt eine repressive Innenpolitik inclusive der Ermordung politischer Gegner: in all dem kann keine Begründung für das unterschiedliche Verhalten der Friedensbewegung gefunden werden. Hussein habe Kuwait überfallen, wird mir von meinen friedensbewegten Freunden gesagt, und das verstoße gegen das Völkerrecht. Das ist sicher wahr, nur wahr ist auch: die Zustände in Kuwait verstießen gegen das Menschenrecht, sie tun das (wie im Irak) immer noch, insofern hat sich die Lage der Menschen dort nicht verschlechtert. Schlechter dran ist die Herrscherfamilie, und um die tut's mir denkbar wenig leid.

Um die gehe es ihnen auch nicht, sagen meine Freunde, sondern um das Völkerrecht. Abgesehen davon, daß das Leidige an diesem Völkerrecht ist, daß es die Rechte der Regierungen regelt und nicht die der Völker, würde ich ihnen ja gerne glauben, wenn sie nur konsequent wären: warum fordern sie keine Blockade oder gar Militäraktion oder unterstützen auch nur den Aufruf zum Tourismusboykott gegen Marokko? Dessen diktatorisch herrschender König überfiel vor Jahren einen schwächeren Nachbarstaat, hält ihn seither besetzt und führt Krieg dort. Dieser Staat, die Demokratische Arabische Republik Sahara, wurde nicht feudal regiert, sondern dürfte einer der demokratischsten in der Region sein. Gründe zum harten Protest genug also.

Von welcher Seite auch betrachtet, die Argumente gegen Saddam Hussein sind so richtig wie unehrlich. Natürlich gibt es auch ehrliche Argumente, aber die werden kaum genannt. Husseins Politik hat Israels Falken aus der politischen Isolierung befreit und die PLO umgekehrt wieder mehr isoliert; die Vernichtungspolitik gegen das kurdische Volk befindet sich durchaus in Übereinstimmung mit NATO- Interessen in der Region.

Und genau die sind es, um die es geht: die NATO-Interessen in der Region. Die Feudalregimes wackeln, Iran ist seit langem außer Kontrolle, Israel mit sich selbst beschäftigt, das kurdische Volk nicht zu "befrieden" - es gibt offenbar eine Entscheidung der wichtigen NATO- Länder, die Kontrolle des Nahen Ostens mit eigenen Mitteln zu organisieren. Dabei will auch das neue Großdeutschland nicht danebenstehen.

So wird das Bild rund und hat Tradition: dem Ruf des Vaterlandes hat sich die Mehrheit der deutschen Linken noch nie entzogen. Meine Freunde werden das empört von sich weisen. Aber was immer ihre Motive sein mögen: wer heute nicht ohne jedes Wenn und Aber nein sagt zur NATO-Einmischung am Golf, sagt dazu ja. Ob er ein Aber dahinter setzt oder nicht, interessiert niemanden, es nutzt bestenfalls für ein gutes Gewissen.

Werner Rätz

# 9. Frankreich und BRD Unterschiede im Ausbau der Atomenergie

Rubrik: Atom- und Energiepolitik; SPD; Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak322/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:322:07

Wieso konnte in Frankreich das Anfang der 70er Jahre konzipierte Atomprogramm so störungsfrei durchgezogen werden, und warum hat es in der BRD diese Verzögerungen und Einschränkungen gegenüber der Anfangsplanung gegeben? Diese Frage konnte man sich nach der Entscheidung, die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf zu stoppen und stattdessen die abgebrannten Brennelemente in Frankreich (und Großbritannien) aufarbeiten zu lassen, wieder einmal stellen. Hinter den USA und der Sowjetunion steht Frankreich weltweit als drittgrößter Atomstromproduzent da. Frankreich verfügt heute über einen geschlossenen Brennstoffkreislauf, 55 Atomkraftwerksblöcke erzeugen über 75% des Stroms. Das BRD-AKW-Potential ist zwar ebenfalls gigantisch, aber das im Vergleich zu Frankreich ursprünglich kaum weniger ehrgeizige Atomprogramm der Bundesrepublik ist in der zweiten Hälfte der 70er Jahre deutlich ins Stocken geraten und reduziert worden. (1) Zwar kann man aus heutiger Perspektive darauf verweisen, daß der Ausbaustand in der BRD heute als wesentlich "realistischer" anzusehen ist und den realen Stromzuwächsen und wirtschaftlichen Entwicklungen besser entspricht, während Frankreich gigantische Überkapazitäten erzeugt und sich finanziell erheblich übernommen hat. Aber es bleibt die Frage, welche Gründe seinerzeit für die unterschiedliche Entwicklung ausschlaggebend waren. In diesem Artikel werden drei Fragen behandelt: Lag es an unterschiedlichen Anti-Atom-Bewegungen in den beiden Ländern, die in der zweiten Hälfte der 70er die öffentliche Debatte mitbestimmten? Gibt es ein unterschiedliches Umweltbewußtsein in beiden Ländern? Inwieweit beeinflußten die politischen Systemstrukturen in den beiden Staaten die unterschiedliche Umsetzung der Atomenergieprogramme und welche Rolle spielten die etablierten sozialdemokratischen Parteien im Konflikt um die Atomenergienutzung.

Ausgeklammert bleibt hier die wirtschaftliche Entwicklung, wo sich die Entwicklungen in den groben Linien decken, auch wenn etwa in der BRD ein größerer Kohleanteil im Energieprogramm eingeplant war und ist. (2) Ausgeklammert bleiben die konservativen Parteien, die (ebenso wie die kommunistische Partei in Frankreich) einen klaren Pro-Atom-Kurs eingehalten haben. Der Artikel liefert hauptsächlich einen Vergleich und keine Beschreibung der Atomprogramme in beiden Ländern, auch keine Geschichtsschreibung der Anti-AKW-Bewegung. Wer hierzu mehr wissen will, der sollte sich ans Ende des Artikel bewegen und sich aus der Literaturliste bedienen.

Eine verbreitete These zur Erklärung der unterschiedlichen Ausbaustände der Atomenergie in Frankreich und der BRD ist, daß die französische Anti-AKW-Bewegung vergleichsweise regional war und nur geringe Mobilisierungsstärke besaß. Es wird ein weniger entwickeltes Umweltbewußtsein in Frankreich und eine pro-nukleare Einstellung der FranzösInnen behauptet, daß dem Staat den Ausbau erheblich erleichtert habe.

Die Mobilisierungskraft kann anhand von Demonstrationshäufigkeiten und -beteiligungen gemessen und verglichen werden. Die Problematik des "Umweltbewußtseins" soll anhand eines Vergleiches von Meinungsumfragen untersucht werden. Verwiesen sei schon vorab, daß beide Aspekte bisher kaum intensiv erforscht sind, so daß daher lediglich eine grobe Tendenz aufgezeigt werden kann.

Ich will mich hier nicht in eine lange Aufzählung der Demonstrationen in den beiden Ländern verlieren (s. in der Literaturliste unter (G) und (I)). Aber in beiden Staaten zeigt sich bis 1977 parallel eine anwachsende Demonstrationstätigkeit, die in Frankreich ihren Höhepunkt im Zusammenhang mit dem Bau des Schnellen Brüters in Malville erreicht. Nach der ersten Bauplatzbesetzung im Sommer 1976 gründen sich in Frankreich zahlreiche Bürgerinitiativen und Malville-Komitees. Höhepunkt dieser Mobilisierungsphase ist die Malville-Demonstration im Juli 1977, an der sich 60.000 Menschen beteiligten. Die Auseinandersetzungen mit den CRS-Einheiten führten zum Tod von Michel Vitalom und weiteren Schwerverletzten. (3)

In der BRD entwickelte sich die Anti-AKW-Bewegung über die Bauplatzbesetzungen im badischen Wyhl und vor allem über die Demonstrationen in Brokdorf Ende 1976 und Anfang 1977. Auch hier entstanden im gesamten Bundesgebiet eine Vielzahl von Bürgerinitiativen.

Im Rahmen dieser beiden Kristallisationspunkte in Frankreich und der BRD entwickelte sich der Anti-AKW-Widerstand von regionalen zu landesweiten Protesten. Das Thema Atomenergienutzung stand in

der öffentlichen Diskussion in beiden Staaten mit an vorderster Stelle. Aber schon in dieser Phase, im Jahre 1977 zeigt sich, daß auf vergleichsweise hohem Mobilisierungsniveau die Wirkungen in den beiden Staaten sehr unterschiedlich ausfallen. Während in Frankreich der Bau des SBR Malville weiter vorangetrieben wurde, als sei nichts passiert, reagierten die bundesdeutschen Gerichte bei sehr hohem Konfliktniveau neben massiven Angriffen gleichzeitig mit einem Baustopp-Urteil in Brokdorf. (A)(E)(F)(I)

Der weitgehende Zusammenbruch der französischen Anti-Atom-Bewegung seit 1977/78 wird einerseits auf die nahezu völlige Erfolglosigkeit des Widerstandes zurückgeführt (F). Andere Autoren (E) verweisen darauf, daß sich nach der Schlacht in Malville die Anti-AKW-Bewegung wieder eher auf die Regionen zurückgezogen habe und auf erheblich reduziertem Konfliktniveau in lokalen Strukturen jenseits großer Massendemonstrationen weiter arbeitete. Diese Regionalisierung deutet möglicherweise auf einen gravierenden Unterschied zur bundesdeutschen Anti-AKW-Bewegung hin. Als Grund für diesen Rückzug in die Provinzen könnte das weitgehende Fehlen großer, nationaler Organisationen in der französischen Anti-AKW-Bewegung vermutet werden. Der Rückzug nach den schweren Auseinandersetzungen in Malville könnte derart interpretiert werden, daß die Vielzahl kleiner Initiativen in Frankreich nicht in der Lage waren, ein gemeinsames Vorgehen gegen den entschlossenen und brutalen Angriff des Staates zu organisieren. (4) In der BRD trat zwar nach den Auseinandersetzungen von Brokdorf, Grohnde und vor allem Kalkar eine Lähmung und auch Spaltung der Anti-AKW-Bewegung ein, allerdings gab es bis Anfang der 80er Jahre in der BRD nicht eine solche Regionalisierung des Anti-AKW-Widerstandes wie in Frankreich. Bundesweite Aktionen wie die Demonstrationen in Bonn und Hannover und schließlich auch wieder in Brokdorf konnten - wenn auch mit vergleichsweise schweren Auseinandersetzungen innerhalb der Bewegung - organisiert und durchgeführt werden. Anzunehmen ist, daß vor allem die linken Organisationen in der Anti-AKW-Bewegung hierzu den größten Beitrag geliefert haben und Regionalisierungstendenzen entgegengewirkt haben. (5) Trotzdem hat es auch in Frankreich im Rahmen lokaler Konflikte durchaus Erfolge und die Verhinderung von Atomprojekten gegeben (z.B. in Plogoff).

Unterschiedliches Umweltbewußtsein?

Wie sieht es nun mit dem "Umweltbewußtsein" in beiden Ländern aus? Der Vergleich eines "Umweltbewußtseins" und von Meinungsumfragen ist ein schwieriges Unterfangen. (6) Die Ergebnisse zum Thema Atomenergienutzung fallen je nach Fragezusammenhang höchst unterschiedlich aus. Verknüpft man die Frage zum Beispiel mit der Wohlstandsfrage, dann wird das Ergebnis anders aussehen, als wenn allein nach möglichen Gefahren und Sicherheitsaspekten gefragt wird. Ein internationaler Vergleich, der sich auf unterschiedliche Umfrageergebnisse stützt, wird dadurch natürlich noch problematischer. (E)

Trotzdem verläuft die generelle Trendentwicklung von Gegnern und Befürwortern der Atomenergienutzung in beiden Ländern durchaus parallel. Kirsch und Oppeln (E) erhalten in ihrer Untersuchung für den Zeitraum zwischen 1975 und 1981 folgendes Ergebnis: 34% sprachen sich in Frankreich gegen die Atomenergie aus, 58% waren dafür und 8% äußerten sich unentschieden. Für die Bundesrepublik ermittelten sie folgende Zahlen: 36% gegen Atomenergie, 50% dafür und 14% unentschieden.

Die Autoren kommen zu dem Ergebnis, daß die These vom unterschiedlichen Umweltbewußtsein kaum haltbar erscheint. Zwar zeige sich, daß im Durchschnitt der Anteil der Atomenergiebefürworter in Frankreich um 8% deutlich höher liegt als in der BRD. Die Zahl der Gegner lasse sich jedoch im großen und ganzen als vergleichbar bezeichnen. Darüberhinaus geben die beiden Autoren an, daß die Daten in der BRD während dieser sechs Jahre größeren Schwankungen unterworfen gewesen seien als in Frankreich, ebenso die Zahl der Unentschlossenen deutlich höher gelegen habe. Dies wird dahingehend gedeutet, daß die Pro- und Contra-Fraktionen in der BRD weniger gefestigt seien als in Frankreich. Man könnte es aber ebenso gut als eine größere Verunsicherung bei größeren Teilen der Bevölkerung in der Atomfrage deuten. (s. auch unter (F))

Wenn die hier gezeigten Ähnlichkeiten bzw. mangelnden Unterschiede beider Bewegungen und der öffentlichen Meinungen zutreffen, dann läßt sich die Eingangsthese, daß die Unterschiede der Protestbewegungen und des öffentlichen Bewußtseins entscheidend seien, so nicht halten. Die Frage nach den Gründen der unterschiedlichen Entwicklungen der Atomprogramme in beiden Ländern muß dann anders beantwortet werden.

Trotzdem muß hier festgestellt werden, daß die Bewegungen nun nicht ohne Bedeutung sind. Der Konflikt um die Atomenergie ist von den Bürgerinitiativen aufgeworfen worden und hat im Rahmen dieser Kontroverse Handlungsdruck erzeugt. Von hier aus ist der Konflikt ins politisch-administrative System und in die Parteien getragen worden. Und das hat offensichtlich zu unterschiedlichen Reaktionen geführt.

Französischer Zentralismus contra bundesdeutscher Föderalismus?

Das politische System in Frankreich (nicht nur) im Bereich der Atomenergiepolitik ist in höchstem Maße zentralisiert. Dies zeigt sich, wenn man die (wenigen) beteiligten Entscheidungsträger betrachtet. Zusätzlich verfügt Frankreich über das Instrument der "Planification", mit dem die französische Regierung traditionell im Bereich der Industriepolitik eine Projekt-Steuerung übernimmt. Das heutige Atomprogramm in Frankreich geht auf den Messmer-Plan von 1973 zurück. Die groben Linien des Atomenergieprogramms wurden von der Regierungsspitze zwischen Staatspräsident, Premier-, Finanz- und Industrieminister festgelegt. Für die Durchführung des Programms sind dann im wesentlichen drei Gruppen zuständig: die staatliche Elektrizitätsgesellschaft EDF, die Atombehörde CEA und die Industriegruppen Framatome und Novatome. Zuständig für Antrag, Betrieb und Finanzierung der Atomkraftwerke ist der staatliche Strommonopolist EDF. Die CEA ist neben Forschung und Entwicklung (militärisch und zivil) für die Bereitstellung des gesamten Brennstoffkreislaufes zuständig. Die CEA hat unter ihrer Führung privat-rechtliche Gruppen gegründet, wie z.B. die COGEMA, die unter anderem die WAA am Cap de La Hague betreibt.

Framatome hält in Frankreich das Monopol für den Bau von Leichtwasserreaktoren und die Novatome ist für den Brüterbau zuständig. An beiden Unternehmen ist die CEA mit jeweils rund 30% Kapital beteiligt, neueren Angaben zufolge hat die CEA diesen Anteil seit 1981 bei der Framatome auf über 50% erhöht, so daß dieses Unternehmen als staatlich anzusehen ist. Eine Konkurrenz gibt es in Frankreich nicht.

Die Koordination dieser drei Gruppen erfolgt seit Anfang der 70er Jahre über die PEON. Die verschiedenen Untersuchungen kommen zu dem Ergebnis, daß dieses Organ die inneradministrativen Konflikte zu regulieren vermochte und innere Reibungsverluste und Störungen weitgehend verhindert hat. (A)(F)

Auch das BRD-Atomprogramm ist zentral vom Staat, Energiemonopolen und Kernkraftwerksbauern geplant und gesteuert. Im Vergleich zu Frankreich ist allerdings die bundesdeutsche Atomenergiepolitik weniger verstaatlicht und etwas mehr entlang marktwirtschaftlicher Mechanismen organisiert. Zwar besitzen die regionalen Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVU's), die für die Standortplanung zuständig sind, vom Staat zuerkannte Gebietsmonopole, aber in der BRD sind alle Firmen im Atomenergiesektor staatlich und privatwirtschaftlich organisiert und stehen nicht nur unter der Aufsicht der Bundesregierung, sondern auch teilweise unter Länderaufsicht. Privatwirtschaftlich sind die Reaktorbauer (heute nur noch Siemens-KWU) und die Brennstoffversorger. Dieser Bereich ist auch in der BRD in hohem Maße monopolisiert.

Weitgehend staatlich organisiert ist der Atomenergie"markt" in der BRD. (A) So übernimmt der Staat einen erheblichen Kostenanteil für Forschung und Entwicklung sowie für die Erprobungsphasen neuer Technologien. Gleichzeitig erfolgt eine intensive Förderung der Exportmöglichkeiten der bundesdeutschen Atomwirtschaft (Bürgschaften etc., vgl. die Geschäfte mit Argentinien und Brasilien). Der hohe Monopolisierungsgrad z.B. im Bereich des Reaktorbaus bedeutet faktisch für das betroffene Unternehmen ein recht geringes "Betriebsrisiko", solange der politische Wille für ein bundesdeutsches Atomenergieprogramm existiert. Die Vielzahl der Beteiligten, wie z.B. die jeweiligen EVU's, zeigt, daß der Atomenergiesektor in der BRD aber wesentlich fragmentierter strukturiert ist als in Frankreich. Dies wird nicht zuletzt an der Wackersdorf-Entscheidung erkennbar.

Die Fragmentierung und potentielle Störanfälligkeit des bundesdeutschen Atomsektors läßt sich noch anschaulicher im Vergleich der Genehmigungsverfahren in den beiden Ländern verdeutlichen. Und nicht zufällig waren die Genehmigungsverfahren der Hebel, über den es zu den Verzögerungen in der BRD gekommen ist.

Genehmigungsverfahren und Gerichte in Frankreich und der BRD

Bis heute besitzt Frankreich keine dem bundesdeutschen Atomgesetz vergleichbare Rechtsgrundlage für den Bau und Betrieb von AKW's. Im Rahmen verschiedener Verwaltungsverordnungen (Dekrete, die eine Beteiligung des Parlaments nicht erfordern) sind jeweils verschiedene Teilbereiche des

Genehmigungsverfahrens geregelt. Diese orientieren sich im wesentlichen an den Verfahren zur Errichtung industrieller Großanlagen.

CEA und EDF erarbeiten eine Liste möglicher Standorte. Der Antrag auf Baugenehmigung wird dann von der EDF an das Industrieministerium gerichtet. Das gesamte Prüfverfahren bleibt dabei weitestgehend ein innerministerieller Akt. Ein örtliches Anhörungsverfahren gibt es lediglich im Rahmen einer schriftlichen Einwendungsmöglichkeit im Umkreis von fünf Kilometern, die jedoch für die Verwaltung in keiner Weise bindend sind. Erschwert wird diese Einspruchsmöglichkeit zusätzlich dadurch, daß der Sicherheitsbericht der Anlage der Geheimhaltung unterworfen ist. Eine mündliche Erörterung gibt es in Frankreich nicht.

Als zweite Möglichkeit der Genehmigung kann die EDF einen Antrag auf Gemeinnützigkeit der AKW-Anlage beim Premierminister beantragen. Auch dieses Verfahren bleibt innerministeriell, ermöglicht aber neben steuerlichen Vorteilen leichtere Enteignungsverfahren.

Hier hat es zwar seit Mitte der 70er Jahre einige Veränderungen gegeben (stärkere Berücksichtigung regionaler Stellen, Einführung einer Umweltstudie im Rahmen des Gemeinnützigkeitsverfahrens), aber an den Grundstrukturen dieser von der Öffentlichkeit abgeschotteten und sehr zentralisitischen Entscheidungsmechanismen ist im Kern nichts geändert worden. Auch der Regierungsantritt der PS im Jahre 1981 blieb in diesem Bereich weitgehend folgenlos.

Zuständig für Klagen gegen die Baugenehmigungen sind in Frankreich die Verwaltungsgerichte und in zweiter und letzter Instanz der Staatsrat als oberstes Verwaltungsgericht. Im Rahmen der Klage werden jedoch von den französischen Gerichten lediglich formale Kriterien wie die Rechtmäßigkeit der Prozedur und die Einhaltung der Verfahrensregeln geprüft. Sicherheitsaspekte und andere inhaltliche Fragen der genehmigten Anlage bleiben dabei völlig ausgeklammert. Nicht zuletzt diese Einschränkung der französischen Verwaltungsgerichte im Vergleich zu den bundesdeutschen hat mit dazu beigetragen, daß von Seiten der Gerichte kaum störende Wirkungen für das Atomprogramm Frankreichs zu verzeichnen waren.

In der BRD stellt das Atomgesetz einen übergeordneten Rechtsrahmen für weitgehend alle Entscheidungen im Atomsektor dar. Das Genehmigungsverfahren in der BRD ist dezentral und föderalistisch organisiert. Anträge für Baugenehmigungen richten die EVU's an die jeweils zuständigen Landesbehörden, die in Zusammenarbeit mit anderen Behörden in Bund und Land und weiteren Gutachterorganisationen das Verfahren regeln und koordinieren. Stärker als in Frankreich ist die Öffentlichkeitsbeteiligung. So müssen der Bauantrag, der Sicherheitsbericht und eine allgemeinverständliche Projektbeschreibung öffentlich ausgelegt werden. Schriftlich oder zur Niederschrift können innerhalb einer Frist Einwände erhoben werden. Auf einem öffentlichen Anhörungstermin werden diese zwischen Einwendern, Antragstellern und Genehmigungsbehörde diskutiert - einschließlich der Frankreich geheimen Sicherheitsfrage. Allerdings sind auch in der BRD diese Debatten nicht bindend.

Die Rolle der Verwaltungsgerichte in der BRD ist entsprechend größer. Hier werden nicht nur die formalen Verfahrensregeln überprüft, sondern auch die technischen Inhalte. Dies hat vor allem in der Phase des höchsten Konfliktniveaus zwischen 1976 - 1979 zu Eingriffen der Gerichte geführt, die Baustopps und wachsende Sicherheitsauflagen zur Folge hatten. Die Rechtssprechung der bundesdeutschen Verwaltungsgerichte hat unter anderem zu einer deutlichen Verlängerung der Genehmigungsverfahren und der Bauzeiten für AKWs geführt. So verdoppelte sich die Zeit von Antragstellung bis zur ersten Teilerrichtungsgenehmigung von etwa 15 Monaten Anfang der 70er Jahre auf rund 30 Monate bis Ende der 70er Jahre. Ebenso deutlich erhöht haben sich die Bauverzögerungen. Einen vergleichbaren Effekt hat es in Frankreich nicht gegeben. Allerdings muß hier darauf hingewiesen werden, daß es auch in der Bundesrepublik letztlich kein AKW gibt, daß durch eine Gerichtsurteil verhindert worden ist. Auf die möglichen Ursachen für die Haltung der bundesdeutschen Gerichte komme ich im nächsten Kapitel zu sprechen.

Zusammenfassend kann hier zunächst davon ausgegangen werden, daß die hohe Geschlossenheit des französischen Entscheidungssystems Störungen von außen effektiv abschirmen konnte und inneradministrativ reibungslos im relativ kleinen Kreis das Atomprogramm geplant und umgesetzt werden konnte. Die hohe Fragmentierung und größere Öffentlichkeit im bundesdeutschen System erfordert demgegenüber einen größeren politischen Konsens bzw. macht das Programm anfälliger für Störungen von außen und führte schließlich zu erheblichen Stockungen und Verzögerungen. Auf einem vergleichbaren Konfliktniveau in

Frankreich und der BRD reagierte das bundesdeutsche föderalistische System mithin anfälliger als der französische Zentralismus.

Sozialdemokraten im Atomkonflikt

Will man den herrschenden Konsens zum Atomprogramm untersuchen, muß man das Verhalten der "linken", sozialdemokratischen bürgerlichen Parteien betrachten. Herbert Kitschelt (F) vertritt die These, daß die Gerichte in der BRD in der Phase hohen Konfliktniveaus verzögernd reagierten, weil sie keine klaren politischen Signale aus den (Regierungs-)Parteien bekamen. Die Gerichte entschieden bis zum Eintreten des Konflikts weitgehend für die Behörden und gingen nach dem Abflauen des Atomkonflikts Anfang der 80er Jahre wieder zu einer nahezu lückenlosen Bekräftigung der Behördenposition über.

Für Fach und Simonis (A) ist der "mangelnde" "nationale Konsens" in den Parteien in der BRD gegenüber den föderalistischen Strukturen in der BRD der entscheidende Faktor, der zu Einbrüchen im Atomprogramm der BRD geführt hat.

Die französische PS

Die Anfang der 70er Jahre aus verschiedenen linken und linksliberalen Gruppen sich herausbildende PS lehnte die Atomenergie nicht grundsätzlich ab. Nach dem Bekanntwerden des "Messmer-Plans" kritisierte die PS diese Ausbaupläne als wesentlich übertrieben. Gleichzeitig lehnte die PS die aus ihrer Sicht zu einseitige Orientierung auf die Atomenergie im Rahmen dieses Planes ab. Darüber hinaus kritisierte die PS die mangelnde Berücksichtigung demokratischer Grundsätze im Rahmen des gesamten Entscheidungsprozesses. Hieraus leitete die PS folgende Positionen ab: Auf der Grundlage einer generellen Zustimmung zur Nutzung der Atomenergie plädierte die PS für einen geringeren Ausbau und forderte eine stärkere Berücksichtigung anderer Energieträger (Diversifizierung). Neben einer Diversifizierung des Energieprogramms trat die PS schließlich für demokratischere und dezentralere Entscheidungs- und Kontrollstrukturen ein. Angesichts ungelöster sicherheitstechnischer Probleme lehnte die PS zum damaligen Zeitpunkt die industrielle Nutzung des Schnellen Brüters ab.

Diese Kompromiß-Position war vor allem für die kommunalen PS-Vertreter von Bedeutung, da diese an den Standorten von AKW-Projekten mit den Positionen der Anti-AKW-Bewegung konfrontiert waren. Die Parteilinie erlaubte es nun, je nach Lage vor Ort weitere Standorte abzulehnen, ohne grundsätzlich gegen die Atomenergienutzung eintreten zu müssen. Diese Position der PS blieb im Kern bis in die 80er Jahre unverändert. Allerdings stimmte die PS nach der Regierungsübernahme im Jahre 1981 dem vormals abgelehnten Ausbau der WAA in La Hague und schließlich auch der Inbetriebnahme des SBR in Malville zu (wenn auch nur noch im Rahmen eines Brüter-Forschungsprojekts).

Trotzdem gab es in der PS kaum grundsätzliche Auseinandersetzungen über die Atomenergienutzung. Sie trat lediglich für ein leicht nach unten modifiziertes Energieprogramm ein. Trotz z.T. unterschiedlicher Auffassungen im einzelnen, konnte die Partei ihren inneren Konsens erhalten und weitgehend geschlossen nach außen auftreten.

Vor diesem Hintergrund gab es für die Anti-AKW-Bewegung in Frankreich keinen Anknüpfungspunkt, von dem aus sie das Atom-Projekt in Widersprüche verwickeln konnte. Die Geschlossenheit der Partei bewirkte, daß auch nach 1981 inneradministrative Konflikte nur begrenzt auftraten und die interne Homogenität des politisch-administrativen Systems den externen Kritikern keine Möglichkeit zur Einflußnahme bot.

Die SPD in der BRD

Zwar verfolgte in der BRD die SPD auf Regierungsebene auch einen klaren Pro- Atom-Kurs, aber im Unterschied zu Frankreich zeigte sich in der Phase der schärfsten Konfrontation, daß eine Regierungslinie des weiteren Ausbaus nicht mehr ohne weiteres nach unten als allgemeine Parteilinie mit nur örtlichen Ausnahmen zu vermitteln war. Der Nuklearkonsens war in der herrschenden Partei damit zerfallen. (F)

Innerhalb der in Bonn regierenden SPD waren insbesondere landespolitische Spezifika nicht unerheblich für das Eindringen atomkritischer Stimmen in die Partei, wie es beispielhaft bei Ereignissen im schleswig-holsteinischen Brokdorf deutlich wurde. Vor allem diejenigen Landesverbände, die in der Opposition waren und in deren Ländern umstrittene Atomprojekte lagen, nahmen atomkritische Positionen ein. Während

die SPD-Bundesregierung die CDU-Landesregierung in Schleswig Holstein unterstützte, ging der betroffene Landesverband der SPD auf Distanz und beteiligte sich am Protest gegen das Projekt Brokdorf. Mit Unterstützung weiterer Landesverbände (Baden Württemberg, Bremen und auch Hamburg (Klose)) entwickelte sich in der Phase des höchsten Konfliktniveaus innerhalb der (Regierungs-)Partei SPD eine grundsätzliche Debatte über das für und wider der Atomenergienutzung und spitzte sich an der Frage einer fehlenden Entsorgung der AKWs zu. Befürworter und Gegner standen sich in der Partei direkt gegenüber. Im Ergebnis hatte dies zur Folge, daß sich die gesellschaftlichen Widersprüche der Atomenergienutzung auch innerhalb der SPD widerspiegelten. (E)

Vor diesem Hintergrund vollzog sich eine Politisierung "unpolitischer" Bereiche. Justiz, Genehmigungsbehörden und andere Stellen erhielten nicht mehr ausreichend klare Signale. Die steuernde Organisationskapazität, so Fach/Simonis, (A) war verloren gegangen.

Die Folge des Zerfalls des Parteienkonsens und der einsetzenden Politisierung waren immer stärkere Auflagen für die AKWs und Baustopp-Urteile führten zu einer (vorübergehenden) faktischen Blockade des Ausbaus der Atomenergie.

In den 80er Jahren fiel der Druck der Anti-AKW-Bewegung weitgehend weg und es fand ein Rückzug linker Organisationen und eine Regionalisierung des Protestes statt. Dies hat allerdings keineswegs zu einem öffentlichen Umschwung zugunsten der Atomenergie geführt. Seither gehen zwar AKW-Genehmigungen auch wieder zügiger vonstatten und es gelang, in der BRD das Atomprogramm auf geringerem Niveau und verspätet durchzuführen. Gleichzeitig hatten sich aber auch die wirtschaftlichen Daten verändert. Der Energiebedarf war nicht annähernd so stark gestiegen, wie es in den 70er Jahren angenommen worden war und der Bedarf an Atomenergie war damit auf absehbare Zeit erst einmal gedeckt.

Dirk Seifert

Literatur:

A. Wolfgang Fach/ Georg Simonis, Die Stärke des Staates im Atomkonflikt, Frankreich und die Bundesrepublik im Vergleich, 1987

B. Hans-Joachim Fietkau, Umweltbewußtsein: Stand, Artikulation und Veränderungsmöglichkeiten, Diskussions- Papier, Wissenschaftszentrum Berlin, Internationales Institut für Umwelt und Gesellschaft, 1981

C. Hans-Joachim Fietkau, Umweltbewußtsein, in: J. Calließ/ R.E. Lob (HG), Praxis der Umwelt-und Friedenserziehung, Band 1, 1987

D. Jürgen Häusler, Der Traum wird zum Alptraum, das Dilemma einer Volkspartei: Die SPD im Atomkonflikt, 1988

E. Gerhard Kiersch/ Sabine v. Oppeln, Kernenergiekonflikt in Frankreich und Deutschland, 1983

F. Herbert Kitschelt, Politik und Energie, 1983

G. Lutz Metz: Der Atomkonflikt, 1981

H. Herbert Meyer: Zur neueren Entwicklung der Bürgerinitiativbewegung im Bereich Kernenergie, 1980

I. Dorothy Nelkin/ Michael Pollak: The Atom besieged, Extraparlamentary Dissens in France and Germany, 1981

J. Joachim Raschke: Die politischen Parteien in Westeuropa, 1978

K. K.G.Wey: Umweltpolitik in Deutschland, 1982

Anmerkungen:

1) Hier soll nicht näher darauf eingegangen werden, daß die Ende der 60er Jahre bestehenden Ausbaupläne schon Anfang 1970 zurückgeschraubt wurden, also in der Zeit, als die sogenannte Öl-Krise auf ihrem Höhepunkt anlangte. Vgl. dazu die AK-Serie: "Nach dem Ende der Ölzeit - Energie im Überfluß", AK 283 und 284, 1987

2) Über die Kohle-Verstromungspolitik vgl. die AK-Serie: "Nach dem Ende der Ölzeit - Energie im Überfluß", AK 283 und 284, 1987

3) zur Vorbereitung und zum Verlauf der Demonstration in Malville vgl. auch die KB-Broschüre: Die Internationale, AKW's und Widerstand in Westeuropa: Malville, 1977

4) Zu vermuten ist, daß sich in diesem Bereich tatsächlich eine unterschiedliche "Stärke" der Bewegungen in Frankreich und der BRD zeigen würde. Allerdings gibt es über die Organisationsstrukturen der beiden Bewegungen bislang noch kaum Untersuchungen.

5) Damit ist nun keineswegs auch gleichzeitig gesagt, daß die bundesweiten Organisationen immer inhaltlich klug agiert hätten. Wenn dieser Punkt hier besonders betont wird, dann vor allem auch mit Blick auf die derzeitige Situation der Anti-AKW-Bewegung, die spätestens seit dem Hanau-Skandal nicht mehr in der Lage ist, sich auf zentrale Aktionen zu verständigen. So geistert beispielsweise seit über einem Jahr der Vorschlag einer bundesweiten Demo in Sachen Entsorgung/Endlagerung durch die Atommüllkonferenzen, wird viel beredet und umstritten, aber zu einer gemeinsamen Umsetzung kommt es nicht. Ein weiteres Beispiel für die desolate Situation ist der immer wieder kehrende Vorschlag einer Atomtransporte-Kampagne. Diese ist sogar von der Atommüllkonferenz beschlossen worden. Mehr als ein bundesweites Flugblatt ist dabei jedoch nicht herausgekommen. Und das, obwohl inzwischen die überwiegende Mehrheit der noch verbliebenen Initiativen sich mit den Atomtransporten beschäftigt.

6) Strittig muß insgesamt auch bleiben, inwieweit ein "Umweltbewußtsein" einer "Bevölkerung" überhaupt Politik-wirksam wird. Dies muß im folgenden als Problem beachtet werden. Interessanter wäre hier sicher ein Vergleich der Mitgliedschaften in Bürgerinitiativen, Energie-Komitees und Umweltschutzverbänden. Für die BRD liegen hierzu Daten vor, für Frankreich sind mir solche nicht bekannt.

Die zunächst nur lokalen Bürgerinitiativen begannen in den Jahren 1972-74 sich regional und bundesweit zusammenzuschließen. BIs gegen Atomkraftwerke schlossen sich 73/74 in der BUU zusammen, der BBU gründete sich 1972 (mit Unterstützung des BMI), 1975 folgte der BUND, internationale Umweltschutzgruppen wie Greenpeace und später Robin Wood entstanden. Im Jahre 1975 befaßten sich etwa 40-45 Prozent aller Bürgerinitiativen mit dem Umweltschutz. Mitte der 70er Jahre waren etwa 1,7 Millionen Bundesbürger in den großen politischen Parteien Mitglied und zur gleichen Zeit waren etwa 750.000 Menschen in Umwelt-BIs aktiv. Diese hohe Zahl hat sich jedoch nicht negativ auf die Mitgliederzahlen der Parteien ausgewirkt, sondern diese verzeichneten auch weiterhin wachsende Mitgliederzahlen. (Fietkau (B)) Dies signalisiert, daß Umweltschutzprobleme in größeren Bevölkerungsteilen nicht nur zunehmend beachtet wurden, sondern auch die Bereitschaft wuchs, sich aktiv für Umweltbelange einzusetzen. Wey (K) geht davon aus, daß das Entstehen dieser Initiativen als eine "qualitative Steigerung des Umweltbewußtseins und der Handlungsbereitschaft" gewertet werden muß.

# 10. NATO auf Kriegskurs am Golf Wollen die Grünen mitmarschieren?

Rubrik: Golfkrieg; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak322/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:322:12

Antje Vollmer hatte das Stichwort ausgegeben: "Wie gehen wir mit der neuen Rolle Deutschlands als Weltmacht um?" und Klaus Hartung kommentierte in der "taz" beifallspendend: "Sie konstatierte ohne das übliche grüne Lamentieren, daß das vereinte Deutschland eine Weltmacht ist. Zum ersten Mal wurde auf dem Podium der nationalen Öffentlichkeit eine linke Grundsatzposition formuliert, in der ... der politische Anspruch auf die Zukunft der deutschen Einheit formuliert wurde." (taz, 10.8.90) Das ließen sich Bernd Ulrich, ehemals strikt gewaltfreier Aktivist in dem Bundeskongreß unabhängiger Friedensinitiativen, jetzt Mitarbeiter von Antje Vollmer, und Udo Knapp, ehemals Angestellter von Otto Schily, danach vor allem dank des Durchsetzungsvermögens von Antje Vollmer wissenschaftlicher Mitarbeiter der Fraktionsspitze, Ghostwrighter für diverse Realo-Grüne, vor allem aber Erfinder des konsumfreundlichen Citoyen ließen sich das nicht zweimal sagen.

Zu diesem Gespann gesellte sich als dritte Person Christian Semler, derzeit "taz"-Redakteur, davor bei der grünen Bundestagsfraktion angestellt, und noch einige Jahre vorher großer Vorsitzender der KPD und in dieser Funktion wiederum Chef der eingangs erwähnten Antje Vollmer, die aus dieser Zeit ihre sentimentale Vorliebe für ein einiges Reich aller Menschen deutscher Sprache bewahrt hat. Das Trio griff also unverzüglich zur Schreibmaschine und versuchte in drei Kommentaren in der "taz" vom 11.8.90 die "neue Rolle Deutschlands als Weltmacht" angesichts des US-Aufmarsches am Golf einmal etwas präziser zu formulieren. Für Bernd Ulrich geht es um "Deutschland als zivile Weltmacht am Golf". "Es reicht auch für die pazifistische Opposition in der BRD nicht mehr, mit bloß hehren Argumenten pazifistischer Unschuld über die Anforderungen an eine Weltmacht hinwegzugehen." Warum das so ist? Weil für eine Weltmacht wie Deutschland - "wir" heißt es bei Ulrich - nun einmal andere Kriterien des Politikmachens gelten als für einen Vasallen der Supermacht USA, wie er die Rolle der BRD der letzten 40 Jahre sieht. Zwar spricht er sich aktuell noch gegen den heißen Krieg gegen den Irak aus und nur für den Wirtschaftskrieg. Doch sind es nur "die sachlichen Gründe, die gegen jede westliche Intervention in Nahost sprechen", etwa die Gefahr einer allgemeinen Solidarisierung im Nahen Osten gegen den Westen. Dafür sieht er aber die höhere Moral auf Seite des Westens: "Konflikt zwischen Islam und Aufklärung". Udo Knapp geht noch einen Schritt weiter. In den meisten Punkten mit Ulrich übereinstimmend, hält er jedoch die Reduzierung eines deutschen Beitrags auf den "totalen Wirtschaftsboykott" letztlich nur für einen Ausdruck von Feigheit vor dem Feind, "... ein Hilfsargument, um der neuen Weltfriedensverantwortung Deutschlands am Ende doch auszuweichen." Zwar wendet er sich gegen ein nationalstaatlich geführtes Truppenkontingent der BRD am Golf. Logistische Unterstützung und jede andere praktische Hilfsmaßnahme des NATO-Aufmarsches darf nicht ausgeschlossen werden. Das wichtigste ist nämlich, daß "... Zweifel nicht aufkommen darf, daß den politischen Forderungen (so defensiv als irgend denkbar) militärischer Nachdruck verliehen wird."

Mit ihren Kommentaren haben die drei eine Kampagne in der "taz" vom Zaun gebrochen, in der Stimmen gegen die westliche Intervention kaum noch - rühmliche Ausnahme Jürgen Link - zu Wort kommen, dafür aber ein Chauvinismus und Rassismus blüht, der sich bis in die Auswahl der Karikaturen niederschlägt - so etwa "Die Türken belagern Wien" in der "taz" vom 24.8.90.

Was also tun in einer Situation, in der bisher fast jeder Protest gegen das Auslaufen der deutschen Kriegsschiffe unterblieben ist und in der der größte Teil der Grünen Partei maximal hinter verschlossenen Türen über die Vorstöße ihrer Bundestagsmitarbeiter diskutiert? Relativ spontan und kurzfristig fünf Tage vorher haben wir uns deshalb in der Bielefelder Gruppe der Radikalen Linken entschlossen, den NRW-Parteitag der Grünen vom 24.-26.8. in Bielefeld zu nutzen, um die allgemeine Lähmung der Linken ein wenig zu durchbrechen. Wir schrieben also einen offenen Brief an die Landesversammlung der NRW-Grünen, in der wir sie aufforderten, klar gegen den NATO-Aufmarsch und den Bundeswehreinsatz Stellung zu beziehen und gegen die Knapps und Co. ein Parteiausschlußverfahren einzuleiten.

Am Samstag schritten wir dann zur Tat und besetzten - direkt nach der Wahl der beiden DDR-Kandidaten - kurzerhand das Präsidium des Parteitages, verteilten unseren offenen Brief und schmückten das Präsidium mit einem Transparent: "NATO auf Kriegskurs - Grüne wollen mit!" Auf dem Parteitag selber gab es zunächst

einmal neben einigen Buhrufen eine Menge Beifall. Der Versuch eines mir unbekannten Realos, der die Versammlung aufforderte, sich nicht mit der Sache zu beschäftigen, schließlich gelte es die Meinungsfreiheit eines Udo Knapp zu respektieren und der gegen unsere "Intoleranz" wetterte, scheiterte zunächst einmal. Eckhard Stratmann, Ökosozialist mit rechten Positionen in diversen Fragen (§218, Wiedervereinigung etc.) griff unser Anliegen auf und stellte den Antrag, die Bundestagsfraktion aufzufordern, Knapp und Ulrich die Arbeitsverträge zu kündigen. Aber die Grünen wären nicht die Grünen, wenn eines dieser Anliegen beschlossen worden wäre. Erbost griff nämlich nun Christa Nickels in die Debatte ein - sie behauptete, beide Artikel nicht zu kennen - und forderte Schluß der Debatte, da es nicht anginge, in Abwesenheit von Knapp über dessen Parteiausschluß zu befinden. Und siehe da. Ein Teil der Delegierten hatte offensichtlich schon verdrängt, wofür sie wenige Minuten zuvor noch Applaus gespendet hatten und applaudierten nun Christa Nickels.

Beschlossen wurde am folgenden Sonntag über die Golfkrise und das Verhalten diverser Grüner zu debattieren. Am nächsten Tag wurde eine Resolution verabschiedet, die zwar einen Bundeswehreinsatz ablehnt, im Mittelpunkt jedoch die Unterstützung des UNO-Embargos und die Forderung nach einem Rüstungsexportverbot hat. Man distanziert sich zwar von Knapps Äußerungen; Konsequenzen braucht Knapp jedoch nicht zu befürchten, die wurden ausdrücklich abgelehnt. Ebenfalls fehlt eine eindeutige Verurteilung des US-Aufmarsches. Letztlich wird den Knapps und Ulrichs damit ein Freibrief ausgestellt.

Immerhin fand unsere Aktion noch eine gewisse Resonanz in den Medien. Die "taz" vom 27.8. wußte zu berichten, daß sich die "NRW-Grünen gegen grüne Golf-Krieger" ausgesprochen hätten. Das Bielefelder Stadtblatt, obwohl traditionell Realo- und SPD-fixiert, brachte eine ziemliche Breitseite gegen die beiden. Und der Spiegel wußte immerhin von "einer aufgeregten Go-In-Gruppe" zu berichten, die den Parteiausschluß von Knapp auf dem NRW-Parteitag forderte. Und der "taz" vom 30.8 konnte man entnehmen, daß Ulrich den Parteitag wegen akuter Übelkeit vorzeitig verlassen mußte. In der trauten Runde Frankfurter Realos konnte er sich einmal richtig Luft machen: "So etwas habe ich noch nicht erlebt, seit ich bei den Grünen bin".

Heinz Willemsen

# 11. Neuer gesamtdeutscher ABC-Waffenverzicht?

Rubrik: Atomwaffenverzichtskampagne · CD-Datei: daten/aksuche/ak322/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:322:24

Die Bestätigung des deutschen ABC-Waffenverzichts war für den Abschluß der 2&4-Gespräche eine unabdingbare Voraussetzung. Am 22.8. wurde durch den bundesdeutschen Außenminister die entsprechende Erklärung im Namen beider deutscher Staaten vor einem internationalen Forum verlesen. Mit welchen Vorstellungen war die Sowjetunion in die 2&4-Verhandlungen gegangen? Welche Ziele verfolgte die Bundesregierung? Was besagt der neue Verzicht und wie ist er zu bewerten?

Die Sowjetunion forderte zu Beginn der 2&4-Gespräche für Großdeutschland den atomwaffenfreien Status. Dies hätte nicht nur den Abzug der NATO-Atomwaffen zur Folge gehabt, sondern zugleich der nuklearen Teilhabe der Bundeswehr ein Ende bereitet.

1957 wurde jene nukleare Teilhabe in der NATO als ein Köder eingeführt, um insbesondere die Deutschen, die damals mit Frankreich und Italien über die gemeinsame Produktion von Atomsprengkörpern verhandelten, von dem Projekt der Euro-Bombe abzubringen und an die USA zu binden. Seitdem wurden in westeuropäischen NATO-Ländern, die darauf Wert legten, Lager mit nuklearer US-Munition angelegt, um diese im Krisenfall - nach Freigabe durch den US-Präsidenten - den Verbündeten zur Verfügung zu stellen. Zugleich wurden der Bundeswehr nukleare Trägersysteme überlassen und seither werden Bundeswehrsoldaten in speziellen "nuclear mission teams" auf die Atomkriegsführung vorbereitet. Die "nukleare Teilhabe" wurde in den 60er Jahren auch durch den Atomwaffensperrvertrag (NPT) nicht angetastet, obwohl sie dem Ziel dieses Vertrages fundamental widerspricht: Während der NPT das Entstehen weiterer Atommächte verhindern will, soll die nukleare Teilhabe den Einsatz von Atomwaffen durch sogenannte Nicht-Atomwaffenstaaten im Falle eines Falles gerade möglich machen. Damit sich jene trojanischen NATO-Pferde über Nacht in Quasi-Atommächte verwandeln können, wurde NATO-intern folgerichtig festgelegt, daß dann, "wenn eine Entscheidung getroffen wird, Krieg zu führen", der Sperrvertrag außer Kraft zu treten hat. Man stelle sich nur einmal das Geschrei vor, wenn, sagen wir Peking den arabischen Unterzeichnern des Sperrvertrages eine nukleare Teilhabe zugestehen und diese kontinuierlich im Einsatz von chinesischen Atomwaffen trainieren würde! Verständlicherweise wurde die Durchsetzung eben dieses Privilegs für einige NATO-Staaten im Rahmen der Sperrvertragsverhandlungen von den blockfreien Staaten heftig kritisiert und von der Sowjetunion zu keinem Zeitpunkt formell anerkannt.

Daß Moskau im Rahmen der 2&4-Gespräche, bezogen auf Gesamtdeutschland diesem Zustand am liebsten eine Ende bereiten wollte, war deshalb ebenso sicher wie das Amen in der Kirche.

Die Bundesregierung war demgegenüber mit dem Vorsatz in die Verhandlungen gegangen, eine Einschränkung ihrer derzeitigen nuklearen Optionen nicht hinzunehmen. Institutionell wurde die Forderung nach einer nuklearen Selbstverpflichtung im Rahmen der 2&4-Gespräche als ein Versuch der "Singularisierung" Deutschlands abgelehnt und ersatzweise auf das internationale Sperrvertrags-Regime verwiesen: Nur in diesem Rahmen zeigte man sich bereit, die eingegangenen Verpflichtungen zu bekräftigen und sich sogar für eine Verlängerung des Vertrages einzusetzen.

Wie sich die westlichen Verbündeten hierzu verhalten haben, ist in den Einzelheiten nicht bekannt. Sicher ist nur, daß die NATO-Staaten geschlossen und in einem sehr frühen Verhandlungsstadium das sowjetische Anliegen der Atomwaffenfreiheit abgelehnt hatten. Zu unterscheiden ist allerdings zwischen dem Recht auf Stationierung amerikanischer oder britischer Atomwaffen auf deutschem Territorium und der nuklearen Teilhabe der Bundeswehr. Letztere wurde auch von den westlichen Atommächten nie als ein Herzensanliegen begriffen sondern eher als ein unumgängliches Mittel, die Deutschen von der Versuchung der Atomwaffenfreiheit oder der Versuchung der eigenen Option abzuhalten. Andere Länder, etwa die Niederlande, hatten hierbei ohnehin immer nur mitgemacht, um im Geschäft bleiben und auf die Nuklearpolitik der Deutschen ein Auge werfen zu können. Von Den Haag und Brüssel ist durchgesickert, daß sie 1990 auf ihre eigene nukleare Teilhabe verzichtet hätten, wenn auch Bonn im Rahmen der 2&4-Verhandlungen dazu hätte gebracht werden können. Doch daraus ist bekanntlich nichts geworden. Auch in nuklearer Hinsicht entsprach das Ergebnis der 2&4-Gespräche vollständig den Zielen, die die Bundesregierung sich gesetzt hatte. Der neue, gesamtdeutsche Atomwaffenverzicht, am 22.8.1990 von Genscher im Rahmen der Vierten Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrags in Genf vorgetragen, hat den folgenden Wortlaut:

"Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik bekräftigen ihren vertraglich und einseitig übernommen Verzicht auf Herstellung und Besitz von und auf Verfügungsgewalt über atomare, biologische und chemische Waffen. Sie erklären, daß auch das vereinte Deutschland sich an diese Verpflichtungen halten wird. Rechte und Verpflichtungen aus dem Vertragswerk über die Nichtverbreitung von Kernwaffen vom 1. Juli 1968 gelten für das vereinte Deutschland fort. Das vereinte Deutschland wird sich für die Weitergeltung des Nichtverbreitungsvertrages über das Jahr 1995 hinaus einsetzen und tritt für die Verstärkung des Nichtverbreitungs-Regimes ein."

Diese Erklärung bedeutet im Einzelnen:

1. Nicht nur die NPT-Verpflichtungen, auch der einseitige Verzicht (gemeint ist hierbei ganz offenkundig die 1954 auf der Londoner Neunmächte-Konferenz abgegebene Erklärung Adenauers) gelten weiter. Dies ist nicht unbedeutend, da 1954 nicht das vereinte Deutschland, sondern die BRD den Verzicht ausgesprochen hatte. Er umfaßt zwar weder den Atomwaffenbesitz noch deren Produktion außerhalb deutschen Territoriums und unterliegt zudem keiner Kontrolle. Dennoch ist festzuhalten, daß eine völkerrechtlich legitimierte A-Waffenproduktion in Großdeutschland erst dann möglich ist, wenn die WEU-Staaten den Verzicht von 1954 einvernehmlich aufzuheben bereit sind.

2. Die Pflichten aus dem NPT gelten fort. Dies besagt nicht allzuviel. Der NPT ist eine vorrangig moralische Instanz, die materiell keine Option verbaut. Was hinsichtlich der Atomwaffenproduktion den NPT-Unterzeichnerstaaten Irak oder Libyen wie selbstverständlich zugetraut wird, muß in noch viel stärkerem Maße dem NPT-Unterzeichnerland Deutschland zugetraut werden.

3. Die aus dem NPT ableitbaren Rechte gelten fort. So etwa das Recht, nukleare Waffenkomponenten herzustellen, solange daraus noch kein kompletter Atomsprengkopf wird. Erlaubt bleibt ebenfalls die deutsch-französische A-Waffenproduktion, solange daraus keine eigenständige Verfügungsgewalt erwächst. Es bleibt beim "Recht" auf Beteiligung an einer europäischen Atomstreitmacht bzw. auf nukleare Teilhabe im NATO-Rahmen.

Während die DDR seit gut 35 Jahren im Bereich der Non-Proliferation eine Politik verfolgt hatte, die der der Bundesrepublik diametral entgegengesetzt war; während sie auf eine weite Auslegung des NPT immer ebenso peinlich bedacht gewesen ist, wie die Bundesrepublik auf eine möglichst enge, werden die von Bonn durchgesetzten Einschränkungen des NPT zukünftig auch für Gesamtdeutschland gelten.

4. Die Erklärung der Sowjetunion und die Zusage Kohls, wonach auf dem Territorium der DDR nach dem Abzug der Roten Armee zwar deutsche NATO-Truppen nicht aber atomare Trägerwaffen stationiert werden dürfen, beinhaltet indirekt, daß die nukleare Teilhabe der Bundeswehr auf dem BRD-Territorium erstmals durch eine sowjetische Führung als legitim anerkannt und akzeptiert worden ist.

Auch der nuklearen Regelung galt somit der Jubel, den die "Welt" über die Kaukasus-Vereinbarungen zwischen Gorbatschow und Kohl hatte verlautbaren lassen: "Dies ist das Optimum des für Bonn Erreichbaren (...) Geradezu unwahrscheinlich (...) Dies ist ein Schwenk um 180 Grad." In einem zweiten Kommentar jener "Welt"-Ausgabe machte der ehemalige Staatssekretär Lothar Rühl zugleich auf ein Detail aufmerksam, das schon einige Wochen zuvor im Kontext der 2&4-Gespräche eine Rolle gespielt hatte, jedoch bis heute mit Moskau nicht einvernehmlich geklärt ist: "Die Frage, ob die (auch künftig auf BRD-Gebiet stationierbaren) Kampfflugzeuge der NATO mit weiterreichenden nuklearen Abstandswaffen ausgerüstet werden, wird Gegenstand künftiger Verhandlungen sein." ("Welt", 18.7.90; FAZ, 18.5.90) Gemeint ist hier die sogenannte TASM-Option ("tactical air-to-surface missiles").

TASM - eine modifizierte MLF?

Die Abkürzung TASM steht für luftgestützte Atomraketen mit Reichweite Moskau, die die im INF-Abkommen untersagten landgestützen Atomraketen großer Reichweite in Zukunft ersetzen werden. Dabei muß zunächst einmal stutzig machen, daß die Bundeswehr nach bisheriger Darstellung mehr neue TASM-Raketen als alle übrigen US-Verbündeten erhalten soll (s. nebenstehenden Artikel). Wollen die USA dem wiedervereinigten Deutschland einen spezifischen Vorteil einräumen, um es auch zukünftig von nuklearen Alleingängen abzuhalten? Zumindest gehen amerikanische Presseberichte davon aus, daß die TASM-Stationierung u.a. die Aufgabe hat, "sicherzustellen, daß Deutschland weder denuklearisiert wird, noch in die Versuchung kommt,

eigene Atomwaffen zu entwickeln." (Washington Times, 14.5.90) Dem entspricht auch das in der NATO entwickelte Modell einer multinationalen Bomberflotte, in die die Atommächte USA und Großbritannien sowie von den Nicht-Atommächten ausschließlich Deutschland seine Trägerpotentiale einbringen soll. Der Oberbefehl über jene Atomstreitmacht soll einem Amerikaner, die Stellvertretung einem Briten und die Rolle des Stabchefs einem Deutschen anvertraut werden. (Guardian, 15.5.90) Zwar wären auch nach diesem Modell die Deutschen von einer eigenständigen nuklearen Verfügungsgewalt noch weit entfernt. Dennoch würde eine Realisierung jener Pläne für die neue Reichsregierung einen beträchtlichen nuklearen Statuszuwachs beinhalten. Speziell bei den weitreichenden Raketen hatte es zwar immer wieder entsprechende deutsche Anläufe gegeben (4. NATO-Atomstreitmacht; MLF; Strauß- Forderung, die Pershing IIA-Sprengköpfe auf bundesdeutsche Träger zu setzen), diese waren jedoch regelmäßig am Widerstand der westlichen Verbündeten gescheitert. Nunmehr scheinen sich die Bonner Chancen verbessert zu haben. Eine ungeschriebene Regel der amerikanischen Nuklearpolitik besagt, daß die Angebote der nuklearen Teilhabe um so attraktiver zu werden haben, je größer die Gefahr eines atomaren Alleingangs erscheint.

Daß sich mit der Wiedervereinigung zumindest die objektiven Voraussetzungen für eine deutsche Atommacht verbessert und nicht verschlechtert haben, steht außer Frage: Bisher war die Bundesrepublik aufgrund ihrer besonders labilen Situation auf das Wohlwollen der ehemaligen Siegermächte, zumindest der westlichen, angewiesen. Während beispielsweise das saturierte Frankreich unbeirrt auch eine internationale Isolation (als Folge seines nuklearen Alleingangs) in Kauf nehmen konnte, hätte jedes isolierte Handeln der Deutschen nicht nur die Lage Berlins gefährdet sondern auch die Wiedervereinigung langfristig vereitelt. Die so materialisierte Abhängigkeit von den westlichen Verbündeten wird zukünftig entfallen. Welche äußere Macht sollte nach vollendeter Ratifizierung der Wiedervereinigung eine deutsche Regierung noch daran hindern können, sich gegebenenfalls zur Nuklearmacht zu erklären? Welcher Stellenwert im Zweifelsfall einer ausschließlich vertraglichen Verpflichtung eingeräumt wird, hatte mensch am Schicksal des Grundlagenvertrages zwischen der DDR und der BRD seit dem 9. November ganz gut ablesen können. Auch wenn der Atomsperrvertrag eine stärkere Bindewirkung hat, dürfte auch den politischen Eliten in der NATO bekannt sein, daß die wesentlichen materiellen Hindernisse für einen deutschen Griff zur Bombe nunmehr entfallen. Ob man dort ernsthaft annimmt, den deutschen nuklearen Geltungsdrang mit dem Angebot einer TASM-Flotte zufriedenstellen zu können, ist unbekannt. Sicher ist nur, daß sich mit dieser NATO-Politik der reale nukleare Status im Verborgenen zu verschieben droht, während der Atomwaffenverzicht mit gleicher Geschwindigkeit zur Formalität verkommt. Eben dies ist der größere Rahmen des Genfer Atomwaffenverzichts, dessen Glaubwürdigkeit bisher auch von der Friedensbewegung und großen Teilen der Linken nicht einmal in Frage gestellt wird.

max.

# 12. TASM: Neue Atomwaffen mit Reichweite Moskau

Rubrik: Atomrüstung (und Raketen) · CD-Datei: daten/aksuche/ak322/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:322:25

Im Mai 1990 hatten US-Präsident Bush im Einvernehmen mit den NATO-Gremien entschieden, auf die umstrittene Modernisierung von Atomwaffen kürzerer Reichweite zu verzichten. Systeme mit kurzer Reichweite sollten in Verhandlungen mit Moskau zur Disposition gestellt bzw. auch einseitig abgebaut werden. Dennoch hat dies mit realer Abrüstung nur wenig zu tun: Nach den osteuropäischen Umwälzungen wird nunmehr die Nuklearstrategie und Nuklearbewaffnung verstärkt auf die sowjetische Reichweite umgestellt. Als großer Renner gelten hierbei die luftgestützten, d.h. von Jagdbombern abgeschossenen Atomraketen und Marschflugkörper, die unter dem Kürzel TASM (tactical air-to-surface missiles) firmieren. Dies hat verschiedene Gründe. Erstens ist es nach Auskunft des NATO-Oberbefehlshaber Galvin "absolut notwendig, daß wir eine Rakete haben, die uns zusammen mit einem Flugzeug die erforderliche Reichweite verfügbar macht, um die Sowjetunion zu erreichen". (BASIC) Zweitens erfüllen sie das Erfordernis einer stärkeren Mobilität: Im Unterschied zu den landgestützen Atomwaffen können die Atombomber binnen Stunden aus den westeuropäischen Randzonen etwa auf bundesdeutsches Territorium verlegt werden. Drittens ist zu erwarten, daß sie weniger politischen Ärger provozieren: Luftgestützte Atomwaffen sind im Vergleich zu den landgestützen weniger sichtbar. Im Extremfall könnte Westdeutschland ein in Friedenszeiten "atomwaffenfreies" Land abgeben und zugleich seine nukleare Teilhabe im Rahmen der NATO ausbauen. Erst im Krisenfall würde man über Nacht das Territorium der Bundesrepublik zum Atomwaffenträger machen. Viertens gilt das Projekt einer multinationalen Atombomberflotte zugleich als geeignetes Auffangbecken für die nuklearen Ansprüche der Deutschen. Auch deshalb erklärte ein hochrangiger Vertreter der britischen Regierung im April gegenüber der New York Times: "Die TASMs sind absolut zentral, der Schlüssel zu allem." (BASIC)

Zwar gibt es bisher - auch aus Rücksicht auf den 2&4-Prozeß - keinen definitiven Beschluß der NATO über die Anschaffung der TASM-Raketen. Auch im jüngsten Kommunique der Nuklearen Planungsgruppe vom 10. Mai 1990 wird nur in allgemeiner Form das Erfordernis betont, daß zukünftig den "flexiblen und weitreichenden substrategischen Nuklearsystemen vergleichsweise größere Bedeutung zukommen wird". In Wirklichkeit scheinen alle Vorbereitungen auf Hochtouren zu laufen. Das amerikanische Budget zur TASM-Entwicklung wurde 1990 verdoppelt und die Beschaffung von 450 TASM-Raketen durch das Pentagon in die Wege geleitet. Einem Bericht des britischen "Guardian", vom 3. Mai 1990, zufolge sollen bereits im kommenden Jahr in elf NATO-Staaten die Vorrichtungen zur Lagerung von insgesamt 389 neuen Atomraketen fertiggestellt werden! Von besonderem Interesse sind die Pentagon-Pläne über die geographische Verteilung jener Waffen:

Belgien, die Niederlande und Griechenland sollen demnach jeweils 11 Raketen auf's Auge gedrückt bekommen, für Italien sind 30 vorgesehen, für die Türkei 54, für Großbritannien 128 und für Deutschland 144! Auch über die westdeutschen Stationierungsorte scheinen detaillierte Planungen vorzuliegen. Dem Guardian zufolge sollen in Büchel (Rheinland-Pfalz), im bayerischen Memmingen und in Nörvenich bei Köln die Infrastruktur für die Aufnahme von jeweils 11 Atomraketen vorbereitet werden. 53 Raketen sollen in Hahn und 58 in Ramstein (beides Rheinland-Pfalz) bei Bedarf stationiert werden können. Die Vorbereitungsarbeiten sollen sich auf die Errichtung sogenannter "storage facilities" konzentrieren. Es handelt sich hierbei um Kleinstbunker, die in die Böden der Flugzeughangars eingelassen und aufzugsartig nach oben gefahren werden, um die gelagerten Raketen sogleich an die Tragflächen des Bombers zu montieren. (Die Mannesmann-Anlagenbau, deutscher Unterauftragnehmer des amerikanischen Baukonzerns Bechtel, der mit dem Programm beauftragt ist, hat jenen Atomwaffengrüften in internen Rundschreiben bereits den Euphemismus "Unterflurmagazine" zugedacht. vgl. BASIC)

Auch in Westeuropa wird an eigenen TASM-Raketen gearbeitet. So sind kürzlich nach einem Bericht der Jane's Defence Weekly im Anschluß an einem Treffen des britischen und des französischen Verteidigungsministers "neue Einzelheiten über das französische Angebot, Großbritannien mit einer luftgestützten Atomrakete zu versorgen, bekannt geworden." (zit. nach BASIC) Ein erster offizieller Beschluß über die Einführung von TASM-Raketen wird unmittelbar nach der Reichstagswahl von der Sitzung der Nuklearen Planungsgruppe am 7. Dezember 1990 erwartet. Im folgenden geben wir einen Überblick über die verschiedenen, in der Entwicklung befindlichen TASM-Typen. Die Informationen beruhen maßgeblich auf

Berichten des British American Security Information Council (BASIC), die kürzlich als eine Broschüre des Institut für Internationale Politik in Wuppertal publiziert wurde.

SRAM-2, SRAM-T: Das Kürzel steht für "Short Range Attack Missile". Die SCRAM-2-Rakete ist für die amerikanischen B1- und B2-Bomber vorgesehen und verfügt über eine Reichweite von 250 km. In Zusammenarbeit mit anderen NATO-Staaten soll nunmehr die Reichweite jener Rakete erhöht werden. Das zu 95% kompatible Nachfolgemodell (SRAM-T, Reichweite: 400 km) wird zu einer (vorläufigen) Anzahl von 450 Stück bereits 1995 zur Stationierung bereitstehen. Diese Rakete wird für die Bewaffnung der F-15E, F-111 und F-16 Jagdbomber, des Kampfflugzeugs ATA, sowie des Tornados konzipiert. "Sie ermöglicht es den Kampfflugzeugen, Ziele in der Sowjetunion zu erreichen ...", hieß es hierzu ergänzend am 15.3.1990 in einer Ausschuß-Anhörung des US-Kongresses.

TASM-X: Das "X" steht hier für "extended range/experimental". So werden in den USA verschiedene Programme zur Entwicklung von Luft-Boden-Waffen mit einer Reichweite von 1000 und mehr km durchgeführt. In diese Entwicklungen fließen die Erfahrungen eines geheimen "Advanced Cruise Missile"-Programms der US-Luftwaffe sowie die Arbeiten an einem "Gemeinsamen taktischen CM-System" (der Luftwaffe und des Heeres - abgekürzt: JTACMS) mit ein.

ASLP: Dieses Kürzel steht für "Air-Sol Longue Portee". Die westeuropäischen Atommächte Frankreich und Großbritannien arbeiten zusammen an einer weitreichenden luftgestützten Rakete, zu der möglicherweise Frankreich im wesentlichen den Flugkörper und Großbritannien den Atomsprengkopf liefert (Reichweite bis zu 1500 km). Es würde sich dabei um die Weiterentwicklung der bisher einzigen in Europa bereits für Frankreich verfügbaren Waffe dieser Art (ASMP, Reichweite nur 80-100 km) handeln. Sie soll für die Kampfflugzeuge Mirage IVP, Mirage-2000N und Super Etendard sowie die Royal Air Force zur Verfügung stehen.

tho & max.

# 13. Rekordernte und doch kein Brot Die Lage in der UdSSR spitzt sich zu

Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak322/56.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:322:56

Im Frühjahr dieses Jahres war in den Medien zu lesen und zu hören, daß die Sowjetunion eine der ertragreichsten Ernten der letzten Jahrzehnte erzielen würde. Die Bevölkerung konnte also mit einer Verbesserung der Versorgungslage rechnen. Dies allen voran beim Brot, das das traditionelle Nahrungsmittel der ärmeren Schichten der Bevölkerung ist. Doch diese Hoffnung wurde nicht realisiert. Statt voller Brotläden leergefegte Regale, nicht einmal Brot ist zu kaufen. Und das in Moskau, dem Zentrum, der Perle der Sowjetunion. Die Menschen sind enttäuscht, wütend und Gorbatschow scheint nun auch die letzten Anhänger seiner Politik zu verlieren.

In der UdSSR zeigt sich derzeit ein spannungsreiches Nebeneinander: Gorbatschow, Ryschkow, Abalkin, Schatalin und Jelzin streiten über den richtigen Kurs zur Einführung der Marktwirtschaft, während die Menschen in Moskau mehr Aufwand denn je betreiben müssen, um die alltäglichen Lebensmittel aufzutreiben. Im Kreml wird über die große Linie gestritten, in den Läden um das letzte Brot. Und dies alles, wo doch überall zu lesen und zu hören war, daß die Ernte so gut wie noch nie sei. Das die diesjährige Rekordernte die Sowjetunion an den Rand einer Katastrophe bringt, ist Ausdruck des desolaten Zustands der gesamten Gesellschaft. Denn das Getreide muß eingebracht, gelagert, transportiert und letztendlich zu Brot verarbeitet werden. Und auf diesem Weg zum Brot hapert es an allen Ecken und Enden.

Die Perestroika ist an allem schuld!

So lautet für viele Menschen das Fazit der Analyse der aktuellen Situation. Denn die sichtbaren Schwierigkeiten in der Wirtschaft, in der Versorgung mit den Gütern des alltäglichen Bedarfs wuchsen ins unerträgliche, seit Gorbatschow und seine Reformer das Sagen im Land haben. Ob es der Mangel an Fleisch und Brot ist, ob es die oft blutigen Auseinandersetzungen zwischen den diversen Nationalitäten der UdSSR sind oder der weltweite Einflußverlust sowjetischer Außenpolitik: Der Niedergang ist in den Augen der Menschen untrennbar mit der Politik der jetzigen Sowjetführung verbunden. Standen am Beginn der Perestroika noch Befürworter und Gegner dieser Politik sich in etwa gleicher Stärke gegenüber, so überwiegen jetzt diejenigen, die von dieser Politik keine Verbesserung ihrer konkreten Lebensbedingungen erwarten.

Doch wie ist es zu erklären, daß trotz einer Rekordernte, in Moskau und anderen sowjetischen Städten - vom Land ganz zu schweigen - kein Brot zu bekommen ist. Nüchtern gesprochen liegt die Ursache in einer mehrfachen Dopplung von Gründen. War es in den früheren Jahren üblich, daß große Betriebe Arbeitskräfte zum Ernteeinsatz abstellten, so ist dies in diesem Jahr ganz unterblieben. Aufgrund der Anpassung und Umstrukturierung der sowjetischen Betriebe haben viele ihre Belegschaften drastisch reduziert bzw. wollen auf diese Arbeitskräfte zur Sicherung resp. Ausbaus ihrer Konkurrenzposition nicht verzichten. Der Maschinenpark der landwirtschaftlichen Betriebe kann mangels fehlender Fachkräfte nur während einer Schicht eingesetzt werden, die Ernte verzögert sich dadurch und das Getreide vergammelt auf den Feldern. Darüberhinaus steht ein großer Teil der Maschinen zu lange still, da es an Ersatzteilen, an Wartungskräften sowie an Brenn- und Schmierstoffen mangelt. Diese die Ernte behindernden Bedingungen werden noch durch das Fehlen von Eisenbahnwaggons zum Abtransport des Getreides verstärkt. So versuchte die Regierung zwar den Mangel an Arbeitskräften durch den Einsatz von Armeeangehörigen aufzufangen, aber diese sind nur begrenzt einsetzbar, da ihnen oft das nötige Fachwissen fehlt, um etwa Mähdrescher oder ähnliche Geräte zu bedienen.

Um die Dramatik zu verdeutlichen: Im Gebiet Charkow in der Ukraine war die Rede davon, pro Hektar eine Durchschnittsrate von 40,5 Dezitonnen Getreide einzubringen. Doch dazu würden mindestens 6.000 Soldaten zum Ernteeinsatz benötigt werden. Ähnliche Zahlen liegen auch aus anderen Gebieten der Ukraine vor. Da diese Republik 25 Gebiete hat, in denen intensiv Landwirtschaft betrieben wird, kann mensch sich den Bedarf an Arbeitskräften vorstellen. Doch der kann seitens des Staates bzw. der Armee nicht gedeckt werden, da ein großer Teil der Soldaten zur Lösung resp. "Befriedung" nationaler Konflikte eingesetzt wird.

Doch damit noch nicht genug: Auch in den Brotfabriken der UdSSR mangelt es an allem, was zu einer bedarfsdeckenden Produktion nötig wäre. Aufgrund der neuen Rechnungsführung der Betriebe wurden Leute entlassen, neue Maschinen werden nicht mehr bestellt, da das Geld zum Bezahlen fehlt, und die alten sind oft

nicht mehr reparabel. Aus diesem Grund fällt im Moment eine Großbäckerei in Moskau komplett aus, da die Öfen nicht mehr funktionieren. Dadurch ist es zur Zeit fast unmöglich in Moskau Brot zu erwerben; wie gesagt fast. Denn schon sind Leute auf die Idee gekommen, die Marktlücke zu nutzen. Sie kaufen von Bäckereien außerhalb Moskaus Brot auf, um es in der Stadt weiterzuverkaufen. Allerdings zu horrenden Preisen. In einem staatlichen Laden bezahlen die Moskowiter 25 Kopeken für einen Laib Brot, auf dem Schwarzmarkt fängt die Preisskala bei einem Rubel an. So ist es auch mit vielen anderen Lebensmitteln, die in den staatlichen oder genossenschaftlichen Kaufhallen nicht mehr oder nur noch selten zu erstehen sind, es gibt sie durchaus zu kaufen; auf den freien, den Kolchosmärkten. Dort können Bauern ihr überschüssiges Gemüse, Fleisch und dergleichen zu freien Preisen an die Leute bringen. Die Preise sind allerdings so exorbitant, daß es nur noch eine Frage der Zeit zu seien scheint, bis die ersten dieser Märkte geplündert werden. Denn angesichts der Einkommen von oft nur wenigen hundert Rubeln oder Renten, die gerade an hundert Rubel heranreichen, sind umgerechnet 40,- bis 50,- DM für ein Kilo Tomaten eine Provokation sondergleichen für die Menschen. Und während sich Gorbatschow mit Jelzin und Schatalin gegen Ryschkow und Abalkin verbündet, schwärmen viele schon von den guten alten Zeiten unter dem Genossen Dschugaschwili.

Umbau der Wirtschaft

So lautet das Zauberwort aller führenden Politiker der UdSSR zur Zeit. Doch die Konzepte sind recht unterschiedlich. Der bislang von Gorbatschow gestützte Ministerpräsident Ryschkow will auf einem staatlich kontrollierten und gelenkten Weg zur Marktwirtschaft gelangen. Allerdings wollte er sein Programm mit drastischen Preiserhöhungen bei gleichzeitigem Lohnstopp beginnen. Das führte einerseits in der gesamten Union zu Hamsterkäufen und Unruhe in der Bevölkerung und andererseits dazu, daß Gorbatschow von ihm und Abalkin, seinem bisherigen Wirtschaftsberater, abrückte. Stattdessen favorisiert der Staatspräsident ein Bündnis mit einem seiner bisher scheinbar stärksten reformerischen Kritiker: Boris Jelzin. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz erklärten sie kürzlich, in allen Fragen der Umgestaltung der Wirtschaft und der Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung zusammenarbeiten zu wollen. Und dies wurde auch gleich in die Tat umgesetzt.

Unter der Leitung von Schatalin, einem Ökonom aus Reformerkreisen, wurde eine aus beiden Lagern besetzte Kommission eingesetzt, die einen wesentlich schnelleren Übergang zu marktwirtschaftlichen Strukturen in der UdSSR in die Wege leiten soll als die Ryschkow Leute. So will die Schatalingruppe in zwei Jahren das Ziel Marktwirtschaft erreicht haben. Als erste Maßnahmen sind die Freigabe der staatlichen Preise mit Ausnahme lebenswichtiger Güter, die Privatisierung von staatlichem Eigentum sowie von Produktionsmitteln und die Stabilisierung des Rubels geplant. Darüberhinaus sollen die einzelnen Republiken wesentlich größere Souveränität als bisher erhalten. Die Zentralgewalt soll auf einige wenige Bereiche beschränkt werden; welche dies sein werden, ist derzeit noch unklar, auf alle Fälle sollen aber die Republikregierungen die Hoheit über ihre Wirtschafts-, Finanz-und Sozialpolitik erhalten. Dies dürfte sicherlich ein wesentlicher Schritt zur Beendigung der Moskauer Zentralgewalt sein.

Die Ryschkowgruppe empfiehlt dagegen, die Zentralgewalt zu belassen und das damit verbundene Weisungsrecht zur Umsetzung der Reformen zu nutzen. Die Privatisierung soll nach diesen Vorstellungen unter der Aktienmehrheit des Staates erfolgen, die Preise ebenfalls regierungsamtlich erhöht werden, sowie den einzelnen Republiken keine wesentlicheren Souveränitätsrechte zuerkannt werden. An letzterem aber wird der Ryschkowentwurf mit Sicherheit im Obersten Sowjet scheitern. Das Konzept der Regierung Ryschkow erweckt den Eindruck, mit modifizierten, aber bewährten Mitteln, die Krise der UdSSR bewältigen zu wollen. Dies darf mit Skepsis bedacht werden.

Ob demgegenüber das Modell der Schatalingruppe erfolgversprechender ist, hängt genauso in der Luft, da beide Konzepte eines gemein haben: Eine schnelle Lösung der akuten Versorgungsprobleme ist über beide Wege kaum zu haben. Von daher ist es zwar interessant, welches Konzept im Obersten Sowjet die Zustimmung erhält, die wahre Entscheidung über die zukünftige Politik in der UdSSR wird aber an der Ladentheke getroffen. Derjenige wird die Zustimmung und das Vertrauen der Bevölkerung erhalten, der nicht nur verspricht, daß sich die Dinge bessern, sondern dafür sorgt, daß dieses auch eintritt.

Und die Aggressivität und Unruhe in der sowjetischen Bevölkerung nimmt zu. So kommt es in der letzten Zeit immer öfter zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, zu riots, aus Wut und Ärger über mangelnde Versorgungsgüter. Bislang beschränken sich diese riots auf die Industriegebiete östlich des Urals sowie

südlich von Moskau, im Donezbecken etwa; doch es ist nicht auszuschließen, daß sie auch auf die Hauptstadt übergreifen. Angesichts der Tatsache, daß eines der Hauptnahrungsmittel der ärmeren Schichten der Bevölkerung, das Brot, immer knapper wird, sowie weitere Preiserhöhungen auf die Leute zukommen, sind solche riots absolut verständlich. Politisch allerdings eröffnen sie Kräften Tür und Tor, die derzeit schon einen immensen Zulauf zu verzeichnen haben. Seit der Oktoberrevolution gab es noch nie so viele Monarchisten und Faschisten.

Doch wie mensch das Problem auch dreht und wendet, der Bevölkerung droht ein harter Winter und der Sowjetunion eine Katastrophe.

as

# 14. Heiner Geißler und die Schrumpfgermanen Multikultur, Asyl und die Modernisierer

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; CDU/CSU · CD-Datei: daten/aksuche/ak322/52.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:322:52

So wie der Multivitaminsaft auf dem Frühstückstisch darf die multikulturelle Gesellschaft heutzutage in keinem modernen Beitrag zur "Ausländerpolitik" fehlen. Während der vereinigte deutsche Rassismus den hier lebenden Minderheiten immer schärfer ins Gesicht und auf andere Körperteile schlägt, Bürger und Kommunen gegen "Volksfremde" mobil machen und Lafontaine und Augstein die deutsche Volksseele zum Aufstand gegen "Asylanten und Zigeuner" aufputschen, scheinen sich gleichzeitig Politiker über zahlreiche Parteigrenzen hinweg einig wie selten. Multikultur lautet das eingängige Schlagwort, welches "Ausländerfreunde" von Geißler über die GRÜNEN bis zu Gysi als Konzept moderner "Ausländerpolitik" parat halten. Die griffige Parole suggeriert auch vielen Linken ein Überspringen der mühseligen Auseinandersetzungen und frustrierenden Kleinarbeit im Kampf gegen den Rassismus: endlich ein positiver Begriff, der es erlaubt, die ewige "Anti"-Haltung abzulegen und nicht schon wieder marginalisiert am Rande der Gesellschaft, den aussichtslosen Kampf gegen diese Abschiebung und "weg mit" jener Verschärfung zu führen. Angesichts der herrschenden Zustände muß soviel Einfachheit und Einheit skeptisch machen. Hat Geißler Cohn-Bendit falsch verstanden? Oder umgekehrt? Was steckt hinter dem bunten Begriff?

In der BRD wurde der Begriff der multikulturellen Gesellschaft erstmals 1974 von der Caritas ins Gespräch gebracht; auf dem Kirchentag 1980 hieß es bereits: "Wir leben in einer multikulturellen Gesellschaft". Gleichzeitig fand der Begriff auch als Exportprodukt der französischen Organisation "SOS Rassisme" Absatz im grün-alternative Spektrum und in der ImmigrantInnenbewegung, wo er recht kontrovers diskutiert wird. Nachdem die Grünen wie Teile der Sozialdemokratie die multikulturelle Gesellschaft zum Programm erhoben hatten, erhielten sie 1988 Unterstützung von jenem Demagogen, der vor nicht allzu langer Zeit den Pazifismus eines Kurt Tucholsky für Auschwitz verantwortlich gemacht hatte. (1) Inzwischen hat Heiner Geißler mit seinem Buch "Zugluft", dessen Kapitel zur multikulturellen Gesellschaft im März dieses Jahres gekürzt im "Spiegel" erschien, Furore gemacht. Der geläuterte christliche Modernisierer avancierte in den letzten Monaten zum begehrten Diskussionspartner bekannter "Ausländerfreunde" und zum prominentesten Vorkämpfer in Sachen Multikultur. Daniel Cohn-Bendit, als professioneller Multikultureller (2), bestätigte "Heiner dem Durchblicker", seine Ausführungen seien bestechend und beinhalteten "Wahrheiten, die man sich von manchem politischen Bündnispartner zu hören wünscht." (3) Tatsächlich weisen die entscheidenden Argumentationslinien christlicher und alternativer Multikultur starke Ähnlichkeiten auf. In diesem 1. Artikel werden deshalb die Vorstellungen Heiner Geißlers vorgestellt.

Die BRD als Einwanderungsland ...

Wie allen Plädoyers für die multikulturelle Gesellschaft liegt auch Geißlers Argumentation die Feststellung zugrunde, daß die BRD zu einem Einwanderungsland geworden ist.

"In der Bundesrepublik lebten im Jahr 1988 4,5 Millionen Ausländer. Fast zwei Drittel dieser Ausländer sind schon zehn Jahre oder länger in der Bundesrepublik Deutschland, über zwei Drittel der ausländischen Kinder und Jugendlichen sind in der Bundesrepublik geboren. Von 1985 bis 1990 sind im Durchschnitt jährlich ca. 100.000 Asylbewerber in die Bundesrepublik Deutschland gekommen, und nur die wenigsten sind wieder zurückgegangen. Diese Zahl entspricht in der Relation zur Gesamtbevölkerung ungefähr der Zahl der Einwanderer, die das klassische Einwanderungsland USA pro Jahr legal einreisen läßt. (...) Der eigentliche Realitätsverlust besteht in dem Ignorieren der Tatsache, daß die Bundesrepublik längst ein Einwanderungsland geworden ist." schimpft Heiner (4) und die "Wirtschaftswoche" stellt fest: "Klar ist, daß in Zukunft die Bundesrepublik noch stärker als bisher zum Einwanderungsland werden wird." (5)

Nun ist - gemessen am Standard der herrschenden deutsch-völkischen Ideologie und "Ausländer"-Politik - allein schon diese Feststellung ("zu sagen was ist") geradezu revolutionär. Bis heute ist die Bewahrung des deutschen Volkes vor Überfremdung und Unterwanderung nicht allein skurriles Hobby jener Professoren, die das Heidelberger Manifest unterzeichneten, sondern fand sich als "Bewahrung des eigenen nationalen Charakters Deutschlands als deutschem Staat" noch 1988 im Referentenentwurf für das neue Ausländergesetz. In der kürzlich verabschiedeten Fassung heißt es - zeitgenössisch formuliert - "... im

Interesse der Bewahrung des inneren Friedens muß einer solchen Entwicklung (zu einem multikulturellen Gemeinwesen) bereits im Ansatz begegnet werden." (6) Und was schon Helmut Schmidt 1981 und `82 per Kabinettsbeschluß gleich doppelt besiegeln ließ, findet sich nun in der Präambel des neuen Gesetzes: die Bundesrepublik ist kein Einwanderungsland!

So bahnbrechend demgegenüber die Erkenntnis der Realität auch erscheinen mag, muß vor vorschneller Begeisterung gewarnt werden: die entscheidende Frage bleibt, ob die BRD als Einwanderungsland im Interesse der hier lebenden Minderheiten verändert und umgekrempelt werden soll (völlige soziale, politische und kulturelle Gleichstellung aller hier lebenden Menschen, Bekämpfung des deutschen Rassismus), oder ob eine Einwanderungspolitik im Interesse der BRD, also der hier Herrschenden, betrieben werden soll. Geißler ist in diesem Punkte völlig unmißverständlich:

"Um die Zukunft Deutschlands zu sichern"

Nicht christliche Nächstenliebe sondern harte wirtschaftliche Kalkulation haben ihn zum "Ausländerfreund" mutieren lassen.

Um der "Schrumpfung und Vergreisung" der deutschen Bevölkerung zu begegnen, müßten Ausländer als "Arbeitskräfte und Beitragszahler" (der Rentenversicherung) ins Land gelassen werden. Mit detaillierten Berechnungen und unter Berufung auf Experten führt Geißler aus, daß "die Deutschen innerhalb weniger Jahrzehnte ein vergreisendes und sterbendes Volk" würden, bis zum Jahr 2030 werde die Zahl der Deutschen auf unter 40 Millionen absinken. Wahrhaft katastrophale Aussichten, die laut Geißler selbst durch den Zuzug von Aussiedlern nur kurzfristig verbessert würden. Auch eine Steigerung der Frauenerwerbsquote könne nicht weiterhelfen; "die Folge wird wahrscheinlich sein, daß noch weniger Kinder auf die Welt kommen."

Dem Wegfall von Arbeitsplätzen durch fortschreitende Rationalisierung "steht der zunehmende Bedarf an Arbeitskräften bei den Sozial- und Pflegeberufen gegenüber." Nachdem Geißler den drohenden Kollaps der Wirtschaft und Zusammenbruch des Rentensystems an die Wand gemalt hat, muß er es "noch härter sagen: wir brauchen Ausländer, um die Zukunft Deutschlands zu sichern."

Diese Erkenntnisse verdankt der ehemalige Generalsekretär nicht etwa göttlicher Eingebung. Bereits im Februar 1989 protestierte die "Wirtschaftswoche" mit dem Titel "Einwanderer gesucht" gegen die deutschtumsgeprägte Ausländerpolitik von Geißlers Parteifreunden, die " ökonomische Sachverhalte außer Sicht lasse. (...) Viele Unionspolitiker wollen mit einer scharfen Ausländerpolitik verhindern, was die Wirtschaft dringend braucht: den Zustrom von Arbeitskräften aus dem Ausland. (...) Nicht zuviel Zuzügler werden das Problem der nächsten Jahrzehnte sein - sondern die Frage ob und wie die Bundesrepublik ihren Einwanderungsbedarf befriedigen kann." (5)

Die "Schrumpfung der Deutschen" bedroht jedoch nicht nur Renten und Arbeitsmarkt. Wie jeder Viehzüchter weiß Geißler, daß zur Steigerung von Leistung und Wettbewerbsfähigkeit ab und zu Frischblutzufuhr von Nöten ist: "Diese annährende Halbierung der Jahrgänge (deutscher Kinder durch Geburtenrückgang, d.Verf.) bedeutet auch einen entsprechenden Verlust an Vitalität und Begabung in unserer Bevölkerung." Die kulturelle und ökonomische Wettbewerbsfähigkeit der Deutschen sei gefährdet. Zur Untermalung zitiert Geißler aus Zuckmayers "Teufels General" die bunte Ahnengalerie eines rheinländischen Offiziers: "Es waren die besten, die besten der Welt, und warum? ... Weil sich die Völker dort vermischt haben." Und im Anschluß die Fassung fürs Volk: "Die Mischlinge der neuen Zeit sind die Libudas und die Kuzorras."

Als nachahmenswertes Beispiel weiß er die USA zu empfehlen, wo die Einwanderer "vornehmlich als Chance zur Regeneration der intellektuellen und ökonomischen Ressourcen des Landes "angesehen würden. Von 114 Amerikanern, die zwischen 1945 und 1984 einen der medizinischen und naturwissenschaftlichen Nobelpreise erhielten, wären 36 nicht in den USA geboren. Aktuell knüpfe man große Hoffnungen an den Import von "zehntausenden jungen Asiaten, die hungrig nach Wissen und leistungsbereit sind", sie seien bereits heute in den Anfangsjahrgängen der Harvard University überrepräsentiert.

Sinnvolle Auslese

Um also Deutschland vor dem sicheren Schrumpftod durch Vergreisung zu retten, plädieren Geißler und seine Freunde (neben der schon zitierten "Wirtschaftswoche" u.a. Edzard Reuter, Vorstandsvorsitzender bei Daimler Benz, Forschungsminister Riesenhuber) dafür, eine geplante Einwanderung "im richtigen Maße" (Reuter)

zuzulassen. "Richtig wäre, eine bestimmte Anzahl von Ausländern in die Bundesrepublik legal einwandern zu lassen, und zwar auch Ausländer von außerhalb der Europäischen Gemeinschaft. Die Zahl müsste die Bundesregierung von Jahr zu Jahr regeln und nach Bedarf erhöhen." (4) Professor Oberndörfer, Leiter des CDU-nahen Bergsträsser-Instituts in Freiburg, empfiehlt den Import von Fachkräften aus Asien. "Durch eine epochale Bildungsexplosion wurde dort ein Heer von Fachkräften ausgebildet." (7) Oberndörfer, an dessen Argumentation Geißler sich orientiert, attackiert die Weigerung, die BRD als Einwanderungsland anzuerkennen als "derzeit größte Lebenslüge der deutschen Politik". Die bislang vor allem deutsch-völkisch geprägte Ausländerpolitik, die aus ideologischen Motiven Belange der Wirtschaft (s.o.) vernachlässigt habe und den neuen Aufgaben der Einigung Europas zuwiderlaufe, wird scharf kritisiert und einer grundlegenden Revision unterzogen. (Ein Vergleich mit der Umorientierung der "Ostpolitik" Anfang der 70er Jahre drängt sich auf: auch damals mußten sich ökonomische Interessen und die neue Strategie der "Aufweichung von innen" gegen z.T. heftigen Widerstand gegen die bis dato gültige Ideologie- "dreigeteilt niemals" und Hallsteindoktrin - durchsetzen.)

Geißler hat begriffen, daß die Aussiedler ihre Funktion zur Destabiliserung der Staaten Osteuropas erfüllt haben und die Wirtschaft den hier aufgewachsenen "fleißigen Türken" am Fließband ebenso zu schätzen weiß: "Warum sollte der deutsche Autochthone aus Kasachstan leichter integrierbar sein als ein Italiener oder sogar ein Türke? ... Er hat auch mindestens dieselben Integrationsprobleme als, sagen wir einmal, ein Norweger, Engländer oder Spanier. Aber er bekommt sofort seinen deutschen Paß. Der in Rüsselsheim geborene Iraner, der hessisch babbelt wie Heinz Schenk, kriegt ihn nicht."

Multikultur statt Asyl

Damit jedoch nicht noch mehr Iraner, Ghanaer oder andere Habenichtse zu uns kommen, ist nach Geißler "die Lösung des Asylproblems" (!) ein wichtiger Bestandteil "einer vernünftigen Ausländerpolitik". Er findet es unerträglich, daß derzeit ein Anwerbestopp und Zuzugsverbot für Menschen aus zivilisierten Ländern außerhalb der EG bestehe, während "zur selben Zeit Asylbewerber und Flüchtlinge de facto ungehindert Zugang in die BRD" hätten. Im konkreten schlägt Geißler eine Lösung ähnlich wie Lafontaine vor (s. Artikel in diesem ak) und fordert flankierend: "wir müssen die Völkerwanderung dort stoppen, wo sie entstanden ist". (8) Der kürzlich bekannt gewordene Einsatz der GSG 9 zur "Flüchtlingsabwehr" an den Flughäfen von Bürgerkriegsstaaten wie Liberia und Sri Lanka (9) dürfte also der multikulturellen Linie Geißlers entsprechen.

Staatsbürger und geistige Führung

Nachdem also die "Asylfrage" in bewährter deutscher Weise gelöst wäre, ereifert sich Geißler wortreich über die "Benachteiligung" der hier lebenden ImmigrantInnen. "Sie sind längst Mitbürger geworden, denen aber entscheidende Rechte vorenthalten werden. (...) wir haben mehrere Klassen von Menschen." Es sei zu befürchten, daß die praktizierte Ausgrenzung die umworbenen Arbeitskräfte (und potentiellen Nobelpreisträger) mit türkischem oder iranischem Paß demotiviere, ihren "Arbeitseifer und ihre Risikobereitschaft" voll zugunsten der deutschen Wirtschaft zu inverstieren. Deshalb fordert Geißler das völkische Staatsbürgerprinzip zugunsten einer Regelung wie in Großbritannien oder den USA zu reformieren. Die Möglichkeit der Doppelstaatsbürgerschaft solle eingeräumt werden. Zum Kriterium der Einbürgerung soll der Verfassungspatriotismus gemacht werden,"nämlich das Bekenntnis zu diesem Land und seiner Verfassung, der Wille auf Dauer hier zu leben und die deutsche Sprache zu beherrschen." Welcher Standard Geißler darüberhinaus in der Behandlung seiner ausländischen Arbeitskräfte vorschwebt, läßt sich daran ermessen, daß er das kürzlich verabschiedete Ausländergesetz als "Schritt in die richtige Richtung" bezeichnet.

Darüberhinaus sieht Geißler (wie andere Experten) "rassistische Auseinandersetzungen", wie sie in Kreuzberg bereits angefangen hätten (8), als Gefahr für die innere Sicherheit. Aufklärerisch ereifert er sich über völkischen Nationalismus, wie er sich auf der ganzen Welt und engstirnigen Rassismus, wie er sich an deutschen Stammtischen ausbreite. "Was für eine engstirnige, kleinkarierte Mentalität, die es für unmöglich hält, daß der Mensch (...) nicht fähig sein soll, als Deutscher mit einem Türken, als Christ mit einem Moslem und als Weißer mit einem Schwarzen zusammen leben zu können ... Natürlich hat das etwas mit Erziehung und geistiger Führung zu tun." In geradezu rühriger Weise legt der Jesuitenzögling dem Leser seine Vorstellung von geistiger Führung nahe: Politiker und Bürgermeister sind aufgerufen, der Bevölkerung zu erklären, daß Neger auch Menschen sind. "... wir werden eine Zeit mit ihnen leben müssen. Das ist auch gar

nicht schlimm. Wir sind ein reiches Land und außerdem können sie den Friedhof in Ordnung halten und den Wald sauber machen".

Gleichzeitig beruhigt er die verschreckten Gemüter, die nach Geißlers Lamento befürchteten, er wolle den Menschen, die für uns schuften, auch noch soziale Gleichstellung gewähren. "Die Ausländer", zitiert er Meinhard Miegel vom Institut für Wirtschaft und Gesellschaft (IWG) in Bonn, "sind im eigentlichen Sinne des Wortes Lückenbüßer und Resteverwerter deutscher Wohnung und deutscher Arbeitsplätze, die von den Deutschen selber mangels Qualität oder mangels finanzieller Ausstattung oder Entlohnung gar nicht mehr genutzt werden."

Deutschland in den Grenzen von Europa

Vordringlich geht es Geißler und seinen Freunden jedoch weniger um die Integration ghanaischer Friedhofsgärtner als vielmehr um die europäische Integration, selbstredend unter deutscher Führung. Sicher nicht zu Unrecht wird befürchtet, daß der tümelnde deutsche Nationalismus in Bürokratenherzen und Amtsgebärden einer reibungslosen Verschmelzung und Integration Europas ab 1992 hinderlich sein könnte. Daher Geißlers Plädoyer: "Die multikulturelle Gesellschaft wird die Gesellschaft der europäischen Gemeinschaft sein. (...) Heute kommt es entscheidend auf die Erkenntnis an, daß die Deutschen, wie Golo Mann sagt, ein europäischer Teilstamm sind. Die Zukunft kann ... nur in der Besinnung auf das Wichtigere gestaltet werden, auf Europa". Und sein Europa ist nicht gerade klein bemessen: "Innerhalb der nächsten Jahre werden nicht nur die DDR sondern auch Polen, Ungarn, die Tschechoslowakei, möglicherweise sogar die Sowjetunion Mitglied der Europäischen Gemeinschaft werden."

Vorerst prophezeit Geißler eine Völkerwanderung aus Osteuropa in das Gebiet der heutigen DDR. "Aber das hilft nun wieder, denn wir haben gesagt, die Anerkennung der Westgrenze Polens markiert nicht nur einen Grenzverlauf. (...) Die Grenze muß ihren trennenden Charakter verlieren. (...) Wir brauchen Niederlassungsfreiheit und Freizügigkeit. (...) Wenn ich sage, daß die Schlesier wieder nach Schlesien können sollen und die Pommern wieder ... in Pommern wohnen mit den Polen, dann muß das selbstverständlich auch andersherum möglich sein." (8)

Der Wolf als Geißlein

Geißlers weitergehende Europa-Visionen würden den Rahmen dieses Artikels sprengen, sind es jedoch wert, gesondert unter die Lupe genommen zu werden (10). Ein entscheidender Punkt ist in jedem Fall eine vorausschauende Bevölkerungs- und Arbeitskräfteplanung im "Großraum Europa".

Die Tatsache, daß seine Vorschläge in den Reihen der CDU noch nicht begriffen wurden und Geißler als Außenseiter vermarktet wird, haben ihn auch in den Augen mancher Linker zum Reformer und potentiellen Bündnispartner werden lassen. Für Flüchtlinge und ImmigrantInnen bedeuten seine Vorschläge unterm Strich:

- leichtere Einbürgerungsmöglichkeiten für bereits hier lebende "Ausländer", soweit sie treu zur Verfassung der BRD stehen, werden in Aussicht gestellt. (Das Kalkül dürfte u.a. eine noch weitere Entsolidarisierung zwischen "erwünschten Einwanderern" und "unerwünschten Flüchtlingen" sein).

- in Zukunft: gezielter Import von Arbeitskräften entsprechend der gesellschaftlichen und ökonomischen Bedarfsplanung;

- deutsche und europäische Grenzen dicht für Flüchtlinge.

Letzteres ist der aktuell springende Punkt. Das Schlagwort Einwanderungsgesellschaft (und genau das meint multikulturelle Gesellschaft) ist in der politischen Debatte untrennbar mit der Forderung nach "Lösung der Asylfrage" verknüpft. Es ist deshalb kein Widerspruch, wenn heute gleichzeitig - und zum Teil aus den gleichen Lagern - Zustimmung zur multikulturellen Gesellschaft kommt und eine noch weitere Verschärfung des Asylrechts verlangt wird. Bezeichnenderweise hieß es aus dem Büro der SPD-Bundestagsfraktion (auf Nachfrage nach SPD-Beschlüssen zur multikulturellen Gesellschaft), daß es Beschlüsse noch nicht gebe, aber der Begriff in der Asyldebatte von Bedeutung sei!

Auch grüne Multikulturelle treten für quotierte Zulassung von Einwanderern und Flüchtlingen ein (bei "demokratischer Festlegung" der Quoten). Herbert Leuninger forderte als Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft pro Asyl ausgerechnet Heiner Geißler auf, "daß Sie sich in absehbarer Zeit das

Thema Asyl mit dem Background, mit der Weite und der Perspektive als Thema setzen, wie Sie das mit der multikulturellen Gesellschaft getan haben." Das ist allerdings schlimmer, als den Bock zum Gärtner zu machen.

Zum Schluß noch ein Hinweis für alle multikulturellen Freunde, die frustriert sind, daß der Heiner ihre schöne Erfindung geklaut und hinterrücks sinnentstellt habe: Wie der nebenstehende Artikel über Großbritannien zeigt, wurde das Konzept Multikultur in klassischen Einwanderungsländern wie Großbritannien von Regierungsseite entwickelt, um den gemeinsamen Kampf der Minderheiten und Einwanderer ethnisch aufzuspalten und aufs kulturelle Glatteis zu schieben.

Deshalb ist es auch unerläßlich, sich in einem nächsten Artikel mit grün-alternativen Entwürfen von multikultur auseinanderzusetzen: alles so schön bunt hier ...

N.M.

Anmerkungen:

1) Erstmalig sprach sich H. Geißler im Oktober 1988 in einem Interview der "Zeit" für die multikulturelle Gesellschaft aus.

2) Daniel Cohn-Bendit leitet das von der SPD-Grünen-Koalition in Frankfurt eingerichtete "Dezernat für multikulturelle Angelegenheiten".

3) "Pflasterstrand", Juni 1990

4) Heiner Geißler: "Zugluft - Politik in stürmischer Zeit", München 1990. Alle weiteren Zitate Geißlers stammen - soweit nicht anders vermerkt - aus dem dortigen Kapitel "Die multikulturelle Gesellschaft".

5) "Wirtschaftswoche" vom 10.2.1989

6) aus dem Kommentar zum neuen Ausländergesetz

7) Prof. Dieter Oberndörfer: "Der Nationalstaat - ein Hindernis für das dauerhafte Zusammenleben mit ethnischen Minderheiten", aus "ZAR-Abhandlungen" 1/1989

8) Gespräch zwischen Rosi Wolf-Almanach, Herbert Leuninger und H. Geißler in "az" vom Juli 1990

9) siehe taz-Berichterstattung im Sept. 1990

10) Interessanterweise finden sich, was Europagedanken und Abkehr vom Nationalstaat angeht, zwischen Oberndörfer, Geißler und Peter Glotz (SPD) zahlreiche Parallelen.

# 15. BRD: Grenzenlos asylfeindlich

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; SPD; Westeuropa / EG allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak322/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:322:42

Mit Hinweis auf Lebach, Essen und andere Orte, in denen aufgebrachte Kleinbürger rassistische Bürgerwehren gründen, um "Zigeuner" und andere "Asylanten" zu vertreiben, hat der Kanzlerkandidat der SPD, Oskar Lafontaine, erneut eine Asyldiskussion vom Zaun gebrochen. Das von ihm vorgegebene Ziel ist es, das Asylrecht so zu gestalten, "daß die (deutsche, Anm. d.V.) Bevölkerung es auch akzeptiert." Die rassistischen Stimmen und Stimmungen sind dabei die Begleitmusik einer seit Jahren betriebenen Demontage des Asylrechts, welches in seiner heutigen Form für die Flüchtlinge allenfalls noch das "Recht" bedeutet, einen Asylantrag stellen zu dürfen, wenn sie es denn geschafft haben, in die BRD zu kommen. So dreht sich die aktuelle Diskussion in erster Linie um die Frage, wie es sich am effektivsten verhindern lasse, daß überhaupt noch Flüchtlinge bundesrepublikanischen Boden erreichen. Wenn nötig, wird dabei auch auf europäische Nachbarstaaten Druck ausgeübt, ihre Grenzen ebenfalls für Flüchtlinge dichtzumachen. Wie die letzten Wochen gezeigt haben, leider mit Erfolg.

Lafontaine hatte vorgeschlagen, den Artikel 16.2 des Grundgesetzes, in dem es schlicht heißt "politisch Verfolgte genießen Asyl", durch eine "Ergänzung" außer Kraft zu setzen. Damit soll der Bundestag ermächtigt werden, mit Zustimmung des Bundesrates festzulegen, in welchen Staaten der Erde "nach allgemeiner Auffassung Demokratie herrscht". Für Menschen aus diesen Staaten soll es dann generell kein Asyl mehr geben.

So neu ist dieser Vorschlag eigentlich nicht. Bereits 1988 wurde er in ähnlicher Form vom baden-württembergischen Ministerpräsidenten Späth in die Diskussion gebracht. Neu ist lediglich, daß er nun aus Reihen der SPD vorgetragen wird, was dem Vorschlag zu neuer Popularität verholfen und schon jetzt die Dynamik einer Asylrechtsverschärfung in Gang gesetzt hat. So wird - wie bereits bislang in CDU-regierten Ländern - nun auch im Saarland und in Nordrhein-Westfalen die Sozialhilfe statt in bar nur in "Naturalien" ausgegeben. Auch will NRW künftig dazu übergehen, Asylbewerber in Lagern zusammenzupferchen und die bislang praktizierte Unterbringung in Wohnungen zu unterbinden. Die SPD-Landesregierung von Schleswig-Holstein, die nach ihrer Regierungsübernahme angekündigt hatte, diese Lager nach und nach aufzulösen, hat diesen Beschluß nunmehr revidiert. Während sich die meisten SPD-Minister, zu Lafontaines konkretem Vorschlag einer Grundgesetzänderung eher ablehnend äußern, gibt es breite Zustimmung für die darin enthaltene Essenz einer Asylrechtsverschärfung und Abschottung bundesrepublikanischer wie europäischer Grenzen gegen Flüchtlinge. So ist Hamburgs Bürgermeister Voscherau der Meinung, die vorgeschlagene Staatenregelung könne man auch mit einem einfachen "Ausführungsgesetz" einführen, ohne das Grundgesetz zu ändern. Sein Innenminister Hackmann fordert schon jetzt vom Bundesinnenminister Schäuble "Maßnahmen zur Eindämmung des Asylbewerberstroms". Einig ist er sich dabei mit seinem CSU-Kollegen Stoiber. Beide fordern die Aufhebung des "Transitprivilegs" (Durchreise ohne Visum) für Staatsangehörige aus Angola, Indien, Nigeria und Somalia. Visa für Staatsangehörige aus Afghanistan, Angola, Äthiopien, Ghana, dem Iran, Libanon, Nigeria, Somalia, Sri Lanka und Syrien sollten nur noch in "seltenen Ausnahmefällen und mit Zustimmung der bundesdeutschen Ausländerbehörden erteilt werden." (Letzteres ist für klassische Verfolgerländer wie z.B. die Türkei bereits jetzt Praxis.) Ins Bild paßt dazu auch der Vorstoß der Hamburger CDU, eine "VIP-Lounge" bei der Ausländerbehörde einzurichten. Wird es sich doch bei den "seltenen Ausnahmefällen" vornehmlich um ausländische Kapitalisten handeln, denen man nicht zumuten will, mit den weniger privilegierten Flüchtlingen in einer Schlange anzustehen.

Eingeschwenkt auf den Kurs von Lafontaine ist inzwischen die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen. In einer Entschließung zur Asylpolitik erklärte die Regierung Rau, "die gegenwärtige rechtliche Ausformung des Asylrechts muß überprüft werden." Zustandegekommen ist diese Entschließung angeblich gegen den Widerstand des Innenministers Schnoor. Der allgemein als Asylfreund gehandelte Minister sieht die Lösung des "Asylproblems" eher in den von ihm eingeführten Abschreckungsmaßnahmen, wie Unterbringung in Sammellagern, Gemeinschaftsverpflegung und Sachleistungen statt Auszahlung der Sozialhilfe.

Niedersachsen will alle "möglichen Maßnahmen überprüfen, die unterhalb einer Grundrechtsänderung liegen". Gemeint sind Fragen der Grenzkontrollen und des Zugangs zur BRD (Visaerteilung). Auseinandersetzungen

könnte es dabei mit dem grünen Koalitionspartner geben. Der für die Unterbringung von Asylsuchenden zuständige grüne Bundesratsminister Trittin erklärte zur augenblicklichen Diskussion, "die Bundesrepublik als ein Land, das rund eine halbe Million Aussiedler in einem Jahr aufnehme, dürfe bei einer weit geringeren Zahl von Asylsuchenden und Flüchtlingen nicht zu einer inhumanen Abschreckungsstrategie greifen". Anstatt bei steigenden Asylbewerberzahlen regelmäßig die beschämende Asylrechtsdebatte neu aufzurollen, solle es ein Einwanderungsrecht für Ausländer geben. Danach soll das de facto Einwanderungsland BRD "auch jährlich eine festgelegte Zahl von Einwanderungswilligen (neben Asylsuchenden) aufnehmen und den Staatsbürgern gleichstellen". So richtig es ist, von einem Einwanderungsland BRD zu sprechen, läuft die Kontingentierung der "Einreisewilligen" mit Überlegungen der "Wirtschaftswoche" und von CDU-Politikern wie Heiner Geißler konform, die mit dieser Kontingentierung den prognostizierten Arbeitskräftemangel der nächsten Jahrzehnte ausgleichen wollen. Ziel dieser Vorschläge ist eine gezielte Auslese der Einwanderer (nach Kriterien der Wirtschaft) bei gleichzeitiger Abschottung "Deutschlands" und der EG gegen Flüchtlinge. In ihrer Konsequenz impliziert die Festlegung von Quoten, daß das "Boot" natürlich irgendwann "voll" ist.

Bedenken gegen eine Grundgesetzänderung gibt es auch in Schleswig-Holstein. SPD-Sozialminister Günter Janssen befürchtet durch die Vorschläge Lafontaines eine "Aufweichung des individuellen Asylrechts". Gleichwohl sprach er sich jedoch für "eine konsequente Rückführung abgelehnter Asylbewerber aus". Außerdem macht er sich für "europaweit einheitliche Asylgrundsätze" stark. Beides, sowie die inzwischen wieder verstärkt betriebene Unterbringung von Asylsuchenden in Lagern, brachte ihm viel Lob der CDU-Fraktion ein, die sich in "der Zielsetzung" jedoch eher "einig" sei mit Lafontaine.

Überhaupt drängt die CDU, die SPD solle endlich den Worten ihres Kanzlerkandidaten Taten folgen lassen. So hat die CDU/CSU inzwischen die Berufung einer Kommission gefordert, die eine Liste der Staaten erstellen soll, in denen es keine politische Verfolgung gibt. Nach Aussagen des innenpolitischen Sprechers der CDU, Gerster, sollen dieser Kommission u.a. Organisationen wie amnesty international, Terres des hommes, die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte sowie Kirchen und Verbände angehören. Hessen hat inzwischen ein 6-Punkte-Sofortprogramm vorgelegt, welches u.a. eine schärfere Handhabung von Visaanträgen der deutschen Vertretungen im Ausland vorsieht. Eine Vorstellung, der sich ja auch Hamburg und Nordrhein-Westfalen angeschlossen haben. Außerdem sollen nach dem hessischen Vorschlag "zur weiteren Verkürzung der Asylverfahren" bei den Verwaltungsgerichten erstinstanzlich zukünftig Einzelrichter (statt Kammern) entscheiden. (1) Die bayerische Landesregierung fordert gar, die Asylgewährung nicht allein vom Kriterium der Verfolgung in den Herkunftsländern abhängig zu machen, sondern "zur Verhinderung schwerwiegender Beeinträchtigung des Gemeindewohls" die Aufnahme politisch Verfolgter zusätzlich "nach Zahl und Herkunftsland zu beschränken". Da das deutsche "Gemeinwohl" sich oft schon beim Anblick eines Menschen aus Rumänien oder Afrika "beeinträchtigt" fühlt, dürfte sich dann die Zahl der als Flüchtling "Zugelassenen" gegen Null bewegen.

Die Unterschied in der Asylpolitik zwischen SPD und CDU sind allenfalls graduell und das nicht erst seit heute. Darüber sollten auch die Stimmen in der SPD nicht hinwegtäuschen, die heute noch Probleme mit der Position Lafontaines haben und um ihre "sozialdemokratische Identität" bangen. Es gibt hier schon lange eine große Koalition. Nicht umsonst brüstet Hamburg sich alle Jahre wieder damit, wesentlich mehr Asylsuchende abzuschieben als das CSU-regierte Bayern.

Sozialdemokratische Identität ...

Der Kieler Sozialdemokrat und Ministerpräsident Björn Engholm äußerte zu den Vorschlägen Lafontaines, diese widersprächen "grundsätzlich meiner Philosophie". Das, was Engholm hier ausspricht, muß wohl auch SPD-Chef Vogel gemeint haben, als er in Richtung Lafontaine zum Ausdruck brachte, "er weiß, wie sehr die jetzt geltende Regelung des Artikel 16 des GG ein Stück sozialdemokratischer Identität ist." Daß es mit dieser Identität nicht weit her ist, muß in dieser Zeitschrift nicht noch betont werden. Gerade die Asylpolitik der SPD aber ist ein besonderes Rührstück sozialdemokratischer Verkommenheit, wie ein kurzer Rückblick zeigt.

Bereits 1978 wurde von der damaligen SPD/FDP-Regierung das Widerspruchsverfahren abgeschafft. Ein vom Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge abgelehnter Asylbewerber muß seitdem sofort das Verwaltungsgericht anrufen, um seine Anerkennung zu erstreiten.

Als Ende der siebziger Jahre erstmals die Zahl der Asylbewerber deutlich anstieg (von etwa 10.000 1975 auf ca. 100.000 1980) und diese nun mehrheitlich nicht mehr aus "kommunistisch regierten Ländern" kamen, wurde 1980 für die Hauptherkunftsländer die Visumpflicht eingeführt; so z.B. für die Türkei. Dort hatte der organisierte Terror der Faschisten 1979/80 bürgerkriegsähnliche Zustände provoziert. Dies und der Putsch im September 1980 zwang allein 60.000 Türken und Kurden ins bundesrepublikanische Exil. Bei einer Regelung, wie sie heute angestrebt wird, wäre der Nato-Partner Türkei vermutlich auch auf der Liste der Staaten zu finden gewesen, "in denen nach allgemeiner Auffassung Demokratie herrscht", putschten doch Generäle, um gerade diese wiederherzustellen, wie es auch hierzulande offizielle Lesart war.

1982 schließlich führte die SPD/FDP das sog. Asylverfahrensgesetz ein. Neben der beabsichtigten Beschleunigung der Asylverfahren diente es erklärtermaßen der Abschreckung der Asylsuchenden. So schrieb das Gesetz eine Lagerunterbringung für die Dauer des Verfahrens sowie ein zweijähriges Arbeitsverbot fest.

1986 sorgte schließlich der damalige SPD-Kanzlerkandidat Rau für die Schließung des "Berliner Lochs". Nach der Abschottung der BRD war dieses Schlupfloch (über die DDR und Berlin) für viele Flüchtlinge die letzte Chance, in die BRD zu gelangen.

... heißt Grenzen dicht!

Vier Jahre später sieht Rau erneut die Grenze der Noch-DDR als Hindernis bei der Abwehr unerwünschter Flüchtlinge, diesmal hauptsächlich rumänischer Roma. Während sein Innenminister noch eine Verschärfung der Grenzkontrollen an der "DDR-Außengrenze" und die Zurückweisung der "unberechtigt einreisenden rumänischen Roma" fordert, will Rau gleich BGS-Einheiten zur Verstärkung der "überforderten" DDR-Grenzer entsenden.

Dies ist inzwischen nicht mehr nötig. Die meisten der Flüchtlinge werden bereits von der tschechoslowakischen Grenzpolizei abgefangen und zurückgeschickt. Auch die Erteilung für Transitvisa an türkische Staatsangehörige wurde nach massivem Druck aus der BRD eingeschränkt. Bayerns Innenminister Stoiber hatte von der CSFR mit Hinweis auf die angestrebte EG-Assoziierung dieses Landes entsprechende Verschärfungen verlangt.

Auch Italien und Österreich haben inzwischen ihre Grenzen dichtgemacht. Italien hat für Menschen aus der Türkei sowie aus sechs afrikanischen Staaten, die Visumspflicht eingeführt, Österreich für Polen. Außerdem sind etwa 1.500 Soldaten des österreichischen Bundesheeres an der Grenze zu Ungarn stationiert. Sie sollen verhindern, daß "illegale Einwanderer", vornehmlich aus Rumänien, die Grenze überschreiten. Hierbei dürfen sie, "wenn erforderlich", von der Schußwaffe Gebrauch machen.

BGS in Lufthansa-Uniformen

Wo politischer Druck nicht ausreicht, um Grenzkontrollen mit "deutscher Gründlichkeit" durchzusetzen, da greift der Bundesgrenzschutz denn auch schon mal selber ein. Mindestens seit 1984 ist dies in verschiedenen außereuropäischen Ländern der Fall. So auf dem Flughafen Sri Lankas in Colombo, wo BGS-Einheiten, ausgestattet mit Lufthansauniformen und Lufthansapässen, die Echtheit von Ausreisepapieren prüften. Da aufgrund des kurz zuvor eingeführten Visumszwanges natürlich viele Flüchtlinge gezwungen waren, mit gefälschten Papieren ihre Flucht zu versuchen, scheiterte dies für viele von ihnen bereits in den Abfertigungshallen der einheimischen Flughäfen. Ähnliche Praktiken sind inzwischen auch aus Ghana, Nigeria und dem Sudan bekannt. Die deutschen Grenztruppen sind dabei anscheinend äußerst erfolgreich. So stellt die Leiterin des Frankfurter Flughafensozialdienstes fest, daß "mit der Lufthansa kaum noch ein Flüchtling durchkommt". Umgekehrt räumt zumindest die Lufthansa in Hamburg den Abschiebebehörden einen Sondertarif ein, wenn es darum geht, Flüchtlinge in ihre Heimat - also die Verfolgerländer - zurückzuschieben.

Europa 92 - ein Europa ohne Flüchtlinge?

Die augenblicklich geführte Asyldiskussion mit dem Ziel der Abschottung der Grenzen gegen Flüchtlinge muß auch vor dem Hintergrund des bald "vereinten Europa" und des Falls der Binnengrenzen gesehen werden.

Da die Asylverfahren - wie auch die Anerkennungsquote in den einzelnen europäischen Ländern - sehr unterschiedlich sind, wird seit einiger Zeit fieberhaft an einer "Harmonisierung des Asylrechts" gearbeitet. Dabei geht es neben der Schließung der Außengrenzen Europas in erster Linie auch um die Entwicklung von

Polizei- und Überwachungsstrategien gegen Flüchtlinge im Innern. Die rigorosen Visabestimmungen, Abschreckungs- und Ausgrenzungsmaßnahmen der BRD waren und sind dabei richtungweisend.

Ein Protest geschweige denn Widerstand gegen die augenblickliche Entwicklung ist kaum zu entdecken. Selbst der kurzzeitig breite Protest gegen das neue Ausländergesetz, das im Januar 1991 in Kraft treten wird, ist inzwischen weitestgehend wieder verebbt. Ob es in Zukunft gelingt, Widerstand gegen diese massiven Angriffe zu entwickeln, ist fraglich. Anlässe, wie der im September in Hamburg stattfindende Kongreß "Migration und Rassismus", sollten dabei genutzt werden, auch praktische Fragen der Gegenwehr zu diskutieren.

AG Rassismus

Anmerkung

1) Aufgrund der hohen Ablehnungsquote beim Bundesamt für die Anerkennung von Flüchtlingen (zuständig für die Entscheidung über Asylanträge) und verstärkt nach der Abschaffung des Widerspruchsverfahrens beim Bundesamt 1978 ist der Gang zum Verwaltungsgericht (Klage gegen die ablehnende Entscheidung des Bundesamtes) für die meisten Flüchtlinge zur Regel geworden. Die Verwaltungsgerichte sind somit zur heimlichen Asylinstanz geworden und heillos überlastet.

# 16. Von Rassenhygiene und Armutsbewegungen Das neue Kleid des Neofaschismus

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak322/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:322:11

Ein Gespenst kommt zu auf Europa: Die Armutsbewegung von Millionen von Menschen aus der sogenannten Dritten Welt. Seit geraumer Zeit soll ein "Sturm auf Europa" eingesetzt haben. Ja, und schlimmer noch: In die reiche Bundesrepublik mit ihren engen Räumen drängt ein Strom von "Zigeunern" und "Wirtschaftsflüchtlingen" aus dem südöstlichen Europa und aus der sich mehr und mehr in politischer Auflösung befindenden UdSSR. Der Bundesrepublik, die sich gerade anschickt, ihre wirkliche "nationale Identität" in einem Großdeutschland wiederzufinden, droht die vollständige "Überfremdung". So die aktuelle Bedrohungsanalyse des bundesdeutschen Neofaschismus. Geteilt wird sie weitgehend von den Konservativen in der BRD und beträchtlichen Teilen der Sozialdemokratie.

Die Propagandisten des Rassismus wenden sich "gegen die giftige Saat des Internationalismus und des Egalitarismus, die den Völkermord durch Vermischung und Durchrassung vorbereiten", gegen "die Hirngespinste moralisierender anarchistisch-antiautoritärer Elemente", die die "abstrakte Kultur eines verluderten Vielvölkergemisches als häßliche Konkurrenz zum christlichen Paradies" wollen (Werner Norden, in: Nation und Europa, Juli 90, S. 5). Doch es wird nicht immer mit dieser traditionell rassistischen Terminologie argumentiert. Auch wenn der klassische anthropologische und sozialbiologische Rassismus die Ausgangsbasis der Argumentationsweise ist, so werden doch in der laufenden Diskussion moderatere Töne angeschlagen, die den neofaschistischen Kern der "Beweisführung" verdecken sollen - was natürlich nicht gelingt. Dabei wird zum Teil auf die Ideologie des Ethnopluralismus der Neuen Rechten zurückgegriffen oder auch ganz schlicht auf die in breiten Bevölkerungsschichten vorherrschende latente Fremdenfeindlichkeit. Das neue Schlagwort heißt Armutswanderung. Egal, wer die deutsche Volksgemeinschaft gegen AusländerInnen einschwören will, ob Franz Schönhuber, Manfred Ritter oder auch Oskar Lafontaine, man schürt die Angst vor einer neuen Völkerwanderung nach Europa und nach Deutschland.

"Sturm auf Europa"

Das Mitglied der CSU und des neofaschistisch durchsetzten Witikobundes, Manfred Ritter, hat mit seinem Buch "Sturm auf Europa - Asylanten und Armutsflüchtlinge - Droht eine neue Völkerwanderung?" (Verlag von Hase und Koehler, München 1990) die Stichworte für eine neue rassistische Kampagne gegen AusländerInnen in der BRD und in der Noch- DDR gegeben. Ritter geht in seinen faschistischen Thesen davon aus, daß das dramatische Bevölkerungswachstum in den Entwicklungsländern in einem krassen Mißverhältnis zu den dort verfügbaren Ressourcen und der vorhandenen Nahrungsmittelproduktion stehen würde. Dem Hungerproblem wollen die davon Betroffenen nach Ritter durch eine Auswanderung in die Industrieländer entgehen. Diese Wanderungsbewegung könnte schon bald die Ausmaße einer regelrechten Völkerwanderung annehmen. Die Industrieländer müßten sich gegen diese Masseneinwanderung abschotten, um nicht in den Strudel des Untergangs hineingerissen zu werden. Ritter bekämpft die "multikulturelle Gesellschaft", weil sie gegen die menschliche Natur gerichtet sei. Dem kosmopolitischen Gleichheitswahn stellt Ritter die faschistische Ideologie entgegen, daß die Menschen wie auch die Völker verschieden sind. Die Vielfalt der Lebensformen und auch die Identität der Völker sollte erhalten bleiben. Deshalb will Ritter das Asylrecht verschärfen, und er plädiert dafür, daß zuerst die Nachbarvölker sich um die Flüchtlinge kümmern sollten, damit so die Menschen in der ihr verbundenen Region bleiben.

Der Augsburger Bischof Stimpfle, Beauftragter der Katholischen Kirche für Ausländerfragen, erklärte Anfang 1989, "in zwanzig bis dreißig Jahren werden bis zu 120 Millionen Menschen in den EG- Raum drängen" (Rheinischer Merkur, 29.6.90). Diese Einschätzung teilt auch Heiner Geißler, der jüngst beim Jahreskonvent des Kollegiums Augustinum in München davon sprach, daß eines Tages "Millionen an unsere Türen pochen" und "sie dann einschlagen werden", wenn nichts geschieht. Auch die rechten Populisten in der SPD um Oskar Lafontaine haben schon seit längerem die angebliche Armutsbewegung in die reichen Industrieländer erspäht ("Das Boot ist voll!") und drängen darauf, daß die Türen entschieden verriegelt werden. Die bürgerliche Presse überschlägt sich in den letzten Wochen und Monaten - ähnlich wie die Nazi-Presse - festzustellen, daß die

Aufnahmekapazitäten der BRD und die Geduld der deutschen Bevölkerung erschöpft seien und daß die Kriminalitätsrate der Asylsuchenden besonders hoch sei.

Wir haben es also mit einer Situation zu tun, wo die rassistische Ideologie der Neuen Rechten auf einen fruchtbaren Boden fällt. Dies um so mehr, da sie keine Krawall-, sondern eine dezente "Ausländer-raus"-Propaganda betreibt.

Der Rassismus der Neuen Rechten

In dem katholisch-konservativen "Rheinischen Merkur" verteidigte der Autor Peter Meier-Bergfeld die rassistischen Tiraden von Manfred Ritter. Meier-Bergfeld argumentiert im Stile des Neu-Rechten, wenn er schreibt, daß es "bei fast 20 Millionen Arbeitslosen in EG-Europa in ökonomischer Hinsicht völlig falsch (sei), noch mehr Menschen in diesen ohnehin übervölkerten Raum hineinzulassen. Auch ökologisch betrachtet" - so Meier-Bergfeld weiter - "ist das ein Unding." Biologistisch, rassistisch klagt er gegen die Linke: "Man darf zwar, ja man muß für die Erhaltung jeder Spezies, Tier- und Pflanzenart in der Natur sein, den natürlichen Egoismus eines Volkes, seine Art, Mentalität und Lebensweise zu bewahren, darf man aber nicht schützen wollen." Und weiter: "Allein, wer sich gegen Internationalismus, gegen die One- world-Einheitsideologie stellt, zudem sich in rechter Nachbarschaft befindet, erhält bei uns keinen Rabatt auf scharfe Formulierungen." Meier-Bergfeld erklärt das damit, daß "der deutsche Selbsthaß dergestalt kultiviert wird, daß jede Humanitätsidee, läßt sie sich nur gegen die Deutschen wenden, bis zum Exzeß strapaziert wird." (Rheinischer Merkur, 29.6.90)

In diesen wenigen Sätzen sind die wesentlichen ideologischen Versatzstücke des Rassismus der Neuen Rechten enthalten. Der deutsche Selbsthaß umschreibt hier die verlorene Identität einer Nation, die angeblich von fremden Mächten, den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges, bestimmt wird. Die Abkehr von Humanitätsideen muß offenbar im Kampf gegen die politischen Geisteshaltungen und Kräfte erfolgen, die eben mit ihrem Universalismus die spezifischen Eigenschaften der Völker nivellieren wollen. Die faschistische Programmatik der Neuen Rechten besteht gerade in der Herausstreichung der biologisch hergeleiteten Verschiedenheit und Eigenart der Völker. Die Theoretiker der Neuen Rechten wie Benoist, Mohler etc. setzen dem Egalitarismus des westlichen Liberalismus und des Kommunismus die differierenden Charaktermerkmale der einzelnen Völker entgegen. Das Volk ist für sie das Nonplusultra, es ist eine Schicksalsgemeinschaft, die seine eigene, erblich bedingte Kultur hervorbringt. Diese Herausbildung der "nationalen und kulturellen Identität" ist für sie ein Naturgesetz. Dieses Welt- und Menschenbild stützen die Theoretiker der Neuen Rechten auf die wissenschaftlichen Erkenntnisse faschistischer Ethologen und Ethnologen wie Konrad Lorenz, Prof. Arthur Jensen etc. Die wissenschaftliche Rassenforschung hat für die Neuen Rechten die Erkenntnis gebracht, daß es im wesentlichen so etwas wie die europäische Rasse und daneben die Asiaten und die Afrikaner gibt. Gerade jener erwähnte Prof. Jensen meinte feststellen zu können, daß es rassekundlich empirisch gesichert ist, daß die Negroiden im Vergleich zu den Europäern eine "geringere Fähigkeit zum logisch-abstrakten Denken" haben, was nach Ansicht dieses Rassisten durchaus nicht diskriminierend verstanden werden soll, denn der Afrikaner weist dafür eine erstaunliche "manuelle Geschicklichkeit" auf (zitiert bei: Reinhard Opitz, Faschismus und Neofaschismus, Bd. 2, S. 95, Köln 1988).

Überhaupt, die Neue Rechte will nach ihren eigenen Verlautbarungen keine Minderwertigkeitsfeststellung für andere Völker oder Rassen treffen. In ihren Publikationen wird in aller Verlogenheit herausgestrichen, daß man auch die anderen Völker und Nationen in ihrer Andersartigkeit und mit ihrer eigenen Kultur achtet. Vor allem, so weisen die Rassisten der Neuen Rechten hin, habe der Mensch als "primäres Naturwesen" einen "Territorialtrieb", dem man nicht entgegenwirken darf. Die Territorialität sei "für den Menschen konstitutiv und existenzsichernd. Der Nationalismus ist die politische Ausprägung des Territorialverhaltens und dient der Arterhaltung, also einem biologischen Grundprinzip." (Gerd Waldmann, in: Junge Kritik, Heft 3/1973) Daraus ergibt sich zweierlei:

1. Der Mensch ist an sein Volk, seine Heimat, seine Kultur, seine Geschichte und sein Schicksal gebunden. Wird er hier herausgerissen, dann ist er entwurzelt und verliert seine Identität. Pierre Krebs vom faschistischen Thule-Seminar stöhnt darüber, "daß wir ein Territorium nicht mehr im ethologischen oder im Sinne Heideggers bewohnen. Man schafft nicht mehr einen Raum, in dessen Mitte ein jeder denken und sich erkennen kann, sondern dessen radikalisierten Gegensatz: Man füllt nunmehr einen übrigens beliebig austauschbaren Raum. Ein Raum wird nicht mehr auf der Grundlage ethnischer oder historischer Kennzeichen abgegrenzt; ein Raum

wird vielmehr in bezug auf seine Nutzbarmachung und Rentabilität bestimmt." (Pierre Krebs, Die europäische Wiedergeburt, S. 14, Tübingen 1982)

2. Aus dem "Territorialtrieb" ergibt sich die "Revierverteidigung", zu der der Mensch angeblich seiner Natur entsprechend dann übergeht, wenn das Territorium, auf dem er lebt, droht, zu eng zu werden, und durch diese Beengung das Volk in seiner Gesundheit seelisch-geistigen Schaden nehmen könnte. Der Redakteur der "Jungen Freiheit" und "Leipziger Freiheit", Hans Ulrich Kopp, plädiert in diesem Sinne gegen multikulturelle Gesellschaften: "Wo immer ein Volk seiner selbst im politischen Sinne bewußt wird, also zur Nation sich bildet, da verlangt es nach Sicherung in geschützten Grenzen, um seine Selbstbestimmung zu behaupten." (Europa, Heft 1/1990, S. 16)

Aus diesen faschistischen Erkenntnissen heraus fordern die Theoretiker und Anhänger der Neuen Rechten einen "Ethnopluralismus", den sie gegen den Universalismus stellen. "Die Möglichkeiten, Mensch zu sein, sind vielfältig. Die Vielfalt in ihrer Differenzierung zwischen den Völkern ist schwerwiegender als bei oberflächlicher Betrachtung oft angenommen. Das ist die Grundeinsicht des Ethnopluralismus", so der Faschist Henning Eichberg in seinem Buch "Nationale Identität. Entfremdung und nationale Frage in der Industriegesellschaft". Völkische "Identität oder Entfremdung", das ist für Eichberg die entscheidende Frage, vor der die Rechte wie die Linke steht. Besondere Hindernisse scheinen überwunden: "Besonders nach 1945, im Zuge der Umerziehung Deutschlands, versuchten liberale und marxistische Autoren, das Bewußtsein ethnischer Identität und Andersartigkeit als Romantik wider die Aufklärung darzustellen, als Irrationalismus wider die Vernunft, auch als satanische deutsche Romantik." Gegenwärtig ist alles viel positiver, denn heute haben auch Teile der Linken ihren Regionalismus, ihre Heimat und ihre bedrohten Völker entdeckt. In der Tat sind das ideologische Fundamente, auf denen die Faschisten aufbauen können.

"... multikulturelles Bordell"

Die grobschlächtige "Ausländer-raus"- Propaganda stützt sich also auf diese Varianten rassistischer Forschung und rassistischen Weltbildes. Angeblich geht es ihnen um die Würde des "strenggläubigen Muslims", für den der Alltag in Frankfurt oder Westberlin "genauso verwerflich und gotteslästerlich" sei, "wie der das Alltagsleben bestimmende Sittenkodex ostanatolischer Bergdörfer von der Warte des aufgeklärten Westdeutschen aus als mittelalterlicher, wenn nicht gar barbarischer Wahn erscheint" (Peter Bahn, in: Europa, Heft 1/1990, S. 12). Die kulturelle Identität der Ausländer soll mittels Vertreibung aus Großdeutschland geschützt werden, denn nur so kann der Faschist den strenggläubigen Muslim vor "den globalen Planierungstendenzen einer genormten One World" bewahren. Für die Deutschen heißt das nach Peter Bahn: "Eine Kulturrevolution gegen Überfremdung, Globalisierung, Normierung und alle Universalismen." (ebenda, S. 13)

Der NPD-Funktionär Hans Michael Fiedler fragt, ob Deutschland bald ein "Staat ohne Volk" sei. Seine Sorge ist die, daß die Deutschen allein von der Bevölkerungszahl her "immer weniger" werden, und daß der "selbst noch von den vielzitierten Vätern des Grundgesetzes ganz selbstverständlich ethnisch verstandene Begriff deutsches Volk ... von den Architekten der zunächst multikulturellen, dann sicher bald multiethnisch propagierten Zukunftsgesellschaft mehr und mehr als Inhaltsangabe einer Einwegflasche beliebiger Inhalte umgelogen" wird. Er hat die Apokalypse eines "multikulturellen Bordells" vor Augen, in dem ein artgerechtes, stammesgeschichtliches Leben nicht mehr möglich ist, in dem das rein biologisch Verbindende samt "Erberinnerung, Erlebnisgemeinschaft" etc. verloren gehen könnte. Fiedlers Credo: "Gesunde große Gemeinschaften kann man nur auf gesunden kleinen Gemeinschaften aufbauen: auf Familie, Sippe, Siedlung, Stamm, Region, Volk, Nation. Sie müssen alle eine zweifache Struktur haben: einig nach innen sein, wehrhaft und abwehrbereit nach außen." (Nation und Europa, Heft 7/1990, S. 23/24) Und diese widerlichen Tiraden will der Faschist Fiedler natürlich im Sinne und Interesse aller Völker verstanden wissen.

Auch Prof. Dr. Klaus Hornung meint als Schreiber für den neofaschistischen "Schutzbund für das deutsche Volk", "daß ohne die Umschaltung bei der Einwanderungsfrage von einem kurzsichtigen, unpolitischen und scheinheiligen Humanitarismus zur politischen und ökonomischen Vernunft der Untergang Europas programmiert ist". Zynisch fragt er: "Wäre der Dritten Welt überhaupt genutzt, wenn das ökonomisch-technisch potente Europa (unter der Last der Armutsbewegung, Anm. ak) zusammenbräche?" (ebenda, S. 14) An der ökonomischen Ausplünderung der Dritten Welt durch das Großkapital des potenten Europas hat Hornung freilich nichts zu bemängeln. Für ihn ist einzig wichtig: "Schon heute sind Asylpolitik und Asylrechtsprechung in

der Bundesrepublik Deutschland durch ihre Regelungen und Entscheidungen auf Masseneinwanderung und damit auf eine potentielle Ruinierung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung angelegt." (ebenda, S. 13)

Daß die Neue Rechte in der öffentlichen Auseinandersetzung zwar den Rassismus in widerlicher Weise propagiert, sich gleichzeitig aber als Anwalt der kulturellen Identität der AusländerInnen hinstellt, ist ein Argumentationsmuster, das der gesamte bundesdeutsche Neofaschismus - von der militanten FAP bis zu den REPs - übernommen hat. Die der FAP und der Nationalistischen Front nahestehende "Deutsche Jugendinitiative Bielefeld" bringt diese Argumentationsweise in ihrem Flugblatt "Aktion a" in klarer Weise aufs Papier: "Ausländerzustrom, vor allem im Zuge der EG-Erweiterung und Freizügigkeit führt zur Überfremdung unseres Landes! Identitätsverlust der Deutschen und der Ausländer ist die Folge und zugleich Ursache für Feindseligkeiten und Spannungen zwischen den Völkern, die ausschließlich die Bonner Parteien und Regierungen zu verantworten haben. Weder Eindeutschung bzw. Zwangsgermanisierung noch Inländerfeindlichkeit, sondern die Förderung der menschenwürdigen Rückkehr in die Heimatländer ist die Lösung des Ausländerproblems." Daß es die Faschisten sind, die die Spannungen mit den AusländerInnen in der BRD herbeiführen, und daß es speziell die FAP plus Umfeld ist, die die Lösung des Ausländerproblems mit Terror in der BRD betreibt, wird natürlich dezent verschwiegen. Wir wollen gar nicht davon reden, was der bundesdeutsche Neofaschismus dazu sagen würde, wenn mit der gleichen Argumentation beispielsweise die Rußland-Deutschen aus der UdSSR vertrieben werden würden.

Die andere nationale Sammlung

Das Boot ist voll? Wenn man den bundesdeutschen Parteien und der Presse glauben darf, dann ist man nun tatsächlich - bei allem Wohlwollen - an der Grenze der Aufnahmekapazität angelangt. Mehr ist angeblich nicht zu verkraften. Die Asylpolitik muß geändert werden, die Abschottung ist notwendig, so heißt es. Nicht immer tritt bei dieser Argumentation der Rassismus offen zutage, sondern er wird hinter ökonomischen Erwägungen versteckt. Journalisten wie Meier-Bergfeld vom "Rheinischen Merkur" sind keineswegs die Ausnahme, im Gegenteil, sie kriegen Zulauf.

Die rechtspopulistische Profilierung der SPD in dieser Frage des Rechts auf Asyl hat den Inhalten der Neuen Rechten neue Schubkraft gegeben. In gewisser Weise hat der REP-Chef Franz Schönhuber recht, wenn er behauptet, daß er noch vor drei Jahren "von einem wilden Linken Lafontaine der Ausländerfeindlichkeit bezichtigt und als neuer Hitler bezeichnet worden" sei. Zitat Schönhuber: "Dann ist Lafontaine heute ein doppelter Hitler. Er habe die REPs in der Asylfrage längst rechts überholt." " (TAZ, 10.9.1990) Laut TAZ "freute sich Schönhuber über seine erfolgreiche Vorreiterrolle". Auch wenn sie unterschiedlich argumentieren und aus unterschiedlichen politischen Richtungen und Lagern kommen, die Schönhuber, Lafontaine, Meyer-Bergfeld, Krebs, letztlich ziehen sie am gleichen Strang. Die Volksgemeinschaft formiert sich.

Otto Geschke

Antifa.-Kom. KB Göttingen

# 17. SchwarzRotGold-Hetze gegen Roma und Cinti

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak322/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:322:33

Seit Monaten wird in der BRD ein Streit darüber geführt, ob es denn nun einen durch die Restauration Groß-Deutschlands potenzierten deutschen Nationalismus gebe, oder ob das nicht im wesentlichen ein Hirngespinst rückwärtsgewandter Geister sei, denen zu Deutschland reflexartig nur Nationalsozialismus einfiele. Die Auseinandersetzung entwickelt sich u.a. deswegen so mühselig, weil zumeist nur eine sehr phantasielose Vorstellung davon existiert, was unter Nationalismus zu verstehen sei: Die schwarzrotgoldenen Fahnen auf den Leipziger Montagsdemonstrationen erscheinen in dieser Sicht als kurzfristiger nationalistischer Ausbruch, dem aber schon längst wieder die "Normalität" gefolgt ist, das Interesse daran, was die Einheit kostet, was sie für unmittelbare Vorteile bringt etc.pp. - das eben, was taz-Kommentator Hartung und Bundeskanzler Kohl gleichermaßen als "kleinkrämerische Pfennigfuchserei" angesichts weltgeschichtlicher Vorgänge charakterisieren.

Nun ist zwar bekannt, daß sich deutscher Nationalismus 1914 z.B. darin geäußert hat, daß Oberschüler und Frührentner gleichermaßen begeistert und bejubelt von ihren Müttern, Frauen und Freundinnen in den Krieg gezogen sind - Fahnen schwenken, Blumen durch die Gegend schmeißen und strahlende Mienen unterm Stahlhelm sind gleichwohl nicht die notwendige Ausdrucksform des Gefühls, man selber habe als Deutscher Anspruch darauf, daß es einem besser gehe als allen anderen.

In den Städten des Ruhrgebiets, in Lebach, aber auch überall sonst in Deutschland, wo Flüchtlinge versuchen, dem Elend ihrer Heimat zu entkommen, zeigt sich, daß dem Überlegenheitsgefühl durchaus auch die verbitterte Miene, die freudlose Bewachung des Eigenheims, das kaltschnäuzige, an den Schäferhund oder den ersten besten Skinhead gerichtete Kommando "Faß!" entsprechen kann. Während die aggressiveren Fraktionen des deutschen Kapitals ihrem Drang nach Osten und in die ganze Welt nachgeben, möchten die StaatsbürgerInnen im Inneren gleichzeitig vom Rest der Welt verschont bleiben. Ihnen steht nicht der Drang nach Wehrdörfern um Königsberg, sondern vorerst nach einer gewaltigen, fremden- und kommunistenfreien Zone daheim. Die zusehend aggressivere Formen annehmende Sehnsucht erklärt sich vor allem aus dem Wahn, Deutschland werde von Ausländern überflutet - während man selber die Welt mit den Segnungen deutscher Tat- und Schaffenskraft beglücke, zerstörten die derart Beglückten hinterhältig die eigene Heimat.

Hetzen - aber liberal

Derartige Wahnideen sind kein Privileg "Republikaner"-wählender Kreise. Zur Mobilmachung schlechtlauniger, aber durch diese Freudlosigkeit nicht weniger roher nationalistischer Gefühle treibt z.B. auch das in Kreisen liberaler Intelligenz beliebte Deutschland-Magazin "Der Spiegel" - am 3. September mit einer besonders widerwärtigen Titelgeschichte: "Die Zigeuner" prangte in pinker Signalfarbe auf dem Titel, und um Gewalt und Ausmaß dieser Plage, die die Deutschen heimsuche, zu symbolisieren, ließ der "Spiegel" die abgebildeten Roma den sonst das Titelbild begrenzenden, orangefarbenen Rahmen sprengen. Alles ist voll und quillt über. Die alle Vorurteile wachrufende Schlagzeile "Die Zigeuner" rechtfertigt das Editorial scheinheilig mit dem Hinweis darauf, daß die Roma in Rumänien "nichts gegen das Wort Zigeuner haben" - gerade so, als habe der Begriff in der Sprache der NS-Herrenmenschen, die ihn als Kampfbegriff für ihre Vernichtungspolitik gebrauchten, den gleichen Klang wie im Rumänischen. Daß der NRW-Innenminister Schnoor, der für eine relativ kleine Gruppe bereits seit vielen Jahren in der BRD ansässiger Roma das "Bleiberecht" favorisiert, im gleichen Editorial als "Verfechter einer großzügigen Asylpolitik" gelobt wird, im Text später attestiert bekommt, daß er und die Regierung Rau "selbst auf dem Balkan für ihre großzügige Asylpolitik bekannt (sind)", läßt wenig Gutes erahnen. Die gut zwanzig Seiten starke Geschichte ist denn auch ein bedrückendes Beispiel dafür, wie sich Ressentiment verstärken läßt und die Redaktion trotzdem glauben machen kann, sie habe ein Stück "aufklärenden Journalismus" abgeliefert.

Folgerichtig beginnt die "Alle hassen die Zigeuner" überschriebene Geschichte mit einer dramatischen Schilderung - "Der Spiegel" war dabei - der Ankunft rumänischer Roma in Hagen: "Schnell scheuchte der Spediteur die ärmlich gekleideten Gestalten vom Wagen, dann brauste der LKW wieder davon. Zuvor allerdings hatte der Fahrer der völlig erschöpften Reisegruppe noch auf einen Zettel gekritzelt, was sie bei Ämtern und Polizei in Hagen fordern sollte: `Wir wollen Asyl'". Die Roma erscheinen als Opfer von Anfang an. Eine finstere, böse Macht, "die Schlepper", treibt sie auf eine Tour und kommandiert sie bis hin zum

Aussprechen des Wunsches nach Asyl: Die liberalen Deutschen sollen sich über die Roheit der Fluchthelfer, die "die Nacht- und Nebel-Fuhre ... die den Hagenern regelrecht vor die Tür gekippt wurde" geladen hatten, empören. Den anderen wird signalisiert, daß diese Elendsgestalten, die im Bericht zur "Fuhre" verdinglicht werden, unrechtmäßig hier seien und tatsächlich das Asylrecht mißbrauchen. Der "Spiegel" schreibt, als sei die Stimmung, die geschürt wird, Ausdruck einer realen Misere vom "Notstand in der Provinz". "Einzigartiger Asylantentreck", "Zigeuner strömen aus den Karpaten zu Tausenden nach Westdeutschland", ein Schaubild, das die "Verteilung der Sinti und Roma in Europa" zu illustrieren vorgibt, wirkt wie eine Generalstabskarte, auf der feindliche Truppen und deren Angriffskolonnen, die sich in Hunderttausenden und Millionen berechnen lassen, dargestellt werden. Kein Wunder also, daß diese angeblich drohende Invasion "sogar Spitzenpolitiker veranlaßt, am bislang unantastbaren Grundrecht auf Asyl zu rühren": Die Vielzahl von Initiativen der letzten Jahre, den Grundgesetz-Artikel 16 zu verändern und die spürbar folgenreichen Verschärfungen der Asylrechts-Bestimmungen werden souverän geleugnet, um dem, was jetzt kommt, jeden Makel zu nehmen. Nicht Fremdenhaß oder böser Wille - nein, die Flüchtlinge selber sind schuld, wenn jetzt das bisher so engagiert hochgehaltene Grundrecht auf Asyl leider in den Dreck getreten und suspendiert werden muß. "Schon jetzt gibt es kaum eine Stadt, in der noch kein Treck haltgemacht und Zigeuner für Aufsehen gesorgt haben" sorgt sich der "Spiegel" um Verständnis für den Mob, gerade so als ob die Roma für das Aufsehen sorgten, und nicht die Deutsch-Nationalen.

Nachdem die Ängste vor den Fremden-Scharen, die das Land angeblich überfluten, erstmal bestätigt sind und der drohende "Notstand" drastisch beschrieben und mit ein paar voll ins Klischee passenden Bildern von bettelnden Roma illustriert ist, führt der Bericht in Geschichte und Alltag des "Zigeuner"-Lebens ein: Das bunte Sammelsurium von Fakten und Geschichte, das über christliche und englische Vorurteile gegenüber "Zigeunern" in früheren Jahrhunderten, über eine Inhaltsangabe mehrerer Opern und Operetten bis zu Informationen über die miserable Situation von Roma in Rumänien reicht, dient dazu, Sachkenntnis zu demonstrieren - keineswegs ist es mit dem Interesse geschrieben, ein Bleiberecht für Roma zu legitimieren. So mechanisch, gedankenlos und ohne Akzentsetzung werden die Faktenbrocken aus dem Archiv aneinandergereiht, daß zwar irgendwie auf alles hingewiesen wird - aber nur, damit es, einmal geschrieben, abgehakt werden kann: Auf die Beschreibung und Kommentierung der heute in der BRD entstehenden Situation hat weder die Information, daß "wie den Juden ihnen (den Roma, Anm.F.) vorgeworfen (wurde), Kinder zu schlachten", noch der kurze Überblick über die NS-Vernichtungspolitik gegenüber Roma und Sinti einen erkennbaren Einfluß. Zwar wird der Kulturanthropologe Joachim S. Hohmann knapp zitiert, daß das Schicksal der Roma "weithin unbetrauert, ja unbekannt" blieb dem "Spiegel"-Text selber bleibt jede Trauer aber fremd. Auf die Überlegung, wohin verfolgte Roma wohl fliehen könnten, wird ein paar Seiten später kalt und zynisch reagiert: "Im Zweifelsfall dorthin, wo die Hoffnung auf Sozialhilfe - für die Ärmsten aller Armen immer noch viel Geld - mehr Menschen anlockt als je zuvor ...". In einem Satz von "Verfolgung" zu schreiben, im nächsten über die angeblichen materiellen Anreize, die "anlocken" zu schreiben, ist die den "Spiegel"-Artikel charakterisierende, mäßig-subtile Diffamierungstechnik: Letztlich ist doch "unser" Reichtum, von dem sie raffen wollen, was geht, die Triebkraft für die Flucht - und nicht die Verfolgung. Zudem gibt es "Verfolgung" auch nicht wirklich: "Ebenso etwa wie bei den Anträgen jugoslawischer Zigeuner in der Vergangenheit gibt ihnen (den rumänischen Roma) der Chef des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, Norbert von Nieding, `kaum Chancen'. Bei der individuellen Prüfung der Fälle hätten die Beamten zwar durchweg `Diskriminierung, aber keine politische Verfolgung' festgestellt." Das war's. Und weil dem bundesdeutschen Asylrecht und der Anerkennungspraxis schon zu Beginn des Textes ein Unbedenklichkeitszeugnis ausgestellt wurde, ist es jetzt wohl auch legitim, wenn die "nun aus Rumänien anbrandenden Roma" wieder zurück müssen. Was denn der Unterschied zwischen Diskriminierung und Verfolgung ist, will der "Spiegel" selbstverständlich genauso wenig wissen, wie Details über die "individuelle Prüfung der Fälle". Dabei waren die "Spiegel"-Reporter in Hagen und hätten sich dort erzählen lassen können, wie innerhalb von zwei Tagen zwei Beamte der Dortmunder Außenstelle des Bundesamtes für die Anerkennung von Asylsuchenden in Zirndorf knapp zweihundert Fälle "individuell" geprüft haben: Inklusive der Übersetzungszeit haben sie sich "pro Fall" ca. 15 Minuten Zeit genommen. Halt: Einen Anhaltspunkt für das, was Verfolgung von Diskriminierung unterscheiden könnte liefert das Deutschland-Magazin doch. Es zitiert ein Asyl-Ablehnungs-Urteil des Oberverwaltungsgerichts Hamburg, demzufolge "Zigeuner" in Jugoslawien zwar tatsächlich "auf Ablehnung" stoßen, doch "die in Jahrhunderten gewachsene" Abneigung sei "nicht dem Staat zuzurechnen".

Die Zigeuner sind also nicht verfolgt, weil sie selbst schuld daran sind, daß sie verjagt, verprügelt und verhaftet werden. Gegen diese Interpretation des Textes würde sich der Schreiber wahrscheinlich wehren, keine hundert Zeilen später schreibt er aber: "In West-Berlin belagern Roma das Foyer der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche. Seither verdrecken Babywindeln den Eingang des Gotteshauses, stinkt die Fassade der Kirche nach Urin. Um die Geruchsbelästigung zu lindern, läßt Pfarrer Kurt Soppa die Außenwände mit Wasser abspritzen." - "Hygiene ist bei ihnen weitgehend unbekannt" zitiert der Bericht kurz darauf Essens Sozialdezernenten Günter Herber. Ein Mitarbeiter der "Zentralen Anlaufstelle für Asylbewerber" darf dann `den Balkan-Sitten' der Roma die Schuld daran geben, daß in der Unterkunft aus den "Klos der Kot quillt": "`Das bringen sie einfach nicht an die Leute ran, eine Toilette richtig zu benutzen', erklärt Lagerleiter Bernd-Ludwig Fröls den penetranten Uringeruch auf dem Gelände". Der "Zigeuner" - das bekanntermaßen dreckige Wesen: Der "Spiegel" ist fein raus, er braucht bloß andere zu zitieren und das mit ein paar objektivierbaren Beobachtungen zu verknüpfen: Bei den LeserInnen reproduziert sich, konditioniert wie sie ohnehin schon sind, das Vorurteil ganz von selbst. Läuse, Krätze, lebensgefährliche offene Tuberkulose - keine symbolträchtige Krankheit läßt der Bericht unerwähnt: Die Zigeuner haben, schnell wird ein verständnissinniges, aber die Ängste keineswegs demobilisierendes "ohnehin von den Strapazen der Reise geschwächt", einfach alles: "Und gar nicht auszumalen wagen sich Asylbetreuer, was passieren könnte, wenn sich Tartarenmeldungen aus der CSFR bestätigen. Dort soll bei Roma, die nach Deutschland ziehen, die tödliche Immunschwäche Aids diagnostiziert worden sein." Der "Spiegel" braucht sich nichts auszumalen, er kann schließlich einen Rot-Kreuz-Helfer aus dem Revier zitieren: "Dann brennen uns die Bürger hier die Zelte nieder". Nein, nein - der "Spiegel" hat damit natürlich nichts zu tun, er hat nichts zu verantworten, er hat schließlich nichts behauptet und erst recht keine Gerüchte gestreut, sondern nur über sie berichtet. Deutscher Journalismus at it's best: Niederträchtig, aber seriös. "Das Stammblatt aller Ewiggestrigen", schreibt der "Spiegel", "die Deutsche National-Zeitung, warnte vorletzte Woche seine Zeitgenossen wieder einmal vor dem `Zigeunerterror'. Schon zuvor hatte es gefragt:`Darf jeder Zigeuner nach Deutschland?'". Das würde der "Spiegel", das Wahlblatt aller Zeitgeister, natürlich niemals tun: Die Wirkung wäre auch viel zu gering. Der "Spiegel" berichtet lieber nüchtern über Polizisten, die Ansteigen von Roma-Zahlen und signifikante Steigerung von Kriminalitätsraten korrelieren - und statt unangenehm giftig zu fragen, ob jeder "Zigeuner" kommen darf, wird sachlich aufgeklärt, daß schon viel zu viele da sind. "Alle hassen die Zigeuner". Die Anführungszeichen werden auch noch fallen.

Fassanbass

# 18. MultikulturRassismus in Großbritannien von Eckard Voss

Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Großbritannien · CD-Datei: daten/aksuche/ak322/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:322:09

In Großbritannien wurden bereits zu einem frühen Zeitpunkt multikulturelle Programme entwickelt und antirassistische Organisationen durch Regierungen und Parteien gefördert. Als es Ende der 50er Jahre zu den ersten größeren "Race Riots" in Nottingham und anderen Städten kam, beteiligte sich die Labour Party an der Gründung des "Committee for Inter Racial Unity" und an der Etablierung lokaler "Harmony Clubs". In den 60er Jahren unterstützte die Labour Regierung die "Campaign Against Racial Discrimination", in der zumindest anfangs viele Organisationen der schwarzen Bürgerrechtsbewegung vertreten waren. Ähnliches gilt für die "Anti Nazi League" und das "Committee Against Racialism" in den 70er Jahren. An letzterem beteiligten sich sogar die Konservativen eine Zeitlang. Den Höhepunkt staatlicher Aktivitäten im Bereich des Antirassismus bildete aber sicherlich die Politik der heute aufgelösten Londoner Stadtverwaltung (GLC: Greater London Council) Anfang der 80er Jahre. Vor allem nach den Aufständen 1981 vergab der labourgeführte GLC massenhaft Gelder an ethnische Selbsthilfeprojekte und kulturelle Einrichtungen. Neben einer regen Forschungstätigkeit wurden auf Bezirksebene "Race Relations Adviser"-Stellen geschaffen, "Racism Awareness Training" (1) in Schulen und Polizeistellen durchgeführt, sowie großangelegte Plakataktionen (z.B. "Kick Racism out of Town") gestartet. Der Höhepunkt dieses Rathaus-Antirassismus war das "GLC Anti-Racist Year" 1984 und die Deklaration Londons zur "rassismusfreien Zone". Aber nicht nur innerhalb antirassistischer Zusammenhänge waren die herrschenden Parteien aktiv. Bereits 1965 erließ die damalige Labour-Regierung das erste Antidiskriminierungsgesetz, dem bis 1976 noch zwei weitere folgten. Sie schuf Institutionen wie die "Commission for Racial Equality" und andere Einrichtungen. 1968 wurde Multikulturalismus und ethnischer Pluralismus quasi zur Staatsdoktrin erhoben, als der damalige Innenminister Roy Jenkins "Chancengleichheit, verbunden mit kultureller Vielfalt in einer Atmosphäre gegenseitiger Toleranz" zum Postulat einer Politik der Rassenbeziehungen machte.

Staatliche Anti-Rassismus-Politik

Wie in keinem zweiten europäischen Land existiert heute in Großbritannien ein feingliedriges Netz staatlicher, halbstaatlicher und staatlich geförderter Institutionen, die sich mit rassischer Diskriminierung in all ihren Erscheinungsformen beschäftigen. Gegenstand detaillierter Untersuchungen sind einzelne ethnische und religiöse Minderheitengruppen ebenso wie asiatische Schülerinnen, alleinerziehende karibische Mütter oder arbeitslose Jugendliche.

Aber 20 Jahre Gesetzgebung und sozialpolitische Sonderprogramme haben das Ausmaß rassistischer Vorurteile, Diskriminierung und Gewalt keineswegs abgebaut. In einer Studie des staatlichen "Policy Studies Institute" heißt es dazu selbstkritisch: "Britanniens längst eingesessene schwarze Bevölkerung nimmt immer noch die gleichen unsicheren und nachteiligen Positionen ein wie die früheren Einwanderer. In 18 Jahren sind wir von der Erforschung der Situation von Einwanderern zu der Erforschung der schwarzen Bevölkerung Britanniens gekommen, mit dem einzigen Ergebnis, daß wir es immer noch mit der gleichen Sache zu tun haben." (2) Dies ist angesichts 70.000 rassistisch motivierter Gewalttaten allein 1988, stetig wachsenden innerstädtischen Elends und nicht zuletzt einer im Bereich Sozial-, Einwanderungs-, Bildungs- und Erziehungspolitik äußerst restriktiven Praxis der konservativen Regierung sicherlich eine Untertreibung.

Ein Blick auf die Geschichte ethnischer und multikultureller Programme macht zweierlei deutlich: Die Bekämpfung rassistischer Gewalt und Diskriminierung ist zwar Legitimation, aber keineswegs Ziel dieser Programme. Als Reaktion auf Klassenbindungen und starke Community-Strukturen zielen sie in erster Linie auf deren Eindämmung, Spaltung und Integration, in den Worten A. Sivanandans, Leiter des Londoner "Institute of Race Relations", auf eine "Uminterpretation der politischen Interessen der schwarzen Community in kulturelle Interessen verschiedener Communities, des Kampfes gegen den Rassismus in einen Kampf für Kultur".

Britischer Staat und herrschende Parteien haben es nicht, wie z.B. in der BRD, mit "Gastarbeitern" oder Flüchtlingen und deren Familien zu tun gehabt, sondern mit britischen Staatsbürgern. Und er hatte es in den 60er Jahren mit einer sehr homogenen und kämpferischen schwarzen Arbeiterklasse zu tun.

Bis zum Inkrafttreten des neuen Staatsbürgerschaftsgesetzes 1983 konnten Commonwealth-Bürger (also der englischen Ex-Kolonien), sofern sie ins Land gelassen wurden, automatisch mit der Anmeldung die britische Staatsbürgerschaft erlangen. Außerdem hatten alle in Großbritannien geborenen Kinder ungeachtet des Status der Eltern dieses Recht. Verschiedene Faktoren, darunter die sinkende Nachfrage nach Arbeitskräften und rassistisch motivierte Gewalttaten in den Ballungsgebieten, führten zwar schon Anfang der 60er Jahre zu ersten Beschränkungen der Einwanderung, aber die Sonderstellung der Commonwealth-Bürger blieb. Bis zur endgültigen Liquidierung dieses "Sonderstatus" durch die Thatcher-Regierung hatte deshalb die Mehrheit der ethnischen Minderheiten Großbritanniens weit weniger unter den rassistischen Perfidien einer "Ausländergesetzgebung" zu leiden als ihre Schwestern und Brüder in anderen Ländern.

Eigene Organisationen - eigene Stärke

Dies hat als ein Faktor dazu beigetragen, daß der Prozeß der Klassenbildung und die Herausbildung autonomer Organisationen in Großbritannien sehr weit fortgeschritten ist. Theoretiker und Revolutionäre wie George Padmore, C.L.R. James, Jomo Kenyatta oder Ras Makonen und die "League of Coloured Peoples" trugen in den 20er und 30er Jahren zur Herausbildung einer schwarzen antikolonialen und antiimperialistischen Tradition bei. Der Einfluß der amerikanischen Black-Power-Bewegung in den 60er Jahren - Martin Luther King besuchte London 1964, Malcom X ein Jahr darauf - gab für eine eigenständige schwarze Bewegung in Großbritannien wichtige und heute noch spürbare Impulse. Wachsender Rassismus und die Rückbesinnung auf eigene radikale Traditionen ließen starke Bürgerrechtsbewegungen wie das "Black People's Freedom Movement" und militante Organisationen wie die "Racial Action Adjustment Society" um Michael X und Roy Sawh entstehen. Ebenfalls in die 60er Jahre fällt die Gründung der ersten schwarzen Schulen, Erwachsenenbildungseinrichtungen und schwarzer Buch- und Infoläden. Weitaus stärker als in den USA bestanden in Großbritannien politische Verflechtungen zwischen den verschiedenen karibischen, indischen, pakistanischen und afrikanischen Communities, die sich ungeachtet ihrer tatsächlichen Hautfarbe als "schwarz" im politischen Sinne verstanden. Stärkster Ausdruck dieser Homogenität ist heute noch die schwarze Frauenbewegung und die "Organisation for Women of Asian and African Descent" (OWAAD). Die ersten Ansätze einer Selbstorganisation schwarzer ArbeiterInnen liegen ebenfalls weit zurück. Zwischen der "Coloured Seamen's Union" der 20er Jahre und den schwarzen Gewerkschaften heute liegt eine bewegte Geschichte von Arbeitskämpfen und Auseinandersetzungen mit dem Rassismus der weißen Gewerkschaften. Aus den Erfahrungen der großen Nachkriegsstreiks - Courtland 1965, Mansfield 1972, Imperial Typewriters 1974, Grunwick 1976/77 -, die unabhängig und oft gegen den Willen der weißen Gewerkschaften ausgefochten wurden, ist heute ein Netz schwarzer gewerkschaftlicher Basis- und Streikkomitees entstanden. Das "Black Trade Unionists Solidarity Movement" als gewerkschaftsunabhängige Basisorganisation hat in den Arbeitskämpfen der Londoner Bus-, Bahn- und U-BahnfahrerInnen und denen des Pflegepersonals in Krankenhäusern 1988/89 eine wichtige Rolle gespielt.

Nur gegen die Weißen ist für Schwarze Politik zu machen!

Britischer Staat, konservative wie sozialdemokratische Regierungen haben auf diese und andere schwarze Bewegungen immer wieder mit Strategien der Repression und Integration reagiert: Verschärfungen der Einwanderungskontrolle und des Familiennachzugs, Kriminalisierung schwarzer Jugendlicher (3) und ArbeiterInnen, Kampagnen gegen antirassistische Unterrichtsinhalte (4) oder die beispiellose, nur mit Nordirland vergleichbare Repressionswelle nach den Aufständen 1981 und 1985. Seit den 60er Jahren regierten dieselben Regierungen aber auch mit integrativen Maßnahmen wie den schon erwähnten Antidiskriminierungsgesetzen und Sonderprogrammen auf die Herausbildung eines schwarzen Klassenbewußtseins - und hatten hiermit einigen Erfolg. In den 70er Jahren unterminierte die Labour Party mit dem Erfolg die "Anti Nazi League", daß sie bald darauf zu einer Organisation Bob Gel dorfscher Prägung verkümmerte. Weiterhin suggerierten die im Parlament vertretenen Parteien durch das "Committee Against Racialism", daß sie etwas gegen den Faschismus der "National Front" und wachsende Rassengewalt unternähmen. Seit es in den 70er Jahren zu den ersten größeren Auseinandersetzungen zwischen schwarzen Jugendlichen und der Polizei kam, schenkten Konservative wie Sozialdemokraten der Repräsentation ethnischer Minderheiten in ihren Parteien und den Kommunen mit hohem schwarzen Bevölkerungsanteil eine besondere Aufmerksamkeit. Es gibt heute in diesen Kommunen viele afro-karibische und asiatische Gemeinderatsmitglieder und seit 1987 mit drei westindischen und einem indischen MPs der Labour Party das erste Mal seit 75 Jahren wieder Community-Vertreter im Unterhaus.

Integrationsangebote wie diese haben in den letzten Jahren eine neue schwarze Mittelschicht entstehen lassen, die eine Pufferfunktion zwischen Arbeiter- und Unterschichten und herrschendem Establishment wahrnimmt. Die Aufstände von 1985, die heftiger als vier Jahre zuvor in den Hochburgen der multikulturrassistischen Stadtgesellschaften tobten, haben aber die Grenzen multikulturell-symbolischer Konfliktlösungen deutlich gemacht. Nicht nur den Jugendlichen des Jahres 1985 ist heute klar, daß sie vom Staat oder von der Labour Party nichts zu erwarten haben. Die Gründung der "Islamic Party of Britain" im letzten Jahr war ein Ausdruck der Desillusionierung weiter Kreise der asiatischen Communities über den Charakter Labours, die sich keineswegs in der "Rushdie-Affäre" oder in Auseinandersetzung um islamische Schulen erschöpft. Auch innerhalb der "Black Sections", der wichtigsten Organisation schwarzer Labour-Mitglieder, die seit 1983 für Sitz und Stimme im Exekutivkomitee der Partei kämpfen, wird schon seit längerem über die Gründung einer eigenen autonomen Dachorganisation diskutiert.

Multikulturell oder antirassistisch?

Hierzulande ist die antirassistische Bewegung von Wahlrechten für Einwanderer, Antidiskriminierungsgesetzen oder parlamentarischer Präsenz im Bundestag noch weit entfernt. Das Beispiel Großbritannien zeigt, daß diese "Errungenschaften" der multikulturellen Gesellschaft recht zweifelhafte sind und durchaus im Kalkül der Herrschenden liegen können, wenn sich die Adressaten damit zufrieden geben. Sich über diese Funktion multikultureller Politik Klarheit zu verschaffen und nicht "multikulturell-ausländerfreundliche", sondern antirassistische Perspektiven zu entwickeln, das wird eine der Hauptaufgaben der nächsten Jahre sein.

Anmerkungen

1) "Racism Awareness Training", kurz RAT, wurde Ende der 60er Jahre in den USA als Reaktion auf die Rassenkrawalle dort entwickelt und zuerst an Soldaten einer Militärbasis in Florida "erprobt". Rassismus wird hier ausschließlich als "mental health problem" definiert, das nach Meinung von Judy Katz, der bekanntesten Theoretikerin von RAT, ein ebenso fester Bestandteil der weißen Psyche sei wie etwa der Sexismus in der Männerpsyche. Weiße können demnach bestenfalls "antirassistische Rassisten" sein. RAT wurde nach den Aufständen 1981 nach Großbritannien importiert und erst nach massiven Protesten fallengelassen.

2) C. Brown (ed.), Black and White Britain, The Third PSI-Survey, London 1984, S. 323

3) Hierzu diente in den 70er Jahren die Anwendung des heute modifizierten "SUS-Laws" aus dem 19. Jahrhundert, das "Herumlungerei" als Festnahmegrund ermöglichte. Das Konstrukt des "Mugging" (Raubüberfall) dient seit Anfang der 80er Jahre zur Überwachung und Belagerung ganzer Communities durch die Polizei.

4) Von den Neuen Rechten wurde Mitte der 80er Jahre eine Kampagne gegen antirassistischen Unterricht initiiert, die von den Medien und der konservativen Regierung schnell aufgegriffen wurde. Ein neues nationales Curriculum hat 1988 dafür gesorgt, daß die kleinen Freiräume, die der Lehrplan für selbstbestimmte Inhalte ließ, heute nicht mehr existieren.

5) Diese Bemerkung bezieht sich auf das Projekt "Band Aid", mit dem der Musiker und Komponist Bob Geldorf Popmusiker aller Coleur zusammenbrachte, um auf spektakuläre kommerzielle Weise Geld zu sammeln. Bestimmt war dieses Geld für die vom Hungertod bedrohten Menschen in afrikanischen Staaten. Politische Statements oder Ansprüche sind mit diesem Projekt nicht verbunden.

# 19. Bologna vergißt nicht - 10 Jahre nach dem Massaker

Rubrik: Geheimdienste; Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak322/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:322:03

Bologna, 2. August 1980: Bei einem Bombenanschlag auf den Bahnhof der Stadt sterben 85 Menschen, 200 werden zum Teil schwer verletzt.

Bologna, 18. Juli 1990: Das Appellationsgericht, die zweite Instanz im Verfahren um das blutigste Attentat der italienischen Geschichte, annulliert sämtliche erstinstanzlichen Urteile: Freispruch in zwölf von 20 Fällen, keine einzige Verurteilung wegen Beteiligung an dem Bombenanschlag, keine einzige wegen staatsfeindlicher Verschwörung. Nur vier Haftstrafen zwischen acht und 13 Jahren wegen Bildung einer bewaffneten Bande, zweimal drei Jahre wegen Verleumdung, und einmal zwei Jahre wegen unerlaubten Waffenbesitzes werden verhängt. Unter den Freigesprochenen ist auch der Kopf der 1981 enttarnten Geheimloge P2, Licio Gelli, in dem viele den Drahtzieher des Anschlags sehen. Gelli beglückwünschte das Gericht zu seinem Mut, den "Einmischungsversuchen der Kommunisten" widerstanden zu haben ...

Italiens demokratische Öffentlichkeit reagierte fassungslos. "85 Tote, kein Schuldiger", "das Massaker ohne Urheber", "das schlimmste Blutbad in der Geschichte der Republik ohne Verantwortliche", "das ausgelöschte Massaker" - die abgehärteten Profis der "Repubblica"-Redaktion hatten Mühe, ihre Empörung in Worte zu fassen. Die KollegInnen vom PCI-Zentralorgan "l'Unità" protestierten gegen den Urteilsspruch mit einer leeren Titelseite. Nur ein Foto des Blutbads setzten sie unter den Zeitungskopf. Torquato Secci, Vorsitzender der Vereinigung der Familienangehörigen der Opfer, wollte am liebsten auch nichts sagen, da er sonst nur "bei Beleidigungen landen würde". Von Reportern bedrängt, gab er dann doch seine ohnmächtige Wut zu Protokoll. "Eine Provokation, eine Beleidigung der Toten, der Verletzten und ihrer Angehörigen" sei dieser Urteilsspruch. Der "Puppenspieler" Licio Gelli habe immer die Unterstützung der wechselnden italienischen Regierungen gehabt. "Alle" - das sind für Secci Regierung, Ermittlungsbehörden und Richter - "tun so, als ob die Loge P2 nie existiert hätte" ("La Repubblica", 19.7.).

Die Urteilsbegründung wird erst in einigen Monaten vorliegen. Daß hier nicht einfach ein paar Richter - auf Wink von oben - "das Recht gebeugt" haben, ist heute schon klar. Die Klassenjustiz kann in politischen Prozessen dieser Tragweite auf eine Reihe einander zuarbeitender Apparate zurückgreifen: Staatsanwaltschaft, Polizei, Geheimdienste, politische Repräsentanten des Staates, Teile der Presse. Die vor allem von den italienischen Geheimdiensten gelegten falschen Fährten wurden von den Medien regelmäßig als heiße Spuren präsentiert. Führende Vertreter der staatstragenden Parteien äußerten von Anfang an ihre Gewißheit, daß die "Stützpunkte und die Kommandozentrale des Ganzen im Ausland liegen" (PSDI-Vorsitzender Pietro Longo im August 1980). Für Teile der Medien war Gaddafi der Hauptverdächtige, der auch gleich noch für die Moro-Entführung und den Absturz einer italienischen DC-9 ins Mittelmeer bei Ustica verantwortlich gemacht wurde.

Der Geheimdienst leitet das Verfahren

"Die Geschichte der Untersuchung über das Massaker beginnt mit einem Streit", schreibt "La Repubblica" (19.7.) in der Rückschau auf "zehn Jahre Ermittlungen zwischen abgelenkten Behörden, Lügen und Irreführungen". Untersuchungsrichter Angelo Vella verärgerte schon im August 1980 seine Vorgesetzten mit der Andeutung: "Ich wüßte schon, wo ich suchen würde ..."

Knapp einen Monat nach dem Attentat wird eine Gruppe römischer Neofaschisten verhaftet. "Die richtige Spur", behaupten die Untersuchungsbehörden. Einer der Verhafteten, ein gewisser Farina, erzählt einem Geheimdienstoffizier, zwei Neofaschisten hätten von ihm eine größere Menge Sprengstoff haben wollen. "Die Wahrheit scheint greifbar nahe, aber jetzt werden die Richter auf die ‚internationale Fährte' gesetzt", schreibt "La Repubblica". Im Schnellzug Tarent-Mailand wird im Januar 1981 ein Koffer gefunden, der mit Sprengstoff, Waffen, Flugtickets und ausländischen Zeitungen vollgestopft ist. (Wie sich später herausstellt, wurde der Koffer vom Geheimdienst SISMI deponiert.) Monatelang arbeiten die Behörden an der Aufdeckung des fingierten Attentats. Nach ersten Zweifeln an Farinas Version bietet sich ein einem Schweizer Gefängnis prompt ein neuer Kronzeuge ("superteste") an. Die Freimaurerloge "Loggia di Montecarlo" habe den Anschlag organisiert, behauptet Elio Ciolini, der für seine "Enthüllungen" eine beachtliche Belohnung überwiesen

bekommt. Wiederum vergehen Monate, in denen die Behörden Ciolinis Szenario und das angebliche Motiv für das Massaker überprüfen. Ziel sei es gewesen, "die öffentliche Meinung von einer gigantischen Finanzoperation abzulenken". Erst langsam stellt sich heraus, daß Ciolini Märchen erzählt - im Auftrag von Leuten, "die ein Interesse daran haben, die Dinge weitestmöglich durcheinanderzubringen, die Wahrheit zu vernebeln und Verwirrung zu stiften" ("La Repubblica").

Eine erste Annäherung an die Wahrheit scheint durch die Arbeit des römischen Untersuchungsrichters Domenico Sica erreicht. Sica ermittelt gegen die P2-Mitglieder des Geheimdienstes SISMI. Eigentlicher Chef der Geheimdienste - so die Anklage - sei Licio Gelli: "Alle führenden Agenten waren eingeschriebene Mitglieder seiner Loge". Dieser Kreis habe das Attentat von Bologna und andere Anschläge geplant und in Auftrag gegeben. Die Bombenleger kämen aus dem Lager des "schwarzen Terrorismus".

Im Juni 1986 beginnt der Prozeß gegen insgesamt 21 Angeklagte. Das Urteil von Juli 1988 folgt der Anklage nur teilweise. Lebenslänglich bekommen die vom Gericht als ausführende Täter angesehenen Mitglieder der rechtsterroristischen NAR (Nuclei armati rivoluzionari") Valerio Fioravanti, Francesca Mambro, Sergio Picciafuoco und Massimiliano Fachini. Auch Paolo Signorelli, mutmaßlicher Organisator des schwarzen Terrorismus, wird zu lebenslanger Haft verurteilt. Licio Gelli und sein Adlatus Francesco Pazienza, die vermuteten Hintermänner des Anschlags, kommen mit 10 Jahren wegen "Verleumdung" (gemeint ist das Legen falscher Spuren) davon; ebenso die SISMI-Offiziere Musumeci und Belmonte. Freigesprochen wird u.a. der lange als "Staatsfeind Nr. 1" gesuchte Faschist Stefano delle Chiaie, der am Rande des Verfahrens frohlockt: "Hier gibt es viel zu viele Kombinationen, Vermutungen und regelrechte Lügen. Es fehlt aber an Beweisen" (zit. nach "Frankfurter Rundschau", 12.7.88).

Beweise fehlten angeblich insbesondere für den Vorwurf der staatsfeindlichen Verschwörung ("associazione eversiva") gegen Gelli, Pazienza, Delle Chiaie und andere. Die 10 Jahre Haft, zu denen Licio Gelli verurteilt wurde, sind zudem rein symbolischer Natur. Aufgrund eines Auslieferungsvorbehalts der Schweizer Behörden dürfen Strafen wegen terroristischer Taten gegen ihn nicht vollstreckt werden. Der Meister lebt seit Anfang 1988 in komfortablem Hausarrest in seiner Villa in Arezzo.

So unbefriedigend das erstinstanzliche Urteil war - immerhin wurden überhaupt Schuldige benannt. Für den im Volksmund als "Staatsmassaker" ("strage di stato") bezeichneten Bombenanschlag auf die Mailänder Landwirtschaftsbank, bei dem am 12. Dezember 1969 16 Menschen ums Leben kamen, ist bis heute kein einziger Angeklagter rechtskräftig verurteilt worden. Von der Revision zum Kassationsgericht, die Generalstaatsanwalt Mario Forte nun in Bologna ankündigte, wird sich nach solchen Erfahrungen kaum jemand noch etwas versprechen. Die PSI-Zeitung "Avanti" legt denn auch in zynischer Offenheit nahe, die Vergangenheit endlich ruhen zu lassen: "Nach so vielen Jahren ist die Suche nach der Wahrheit mit ernsthafter Aussicht auf Erfolg nicht mehr möglich" (zit. nach "La Repubblica", 19.7.). Die Angehörigen der Opfer dagegen wollen weiterkämpfen - ohne Illusionen. Seit Jahren fordern sie die Aufhebung des Staatsgeheimnisses in Terrorismusprozessen, "damit" - so einer ihrer Sprecher anläßlich der Freisprüche im "Strage di Stato"-Prozeß im Februar 1989 - "wenigstens klar wird, warum es hier keine Gerechtigkeit gibt und wohl auch nie geben wird" (zit. nach "taz", 22.2.89).

Bologna zehn Jahre danach

An Demonstration und Kundgebung zum zehnten Jahrestag des Massakers beteiligten sich mehr als 50.000 Menschen. "Bologna non dimentica" - Bologna vergißt nicht", diese schlichte dem Demonstrationszug vorangetragene Parole drückt zweierlei aus: Trauer um die Opfer, aber auch Warnung an die frei herumlaufenden Täter und ihre mächtigen Beschützer. Angehörigen-Sprecher Torquato Secci formulierte diese Warnung mit größter Schärfe, als der Staatspräsident Cossiga (DC) indirekt, aber unmißverständlich beschuldigte, seine schützende Hand über die Saboteure der Wahrheitsfindung zu halten. "Die schärfste Kritik an der Staatsführung, welche die Vereinigung der Opfer in diesen zehn Jahren vorgebracht hat", kommentiert "La Repubblica" (3.8.).

Niemand anderer als Ministerpräsident Giulio Andreotti hat dafür gesorgt, daß der Volkszorn nicht so schnell verrauchen wird. An eben jenem 2. August, direkt im Anschluß an eine Schweigeminute zur Erinnerung an die Opfer, ergriff er im Abgeordnetenhaus das Wort, um einen "schönen Vorschlag" des Neofaschisten Pino Rauti aufzugreifen. Rauti, Nazi-Kollaborateur, Gründer der Kampftruppe "Ordine nuovo" und seit Anfang 1990

Vorsitzender des rechtsextremen "Movimento Sociale Italiano" (MSI), findet die Formulierung "faschistisches Massaker" auf der Gedenktafel für die Opfer von Bologna "falsch und irreführend".

Wenn sich ein mit allen Wassern gewaschener Machtpolitiker wie Andreotti das Ansinnen dieses Faschisten zu eigen macht, muß er die empörten Reaktionen vorausgesehen haben. Von einer "Beleidigung der Italiener" und einer "Schande für die Regierung" sprach z.B. PCI-Fraktionsvize Luciano Volante. Daß Andreotti an einer vergleichsweise nebensächlichen Frage die Konfrontation sucht, weist auf verschiedenes hin: 1. Er fühlt sich - zu Recht - stark; die Opposition ist schwach; der von ihm repräsentierte italienische Staat macht derzeit im Windschatten der USA "Weltpolitik". 2. Er könnte Leuten verpflichtet sein, die sich mit einem Freispruch aus Mangel an Beweisen nicht zufrieden geben, die nicht nur ihre eigene Tatbeteiligung, sondern die Tat selbst auslöschen wollen: 85 Tote durch einen tragischen Unglücksfall. Wenn diese kollektive Gehirnwäsche gelingen sollte, hätten neue Anschläge gleichen Kalibers wieder ihren terroristischen "Sinn". Sie könnten glaubwürdiger als bisher anderen Nachfolgeorganisationen der Roten Brigaden, Gaddafi, "palästinensischen Terroristen" oder wem auch immer - in die Schuhe geschoben werden. Die Täter wären, wie gehabt, gleichzeitig auch die Nutznießer des Terrors, und sei es nur dadurch, daß die Aufmerksamkeit von ihren sonstigen Taten abgelenkt würde, Wer auch immer die Bombe gelegt hat - der Geheimdienst, die P2, die Mafia oder die Faschisten - profitiert haben sie alle, die Dunkelmänner ebenso wie die "leitenden Angestellten der herrschenden Klasse".

Daß Andreotti sich heute als Fürsprecher der Faschisten exponiert, kann die Agitation gegen das Urteil von Bologna nur erleichtern. Mit Andreotti hat die Linke noch manche Rechnung offen. "Kaum ein Skandal der Nachkriegsgeschichte Italiens, bei dem Andreottis Name nicht gefallen wäre, in vielen Fällen kam er bis vor die Schranken des Gerichts, ohne daß ihm jemals wirklich ‚Gerichtsverwertbares' nachgewiesen werden konnte", schreibt Friederike Hausmann in ihrer "Kleinen Geschichte Italiens seit 1943". Wahrscheinlich wird er auch diesmal ungeschoren davonkommen.

Die offensichtliche Unantastbarkeit der Drahtzieher gibt der linken und demokratischen Opposition das moralische Recht - als Akt der Notwehr - mit Unterstellungen und Verdächtigungen zu arbeiten. Alte Spekulationen und Legenden erhalten von neuem Überzeugungskraft, etwa die Schlußfolgerungen der parlamentarischen Untersuchungskommission über die Aktivitäten der P2: "Sie kam zu dem Schluß, es sei nicht das Ziel der Loge gewesen, selbst an die Macht zu kommen, sondern die Regierung zu kontrollieren und aus dem Hintergrund zu steuern". Und weiter: "Gelli war nur die oberste Ebene einer erste Pyramide, darüber erst befindet sich die eigentliche Spitze, eine Art zweiter Pyramide" (F. Hausmann). Beweise liefert der Kommissionsbericht nicht, aber eine ganze Menge Material für staatsverunglimpfende Agitation.

Js./Hamburg

# 20. Faschisten in der DDR: Zukunft durch Großdeutschland?

Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Antifaschistischer Kampf; DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak322/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:322:27

In zweieinhalb Wochen wird es die DDR nicht mehr geben: an einem schnöden Mittwoch geht der erste Versuch einer sozialistischen Gesellschaftsordnung auf deutschem Boden in die Geschichtsbücher ein. Der Staat auf dem Gebiet des ehemaligen deutschen Reichs, der für sich auch den endgültigen Bruch mit dem Faschismus reklamierte, der für "das bessere Deutschland" stand, wird von der BRD, der selbsternannten Rechtsnachfolgerin eben dieses Reiches, geschluckt. Die Hoffnung jedoch, daß damit antifaschistische Traditionen und Potentiale im neuen Großdeutschland belebt oder verstärkt werden könnten, trügt: schon seit Ende November 89 ist auch einer größeren Öffentlichkeit bekannt, daß es Rechtsradikale und Faschisten aller Schattierungen in großer Zahl und seit längerer Zeit auf dem Gebiet der DDR gibt. Grund genug also, sich um einen Einblick in die braune Szene dort zu bemühen.

Schon vor dem Herbst '89 hat es in bundesdeutschen Zeitungen immer wieder vereinzelte Berichte über Neofaschisten in der DDR gegeben. Anlaß dazu waren meist Gerichtsverhandlungen gegen junge Männer, offiziell angeklagt wegen "Rowdytum". Beim näheren Hinschauen jedoch wurde nur zu deutlich, daß dieser Begriff verschleiernden Charakter hatte, handelte es sich doch um Straftaten, die hier im Westen nur zu bekannt sind: kleinere Skinheadbanden hatten Punks, Linke (oder wen sie dafür hielten) terrorisiert. Ebenso waren outfit und Verhalten für uns nichts Unbekanntes - einschließlich der Tatsache, daß das Absingen "einschlägiger" Lieder und das Tragen von bestimmten Abzeichen von der Justiz geflissentlich übersehen wurden. Selbst die "Prozeßstrategie" schien aus westlicher Perspektive überdeutlich: kurzgeschorene Köpfe waren wieder ordentlich gescheitelt, die Angeklagten schienen kein Wässerchen trüben zu können. Es durfte nicht sein, was nicht sein konnte.

Unsichere Faktenlage

Bei dem Versuch, sich einen Überblick über die rechtsradikale Szene der DDR zu verschaffen, stößt mensch hier in der BRD auf große Schwierigkeiten. Zwar wurde gerade Anfang des Jahres vielfach über faschistische Übergriffe in den hiesigen Medien berichtet - was im übrigen rapide nachgelassen hat -, der Informationswert war und ist jedoch äußerst gering. Das gleiche gilt auch für die hier verfügbare Presse der DDR. Auf die Frage, welche Gruppierungen wo ihre Schwerpunkte haben, welche Personen Führungspositionen bekleiden, welche inhaltlichen Aussagen und Differenzierungen es gibt, all' das, was also hier antifaschistisches "Grundlagenwissen" ist (oder doch sein sollte) und in der vielfältigen Literatur nachlesbar ist, gibt es kaum Hinweise. (1) Gesichert ist eigentlich nur, daß es vielfache Aktivitäten aller möglichen faschistischen und im weitesten Sinne rechtsradikalen Gruppierungen gibt - und daß sie sehr frei und kaum gestört agieren können.

Dieser Umstand verweist auf zweierlei: erstens sind alle folgenden Aussagen insofern mit Vorsicht zu gebrauchen, als daß aus ihnen keine Hochrechnungen oder genaue Prognosen abzuleiten sind. Zweitens aber auf die Notwendigkeit, daß AntifaschistInnen aus der BRD und der DDR in der nächsten Zeit nicht nur intensiv miteinander über Strategien diskutieren müssen, sondern daß sie vor allem viel voneinander lernen müssen.

Faschisten: bekannt, aber verschwiegen

Konrad Weiss, mittlerweile Abgeordneter des Bündnis '90, war Ende 1988 einer der ersten, die öffentlich auf diese politischen Entwicklungen hinwiesen: in seinem Aufsatz "Die neue alte Gefahr. Junge Faschisten in der DDR" beschäftigt er sich mit dem Aufkommen faschistischer Gruppierungen, beschreibt Programmatik und Logistik und unternimmt den Versuch, ihr Entstehen auch zu erklären. Da sich seine Aussagen mit anderen, z.T. auch neueren Texten weitgehend decken, seien sie hier exemplarisch wiedergegeben.

Weiss geht davon aus, daß es zwar schon seit Beginn der 80er Skinheads gibt, daß sie allerdings zunächst als eine Subkultur unter anderen begriffen werden müssen. Erst ab 83, so schreibt er, haben sich die "neuen Faschisten" organisiert, zum Teil im Umkreis von Fußballfanclubs und dann meist in Skin-Aufmachung, zum Teil aber auch in geschlossenen Zirkeln, nach außen hin angepaßt und unauffällig.

Ab 86, so Weiss weiter, hätten vor allem die Skins mit offenem Straßenterror zunächst gegen Punks, dann aber auch gegen andere als "Links" geltende Gruppen und natürlich gegen AusländerInnen begonnen. Von der Partei- und Staatsführung (und ihrem Apparat) seien diese Übergriffe entweder totgeschwiegen oder aber als aus dem Kapitalismus importierte Einzelfälle, Perversionen gleichsam, abgetan worden.

Für Anfang 88 sei die Zahl organisierter Faschisten auf ungefähr 1000 zu schätzen, von 83 bis 87 ihre Straftaten um das Fünffache gestiegen. Ab 88 muß es weiteren, verstärkten Zulauf gegeben haben: Weiss gibt zwei bis drei Rechtsradikale pro Berufsschulklasse an.

Beachtenswert bei seiner Beschreibung der Gruppenstrukturen ist meiner Ansicht nach, daß er die strenge Abschottung nach außen, gegen den durchorganisierten Staat, ausdrücklich hervorhebt. Es haben sich offenbar klandestine Strukturen gebildet, unter denen ein lebhafter Austausch stattfand, die es auch möglich machten, regelrechte Strategien (zumindest zur Rekrutierung) zu entwickeln. So z.B. der Mitte der 80er zu beobachtende Versuch, massiv in staatliche paramilitärische Einheiten einzusickern.

Weiterhin wichtig für die spätere rasante Entwicklung halte ich Weissens Feststellung, daß sich die "Werte" der faschistischen Gruppierungen - wie Arbeitsamkeit, Ordnung, Disziplin, feste Ziele u.a.m. - in den Arbeits- und Ausbildungskollektiven ohnehin einer zunehmenden Akzeptanz erfreuten. Weiterhin gehörten Persönlichkeitskult und Kameradschaftsgeist, körperliche Ertüchtigung, gesunde Lebensführung, Verläßlichkeit zum politischen Programm, Mutproben und paramilitärische Übungen zur regelmäßigen Praxis. (2)

Auf die zentrale Frage, wie es möglich ist, daß sich in einem sozialistischen Staat junge Menschen in so großer Zahl als Faschisten organisieren, gibt Weiss thesenartig Antworten, auf die jedoch hier nicht weiter eingegangen werden soll.

Am 17. Dezember wird eine Studie des "Zentralinstituts für Jugendforschung" bekanntgemacht, nach der DDR-weit etwa zwei Prozent der Jugendlichen nach rechts tendieren, am stärksten in Berlin (sechs Prozent), dicht gefolgt von Erfurt und Leipzig mit je fünf Prozent.

Gleichzeitig nehmen die Berichte über - allgemein gesagt - rechtsradikale Aktivitäten sprunghaft zu.

Nach dem 9. November '89

Gerade Leipzig, die "Heldenstadt", rückt Ende 89/Anfang 90 verstärkt ins antifaschistische Blickfeld. Vor allem die Montagsdemo am 1.1.90 mit dem Auftreten bundesdeutscher "Republikaner", deren Flugblätter offensichtlich reißenden Absatz finden, aber auch das immer aggressivere deutsch-nationale Verhalten der Demo-TeilnehmerInnen - festgemacht an den Parolen und v.a. den mitgeführten Fahnen - ist der Auslöser dafür.

Waren Ende Dezember die Schändungen des sowjetischen Ehrenmals in Treptow und Gera, eines Denkmals für Opfer des Faschismus in Halle oder des jüdischen Friedhofs in Weißensee (zum vierten Mal im Jahr 89!), aber auch Überfälle auf autonome Zentren sowie einzelne Menschen noch im Schutz kleiner Gruppen bzw. unbeobachtet passiert - "Vorfälle" übrigens, die mehr und mehr zur "Normalität" werden - , so war der 1. Januar, zumindest was das selbstbewußte, massierte öffentliche "Bekenntnis" betraf, tatsächlich eine Art Startschuß mit Signalwirkung sicherlich auch über Leipzig hinaus.

Eine Chronologie der bisher bekanntgewordenen faschistischen Überfälle, Friedhofs- und Denkmalsschändungen, des Entbietens des Hitlergrusses, der Parteigründungen und Veranstaltungen würde den Rahmen dieses Artikels völlig sprengen - vom alltäglichen Rassismus und auch Antikommunismus einmal ganz abgesehen. Einige wenige, willkürlich ausgesuchte Beispiele mögen die Situation beleuchten, die Liste könnte beliebig verlängert werden:

- im Stadtbezirk Berlin/Mitte feiern zehn Neonazis den Jahreswechsel durch Absingen des Horst-Wessel-Liedes und verlassen den Ort ihrer Feier mit Hitlergruß und großdeutschen Parolen;

- am 22. Januar kommt es im Anschluß an die Leipziger Montagsdemo zu regelrechten Hetzjagden auf Menschen, die sich mit Fahnen und Parolen für die Weiterexistenz der DDR aussprechen;

- am 5.2., kurz nach dem Verbot der "Republikaner", treten ihre Anhänger öffentlich an der Spitze der Montagsdemo mit Hitlergruß und "Sieg-Heil"-Rufen auf

- im Februar werden auch die ersten Ortsverbands-Gründungen der REPs bekannt sowie die Information, daß es Gruppen der FAP und der NF schon seit der Zeit vor der "Wende" gebe;

- 5.4.: in Berlin-Mitte werden besetzte Häuser von Faschisten überfallen, die Überfälle wiederholen sich;

- am Abend des 20. April versammeln sich 500 bis 1000 Nazis auf dem Alexanderplatz, verprügeln Passanten und zerstören zum wiederholten Mal eine Schwulenkneipe. Der VoPo gelingt es nur mit Mühe, diesen Haufen zu zerstreuen;

- nicht nur von Michael Kühnen, auch von anderen prominenten "Führern" der militanten Nazis werden immer wieder Auftritte in der DDR berichtet. In einer Zeitungsmeldung vom 23. Juli heißt es, daß sich Kühnen und Gary Lauck, Chef der NSDAP/AO, am 5. Juli in Schönefeld getroffen hätten. Im ND vom 9. Juli wird berichtet, daß Kühnen kurzzeitig im Bezirk Cottbus festgenommen worden sei, daß außerdem auch schon ein Ermittlungsverfahren im Bezirk Erfurt gegen ihn läuft: wegen "Äußerungen faschistischen, militaristischen und revanchistischen Charakters" im Zusammenhang mit einer Veranstaltung am 1. Mai;

- die Lesungen von David Irving, "Historiker" und einschlägig bekannter Hitlerverehrer in Dresden, Leipzig und Gera im Juni können unbehindert stattfinden, scheinen aber auch nach Angaben der Nazi-Presse nicht sonderlich erfolgreich gewesen zu sein;

- mit dem Beginn der Saison werden auch wieder verstärkt Auftritte von Skin-Banden nach Spielen der Fußball-Oberliga bekannt, die Schwerpunkte sind in Leipzig sowie in Berlin nach Spielen des FC Berlin, dessen Nazi- Hooligans sich "guter Freundschaft" mit den ebenfalls eindeutig rechtsradikalen Westberliner "Hertha-Fröschen" rühmen können;

- mit dem Abschluß des "Wahlvertrages" sind auch die REPs de facto seit August wieder zugelassen, da sie "nur" von der Volkskammer, nicht aber vom Obersten DDR-Gericht (und natürlich schon gar nicht vom BRD-Verfassungsgericht) verboten wurden. Am 16.8. wird in Kassel Ekkehard Birkholz zu ihrem Vorgesetzten gewählt ...

Tendenzen

Trotz all dieser Flut von Einzelheiten sind Aussagen über vorherrschende Strömungen oder sich ausdifferenzierende Tendenzen kaum zu machen, mit Prognosen - z.B. über mögliche Erfolge der REPs - muß man sich also zurückhalten.

Die Zahlenangaben über Neonazis schwanken stark: zwischen 10.000 und 30.000 bewegen sie sich. Auch das hilft allerdings nicht viel weiter, da nicht unbedingt klar ist, was jeweils unter dem Begriff "Rechtsradikale" verstanden wird.

Einige Thesen meine ich zum jetzigen Zeitpunkt trotzdem aufstellen zu können. Es wird in den nächsten Monaten darauf ankommen, sie an der Wirklichkeit zu messen.

1. Eine ganz wichtige Tendenz scheint die große Neugier gerade auch junger Menschen auf strikt nationale, rassistische, "deutsche" Äußerungen, Positionen und Aktivitäten zu sein. Als Beispiel dafür mag eine Veranstaltung der REP-nahen Zeitschrift "Junge Freiheit" dienen: als sie in Gera einen Diskussionsabend für Leser ankündigte, erschienen 250 Leute (lt. Ausgabe August/September). Unklar bleibt dabei jedoch, inwieweit dieses Interesse für den Aufbau oder die Verstärkung der jeweiligen Organisationen genutzt werden kann, wie groß die Integrationskraft der etablierten Parteien (z.B. DSU, CDU) ist.

2. Von einiger Bedeutung ist es, zu beobachten wie sich die Braunzone und das Netzwerk der Faschisten in der nächsten Zeit entwickeln. Gerade die verschiedenen miteinander verwobenen Zeitschriften, die für die ständige Diskussion und Weiterentwicklung der Nazis, aber auch für die Kontakte ins konservative Lager in der BRD einen großen Stellenwert haben, befinden sich zur Zeit im Aufbau. Auch dafür einige Beispiele: in der schon erwähnten Ausgabe August/September der "Jungen Freiheit" wird der DSU- Chef Walther interviewt. Zur gleichen Zeit erfährt mensch aus "Criticon", daß es nach dem Vorbild der "Jungen Freiheit" mittlerweile auch eine "Leipziger Feiheit" gibt, deren Chefredakteur Hans- Ulrich Kopp heißt. "Europa Vorn" berichtet in

seiner Nummer 8/90 von einer Podiumsdiskussion der Zeitschrift "Deutsche Linie" in Dresden, an der die Oberschreiberlinge Rouhs und Oberlercher von "Europa Vorn" teilnehmen. Moderiert wurde das Ganze von einem Holger Kasten. Derselbe taucht in der Ausgabe 9/90 von "EV" im Impressum als Redakteur auf, interviewt den Vorsitzenden des "Sachsenbundes" Wawrzinek zur "nationalen Verantwortung", schließlich liest man in einem Leserbrief aus Brandenburg die Freude über die Fusion von "Europa Vorn", "Badischem Landboten" und "Deutscher Linie".

3. In diesem Zusammenhang dürften auch die Aktivitäten des "Bundes der Verbetriebenen" bzw. ganz allgemein die revanchistische Hetze von einiger Bedeutung sein. Bisher ist nur bekannt, daß der BDV auf DDR-Gebiet agiert, nicht aber, in welcher Form. Gerade in diesem Sektor scheint es, als müssten ganz neue Organisationen, Zirkel und Verbindungen aufgebaut werden. Folgerichtig kann ein Fernsehfilm der ARD von Anfang August auch schon von einem "Kuratorium schlesische Lausitz" und einer "Schlesischen Befreiungsfront" berichten (3).

4. Unklar ist weiterhin, ob und in welcher Form sich die Verbindungen zu den etablierten Parteien entwickeln werden. Das schon erwähnte Interview des DSU-Vorsitzenden zeugt jedenfalls nicht von allzu großen Berührungsängsten; die Vorwürfe des Innenministers Diestel bei seinem Abgang aus der DSU (er hatte von zu großer Rechtslastigkeit gesprochen und auf Unterwanderungsversuche angespielt) sind ein weiteres Stichwort in diesem Zusammenhang. Auch die Rolle der ehemaligen Blockpartei NDPD ist unerforscht: bekannt ist, daß sich kurz nach der Wende die westdeutsche NPD mit freundlichen Gesten an die NDPD gewandt hatte, dies zunächst jedoch auf wenig Gegenliebe gestoßen war.

5. Großes Interesse wird auch den REPs gelten. Nicht nur, weil sie im Rahmen der Leipziger Montagsdemonstrationen als erste massiv öffentlich aufgetreten sind oder weil sich bei faschistischen Schmierereien immer wieder ihr Kürzel findet. Als "gut eingeführte" Westpartei dürften sie nicht nur bei Wahlen auch über einen gewissen Vertrauensbonus verfügen. Gleichzeitig jedoch verbieten sich - und das gilt nach meiner Einschätzung für die gesamte "Szene" in der DDR - platte Vergleiche mit der BRD, denn ein wichtiger Faktor könnte es sein, inwiefern es den "Westfaschisten" gelingt, sich auf die ja durchaus vorhandenen DDR-Spezifika einzustellen. (4)

6. Am deutlichsten präsentieren sich bisher öffentlich die Schaftstiefelfaschisten und militanten Nazis. Ein wichtiger Faktor dabei ist jedoch auch, daß ihre Aktivitäten einerseits am ehesten öffentliche Abscheu hervorrufen und andererseits, daß sie sich am besten dafür eignen, von anderen, eher verdeckten und scheinbar zivileren Rechtsentwicklungen abzulenken. Trotz ihres drastischen Auftretens, was ja u.a. damit zusammenhängt, daß insgesamt die Freiräume für alle möglichen Nazi-Aktivitäten in der DDR größer sind, sollte mensch nicht darin verfallen, jetzt die DDR für eine verstärkte Entwicklung des faschistischen Lagers insgesamt verantwortlich zu machen. Das nämlich hieße, Roß und Reiter zu verwechseln.

Antifaschismus: verunsichert, unerfahren, hilflos, in Bedrängnis

Wie nun dagegen vorgehen? Die Diskussion um einen erneuerten Antifaschismus beschäftigt sich zur Zeit mehr mit sich selbst als mit den Faschisten. (Einen Einblick gibt der Artikel in diesem ak zur Antifa-Diskussion in der PDS.) Die brennenden Fragen nach den Entstehungsbedingungen faschistischer Tendenzen und der angemessenen Gegenstrategie sind weitgehend ungelöst. Wir werden in der nächsten Zeit ausführlicher darauf eingehen. An dieser Stelle nur einige kurze Anmerkungen.

Gerade die öffentlichen Diskussionen nach der antifaschistischen Großdemo im Januar anläßlich der Schändung des sowjetischen Ehrenmals sowie nach der Demonstration gegen das Zentrum der FAP-nahen "Nationalen Alternative" in der Berliner Weitlingstraße, vor allem aber die vielen Distanzierungen davon, zeigen, daß hier vieles noch im Argen liegt. So bekannt uns im Westen manches davon auch scheinen mag (und soviel Ähnlichkeiten es objektiv, gerade auch im Verhalten bürgerlicher Kräfte, auch gibt), ist es trotzdem wichtig, daß wir uns darum bemühen, spezifische DDR-Gegebenheiten als solche zu erkennen, sie deuten, also: einiges neu zu lernen. Genauso wird es umgekehrt aber auch darauf ankommen, ob es in einem Prozeß des gegenseitigen Austauschs gelingen wird, einen radikalen Antifaschismus im kommenden Großdeutschland auf die Beine zu bringen.

kla./Antifa-AG Hamburg

Anmerkungen:

1) Da hier ausdrücklich nicht der Versuch unternommen werden soll, das gesamte bisher verfügbare Wissen wiederzugeben sondern Tendenzen sowie Aufgabenfelder zu beschreiben, wird darauf verzichtet, ausführliche Quellenangaben zu machen. Verwendet wurden etliche Aufsätze aus der DDR, zahlreiche Zeitungsmeldungen und -berichte u.a. aus taz/West, ND, Spiegel, aber auch aus der BRD-Fascho-Presse und Fernsehberichte sowie eine Chronologie von E./Hamburg; weitere Hinweise kamen u.a. von he./Göttingen und ma. In der jetzt kommenden Zeit wird es im Rahmen der ak-Berichterstattung sicherlich notwendig sein, abgesicherte Aussagen zu Einzelfragen zu machen.

2) Seltsam ist nur, daß bei der Frage nach den Gründen für die Entwicklung faschistischer Gruppen bei Weiss diese Begriffe nur am Rand wieder aufgenommen werden, klingeln doch bei Westlinken bei dieser Aufzählung alle Alarmglocken. Doch dazu später.

3) Gerade für die grenzüberschreitende "Arbeit" nach Polen hinein dürften solche Truppen einige Bedeutung haben. Die Verfassungsklage von acht Bundestagsabgeordneten der CDU/CSU gegen den Einigungsvertrag und die Festschreibung der deutschen Ostgrenze rückt solche Aktivitäten ins - buchstäblich - rechte Licht.

4) Werden, als Beispiel, Menschen in der DDR in der gleichen Weise wie hier auf die Propaganda für einen starken Staat anspringen?

# 21. Von Humanismus, Friedfertigkeit und Toleranz oder: antifaschistische Wende in der Sackgasse

Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Antifaschistischer Kampf; DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak322/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:322:17

Manchmal ist es schwer, keine Satire zu schreiben. Manchmal ist es aber auch schwer, keine Polemik zu schreiben. Dies gilt auch für die diversen Versuchen der PDS, sich von der eigenen Vergangenheit zu distanzieren. Viele Fragen stehen in der DDR in der Tat zur Neubeantwortung an. Dies gilt auch für den Antifaschismus. Dem bisherigen Antifaschismus als Ritual im Dienst der realsozialistischen Staatsführung soll ein erneuerter Antifaschismus entgegengesetzt werden. Besonders intensiv ist diese Diskussion im Umfeld der PDS entbrannt. Vieles wird dabei über Bord geworfen, was erhaltenswert wäre; Opinion-leader aus der BRD wie der Bielefelder Wilhelm Heitmeyer, seines Zeichens u.a. offizieller Berater der SPD in Sachen Antifa, avancieren auch in der DDR zu "antifaschistischen Experten".

Nicht im Sinne von westlicher Besserwisserei wollen wir uns im folgenden mit einigen Denkansätzen von PDS-Wissenschaftlern zum Antifaschismus auseinandersetzen. Die Streitpunkte dort ähneln denen zur antifaschistischen Strategie in der Bundesrepublik. Die Begriffsverwirrung ist die gleiche, mit den gleichen verheerenden Folgen. Die Hilflosigkeit gegenüber der neofaschistischen Gefahr ist unübersehbar. Die AntifaschistInnen angesichts des Neofaschismus: hilflos. Gefragt ist also eine zwar solidarische, aber in der Sache konkrete und scharfe inhaltliche Kritik.

Gegenstand der Auseinandersetzung sollen zwei Aufsätze sein, die die Aufgaben und Grundlagen eines "erneuerten Antifaschismus" in der DDR zum Thema haben. Der Aufsatz von Norbert Madloch stammt vom Mai diesen Jahres und bezieht die neuere Entwicklung ebenso mit ein wie das Referat von Rolf Richter, das dieser bei einer Fachtagung über Rechtsextremismus Ende Juni, veranstaltet von der PDS, gehalten hat. Charakteristisch für diese Fachtagung wie für die DDR-Diskussion insgesamt war einerseits ein "heilloses Durcheinander in der Begriffsbestimmung", so der Dozent an der Universität Dresden und Rechtsextremismusexperte Dr. Jens Metzler, und andererseits die Tatsache, daß mehr über einen "neuen Antifaschismus" als über den Neofaschismus geredet wurde. Ergebnis der Tagung: "Nicht der Antifaschismus sei das Pendant zu Neofaschismus oder Neonazismus, sondern die parlamentarische Demokratie." (blick nach rechts, 16.7.90) Demokratie und Antifaschismus als Gegensätze?

Illusionen und Hilflosigkeit

Einer der Referenten bei dieser Fachtagung am 23. Juni war Professor Dr. Rolf Richter von der Stiftung Gesellschaftsanalyse e.V., die aus der Akademie für Gesellschaftswissenschaften hervorgegangen ist. Seinen Vortrag stellte er unter die Überschrift "Für einen erneuerten Antifaschismus". Die PDS hielt ihn für so wichtig, daß sie ihn in ihrem Pressedienst vom 24.8.1990 vollständig dokumentierte.

Richter charakterisiert die PDS als antifaschistische Kraft. Er hebt zugleich hervor, daß diese Feststellung auch auf alle anderen Parlamentsparteien und die Bürgerbewegungen zutrifft. Richter verschafft Kräften wie der DSU, die den Begriff Antifaschismus lediglich als "stalinistische Kampfvokabel" begreift, so einen antifaschistischen Persilschein. Die Ursache für diese Umarmungsversuche Richters zeigt sich schon im gleichen Satz. Für ihn basiert Antifaschismus nicht auf einer Theorie, sondern auf bestimmten Werten. Aufzählend setzt er ihn gleich mit einer "Politik im Sinne der Humanität, der Solidarität, der Verantwortung vor der deutschen Geschichte ..., der Gewaltfreiheit". Schon an dieser Stelle werden Abgrenzungsbemühungen deutlich: militanter Antifaschismus soll kein Antifaschismus sein. Solche Denkansätze hinterlassen bereits deutliche Spuren im neugegründeten "Bund der Antifaschisten" der DDR. Dessen Sprecher, der Theologieprofessor Heinrich Fink, erklärt in inhaltlicher Übereinstimmung mit Richter: "Wirklicher Antifaschismus ist Botschaft für den Menschen, daß alle miteinander reden können." (antiFA, 7/90, S. 1) Wie gesagt, manchmal ist es schwer, keine Satire zu schreiben.

Fink betont, daß "Worte und Argumente unsere wichtigsten Waffen seien." Diese Auffassung dürfte mit den Erfahrungen der jungen AntifaschistInnen kaum in Einklang zu bringen sein, die sich mittlerweile fast täglich ihrer Haut vor faschistischem Straßenterror wehren müssen. Nach Norbert Madloch machen die DDR-Antifas offenbar die gleichen bitteren Erfahrungen wie die der BRD. Er schildert "eine auffallende Zurückhaltung von

Polizei und Justiz gegenüber rechtsextremistischen Aktivitäten, (die) eine Ausweitung der Nazi-Skin-Bewegung und anderer neofaschistischer Organisationen" begünstigen. Erste staatliche Gegenmaßnahmen seien erst ab Ende April 1990 erfolgt. (Norbert Madloch: Fakten und Thesen zum Rechtsextremismus in der DDR nach der Wende vom Herbst 1989, veröffentlicht im Mai 1990, S. 14) Die Erfahrungen faschistischer Militanz sind alltäglich in Ost und West. Die Reaktion der Staatsorgane ist ebenfalls die gleiche. Auch die Fahndungsunion wird daran nicht das geringste ändern. Die Theoretiker eines "erneuerten Antifaschismus" in der DDR werden sich davon überzeugen müssen, daß die von ihnen hochgelobten demokratischen Strukturen kein Garant für demokratisches und antifaschistisches Vorgehen der Staatsorgane sind. Der Abschied von Illusionen mag zwar weh tun, ist aber notwendig.

Der Illusionen sind aber gar viele bei den Theoretikern eines "erneuerten Antifaschismus". Der ständige positive Bezug auf Werte wie "Toleranz, Pluralität, Machtteilung" (Richter) ist zwar auf dem Hintergrund der Erfahrung mit der Regierungspraxis der dem Anspruch nach antifaschistischen SED, die gerade diese Werte mit Füßen trat, verständlich, dient trotzdem gleichzeitig nicht einer effektiven Auseinandersetzung mit den "schweren Altlasten" des SED-Regimes. Berechtigterweise beklagt Richter die "faktische Monopolisierung des Antifaschismus und die dabei entwickelte Okkupationsmentalität der SED". Gleichzeitig jedoch, und das erschwert die innerlinke Auseinandersetzung, stehen AntifaschistInnen in der DDR bereits heute vor der gleichen Situation wie die der BRD seit langem: Die jeweilige Staatsführung distanziert sich zwar lautstark von der NS-Zeit, ist jedoch nicht bereit, aus den Erfahrungen dieser Zeit politische Folgerungen zu ziehen. Angesichts dieser Situation wirkt es wie das berühmte Pfeifen im Walde, wenn Richter beteuert: "Der Antifaschismus ist auf deutschem Boden nicht am Ende, und er ist nicht hilflos."

"Positives Verhältnis zur deutschen Heimat"

Richter spricht davon, daß sich ein "erneuerter Antifaschismus" unter "völlig gewandelten Rahmenbedingungen bewähren" müsse. Diese Rahmenbedingungen bewertet er als durchaus günstig. Abstrahierend vom realen Ablauf des Annexionsprozesses fordert er für den Antifaschismus als einen Maßstab ein "positives Verhältnis zur Vereinigung beider deutscher Staaten, zu Deutschland, zur deutschen Heimat, zum deutschen Vaterland." Als notwendige Ergänzung plädiert er für "geistige Auseinandersetzung mit nationalem Nihilismus und linksradikalen Negativpositionen in der Vereinigungsfrage wie mit nationalistischem Taumel." Die alte Gleichung Kommunismus gleich Faschismus wird erweitert zu Linksradikalismus gleich Rechtsradikalismus, zu antinational gleich nationalistisch. So sehr erneuert ist also Richters Position gar nicht zu der alten SED-Position. Auch diese grenzte sich ja mit Vorliebe nach links ab und biederte sich nach rechts, bei der Sozialdemokratie, an.

Genau wie einstmals Kurt Schumacher darauf bestand, antifaschistische und nationalistische Positionen zu vereinen (vgl. Fülberth in: Konkret 9/90), so sieht auch Richter einen notwendigen Zusammenhang zwischen Antifaschismus und dem Bekenntnis "zum deutschen Vaterland". In seinen Thesen versucht er nicht einmal im Ansatz, seine Position zu begründen. Er klammert sämtliche Phänomene aus, die einen engen Zusammenhang zwischen dem Erstarken des Neofaschismus in der DDR und dem Anschlußprozeß belegen. Wiederum fällt auf, daß trotz des Bekenntnisses zur Erneuerung die Position in der nationalen Frage so neu nicht ist. War es nicht die DDR, die bis zur Selbstverleugnung immer wieder die deutsche Einheit gefordert hatte? War es nicht zu einem späteren Zeitpunkt die DDR gewesen, die im nationalen Taumel jede gewonnene Medaille im Sport wie eine gewonnene Schlacht gefeiert hatte?

Der "Theoretiker" Richter vermeidet in seinen Thesen konsequent die Auseinandersetzung mit den ideologischen Grundlagen des Faschismus, zu denen anerkanntermaßen gerade auch der Nationalismus gehört. Die Folgen der "Vereinigung beider deutscher Staaten" sind bereits heute im neofaschistischen Lager deutlich zu beobachten: Verschärfte Agitation für eine Revision der bestehenden Grenzen bis hin zum Anschluß von Österreich und Südtirol, Aufschwung des Geschichtsrevisionismus verbunden mit einer Schuldzuweisung an Polen für den Zweiten Weltkrieg, eine neue Welle des Rassismus. All diese Fakten vernachlässigt Richter. So kann er die Tatsache aussparen, daß diese Erscheinungen auch bereits in den Bereich der etablierten Politik eingeflossen sind, sich das politische Spektrum in den letzten Monaten deutlich nach rechts verschoben hat. Wir können nicht davon ausgehen, daß Richter die Fakten nicht kennt. Das er sie nicht berücksichtigt, scheint kein Zufall, zu direkt widersprechen sie doch seinen politischen Zielen, aber auch Traditionen: auch ohne einen langen historischen Exkurs machen zu müssen, kann man feststellen, daß schon die KPD, aber eben auch die SED, in der nationalen Frage bestrebt waren, sich nicht rechts überholen zu

lassen - immer in der Hoffnung, mit populistisch-nationalistischer Agitation "die Massen" hinter sich zu bringen, die dumpfen Stimmungen "des Volkes" für sich zu vereinnahmen - und nicht zuletzt, um sich allen als "gute Deutsche" staatstragend präsentieren zu können. Früher hätte man ein solches Vorgehen rechtsopportunistisch genannt, angesichts der "Vereinigung aller deutschen Stämme", der schon erlebten und noch zu erwartenden nationalen Jubel- und Taumeltage, der Hetze gegen jede noch so zaghafte Kritik und der Tatsache, daß das zukünftige Großdeutschland dort weitermachen will, wo der Faschismus aufgehört hat, vergehen einem selbst Satire und Polemik. Sind bei solchen Positionen solidarische Kritiken überhaupt noch zugelassen? Oder werden radikale AntifaschistInnen in eine solche Konfrontation gedrängt, daß sie reagieren müssen wie im Frühjahr in Frankfurt beim Antifa-Kongreß, wo sich die sozialdemokratischen Vereinnahmungs- und Ausgrenzungsversuche nur um den Preis der Sprengung des Kongresses verhindern ließen.

Es scheint, als müsse die PDS, um einen tatsächlich angemessenen, zeitgemäßen Antifaschismus zu entwickeln, mehr aufarbeiten als die staatliche Okkupation und Mumifizierung der antifaschistischen Bewegung durch die SED: auch die Theorie bedarf ganz offensichtlich einer gründlichen Durchsicht, hier sollte tatsächlich einiges verabschiedet werden.

Was hat uns Richter für seinen "erneuerten Antifaschismus" sonst noch anzubieten? Er fordert eine neue Geschichtsaufarbeitung. Er glaubt, daß soziale Konflikte "mit antifaschistischen Haltungen der Humanität, Gewaltfreiheit, Solidarität auf freiheitlich-demokratische Weise" gelöst werden müssen. Träume können schön sein, sie können aber auch gefährlich sein. Eigentlich sollte von einem der PDS angehörenden Professor erwartet werden können, daß er einmal zumindest einen Grundkurs in politischer Ökonomie des Kapitalismus belegt hat. Richter scheint diese Annahme zu widerlegen. Wiederum ist kaum vorstellbar, daß er die sozialen Realitäten in der Bundesrepublik nicht kennt. Die allerdings auszusprechen und sie vor allem zu kritisieren, hieße zugleich, den positiven Bezug zur Vereinigung beider deutscher Staaten zu relativieren. Dieser jedoch scheint der zentrale Punkt in Richters Konstrukt "erneuerter Antifaschismus" zu sein.

Die Angst Richters besteht vor allem darin, daß Neofaschismus, Rassismus und Ausländerhaß den "Übergang zur Marktwirtschaft" zusätzlich erschweren könnten. Er bewertet die Marktwirtschaft positiv, benennt sie auch nicht mehr als Kapitalismus, und propagiert eine "intersystemare, klassenübergreifende, alle Menschen verbindende Politik". Man ist geneigt "Friede, Freude, Eierkuchen" auszurufen. Im Gegensatz zu Richter bemüht sich Norbert Madloch in seinem bereits erwähnten Aufsatz, die Fakten wenigstens ansatzweise zur Kenntnis zu nehmen: "Es besteht eine große Wahrscheinlichkeit, daß durch soziale und nationale Enttäuschungseffekte, eine wachsende Arbeitslosigkeit, ein wachsendes Wohlstandsgefälle zwischen den westlichen und östlichen Teilen Deutschlands sowie durch eine steigende Zahl von Ausländern auf dem Gebiet der heutigen DDR das rechtsextremistische Potential in unserem Lande weiter anwachsen kann." Madloch erkennt also die Gefahren des Annexionsprozesses und besteht - zumindest verbal - auf der Notwendigkeit einer oppositionelle Abwehrfront. Richter dagegen, das ist die Quintessenz seiner Ausführungen, hat ganz offensichtlich die Vorstellung einer PDS als Staatspartei. Nicht zu wenig Sozialismus hat es in der Vergangenheit für ihn gegeben, sondern zu viel. Die Lösung ist ein "dritter Weg": system- und klassenübergreifend.

Richters "antifaschistisches Modell", das die Klassengegensätze ignoriert, um so die "Vision" eines breiten politischen Bündnisses aller demokratisch-parlamentarischen Parteien nahelegen zu können, hat darüberhinaus mit der Wirklichkeit rein gar nichts zu tun. Alle seine strategischen Überlegungen für seinen "Antifaschismus" zerschellen schon heute brutal an der Realität der DDR, ob es nun die "sozialen Strategien" betrifft, den staatlichen Rassismus oder die von ihm geforderte "Friedenserziehung". Er scheint überhaupt nicht wahrnehmen zu wollen, wohin der vielbeschworene Zug fährt. Das allerdings steht in schlechtester SED-Tradition: das nicht sein darf, was nicht sein soll.

Richter geht von einem sogenannten antifaschistischen Konsens der demokratisch-parlamentarischen Parteien aus, den es sowohl in der DDR als auch in der BRD nicht gibt. Hier gibt es nur schroffe politische, ökonomische Polarisierungen in der Gesellschaft, die nicht zufällig mit den Klassengegensätzen zusammenfallen. Seinen hehren Zielen von Humanismus und Toleranz ist zwar zuzustimmen (auch wenn wir wissen, daß sie in der bürgerlichen Gesellschaft immer dazu benutzt werden, grundsätzliche Opposition zu verhindern), doch fehlt bei ihm jegliche strategische Überlegung, wie denn diese Forderungen verwirklicht werden könnten. Ein Antifaschismus jedoch, der lediglich Forderungen postuliert, sich über ihre Verwirklichung keine Gedanken macht, verdient den Namen Antifaschismus nicht.

Faschisten in der DDR: hausgemacht

Die Herangehensweise von Madloch vermögen wir eher nachzuvollziehen. Im ersten Teil seines Aufsatzes skizziert er die Entwicklung des Rechtsextremismus in der DDR seit der "Wende vom Herbst 1989". Er beschreibt die regionale Unterschiedlichkeit (Gefälle des Neofaschismus von Süd nach Nord), schildert die Unterstützung aus der BRD seit dem Herbst sowie die hauptsächlichen Themenfelder des Neofaschismus (Nationalismus, Antikommunismus, Ausländerfeindlichkeit und zunehmender Psychoterror gegen alle Linken). Er geht von einer Zahl bis zu 10.000 jungen Menschen aus, die der rechtsextremistischen Jugendszene zuzurechnen sind. Waffen würden verstärkt in das Gebiet der DDR eingeschleust. In einem weiteren Teil seines Aufsatzes skizziert er die ideologischen Denkschablonen der Neofaschisten der DDR.

Der wohl interessanteste Teil seines Aufsatzes beschäftigt sich mit den "Ursachen des Rechtsextremismus in der DDR". Dort bemerkt er unter anderem: "Der hausgemachte DDR-Nationalismus schlug hier in einen tendenziell großdeutschen Nationalismus um." Gleichwohl - und ohne die eigene Widersprüchlichkeit zu thematisieren - ist auch er der Meinung, daß es von links einen positiven Bezug auf den Begriff der Nation geben sollte. Trotzdem ist seine Feststellung, daß die Hauptursachen des Rechtsextremismus in der DDR in erster Linie in den Entwicklungsprozessen der DDR selbst zu suchen seien, wichtig für die notwendigen Aufarbeitungs- und Erneuerungsprozesse. Zweitens bemängelt er, daß "die positiven Ansätze aus den ersten Nachkriegsjahren ... nicht bis zu einer völligen Entnazifizierung des Denkens fortgesetzt" wurden. Das Aufkommen neofaschistischer Tendenzen seit Beginn der 80er Jahre sei durch die Partei- und Staatsführung ignoriert worden, da nicht sein konnte, was nicht sein durfte. Der Antifaschismus in der DDR sei zunehmend verkrustet und habe besonders in der jungen Generation zu einer abnehmenden Glaubwürdigkeit geführt.

Besonders bemerkenswert ist seine Kritik "provinzialistischen Denkens" in weiten Bevölkerungskreisen, die zu einer "Intoleranz gegenüber allem Fremden" geführt habe. Nicht nur die Punks, sondern auch AusländerInnen in der DDR können ein Lied davon singen. In diesem Zusammenhang bemängelt er auch die "restriktive Ausländergesetzgebung der DDR".

In einem vierten Abschnitt benennt Madloch "soziale Verunsicherungen, eine tiefe Sinn-, Werte- und Orientierungskrise" im Gefolge der Wende, die zusammen die Hemmschwelle für die Hinwendung zu rechtsextremistischen Denk- und Verhaltensweisen herabgesetzt haben. Dies führe bis zu einem Ruf nach einem starken Führer. Madloch erklärt dies dadurch, daß demokratische Entscheidungsfindungprozesse im gesellschaftlichen System der DDR nie gelernt worden seien und viele Menschen so den neuen Erfordernissen hilflos gegenüber ständen.

Als weiteren wichtigen Punkt benennt er "theoretische Defizite bei der Analyse des Faschismus". Die Reduzierung der Faschismustheorie auf die Dimitroff-These vom 7. Weltkongreß der Komintern habe wesentliche Aspekte ausgeblendet, kritisiert er mit Recht. Ebenso sei die Erforschung des Faschismus auf dem Wege zur Macht genauso vernachlässigt worden wie eine Analyse des Alltagsbewußtseins der Mehrheit der Bevölkerung zur Zeit des Faschismus. So sei die Frage ausgeblendet worden, was aus dieser Zeit "im Bewußtsein älterer DDR-Bürger aufbewahrt, was ... davon heute an Jugendliche weitergegeben" wird. Madloch nennt dieses Phänomen das "Bündnis der Großväter und Enkel". Er problematisiert allerdings nicht das Wirken ehemaliger NSDAP-Mitglieder im früheren Partei-und Staatsapparat der DDR. Auch darin mag aber ein Grund für den Verlust an Glaubwürdigkeit des Antifaschismus gelegen haben.

In der Analyse der hausgemachten Entstehungsbedingungen für den Neofaschismus in der DDR stimmen wir Madloch im wesentlichen zu. Bei all dieser berechtigten Kritik sollte allerdings nicht vergessen werden, daß es in der Vergangenheit und erst recht in der Gegenwart bedeutende Verstärker aus der Bundesrepublik zur Etablierung einer neofaschistischen Szene in der DDR gegeben hat. Nicht verschwiegen werden sollte die Unterstützung der Altnazis in der DDR bis zum Mauerbau durch Gruppen aus der BRD. Nicht verschwiegen werden sollte gleichfalls die Destabilisierung des Systems der DDR durch die BRD-Medien, die die ohnehin vorhandene Tendenz zur Abschottung und Verkrustung noch verstärkte. Der 1984 aus der SED ausgeschlossene Wolfgang Wolf wies außerdem darauf hin, daß "Ländern des realen Sozialismus ... eine ernstzunehmende faschistische Gefahr in dem Maße (erwächst), in dem die Gesellschaftskrise, in der sie sich befinden, Tendenzen befördert, die zur Wiederherstellung kapitalistischer Produktions- und Gesellschaftsverhältnisse führen, ohne daß damit Aussichten bestünden, die Krise zu überwinden." (Antifa-Infoblatt v. 2.11.89) Wolf stellt im Gegensatz zu den PDS-Theoretikern gerade einen engen

Zusammenhang zwischen der Rekapitalisierung und dem Erstarken des Neofaschismus fest. Ein Zusammenhang, der durchaus auch bei den anderen Ländern des ehemals realsozialistischen Lagers zu beobachten ist. Die Klassenverhältnisse sollten eben in Gegensatz zu Richters Meinung stets berücksichtigt werden.

Obwohl Madloch in seiner Analyse der Entstehungsbedingungen des Neofaschismus mehr von der Realität der DDR ausgeht als Richter, kommt Madloch trotzdem zu ähnlichen Schlüssen bezüglich eines neuen Antifaschismus. Die Angst vor einer gesellschaftlichen und politischen Isolation der PDS führt in beiden Fällen zur krampfhaften Suche nach Bündnispartnern und zur Anbiederung an deren Position. Auch Madloch orientiert sich deshalb an der vorherrschenden nationalen Stimmung in der DDR-Bevölkerung und warnt "lediglich" vor nationalistischen Übertreibungen: er möchte ein "konstruktives Verhältnis zu den Begriffen von Volk, Nation und Heimat in Verbindung mit einem undogmatischen Internationalismus" durchsetzen. Im Stile der "konstruktiven Opposition" wird stets das Gemeinsame betont, das Trennende und Eigenständige dagegen zurückgestellt. Nicht die Diskussion über die richtige Strategie wird so entfacht, sondern die vielbeschworene "Gemeinsamkeit der Demokraten" zum unverletzlichen Dogma erhoben.

Nicht nur Begriffsunklarheiten

Es verwundert ein wenig, daß diese DDR-Wissenschaftler noch den Begriff Antifaschismus, wenn auch erneuert, benutzen. Ist der Gegner dieses Antifaschismus bei ihnen doch kaum noch der Neofaschismus, sondern nach der neuen Sprachregelung analog zur BRD der "Rechtsextremismus" respektive der "Rechtsradikalismus". An keiner Stelle wird diese Änderung der Begrifflichkeit begründet. Nur Madloch erläutert wenigstens, warum er in welchem Fall welchen Begriff gebraucht. Doch gegenüber seinen Begriffsbestimmungen sind selbst die des jährlichen Verfassungsschutzberichtes ein Musterfall von wissenschaftlicher Gründlichkeit. In seinem von der Akademie der Gesellschaftswissenschaften im Januar 1990 veröffentlichten Aufsatz "Rechtsextremismus in den 80er Jahren in Europa" definiert er "Rechtsextremismus": "Rechtsextremismus umfaßt im weiten Sinne alle politischen Ideen und Aktivitäten rechts vom Rechtskonservatismus. Wobei es eine Grauzone von unterschiedlichen Übergängen gibt." Das kann alles und auch nichts heißen. Was ist Rechtskonservatismus? Gibt es denn auch einen linken Konservatismus? Madloch benennt als ideologische Komponenten des Rechtsextremismus übersteigerten Nationalismus, Chauvinismus und Rassismus, extremen Militarismus und Antikommunismus. Sind Nationalismus und Militarismus, die nicht "übersteigert" oder "extrem" sind, nicht rechtsextrem? Unterscheiden sich diese ideologischen Bestandteile von denen des Neofaschismus? Denn auch diese Begriffe gebraucht Madloch weiterhin, denn er weist darauf hin: "Im engeren Sinn umfaßt der Begriff des Rechtsextremismus alle politischen und ideologischen Erscheinungen und Kräfte, die unmittelbar zum Neofaschismus bzw. Neonazismus gezählt werden können." So zählt er die Revanchistenverbände zum rechtsextremen Spektrum. Eine Vorgehensweise, die uns inhaltlich durchaus sympathisch ist, in dieser Form aber auch zur weiteren Begriffsverwirrung beiträgt.

Die Bevorzugung des Begriffs Rechtsextremismus gegenüber dem ebenfalls häufig gebrauchen Rechtsradikalismus begründet er in einer derart offen opportunistischen Weise, daß es ihn fast schon wieder sympathisch macht: "Staatsrechtlich werden in der BRD unter Rechtsradikalismus politische Ideen und Aktivitäten verstanden, die sich noch im Rahmen der pluralistischen Demokratie und damit des Grundgesetzes bewegen. Rechtsextremismus wird dagegen als verfassungsfeindlich nach Art. 139 des Grundgesetzes gewertet."

Zwar bemüht sich Madloch sichtbar, die Definitionen des Verfassungsschutzes schon vorbereitend in der DDR zu verbreiten, doch begeht er dabei einen unverzeihlichen Lapsus: nie würde sich ein pluralistischer Grundgesetzschützer auf den Art. 139 GG beziehen, denn dieser ist nach den Aussagen unseres Innenministers "obsolet", zu gut deutsch hinfällig. Zudem ist er Besatzungsrecht; und "wir" sind schließlich gerade vollständig souverän geworden und sollten diesen alten Kram schleunigst vergessen - zumindest wenn es nach den Herrschenden geht. Als "Neofaschismus" wird bei Madloch nur noch die Spielart des Rechtsextremismus begriffen, die sich ausdrücklich auf eine der historischen Erscheinungsformen des Faschismus beruft. Es bleiben also nur noch die Stiefelfaschisten als solche übrig. Diejenigen, die das Handwerk der Tarnung gelernt haben, werden zu Rechtsextremen befördert. Da Madloch an keiner Stelle seinen Begriffswandel ideologisch herleitet und begründet, müssen wir annehmen, daß dieser Wechsel der

Begrifflichkeit erfolgt, um in der wissenschaftlichen Diskussion des künftigen Großdeutschland ernst genommen zu werden.

Auf der Basis dieser Überlegungen von Madloch und Richter (Roland Bachs Denkansatz "Für einen erneuerten Antifaschismus in der DDR", veröffentlicht Anfang Januar 1990, ging noch vom Weiterbestand der DDR aus, nimmt aber vieles aus den Texten Richters und Madlochs bereits vorweg) wird die PDS-Distanzierung von linken AntifaschistInnen erklärbar. Die Angst vor dem politischen Ghetto und die theoretischen Altlasten führt direkt in die Arme der Sozialdemokratie. Ein großer Kurswechsel war dazu jedoch nicht notwendig. Neu an dem erneuerten Antifaschismus ist im wesentlichen die Distanzierung von Teilen der eigenen Vergangenheit und von der eigenen verfehlten antifaschistischen Praxis. Die gebotenen strategischen Lösungsansätze dagegen sind alles andere als neu. Es entsteht der Eindruck, als sei es Aufgabe der PDS, die Funktion einer antifaschistischen Bündnisorganisation wahrzunehmen, die alle Zugänge zum Antifaschismus berücksichtigt. Auch dieser Irrtum hat seine Wurzel in der alten Rolle als Staatspartei. Aufgabe einer sozialistischen Partei aber kann es nur sein, einen sozialistischen Zugang zum Antifaschismus, nicht aber einen sozialdemokratisch-nationalen, aufzuzeigen.

Je eher sich die PDS von der Illusion verabschiedet, nach den Reichstagswahlen tatsächlich an entscheidender Stelle die politischen Entscheidungen mitgestalten und in sie eingreifen zu können, desto eher wird sie in der Lage sein, sich zu einer entschiedenen Opposition zu entwickeln, die auch die Hoffnungen zumindest ansatzweise erfüllen kann, die ein Teil der westdeutschen Linken trotzalledem in sie setzt. Ändert sie sich nicht in diese Richtung, dann verkommt sie zu einer lediglich weiteren Variante der Sozialdemokratie neben den Grünen. Das Ende der PDS wäre damit vorprogrammiert. Sie scheint bei der Diskussion um den Antifaschismus auf dem bestem Wege zu sein, dem dadurch Vorschub leisten, daß sie sich schon jetzt theoretisch den Garaus bereitet.

Otto Geschke/Andreas P. Zaleshoff

# 22. Wunsiedel, Oberfranken Kultstätte der militanten Rechten

Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak322/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:322:31

"Man hätte sich kurz fassen können ..." So überlegt ein "Zeit"-Reporter nach dem faschistischen Aufmarsch in Wunsiedel anläßlich des dritten Todestages des "Führer"-Stellvertreter Rudolf Heß. Um es dann doch nicht zu tun. Splitter des Geschehens sind sein "Bericht": Vier Stern-Reporter, zwei Punks, eine Frau mit Blumenstrauß ... Das war es. Trotzdem treibt das ganze Geschehen sein Gedanken um: Ist die Wiedervereinigung der radikalen Rechten - rund tausend Neonazis West mit etwa 70 Neonazis Ost eine Nachricht wert? Auf einem halben Meter Entfernung kann schon ein betrunkener Skinhead, einsneunzig groß und sicher neunzig Kilo schwer, ziemlich bedrohlich aussehen, wenn er brüllt:"Du rotes Schwein, Dich mach ich fertig!". Aus einigen hundert Kilometern Abstand ist es eher beruhigend zu wissen,daß in Wunsiedel nicht mehr als tausend solcher Leute zusammenkamen, obwohl dafür bundesweit mobilisiert wurde. So schreibt die "Zeit" vom 24. August.

Damit, so meinen wir, kann man sich nur begnügen, wenn man den "Gedenkaufmarsch" und die antifaschistische Gegendemonstration nicht verstanden hat. Wir finden es erforderlich, einen genaueren Blick auf das Ansteigen der Zahl militanter Rechter zu richten, jedoch auch auf den veränderten Umgang der Öffentlichkeit und der AntifaschistInnen mit dieser Entwicklung.

Wunsiedels Entwicklung zum Pilgerort der Faschisten

Ausgangspunkt ist der Tod von Rudolf Heß am 17. August 1987 im Spandauer Kriegsverbrecher-Gefängnis. Der im Nürnberger Prozeß von alliierten Richtern zu lebenslanger Haft verurteilte Hitler-Stellvertreter galt schon zu Lebzeiten als "Symbolfigur" und "Märtyrer" der Naziszene. Spontan versammelten sich damals in Wunsiedel, dem Bestattungsort, die Verehrer und ihre "Prominenz" von FAP bis NPD. Die Kundgebungen der Faschisten blieben jedoch keine Eintagsfliege. 1988 meldete zum ersten Mal Bertold Dinter eine Gedenkkundgebung zum "Festtag" an. Dinter, Ex-NPDler aus Rheda-Wiedenbrück und seit 1983 in ANS/NA-Nähe (mit noch guten Kontakten in diese Richtung) ist Herausgeber des ziemlich flachen Blättchens "Wehr Dich" (Auflage nach eigenen Angaben: 2.900).

Es kamen 150 Alt- und Neonazis, unter ihnen Kühnen und Brehl; 58 Festnahmen wegen Waffenbesitz, Verwendung verfassungsfeindlicher Propaganda, etc. blieben ohne politische Folgen. Noch im August meldete Dinter die Kundgebung für das Jahr 1989 an. Spätestens zu diesem Zeitpunkt war klar, daß hier ein Wallfahrtsort der Neonazis entstehen würde. Es bildete sich in Wunsiedel ein "Arbeitskreis gegen alte und neue Nazis", ein breites regionales Bündnis, das "im Sinne des Antifaschismus mit allen legitimen Mitteln unseres demokratischen Rechtsstaats in absoluter Gewaltfreiheit, aber mit aller gebotenen Radikalität, alles tun wird, um die rechtsextremen Strömungen in der BRD und hier besonders im Landkreis Wunsiedel einzudämmen". Im Bündnis waren von den Grünen, der VVN, amnesty international, GEW, Jusos, DKP und Bund Naturschutz bis anfangs sogar zur SPD (doch dazu später) alle regionalen Kräfte vereint. Sie riefen zu einer Gegendemonstration parallel zum Faschistenaufmarsch auf. Die Überlegung war, durch ein Verbot beider Demonstrationen das Problem zu lösen. Doch verfehlt. Beide Demonstrationen am 19.8.1989 wurden erlaubt und fanden statt. Die Gegendemonstration mit 400 TeilnehmerInnen und anschließend das mit 350 Personen schon größere Spektrum der militanten Faschoszene. Hinter den Anmeldern Dinter und Christian Worch (FAP/NL) liefen Friedhelm Busse (FAP) und der FAP-Flügel Jürgen Moslers. Alles was Rang und Namen hatte, war vertreten: Volker Heidel, Axel Zehnsdorf, Gisbert Reichel, Gottfried Küssel (Österreich), Ehepaar Geiß, SS-Siggi Borchardt, Thomas "Steiner" Wulf, Oliver Schweigert; von der FAP über NS, Nationalistische Front bis zur WJ-Gruppen. Busse als Redner konnte in aller Ruhe seine Neuordnung Europas propagieren, wofür seine Kameraden der Waffen-SS gekämpft hätten, "ohne Hammer und Sichel und ohne Davidstern und frei von Wallstreet, frei von Sowjetjudäa und frei von Tel Aviv". VS und Polizei hörten andächtig zu.

Veränderungen im militanten Bereich

Beruhigte sich die Presse 1988 mit der Teilnehmerzahl von 150, 1989 mit der von 350, so gehen die Einschätzungen an der tatsächlichen Entwicklung vorbei. Die militante Rechte schaffte es in den letzten

Jahren, die existierende Isolation unter Jugendlichen mit teils geschickt gemachten Zeitungen wie "Index" (Worch) aufzubrechen. An Schulen werden ihre Schriften toleriert und finden auch Anhänger. Die Tatsache, daß sich am "Führer-Geburtstag" 800 Neofaschisten im Münchner Hofbräukeller (Anmelder: Ewald Altlans, FAP) - oder die auch Zahl von 1.000 Skins, die nach einem verbotenen Konzert (Anmelder: Thorsten Heise, FAP) in der DDR radlierend Richtung Göttingen zogen (s. ak 319), sind lediglich alarmierende Anhaltspunkte einer gefährlichen Veränderung. Kühnen kann nach seinem Treffen mit Gary "Rex" Lauck (NSDAP/AO, USA) auf dem Ost-Berliner Flughafen Schönefeld auf seiner DDR-Rundreise mit Gottfried Küssel Säle mit 300 Personen füllen und die Zulassung einer legalen NSDAP fordern. Neben ihrem Zulauf arbeiten sie auch mit neuen Methoden. Hausbesetzungen wie in der Weitlingstraße (Berlin/Hauptstadt) oder in polnischer Grenznähe in der Stadt Guben an der Neiße machen Autonomen schwer zu schaffen. Wunsiedel 1990 war ein Ergebnis dieses Wandels und ihrer Anstrengung - kein einfaches Addieren "BRD+DDR-Rechtsextreme" zur statistischen Größe als unwichtiges Nebenprodukt der sogenannten Wiedervereinigung.

So scheinen sie, vor allem Christian Worch, viel an taktischem Geschick gewonnen zu haben. Ihre Öffentlichkeitsarbeit hat an Qualität gewonnen. Über Telefax waren sie im Vorfeld der Wunsiedeler Demo 90 ständig mit dem Landratsamt in Kontakt. Sie übermittelten Presseausschnitte über Aufrufe zur Demo aus "Interim", "Radikal", "agitare bene" und der Stadtzeitung Coburg, um vor "Chaoten" zu warnen und fordern die Verlegung der linken Gegendemo auf einen anderen Tag. In einem ordentlichem, den bürgerlichen Ton treffenden Fax an alle Geschäftsleute von Wunsiedel warnten sie vor bürgerkriegsähnlichen Zuständen, da Leute von Kreuzberg bis zur Hafenstraße sich zur Gegendemo angemeldet hätten und baten sie deswegen, auf das Landratsamt einzuwirken. Das sitzt. Es werden Glasversicherungen für einen Tag abgeschlossen, und die im wahren Sinne des Wortes Brandstifter werden zu Biedermännern. Die Stimmung in der Bevölkerung richtete sich gegen die antifaschistische Demo. Zwei Tage nach der Demonstration arbeiten sie auf dieser Ebene weiter. Das Landratsamt wird erneut ersucht, die Gegendemo 1991 auf einen anderen Tag zu verlegen, ein Ultimatum bis zum 31.12.1990 gestellt und andernfalls mit einer Verpflichtungsklage beim Verwaltungsgericht gedroht. Der Polizei wird eine Fachaufsichtsbeschwerde vorgelegt, da sie unterbesetzt gewesen sei und nicht hart genug gegen die AntifaschistInnen durchgegriffen habe. Beides wird auch an die regionale Presse gefaxt. Alles Arbeitsweisen, wie noch nicht bekannt waren, die jedoch langsam Früchte tragen.

Die Polizei, zuverlässig ihr Freund und Helfer

Zum Gedenkmarsch für Rudolf Heß riefen in diesem Jahr drei Organisationen auf. Die "Nationale Liste", der Worch vorsteht, mit Thomas "Steiner" Wulff als "Organisationsdienstleiter" des Aufmarsches; die "Nationale Offensive" aus Diedorf (Bayern), bei der gerätselt werden darf, ob es sich um den bayrischen FAP- Block handelt, der auf dem letzten FAP-Bundesparteitag wegen Busses beherrschenden Führungsstil ausgezogen ist; und schließlich ein "Volksbund Rudolf Heß", dem die Kühnen-Vertraute Ingrid Becker vorsteht und der seinen Sitz in München hat. Ingrid Becker führt auch dem im Sommer 1989 neu gebildeten "Arbeitskreis für deutsch-alternative Politik" an dem eigenen Angaben zufolge 22 Parteien, Organisationen und Initiativen beteiligt sein sollen.

Schon während sich die etwa 2.500 Menschen starke Gegendemonstration am 18.8.1990 sammelt, steht eine Provogruppe der Nazis 50 Meter entfernt und pöbelt AntifaschistInnen an. "Wir sind Deutsche - Du bist es nicht!", "Juden raus!", "Deutschland den Deutschen!" und "Sieg Heil!" werden mit dem Hitlergruß skandiert. Allen voran der neue kleine "Führersturm" aus der DDR und Oliver Simon aus Göttingen. Simon war erst am 14. Juli bei einem Angriff mit einer Axt von Karl Polaczek (FAP) auf eine Antifaschistin beteiligt gewesen. Die Polizei steht uninteressiert daneben. Im Hintergrund unscheinbar die Altfunktionäre: Heinz Reisz (NL Langen bei Frankfurt) erzählt der Presse über den kürzlichen Selbstmord des Altfaschos Gerald Heß. Edgar und Lilo Geiß (FAP) mit Videokameras begleiten, wie viele weitere Dokutrupps der Faschos, die Antifademo, neben den Trupps der Polizei in Zivil, die sich mit SAT 1- und RTL-Aufklebern auf den Kameras tarnten. Werden Fahrzeuge der AntifaschistInnen vor Wunsiedel noch Stunden aufgehalten und durchsucht, wird der Autokolonne der Faschisten über Autotelefon mitgeteilt:"Sie brauchen Verzögerungen ihrer Anreise durch Kontrollen nicht einzukalkulieren". Nur um die Verhältnismäßigkeit des polizeilichen Vorgehens darzustellen: Am Tag vorher wurde ein antifaschistischer Jugendlicher aus Wunsiedel, weil er eine Karikatur von Faschisten mit "Wir müssen draußen bleiben" verklebte, nach dem neuen BAG-Gesetz in Vorbeugehaft genommen und erhielt eine Anzeige wegen § 86 StGB (Verwendung verfassungsfeindlicher Kennzeichen). Währenddessen

hängen in der Stadt NSDAP-Aufkleber und -Plakate. Diese Verhältnismäßigkeit wurde beibehalten. Wurden einerseits zwei Versuche über Polizeifunk geplant, Teile der Antifa-Demo einzukesseln und einzelne Leute herauszugreifen, so wurde der Faschozug Stunden später hermetisch von USK (Bayerisches Unterstützungskommando, von Gauweiler eingeführt) und BGS abgeschirmt. Einzelne Antifas, die nur halbwegs autonom ausschauten, wurden aus dem Weg geprügelt. Ergebnis: Neben zahlreichen Prellungen und Blutergüssen gab es sieben Kopfplatzwunden zu nähen, eine Frau wurde noch Tage später stationär im Krankenhaus behandelt.

Kühnen, von einem Großteil der Faschisten mit "Heil Kühnen!" begrüßt, wurde neben Brehl, Otto Rhies (Ffm.) und gut 1.000 Faschisten - vom eigenen Ordnerdienst und der Polizei geschützt - durch die Stadt geleitet. Interessant war noch die Stärke des FAP-Moster/Busse-Flügels. F. Busse, mit 100 "Kameraden" gekommen, weigerte sich, neben Kühnen zu gehen - wegen dessen offenen Bekenntnis zur Homosexualität. Er wurde kurzerhand von Worch an das Ende des Zuges verwiesen. "SS-Siggi" Borchardt kam gar zu spät und wurde erst später in der Stadt gesehen.

Trotzalledem hatte ihr Erfolg, ihren Marsch durch Wunsiedel durchzusetzen, auf der Kippe gestanden. Ein Großteil der Antifademo versuchte nach der Gegenkundgebung, die Faschisten an ihrem Sammlungspunkt zu blockieren. Sie verzögerten ihren Abmarsch um Stunden, bis die Polizeiführung den Landrat anfragte, ob er nicht doch ein kurzfristiges Verbot des Aufmarsches aussprechen wollte. Doch nicht einmal diese Möglichkeit wollte er nutzen, um den Nazi-Aufmarsch zu verhindern. Es wird verständlich, sieht man sich die Argumentationsweisen an, die sich im sogenannten demokratischen Lager der Mitte breit machen.

Ordnung über Alles

Die Anweisung der Verwaltungsbehörden, die 1988/89 ein fünftägiges Versammlungsverbot aussprachen, war nicht gegen das faschistische Gedankengut gerichtet, sondern mit der Gefahr von Ausschreitungen begründet. Es ging zu jedem Zeitpunkt lediglich um Ruhe und Ordnung im Festspielörtchen des Frankenwaldes. Abgelehnt wurde dieses Verbot vor dem Verwaltungsgericht und schließlich dem bayerischen Verwaltungsgerichtshof mit der Verhältnismäßigkeit und daß eine unmittelbare Gefährdung der öffentlichen Sicherheit nicht bestehe. Zusatz:"Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts in Sachen Brokdorf sei die Schwelle für ein Verbot um so höher anzusetzen, je kooperativer sich ein Veranstalter erweise". Unter diesem Gesichtspunkt ist es nebensächlich, ob es sich um Gruppen handelt, die für den Aufbau einer neuen NSDAP kämpfen. Entscheidend ist Bereitschaft zur Kooperation. Und das haben mittlerweile sogar die faschistischen Taktiker gelernt.

Die SPD ihrerseits hat in solchen Fällen eine schon lang erprobte Taktik. Sie veranstaltete am Vortag eine Kundgebung "Demokratie und innerer Frieden", der 30 Passanten zuhörten. Ihre Strategie für den antifaschistischen Kampfes 1990 sah sie darin, eine Demobilisierung zur Antifademo aufzubauen. Mit den örtlichen Zeitungen vereinbarten der SPD-Bürgermeister und der Landrat Schweigen im Vorfeld. An die Wunsiedler wurde die Parole ausgegeben, daheim zu bleiben und die Fensterläden zu schließen, denn durch ein Totschweigen wäre das Problem für das nächste Jahr gelöst. Ein Plakat der Evangelischen Jugend gegen Rechtsradikalismus bringt's auf den Punkt. Es hängt in der ganzen Stadt und verkündet:"Wer zuschaut, macht's erst möglich, denn auch Neonazis brauchen Publikum", oder kurz: Schuld sind die Antifas! Die katholische Jugend organisierte ihren antifaschistischen Gottesdienst zur Zeit der Gegendemonstration.

Konsequenzen nach der Demo: Die Überlegungen im Landratsamt laufen in die Richtung, in der auch Worch Druck macht. Verbot oder Verlagerung der antifaschistischen Demo auf einen anderen Tag, da ja die Faschisten den von der Stadt zur Verfügung gestellten Volksfestplatz ordentlich und sauber verlassen hatten. Die Grünen entledigten sich ihrer antifaschistischen Arbeit durch Unterschriften als Unterstützer auf dem Flugblatt, und daß nur aus dem Grund, daß eine Wunsiedeler Grüne Anmelderin der Demo war. Dreimal wurde bei der Landtagsfraktion eine Unterstützung der Demo mehrheitlich abgelehnt; erst als der Bundesvorstand Mitaufrufer war, gab man Tinte aufs Papier und 500 DM. Das war's. Die VVN stellte mit Emil Carlebach einen guten Redner, beteilige sich jedoch nicht an der Mobilisierung. Die PDS beteiligte sich, hatte aber mit dem Erscheinungsbild der Demo ihre Schwierigkeiten, so daß der Redner verwirrt auf seinen Beitrag verzichtete: Eine linke Demo, die sich neben den Faschisten- auch den USK-Übergriffen zu erwehren hatte, das war für ihn etwas neues. Ergebnis waren die Relationen, die die Demo von 2.500 Antifas bestimmten: ein autonomer Block, eingerahmt von 70 Mitgliedern des Arbeitskreises und 50 alten Antifas aus der DDR.

Betroffenheit bestimmte eine grüne Landtagsabgeordnete:"Wir überlassen es den Autonomen, die Kastanien aus dem Feuer zu holen", wobei sich kein geringer Teil freut, wenn sie sich dabei die Finger zu verbrennen. Ein offenes Auseinandersetzen mit faschistischen Gruppen, ihren Inhalten und Zielen, gerät in eine Außenseiterposition. Der Ruf nach Ordnung und Mitte, gegen jede Art von Extremismus macht sich breit, ja sogar der Dialog mit Faschisten wird gesucht. Nur so sind die Situationen wie in Lichtenfels (Oberfranken) erklärbar: auf einem Arbeitsseminar der Jusos gegen Rechtsradikalismus waren die lokalen Größen von FAP bis NPD anwesend und wurden herzlich aufgefordert, mitzudiskutieren. Unter ihnen war z.B. Stefan Maneck (FAP Bamberg), der in Wunsiedel den Ordnerdienst mitorganisierte. Er lieferte als zentraler Verteiler von FAP-Propagandamaterial in Bayern auch an Josef Saller (NF) aus Schwandorf, der nach einem Schulungsbesuch aus Ausländerhaß vier Menschen durch Brandstiftung tötete.

Organisierten Neofaschisten mit Verharmlosung oder ausschließlich pädagogischen Ansätzen zu begegnen, ist eine gefährliche Entwicklung!

We. / Antifa-Archiv-Gruppe Nbg.

# 23. Dokumentation: Liebe Besetzerinnen und Besetzer

Rubrik: Geheimdienste; KB und AK; Neues Forum / Bündnis 90; DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak322/48.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:322:48

Seit dem 4. September sind die Büroräume des Zentralarchivs des ehemaligen MfS/AfNS in der Berliner Magdalenenstraße besetzt. Die den Bürgerbewegungen der DDR nahestehenden BesetzerInnen fordern u.a. die vollständige Übernahme des Volkskammergesetzes über den Umgang mit Stasi-Daten v. 24.8.90 als Bestandteil des "Einigungsvertrages", d.h. die dezentrale Lagerung der Akten auf (ehemaligem) DDR-Gebiet, die Wahl und Kontrolle der für die Aufbewahrung und für den Umgang mit den Akten Verantwortlichen durch die (Länder-)Parlamente und die Beteiligung der Bürgerkomitees an den Kontrollmodalitäten.

Die BRD-Regierung, mit der die Besetzer im Grunde mittelbar über DDR-Staatssekretär Krause verhandeln (müssen), scheint zu allerlei Konzessionen in Nebenfragen bereit zu sein. So z. B. bei der Lagerung der Akten auf DDR-Gebiet, der Unterstellung der Akten unter einen Sonderbeauftragten, statt - wie ursprünglich vorgesehen - die Akten unmittelbar dem Bundesarchiv in Koblenz einzuverleiben, und bei der Aufstockung des diesen Sonderbeauftragten beratenden Gremiums um weitere (noch-)DDR-Vertreter. In der Substanz jedoch, und das heißt für die BRD-Regierung letztlich die freie und uneingeschränkte Verfügung über die Aktenbestände durch sie selbst und ihre "Dienste", zeichnet sich kein Nachgeben ab. Generalbundesanwalt Stahl und BKA-Chef Zachert haben bereits öffentlich ihren Anspruch auf die Stasi-Akten erhoben.

Am 12. September sind die Besetzer in einen unbefristeten Hungerstreik getreten, um ihrem Anliegen mehr Nachdruck und noch größere Öffentlichkeit zu verleihen. Wir dokumentieren im folgenden eine Solidaritätsadresse der Westberliner Ortsgruppe des KB an die Besetzer.

anti-rep./KB Hamburg

Dokumentation

Liebe Besetzerinnen und Besetzer

Wir solidarisieren uns mit Eurer Aktion, weil Ihr damit eine äußerst brisante Tatsache in die Öffentlichkeit bringt: Die Herren des neuen Deutschland prangern zwar einerseits lauthals das alte Stasi-Regime an, wollen aber andererseits gerne die Ergebnisse der jahrelangen Schnüffelpraxis gegen Oppositionelle einkassieren und für sich nutzen. Außerdem treibt sie die Angst, weil unter dem Material der 2 Millionen Bundesbürger auch so mancher explosive Informationsstoff über ihre alten Machenschaften lagert. Diese beiden Gründe sind entscheidend für die Nichtbehandlung des Themas "Stasi-Akten" im Staatsvertrag und für das hektische Bemühen, den Aktenberg so schnell wie möglich in den bundesdeutschen Zuständigkeitsbereich zu raffen.

Da "unsere Akten" im wesentlichen schon beim Verfassungs"schutz" der BRD liegen und sicher genau wie "Eure Westakten" z. Zt. fleißig ergänzt werden, fordern wir nicht nur die Stasi-Stillegung, sondern geben uns erst dann zufrieden, wenn auch die BRD-Geheimdienste abgeschaltet sind. Diese arbeiten schließlich längst gesamt-deutsch und werden in Kürze auch auf Eurem Territorium ganz und gar rechtstaatlich spitzeln dürfen.

Der Verbleib der Stasi-Akten in den Ländern der DDR sichert sie somit noch lange nicht vor dem Zugriff der ungebrochen aktiven und in deutscher Perfektion arbeitenden BRD-Geheimdienste (Bundesnachrichtendienst BND, Militärischer Abschirmdienst MAD, Verfassungsschutz VS, Bundeskriminalamt BKA, Sonderpolizeien, Under-Cover- Kommandos, alles koordiniert im Bundeskanzleramt). Egal, welche der großen Partein in den Ländern später regieren wird, Vertrauen ist kaum angebracht: Beide haben in der Vergangenheit in trauter Einigkeit mit der FDP am Auf- und Ausbau dieses monströsen Apparates mitgewirkt. Ohne die Stasi-Problematik verharmlosen zu wollen, halten wir das mit dem BRD-Geheimdienstkartell verbundene Machtpotential heute für weit gefährlicher als das des MfS/AfNS in Auflösung.

Nur auf den ersten Blick mutet es merkwürdig an, wenn Ihr von der BILD-Zeitung und Co. mit gewissem Wohlwollen begleitet werdet (Bärbel Bohley habe auch ihre Zahnbürste mitgebracht, 5.9.). Sie sehen in der Verschlagzeilung Eurer Aktion einmal mehr eine Chance zur Anprangerung des alten Regimes, keineswegs aber geht es ihnen um die Verteidigung Eurer Rechte, geschweige denn um die Einschränkung geheimdienstlicher Aktivitäten. Man stelle sich den Versuch vor, Büroräume des Landesamtes für Verfassungsschutz in Westberlin zu besetzen. Abgesehen davon, daß wir in diese Festungen nicht einmal

eindringen könnten: es würde auch keine Minute geduldet, die Hetze in den Medien wäre einhellig. Die Linke hierzulande wird sich noch einiges einfallen lassen müssen, um diesen Machtapparat fundamental zu stören.

Wir unterstützen Eure Forderungen und würden uns freuen, wenn Ihr durch Eure Aktion Möglichkeiten findet, noch mehr Öffentlichkeit darüber herzustellen, daß die BRD-Geheimdienste wesentliche Aufgaben der Stasi einfach übernehmen.

Mit solidarischen Grüßen

Kommunistischer Bund (KB),

Westberlin, 10.9.90

# 24. "Die Bundesanwaltschaft ist keine Partei im Nordirland-Konflikt": Bundesanwalt Morrét am ersten Verhandlungstag

*Bundesanwalt Morrét am ersten Verhandlungstag gegen zwei IRA-Aktivisten*

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; Großbritannien; Irland · CD-Datei: daten/aksuche/ak322/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:322:16

Am 16.8. hat vor dem Düsseldorfer Oberlandesgericht (OLG) der Prozeß gegen Gerry Hanratty und Gerry McGeough, Gefangene aus der irisch-republikanischen Bewegung, begonnen. Die beiden wurden am 30.8.88 an der niederländisch/ westdeutschen Grenze festgenommen. Einen Tag später wurde ihnen von der Bundesanwaltschaft (BAW) pauschal vorgeworfen, an sämtlichen Aktionen der IRA auf dem Kontinent im Laufe des Jahres 1988 beteiligt gewesen zu sein. In ihrem Auto wurden angeblich gefälschte Papiere und Waffen gefunden, die bei Angriffen auf britische militärische Ziele verwendet worden seien.

Im ersten Haftbefehl fielen dann die Vorwürfe wegen der Aktionen in Belgien und den Niederlanden weg. Nach einer Erweiterung des Haftbefehls für Gerry McGeough im Februar 1989 lauteten die Vorwürfe dann: Beteiligung an einem Angriff auf eine britische Kaserne in Duisburg und der anschließenden versuchten Ermordung von bundesdeutschen Polizeibeamten, Verstoß gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz, unerlaubter Waffenbesitz, Besitz gefälschter Papiere und bei Gerry McGeough zusätzlich die angebliche Beteiligung an einem Angriff auf das gemeinsame Rheinarmee/NATO Hauptquartier in Mönchengladbach im März 1987.

Im Zuge des Eröffnungsverfahrens ließ dann Anfang diesen Jahres der 6. Senat des OLG den Vorwurf "Duisburg" nicht zur Hauptverhandlung zu. Hintergrund dafür dürfte die äußerst dürftige Beweislage gewesen sein, die die BAW dem Gericht präsentiert hatte. Hauptbeweis für die Beteiligung am Angriff in Duisburg ist nämlich ein Gutachten des Herrn Ockelmann, das belegen soll, daß die Worte "front" bzw. "back" auf den angeblich in Duisburg verwendeten Nummernschildern von Gerry Hanratty bzw. von Gerry McGeough geschrieben sein sollen. Das Gericht hatte scheinbar die Befürchtung, wieder einmal mit einem Gutachten von Ockelmann auf den Bauch zu fallen. Die BAW legte gegen diesen Beschluß sofort Beschwerde beim Bundesgerichtshof (BGH) ein, dem auch stattgegeben wurde, so daß in Düsseldorf nun doch wegen "Duisburg" verhandelt werden wird.

Im Februar 1989 stellten die britischen Behörden einen Auslieferungsantrag für Gerry Hanratty, der mit einer zweifelhaften Geschichte aus dem Jahr 1984 begründet wurde. Gerry wurde damals festgenommen und nach einem Jahr U-Haft auf Kaution entlassen, weil der Fall selbst dem zuständigen nordirischen Richter zu dünn erschien. Jetzt soll Gerry wegen genau diesem zu dünnen Fall an Britannien ausgeliefert werden.

Die BRD und Britannien halten sich damit ein Hintertürchen offen, um Gerry im Falle einer niedrigen Verurteilung hier, dann für lange Zeit im britisch besetzten Teil Irlands einknasten zu können. Die Ergebnisse aus den Ermittlungen hier und eine Verurteilung als "IRA-Terrorist" in der BRD, würden natürlich in einem Prozeß im Norden Irlands eine nicht unerhebliche Rolle spielen.

Nach der Festnahme Gerry McGeoughs wurde seine Wohnung in Malmö/Schweden, wo er jahrelang legal lebte, zweimal durchsucht. Bei der zweiten Durchsuchung wurden neben großen Mengen anderen Materials mehrere Aktenordner mit Unterlagen beschlagnahmt, die sich angeblich auf Gerrys Asylantrag in Schweden beziehen.

Diese Unterlagen wurden von Schweden aus an Belgien, und von dort aus weiter an die Niederlande, Britannien und natürlich die BRD weitergeleitet. Hier landeten die angeblichen Asylpapiere dann schnell bei den "Beweismitteln" der BAW. Vermutlich sollen diese Unterlagen dazu benutzt werden, Gerrys Mitgliedschaft in der IRA zu beweisen. Die Beweislage der BAW wegen der angeblichen Beteiligung an den beiden Angriffen ist scheinbar äußerst wässerig. Also versucht die BAW, wie so oft in politischen Prozessen, mit einem Konstrukt der "Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" eine hohe Verurteilung zu erreichen und gleichzeitig eine Kriminalisierung des irischen Befreiungskampfes hier in der BRD politisch und juristisch durchzusetzen. Die IRA kann bis jetzt nicht nach § 129a verfolgt werden, und die Mitgliedschaft spielt im

Prozeß strafrechtlich überhaupt keine Rolle (dieser Aspekt sollte dann auch gleich einen Großteil des ersten Verhandlungstages einnehmen. s.u.).

Eine eindeutige Absicht, die die BRD mit diesem Prozeß - wie auch mit dem Verfahren gegen die KurdInnen - verfolgt, ist, einen weiteren Schritt auf dem Weg zur vereinheitlichten Repression im "europäischen Rechtsraum" zu gehen. Letztendlich findet hier in einem Prozeß das seinen Ausdruck, was von quasi im Geheimen arbeitenden Gremien wie TREVI oder Schengen westeuropaweit vorbereitet wird.

Der § 120 GVG

Eine entscheidende Rolle in diesem Verfahren spielt der § 120 des Gerichtsverfassungsgesetzes (GVG), der gleichzeitig mit der Erneuerung des § 129a erweitert wurde. Er regelt die Zuständigkeit von OLGs und BAW schon in erster Instanz. Relevant für dieses Verfahren ist der Abs.2 Nr.2, der die Zuständigkeit für "nicht oder nicht nur im Inland bestehende Vereinigungen" behauptet, "deren Zweck oder Tätigkeit die Begehung von Straftaten dieser Art (129a Katalog) zum Gegenstand hat." Die BRD Behörden umgehen jetzt die Schwierigkeit beweisen zu müssen, daß eine ausländische revolutionäre Gruppe eine eigene Organisationsstruktur in der BRD aufgebaut hat.

Mit der Anwendung der Kriterien des § 129a auf ausländische Organisationen zeigt sich deutlich die Strategie der BAW, einem anti-kolonialen Befreiungskampf den politischen Charakter abzusprechen, obwohl er durch das Völkerrecht geschützt sein müßte. In § 1 Abs.4 des ersten Zusatzprotokolls von 1977 zu den Genfer Konventionen heißt es: "Zu den in Abs.3 genannten Situationen (denjenigen, in denen das Kriegsvölkerrecht und damit das Zusatzprotokoll gilt, d. Verf.) gehören auch bewaffnete Konflikte, in denen Völker gegen Kolonialherrschaft und fremde Besetzung, sowie gegen rassistische Regimes in Ausübung ihres Rechtes auf Selbstbestimmung kämpfen ..."

Ein politischer Konflikt, der nationale Befreiungskampf in Irland, soll hier in die Rechtsnormen des Strafgesetzbuches gepreßt, seines politischen Inhalts beraubt und als terroristisch denunziert und festgeschrieben werden.

Der bisherige Prozeßverlauf

Der erste Tag des Prozesses begann mit einer lautstarken Kundgebung von etwa 100 solidarischen Menschen vor dem Prozeßbunker in der Tannenstraße in Düsseldorf. Das Medieninteresse am ersten "IRA Prozeß" in der BRD war groß, so daß etwa 75% der Zuhörerplätze von der Presse besetzt waren und vor Verhandlungsbeginn mehreren internationalen Fernsehteams gestattet wurde, die beiden Gerrys im Gerichtssaal zu filmen. Erst nachmittags konnten viele FreundInnen und GenossInnen der beiden in den Bunker und ihnen geballte Grüße und viel Solidarität rüberbringen.

Bei den Angaben zur Person brachten die beiden dann gleich das erste Mal Gericht und BAW durcheinander. Beide wiesen weit von sich, als britische Staatsbürger bezeichnet zu werden und Gerry Hanratty machte, nachdem die BAW auf diese Angabe bestanden hatte, deutlich, daß seine Konfession, so er denn eine hätte, in diesem Verfahren überhaupt keine Rolle spielen würde.

Bevor die BAW die Anklageschrift verlesen konnte, stellten die AnwältInnen einen Antrag auf Streichung derjenigen Passagen aus dem Anklagesatz, die die IRA als "terroristische Vereinigung" und die beiden Gerrys als Mitglieder beschreiben. Sie begründeten den Antrag damit, daß der Vorwurf der "Mitgliedschaft" nicht Gegenstand des Verfahrens sei und die besagten Passagen und die Definition "terroristisch" eine Vorverurteilung darstellten und das Interesse der BAW verdeutlichten, ein politisches Verfahren führen zu wollen.

Als weitere Begründung gab Gerry Hanratty eine Erklärung ab, in der er lang auf die Geschichte des irischen Befreiungskampfes einging und erklärte, wer die wahren Terroristen sind. "Obwohl der bewaffnete Kampf gewaltsam ist, und die irischen Republikaner bedauern das, ist sein Ziel nicht die Terrorisierung der Bevölkerung. Die IRA kämpft gegen die britische Kolonialherrschaft. Sie benutzt keinen Terrorismus. Das steht im scharfen Kontrast zur militärischen Gewalt des britischen Staates. Erfolgte die Erschießung von 14 unbewaffneten Zivilisten am Bloody Sunday nicht mit dem Ziel der Terrorisierung der Bevölkerung? Was ist mit der Erschießung von drei irischen Republikanern in Gibraltar? Diese Taktik steht im Zusammenhang mit der Shoot-To- Kill-Politik, mit Internierung und mit Knast. (...) Die BAW sagt in der Anklage selbst, daß die IRA

politische Ziele verfolgt. Nur weil die BAW damit nicht einverstanden ist, hat sie kein Recht, die irischen Republikaner als Terroristen zu bezeichnen. Die BAW würde Mitglieder der Contra oder der Mudjahedin nicht als Terroristen bezeichnen. (...) In diesem Verfahren geht es nur scheinbar um die Beteiligung von zwei Iren an Taten; tatsächlich will die BAW die Wahrheit in der Kriegszone im Norden Irlands verzerren."

Bundesanwalt Morrét gab als Erwiderung unumwunden zu, daß die Beschreibung der IRA als sog. "terroristische Vereinigung" und der Vorwurf der Mitgliedschaft dazu diene, den § 120 GVG (s.o.) anwendbar zu machen. Außerdem wäre die BAW nicht Partei im Nordirland-Konflikt.

Wie nicht anders zu erwarten wurde der Antrag vom 6. Senat unter Richter Steffen abgelehnt. Gleich danach gab dann Gerry McGeough eine Erklärung ab, in der er in erster Linie auf die Zusammenarbeit der Briten mit der BRD einging und vor allen Dingen die BRD wegen der Isolationshaft anklagte. "(...) War es aus Sicherheitsgründen wirklich notwendig, daß meine Hände 116 Tage lang während des Hofgangs auf den Rücken gefesselt wurden? War es wirklich notwendig, wo doch die ganze Zeit ein geladenes Maschinengewehr auf mich gerichtet war? Im Winter hatte ich während vier Wochen keinen Zugang zum Tageslicht. (...) Und warum durfte ich keinen Deutschkurs machen, obwohl man sich weigerte, die mich betreffenden Beschlüsse zu übersetzen? Sollte hier nicht meine Verteidigung behindert werden? (...) Warum wurden Briefe bis zu sechs Monaten zurückgehalten? Wenn all diese Maßnahmen eine Taktik waren um meine Moral zu brechen, dann ist sie fehlgeschlagen."

Die nächsten Tage vergingen relativ ereignislos mit Zeugenvernehmungen zu einem gemieteten Auto und zur Festnahmesituation. Dann am fünften Verhandlungstag sagte ein Feuerwerker, der als erster das Auto, in dem die beiden festgenommen wurden, genau durchsucht hatte, daß er nichts von einem schußbereiten Revolver zwischen den Sitzen bemerkt habe, der erst von einem Beamten des LKA Nordrhein-Westfalen unter merkwürdigen Umständen gefunden wurde, nachdem das Auto schon mehrmals durchsucht worden war. Die BAW fiel daraufhin so über ihren eigenen Zeugen her, bis dieser völlig verunsichert war und seine Aussage relativierte, weil sein Glauben an die Behörden doch siegte. Er hielt es nicht für möglich, daß das LKA die Waffe "in das Auto gefummelt hat", wie es Richter Steffen formulierte.

Der sechste Tag zeigte schließlich endgültig das Interesse der BAW an einem rein politischen Verfahren. Ein KOK Heiber vom BKA weigerte sich, seinen Wohnort zu nennen und berief sich dabei auf einen Erlaß des Innenministeriums in Bonn, daß Verfahrensbeteiligte aus den Strafverfolgungsbehörden diese Angabe im Verfahren nicht zu machen brauchen. Nach langem Hin und Her gab er in Zusammenarbeit mit der BAW an, wie er denn konkret gefährdet wäre, was ihm die Wohnortangabe ersparen würde. Der Zeuge gab an, an fast sämtlichen RAF-Verfahren beteiligt gewesen zu sein; sein Name wäre auch mal bei einer Zellendurchsuchung bei Christiane Kuby Anfang der 80er Jahre gefunden worden (seitdem würde er verdeckt leben). Die IRA wären keine "Heimwerker", er wäre beeindruckt und verängstigt, denn in Irland würden ständig Polizeibeamte getötet und die IRA würde mittlerweile auch die deutschen Behörden als Teile des Repressionsapparates betrachten, die zu bekämpfen seien (?!). Schließlich, und auf dieses Thema stürzte sich die BAW mit Begeisterung, ging es um die Irland-Solidaritätsgruppen, die dem RAF-Umfeld zuzurechnen seien. Dieses RAF-Umfeld könnte Informationen veröffentlichen, selber Anschläge verüben oder Informationen an RAF oder IRA weitergeben, die diesen dann Anschläge ermöglichen könnten.

Hier wurde kräftig am Bild des "internationalen Terrorismus" gemalt, obwohl zugegeben wurde, daß es keine direkte Zusammenarbeit zwischen RAF und IRA geben würde. Deutlich wurde auf jeden Fall, daß jede Art von praktischer internationaler Solidarität den Behörden ein Dorn im Auge ist, die es zu kriminalisieren und zu verhindern gilt. Wenn der direkte Weg nicht möglich ist, in diesem Fall über die IRA, dann muß mal wieder das Konstrukt vom RAF Umfeld und Unterstützern herhalten.

Auch an den folgenden Tagen zeigte sich immer deutlicher die Bedeutung dieses Verfahrens, denn als nächste Zeugen kamen Polizeibeamte aus Belgien und den Niederlanden, die zu den IRA-Aktionen dort aussagen sollten. Offiziell, weil angeblich Waffen bei den Gerrys gefunden wurden, die bei diesen Angriffen verwendet worden sein sollen. Schnell wurde jedoch offensichtlich, daß dieser Teil des Verfahrens sich direkt gegen die IRA richtet und kaum etwas mit den konkreten Vorwürfen gegen die beiden irischen Genossen zu tun hat.

Da ging es um Bekenneranrufe in Belfast, um die Abläufe der Aktionen, um die Ermittlungsarbeit der belgischen und niederländischen Behörden. Die besagten Waffen und die ballistischen Untersuchungen wurden eigentlich nur am Rande erwähnt.

Zu den Prozeßbedingungen

Im Vorfeld des Prozesses und an den ersten Tagen hatten Gericht und BAW bewußt Bedingungen zugelassen, die für ein politisches Verfahren dieser Dimension doch relativ überraschend waren. Die Durchsuchungen waren eher lax, es war drinnen möglich, mit den beiden einige Worte zu wechseln, beide sitzen nicht getrennt von ihren AnwältInnen usw. Gerade die BAW hat anscheinend aus den Ereignissen während des KurdInnenprozesses gelernt, als die westdeutsche Justiz durch die Bedingungen im Bunker von der internationalen Öffentlichkeit hart kritisiert wurde.

Doch jetzt, wo auch inhaltlich der politische Charakter und die Bedeutung des Prozesses immer deutlicher wird, verschärfen sich auch die Bedingungen. Die Durchsuchungen werden schärfer, jeder Kontakt zu den beiden soll in Zukunft mit drei Tagen Ordnungshaft bedacht werden und die beiden sind davon bedroht in jeder, noch so kurzen Pause in die Zellen im Keller gesperrt zu werden. Mußte das Gericht zu Beginn unter den Augen der internationalen Öffentlichkeit jeden Ansatz von einem politischen Schauprozeß vermeiden, wird jetzt, gerade weil die Presse nur noch selten auftaucht, wieder eine Situation geschaffen, die für Düsseldorf, Stammheim usw. normal ist.

Auch das liberale Auftreten eines Herrn Steffen, der es sich leisten kann, nicht immer der BAW zuzustimmen und dem Gericht äußerlich den Anschein von Unabhängigkeit und Fairness verleiht, hält nur solange an, wie es den Interessen der BRD-Behörden nicht entgegen steht. Der Senat schließt sich z.B. der Verunsicherungstaktik der BAW an, wenn Zeugen nicht das Passende aussagen; ist also auch an "guten" Belastungszeugen interessiert. Auch die Begründungen von Ablehnungen der Anträge der Verteidigung sprechen Bände, denn das Gericht folgt ausschließlich der Argumentation der BAW.

In diesem Verfahren geht es um einen Prozeß gegen die gesamte irisch-republikanische Bewegung und die IRA; die beiden Gerrys sind nichts weiter als Mittel zum Zweck, über die hier eine Kriminalisierung der republikanischen Bewegung durchgesetzt werden soll.

Auf diese Festschreibung sind die Behörden angewiesen, wollen sie die kommenden Prozesse gegen angebliche Mitglieder der IRA so führen, wie es ihrem Interesse entspricht. In Frankreich, Belgien und den Niederlanden sind zur Zeit sieben IrInnen inhaftiert, denen Aktionen in der BRD vorgeworfen werden. Für die drei in Frankreich inhaftierten hat die BRD im November letzten Jahres einen Auslieferungsantrag gestellt, der schon in zweiter Instanz "positiv" entschieden wurde. Es ist davon auszugehen, daß diese drei in etwa 1-2 Jahren in die BRD ausgeliefert werden.

Die Irland-Solidaritätsgruppen in der BRD und der DDR rufen alle solidarischen Menschen auf, den Prozeß regelmäßig zu besuchen, um der BAW nicht den Gefallen zu tun, den Prozeß in aller Stille ablaufen zu lassen und um den beiden Gerrys unsere Solidarität zu demonstrieren.

g.g.

Die nächsten Termine finden statt am:

Do. 20.9., 9.30 Uhr / Fr. 21.9., 9.00 Uhr / Do. 27.9., 9.30 Uhr / Fr. 28.9., 9.00 Uhr / Do. 4.10., 9.30 Uhr / Fr. 5.10., 9.00 Uhr / Mo. 15.10., 14.00 Uhr / Do. 18.10., 9.30 Uhr / Fr. 19.10., 9.00 Uhr (immer im Prozeßbunker in der Tannenstraße)

Nach jedem Verhandlungstag ist bis 20 Uhr das Prozeßcafé in der Kiefernstraße 35a im Veranstaltungsraum geöffnet.

(Die Zitate aus den Erklärungen von Gerry Hanratty und Gerry McGeough stammen aus einer Mitschrift des ersten Verhandlungstages.)

# 25. Dokumentation: ein machtwahn Erklärung von Helmut Pohl, August "90

Rubrik: RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak322/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:322:01

es wiederholt sich alles ein neues mal, bis dahin, daß die gefangenen verspätet kommen.

seit den ersten verhaftungen in der ddr ist klar, daß wir zu der ganzen sache und dazu, wie es die situation in den gefängnissen jetzt wieder verändert, etwas sagen werden.

die ganze geschichte wird nicht laufen - und wir, gefangene, die an der entscheidung 1980 beteiligt waren, die sie gemacht haben, sind dabei ausgeschaltet.

nichts mehr, möglichst, wird um uns herum gefälscht zu neuer amtlicher "wahrheit" werden.

inzwischen hat uns aber die situation schon dreimal überholt, und die zuspitzung hat für uns ihren deutlichsten ausdruck darin, daß sie mit der kontaktsperre winken.

in allem ist das geamte arsenal aus 20 jahren vernichtungsstrategie gegen die gefangenen aufgefahren.

im medienstreifen der letzten zeit muß der endsieg über die raf bevorstehen. das kann jetzt gar nicht anders sein, in diesem "sieges"-rausch des kapitalsystems.

ein machtwahn.

harte wirklichkeit nur ist daran, wie immer bisher, eine neue phase in der vernichtungsstrategie gegen die gefangenen, weil sie bei der raf nicht wissen, was sie tun sollen.

das, was sie schon 2o jahre versuchen und nicht erreicht haben: den widerspruch raf über die zerstörung der gefangenen zu vernichten.

gegen alle evidenz. auch, als wäre im hungerstreik voriges jahr nichts gewesen und nichts klargeworden.

und nach der aktion des kommando "j.m. sevillano" haben sie, deutlich sichtbar bis in die faz, nicht nur keine ahnung, womit sie es eigentlich zu tun haben, - nein, "die fahnder wissen noch mehr (d.w., 7.8., unterstreichung von mir). von stahl spricht von ‚großer wahrscheinlichkeit', daß die operationen auch aus den gefängnissen heraus gesteuert würden. helmut pohl und brigitte mohnhaupt hätten, unter anderem mit ‚verwandtenrundbriefen', hinreichend auf sich selbst aufmerksam gemacht."

diese unverändert 20 jahre rollende maschine wird aber heute weniger denn je etwas erreichen. umgekehrt, die gefangenen werden ihr projekt entwickeln, egal in welcher lage uns der staat, der natürlich gefangene platt machen kann, bringt.

nicht mehr gegen einen politischen zusammenhang von gefangenen, bei denen 20 jahre vernichtungshaft akkumuliert sind, und das ist auch so bei denen, die aus der entwicklung der 80er jahre kommen, die das isolations-programm vor rund sechs jahren gebrochen haben, die isolation zerstört noch immer, aber wir haben sie als strategie gegen uns wirkungslos gemacht - und die heute als gefangene eine einheit sind, die überhaupt nur etwa zur hälfte aus gefangenen aus der raf besteht und jetzt seit etwa vier jahren für alle einsehbar ein projekt voranwälzt, gegen das politisch und im normalverstand noch kein argument gebracht werden konnte.

zuerst, im märz, war das "illegale informationssystem" eine aktion, um unsere forderung nach kommunikation und diskussion zu kriminalisieren. nun soll das ganze wieder "zellensteuerung" sein.

selbstverständlich haben wir immer so gut es geht auf jede mögliche weise verbindung miteinander. wir wären auch merkwürdige politische gefangene, wäre es anders.

das ist 20 jahre schon so.

nur durch unsere beziehungen zueinander haben wir die 20 jahre im knast überlebt.

diese "illegale informationssystem"-show in den medien, nachdem wir "es" mal haben und mal nicht, und wenn, dann wird da "vorbereitet" und "gesteuert", oder "kommandozentralen" werden gebildet,ist nur zur unterhaltung des publikums da.

konditionierung der öffentlichkeit für jeweils konkrete, bevorstehende versuche, die gefangenen zu zerstören.

dabei kennen sie alles. sie lesen seit jahr und tag immer mit,auch das, was "illegal" sein soll. das hat schon zu zeiten des "alten info", mitte der 70er, zu den bedingungen für uns gehört.

die realität hier: bei der razzia im märz hätte bei mir eine ganze mappe gelegen, die damals rebmanns "illegales informationssystem", güteklasse a, gewesen wäre. haben sie liegen gelassen, kannten sie wahrscheinlich alles schon und wollen ja weiter mitlesen. mitgenommen haben sie einen ordner mit mehrfach zensierter post von brigitte mohnhaupt. sonst nichts.

bei der vorletzten razzia war eine fachkraft dabei, die hat nur anfang und ende der texte inspiziert und weggelegt, damals stand ich daneben.

die gefangenen machen alles offen.

jede/r kann von uns lesen, was wir schreiben und sehen, was wir tun. wir wollten es doch mit dem ekd-projekt im zusammenhang mit diesen "kleinen gruppen" voriges jahr für jede/n einsehbar machen. denn es hätte für uns bedeutet, daß es allgemein zugänglich ist, weil es "in betrieb" sowieso zehnmal abgezapft worden wäre. da ist nichts "illegal". wir nehmen uns allerdings heraus, bei manchem, in den persönlichen beziehungen, oder gedanken im überlegungsstadium, oder auch mal bei problemen, die schnüffler rauszuhalten. das war zu allen zeiten und überall normalzustand, solange es erstens gefängnisse und zweitens politische gefangene gibt, und es ändert nichts an dem, was ich vorher sage.

bei der kriminalisierungsaktion geht es einzig und allein darum, daß der apparat mit allen mitteln verhindern will, daß wir uns artikulieren.

es geht ihnen ganz präzise darum, abzuwürgen, daß an der konfrontation mit der geschichte von 20 jahren gefangene aus guerilla und widerstand genau die kontinuität des faschistischen apparats im nachfolgestaat brd hochgeht.

nirgendwo ist die kontinuität deutlicher als bei der justiz und den repressionsapparaten. und wir haben den aktuellen stoff.

im zusammenhang mit den verhafteten in der ddr wird sicher noch einige zeit etwas zu sagen sein, dazu rede ich hier ausdrücklich auch für heidi schulz, christian klar und brigitte mohnhaupt.

es war von anfang an ein fehler, daß die acht, die 1980 in die ddr gegangen sind, zur raf gekommen waren. ein fehler der raf, aber immerhin ja auch ihre eigene verantwortung. über die realen, konkreten vorgänge damals werden andere von uns bei bedarf etwas sagen.

es war dann sehr schnell, wenn nicht von vornherein sowieso, klar, daß es ein fehler war.

den einen wie den anderen.

es hat sich dann aber nicht, wie die offizielle version werden soll, etwas wie eine "dissidentengruppe" gebildet, die schließlich faktisch eine lösung erzwungen hätte, sondern die raf hat von anfang an die klärung und lösung betrieben, zum teil mit kräftiger überzeugungsarbeit und bestärkung, daß sie weggehen sollen.

zusammen ist dann das ganze problem ein volles letztes jahr diskutiert worden. außer boock. boock hat nichts mitgekriegt, erzählt aber aus dem nähkästchen.

es war dann konsens und alle waren froh damit. was läuft war auch vollkommen transparent, einzelne hatten die letzte zeit sogar schon angefangen, sich für mutmaßliche berufe in der ddr vorzuqualifizieren.

das ganze hat die raf allein gemacht, die palästinenser haben in keiner weise etwas damit zu tun und wußten von nichts. nicht einmal der anlaß, über die möglichkeit in der ddr nachzudenken - 2. junis "bulgarien"-erfahrung - hat etwas mit ihnen zu tun.

stellvertretend für alle gespenstergeschichten palästinenser-ddr-raf, zu der über den flughafen schönefeldt: dabei wissen sie aus stößen von pässen von damals ganz genau, daß wir über schönefeldt, prag, moskau genauso geflogen sind wie über brüssel, kopenhagen, paris, zürich oder irgendeinen internationalen flughafen außerhalb der brd.

wir haben es gemacht - außer losen einzelheiten ohne ahnung über die ddr,aber mit der erfahrung von beklemmung vor der ddr auch aus dem internationalen bereich geimpft - weil wir es einfach für die beste lösung gehalten haben. bei den konkreten leuten, bei ihrer anzahl, bei der vereinfachung vieler praktischer probleme gegenüber anderen lösungen, bei den möglichkeiten in der lebensweise für sie, bei unserer situation, die die einer weichenstellung war.

für die zuständigen leute von der ddr war die überraschung, daß und wie wir mit dem problem zu ihnen kamen, für uns, wie sie es aufgenommen und mit welcher materiellen qualität, auch individuell für die neuen ddr-bürger, sie es gemacht haben.

warum sie es gemacht haben, hat uns natürlich auch interessiert, sie haben aber immer nur gesagt, daß anti-imperialistische solidarität im parteiprogramm steht.

die wirklichkeit hat jedenfalls nichts mit dem käse zu tun, den z.b. ex-mfs-stellvertreter neiber erzählt, daß die ddr "herausbrechen" wollte oder eine art parallel-"aussteiger-programm" gehabt hätte. das ist propagandaquatsch.

was dieses spektakel jetzt angeht: jede/r erinnert sich, was in der ersten zeit nach den verhaftungen abgezogen wurde, von "stasi-agenten"-thriller bis beteiligung an aktionen hier oder gar hintergrundsteuerung - jede/r kann sich ja die vorstellung machen, was bis zum neuen film jetzt um und an den frisch verhafteten in der ddr an staatsschutzprogramm durchgezogen worden ist.

allein der kurze zeitraum, das tempo; bei diesem total-"gap" jeder regulär-formalen grundlage gerade an der stelle im zusammengebrochenen apparat; bei der völligen begriffs- und ahnungslosigkeit sämtlicher akteure in der ddr zu brd-staatsschutz, raf, usw; bei der intensität, mit der sich der staatsschutz darauf gestürzt hat, im fieber des gruppendrucks wegen ihrer pleite hier.

jetzt sind die neuen "spiegel"/"stern"/ usw.-softpornodarstellerInnen zehn jahre nach der konsenslösung, zu der sie zu meiner stillen aufmerksamkeit zum schluß sogar einen politischen "immer noch"-sinn entwickelt hatten, auf einmal "aussteiger".

ich finde das jetzt das groteskeste dieser stücke.

wenn die einzelnen sich was erkaufen wollen, indem sie sich dem staatsschutz zur verfügung stellen, dann ergibt das zwar kein schönes bild, ansonsten bedeutet es für uns nichts.

das "aussteiger-programm", seit anno 83 etwa, war von vornherein bei der struktur der raf gegenstandslos. wenn jemand weg will - oder soll, wie es fast immer war - ist das für die raf kein politisches, sondern nur ein praktisches problem. Insofern war der geheime promi-fond zur finanzierung, der mal kurz im "aussteiger-programm" gezeigt wurde, gar keine schlechte idee.

ich war noch jahre später an der relegalisierung von einem, der nur kurz bei uns war, beteiligt, und es wurden zwei jahre auf bewährung und eine drei-zeilen-meldung.

nicht, daß so etwas sozusagen zur raf gehört, man kann nicht zur raf, weil man "wieder weg kann", es ist jedesmal ein fehler, aber es sind dann immer noch wir, die gezwungenermaßen eine lösung suchen, und die raf hat wie immer besseres als der staatsschutz.

das "aussteiger-programm" ist nichts als eine propaganda - und so anknüpfungsaktion des vs, und der witz ist, daß es jetzt aus seiner inneren widersprüchlichkeit, dem "menschelnden" und dem "politischen", genau das befördert, worauf es uns zentral auch ankommt: die kritik und die diskussion der erfahrungen der letzten 20 jahre, die situation jetzt.

daß bei diesem spektakel der staatsschutz so buttert, in dem, was sie in die "aussteiger" investieren, hat auch den grund, daß ihnen um haaresbreite an der evidenten wirklichkeit gegenüber den fahndungshetzstories über die angeblichen beteiligungen an aktionen während der 80er jahre die ganze urteils-gepflasterte strecke über

die jahre rückwärts bloßgelegen hätte und vielleicht politisch eingebrochen wäre. die staatsschutz-"realität" - die wirklichkeit.

so, wie das auffiel, muß das "aussteiger-programm" jetzt um so unterhaltsamer ausfallen.

wären sie vorher irgendwo verhaftet worden, sie hätten längst schon ihr "lebenslänglich", "revisionssicher" wie immer. die zeugen hätten alle etwas gesehen gehabt. und die "kriminaltechnologie", das bka-high-tech, ist heute ein vodoo-kasten mit dem sich buchstäblich jedes gewünschte ergebnis produzieren läßt.

genau so sind alle urteile bei uns in den letzten jahren gemacht worden. in den letzten zwei jahren für 16 leute 106 jahre.

aktuell zu besichtigen im prozeß gegen luitgard hornstein in stammheim. dazu als veranstaltungstip der gefangenen: "stammheim - uns reicht's", demnächst in stuttgart.

im projekt der gefangenen-zusammenlegung als übergang, diskussion, freiheit - das politisch auf einen punkt orientiert, an dem man klar sieht und entscheiden muß, ist die klarlegung unserer geschichte in den mitt-70er-jahren, so es noch mal sein soll, dann teil der klarlegung der situation und der entwicklung der "linken" in den mitt-70er-jahren.

da sind brüche gelaufen, daß sie am ende von "bürger besuchen giftgas" und 99 luftballons im showbusiness dominiert wurde. einschließlich der raf, weil wir ja nicht unabhängig vom zustand der linken sind.

wir haben über das alles schon gesprochen, sind allerdings nicht sehr weit gedrungen. dort, wo es einen sinn, einen nährwert hat, machen wir das auch wieder. keine lust haben wir auf "77"-aufarbeitungs-weisheiten oder "konzept"-debatten. über diese zeit läßt sich nur in bestimmten, konkreten zusammenhängen diskutieren, und das sind viele. und vor allem ist das meiste sowieso nur tratsch, weil substanziell jetzt dieselben fragen wieder in der heutigen wirklichkeit auftauchen und dann wieder, und so eben richtig, darüber geredet wird.

das können uns alle glauben, zu diesem fehler-komplex reden wir gleich, es ist einer, der unkorrigiert die politik umbringt. und wir kennen es, es war lang, zäh und schneidend.

dieser fehler lief bei uns damals, im entwicklungsstadium der raf-politik, in dem für uns alles davon bestimmt war, den politischen bruch durch illegale, bewaffnete gruppen unumkehrbar zu machen - und für den staat darum, den aufbruch mit den gefangenen zu vernichten. "alle" waren gegen uns, die "linke" hat entsolidarisierungs-kampagnen gemacht.

aus diesen jahren kamen die in der ddr verhafteten, außer einer, zur raf, in unserer sprechkurzfassung: an der empörung über den knast mobilisiert, in dieser mitt- 70er polithölle zur propagandistischen "raf-spitze" getrieben, vor oder nach 77 plötzlich illegal, ganz schnell ernüchtert am falschen ort oder sowieso nur vor der 77-walze geflüchtet.

andreas hatte weit vorher noch versucht, diese entwicklung zu kippen: "folter ist kein revolutionärer kampfbegriff", es war aber aus der bedeutung, die unsere hauptbestimmung angenommen hatte, ein widerspruch, der nicht zu halten war.

schon gar nicht bei den politischen bedingungen, in denen für die metropolenlinke "politik" von anfang an und bis gestern vollkommen deformiert von ideologie bestimmt war. "politik" ist darin jeweils die art weltanschauung, mit der es sich auf der grundlage der verhältnisse betriebsmäßig einrichten läßt. was der druck damals produziert hat, war eine moral, die aus den bedingungen der entstehung der raf, den bedingungen der gesellschaft - eben der raf als produkt in der metropole in diesem entwicklungsstadium - zur politischen ideologie hochgetrieben wurde.

produktion von ideologie. ideologie, nicht identität.

das ganze taucht an den in der ddr verhafteten nur in dieser einer seite auf, es war eine viel umfassendere sache, die bei uns nach 77 ausführlich diskutiert wurde, die zu einem umfassenden praktischen umbruch geführt hat und die mit der ankunft der acht in der ddr abgeschlossen war. genau der schritt hat für uns die 70er jahre definitiv beendet, wir haben einen neuen abschnitt angefangen.

daß die offizielle "auseinandersetzung" mit der raf in allen bezügen immer noch in diesem film läuft, liegt vermutlich daran, daß diese "mitt-70er-linke"-truppe heute überall drin sitzt und von ihren jugendabenteuern auf der spielwiese träumt. und der staatsschutz das natürlich weiß und füttert, außerdem.

die militanten aus dem prozeß ab 80 und erstrecht die jungen jetzt, verstehen nach ein paar sätzen nachhaken überhaupt nicht und wundern sich nur, wovon da die rede sein soll, wenn es um diese "grundsatzdebatten" der 70er jahre geht.

ideologie.

zu diesem thema gibt es ja jetzt reichlich stoff, für die gesamte brd-linke hat sie als spezifische metropolenkrankheit, bedingt auch durch die geburt der "68er"-linken aus jugendrevolte, intellektuellentheorie, und einer geschichte wie aus dem fleischwolf, 20 jahre lang dafür gesorgt, daß es für die meisten um nichts ging - und sie steckt heute in den linken "aktivitäten", die den versuch einer neuformierung und orientierung mit dem grundton anfangen: "gegen diese übermacht können wir nichts tun."

es gibt überall leute, die etwas tun wollen und das dann auch können, die übermacht ist ein mythos, wenn nur die realen beziehungen nicht über dieses ideologische denken vermittelt sind.

der staat, das kapitalsystem, die herrschende gesellschaftliche struktur verhindern das nicht mehr, gerade das ist auch die situation heute, es liegt brach, weil es nicht realisiert wird.

im offiziellen film wird wahrscheinlich noch für viele die vorstellung hervorgerufen, wir wollten in der "diskussion" den bewaffneten kampf propagieren. das tun wir nie, das wäre ein widerspruch zum kurs der gefangenen, und es ist auch bei der raf schon wenigstens zehn jahre nicht die politik.

aber noch mehr.

diskussion kann jetzt für überhaupt niemand heißen, irgendwas von dem, was aus seinen vorstellungen bisher konzeptionelles projekt von politik der umwälzung war, zum ausgangspunkt aktueller "konzepte" zu machen, und für alle anderen wäre inventur.

die ganze politisch-militante linke muß jetzt auf eine neue grundlage kommen. weniger in theorie und "politik", als in den realen beziehungen der vielen und nach geschichte und "ideologie" unterschiedlichen teile und im verhältnis zum realen stoff.

es ist heute in bestimmter hinsicht eine offene situation. es gibt verschiedene möglichkeiten, wie die auseinandersetzung sich weiterentwickelt.

so oder so entwickelt sie sich.

das steht nicht zur debatte.

die frage ist, welche entwicklungsmöglichkeiten offen sind. anders gesagt, welche realen entwicklungen jetzt geschaffen werden.

daß sich in deutschland und europa die konfrontation auf einer erweiterten stufe entwickelt, das kann sich heute niemand mehr aussuchen, der umschlag war mitte der 80er jahre, und jeder der "siege" des kapitalsystems hat die widersprüche vervielfältigt, auseinandergetrieben und unüberschaubar gemacht.

hier wie überall. es gibt heute nur noch "eine welt" und alles kann überall stattfinden. im riss der weltweiten "lebensstruktur" hat die globalisierung stattgefunden, auch der zusammenbruch der sozialistischen staaten hat da seine äußere ursache, und seither profitiert das kapitalsystem vom daraus folgenden einheitlichen, destruktiven prozeß.

und so werden die zentren des machtsystems, schon jetzt für absehbare zeit pragmatisch - empirisch an zwei händen abzulesen, zu einem schnittpunkt potentiell aller auseinandersetzungen werden.

mein schwalmstädter privatwitz ist schon, ob es nicht wir, die gefangenen, jetzt sein werden, die diese "gewaltdebatte" faktisch thematisieren werden - und ganz genau in dem einfachen sinn, wie ihn in der ersten hälfte der 80er, als die "experten" die raf zerfallen gesehen haben, die "abschwör"- und "amnestie"-propagandisten gern gehabt hätten: nämlich, daß "kein mensch" gewalt liebt.

in der revolutionären politik spielt die gewalt eine bestimmte rolle, die bewaffnete aktion ist durch ihre politische bestimmung eingegrenzt, die ganze entwicklung ist politisch kontrolliert. wofür jetzt die weichen gestellt werden, was jetzt in der globalisierung aus den gesellschaftlichen und den internationalen auseinandersetzungen kommen kann, vielleicht nicht.

im projekt der gefangenen ist es jetzt jedenfalls ein offener prozeß, in dem sich die neue konzipierung von politik der umwälzung herausbilden wird, und wohin er jetzt geht, stellt sich einzig und allein über eine reihe konkreter klärungen auf dem tisch liegender probleme heraus.

im streik haben wir ihnen überall, wo es gespräche gab, die dicke-balken-formulierung hingelegt: es verschiebt die ganze auseinandersetzung im ganzen zusammenhang in richtung diskussion, politischer prozeß.

nein. endsieg ist angesagt.

unser projekt ist eine möglichkeit, wir nehmen es aber, wie es kommt. es wäre sozusagen im interesse aller freunde der rationalität und natürlich im interesse der gefangenen, denn gefangene wollen natürlich raus.

für uns sind es reale, materielle schritte, oder es ist nichts. das ist ganz einfach aus unserer lage so. bis ins konkreteste, daß es kaum mehr jemand unter den gefangenen gibt, der/die nicht krank ist.

im kern bedeutet unser projekt, daß die kette von 20 jahren vernichtungsstrategie gegen die gefangenen durchbrochen wird und in der konsequenz aus dieser 20-jährigen geschichte die bedingungen, wie sich die gefangenen nur wiederherstellen und dem sinn der sache adäquat artikulieren können, zusammenlegung in großen gruppen.

manuel jose sevillano ist tot.

# 26. Nostalgie statt kommunistisches Lernen Eine Reaktion auf "dissonanzen der klärung"

Rubrik: Autonome; RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak322/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:322:06

Lieber Christian Geissler!

Wir wollen nun endlich auch einen Versuch machen, auf die "Dissonanzen der Klärung" zu antworten. Um sie nicht länger als einzelne, abgerissene Mißtöne stehenzulassen, die vorerst weitgehend ohne Resonanz geblieben sind.

Mißtöne, die diese fehlende Resonanz aber auch selbst mitverursacht haben.

Wir sehen in deinem Text sehr viele Überlegungen, die uns wichtig scheinen. Fragen, deren Diskussion jetzt für uns alle vorrangig ist und die Du an einigen Stellen sehr genau und differenziert entwickelst. So daß Dein Text für unser gemeinsames Erkämpfen der nächsten Schritte sehr wichtig und vorantreibend sein könnte.

Könnte.

Denn so ist er das nicht.

Ein erster impulsiver Kommentar hat sich bei genauerer Auseinandersetzung auch in zunehmendem Maß als treffend herausgestellt: Was Geissler so gut mit den Händen aufbaut, schmeißt er im nächsten Moment mit dem Arsch wieder um. (Trotzdem: Wir würden gerne gemeinsam mit Dir Holz machen!) Ein zentraler Punkt Deiner Kritik ist, daß die gemeinsame Diskussion auch wirklich Offenheit und wirklich gemeinsames Suchen erfordert. Es nicht möglich sei, die Notwendigkeit gemeinsamer Überlegung zu formulieren und gleichzeitig die Praxis, die es zu diskutieren und gemeinsam zu entwickeln gilt, schon umzusetzen. Das signalisierte Festhalten an der eigenen Vorstellung würde der Suche nach Diskussion zur gemeinsamen Weiterentwicklung widersprechen. Du selbst reproduzierst aber nicht nur genau diese von Dir kritisierte Vorgehensweise, Du gehst sogar noch einen Schritt weiter: Du signalisierst nicht nur das Festhalten an Deiner eigenen schon vorher bestehenden Vorstellung, sondern machst zur Vorbedingung für die gemeinsame Auseinandersetzung, daß diese Vorstellung geteilt wird. Ultimativ. Wer sich nicht Deiner Vorgabe von "Diagnose" anschließt, das heißt Deiner Ablehnung bestimmter praktischer Vorstellungen, mit der/dem gibt es für Dich nichts mehr zu diskutieren.

Wohlgemerkt: Wir bestreiten hier weder Dein Recht/Deine Pflicht zu solcher Kritik, noch kritisieren wir hier Deine Vorstellung von Politik. Darum geht es (jetzt) nicht. Wir kritisieren aber, daß Du etwas, was Deiner Meinung nach eines der vorläufigen Ergebnisse der Diskussion sein sollte, als Vorbedingung einklagst.

Diese Dissonanz ist es, dazu noch in ihrer ultimativen Form, die diese Auseinandersetzung mit den vielen wichtigen und produktiven Überlegungen völlig überlagert.

Diese ultimative Dissonanz kann nur für sich allein so stehenbleiben - oder selbst übertönt werden. Aus ihr kann sich kein Fluß, keine Kadenz, kein Suchen, keine Improvisation entwickeln. Und wären wir noch so virtuos und frei, hätten wir die besten Instrumente. Aus diesem Schlußakkord macht selbst Charlie Parker keinen Bebop mehr. Deshalb fehlt die Resonanz. Das einzige, was passiert: Die einen rufen "Zugabe", die anderen gehen gleich.

In dieser Zuspitzung, auf die Du es treibst, schreit es ja geradezu nach der entsprechenden Entgegnung: 20 Jahre Kampf müßten deshalb beendet werden, weil wir immer weniger geworden seien? Läßt sich nicht mit demselben Recht fordern, jede Form von Diagnose und Aufklärung und Massenarbeit zu beenden, damit sind wir schließlich auch und erst recht nur immer weniger geworden? (Die Konstruktion eines solchen Gegensatzes stammt jetzt von Dir. Wir denken, es geht darum, dies Gegensätzliche zu überwinden!) Deine ultimative Rangehensweise transportiert noch eine Reihe weiterer Unterstellungen, die zu ebensolchen Retourkutschen provozieren. Es klingt ja geradezu, als seiest Du durch die "übereilte" Entscheidung Anderer daran gehindert worden, und mit Dir die vielen Anderen im Land, die langsameren, richtigeren (?) Entschlüsse zu fassen und in die Tat umzusetzen. Als wäre die Beendigung der Arbeit von Anderen die Voraussetzung dafür, daß Deine Vorstellungen ihre Sprengkraft entfalten könnten. - Gut, das sind lediglich polemische

Retourkutschen, es geht selbstverständlich darum, diese Ebene schnellstmöglich hinter uns zu lassen. Nachdem sie erkannt ist. Das gilt für uns genauso wie für Dich.

Aber diese Schwierigkeiten waren vorauszusehen. Wo war bei diesem Unterton Dein sonst so wertvoller und scharfer dialektischer Verstand? (Das ist keine Polemik, sondern bitter ernst gemeint. Kamalatta ist wertvoll.) Wir alle stehen vor unbeantworteten Fragen und vor neuen Herausforderungen. Es gibt eine lange Geschichte von Klassenkämpfen. Mit Erfahrungen. Aus allen Erfahrungen gilt es zu lernen. In jeder Weiterentwicklung des Kampfes sind wichtige Momente der vorherigen Entwicklungen aufgenommen bzw. aufzunehmen und entsprechend zu transformieren. Was jetzt anliegt, ist also nicht eine völlig neu zu erstellende Diagnose, sondern Reflexion und Weiterentwicklung der existentiellen Erfahrungen, die in den letzten 20 Jahren Kampf gewonnen wurden. Wo es selbstverständlich keine stumpfe und sprachlose Wiederholung geben kann, genausowenig wie das Verwerfen und eine Suche nach völlig neuen Schritten und Möglichkeiten. Jeder Schritt kommt aus einer festen Grundlage. Oder willst Du in die Luft springen und von da aus gehen?

Zu dieser notwendigen Reflexion und Weiterentwicklung könnten viele der in den Dissonanzen aufgeworfenen Fragen beitragen - würde die Auseinandersetzung mit ihnen nicht zuallererst auf die Gretchenfrage stoßen: "Wie hältst Du es: Aufhören oder Weitermachen?" Sowas kann in jeder Situation nur nach hinten losgehen. In unserer jetzigen schwierigen also ganz besonders. Diese unsinnige Gegenüberstellung von sturem und sprachlosem Festhalten oder alles ganz neu und ganz anders machen - die Du so absolut vielleicht nicht meinst, sie aber doch so herstellst - war doch das Problem, das der Mobilisierung zum Streik im letzten Jahr zugrunde lag und letztlich ihre Grenzen ausgemacht hat. Der Punkt, warum die Mobilisierung keine eigene Initiativkraft entfalten konnte, sondern die von niemand erwartete Breite eigene Vorstellungen zunächst überrollt hat. Wo "Breite" und "Schärfe" plötzlich in einen Widerspruch gerieten, aus der Furcht, bisher vorhandene Praxisvorstellungen könnten die Breite zerstören. Wodurch vielfach die Situation entstand, den wachsenden Vereinnahmungsversuchen durch reformistische Kräfte zunächst ausgeliefert zu sein und schließlich doch nur durch - dann unvermittelt - scharfe Abgrenzung gegenübertreten zu können. Angesichts der in dieser Situation unerwarteten und ganz neuen Anforderungen auch erstmal unausweichliche Schwierigkeiten. Die aber da zur Fußangel wurden, wo die neuen und mit euphorischen Hoffnungen verbundenen Ansätze in grundsätzlichen Widerspruch zu allem gesetzt wurden, was die bisherigen Vorstellungen gekennzeichnet hat und damit tendenziell als "alt", sprich als überholt und deshalb zu verwerfen verstanden wurde.

Die darin angelegten Schwierigkeiten wirken bis jetzt fort, weil den hohen Erwartungen in der Mobilisierung mit der anschließenden Ernüchterung auch ein weitgreifender Rückzug gefolgt ist, eine Diskussion und gemeinsame Aufarbeitung dieser Erfahrungen noch nicht wirklich stattgefunden hat. So stellt sich jedenfalls die Situation für uns dar. Und deshalb scheint es uns jetzt erstmal zwangsläufig, daß die Dissonanzen jetzt von der "Alles-Neu"-Position als Zugabe konsumiert werden, während die als "alt" Verschrienen lieber gleich gehen. Erst eine schon bestehende Auseinandersetzung und Aufarbeitung wäre die Grundlage, auf der viele der von Dir gestellten Fragen in gemeinsamer und am Ziel orientierter Diskussion aufgegriffen werden könnten.

Dahin wollen wir natürlich so schnell wie möglich kommen. Wir hoffen deshalb, daß wir all diese Schwierigkeiten mit dieser bruchstückhaften Thematisierung zumindest soweit offengelegt haben, daß sie die dringend notwendige gemeinsame Auseinandersetzung nicht weiter blockieren. In diesem Sinn soll das nur eine erste Reaktion sein, der weitere folgen müssen. Weitere Reaktionen, in denen dann auch eine Klärung inhaltlicher Vorstellungen stattfinden kann. Wir vermuten hinter Deinem undialektisch-mißtönendem Wende-Ultimatum tieferliegende inhaltliche Differenzen, die in den Dissonanzen selbst nicht offen zur Sprache kommen. Genauer: Wir halten die Eckpunkte, aus denen Du Deine Überlegungen entwickelst, für falsch - zumindest für sehr verkürzt und deshalb zwangsläufig in die Irre führend. Wir können das hier aber für die weitere Diskussion nur in ersten Hinweisen sehr kurz anreißen.

Du schreibst, Du kanntest "obengesteuerte ferngelenkte parteiarbeit / den unsinn der gewaltlosigkeit / die vorsicht der feigheit / klassenfeindschaft verzagt / den haß ohne hand (...) das war unser reden und schreiben / jetzt heute noch / hat ulrike gesagt und getan / ich aber habe den ärmel gezerrt / erklär mir erklär dir / genau den boden das gelände den raum / der schritte / die du jetzt laufen willst / die ich schon lauf / was lockt / was trägt uns / was lauert / was fängt uns ein? / aber da war sie schon fort".

Bei dieser Darstellung fehlt aber Wesentliches. Wären 20 Jahre bewaffneter Kampf tatsächlich nur der Versuch gewesen, den "unsinn der gewaltlosigkeit" als Mangel der Parteiarbeit zu überwinden, dem "haß" die "hand" zu schaffen, dann wäre allerdings Dein Schluß ganz folgerichtig: "so weit sind wir noch nicht", daß das System vor dem vollständigen Einsturz steht, "also werden wir lernen / und ihr kommt dazu / genossinnen und genossen / und lernt mit uns mit / und laßt mal knarre und sprengzeug / wohlverpackt unauffindbar / viele geräte sind wertvoll / das stubbensprengen kommt immer ganz zuletzt / nach dem kahlschlag / der arbeit von vielen".

Nur: Das ist ein Verständnis von Arbeitsteilung, das vielleicht der Periode der sog. 2. industriellen Revolution angemessen war, auch eines, das Lenin zum Sieg der Oktoberrevolution nutzen konnte (ob darin schon Wurzeln der inneren Grenzen und Schwächen des sog. Realsozialismus lagen, wird uns noch länger als Frage beschäftigen müssen), das aber wesentliche Entwicklungen des Imperialismus übersieht und der heutigen Situation nicht gerecht werden kann. Dein Plädoyer für Flexibilität und Wendigkeit wird deshalb zur Forderung nach Umkehr. Nicht die Fragen, die Du aufwirfst, aber die Antworten, die Du schon setzt, sind letztlich Nostalgie statt kommunistisches Lernen gegen den Klassenfeind. Gegen das Argument der Veränderung der herrschenden Gewalt, die von Marcuse zum Beispiel mit dem Begriff der "Eindimensionalität" bezeichnet wurde, weil sie die herrschende Unterdrückung mit dem Schleier der Endgültigkeit und Unveränderbarkeit versieht, die folglich auch veränderte Kampfformen erfordert, nämlich solche, die diesen Schleier lüften, wendest Du ein: "die kenntnis / von der abschaffbarkeit der ausbeuter / von der revolutionären selbstaneignungsarbeit der produzenten / dies / unser leben /deren tod / machbar / das / dachte ich immer / und denk ich auch jetzt / eröffnet / als unausrottbare freude / eines jeden kommunistenleben / einer jeden kommunistinnenleben / mitten im gewöhnlichen gewühl / nicht plötzlich im vorhanghusch / denn da ist gar kein vorhang! / ihre macht ist mir / (auschwitz ausgenommen) / ich bin im faschismus aufgewachsen / kein geheimnis / mystisch noch nie / nur eine gemeinheit / praktisch".

So wie Du es schreibst, hast Du ja recht - prima! Aber statt Wortscharmützel gegen solche aus dem Zusammenhang gerissenen oder verkürzten Metaphern auszufechten, sollten wir doch überlegen, was es eigentlich heißt, wenn Du (einige Seiten davor) vom "dorfjunge honken / sechzehn / arbeitersohn" schreibst: "das volk gegen kommunisten / luxemburg baader / ghaddafi / egal / nur zu / putz ihn weg! / das weiß honken / weiß nichts / will killen / kaut / weiß aus der glotze / wies zuckt wenns wen trifft / will zucken lassen / will zuckerzuckenguckenkauen / honken ist zeuge für den verrat / täglich an menschen / für täglich die menschenvernichtungsarbeit / der medien / ich meine / wörtlich / vernichtung / wirklich massenvernichtung / ökonomisch nützlich dem pack / grad nicht mehr menschenhaar jetzt / für den u-bootebau / grad menschenhirn jetzt / für den mehrwert / kindergehirn / über die kinder kommt diese zerstörung / täglich / in unsere küche / ich kann es sehen / ich höre es schreien / es ist der horror / und sehen wir hinter den armen augen / der kinder frei das lächeln der fänger / der mörder". Da hast Du nämlich auch recht. Vermutlich auch bei der Rechnung, daß den "henkungen endlich aller gefangenen terroristen" von den 60 Millionen "siebenundfünfzig millionen und / neunhundertdreiundneunzig tausend und / neunhundertfünzig / einig recht frei / einfach der rest" "leidenschaftslos gern" zusähen. Liegt nicht da eigentlich die Schwierigkeit bei der Frage, "wie kriegen wir unsere richtigkeiten / rüber zu dem vom zoll?"

Es gibt eben doch noch mehr als von Dir so scharfsichtig entlarvte Gewaltmystifikationen und/oder die arbeitsteilige Militärfraktion, die "hand" für den "haß". "solange wir dem klassenfeind nicht ein gefährlicher gegner sind, sind wir uns selbst und unserer sache der gefährlichste feind (das war ich noch auf dem legienplatz in hamburg 1962)". Danach kamen aber noch andere wichtige Überlegungen, die das für Metropolenbedingungen konkretisiert haben und die zur Grundlage für die Weiterentwicklung revolutionärer Politik wurden, zum Beispiel: "Diese allgemeinen Überlegungen richten sich gegen das Argument, die direkte Aktion isoliere die APO nur von der Bevölkerung und passe sich taktisch zu wenig an deren Bewußtsein an. Sieht man davon ab, daß die taktische Anpassung ans falsche Bewußtsein dieses noch nie verändert, aber fast immer die revolutionären Prinzipien über Bord geworfen hat, so falsifiziert sich dieses Argument an seinem eigenen Erfolgskriterium. Die stille Aufklärung, auf die es unausgesprochen rekurriert, war in den fünfziger und zu Beginn der sechziger Jahre ein Fehlschlag. Erst die radikalen und provokativen, Widersprüche in der Bevölkerung aufreissenden Aktionen der außerparlamentarischen Bewegung haben eine massive Opposition bilden können. Sie haben sich nicht an die abstrakt statistische grosse Bevölkerung schlechthin gewandt, sondern an die spezifischen Gruppen, deren Bewußtsein noch offener ist als das manipulativ verschlossene der apathisierten Massen. ... Sich aber einen revolutionären Aufklärungsprozeß vorzustellen, der

harmonistisch verlaufen könnte, wäre naiv und würde die Widersprüche, die es aufzudecken gilt, nur zudecken." (Das war Hans-Jürgen Krahl, Über Reform und Revolution, 1968).

Ein Hinweis auf das, was Du vergißt bei der Darstellung des von Dir als "übereilt" empfundenen Aufbruchs.

Das sehen wir schon eher als Hintergrund, auf dem wir die Erfahrungen der letzten 20 Jahre reflektieren und weiterentwickeln können, als die schematische Vorstellung von Parteiarbeit, die gewaltlos verzagt, sich deshalb selbst gefährlich ist, und der Militärfraktion, die zwar deshalb nötig, für deren Einsatz es dann aber doch noch zu früh sei, siehe den Bewußtseinsstand des Enkels vom Zoll, für den wiederum die Parteiarbeit zuständig ist ... Ein auswegloses Dilemma.

Wie lassen sich Widersprüche aufreißen gegen den Brei, den Medienkill, den "verrat der verkauften / bis hin ins reglose starren"?

Du hast ja recht, "nirgend die totalität" (in dem Sinn, wie Du diesen Begriff offenbar unbedingt verstehen willst), es gibt immer den Riß, den Griff für die Hand.

Aber statt sich da festzubeißen: Die Frage heißt doch, wo läuft er lang, wie machen wir ihn scharf, wie greifen wir rein, wie reißen wir ihn spürbar und sichtbar auf, "in vielen formen / kriegsformen / ja / aber gemeinsam". Eben: Nicht nur eine "hand"-Fraktion, die Du mal notwendig fandest und der Du den Job zudelegieren wolltest, um jetzt festzustellen, daß diese Arbeitsteilung doch nicht geht. Die Unterschiedlichkeit der Formen hat eine andere Bestimmung.

Es würde also auch für den Anfang völlig genügen, die Fragen auch wirklich ernst zu nehmen, die Du entwickelst, um eine gemeinsame Diskussion aufzubauen. Anstatt, wie Du es tust, diese von Dir selbst aufgeworfenen Fragen zu übersehen im Eifer des Kampfes gegen die "falsche Linie". (Dann kommen wir vielleicht wirklich mal dazu, gemeinsam zu sägen, hacken, stapeln, klar und solide und mit eingespielten handreichungen!)

Kämpferische und solidarische Grüße von Michi, Ali und Bernhard

# 27. "dissonanzen der klärung" Um was geht es? von Katja Leyrer

Rubrik: Autonome · CD-Datei: daten/aksuche/ak322/57.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:322:57

Ich habe vor ein paar Tagen etwas leichtfertig zugesagt, einen kleinen, zusammenfassenden, erklärenden Vorspann zum hier dokumentierten Brief der Gefangenen Bernhard Rosenkötter, Michael Dietiker und Ali Jansen (damals alle Frankfurt) zu schreiben; eine Art Vorwort, in dem zusammengefaßt wird, was in Christian Geisslers "Dissonanzen der Klärung" (Zapata-Verlag, Kiel) steht, damit die LeserInnen des AK nachvollziehen können, um was es in dieser Auseinandersetzung geht.

Ich habe nun das Buch noch einmal gelesen und die bisher erschienenen Texte im AK dazu, und dabei kam heraus, daß es keine "Zusammenfassung" geben darf. Stattdessen hier einige Infos und Meinungen dazu:

1. Es reicht nicht aus, die Debatte um Christian Geisslers "Dissonanzen der Klärung" anhand von AK-Artikeln und ausgewählten Zitaten zu verfolgen oder zu überlesen.

2. Es geht in diesem Büchlein keineswegs "nur" um RAF-Politik.

3. Geissler versucht eine Einschätzung der momentanen Situation und der linken, revolutionären Politik und Kräfte.

4. Er wagt dabei viel, denn er schreibt über Themen, an die viele andere schon lange nicht einmal mehr zu denken wagen - Militanz, Organisationsstrukturen, Verhältnis zwischen Linken, Verhältnis zwischen der "Linken" und den anderen Leuten usw.

5. Die "Dissonanzen der Klärung" ist deshalb schon ein wichtiges Streit- und Nachdenkbuch.

6. Die meisten meiner politischen FreundInnen, mit denen ich darüber redete, haben das Buch nicht gelesen und sagen das auch ganz offen.

7. Das hindert sie oft nicht, "wegen der Zitate im AK" auf Geissler zu schimpfen bis hin zu Aussprüchen wie: Der steht nicht mehr auf unserer Seite, der zieht sich zurück usw.

8. Ich selbst verstehe das Buch eher als einen Aufruf zum Weitermachen, zum Zusammen-Diskutieren und Zusammen-Kämpfen.

9. Zweifellos wird es sehr unterschiedlich verstanden. Und es gibt richtige wichtige Kritik an Geisslers Inhalten. Dazu zähle ich den hier dokumentierten Brief der Frankfurter Gefangenen vom Juni des Jahres.

10. Ihr (AK-LeserInnen) müßt aber das Buch dazu lesen. Seid nicht so faul!

Liebste Grüße

an Michi, Ali und Bernhard!

# 28. "Dieses Projekt Revolution ist ein Projekt Leben" Interview mit einem Mitglied von A Luchar

*Interview mit Comandante Jesús Rojas (FMLN)*

Rubrik: Kolumbien · CD-Datei: daten/aksuche/ak322/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:322:14

Jesùs Rojas studierte Philosophie und Ökonomie. Er organisierte sich 1974 in den FPL (Fuerzas Populares de Liberación) und arbeitete zunächst mit Landarbeitern und Kleinbauern. Ende der siebziger Jahre baute er die Volksmilizen mit auf. Bei der Offensive im Jahre 1981 leitete er die FPL-Guerillas in Chalatenango, neben Morazán die wichtigste Front der FMLN. Gegenwärtig gehört er der politischen Kommission der FPL an und ist für deren Auslandsarbeit verantwortlich. Jesùs Rojas, der mit bürgerlichem Namen Antonio Cardenal heißt, gilt als eine der wichtigsten Persönlichkeiten der salvadorianischen Befreiungsbewegung.

Jesùs Rojas besuchte die BRD im Rahmen einer politisch-diplomatischen Mission. In einem mehrstündigen Gespräch mit dem ak nahm er zur Aufstandskonzeption und der Verhandlungspolitik der FMLN, zu den Rückwirkungen des RgW-Zusammenbruchs, zur Massen- und Bündnispolitik und den Perspektiven des salvadorianischen Befreiungskampfes Stellung.

Guerilla und Volksaufstand

ak: Die FMLN-Offensive vom November 1989 hat die Lage in El Salvador nachhaltig verändert. Welches Ziel verfolgte die FMLN ursprünglich mit diesem Großangriff? War geplant, eine Volkserhebung auszulösen, oder muß man die Offensive eher als eine maximale militärische Kraftanstrengung bewerten, die ernsthafte Verhandlungen mit der Regierung ermöglichen sollte?

Jesus Rojas: Mit der Offensive wollten wir das Kräftegleichgewicht entscheidend zu unseren Gunsten verändern, um eine politische Lösung des Krieges anzubahnen. Unserer Meinung nach ist die Machtübernahme letztlich ein politischer Akt. Deshalb kombinieren wir politische und militärische Elemente. Wir schlossen jedoch nicht aus, daß die Armee eine strategische Niederlage hätte erleiden und auseinanderbrechen können. Aber selbst in so einem Fall wäre die Machtübernahme nicht mit vorgehaltenem Gewehr erfolgt, sondern wir hätten einen politischen Konsens gesucht, um eine Übergangslösung zu finden.

Hat die FMLN die überaus grausame Repression der Armee vorhergesehen? Ich denke vor allem an die Bombardierung der Städte und die Ermordung der sechs Jesuitenpater.

Was diese Frage betrifft, schätzten wir die Lage falsch ein. Wir hielten ein derart brutales Vorgehen der Armee nicht für möglich. Wir rechneten mit dem Einsatz von Hubschraubern, die zwar in Städten großen Schaden anrichten, aber immer noch weitaus weniger als Artilleriefeuer oder der Einsatz von 250-Pfund-Bomben, die wahllos auf Wohngebiete abgeworfen wurden. Wir dachten, daß die Regierung weder Artillerie noch Luftwaffe einsetzen könnte. Für den Fall, daß sie diese doch einsetzt, rechneten wir mit ihrem Sturz, weil wir davon ausgingen, daß die internationale Gemeinschaft ein derartiges Massaker nicht duldet. Wir irrten uns in doppelter Hinsicht. Die Armee setzte diese Waffen ein und die internationale Gemeinschaft erhob keinen deutlichen Einspruch dagegen.

Die Offensive zeigte, daß die FMLN stark ist und nicht schwach, wovon die Armee ausging. Aber sie verdeutlichte auch, daß die nichtorganisierten Teile der Bevölkerung nicht zum Volksaufstand bereit waren, obwohl sie starke Kräfte der FMLN an ihrer Seite hatten.

Nach zehn Jahren Krieg bleibt vielen Leuten keine andere Wahl, als sich für oder gegen die FMLN zu entscheiden. Aber es gibt auch viele, die sich weder für noch gegen die Befreiungsbewegung aussprechen wollen, weil es sie in beiden Fällen das Leben kosten kann. Hier kommt es zu einer gewissen Neutralisierung, die auf dem Willen zum Überleben basiert. Wenn es uns gelänge, die Armee entscheidend zu schlagen, dann könnte sich dieser Druck in einer Volkserhebung Luft machen. Aber das steht für uns derzeit nicht auf der Tagesordnung. Ein anderer Faktor, der ebenfalls einen Aufstand provozieren könnte, ist das soziale Elend. Aber dieses Elend wird durch US-Hilfsgelder ebenso abgemildert wie durch private Geldüberweisungen von Familienangehörigen, die in den USA leben.

Heißt das, daß die These von Comandante Villalobos vom März 1989 nicht mehr gilt? Er war in seinem richtungweisenden Aufsatz davon ausgegangen, daß entweder über einen Volksaufstand oder mittels Verhandlungen das Kräfteverhältnis entscheidend zugunsten der FMLN verschoben werde.

Unsere Analyse von Ende 1988/Anfang 1989 haben wir in der FMLN selbstkritisch bilanziert. Wir bewerteten das Gewicht der organisierten und radikalen Teile der Massenbewegung zu hoch und unterschätzten die Bedeutung der nichtorganisierten Teile des Volkes. Wir überschätzten unsere Kapazität, einen Volksaufstand herbeizuführen. Wir gingen von der Hypothese aus, daß eine militärische Machtdemonstration der FMLN in einer dichtbesiedelten Zone ausreichen würde, um eine Volkserhebung auszulösen. Nur die Praxis konnte beweisen, was daran richtig war und was falsch.

Ihr habt also die Möglichkeit eines Aufstandes gesehen, aber für den Fall, daß es nicht dazu käme, war der Rückzug schon vorbereitet?

Ja. Aber schon zwischen März 1989 und November 1989 kam es zu einer gewissen Änderung in unserer Einschätzung, wobei man noch sagen muß, daß bereits vorher nicht alle Mitglieder die Lage gleich beurteilten.

Wir fragen uns bei Aktionsplanungen immer, was das optimale Ergebnis, was das schlechtest mögliche und was das wahrscheinlichste ist. Bei der Novemberoffensive hieß das: im schlechtesten Fall dauert die Offensive einen Tag, es kommt zu schweren Kämpfen und in der kommenden Nacht müssen wir uns wieder zurückziehen. Aber sogar in diesem Fall wäre es die Mühe wert gewesen. Niemand ging davon aus, daß wir geschlagen werden könnten, daß die Armee die Hälfte unserer Kräfte vernichten und den Rest in die Flucht hätte treiben können. Auch darüber muß man diskutieren. Schließlich planen wir keine Selbstmordunternehmen, wo es nur den völligen Sieg oder die Niederlage als Alternativen gibt.

Das Optimum in unserem Szenario war nicht die Machtübernahme, sondern die Zerschlagung großer Einheiten der Armee, die Einnahme einer Kaserne oder einer Departementshauptstadt im Osten des Landes. Als wahrscheinlichste Variante und als Zielvorgabe hatten wir vorgesehen, drei Tage in San Salvador zu bleiben. Wir erreichten schließlich mehr, als wir für möglich hielten. In diesem Sinne war die Offensive kein Abenteuer, dessen positiver Ausgang auf einem subjektiv herbeigewünschten Volksaufstand basierte.

ARENA und Christdemokratie

Kommen wir auf die Wirtschaft zu sprechen. ARENA hat einen "Plan zur nationalen Rettung" mit neoliberalem Zuschnitt vorgeschlagen. Übernimmt die Oligarchie wieder die totale wirtschaftliche Vorherrschaft?

Bisher hat sie es nicht geschafft. ARENA konnte ihr Wirtschaftsprogramm zum großen Teil noch nicht umsetzen, nicht zuletzt wegen der Offensive, die ihnen dazwischen kam. Dies führte zu großen internen Widersprüchen, denn es entstand eine Strömung, die davon ausgeht, daß ihr neoliberales Programm nicht umsetzbar ist, solange der Kriegszustand anhält und die deshalb zu gewissen Konzessionen bereit ist.

Sehen wir uns doch die wichtigsten christdemokratischen Reformen (Verstaatlichung der Banken, Agrarreform, Verstaatlichung des Außenhandels) an, und arbeiten daran beispielhaft die Widersprüche heraus.

ARENA will die Agrarreform rückgängig machen. Aber nicht offen, sondern verdeckt. Hier gibt es einen großen Streit zwischen der faschistischen ARENA-Strömung um D'Aubuisson und seinen führenden Gefolgsleuten in Regierung und Partei auf der einen Seite und den Kooperativenmitgliedern auf der anderen. Die D'Aubuisson-Anhänger kontrollieren alle Institutionen (Agrarministerium, Agrarbank etc.), die zur Durchführung der Agrarreform geschaffen wurden. Sie fördern die Parzellierung und Privatisierung der Kooperativen, welche die Christdemokraten zugelassen hatten. Später könnten die verschuldeten Einzelbauern leicht enteignet werden, einfach indem man die Gesetzte des kapitalistischen Marktes walten läßt.

Wie sieht es mit den verstaatlichten Banken aus? Werden sie wie geplant privatisiert?

Die Privatisierung wurde durch die hohe Überschuldung dieser Geldinstitute gebremst. Diese Banken sind für Käufer nicht sehr attraktiv. Die Regierung schafft stattdessen ein paralleles privates Bankennetz, das die ertragreichen Auslandshilfegeschäfte abwickelt. Die verstaatlichten Banken sollen in den Ruin gesteuert werden, wobei die Schuldner dieser Banken, die Großgrundbesitzer, von deren Bankrott profitieren würden. Deshalb ist ARENA derzeit an der Privatisierung der staatlichen Banken nicht interessiert. Mit dem staatlichen Außenhandel sieht es ähnlich aus.

Du sprachst davon, daß es Unternehmer und in der ARENA gäbe, die zu gewissen Veränderungen bereit wären. Kannst Du näheres dazu sagen?

Sie gehen davon aus, daß es im Krieg weder möglich ist die Wirtschaft anzukurbeln noch den mittelamerikanischen Markt (MCCA) wiederzubeleben. Diese Unternehmer meinen, daß heute in Europa, Japan und den USA über die Investitionen der Zukunft entschieden wird. Nach den Veränderungen in Osteuropa müssen die zentralamerikanischen Kapitalisten sich etwas einfallen lassen, sonst bleibt das internationale Kapital außen vor, dessen Investitionen sie wünschen. Damit haben sie zweifellos recht. Deshalb wollen sie jetzt eine politische Lösung und sind auch zu ökonomischen Zugeständnissen bereit.

Würde dieser Sektor eine echte Agrarreform akzeptieren?

Ja. Nach der Novemberoffensive, nach den Veränderungen in Osteuropa aber auch nach der FSLN-Wahlniederlage in Nicaragua - die Kapitalisten sehen nun, daß man auch mit Revolutionären zu Übereinkünften kommen kann - kam es zur Herausbildung dieser Minderheitsströmung.

Die FMLN spricht von einem notwendigen Wirtschafts- und Sozialpakt. Ist denn ein Pakt mit ARENA überhaupt möglich, wenn diese eine Wirtschaftspolitik gegen die Interessen der breiten Bevölkerungsmehrheiten betreibt?

Mit dem gegenwärtigen Modell ist keine Kooperation möglich. Wir wollen derzeit auch keine bestimmte Wirtschaftspolitik festlegen, sondern einen allgemeinen Rahmen, der soziale Gerechtigkeit etc. ermöglicht. Ein für uns unverhandelbarer Punkt ist die notwendige Agrarreform. Wir verlangen, daß die von Duarte erlassenen Agrarreformgesetze auch wirklich im Sinne der Campesinos angewendet werden. Dies wäre ein guter Ausgangspunkt für die weitere Transformation der Gesellschaft.

Wie verhält sich die Führung der Christdemokratie?

Sie hielt Distanz zu ARENA, aber sie nahm auch die offene Konfrontation nicht auf. Die Parteiführung machte eine ziemlich schwankende Politik. Die Christdemokratie hat sich noch nicht entschieden, wie sie sich angesichts der vorhandenen Polarisierung verhalten soll. Aber sie hat sich nicht nach rechts hin zu ARENA entwickelt, und das ist für uns ein positives Zeichen.

Die internationale Christdemokratie, nicht zuletzt die CDU der BRD, hat doch erheblichen Einfluß auf deren Politik. Und da vermag ich wahrlich nicht zu sehen, daß die für ein Bündnis mit der Linken zu haben wäre.

Das ist uns klar. Aber die Politik der salvadorianischen Christdemokraten wird entscheidend durch die internen Kräfteverhältnisse entschieden. Wir suchen die Zusammenarbeit der salvadorianischen Christdemokratie nicht, weil uns ihre Intentionen oder Wünsche so gut gefallen - sie will die Schwächung der Linken - sondern, weil die objektiven Verhältnisse diese Zusammenarbeit ermöglichen. Wir sind stark und können uns die Zusammenarbeit mit der Christdemokratie leisten. Für uns bringt es auch politische Kosten mit sich, wenn wir uns dieser Partei annähern, weil die Bevölkerung sie ablehnt. Unsere Basis fragt: Warum gehen wir auf die Christdemokraten zu, wo sie doch noch nie etwas für das Volk getan haben? Aber im Sinne des Gesamtprojektes nehmen wir diese Probleme in Kauf.

FMLN und Massenbewegung

Sehen wir uns die Massenbewegung etwas genauer an. Die Regierung behauptet, die legalen Organisationen seien lediglich eine Fassade der FMLN.

(lacht) Wenn die Regierung das sagt, tut sie uns einen großen Gefallen. Denn in diesem Sinne ist das ganze Volk Fassade der FMLN. Die Bischöfe, die Arbeiterorganisationen und Vereinigungen, alles was in Opposition zu ARENA steht, bezeichnet die Regierung als Fassade der Guerilla.

Ja gut, aber das hat auch eine andere Bedeutung ...

Sie bezichtigen sogar die Christdemokratie, ihren Gewerkschaftsverband UNOC etc., daß sie uns zuarbeiten. Damit bedroht ARENA auch Vereinigungen, in denen wir nie Einfluß hatten.

Die Organisationen, welche die FMLN bilden, sind auch in der Massenbewegung aktiv. Gerade die FPL, der Du angehörst, ist dafür bekannt, daß sie eine sehr weit entwickelte Massenarbeit hat.

Das stimmt. Aber die legalen Massenorganisationen sind trotzdem keine bloße Fassade der FMLN. Die Tatsache, daß wir in diesen Vereinigungen arbeiten, daß wir Einfluß haben, daß ihre Mitglieder oder ihre Führung sich mit unseren Organisationen identifizieren oder ihnen angehören, bedeutet nicht, daß sie keine Autonomie hätten. Die legalen Volksorganisationen haben eigene Forderungen und Ziele. Die FMLN unterstützt ihren Kampf. Aber diese Organisationen sind nicht der FMLN-Führung untergeordnet und werden von der FMLN nicht zu irgendetwas mißbraucht, so wie es die Regierung immer darstellt.

Der "Revolutionäre Volksblock" (BPR), die einflußreiche Massenfront der FPL in den siebziger Jahren, kämpfte mit offen revolutionären Forderungen, mit radikalen Aktionsformen. Der linke Gewerkschaftsdachverband UNTS tritt heute viel moderater und legalistischer auf. Warum?

Das hängt mit den geänderten Bedingungen zusammen. In den siebziger Jahren waren die politisch-militärischen Organisationen in der Gesellschaft kaum präsent. Wir hatten kaum Möglichkeiten uns zu äußern, unsere politischen Vorstellungen bekannt zu machen. Deshalb war es notwendig, daß die legal arbeitenden Gewerkschaften, Kleinbauernvereinigungen und Studentenorganisationen diese radikalen und revolutionären Forderungen vertraten und einklagten.

Weil starke revolutionäre Organisationen nicht existierten ...

Genau. Viele dieser Forderungen hätten eigentlich von einer starken revolutionären Partei erhoben werden müssen, die jedoch zu diesem Zeitpunkt nicht existieren konnte. Die Repression zwang uns, in den Untergrund zu gehen und mit der Waffe in der Hand um unser Leben kämpfen. Wir organisierten und diskutierten weiter, aber unser Einfluß in der Öffentlichkeit war dadurch erheblich eingeschränkt.

Die starke Betonung revolutionärer Forderungen und radikaler Aktionsformen durch die legale Massenbewegung - Aspekte, die in der Solidaritätsbewegung vielfach verklärt werden - war also auch Ausdruck der organisatorischen Schwäche der revolutionären Organisationen?

Zum Teil war es der mangelnden Entwicklung der politisch-militärischen Organisationen geschuldet. Heute gibt es viele Formen, wie sich die Radikalität der Massen ausdrücken kann. Deshalb kann sich jetzt die Gewerkschaftsbewegung mehr auf ihre spezifischen Aufgaben konzentrieren. Der BPR, FAPU, LP-28 verkörperten in den siebziger Jahren ja eine Mischung verschiedenster Elemente und hatten die verschiedensten Aufgaben gleichzeitig zu erfüllen: sie dienten als radikale Massenfront, Gewerkschaften, Bürgervereinigungen und Parteien in einem.

Heute gibt es eine Arbeitsteilung. Die Massenbewegung braucht heutzutage zum Beispiel auf der Straße keine militanten Auseinandersetzungen mit der Polizei oder Nationalgarde mehr zu suchen, dafür haben wir die Milizen. Wenn jemand entschlossener kämpfen will, sich radikalisieren will, gibt es dafür die entsprechenden Instrumente.

Nach der Novemberoffensive mußte sich die Massenbewegung vorübergehend zurückziehen, tauchte in die Halblegalität und Illegalität ab, um der Repression zu entgehen. Die städtische Bevölkerung war den Streitkräften schutzlos ausgeliefert, nachdem sie die FMLN zurückzog. Da manifestiert sich doch ein gewisser Widerspruch zwischen Massenkampf und bewaffneten Aktionen.

Ich glaube, daß sich hier ein wirklich vorhandener Widerspruch zeigte, der jedoch kein antagonistischer Widerspruch ist. Zwischen politischem Kampf und militärischen Aktionen gibt es eine dialektische Beziehung, also auch Widersprüche. In bestimmten Momenten kann die militärische Aktion politische Aktivitäten behindern. Wenn wir jedoch den gesamten Prozeß betrachten, dann ergänzen sich beide Elemente. Die Novemberoffensive und die Antwort der Armee darauf verengte für eine gewisse Zeit den politischen Spielraum. Man aber muß immer die Gesamtdynamik betrachten und nicht isolierte Momente. Man hat uns vorgeworfen, daß die Offensive ein Mißerfolg gewesen sei, weil sich die Massenbewegung zurückziehen mußte. Aber die Realität zeigt, daß der Vorwurf falsch war. Heute ist die Massenbewegung stärker als vor der Offensive. Dies ist ohne den Erfolg der Offensive nicht denkbar.

Die Verhandlungen zwischen FMLN und der ARENA-Regierung

Die FMLN spricht seit 1984 mit der Regierung. Offenbar hat sich dabei die Bedeutung der Verhandlungen erhöht. 1984 waren die Gespräche doch eher als Ergänzung der militärischen Kämpfe zu bewerten. 1989

sprach Comandante Villalobos von zwei gleichermaßen möglichen Varianten, um die Lage zu Gunsten der Bevölkerungsmehrheit zu ändern: Aufstand oder Verhandlungen. Heute scheint es mir so, daß die Verhandlungen im Vordergrund stehen und die bewaffneten Aktionen als Druckmittel dienen, um diese zu erzwingen.

In gewisser Hinsicht stimmt, was Du sagst. Wir glauben, daß wir uns mit einer konzentrierten politischen Anstrengung heute unseren revolutionären Zielen nähern. Es kommt noch hinzu, daß wir in den vergangenen Jahren in abgelegenen, bergigen und dünnbesiedelten Zonen ohne wirtschaftliche Bedeutung kämpften. Heute findet der Krieg in den "vitalen Zonen" des Landes statt. Diese sind dichtbesiedelt, städtisch geprägt und beherbergen die ganze zivile und produktive Infrastruktur. In diesen Zonen kann man keinen Krieg aufrechterhalten, wie wir ihn die vergangenen Jahre geführt haben. Die Novemberoffensive zeigt, wohin das führen würde.

Das Land würde weitgehend zerstört werden.

Exakt. Es ist einfach nicht möglich, in diesen Gebieten über längere Zeit den Krieg auf derart hohem Niveau zu führen wie in der Vergangenheit, weil sich sonst das Volk selbst auslöschen würde. Einige Tage, Wochen oder sogar Monate ginge es vielleicht. Aber wir haben nicht die Stärke, daß wir in wenigen Tagen oder Wochen den Krieg zu unseren Gunsten beenden könnten. Es wäre jedoch ebenso ein riesengroßer Fehler, wenn wir uns wieder in die Berge zurückzögen, nur um den bewaffneten Kampf weiterführen zu können. Das wäre der politische Selbstmord der FMLN. Um in den städtischen Zonen weiter an Einfluß zu gewinnen, müssen wir den politischen Kampf verstärken und nicht die militärische Auseinandersetzung zwischen zwei Armeen. Der militärische Kampf wird weiter stattfinden, aber die Hauptachse ist die politische Auseinandersetzung. Der bewaffnete Kampf ist ja kein Selbstzweck sondern nur ein Mittel der Auseinandersetzung. Wir setzen es ein, sofern es das Vorankommen der Revolution fördert.

Ist der bewaffnete Kampf jetzt den Verhandlungen untergeordnet?

Heute ist der Verhandlungsprozeß von besonderer Wichtigkeit. In diesem Sinne dienen die militärischen Aktionen zur Unterstützung unserer politischen Intervention.

Eines politischen Projektes, das über die Machtübernahme hinausreicht, das die Erfahrungen Nicaraguas mit Contra-Krieg und US-Wirtschaftsblockade miteinkalkuliert?

Das Beispiel Nicaragua hat uns sehr dabei geholfen mit größerem Realismus zu sehen, was ein revolutionärer Prozeß ist. Vor zehn Jahren kannten wir nur Erfahrungen, die sehr weit entfernt waren. Auch Kuba, wenngleich geographisch nahe, ist in gewisser Weise weit weg, sehr spezifisch. Nicaragua war für uns ein Spiegel. Denn bei allen Unterschieden haben wir doch viele Gemeinsamkeiten. Wir kamen zu dem Schluß, daß eine Revolution nicht das ist, was sich die Revolutionäre im Kopf ausdenken. Das Volk will und braucht nicht immer das, was sich die Revolutionäre in den Kopf setzen. Wir können nicht einfach ein Konzept durchsetzen, nur weil wir mit Waffengewalt die Machtfrage in einem bestimmten Moment für uns entschieden haben. Wir müssen versuchen, einen gesellschaftlichen Konsens herzustellen. Wir brauchen die politische Debatte und wir müssen die Massen mit politischen Mitteln für uns gewinnen. Wenn uns das nicht gelingt, dann müssen bestimmte gesellschaftliche Veränderungen eben warten.

Selbst wenn die FMLN die militärische Macht hätte, um sie durchzusetzen?

Ja. Selbst für den Fall, daß wir einen militärischen Sieg erreichen könnten, würde das denselben politischen Weg erforderlich machen, wie wir ihn jetzt auf dem Verhandlungswege suchen. Wir würden uns sicherer fühlen, wenn es gelänge, den Repressionsapparat zu zerschlagen. Aber die einzige Möglichkeit der Revolution in der Zukunft den Weg offenzuhalten, ist ein Projekt der nationalen Übereinstimmung (consenso nacional).

Die FMLN setzt darauf, daß es ihr gelingt, die Massen dauerhaft für sich zu gewinnen?

Selbst wenn die Revolutionäre mit breiter Unterstützung die Macht erobern, können sie ihre Basis wieder verlieren, wenn sie diese Unterstützung nicht konsolidieren und organisieren. Das passierte den Sandinisten. Wenngleich sie weniger Unterstützung genießen als 1979, zu wenig um die Regierung zu stellen, so sind sie doch die am besten verankerte Kraft in Nicaragua.

Gibt es denn in der ARENA und in der Armee Teile, die wirklich mit der FMLN verhandeln wollen, heißt Zugeständnisse zu machen gewillt sind?

Es ist notwendig, daß es sie gibt. Und wenn es sie noch nicht gibt, müßten wir sehen, was wir machen, damit wir sie schaffen. In der Armee gibt es Strömungen, die wirklich verhandeln wollen, das wissen wir. Sie sind aber in der Minderheit. Mit ihnen könnten wir zu akzeptablen Übereinkünften kommen und ihnen wenigstens ein gewisses Vertrauen entgegenbringen.

Was ist mit der Mehrheit in der Armee?

Sie sagen: man muß verhandeln, weil uns die Gringos sonst die Militärhilfe nicht mehr geben. Aber vorher müssen wir die FMLN und die legale Volksbewegung soweit wie möglich schwächen. Das ist ihr gegenwärtiger Kurs. In der Stunde der Verhandlungen wollen sie nur die allerminimalsten Konzessionen machen.

Gibt es in der Armee Teile, die immer noch auf den militärischen Sieg bauen?

Gegenwärtig gibt es lediglich eine kleine, sehr faschistische Minderheitsströmung in der Armee, die Verhandlungen völlig ablehnt. Diese wird bald aus der Armee herausgedrängt werden. Die Mehrheitsströmung will verhandeln, aber ohne Zugeständnisse zu machen.

Und die FMLN - ist sie bereit, noch weitere Zugeständnisse zu machen, um die Verhandlungsbereitschaft der Gegenseite zu erhöhen?

Wir haben heute flexiblere Positionen. Aber wir machten nicht einfach Zugeständnisse, sondern man könnte sagen, daß wir Lösungen suchen, die eher an die Wurzel der Probleme gehen. Wir forderten in Caracas und auch in Oaxtepec die totale Demilitarisierung der Gesellschaft. Die Armeen sollen verschwinden. Als Bedingung zur Auflösung der Guerilla fordern wir die Auflösung der Armee. In Costa Rica, im Oktober vergangen Jahres, sprachen wir von einem Zeitraum von 25 Jahren, als wir die Auflösung der Armee forderten und deuteten an, daß die Guerilla lange vorher die Waffen abgeben könnte. Aber nach der Novemberoffensive, als wir sahen, wozu die Herren Soldaten bereit sind, und angesichts dessen, daß sie nicht einmal dazu imstande sind, die Mörder der Jesuitenpater zu bestrafen, haben wir unsere Forderung modifiziert. Wir können unsere Waffen nicht abgeben, solange die Armee weiter existiert, das wäre Selbstmord. Hier fordern wir also mehr als vorher.

Demilitarisierung heißt null Armee?

Das ist unsere Forderung, keine Armee. Wir sind mit der Existenz einer Polizei einverstanden und wir sind auch bereit, über die Verteidigung El Salvadors zu reden. Aber wir nehmen keine Berufsarmee hin mit einer Geschichte und Macht, wie sie die gegenwärtige hat. Wir sind willens in einigen Fragen Zugeständnisse zu machen, aber die Dynamik kann nicht so aussehen, daß unsere Seite ständig Abstriche macht. Das führte uns in die sichere Niederlage.

USA & UdSSR

Der RgW ist am Ende. Die UdSSR ist im Niedergang begriffen. Aber die FMLN spricht immer noch von der Erneuerung des Sozialismus in der Sowjetunion.

Wir unterscheiden zwischen dem Sozialismus in der Sowjetunion, der eigene revolutionäre Wurzeln hat und den übrigen Staaten, wo der Sozialismus von der Roten Armee eingepflanzt wurde. Die Auflösung des sozialistischen Lagers oder Blocks wie er genannt wurde, signalisierte für uns den Zusammenbruch sozialer Systeme, was wiederum das Scheitern eines bestimmten Modells ausdrückt. Dieses Modell war sehr eng mit Stalin und der KPdSU verknüpft.

Die ursprünglichen Ziele, die in der UdSSR als Glasnost und Perestroika bekannt wurden, sind in dieser Gesellschaft selbst entstanden - wenn auch von oben - und sollten zur Erneuerung des Sozialismus führen. Die zustimmenden Erklärungen der FMLN beziehen sich auf diese ursprünglichen Ziele.

Wie beurteilt ihr die jetztige Umsetzung dieser Ideen?

Glasnost, die Demokratisierung und der Kampf gegen die Bürokratie sind für uns interessante Ansätze. Die Wirtschaftspolitik erscheint uns ziemlich flau, ohne wirkliches Konzept. Teilweise will man zum Kapitalismus

zurück. Aber uns fehlt detaillierteres Wissen. Aber die Suche nach neuen Lösungen für viele Probleme, wie den technologischen Rückstand, die Wirtschaftsprobleme usw., all das hat für uns von der Intention her revolutionäre Züge. Aber wie dem auch sei, die Perestroika ist eine Sache der UdSSR. Wir stehen in einem ganz anderen Prozeß und haben andere Probleme.

Wo seht ihr die Schwächen?

Was ihre Sicht der Welt und vor allem der "3. Welt" betrifft, so denken sie in dieser Hinsicht konservativ oder sogar reaktionär.

In welchem Sinn? Welche Auswirkungen hat eurer Meinung nach die derzeitige Außenpolitik der Sowjetunion auf die "3. Welt" allgemein und auf Mittelamerika im besonderen?

Bezüglich der "3. Welt" fehlen ihnen eigene Vorstellungen. Sie suchen sogar die Zusammenarbeit mit den kapitalistischen Ländern und mit dem nordamerikanischen Imperialismus. Die Probleme der "3. Welt" bleiben dabei außen vor. Die UdSSR wendet uns gewissermaßen den Rücken zu. Sie sehen die revolutionären Kämpfe und die nationalen Befreiungsbewegungen als Bedrohung für ihr Verständnis von Frieden zwischen den Großmächten. Damit entfernt sich die UdSSR von revolutionären Prinzipien. Je mehr sie diesen Weg weitergeht, desto weiter entfernt sie sich von der "3. Welt", der sie eine Zeit lang nahegestanden hatten.

Was machen die USA? Versuchen sie weiterhin die revolutionären Bewegungen zu zerstören, auszulöschen, oder suchen sie Verhandlungen und Übereinkünfte? Modell Panamá oder Modell Chamorro?

Auch in Nicaragua besteht nach wie vor die Gefahr, daß sie das Modell Panamá anwenden. Im Zusammenhang mit den Streiks diskutierten sie erneut die Entsendung von Truppen nach Nicaragua. Wenn die USA sehen, daß sie die revolutionären Bewegungen ohne allzu große politische Kosten niederschlagen könnten, dann würde sie das machen ohne auch nur eine Sekunde zu zögern. Aber die Frage ist für sie, ob sie dafür günstige Bedingungen vorfinden. Diese Frage müssen wir analysieren. Ich meine, daß sie eine Intervention in Nicaragua nicht ausschließen. Jetzt haben sie günstigere Voraussetzungen dafür, weil die Sandinisten eine politische Niederlage erlitten und die USA sich als die Verteidiger einer gewählten Regierung präsentieren könnten.

Welche Konsequenzen hätte eine derartige Intervention?

Dies würde das Ende des Verhandlungsprozesses in El Salvador bedeuteten und den Krieg in der ganzen Region verlängern. Die Nicaraguaner würden sicherlich nicht den Kopf einziehen und es gibt im Land genügend Mittel, um gegen die Yankees einen langen Volkskrieg führen zu können. Wir hoffen, daß es den USA nicht einfällt, diesen Schritt zu tun.

Wie geht es in El Salvador weiter?

Die FMLN spricht von der Notwendigkeit einer breiten Front. Wofür?

Wir haben zwei Perspektiven. Die entscheidende: wir wollen in einer Übergangsphase, die zwischen einem und vier Jahren dauern kann, den militärischen Konflikt beenden und den Spielraum erweitern, um unter neuen Bedingungen mit politischen Mitteln für unsere Vorstellungen zu kämpfen. Wir hielten es für das Beste, wenn es dafür zu einer Allianz zwischen der Linken und der Christdemokratie käme. Wenn die Christdemokratie nicht zieht, sehen wir auch andere Möglichkeiten, aber am vorteilhaftesten wäre es, wenn diese Zusammenarbeit zustande käme.

Die andere und noch unmittelbarere Perspektive: die Gemeinde- und Parlamentswahlen im kommenden Jahr. Wir wollen ARENA die Mehrheit im Parlament und in den Gemeinden entreißen.

Die FMLN sucht die Allianz mit der Christdemokratie für die kommenden Wahlen?

Es müßte nicht notwendigerweise eine Allianz im formalen Sinn sein. Es kann irgendeine Form der Übereinkunft sein. Häufig wird der Begriff Allianz als etwas sehr definitives und sehr formales gesehen. Darum geht es uns nicht. Aber wir suchen schon die Zusammenarbeit, um ARENA gemeinsam eine Niederlage beibringen zu können. Wir halten dies bei einer breiten Zusammenarbeit von Christdemokratie und der Linken für möglich. Dabei gibt es noch eine Reihe politischer und praktischer Probleme, beispielsweise das Wahlrecht, das zwei große Parteien und eine kleine dritte Partei hervorbringt. Die Christdemokratie will keine

gemeinsame Wahlliste und fordert die Linke auf, eigenständig zu kandidieren, damit klar bliebe, daß die Christdemokraten die wichtige Partei und die Linken die kleine dritte Kraft im Parlament wären. Auf dieser Basis wollen sie das Bündnis. Wir fordern ein Wahlrecht, das demokratischer ist.

Die FMLN boykottiert also die Wahlen 1991 im Unterschied zu den vorhergegangenen nicht mehr, ruft zur Eintragung ins Wahlregister und zur Wahl der "Demokratischen Konvergenz" (CD) auf, in der die Verbündeten der FMLN, Rubén Zamora und der Sozialdemokrat Guillermo Ungo mitarbeiten?

Wenn alles gut geht. Wir sehen aber auch die Möglichkeit, daß es statt dessen zu einer großen Konfrontation kommt. Dies würde eintreten, wenn sich die Christdemokratie und die Demokratische Konvergenz entscheiden sollten, nicht an den Wahlen teilzunehmen. Für den Fall, daß beide teilnehmen, aber die FMLN die Bedingungen trotzdem für ungeeignet hält, das war ja 1989 der Fall, dann meine ich persönlich, daß die FMLN nicht zum Boykott aufrufen würde. Dafür lege ich jetzt zwar meine Hand nicht ins Feuer, weil in der FMLN darüber noch nicht entschieden wurde, aber es ist meine Meinung. Denn wir würden wahrscheinlich politisch gesehen verlieren, wenn wir die Wahlen militärisch zu verhindern suchten. Wir könnten beispielsweise zusagen, die Aktivitäten der Parteien nicht zu beeinträchtigen, ohne jedoch Aktionen gegen die Armee auszuschließen.

Welche Vorteile bringt denn diese Einmischung in den Wahlprozeß?

Wir wollen das politische Kräfteverhältnis verändern und die Bedingungen für Verhandlungen mit der ARENA-Regierung verbessern. Die Wahlen werden die anderen Kampfformen nicht verdrängen oder ersetzen. Es kommt einfach eine neue Kampfebene dazu. Wir versprechen uns den Zugang zu gesellschaftlichen Gruppen, die wir bisher nicht erreichen können. Diese Wahlen werden wahrscheinlich inmitten des Krieges, von Verhandlungen und politischen Kämpfen abgehalten.

Comandante Villalobos sagte Ende Februar 1989 in einem Interview mit Marta Harnecker, die FMLN sei bereit sich an den Wahlen zu beteiligen, weil sie sicher wäre, diese auch zu gewinnen? Seid ihr da immer noch so sicher?

Für damals war das sicher richtig. Es wurde ja der Präsident und die ganze Regierung gewählt. Wir waren uns sicher, daß wir mit unserem Wahlvorschlag vom Januar 1989 diese Wahlen gewinnen könnten, weil wir eine wirkliche Alternative mit Frieden anzubieten hatten. Genau aus diesem Grund gingen sie auf unseren Vorschlag nicht ein. Heute ist die Lage anders. Die Wahlen von 1991 entscheiden nicht über die grundlegende Neuverteilung der politischen Macht. Sie berühren einige Aspekte, aber sie sind nicht entscheidend. Deshalb wäre es ein schwerer Fehler, wenn wir direkt daran teilnehmen würden, zumal ohne die notwendige Vorbereitung.

Die FMLN versucht also den Wahlprozeß zu beeinflussen ohne selbst teilzunehmen?

Mit eigenen Kandidaten werden wir sicher nicht teilnehmen. Aber wenn wir zur Überzeugung kommen, daß es für den Verhandlungsprozeß nützlich ist, werden wir den Prozeß indirekt unterstützen.

Die FMLN fordert eine wirklich demokratische, pluralistische Ordnung. Welche Grenzen hat euer Demokratieverständnis? Gibt es Kräfte, die darin keinen Platz haben?

Von unserer Seite aus schlössen wir niemanden aus. Aber es gibt Sektoren, die sich selbst ausschließen. Diejenigen, die sich jetzt gegen eine Konsenslösung aussprechen, schließen sich selbst aus. Mit der Fraktion von D'Aubuisson beispielsweise könnten wir nicht nebeneinander existieren, weil sich dieser mit Gewalt gegenüber der Gesellschaft durchsetzten will. Solange sie ihre Position nicht ändern und zwar wirklich und nicht nur dem Anschein nach, haben sie keinen Platz.

Was ist mit den Mördern, Folterern und Kriegsverbrechern? Werden sie alle bestraft oder sagt ihr, was gewesen ist ist gewesen, Schwamm drüber?

Weder das Eine noch das Andere. Die Armee fordert absolute Straffreiheit. Das können wir nicht akzeptieren. Aber wenn wir alle vor Gericht bringen wollten, die in Verbrechen und Untaten verwickelt waren, dann würde das einen sozialen Konsens verhindern. Dieser Krieg war sehr grausam. Wenn wir alle Übeltäter bestrafen wollten, ginge das nur nach einem militärischen Sieg. Wir sind uns auch nicht sicher, welchen politischen

Vorteil es brächte, wenn wir 4.000, 8.000 oder 12.000 Soldaten hinter Gitter bringen, was beispielsweise die Sandinisten mit den somozistischen Nationalgardisten gemacht haben.

Die Sandinisten mußten ja die Nationalgardisten schließlich doch freilassen.

Das kostete sie zudem einen hohen Preis, weil ihre Basis damit sehr unzufrieden war. Dieses Vorhaben ist weder realistisch noch durchführbar. Wir zweifeln auch daran, daß es politisch das Klügste wäre. Aber wir lehnen auch "vergeben und vergessen" (perdón y olvido) ab, weil wir Präzedenzfälle schaffen wollen.

Deshalb die Forderung nach Bestrafung der Verantwortlichen für die Morde an Bischof Romero, den acht GewerkschafterInnen von FENASTRAS, dem Sozialdemokraten Hector Oquelí und den sechs Jesuiten der UCA?

Wir fordern die Bestrafung der Verantwortlichen für diese Morde. Nicht nur der Mörder, sondern auch der intellektuellen Urheber. Wir nehmen keinen juristischen Standpunkt ein, auch keinen einer Volksgerichtsbarkeit. Wenn es darum ginge, müßten wir die Bestrafung der Mörder vom Río Sumpul, die Verantwortlichen für die Massaker von El Mozote und Las Hojas, tausender Verschwundener und Gefolterter fordern. Wir wollen uns nicht rächen und es geht uns auch nicht darum, diese Kriminellen im Gefängnis verfaulen zu sehen, wenngleich sie es verdienten. Aber was würde die Gesellschaft dabei gewinnen und was würde sie verlieren? Die Armee selbst soll die Verantwortlichen für die vier Fälle einem reformierten Rechtssystem übergeben. Das soll der Gesellschaft ein Beispiel geben, daß diese Leute verurteilt werden können, die sich seit jeher wie die Herren und Götter El Salvadors aufgeführt haben. Wir haben die drei letzten Fälle aufgelistet und den Fall von Bischof Romero, weil er eine besondere Bedeutung hat - und wir alle wissen, wer der Drahtzieher ist: D'Aubuisson.

Bildet sich in El Salvador ein neuer revolutionärer Weg heraus, oder versucht die FMLN nur noch das Schlimmste - Krieg und Massenelend - abzuwenden?

Wir kämpfen für ein neues politisches Projekt, wo wir unter neuen Rahmenbedingungen mit politischen Mitteln um unsere Ziele kämpfen können. Gegenwärtig geht es uns nicht darum, eine bestimmte Wirtschaftspolitik, einzelne Reformen, diese oder jene Dinge festzulegen, sondern darum, die Bedingungen zu definieren, unter denen die Politik zukünftig stattfinden wird. Wer die politische Mehrheit gewinnt, soll sein Projekt vorantreiben können, ohne die Gefahr der Repression. Deshalb hat für uns die Demilitarisierung eine so herausragende Bedeutung.

Hat die FMLN ihre sozialistische Perspektive aufgegeben?

Wir sind politisch gereift. Wir sehen es heute so, daß bestimmte Ziele, wie zum Beispiel der Sozialismus, bestimmter Bedingungen bedürfen, um sie verwirklichen zu können. Dieses Ziel halten wir trotz des Scheiterns bestimmter Modelle in Osteuropa, trotz Rückschlägen aufrecht. Darauf arbeiten wir hin. Aber wir können den Sozialismus in nicht in nächster Zukunft verwirklichen, weil die notwendigen Voraussetzungen dafür fehlen.

Vielen Dank für das Gespräch.

Al., KB-Nürnberg

# 29. El Salvador: Verhandlungen an totem Punkt angelangt

Rubrik: El Salvador · CD-Datei: daten/aksuche/ak322/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:322:38

In El Salvador verschärfen sich die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der Befreiungsbewegung "Farabundo Marti" (FMLN) und den Regierungsstreitkräften. Nach Meldungen des Rebellenradios "Radio Venceremos" wurden allein zwischen Januar und August des Jahres 4062 Soldaten getötet oder verwundet. Die FMLN griff in den letzten Wochen verstärkt Ziele in der Hauptstadt San Salvador und genau ausgewählte Kasernen im Landesinneren an. Die Armee hat ihre Operationen zur Aufstandsbekämpfung vervielfacht. Unter diesen Bedingungen treffen sich die Delegationen von FMLN und Regierung erneut in Costa Rica, um über eine politische Lösung des seit zehn Jahren andauernden bewaffneten Konfliktes zu verhandeln. Vom 13. bis zum 18. September sollen die Unterhändler versuchen, Übereinkünfte in Sachen "Armee" zu treffen. Die Chancen für einen positiven Ausgang dieses entscheidenden Treffens werden von Beobachtern überwiegend sehr pessimistisch eingeschätzt.

Eigentlich sollten bereits ab dem 15. September die Waffen schweigen. So sah es eine Vereinbarung vor, die am 21. Mai in Caracas (Venezuela) von der Vertretung der Befreiungsbewegung und der Regierung unterzeichnet worden war. Allerdings konnten in den nachfolgenden Gesprächsrunden in Oaxtepec (Mexico; 13.- 21. Juni), San José (Costa Rica; 20.-26. Juli) und San José (Costa Rica; 17.-22. August) die notwendigen Vorvereinbarungen nicht übereinstimmend geklärt werden, an die der Waffenstillstand geknüpft worden war. Die Verhandlungen stockten gleich beim ersten und wichtigsten Punkt: der Reduzierung, Säuberung und Demokratisierung der Regierungsarmee. In Oaxtepex, wo man begann über diesen Punkt zu reden, kam es zu keinerlei Einigung.

Um diesem toten Punkt aus dem Weg zu gehen, klammerte man dieses schwierige Thema zunächst aus und traf sich in San José/Costa Rica (Juli 1990), um über die Einhaltung der Menschenrechte zu sprechen. Es kam tatsächlich eine gemeinsam getragene Erklärung zustande, die im wesentlichen den Bestand und die Garantie der bürgerlichen Freiheitsrechte festschreibt. (1)

Neben Absichtserklärungen enthielt dieses Dokument jedoch nichts konkretes. Deshalb forderten acht Menschenrechtsorganisationen des Landes, daß sofort eine Untersuchungskommission der UNO das Land besuchen solle, um die Verletzungen der Menschenrechte zu überprüfen. Reinaldo Blanco, Koordinator der unabhängigen Menschenrechtskommission CDHES, betonte im Gespräch mit dem Autor:

"Es ist positiv, daß die Regierung sich erneut verpflichten mußte, die Menschenrechte zu respektieren. Dieses Abkommen hat jedoch keine juristische Gültigkeit. Es stellt lediglich eine politische Willenserklärung dar. Für uns ist wichtig, daß es bald zu einer Feuereinstellung kommt. Denn viele Übergriffe sind mit kriegerischen Handlungen verknüpft."

Bei der nachfolgenden Runde in San José/Costa Rica (August 1990) griff man das entscheidende Thema, "Streitkräfte", wieder auf. Es kam jedoch zu keinerlei Einigung. Die Standpunkte scheinen sich zudem nicht anzunähern, sondern driften auseinander. Die Regierungsseite geht davon aus, daß es in Sachen Armee für sie im Kern nichts zu verhandeln gibt. Sie verspricht, daß "

Bewußtseinsbildung" über die "Rolle der Armee im demokratischen System" betrieben werde. Sie will die Armee mit der jetzigen Struktur intakt halten. Über neue Führungsmethoden und eine geringe Reduzierung wäre sie bereit zu reden. In Bezug auf die Säuberung der Armee von Menschenrechtsverletzern meinte sie, daß "beide Seiten Irrtümer begangen" hätten und daß sie bereit wäre, die Untersuchung von Einzelfällen zu unterstützen. (2).

Die FMLN stellte am 17. August ihre Position vor. Sie faßte ihre "Forderungen zum Abbau des Militarismus, zum Erreichen des Waffenstillstandes und einer Demokratie ohne Waffen" in 18 Punkten zusammen. Sie zielt dabei auf die "totale Demilitarisierung der Gesellschaft", die durch das "Verschwinden beider Heere in einem schrittweisen, symmetrischen und gleichzeitig stattfindenden Prozeß" erreicht werden soll. Darüberhinaus betrachtet sie die Bestrafung der Verantwortlichen für eine Serie von Menschenrechtsverletzungen und einen Wirtschaftspakt als notwendige Voraussetzungen für diesen Waffenstillstand. Während die Regierung nach

wie vor keinerlei Bereitschaft zeigt, wirklich über die Frage der Sicherheitsorgane zu verhandeln, scheint die FMLN mehr als zuvor überzeugt, daß die Lösung dieser Frage den entscheidenden Schlüssel zur Lösung des bewaffneten Konfliktes darstellt. Die FMLN hat ihre Forderungen nach Demilitarisierung der Gesellschaft, nach "

null Armee" präzisiert. Damit treten ihre bis dato gültigen, "weicheren" Forderungen nach "Reduzierung, Säuberung, Demokratisierung der Armee und deren Unterstellung unter zivile Führung" in den Hintergrund. Offenbar hat der Stillstand in den Untersuchungen der Morde an den Jesuitenpatern der FMLN-Führung die Brisanz dieser Frage noch einmal besonders deutlich vor Augen geführt. Auch die Liste der Menschenrechtsverletzungen, die bestraft werden sollen, ist wesentlich länger als bei vorhergehenden Kommuniqués.

Unter diesen Voraussetzungen ist von der jüngsten Verhandlungsrunde in San José/Costa Rica (September 1990) kein Ergebnis zu erwarten. Sollte es zu keinen substantiellen Fortschritten kommen, rechnen viele Beobachter mit einer "zweiten Offensive". Der genaue Zeitpunkt, der Ort und die genaue Charakteristik der FMLN-Offensive sind unbekannt. Es gilt jedoch als sicher, daß eine mögliche "zweite Offensive" nicht wie die November-Offensive hauptsächlich auf der Einnahme von Arbeiter-Vorstädten basiert, weil dies viele zivile Opfer forderte, als die Armee Wohnviertel bombardierte.

Die Stimmung in El Salvador ist von gespanntem Abwarten geprägt. Alle Gesprächspartner rechneten mit einer Offensive für den Fall, daß es bei den Verhandlungen keine Fortschritte geben sollte. Aber selbst für den Fall, daß die FMLN zu diesem Mittel greifen müßte, ist auch dies in die Verhandlungsstrategie eingebettet, die eine politische Lösung des Konfliktes sucht.

Al., KB-Nürnberg, 13.9.1990

Anmerkungen:

1) "Acuerdo sobre derechos humanos", in: CINAS, El Salvador-Boletin de Analisis e Informacion, No. 3, San Salvador Julio 1990, S. 22ff.

2) Siehe: Semana No. 101, San Salvador 31. August 1990, S. 12ff.

# 30. US-Politik in Afghanistan gescheitert? Eine Replik zu ak 321

*Eine Replik zu: "Kambodscha/Afghanistan: Der Krieg hält an "(AK 321)*

Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Afghanistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak322/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:322:26

Aufgrund einer Reihe falscher bzw. falsch verarbeiteter Detailinformationen kommt der Autor des Artikels zu Wertungen, die m.E. die innere Situation in Afghanistan in wesentlichen Punkten inadäquat widerspiegeln und in Bezug auf Lösungsmöglichkeiten des Konflikts zu einseitigen Schlußfolgerungen führen. Dies führt schon der Widerspruch zwischen der Überschrift ("Der Krieg hält an") und der Ausgangsthese ("die inneren Bedingungen und Kräfteverhältnisse haben sich ... entscheidend verändert") vor Augen. Ich möchte deshalb auf einzelne Punkte näher eingehen, die mir wichtig erscheinen:

1. Die USA verfolgen in Afghanistan keine eindimensionale Strategie, die lediglich auf den Sturz des Najibullah-Regimes orientiert. Natürlich hegt - aufgrund der ehemals "sozialistischen Orientierung" der DVPA-(Demokratische Volkspartei Afghanistans) geführten Regierung - ein maßgeblicher Teil der US-Administration diesen Wunsch, doch wird seine Verwirklichung in Washington nicht mit ungeteilter Überzeugung betrieben. Zu stark wirkt das "Iran-Trauma" nach: der Sieg der Mujahedin, deren militärisch stärksten Komponente die "Fundamentalisten" - besser Islamisten - stellen, brächte ein weiteres islamisch geprägtes Regime mit zumindest partiell anti-amerikanischer Ausrichtung an die Macht - im Verständnis der US-Amerikaner möglicherweise einen "zweiten Khomeini." (Und das noch angesichts des aktuellen Konflikts mit dem irakischen Diktator Saddam Hussein!).

Diese Befürchtungen werden vor allem im State Department und im Senat gehegt, wo auch die Kürzung (nicht Streichung!) der offiziellen Unterstützungsgelder für die Mujaheddin zustandekam. Währenddessen setzt die CIA gemeinsam mit der pakistanischen Tochter ISI weiter auf Sieg.

Aus diesen Meinungsverschiedenheiten resultiert eine Art Doppelstrategie, die darauf hinausläuft, die Sowjetunion in einem low-intensity-conflict (jetzt ökonomisch) weiter bluten zu lassen, wenn schon der Sturz Najibullahs nicht gelingt bzw. nicht unbedingt wünschenswert ist. Immerhin wendet die UdSSR täglich noch immer 9 Mio. Dollar für Lebensmittel-, Waffen- und Munitionslieferungen nach Afghanistan auf - eine erhebliche Belastung der desolaten sowjetischen Wirtschaft.

Zudem bietet die Unterstützung der afghanischen Mujaheddin die Möglichkeit direkter Einflußnahme auf die Moslems in den mittelasiatischen Sowjetrepubliken, die sich entweder von der Union lösen oder, wenn nicht, bis zum Jahr 2000 in der UdSSR die absolute Bevölkerungsmehrheit darstellen werden. Einige dieser Völkerschaften leben auf beiden Seiten der Grenze: die Tadshiken (2,9 Mio. in der UdSSR und weitere 3 Mio. in Afghanistan, dort die zweitstärkste ethnische Gruppe), Usbeken, Turkmenen u.a. Sie sind auch im afghanischen Widerstand vertreten und dominieren ihn im Norden des Landes. Schon vor Jahren kam es zu militärischen Störaktionen auf sowjetischem Territorium, wo es für den bekanntesten Mujahedin-Führer, Ahmad Shah Massud" einen Tadshiken, durchaus Sympathien gibt.

Aus den genannten Gründen kann man deshalb nicht von einer gescheiterten Afghanistan-Politik der USA sprechen.

2. Die Gespräche Shewardnadse-Baker Anfang August in Irkutsk haben, entgegen den Erwartungen, keine konkreten Ergebnisse gebracht, sieht man von der erwähnten Mittelkürzung für die Mujahedin ab. (Außerdem läuft die verdeckte Unterstützung im Rahmen der größten CIA-Operation seit Vietnam weiter).

Der im Artikel angesprochene Widerstand gegen eine Ablösung der gegenwärtigen Regierung in Kabul und eine Demokratisierung in Afghanistan dürfte weniger von der sowjetischen Führung ausgegangen sein, die innenpolitisch stark unter Druck steht und deshalb zu weitreichenden Zugeständnissen (einschließlich der Durchführung von Wahlen unter Kontrolle der UNO und der Organisation Islamische Konferenz) bereit ist. Er kommt vor allem aus Teilen der DVPA-Führung, die um ihre Macht bangen und in Najibullahs Politik der nationalen Aussöhnung Verrat sehen. Najibullah selbst und die kleine Gruppe seiner Anhänger stellen innerhalb der DVPA nur eine Minderheit dar.

Dabei muß beachtet werden, daß die DVPA keine politische Partei nach unseren Vorstellungen ist. Sie vertritt eher die (Macht-)Interessen bestimmter Clans, Stämme oder anderer ethnischer Gruppen, aus denen einflußreiche Parteimitglieder kommen, damit verbundene Pfründen, Privilegien usw.

Unter diesem Aspekt trifft auch die im Artikel getroffene Feststellung, die DVPA-Fraktionen Khalq und Parcham verträten bzw. stützten sich auf bestimmte soziale Gruppen der Bevölkerung, nicht den Kern.

3. Die Bedeutung des Tanai-Putsches im März ist durchaus ambivalent. Natürlich zeugte seine Niederschlagung durch Najib-treue Einheiten von der Stärke des Militärs. Doch gleichzeitig deutete das - ideologisch betrachtet - völlig unverständliche Zusammengehen des "orthodoxen Marxisten" Tanai und des "radikalen Fundamentalisten" Hekmatyar auf die Mechanismen hin, nach denen Politik in Afghanistan funktioniert. Zweckbündnisse quer über alle Fronten sind jederzeit möglich, wenn es um die Ergreifung der Macht geht. Inhaltliche Meinungsverschiedenheiten werden anschließend geklärt. Das wurde bereits nach dem Daud- Putsch von 1973 gegen den König (unter Beteiligung der Parcham-Fraktion der DVPA) und nach der April-Revolution 1978 deutlich, als Parcham und Khalq zusammengingen und sich anschließend (1978 und 1980) gegenseitig ausbooteten.

4. Die Struktur der Mujahedin wird im Artikel völlig verdreht. Es bestehen sowohl eine 7-Parteien-Allianz, die von Pakistan unterstützt wird und das stärkere Bündnis ist, als auch eine 8-(inzwischen 9-)Parteien-Allianz, die sich auf die schiitische Minderheit und den Iran stützt. Erstere bildete das "Afghan Interim Government" mit Sitz in Peshwar, aus dem (und nicht aus der Allianz) die Islamische Partei Hekmatyars inzwischen austrat. Auch der bereits erwähnte Mujahedin-Führer Massud wurde nicht - wie im Artikel behauptet - getötet. Es handelte sich um einen seiner regionalen Unterführer. Das ist deshalb von Bedeutung, als Massud der erste Mujahedin-Kommandant war, dem es gelang, seine Kräfte überregional (in ca. 10 Provinzen) und in stehenden Kampfeinheiten zu organisieren, sowie in den von ihm kontrollierten Gebieten gewisse Sozialmaßnahmen durchzuführen (Schulsystem, Krankenhäuser usw.).

Die Verwechslung von 7- und 8-Parteien-Allianz führt zu der fehlerhaften Schlußfolgerung, in Afghanistan werde kaum noch gekämpft. Für die 8er-Allianz trifft das durchaus zu: sie kontrolliert ohnehin seit 1979/80 faktisch die schiitisch besiedelten Gebiete in Zentral-Afghanistan und konnte mit Kabul gewisse Autonomievereinbarungen erzielen.

Die 7-er Allianz allerdings geht, abgesehen von internen Kämpfen u.a. um den Einfluß auf den lukrativen Drogenschmuggel (Afghanistan ist der weltgrößte illegale Opiumhersteller), ihrer bekannten Taktik nach: die Bevölkerung mit Raketenangriffen auf die größeren Städte zu zermürben, um sie schließlich zum Aufstand gegen Najibullah zu treiben. Dieser Terror fordert weiterhin Woche für Woche Dutzende von Todesopfern - von den zahlreichen Verletzten nicht zu sprechen, die aufgrund der desolaten Situation in den afghanischen Krankenhäusern (es fehlt am einfachsten Verbandsmaterial) oft ebenfalls zum Tode verurteilt sind. Diese Taktik ist jedoch bislang gescheitert, denn die Furcht vor den Mujahedin ist unter den Afghanen stärker als die Ablehnung der Kabuler Regierung.

Allerdings haben die fehlenden militärischen Erfolge der Mujahedin zu einem "dying down" der direkten Kämpfe mit den Regierungstruppen geführt. Viele örtliche Mujahedin-Kommandanten sind einfach nicht mehr gewillt, ihren Leuten sinnlose Opfer zuzumuten. Sie beschränken sich angesichts der logistischen Überlegenheit der Regierungstruppen (u.a. Mittelstreckenraketen) auf die Sicherung ihrer Einflußgebiete, die ihnen die Regierung Najibullah im Rahmen der nationalen Aussöhnung auch wiederholt zusicherte.

Andererseits versuchen sie durch Raketenangriffe, ihren Geldgebern und den unversöhnlichen (und von der Front weit entfernten) Exilführern gegenüber "Aktivitäten nachzuweisen", damit der Nachschub gesichert bleibt.

5. stellt sich die Frage nach den Lösungsmöglichkeiten für den Konflikt.

Die Durchführung von Wahlen erscheint aus den genannten Gründen sehr kompliziert, obwohl die Kabuler Regierung 1988 zumindest in den von ihr kontrollierten Gebieten und die Mujahedin 1989 in der Provinz Logar bewiesen, daß sie möglich ist, wenn alle Seiten daran Interesse haben. Allerdings verfügt Afghanistan kaum über (bürgerlich-parlamentarische) demokratische Traditionen - wohl aber über solche im Stammesrahmen.

Die Loya Jirga, zusammengesetzt aus Repräsentanten aller ethnischen und sozialen Gruppen, ist solch eine Institution. Darin wird nicht auf Mehrheiten gesetzt, sondern versucht, einen für alle akzeptablen Kompromiß zu finden. Vermittler können dabei zwischen den verfeindeten Parteien zum Tragen kommen.

Gegenwärtig geht es in Afghanistan darum, solch einen (ebenfalls von allen akzeptierten) Vermittler zu finden. Das ist im Land schwierig, denn jeder einflußreiche Afghane ist mehr oder weniger mit einer der Konfliktparteien verbunden. Auch der ehemalige König, der besonders im "einfachen Volk" großes Ansehen genießt, kann diese Rolle nicht ausfüllen. Von den Islamisten wird er abgelehnt und er selbst ist nicht bereit, die DVPA als Verhandlungspartner anzuerkennen.

Andere politische Kräfte sind militärisch zu schwach, um von Bedeutung sein zu können.

Es bliebe, den Vermittler in den islamischen Staaten zu suchen. Doch diese sind mit den Konflikten im Nahen Osten beschäftigt und verfolgen in Afghanistan Eigeninteressen. Dabei geht es um die Vormachtstellung im Vorderen Orient, um die Iran, Saudi-Arabien und Pakistan rivalisieren. Alle drei unterstützen verschiedene Mujahedin-Fraktionen.

Paradoxerweise bleibt als vielleicht vielversprechendste Variante eine "Selbstregulierung" des Konfliktes. Den Ansatz dafür böte das erwähnte "dying down" der Kämpfe aus dem Willen nach Überleben und der Einsicht heraus, daß der Einsatz den Gewinn nicht rechtfertigt. Immerhin bilden die ländlichen Kleinproduzenten die Basis der Mujahedin, deren Rückführung in den zusammengebrochenen agraren Produktionsprozeß angesichts möglicherweise versiegender direkter Nahrungsmittelhilfe und der Inangriffnahme des UN-Wiederaufbauprogramms für Afghanistan unbedingt notwendig ist. Die Regierung (welche auch immer) müßte dazu, nach bewährtem Rezept, Eingriffe in die lokalen Strukturen weitgehend vermeiden und könnte dafür die Loyalität der örtlichen Führer erkaufen. Damit wäre zumindest ein labiles Gleichgewicht zwischen den lokalen und regionalen Machtzentren und der Zentralregierung wiederhergestellt, wie es in der bisherigen Geschichte Afghanistans stets bestanden hat. Der Konflikt könnte allerdings jederzeit wieder aufbrechen, wenn eine der zahllosen Parteien ihre Interessen gefährdet sieht.

Abzuwarten bliebe in diesem Fall, wie weit der zwölfjährige Krieg die verkrusteten Sozialstrukturen in Afghanistan aufgebrochen hat und ob daraus eine höhere gesellschaftliche Dynamik erwachsen kann, die das Land aus der enormen Unterentwicklung herausführen kann.

W.Z., Berlin

Kurze Anmerkungen des Autors dazu:

Zu 1.: Es besteht nach wie vor Dissens mit W.Z. über die Frage der gescheiterten Afghanistan-Politik der USA. Es ist zwar zutreffend, daß große Teile der US-Administration die einseitige militärische Lösung dieses Konfliktes aus den beschriebenen Gründen ablehnen und die Etablierung eines afghanischen Khomeini-Regimes befürchten. Aber das klägliche Scheitern der US-Politik ergibt sich aus ihrem Dilemma, von Anfang an auf eine rein militärische Lösung gesetzt zu haben, ohne sich eine wenigstens minimale politische Basis in Afghanistan zu schaffen.

Zu 2.: Es ist zutreffend und im Artikel auch gar nicht explizit bestritten, daß schon aus simplem eigenen Machtinteresse die DVPA-Führung nicht für ihre Absetzung plädiert. Inwieweit die sowjetische Führung eher aus innenpolitischem Druck zu Zugeständnissen bei den Verhandlungen mit den USA gezwungen sind, sei hier einmal offen gelassen. Andererseits muß die globale sowjetische Außenpolitik gesehen werden, ihr Interesse an der "friedlichen Lösung" aller regionalen Konflikte in der Welt, in die sie direkt und indirekt involviert ist, um sich generell auf die inneren Probleme des Landes zu konzentrieren.

Die Darstellung der beiden DVPA-Flügel ist korrekt, ich habe lediglich zu illustrieren versucht, worin die Unterschiede der beiden Flügel bestehen und welche sozialen Kräfte sie, dem Anspruch nach, repräsentieren.

Zu 4.: Tatsächlich ist mir ein faux-pas unterlaufen, die 7er mit der 8er Allianz durcheinanderzubringen. Das lag einfach daran, daß ich die ausgetretene Hekmatyar-Gruppe der 7-er Allianz zuaddiert hatte. Kein Dissens besteht in der "dying-down-These" und der Einschätzung, daß die Furcht vor den kämpfenden Mujahedin inzwischen größer ist als vor dem Kabuler Regime.

Zu 5.: Bei der Frage nach den inneren Lösungsmöglichkeiten des Afghanistan- Konfliktes war ich bewußt vorsichtig und habe mich sehr skeptisch zu den Plänen, in diesem Land freie Wahlen nach westlichem Muster abzuhalten, geäußert, die an den Strukturen Afghanistan scheitern können. In diesem Sinne verstehe ich die Lösungsvariante von W.Z. als eine weitere mögliche Option zur inneren Lösung des Konfliktes. Insgesamt ist diese Frage jedoch noch offen.

D./Westberlin

# 31. Zwischen Massenpartei und Kaderorganisation Die FSLN auf der Suche nach einer neuen Strategie

Rubrik: Nicaragua · CD-Datei: daten/aksuche/ak322/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:322:32

"Die FSLN ist entschlossen, die Demokratie zu vertiefen, ihre Irrtümer zu berichtigen und ihre Arbeitsmethoden zu verändern. Sie bekräftigt, daß die Aktionsrichtlinien zur Verteidigung der revolutionären Errungenschaften und der nationalen Interessen vom Volk selbst ausgehen müssen" (Daniel Ortega). (1)

Der Verlust der Regierungsgewalt, die die Frente nach 20 Jahren des bewaffneten Kampfes übernahm und über zehn Jahre lang ausübte, hat eine Krise ausgelöst, die Partei schien gelähmt. Wenn auch in den ersten Wochen nach der Wahlniederlage am 25. Februar die Frente Sandinista während etlicher Massenkundgebungen zur Verteidigung der revolutionären Errungenschaften und zum "Regieren von Unten" aufforderte, konnte dies nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Parteibasis der Umsetzung dieser Ziele mit Ratlosigkeit entgegensah. Eine innere Neustrukturierung und "die inhaltliche Neubestimmung und Füllung der politischen Begriffe" (2) standen an. Im historischen Programm von 1969 bezeichnet sich die FSLN als "politisch-militärische Organisation" und "Avantgarde". Diese Definition bestimmte auch nach dem Sieg im Juli 1979 den Charakter der Partei, deren Ideologie sich am Sandinismus als Doktrin der nationalen Befreiung orientierte.

Die Zerschlagung des somozistischen Staatsapparates und der fast neunjährige Contra-Krieg verstärkten den Zentralismus und die vertikale Entscheidungsstruktur der Partei. "Es gab keine parteiinterne Demokratie, bei wichtigen Entscheidungen wenig Einflußmöglichkeiten `von unten nach oben' und eine sehr langsame Auswechslung der Kader. Die Revolutions- und Guerilla-Kommandanten kontrollierten seit der Zeit des bewaffneten Kampfes das Parteileben. Nur die Asamblea Sandinista hat einen begrenzten Einfluß auf die Gestaltung der `großen' Politik der FSLN." (3)

Diskussion auf und zwischen allen Ebenen

Die Frente macht sich nun daran, die Bedeutung des leninschen Avantgarde-Begriffs zu hinterfragen. Das Konzept von Massenpartei wird gegen die bisherige Kaderpartei gestellt, Führungsmitglieder brachten eine "Zwitterstruktur" in die Diskussion, die beide Konzepte verbinden soll. Anfänge einer Demokratisierung wurden bereits gemacht: "Ich denke, daß der erste Schritt für die Entwicklung unserer politischen Strategie eine Diskussion auf allen Ebenen und zwischen allen Ebenen der Partei ist. Anweisungen von oben nach unten und schweigende Zustimmung, die in der Praxis die Kritik erstickten, gibt es bereits nicht mehr", bewertet Tomás Borge die Entwicklung. (4)

Die Streiks im Mai und Juni (5) zeigten, daß es die FSLN-nahen Gewerkschaften recht schnell vermochten, sich auf die neue Situation einzustellen. Mit ihrer Mobilisierungsfähigkeit und Kampfkraft gingen sie gestärkt aus den Streiks hervor. Auch die FSLN als politische Kraft ist in die Offensive zurückgekehrt. Der erste Parteikongreß, der am 23./24. Februar nächsten Jahres stattfinden wird, stellt den Abschluß einer Phase der Neukonsolidierung der Partei dar.

Eingeleitet wurde dieser breite Diskussionsprozeß Mitte Juni durch das Treffen von "El Crucero". Eingeladen waren Delegierte der Basisorganisationen, die Nationalleitung der FSLN (höchstes Leitungsorgan), die am 25. Februar gewählten Abgeordneten und die "Asamblea Sandinista" (sie ist zusammengesetzt aus bewährten KämpferInnen), insgesamt rund 300 TeilnehmerInnen (6).

Drei-Phasen-Prozeß

Die Schlußresolution dieser Versammlung bildet die Grundlage für die Diskussion im Hinblick auf den Parteikongreß. Die FSLN stellt sich den Prozeß in drei Phasen vor: In der ersten Phase soll die Basis im Rahmen von Versammlungen in den Stadtteilen, in Fabriken und Kooperativen Kritik üben und Vorschläge einbringen. In der zweiten Phase sollen die bisherigen Ergebnisse in den Massenorganisationen der FSLN diskutiert werden, um dann in der dritten Phase während des Parteikongresses in das Programm Eingang zu finden (7).

Die Schlußresolution stellt eine Bewertung der historischen Entwicklung, der aktuellen Situation sowie der Ziele und Aufgaben dar und soll deshalb im folgenden näher wiedergegeben werden. (8) Im Einführungsteil wird auf die äußeren und inneren Bedingungen eingegangen, die dem revolutionären Prozeß entgegenstanden. Die äußeren Bedingungen waren geprägt durch die politische, militärische und wirtschaftliche Aggression der US-Regierung. Hinzu gesellte sich die Tatsache, daß die mittelamerikanischen Regierungen an ihren "traditionellen Ausbeutungs- und Herrschaftsstrukturen festhielten", wie es - etwas befremdend für eine revolutionäre Partei - beschrieben wird, und somit zum Instrument der US-Aggression wurden. Hervorgehoben wird ferner, daß die tiefgreifenden Wandlungen in den realsozialistischen Ländern den Spielraum Nicaraguas, die Folgen des Krieges abzufangen, schwer einschränkte. Große Bedeutung mißt die FSLN den vielseitigen außenpolitischen Beziehungen - Contadora, SI, UNO, OAS bis hin zu vielen Einzelpersonen - bei, da nur so der Friedensprozeß in Gang gesetzt werden konnte und eine direkte US-Invasion vermieden wurde. "Doch trotz dieser widrigen Faktoren ist die Bilanz positiv ...", die "umfangreichsten sozialen, politischen und wirtschaftlichen Veränderungen unserer Geschichte" sind durchgeführt worden.

Sozialismus versus nationaler Einheit

Bei der Beschreibung der inneren Bedingungen, die dem revolutionären Prozeß entgegenstanden, taten sich die Autoren der Resolution schon etwas schwerer. Da wird auf der einen Seite die historische Notwendigkeit und die gerechte antikapitalistische und soziale Zielsetzung der Revolution betont, im nächsten Halbsatz aber darauf hingewiesen, daß dieses nicht immer die Traditionen des Landes berücksichtigte und einen konterrevolutionären Block auf die Bildfläche rief. Daß dies in der Konsequenz revolutionärer Umwälzungen liegt, ist jedoch eine historische Erkenntnis und die Revolution vermag demgegenüber keine Alternative aufzuzeigen.

Auch werden im folgenden bürokratische und zentralistische Entwicklungen in Staat und Partei darauf zurückgeführt, man habe zu kritiklos von sozialistischen Ländern kopiert. Zwei Absätze weiter heißt es dann, die "sozialistische Orientierung des in Angriff genommenen Modells widersprach in der Praxis dem Programm des Wiederaufbaus und der nationalen Einheit". Eine gefährliche Form der Geschichtsbewältigung, auf eine etwas verunglückte Kopie zu verweisen. So hat sich die Politik der FSLN samt ihrer Fehler aus der nicaraguanischen Geschichte, den Bedingungen, die der Krieg diktierte und der Tatsache, daß das Land nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch ein Entwicklungsland ist, bestimmt. Die Fehlentwicklungen müssen in diesem Kontext betrachtet werden. Auch das Beschwören der nationalen Einheit, die der sozialistischen Orientierung entgegensteht, weist keine revolutionäre Lösung des Widerspruchs, sondern eher auf bürgerlichen Nationalismus hin.

Im zweiten Abschnitt geht es um eine Analyse der Wahlniederlage. Als vorrangiger Grund wird die Ablehnung des SMP (Patriotischer Militärdienst) aufgeführt. Dennoch wäre eine Abschaffung des SMP vor dem 25. Februar nach Auffassung der Frente verantwortungslos gewesen, da dadurch die Verteidigungsfähigkeit stark geschwächt worden wäre, zumal die Contra nicht entwaffnet war. Große Teile der Bevölkerung hegten keine Hoffnung, daß nach einem Wahlsieg der Frente der Krieg beendet worden wäre.

Nur stichpunktartig wird auf verschiedene Fehler hingewiesen, die soziale Schichten von der Sandinistischen Revolution entfernten: Die Verstaatlichungspolitik war zu Beginn zu unterschiedslos, die Abgabe ländlicher Produkte ausschließlich an den Staat schaffte Unmut in der Bauernschaft. Der Kampf gegen das Spekulantentum äußerte sich in allgemeiner Feindseligkeit den HändlerInnen gegenüber. Das Bezugskartensystem verärgerte die im informellen Sektor Beschäftigten. Die Auseinandersetzung mit der katholischen Kirche schädigte das Ansehen der FSLN. Machtmißbrauch und Gewalttätigkeiten durch Mitglieder von sandinistischem Heer und Innenministerium sowie sonstiger Funktionäre der FSLN spalteten die Bauernschaft. Aufgrund der Unkenntnis der Realität der Völker der Atlantikküste wurden viele Fehler begangen, die zu einer schweren politische Krise in dieser Region führten.

Neuer Politikstil

Bedeutsam ist, daß die nationale Leitung der FSLN die Hauptverantwortung für die Fehler übernimmt, da sie sie nicht entsprechend korrigiert und in einigen Fällen sogar noch verstärkt hat. Als negativste Erscheinungen des bisherigen Politikstils werden aufgeführt: autoritärer Führungsstil, Sektierertum, übertriebene

Professionalisierung, exklusiver Lebensstil, Machtmißbrauch und fehlende Sensibilität den Vorschlägen und Zweifeln der Basis gegenüber.

Diese Erscheinungsformen sind sehr allgemein angesprochen, einerseits, um einen Orientierungsrahmen zu geben, andererseits, um die Wucht der Selbstkritik abzufedern. So wird abschließend gemahnt, sich nicht in "destruktiven Positionen ... jeder Grundlage entbehrender Kritik ... und zersetzendem Liberalismus" zu ergehen.

Eine sechsköpfige Ethik-Kommission wurde eingesetzt, um die Korruptionsvorwürfe und Beschuldigungen wegen parteischädigendem Verhalten gegen Führungsmitglieder der FSLN zu untersuchen. Die Auseinandersetzung über die Konsequenzen für die nationale Leitung, also die acht Commandantes, hat bereits in El Crucero begonnen und spiegelt sich zur Zeit im FSLN-Organ Barricada wider. Es wird darum gestritten, ob sich die Nationale Leitung während des Parteikongresses zur Wahl stellen sollte. Während die eine Seite die Auffassung vertritt, die Wahrung der revolutionären Identität sei nur durch die Wahrung der jetzigen Zusammensetzung der Nationalen Leitung gegeben, fordert die andere Seite die Neuwahl des Gremiums.

Im Abschnitt III der Resolution wird - als Grundlage einer Analyse der aktuellen Situation - das Wahlergebnis differenzierter betrachtet. Die Mehrheit der 55 Prozent NicaraguanerInnen, die die UNO gewählt hat, tat dies aus materiellen und existentiellen Gründen: "Sie unterstützten weder das reaktionäre Projekt der UNO noch ist es ihnen bekannt". Da es gelte, diese Leute zurückzugewinnen, "sollten wir in unseren Reden und in unserer Praxis eine qualifizierende Einteilung zwischen UNO-Sympathisanten und Sandinisten vermeiden. Zu jedem Zeitpunkt sollten wir um die Einheit des Volkes kämpfen."

Demobilisierung unumkehrbar

Der Demobilisierungsprozeß der Contra wird als unumkehrbar angesehen und stelle letztendlich einen Sieg sandinistischer Politik dar. Ein wichtiges Druckmittel seitens der US-Regierung gegenüber dem Sandinismus entfalle somit, wenngleich weiterhin bewaffnete Gruppen und marodierende Banden als Überbleibsel der Contra durch das Volk und die Polizei bekämpft werden müßten. Die soziale Basis der Contra, hauptsächlich Bauern, werde zwar auch in Zukunft Mißtrauen der FSLN entgegenbringen, aber auch unter den negativen Auswirkungen der Wirtschaftspolitik der neuen Regierung zu leiden haben. Sie gelte es bei der Verteidigung ihrer konkreten Interessen abzuholen. Ansonsten werde die FSLN die nationale Aussöhnung anführen und die Bildung jeder bewaffneten Kraft neben Streitkräften und Polizei vereiteln.

Was die Einschätzung der UNO-Regierung anbelangt, so konstatieren die Autoren der Resolution, sie genieße internationale Glaubwürdigkeit, die Mehrheit der Bevölkerung sei noch bereit, ihr Zeit zu lassen, damit sie beweisen kann, ob sie in der Lage ist, ihre Versprechungen einzuhalten oder nicht. Die Regierung wird differenziert in die sogenannte "Gruppe von Las Palmas" (Kreise um Violeta Chamorro und A. Lacayo), die einen Teil des reformistischen Kapitals repräsentiere, über keine eigene Parteibasis verfüge und ein zerbrechliches Bündnis mit dem reaktionärsten Teil des UNO-Bündnisses (Kreis um Virgilio Godoy) unterhalte. Diese extreme Rechte und die US-Regierung bemühten sich, "die jetzige Regierung zur konterrevolutionären Radikalisierung und völligen Liquidierung des Sandinismus zu bewegen."

Ziel: Wahlsieg 1996

Unter dem Punkt "Aufgaben von nationaler Bedeutung" wird die aktive Rolle hervorgehoben, die die FSLN beim Ausbau der Demokratie sowie bei der Wahrung der Grundprinzipien - gemischte Wirtschaft, politischer Pluralismus und Blockfreiheit - übernehmen muß. In Stadt und Land müsse die FSLN die Kämpfe für das Recht auf Arbeit, die Beteiligung an der Betriebsführung, das Recht auf gesundheitliche Versorgung und Bildung sowie das Recht auf Wohnung anführen. Bei der Lösung der schweren wirtschaftlichen und sozialen Probleme dürften nicht die ArbeiterInnen in Stadt und Land die Folgen zu tragen haben.

Zum Abschluß der Resolution werden die Kampfformen besprochen. Ziel der FSLN sei es, die Regierung 1996 durch Wahlen zurückzuerobern. Selbstverständlich müsse die FSLN aber jederzeit in der Lage sein, die Regierung zu übernehmen.

Für das Verständnis der Politik, wie sie die Frente in Zukunft betreiben wird, sind folgende Punkte aufschlußreich: "Im Bereich der politischen Auseinandersetzung muß sich die FSLN die Widersprüche des

Gegners zunutze machen und Initiativen und Aktionen mit gemeinsamem Nenner fördern, die darauf abzielen, die verbohrtesten Kreise der Rechten zu isolieren. Wir werden uns in die internen Kämpfe einmischen, um die extremistischsten Kreise zu neutralisieren und Punkte von Übereinstimmung mit gegnerischen Parteien- und VerbandsvertreterInnen suchen, um Politik und Aktionen, die gegen die nationalen Interessen verstoßen, zu bekämpfen. Angesichts eventueller Initiativen für eine wirtschaftliche Konzertation werden wir unsere Positionen erarbeiten. Ziel ist, die revolutionären Eroberungen zu verteidigen und über die Interessen der Bevölkerung zu wachen. Unsere wichtigste Kampfform wird die direkte Aktion der organisierten Massen und der politisch-ideologische Kampf sein. Wir werden uns außerdem auf die Verfassung und die übrigen Gesetze der Republik stützen und bereiten uns auf die juristische und parlamentarische Auseinandersetzung vor."

Die Resolution schließt mit einer Blume der revolutionären Rhetorik: "Kinder von Sandino, Geschwister von Carlos Fonseca, machen wir uns einmal mehr im Eifer dieser Auseinandersetzungen auf, neue Siege zu erringen. Patria Libre O Morir! Die Resolution stellt eine bedeutsame Grundlage dar für den Diskussionsprozeß, den die FSLN umsetzen will. Wenn auch viele Punkte gerade im Hinblick auf die Selbstkritik und auf die nationale Einheit ahistorisch und falsch erscheinen, liegt der Verdienst der Resolution darin, sie benannt und zur Debatte gestellt zu haben. Schlaglichter dieser Debatte wollen wir versuchen, in zukünftigen aks wiederzugeben.

u./a., Westberlin

Anmerkungen:

1) ANN, 212/13, 22.08.1990

2) ANN 204, 30.05.1990

3) ANN 204, 30.05.1990

4) ANN 205, 06.06.1990

5) siehe ak 320

6) ANN 210/11, 11.07.1990

7) Barricada, 29.06.1990

8) Die gesamte Resolution ist nachzulesen in ANN 210/11 und 212/13

# 32. Wahlkongreß der Linken Liste/PDS: "Für eine starke linke Opposition"

Rubrik: Radikale Linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak322/62.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:322:62

Walter Janka, selbst Opfer des DDR-Systems der 50er Jahre, heute Mitglied des Rats der Alten der PDS, wandte sich in seiner Einleitungsrede vor allem gegen die Auslöschung der Geschichte der DDR: "Der jetzt beginnende Wahlkampf zur Bildung von fünf Länderparlamenten auf dem Territorium der wegrationalisierten DDR, die trotz aller ökonomischer und dogmatischer Zurückgebliebenheit wesentlich zur Wahrung des Friedens in Europa beigetragen hat und von vielen Menschen, nicht nur in der DDR, als Alternative zum Kapitalismus verstanden wurde, muß offensiv geführt werden. Offensiv, weil in den Länderparlamenten über 16 Millionen und im ersten deutschen Gesamtparlament über 80 Millionen Menschen regiert und mit ihnen Geschichte gemacht wird. Geschichte, die langfristig nur dann dem Frieden, der Demokratie, sozialer Gerechtigkeit und Freiheit dienen wird, wenn sie wesentlich von den Linken in den neuen Parlamenten mit Sitz und Stimme beeinflußt werden kann." Die Richtung dieser Politik sollte sein: "Linke Politik muß sich grundsätzlich von der Politik etablierter Parteien, die ihre Existenz allein aus dem Konzept kapitalistischer Markwirtschaft rechtfertigen, unterscheiden. Nirgends in der Welt hat die kapitalistische Markwirtschaft, auch da nicht, wo sie ökonomisch noch einigermaßen funktioniert, wie z.B. in der Bundesrepublik, bewiesen, daß sie die beste Produktionsweise aller denkbaren gesellschaftlichen Produktion ist. Kapitalistische Marktwirtschaft, wie sie jetzt erbarmungslos auch der DDR übergestülpt wurde, hat der westlichen Welt seit Jahrzehnten weit über 50 Millionen Arbeitslose beschert ... Darum bleibt nachzufragen, ob wir uns als Linke widerstandslos damit abfinden dürfen, daß ehemals verfassungsmäßig garantierte Rechte auf Arbeit und Bildung durch Arbeitslosigkeit, Frührentnertum, Sozialhilfeempfängerschicksal, ausgebliebene Berufsausbildung für Jugendliche durch die gepriesene Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion abgelöst und durch die Parlamente dazu noch abgesegnet werden dürfen."

In Richtung der eigenen Partei gab er den Rat: "Linke Politik muß nicht nur das sein, was die Genossen der PDS für richtig und notwendig erklären. Aber wirklich linke Politik muß und kann trotz Meinungsverschiedenheiten in bestimmten Situationen einheitliches Handeln erfordern. Und jetzt scheint mir eine solche Situation gekommen zu sein, in der sich alle Linken darauf verständigen sollten, wie sie in der Vorbereitung der Wahlen gemeinsam kämpfen müssen, damit sie mit starken Fraktionen in die neuen Parlamente einziehen können."

Diese Auszüge charakterisieren wohl am besten die Haltung und Hoffnung des größten Teils der PDS: das kritische Zurückblicken auf die Vergangenheit, bei gleichzeitiger Betonung des Werts der Existenz der DDR für die Erhaltung des Friedens in Europa sowie der Angst vor dem Überranntwerden durch die kapitalistische Ordnung der BRD; gleichzeitig die Hoffnung, zusammen mit anderen Linken die Krise konstruktiv überstehen zu können. Dabei kommt ein starker Zug Orientierung auf die Parlamente hinein.

Diese Haltung wurde von Helga Königsdorf unterstrichen. Einerseits das Gefühl, am liebsten wegtauchen zu wollen, andererseits die Befürchtung, daß nach den Grenzen aus Stacheldraht und Beton nun durch die geschaffenen Verhältnisse die Grenzen innerhalb der Gesellschaft und zwischen den Menschen neu aufgebaut werden. Gefragt, ob sie sich für die Linke Liste/PDS zur Verfügung stellen würde, hatte sie zunächst abgelehnt, dann aber doch eine andere Entscheidung getroffen: "Und ich habe gedacht, daß es auch ein Stück Feigheit ist, wenn ich mich verweigert habe, denn ich habe auch natürlich ein bißchen Angst. Ich bin kein sehr mutiger Mensch, und ich habe mich geschämt. Denn ich bekenne mich zu meiner Mitverantwortung für die Vergangenheit. Ich war eine der Professorinnen unter dem SED-Regime. Ich habe der SED selbst angehört. Aber ich lasse mir auch mein Recht auf die Mitverantwortung für die Zukunft nicht nehmen. Und deshalb bin ich heute hier."

Jacob Moneta sprach aus, was wohl den überwiegenden Teil der westdeutschen Teilnehmer bewegt hat, sich diesem Bündnis anzuschließen: "Während uns am 3. Oktober wieder eine historische Stunde droht, lassen wir uns auf ein Wagnis ein, dessen Ausgang noch völlig ungewiß ist. Falsche Hoffnungen zu wecken, wäre verheerend für diesen Anfang von vorn. Noch schlimmer aber ist es, die Hoffnung zu verleumden, weil wir sie, zumindest zeitweilig, verloren haben." Die Linke Liste/PDS wolle "einen anderen Ausgang anbieten als diejenigen, die in dem Zusammenbruch der bürokratischen Kommandowirtschaft vor allem eine Quelle für die

Vergrößerung ihrer Absatzmärkte und die Festigung ihrer herrschenden Stellung auf dem Weltmarkt sehen". Er warnte vor "parlamentarischem Kretinismus", sprach sich für ein enges Zusammengehen mit der außerparlamentarischen Bewegung aus und betonte die Rolle des Parlaments als Tribüne, um den Forderungen dieser Bewegungen Nachdruck zu verleihen.

Eine gewisse Überraschung brachte die Grußansprache von Jutta Ditfurth. Sie sprach als Grüne, und sie wird es bleiben, aber: "Ich bin Mitglied einer Partei, deren Gremien zur Zeit keinen ärgeren Feind zu kennen scheinen als Euch ... Es sind die gleichen Grünen, die jetzt eine kritische inhaltliche Auseinandersetzung und eine punktuelle Zusammenarbeit mit der Linken Liste/PDS bekämpfen, die grüne Programmatik dann fallenlassen, sobald SPD, FDP oder gar CDU mit Koalition oder Pöstchen winken. Inhaltliche Auseinandersetzung und gegebenenfalls punktuelle Zusammenarbeit war immer grünes Prinzip. Daran halte ich mich. Und wer ausgrenzt, meine ich, hat inhaltlich nichts zu bieten." Im folgenden kritisierte sie vom Standpunkt einer radikalen Ökologin und Linken die Haltung der PDS zur SPD als illusionär und bemängelte, daß sich im Programmentwurf "insgesamt keine Spur von sozialistischer ökologischer Utopie" zeige. Die Programmatik sei insgesamt nicht antikapitalistisch ausgeprägt, womit sie, wie der Beifall zeigte, die Stimmung eines Teils der BRD-Linken traf. Trotz dieser scharfen Kritik schloß sie mit den Worten: "Ich wünsche mir, daß neben den Grünen im kommenden Reichstag auch die Linke Liste/PDS vertreten sein wird. Nicht nur als Antwort auf die Wahlrechtsmanipulation, die 15% der Menschen der DDR aus dem künftigen Parlament ausschließen soll. Gemeinsame Opposition gegen den deutschen Größenwahn ist angesagt. Dieses Großdeutschland hat uns wahrhaftig verdient."

Die Schwierigkeiten mit der Gemeinsamkeit

Das bisher diskutierte und vereinbarte Wahlprogramm hat in vielen Fragen eine vorher nicht erwartete Ebene von Vereinheitlichung erbracht. Dies ist vor allem dem Umstand geschuldet, daß man sich beim Schreiben auf eine konkrete Kritik der Verhältnisse und konkrete Forderungen beschränkt hat. Verzichtet wurde auf eine über die als nächstes anstehenden Schritte hinausgehende Analyse und Perspektive. Das wurde von einigen BRD-Linken als schwerer Mangel kritisiert. Von den Verfassern des Programms ist dies aber gerade Absicht gewesen, um nicht zum siebenundneunzigsten Mal den Fehler zu machen, die Wahl zu einem Parlament mit einer sozialistischen Programmdiskussion zu verwechseln. Es wäre auch nicht möglich gewesen, dies in so kurzer Zeit zu vereinheitlichen.

Allerdings gibt auch in der praktischen Orientierung einige z.Z. nicht überbrückbare Differenzen, auf die Andrea Lederer für den Westteil hinwies. Zu den wichtigsten gehört die Haltung zur Atomenergie. Die Forderung nach sofortigem Ausstieg wird in der PDS mehrheitlich nicht geteilt. Man hätte sich auf die Formulierung, daß der Ausstieg angestrebt wird einigen können. Aber es wurde auf diese eher schwammige Formulierung verzichtet und der Dissens festgehalten. Dabei muß jedoch hier (in der BRD) darauf hingewiesen werden, daß die Forderung nach sofortigem Ausstieg auch in der PDS Anhänger hat und daß in dieser Frage Bewegung gerade in dieser Richtung entstanden ist.

Die zweite wesentliche Differenz zeigt sich in der Haltung zum Staatsapparat. Die Forderungen aus der Westlinken nach weitgehender Beschneidung der Rechte von Polizei, Geheimdiensten und anderen Organen der Staatsmacht wird in der PDS nur bedingt verstanden bzw. geteilt. Das betrifft beispielsweise die Ablehnung des Vermummungsverbots und der Antiterrorismusgesetzgebung sowie die vollständige Auflösung der Geheimdienste.

Drittens betrifft die Differenz den Unterschied zwischen feministischer Bewegung und einer Bewegung für die Gleichstellung. Hierbei ging es weniger um die konkreten Forderungen im Wahlprogramm, auf die sich noch geeinigt werden konnte, sondern mehr um die anzustrebenden Veränderungen der Geschlechterrollen. Zwar brachen die Differenzen hier verbal vor allem an der Ost-West-Grenze auf, aber in der Praxis wird dies auch ein Westproblem sein.

Den Charakter dieses gemeinsamen Programms brachte Michael Mäde von der Vereinigten Linken der DDR so auf den Punkt: "Es liegt in der Natur der Sache: Das vorliegende Programm ist von einem deutlich hervortretenden Pragmatismus gekennzeichnet. Es ist eben ein Wahlprogramm für vier Jahre, angefüllt mit konkreten Forderungen. Trotzdem scheint es mir eine Tatsache zu sein, daß dieses Programm ein Fortschritt hinsichtlich eines Selbstverständigungsprozesses innerhalb von Linken darstellt und nicht zuletzt Elemente

enthält, die auch einen wesentlichen Fortschritt in der Programmatik der PDS darstellen ... Und doch ist der vorliegende Programmentwurf so unentschieden wie wir selbst."

Neben den erwähnten Differenzen in Programmfragen ist es vor allem die Haltung zum Parlament und zur Formulierung der Aufgaben, die umstritten sind. Als Leitparole steht jetzt: "Für eine starke linke Opposition in Deutschland!" Aber wie diese Oppositionsrolle bestimmt wird, darüber gibt es unterschiedliche Vorstellungen. Die Problematik kommt in den Ausführungen von Gregor Gysi auf dem Kongreß zum Ausdruck: "Wir wollen etwas für die Bürgerinnen und Bürger erreichen und verhindern, daß die Bäume des Kapitals in den Himmel wachsen, und natürlich ein bißchen mehr. Opposition heißt für uns immer auch Alternative. Dennoch fragen uns viele: Hat es Zweck, Euch zu wählen, wenn Ihr doch von vornherein in die Minderheit kommen werdet? Wir haben also noch viel genauer zu erklären, was eine starke linke Opposition erreichen kann. Nämlich die Herrschenden im Parlament und außerhalb so weit wie möglich zu kontrollieren. Eine starke linke Opposition kann erzwingen, daß Regierungsarbeit öffentlicher und durchschaubarer wird. Und sie kann Alternativen anbieten, kompetente Vorschläge für praktische Politik. Und sie kann der Weltöffentlichkeit zeigen, es gibt Deutsche, die Widerstand leisten gegen hegemoniale und imperiale Bestrebungen eines Großdeutschland." Dieser Ansatz enthält das Element der Interessenvertretung eines Teils der Verlierer der Anschlußpolitik ebenso wie das Neinsagen zur Anschluß- und Großmachtpolitik, wird aber unweigerlich die Frage neu aufwerfen, wann Realpolitik in Anpassung umschlägt und wann Opposition auch ihren Sinn im schlichten Nein hat.

Ein bißchen mehr Sensibilität

Die Diskussion auf dem Kongreß, sowohl im Plenum als auch in den Arbeitsgruppen, hat eine ganz große Schwäche aufgedeckt. Obwohl die PDS der Katalysator des gesamten Bündnisses ist, wurde der Hauptteil der Debatte von den Westlinken bestimmt. Unangenehm fällt dabei auf, wenn zwar verbal selbstkritisch das eigene Scheitern konstatiert wird, im nächsten Atemzug aber offensichtliche Fehler der Vergangenheit wiederholt werden. Die Forderung nach einer Radikalisierung des Wahlprogramms gehört in diese Kategorie. Nach dem Scheitern aller linken Programmkandidaturen der vergangenen 20 Jahre hat sich dennoch noch immer nicht die Erkenntnis durchgesetzt, daß Wähler auf dieser Ebene nicht über die Frage "Abschaffung des Kapitalismus Ja oder Nein" abstimmen. Das geschieht bei den meisten nicht aus der verständlichen Furcht, in Anpassung und Opportunismus zu verfallen. Die tatsächlichen und vermeintlichen Fehler der Grünen sollen vermieden werden. Bei einigen herrscht jedoch auch eine Tendenz vor, dieses Bündnis als Bühne für die Radikalisierung der PDS zu betrachten, wobei sie nicht merken, daß dies nur in Ablehnung umschlagen kann. Wer sich auf den Fluren des Kongresses umgehört hat, muß wissen, daß schon die Befürchtung besteht, die Westlinke wolle dem Projekt den eigenen Stempel aufdrücken. Diese Ängste sollten nicht ignoriert werden.

Umgekehrt gilt dies aber auch für die PDS. Sie will Partei in Gesamtdeutschland werden, und sie tritt mit diesem Bündnis zu Wahlen in Gesamtdeutschland an. Sie muß wissen, daß die Linke in der BRD Selbstverständnisse hat, über die nicht weggegangen werden kann. Dazu gehört beispielsweise die Forderung nach sofortigem Ausstieg aus der Atomenergie. Argumente, dies an die soziale Verträglichkeit zu binden, müssen selbst bei allergrößtem Verständnis für die Lage der Menschen in der DDR versagen, wenn mensch sich die Opfer der Katastrophe von Tschernobyl ansieht. Solange der Verdacht bleibt, daß die PDS diese Gefahren nicht wirklich ernst nimmt bzw. sie relativiert, wird sie in der BRD-Linken Glaubwürdigkeitsprobleme haben.

Ähnliches gilt für den positiven Bezug zu Deutschland. Von der Radikalen Linken wird dies zwar demagogisch als nationalistisch angegriffen, aber es gibt kein Vorbeikommen an der deutschen Geschichte, und die lehrt unwiderruflich, daß es für Linke keine positiv formulierte nationale Politik gibt. Nicht nur der Radikalen Linken stehen die Haare zu Berge, wenn im Länderwahlkampf die PDS-Parole lautet: "Für ein Deutschland mit starken Ländern!"

Ebenso schwierig wird die Verständigung über das Verhältnis zum Rechtsstaat werden. Die Erklärung der Volkskammerfraktion zur Verhaftung der RAF-Aussteiger in der DDR (siehe AK 321) hat jegliche Sensibilität gegenüber Verfolgten vermissen lassen. Wenn heute die BRD-Linke mit dem Bekenntnis zum Grundgesetz überrascht wird, zeigt dies, daß auch die Berufsverbotepraxis offensichtlich nicht richtig begriffen worden ist. Auch dies geht an die Grenzen der Belastung des Bündnisses.

Beidseitig kann der pragmatische Ansatz des Bündnisses verkehrt werden in ein reines Zweckbündnis, das aber den Zweck nicht mehr erfüllt. Der Hinweis, mit einer Radikalisierung des Programms würden große Teile der PDS-Wähler vertrieben, darf nicht dazu führen, daß der BRD-Linken Steine in den Weg gelegt werden, die das Scheitern bedeuten könnten. Dies auch in ganz zweckgebundener Hinsicht: Der Wahlkampf muß nicht nur in der DDR, sondern auch im Westen gewonnen werden.

he.

# 33. Wahlkampf gegen die Linke Liste/PDS eröffnet

Rubrik: Radikale Linke; PDS; PDS-Debatte, linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak322/60.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:322:60

Der KB ist in der Politik zur Bundestagswahl gespalten. Das trifft auch für die VSP und für die VL der DDR zu. Und doch ist unsere Situation völlig anders.

In der VL werden die unterschiedlichen Optionen - die Mehrheit unterstützt das Bündnis mit den Grünen, einige arbeiten individuell in der Linken Liste/ PDS mit - dem Vernehmen nach sachlich und solidarisch diskutiert. Das Nebeneinander wird anscheinend nicht als Gegeneinander, sondern als arbeitsteilig, einander ergänzend begriffen.

In der VSP liegen beide Hauptströmungen in den praktischen Konsequenzen wahrscheinlich gar nicht so weit auseinander: die Mehrheit mochte sich nicht zu einer Unterstützung der PDS durchringen, während die Minderheit auf eine direkte Kampfansage an die PDS verzichtet.

KBlerInnen hingegen agieren in der "Wahlfrage" an den antagonistischen Polen des linken Spektrums. Einige, unterstützt von der Leitungsmehrheit, haben schon frühzeitig geholfen, das Bündnis Linke Liste/PDS "anzuschieben". Andere sehen in der Bekämpfung der PDS eine Hauptaufgabe und sind die treibende Kraft für einen Wahlboykott. Ein dritter Teil des KB, vielleicht der größte, wird sich vermutlich indifferent verhalten und auf die Polarisierung mit Ängsten und Verdruß reagieren.

Es wird aller Voraussicht nach zur Bundestagswahl keine gemeinsame Politik des KB geben. Aber wo gibt es sie eigentlich überhaupt noch? Wo sind derzeit gemeinsame Einschätzungen, Ansichten und Politikansätze, oder auch nur fruchtbare Debatten, die es begründen würden, den KB in Abgrenzung zu den anderen Strömungen des linken Spektrums als organisierten Zusammenhang aufrechtzuerhalten?

Genossen und Genossinnen aus der KB-Minderheit suchen Unterstützung für einen Aufruf "Keine linke Stimme für die Reichstagswahl - Nein zu Deutschland". (Der Text ist in diesem AK dokumentiert) - Wahlboykott wollten sie es nicht nennen, obwohl das die übliche und angemessene Bezeichnung für diese politische Option ist. Aber die Erinnerung an die Wahlboykott-Aufrufe früherer Zeiten von Parteien mit einem "ML" im Namen schreckt selbstverständlich ab. Diese naheliegende Assoziation möchte man lieber vermeiden.

Dennoch werden diese Genossinnen und Genossen wahrscheinlich auf ihrem Aufruf sehr einsam sitzenbleiben. Vielleicht, daß der eine oder andere anarchistische Stammtisch, ein paar örtliche autonome oder antiimperialistische Kampfgruppen, einzelne VSPler, einige kürzlich aus den Grünen ausgetretene Ex-KBler und jemand aus der KONKRET-Redaktion noch zu den ErstunterzeichnerInnen stoßen werden. Von den politischen Kräften, die die Frankfurter Demo "Nie wieder Deutschland!" am 12. Mai getragen haben, unterstützen heute ein Großteil die Linke Liste/PDS oder stehen ihr, wie die VSP-Mehrheit, zumindest mit wohlwollendem Interesse gegenüber. Die Widersprüche und Probleme, die die DKP und der BWK, aber auch die VSP, noch mit diesem Wahlbündnis haben, sind taktischer und programmatischer Natur, haben mit den grundsätzlichen Überlegungen und Argumenten des Boykott-Aufrufs nichts zu tun und führen zu völlig anderen Schlußfolgerungen, als sie in der KB-Minderheit gezogen werden.

Von denen, die am 2. Dezember ein "Nein zu Deutschland" sagen wollen, wird das vermutlich der allergrößte Teil durch die Wahl der Linken Liste/PDS auszudrücken versuchen, auch wenn richtig und offensichtlich ist, daß die PDS keineswegs für diese Parole steht. Dennoch gibt es am 2. Dezember überhaupt kein deutlicheres "Nein!" zum herrschenden nationalen Konsens, als die Unterstützung jener Partei, die die Etablierten am liebsten ganz aus dem Bundestag heraushalten möchten und die ihren gemeinsamen Hauptfeind im Wahlkampf darstellen wird. Alle Welt, mit Ausnahme der KB-Minderheit und einiger anderer Superlinker, wird das Wahlergebnis der Linken Liste/PDS so und nicht anders begreifen und interpretieren. Nämlich als Votum für eine radikale linke Opposition, und nicht als "Legitimation für die Reichsgründung", wie es im Boykott-Aufruf heißt.

Wer sein "Nein zu Deutschland" durch Nicht-Teilnahme an der Wahl ausdrücken möchte, verfehlt im Übrigen von vornherein den Zweck: diese "Stimmen" lassen sich aus der grauen Masse sonstiger Nicht-WählerInnen nicht unterscheiden, entziehen sich absolut der Zählbarkeit, bleiben somit unsichtbar. Sie hinterlassen nicht

mehr als die persönliche Genugtuung, sich die Hände nicht am Stimmzettel befleckt zu haben und, trotz eindeutig anderslautender Auskunft im Personalausweis, irgendetwas Besseres zu sein als nur ein Deutscher.

Der Boykott-Aufruf richtet sich in der Anrede und von der Sache her ausschließlich an die Linke, genauer gesagt an die radikale Linke. Das Wahlverhalten von, wie es im Aufruf heißt, "anarchistischen, autonomen, feministischen und kommunistischen Menschen und Gruppen" soll beeinflußt werden. Es sind also in erster Linie potentielle WählerInnen der Linken Liste/PDS, die angesprochen werden sollen, kaum noch das Potential der Grünen, und ganz sicher nicht die WählerInnen der etablierten Parteien.

Klar und ehrlich wäre daher das Motto "Keine linke Stimme für die PDS" gewesen. Die etablierten Parteien und Großdeutschland-Politiker wird es nicht stören, falls ein paar Tausend Linksradikale am 2. Dezember das Wahllokal meiden, zumal der Öffentlichkeitseffekt einer Nicht-Wahl naturgemäß gleich Null ist. Geschädigt werden könnte allenfalls die Linke Liste/PDS, was den Etablierten bestimmt keine Bauchschmerzen verursacht.

Die Genossinnen und Genossen der KB-Minderheit hätten die Möglichkeit gehabt, es bei einer kollektiven Erklärung zu belassen, in der sie ihre Gründe dargelegt hätten, persönlich nicht die PDS zu wählen, aber ohne sich frontal gegen andere Schlußfolgerungen zu stellen. Vielleicht hätten sie sich sogar dazu überwinden können, der Linken Liste/PDS angesichts der Tatsache, daß wir es trotz allem mit einem gemeinsamen Gegner zu tun haben, mehr als nur Ablehnung entgegenzubringen, ihr vielleicht sogar Glück zu wünschen.

Die Genossinnen und Genossen haben sich stattdessen für einen Boykott-Aufruf, für eine politische Kampagne entschieden. Diese Entscheidung impliziert den Versuch, möglichst viele potentielle LL/PDS-Stimmen abzuwerben. Falls aus dieser Aufgabenstellung etwas Praktisches folgen soll, könnte das nur ein Wahlkampf gegen die Linke Liste/PDS sein, nämlich deren permanente Anprangerung als linksnationalistische, reformistische, sozialdemokratische - mit einem Wort: nichtwählbare - Partei. Die Gefahr steht, daß nicht das Unternehmen "Reichstagswahl", sondern die Linke Liste/PDS zentraler Angriffspunkt der Boykott-Kampagne sein wird. So isoliert, wie das Vorhaben unserer Genossinnen und Genossen nun einmal ist, würde es für ihren Anti-PDS-Wahlkampf überhaupt nur ein einziges publizistisches Forum geben, in dem sie im gewünschten Umfang frei schalten und walten können: den AK. Es ist zu befürchten, daß uns das in den nächsten Monaten nicht erspart bleiben wird.

Denkanstöße und Kritik von Linksaußen könnten der PDS und dem Wahlbündnis eigentlich gut tun. Mitarbeit in der Linken Liste/PDS einerseits, im besten Sinne rücksichtslose Kritik andererseits könnten sich sinnvoll als unterschiedliche Optionen im KB ergänzen. Wenn sich aber Genossinnen und Genossen für die PDS überhaupt nur dann und dort interessieren, wo sie Schwachpunkte und Angriffsflächen wahrnehmen, schafft das kein Klima für eine Auseinandersetzung. Eine Kritik, der es so offensichtlich nur darum geht, "Wahlkampfmunition" gegen die Linke Liste/PDS zu sammeln und jeden Kritikpunkt sofort für ihr Credo ("Die LL/PDS kann man eben nicht wählen!") auszuschlachten, setzt sich selbst außer Gefecht. Das ist im Sinne einiger Gesichtspunkte und Herangehensweisen, die diese Genossinnen und Genossen beitragen könnten, schade.

Kt., Hamburg

# 34. Ein Schritt vorwärts

Rubrik: PDS-Debatte, linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak322/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:322:43

Nach der Gründung der Bundespartei LINKE LISTE/PDS sind in der Zwischenzeit in allen Bundesländern die Landesverbände gebildet worden, so daß die formalen Voraussetzungen für die Kandidatur erfüllt sind. Nachdem bis zu diesem Zeitpunkt die Auseinandersetzungen um den Bildungsprozeß der Liste im Vordergrund standen, drängen sich jetzt die Themen der politischen Außenwirkung und der Programmatik auf.

Auf einer Veranstaltung im Juni dieses Jahres in Hamburg, auf der erstmals über eine mögliche Wahlbeteiligung im Bündnis mit der PDS diskutiert wurde, bestritt Thomas Ebermann vehement, daß von einem solchen Projekt eine politische Dynamik ausgehen könne. Nun kann mensch sicherlich darüber streiten, von welcher Größenordnung und welcher Qualität an dieser Begriff zulässig ist, nicht zu bestreiten ist aber, daß die LINKE LISTE/PDS eine große Anziehungskraft auf die Linke entwickelt hat. Dies wird z.Z. besonders am Zuspruch innerhalb der linken Grünen deutlich. Bei fast allen Landesverbandsgründungen beteiligen sich Linke aus den GRÜNEN, andere haben die GRÜNEN verlassen, ohne sich der LINKEN LISTE/PDS anzuschließen, begleiten diese aber kritisch-solidarisch.

Die Motive sind unterschiedlicher Art. In Westberlin haben mit Harald Wolf, Birgit Arkenstetten und Assi Geese drei der linken Konstrukteure der rotgrünen Koalition die AL verlassen, weil sie den erreichten Stand der Koalition nicht mehr mittragen wollen. Andere, wie Dieter Hummel und Jürgen Reents, begründen ihren Austritt mit den von Antje Vollmer, Udo Knapp und Bernd Ulrich formulierten Gedanken zur Großmacht Deutschland.

Innerhalb der GRÜNEN wird auf diesen Abbröcklungsprozeß sehr unterschiedlich reagiert. Während der Bundesvorstand noch versucht, eine Konfrontation zu vermeiden, kommt es in einzelnen Landesverbänden schon zu den ersten Ausschlußanträgen. Während Bundessprecher Christian Ströbele beispielsweise den Austritt seiner Westberliner MitstreiterInnen öffentlich bedauert, ruft ihnen Joschka Fischer nur ein "Endlich!" hinterher ("taz", 14.9.90). Für ihn waren diese Linken eh nur Durchreisende, die zu verlieren nichts zu bedeuten habe. Man darf gespannt sein, ob er dies auch in den nächsten Wochen noch so vertreten wird. Denn in dem Abbröcklungsprozeß, der heute noch nur den linken Rand betrifft, spiegelt sich der schleichende Zerfallsprozeß der GRÜNEN wider, der sich schnell als Motivationsverlust auf die ganze Partei ausbreiten könnte.

Die LINKE LISTE/PDS hat es sich nicht zum Ziel gesetzt, an die Stelle der GRÜNEN zu treten oder in allererster Linie ihr in Konkurrenz zu machen. Es könnte nur gut sein, wenn beide Parteien im nächsten Bundestag vertreten sind. Dennoch wird es eine zwangsläufige Konkurrenz geben, nicht nur im Wahlkampf, sondern ebenso in der Frage der Unterstützung. Selbstverständlich wirbt die LINKE LISTE/PDS um die Mitarbeit aller Linken in diesem Land. Und es werden denn auch linke GRÜNE gefragt, ob sie sich eine Mitarbeit in der LINKEN LISTE/PDS vorstellen können, insbesondere weil bekannt ist, daß viele Linke nie ihre Heimat bei den GRÜNEN gefunden haben. Zum schlechtesten Stil gehört es allerdings, wenn jetzt über die "FAZ" und gefolgt von der "taz" die Legende verbreitet wird, die LINKE LISTE/PDS werbe Grüne per Scheckbuch ab ("FAZ" vom 13. und "taz" vom 14.9). In Baden-Württemberg behaupten zwei Mitglieder der GRÜNEN, von der LINKEN LISTE/PDS mit Kandidatenplätzen bzw. Stellenangeboten geködert worden zu sein. Von der Linken Liste/PDS wird dies bestritten. Bis hierhin steht öffentlich Aussage gegen Aussage. Wohin aber die Behauptung des einen Kronzeugen tatsächlich zielt, geht aus der "taz" hervor: "Vor diesem Hintergrund (die angeblichen Angebote, die Red.) zweifeln diejenigen, die der PDS einen Korb gegeben haben, an der Integrität all derer, die sich bereits der LINKEN LISTE/PDS anschlossen." Schon jetzt fängt also die Schmutzkampagne an, die von der "Welt" und der "FAZ", von der CDU und der SPD erwartet worden ist, nicht aber aus den Reihen der GRÜNEN.

Die Zweifel sind groß

Anders als der Gründungsprozeß der GRÜNEN wird die LINKE LISTE/PDS von keiner euphorischen Stimmung getragen. Vorherrschend ist die Skepsis. Einmal derjenigen, die aus dem weiten Feld der DKP-Organisationen kommen und die mit dem Zusammenbruch des realen Sozialismus ihre konkrete Perspektive verloren haben. Sie wollen nach einem gescheiterten Parteiprojekt nicht ohne Aufarbeitung der eigenen Geschichte in das nächste stolpern. Andererseits derjenigen, die aus den Bewegungen rund um die

GRÜNEN kommen, die die Verarbeitung der Erfahrungen der parlamentarischen Arbeit einklagen, bevor das nächste Experiment begonnen wird. Diese Bedenken sind berechtigt und dürfen nicht weggeredet werden, auch nicht mit dem Hinweis auf die unbedingt anstehenden Aufgaben, denn damit sind Menschen jahrelang in Organisationen wie der DKP stillgehalten worden. Diese Stimmung prägt heute die ersten Veranstaltungen der LINKEN LISTE/PDS. Es ist viel Nachdenklichkeit und Zögern dabei, andererseits gepaart mit der Erkenntnis, daß mensch an diesem Abschnitt der Geschichte nicht einfach vorbeigehen kann. Begeisterung kommt nur dann auf, wenn Gregor Gysi eine Veranstaltung gestaltet. Er ist zu einer Integrationsperson der Linken geworden, wie sie diese in der neueren Geschichte noch nicht hatte. Das provoziert selbstverständlich die Kritik, daß der gegenwärtig ablaufende Prozeß allein vom Gefühl her bestimmt ist, der Kopf auf der Strecke bleibt. Diese Kritik macht es sich zu einfach. In der Person Gysi findet ein sehr unterschiedliches Spektrum der Linken einen Ansatzpunkt für das Weitermachen nach dem Scheitern. In ihm verkörpert sich für viele die Erneuerung einer als kaum reformierbar erscheinenden Partei wie der SED. Es gibt bisher von keiner Seite ein schlüssiges und theoretisch zwingendes Konzept, wie die Linke sich neu organisieren könnte, weder in organisatorischer noch in inhaltlicher Hinsicht. Aber, und das macht die Dynamik der PDS aus, es gibt Übereinstimmung, daß den Herrschenden der BRD in der Auslöschung der DDR wenigstens noch ein kleiner Strich durch die Rechnung gemacht werden sollte. Der PDS und dabei wiederum speziell Gregor Gysi wird dieses zugetraut.

Die Aktivisten der LINKEN LISTE/PDS tun gut daran, zwischen der Dynamik, die von der PDS ausgeht, und den Möglichkeiten der BRD-Linken genau zu unterscheiden. Gerade weil die Zweifel vorherrschen, wird der Bildungsprozeß in der BRD mehr über den Kopf denn über den Bauch gehen. Was dieses Projekt gegenwärtig zusammenhält, ist erstmals nicht ein Programm, nicht eine ganz neue Idee, sondern ein Pragmatismus in den unmittelbar anstehenden Aufgaben. Dies hat selbst dazu geführt, daß in den Vordiskussionen über das Wahlprogramm weitgehend auf Prinzipiendiskussionen verzichtet wurde.

Dieser Pragmatismus unterscheidet die Träger der LINKEN LISTE/PDS diametral vom Projekt Radikale Linke. Dort wird unter sehr scharfer inhaltlicher Ausgrenzung versucht, einen neuen Kern radikal linker Politik zu formen. Der Pragmatismus der Linken Liste/PDS läuft selbstverständlich Gefahr, bei einem inhaltlich nicht tragenden Konzept zu verbleiben. Es gibt die Gefahr, daß es ein Zusammenschluß bleibt, dem es bestenfalls gelingt, eine Abordnung in den Bundestag zu schicken, der sich dann aber nur noch mit sich selbst beschäftigen kann. Diese Gefahr zu erkennen, heißt nicht sie zu bannen, denn noch sind die Motive, sich an diesem Projekt zu beteiligen, zu verschieden, um daraus eine Richtung zu machen.

# 35. Einheitsgewerkschaft gegen Linke Liste/PDS

Rubrik: PDS; DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak322/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:322:04

Seinen Austritt aus der SPD und die Mitgründung der Linken Liste/PDS hat der Salzgitteraner Gewerkschaftslinke Bernd Henn beruflich nicht einen Monat überlebt. Ende August wurde Henn, bis dahin Erster Bevollmächtigter der Verwaltungsstelle Salzgitter der IG Metall, von den geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern der IGM seiner Funktion enthoben und durch einen kommissarischen Geschäftsführer ersetzt. Dem vorausgegangen war eine massive Hetzkampagne und Mobilisierung in Betrieben und lokaler Öffentlichkeit gegen Henn, maßgeblich initiiert und getragen von der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) der SPD. Wie bei all dem das hehre Prinzip der Einheitsgewerkschaft überhaupt nicht in Mitleidenschaft gezogen werden muß, und das gewünschte Ergebnis sich dennoch einstellt, führte die Gewerkschaftsrechte exemplarisch vor.

Anfang August hatte Bernd Henn nach 21jähriger Mitgliedschaft öffentlich seinen Austritt aus der SPD bekanntgegeben, u.a. mit der Begründung, die SPD sei "in der Grundlinie kapitalorientiert" sowie mit der "nationalen Besoffenheit" der SPD in "der Staatsvertrags- und Wahlrechtsfrage" und, was noch schwerer wog, sich als Mitglied des Beirates der Linken Liste/PDS exponiert.

Die Kampagne

Die SPD reagierte umgehend und ließ durch ihren Unterbezirksvorstand Salzgitter, ihren örtlichen Bundestagsabgeordneten Wilhelm Schmidt sowie das Mitglied des Bundesvorstandes der AfA, Norbert Schmidt, gleichzeitig Konzernbetriebsratsvorsitzender der Preussag-Salzgitter AG, eine Kampagne gegen Henn anrollen, mit dem Ziel, diesen aus seinen gewerkschaftlichen Funktionen zu entfernen.

In der ersten Phase sah sich Henn, bei den SPD-Kanalarbeitern u.a. wegen seines Engagements für den 1987er Solidaritätsstreik mit den Arbeitern von VW Mexiko bei VW Salzgitter ohnehin nicht eben wohlgelitten, in Leserbriefen in der Lokalpresse, betrieblichen Aushängen, Rundschreiben etc. Vorwürfen nach altbekanntem antikommunistischen Strickmuster ausgesetzt. Motto: Henn habe sich einer "Verbrecherpartei" angeschlossen, denn die PDS, so AfA- Schmidt, sei "Sachwalter der Interessen der früheren SED-Politverbrecher", die Mitgliedschaft Henns eine "unerträgliche Belastung" für die IGM, so der SPD-Unterbezirksvorstand.

Eingeleitet durch mehrtägige Stimmungsmache dieser Art folgte eine eigens anberaumte außerordentliche Betriebsratssitzung der Stahlwerke Peine-Salzgitter AG, die heuchlerisch feststellte, daß "in der Belegschaft erhebliche Unruhe entstanden" sei und auf eine außerordentliche Vertreterversammlung der IGM orientierte, auf der "über eine Konfliktlösung beraten" werden müsse. Eine in Abwesenheit Henns einberufene Sondersitzung der IGM-Ortsverwaltung sah das mehrheitlich auch so und sprach Henn darüber hinaus des Mißtrauen aus, da eine "vertrauensvolle Zusammenarbeit nun nicht mehr gegeben" sei, schließlich hätte Henn mit der Ortsverwaltung "über sein neues parteipolitisches Engagement im Vorfeld diskutieren müssen".

Die Vertreterversammlung

Die AfA mobilisierte mit nebenstehendem Rundschreiben für die außerordentliche IGM-Vertreterversammlung am 25. August, deren einziger Tagesordnungspunkt "der Fall Henn und die PDS" war, brachte darin nochmals die Hetze gegen Henn und PDS auf den Punkt und wies auf die "bundespolitische Bedeutung" der ausstehenden Entscheidung der Vertreterversammlung hin, wonach es darum gehe, "ob sich die SED unter einem Tarnmantel dauerhaft etablieren kann". Der SPD-Unterbezirksvorstand forderte die Vertreterversammlung auf, "in ihrem eigenen Interesse die notwendigen Konsequenzen zu ziehen". Das tat sie dann auch und sprach mit 108 gegen 77 Stimmen bei vier Enthaltungen und 58 Abwesenden Bernd Henn das Mißtrauen aus. Für diesen allerdings - sehr zum Unmut der SPD- und Gewerkschaftsrechten - noch kein Grund als Erster Bevollmächtigter zurückzutreten, sondern Ansporn, sich "das verlorenen Vertrauen wieder zu erarbeiten".

Daraufhin traten elf der 15 Mitglieder der Ortsverwaltung von ihren Ämtern zurück, um den geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern der IGM den Weg für administrative Maßnahmen freizumachen. Diese folgten am 29. August: Bernd Henn wurde seines Amtes enthoben und durch den Hannoveraner IGM-Bezirkssekretär Hasso

Düvel als kommissarischer Geschäftsführer ersetzt, der sich zuvor mit den dann Zurückgetretenen auf diese Verfahrensweise verständigt hatte, um Henn aus dem Amt zu hieven. Nicht etwa habe man an Henns Mitgliedschaft in der Linken Liste/PDS Anstoß genommen, ließen die geschäftsführenden Vorstandsmitglieder der IGM verlauten, schließlich bestehe gegen deren Mitglieder keinerlei Unvereinbarkeitsbeschluß, allein weil die Ortsverwaltung Salzgitter nach den elf Rücktritten "handlungsunfähig" gewesen sei, hätten die geschäftsführenden Vorstandsmitglieder eben handeln müssen. Na klar.

Nach dem Rausschmiß

Düvel hat jetzt den Auftrag, bis zum 20. September die Ortsverwaltung zu reorganisieren. Im Verein mit Düvel und den geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern setzten die Gewerkschaftsrechten auf eine vollständige Neuwahl der Ortsverwaltung. Ihr Kalkül ist dabei, daß Henn nicht wiedergewählt werden wird, und damit, sofern er sein Arbeitsverhältnis mit der IGM nicht aufgeben will, zu einem Ortswechsel und mithin zum Verlust seiner Basis gezwungen werden würde.

Bernd Henn und befreundete Gewerkschafter orientieren auf eine Nachwahl der zurückgetretenen Ortsverwaltungsmitglieder, womit sie sich zwar im Einklang mit der Satzung der IGM befinden, aber gegen die Mehrheitsinteressen vor Ort stehen. Bei diesem Verfahren müßte Henn sich nicht erneut zur Wahl stellen, sondern würde bis zum Ablauf seiner regulären Amtszeit dort verbleiben. Ggf. sollen in dieser Frage die Gerichte bemüht werden.

Falls vollständig neu gewählt werden wird, beabsichtigt Henn, der erst im Februar dieses Jahres mit 77% der Delegiertenstimmen in seinem Amt für die nächsten drei Jahre bestätigt wurde, erneut zu kandidieren.

Zahlreiche Solidaritätsadressen und Protesterklärungen von Betriebsräten und Vertrauensleuten, gewerkschaftlichen Lehrgängen und Einzelpersonen liegen mittlerweile vor, und es ist zu hoffen, daß die IGM Salzgitter nicht problemlos zur Tagesordnung übergehen kann.

Die Ziele

Die energische und mit beachtlicher Geschwindigkeit durchgeführte Maßnahme gegen Bernd Henn, der als einer der ersten Prominenten aus der Gewerkschaftsszene mehr als nur Sympathie für die Linke Liste/PDS bekundet hat, sich für ihren Aufbau engagiert und dies explizit in Abgrenzung zur SPD und ihrer Politik unternimmt, nicht aber in Abgrenzung zur IGM, sind sicherlich als deutliches Signal für Gewerkschaftslinke mit ähnlichen Ambitionen gedacht. Denkbaren Einbrüchen im Gewerkschaftsbereich soll über die am Beispiel Henn exemplarisch vorgeführten Konsequenzen von vornherein ein Riegel vorgeschoben werden. PDS-Mitglieder oder PDS-Sympathisanten in der BRD werden im Funktionärskörper der IGM keine Überlebenschance haben. Das ist die unzweideutige Botschaft dieses Vorgehens. Bei diesem Geschäft wollen sich die Gewerkschaftsvorstände offenbar nicht selbst die Finger schmutzig machen und über formale und sicherlich unpopuläre Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen PDS und Linke Liste/PDS ihren Laden "säubern". Sie können und wollen ihr Image schonen und die Drecksarbeit vor Ort im Zusammenspiel von AfA und Gewerkschaftsrechten "von unten" besorgen lassen, nicht zuletzt auch mit Blick auf die Metallarbeiter in der Noch-DDR. Dort nämlich soll keinesfalls mit der Ost-IG Metall fusioniert werden, diese soll sich vielmehr bis zum Jahresende vollständig selbst auflösen, um einer Ausdehnung der IG Metall in die Noch-DDR Platz zu machen, die dann ab 1. Januar 1991 über kommissarische Bevollmächtigte - sämtlich aus der BRD - erfolgen soll. Diese Bevollmächtigten werden in 35 Verwaltungsstellen (statt bisher 94) Mitglieder neu aufnehmen, keinesfalls aber "pauschal übernehmen", Delegierte wählen lassen, die dann die hauptamtlichen Funktionäre bestellen sollen. Auch dabei werde die PDS-Mitgliedschaft keine Rolle spielen, allerdings verlasse man sich darauf, daß die Metaller "ihre Leute am besten kennen", falls dann doch noch eine/r durchgerutscht sein sollte.

Schließlich zeigt die Art und Weise des Vorgehens gegen Bernd aber auch deutlich auf, wie das "PDS-Rundschreiben" der SPD-Geschäftsführerin Anke Fuchs vom Juli d. J., gerichtet an alle SPD-Unterbezirksvorstände, verstanden werden muß und wurde. Dort heißt es u.a. mit Bezug auf ein PDS-Wahlbündnis in der BRD: "Wir werden den erneuten Versuch der Spaltung abschütteln ... Die PDS oder ein von der PDS geprägtes Wahlbündnis in der Bundesrepublik ist für die SPD eine Gegnerin mehr. Wo sie auftritt, ist sie entsprechend zu behandeln" - mit allen Mitteln läßt sich getrost hinzufügen, besonders dann, wenn es um vermeintlich so angestammte Bereiche wie Gewerkschaften und das dort vertretene Wählerpotential geht.

anti-rep/KB Hamburg

Das Landgericht Frankfurt erließ am 13.9. eine einstweilige Anordnung gegen die IG Metall. Danach ist Bernd Henn wieder erster Bevollmächtigter der Verwaltungsstelle Salzgitter der IG Metall. Die Anordnung besagt weiter, daß bis zu einer abschließenden gerichtlichen Entscheidung auch die geplante Neuwahl der Ortsverwaltung auszusetzen ist.

# 36. Doku: Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen: SED unter neuem Tarnmantel?

Rubrik: PDS; DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak322/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:322:05

Dokumentation

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen - Unterbezirk Salzgitter

SED unter neuem Tarnmantel?

22. August 1990

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Entwicklung innerhalb der IG Metall und die Leserbriefe zum Übertritt von Bernd Henn zur SED/PDS haben uns veranlaßt, nachstehend die wesentlichen politischen Aspekte dieses Vorgangs zusammenzufassen und Euch zuzustellen.

Die PDS ist nicht eine neue Partei, sondern sowohl in ihrer Mitgliedschaft als insbesondere auch in der hauptamtlichen Funktionärsstruktur die alte SED. Sie ist mit Staatsgeld zur reichsten Partei Europas geworden - seit dem 1. Juli in DM- West. Mit diesen Mitteln soll nun die Ausdehnung auf die Bundesrepublik finanziert werden.

Die SED/PDS hat einen Polizeistaat errichtet und jahrzehntelang für eine menschenverachtende Politik gestanden, sie hat ein Wirtschaftschaos hinterlassen, ein soziales Desaster eingeleitet und gewaltige Umweltschäden angerichtet.

Die SPD ist von der SED zwangsvereinnahmt worden, ihre Funktionäre wurden verfolgt und eingesperrt, das Parteivermögen konfisziert, sozialdemokratisches Gedankengut wurde von den SED-Schergen unterdrückt, kritische Geister eingesperrt oder aus dem Land getrieben.

Die Gewerkschaften in der DDR wurden zu Erfüllungsgehilfen dieser SED-Politik gemacht. Deren hauptamtlicher Apparat ist bis heute von alten SED-Kadern durchsetzt. Die IG Metall der Bundesrepublik hat deshalb auf die Übernahme der Ost-IG Metall verzichtet und wird sich statt dessen selbst ausweiten.

Der Übertritt Bernd Henns soll dazu beitragen, bundesweit den Eindruck zu verstärken, die PDS hätte mit dieser geschichtlichen Entwicklung nichts zu tun. Es bildet sich eine Allianz von alten SED-Aktivisten, die in der "neuen Zeit" überleben wollen, und hiesigen linken Sektierern, deren Blütenträume nun endlich mit Hilfe der SED-Milliarden reifen sollen.

Das Auftreten der SED/PDS wird objektiv die Position der CDU-Kandidaten bei der kommenden Bundestagswahl verbessern. Gelingt ihr die dauerhafte Etablierung, ist eine Stärkung der konservativen Mehrheit im künftigen Gesamtdeutschland zu befürchten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte tragt diese Argumente weiter - damit niemand am Ende sagen kann, er habe die Tragweite des Geschehens nicht rechtzeitig erkannt.

Es geht uns natürlich nicht darum, daß alle Gewerkschaftler SPD-Mitglied sein sollten (trotz der geschichtlichen Gemeinsamkeiten und der vielen gemeinsamen aktuellen Ziele).

Wir wollen uns aber nicht mit der Verniedlichung und Verdrängung des gesellschaftlichen Scherbenhaufens abfinden, den die SED/PDS zu vertreten hat und der von allen Bürgerinnen und Bürgern in nächster Zeit zu bezahlen sein wird.

Die Entscheidung der Vertreterversammlung der IG Metall am kommenden Samstag ist von bundespolitischer Bedeutung. Es geht nicht um die Person Henn, sondern darum, ob sich die SED unter einem Tarnmantel dauerhaft etablieren kann. Der Schaden für uns alle würde erheblich sein.

gez. Norbert Schmidt (Vorsitzender)

gez. Diethard Karau (stellv. Vorsitzender)

# 37. IG Chemie gegen Antikriegstags-Bündnis

Rubrik: DGB und Einzelgewerkschaften; Friedensbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak322/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:322:36

Einmal mehr stellte sich die IG Chemie in die vorderste Front gegen (Gewerkschafts-)Linke und Grüne. Auf massiven Druck der IG Chemie hat der DGB-Kreis Ludwigshafen seinen Aufruf zum Antikriegstag zurückgezogen und seine Teilnahme an einer von verschiedenen Organisationen und Gruppen getragenen Kundgebung abgesagt.

Anfang August hatte der DGB-Kreis Ludwigshafen mit dem zentralen DGB-Aufruf zum Antikriegstag zu einer Kundgebung vor Ort mobilisiert, die neben dem DGB noch von verschiedenen örtlichen Frauen-, Friedens- und Umweltinitiativen, den Grünen, amnesty international und den Demokratischen Sozialisten (DS) unterstützt wurde. Das Bündnis war Anlaß für eine heftige Intervention des lokalen IG Chemie-Chefs Hans-Dieter Brand, der in einem auch der Lokalpresse ("Rheinpfalz") zugespielten Schreiben an den DGB-Kreisvorsitzenden Karl Bundschuh diesen aufforderte, den Aufruf zur Kundgebung gar nicht erst zu veröffentlichen und die Teilnahme des DGB an der Veranstaltung abzusagen. Begründung: "Zusammen mit Gruppierungen, die in der täglichen Gewerkschaftsarbeit gegen die IG Chemie, gegen Funktionäre meiner Organisation und gegen politische Positionsbestimmungen der IG Chemie-Papier-Keramik polemisieren, kann es keine gemeinsame Veranstaltung geben."

Zu diesen Gruppierungen zählte Brand "Die Nase", eine Ludwigshafener Alternativzeitung, die BI "Rettet die Roßlache", die gegen die geplante Ausweitung der BASF in ein Naherholungsgebiet kämpft, und speziell "Die Grünen" "mit ihren industriefeindlichen Positionen" (Brand), die mit Roland Vogt zu allem Überfluß für die IG Chemie auch noch einen der KundgebungsrednerInnen stellen sollten, sowie die DS. Von letzteren glaubte Brand messerscharf erkannt zu haben: "Die kommen aus dem Sumpf der PDS" und "ein Paktieren mit Altkommunisten wie mit Sozialisten im Schlepptau der SED-Nachfolgeorganisation PDS kommt für die demokratische Gewerkschaftsbewegung nicht in Frage". Unterstützung war rasch organisiert. Der örtliche SPD-Bundestagsabgeordnete Reimann, ehemaliger BASF-Betriebsratsvorsitzender, sah "die Unabhängigkeit (des DGB, ak) durch die Unterschriften der Gruppen, die zur Teilnahme am Anti-Kriegstag aufrufen, in Zweifel gezogen" und forderte den DGB ebenfalls zum Rückzug aus dem Bündnis auf. Die ÖTV und die IG Bau, Steine, Erden schlossen sich dem bald an. So unter Beschuß genommen und zudem mit der von Seiten der IG Chemie öffentlich erklärten Drohung konfrontiert, ihn bei nächster Gelegenheit abzuwählen (was der IG Chemie aufgrund ihrer Mitgliederstärke am Ort auch möglich wäre), sah sich der DGB-Kreisvorsitzende Bundschuh offenbar gezwungen, dem scheinbar Stärkeren nachzugeben und sagte die Teilnahme des DGB an der Kundgebung nach wenigen Tagen ab. Im Anschluß daran erklärten die IG Chemie-Vertreter auf einer Kreisvorstandssitzung, auch zukünftig an Veranstaltungen nicht teilzunehmen, die auch von Grünen und/oder DS unterstützt würden. Antikriegstagsveranstaltungen wollen sie in den nächsten Jahren in alleiniger Regie durchführen.

IG Chemie-Brand hat die erst kürzlich im Gewerkschaftsmagazin "Umschau" (Nr. 4/90) ausgegebenen Direktiven seines Bundesvorsitzenden Hermann Rappe (MdB) offenbar sogleich als Aufforderung zum Präventivschlag gegen potentielle Gegner (richtig) verstanden. Schrieb der doch: "Wir wollen den politischen Charakter der IG Chemie-Papier-Keramik nicht verändern lassen. Deshalb werden wir ein Einsickern von Kommunisten, von SED-PDS-Anhängern, bekämpfen. Auch die Versuche, in neuen Kleidern aufzutreten, werden bei uns nicht verfangen. Dies gilt insbesondere für das neu gegründete Linke Bündnis-PDS, mit dem versucht wird, Einfluß auf die bevorstehende Bundestagswahl auszuüben ... Von jedem aber, der alte Ideologien neu an den Mann bringen will, werden wir uns trennen. Es ist wichtig, dies heute zu sagen, früh genug und für niemanden zu spät."

Dennoch, unter der Schirmherrschaft des Ludwigshafener Friedensforums, wurde die Kundgebung mit 300 Teilnehmern, was für Ludwigshafener Verhältnisse als äußerst erfolgreich gelten kann, durchgeführt. Erfreulich war zudem, daß sich die GEW, die GdED, die IG Medien und die IG Metall nicht auf den IG Chemie-Kurs einschwören ließen und als Einzelgewerkschaften die Antikriegstagsaktion unterstützten.

anti-rep./KB Hamburg

# 38. Vereinigte Linke in der Wahldebatte

Rubrik: PDS; Vereinigte Linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak322/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:322:21

Vier Wahlen in einem Jahr sind schon ein starker Tobak für die unabhängigen DDR-Gruppierungen. Weder über die Wiedervereinigung noch über den Charakter der Wahlen bestehen bei der Vereinigten Linken Illusionen, Wahlbeteiligung hält sie jedoch trotz alledem für wichtig und sinnvoll. Statt Sommerpause zu machen, diskutierte sie drei verschiedene Optionen und trat in Bündnisverhandlungen: Eine Mehrheit der VL ist für ein Bündnis mit den anderen Bürgerbewegungen, das die West-Grünen für die 5%-Hürde braucht, eine Minderheit ist für die Beteiligung an der Linken Liste und eine weitere Minderheit lehnt Wahlbeteiligung ab. Die erste Delegiertenkonferenz zum Thema Wahlen am 21.8.90 in Rostock erklärte daher: "... für eine neue, basisdemokratisch orientierte Linke ist bei diesen von der Reaktion diktierten Wahlen nicht viel zu gewinnen. Eine vereinigte Linke gibt es weder in der DDR, noch `gesamtdeutsch'. Eine Neuformierung der Linken hat eben erst begonnen. So bleibt die für uns unbefriedigende Entscheidung zwischen zwei Parteien, in denen jeweils auf spezifische Weise alternative, linke Potentiale gebunden und neutralisiert sind: Die Grünen, bei denen prokapitalistische Kräfte und der parlamentarische Kretinismus sich zunehmend durchsetzen, und die PDS, die zwar ihre stalinistischen Strukturen, nicht aber ihre Stalinisten los ist, und deren Erneuerung vorwiegend in der Aneignung parlamentarisch-reformistischer Illusionen besteht. (...) Aufgrund des Charakters der VL als einer politisch breitgefächerten BürgerInnenbewegung können wir uns als Organisation nicht am Projekt der Parteigründung einer grünen `Wahlpartei' beteiligen. Wir ermöglichen jedoch die Wahlkandidatur von Mitgliedern unserer Organisation."

Einige Verwirrung und Ärger löste kurz darauf die Veröffentlichung eines Beschlusses vom 5.8.90 über eine Listenverbindung "die Grünen/Bündnis 90" aus, der auch vom UFV und der VL unterschrieben wurde. Hauptstreitpunkt war die einseitige Verurteilung der PDS, die "keine glaubwürdige Opposition" sei - ein Passus, der extra formuliert wurde als Sperre für die VL, deren Vertreter jedoch alles unterzeichneten, um nicht sofort diskussionslos ausgegrenzt zu werden. Der Politische Beirat der VL Berlin bekundete umgehend die Verbundenheit der VL mit den Erneuerern in der PDS sowie mit der Linken Liste, begrüßte aber gleichzeitig die Aufnahme der VL ins Bürgerbewegungs-Bündnis.

Da der Wahlplattform-Entwurf (15.8.90) die PDS-Abgrenzung noch verschärfte und unverschleiert der SPD die Koalition anbot, erklärte der DDR-SprecherInnenrat der VL (18.8.90), daß diese die beiden Essentials nicht zu unterstützen bereit sei.

Die nächste Verhandlungsrunde (19.8.90) wurde allerdings von ganz anderen Problemen bestimmt. Das Neue Forum als größte Bürgerbewegung stellte das ganze Verhandlungsergebnis in Frage, um - vordergründig betrachtet - den Namen "Die Grünen/Neues Forum" durchzusetzen. Die durchaus berechtigte Sorge des NF, im Wahlbündnis vereinnahmt zu werden und das eigene Profil zu verlieren, führte zu diesem Vorschlag, der als Kompromiß zwischen eigenständiger Kandidatur als NF und Beteiligung am Bündnis mit den Grünen zu verstehen ist.

Den nächsten Vorstoß zur VL-Ausgrenzung unternahm die Verhandlungsrunde am 29.8.90, allen voran das NF, das außer der Forderung, keine Wahlpartei zu gründen, die Nicht-Beteiligung der VL zur Voraussetzung für die eigene Beteiligung machte. Deshalb konnte die Wahlbeschluß-Konferenz der VL am 1.9.90 sich nicht endgültig zur Beteiligung am Bür- gerbewegungs-Bündnis entschließen, sondern hielt fest:

"Den Versuch von Teilen der BürgerInnenbewegungen und der West-Grünen, am 29.8. durchzusetzen, die VL möge jene ihrer Mitglieder mißbilligen, nicht akzeptieren, die auf der Linken Liste kandidieren, weisen wir als anmaßende und unverschämte Einmischung in unsere innerorganisatorischen Angelegenheiten des Umgangs der VL-Mitglieder untereinander zurück. Dieser Versuch wurde unternommen, obgleich die VL-Delegation mehrmals darauf hinwies, daß es niemanden gibt, der im Namen der VL auf der Linken Liste kandidiert. Obgleich jene, die diesen Versuch unternahmen, oft den Unterschied zwischen BürgerInnenbewegungen und Parteien betonen, legen sie bei der Beurteilung der VL andere Maßstäbe an, weil es ihnen bei der Ausgrenzung von Linken opportun erscheint.

(...) Die VL ist als BürgerInnenbewegung froh über die politische Breite ihres Spektrums. Wir werden weder Minderheiten noch Mehrheiten mißbilligen. Äußerer Druck wird nur unsere Solidarität miteinander erhöhen.

Minderheitenstandpunkte werden von Mehrheiten respektiert und in diesem Sinne auch von denen mitgetragen, die anderer Meinung sind. Deshalb ist der in der gemeinsamen Erklärung am 29.8. ausschließlich wegen der VL und gegen ihre Stimmen aufgenommene Standpunkt, daß Kandidaturen von Mitgliedern der beteiligten Organisationen auf anderen Listen `nicht mitgetragen werden', kein Kompromißpunkt. Dieser Standpunkt muß aus der Erklärung verschwinden! Sein rationaler Kern ist bereits dadurch ausgedrückt, daß Konkurrenzkandidaturen ausgeschlossen sind."

Nach wochenlangen Debatten und Gezerre stand am 6.9.90 schließlich folgendes Ergebnis: Die Grünen der BRD und der DDR gehen eine Listenverbindung ein, wobei die DDR-Grünen den Bürgerbewegungen gleichberechtigt offene Listenplätze zur Verfügung stellen, d.h. jede beteiligte Organisation erhält mindestens einen sicheren Platz. Name der Verbindung: Die Grünen/Bündnis 90. Die VL als Organisation ist rausgeschmissen, als Kompromiß wurde allerdings ein bemerkenswerter Absatz in die Bündnis-Erklärung aufgenommen: "Die Vereinigte Linke hat als eine der BürgerInnen des Herbstes 1989 an der Ausarbeitung der Wahlplattform teilgenommen. Aufgrund ihres breitgefächerten differenzierten politischen Spektrums ist die Teilnahme ihrer ganzen Organisation an diesem Wahlbündnis nicht möglich. Sie unterstützt jedoch die Listenverbindung Die Grünen/Bündnis 90 und nimmt durch die Kandidatur einzelner ihrer Mitglieder an der gleichberechtigten Vergabe der Listenplätze teil." Dieser Antrag wurde von DJ, NF und VL gemeinsam getragen, wobei den Linkenfressern in DJ und NF offensichtlich nicht aufgegangen ist, daß sie damit gerade dem Wunsch etlicher VLer, insbesondere der Arbeitsgruppe Linke Liste, die mehr oder weniger geduldig die grünen Bündnisverhandlungen verfolgten, sehr entgegenkommen, nicht jedoch jenen West-Grünen, die den Namen VL aus wahlarithmetischen Gründen gerne im Bündnis hätten. Formal ermöglicht das Bündnis eine Kandidatur von VL-Mitgliedern auf der LiLi, Bedingung ist nur, daß diese "nicht im Namen und mit dem Mandat ihrer Organisation" antreten.

Der Ausgrenzungsdruck, der von Anti-Sozialisten der Bürgerbewegungen und Realos immer wieder auf die Tagesordnung gesetzt wird, war der VL aus vorangegangenen Bündnisverhandlungen längst bekannt. Diesmal hat sie jedoch sowohl den "Ehrencodex" BürgerInnenbewegung als auch die Listenplatz-Zusage erreicht. Außerdem ist sie den Bündnis-Bürgern, die panische Angst vor PDS- Nähe und linkem Vokabular haben, eine ständige Nervensäge.

Eine Wendung der Geschichte ist nicht ausgeschlossen, so zum Beispiel ein möglicher Bruch des Verhandlungsergebnisses über Listenplätze. Diese werden über die Länder vergeben, wobei alle Länder außer Berlin zumindest für die Landtagswahlen das Bündnis mit der VL bereits ausgeschlossen haben; in Thüringen beteiligt sich die VL an der LiLi/PDS. Kaum anzunehmen also, daß die VL irgendwo in den DDR-Ländern einen sicheren ersten Listenplatz erhält. Sie könnte einfach "ganz demokratisch" fallengelassen werden. Bisher wurden weder Listenplätze verhandelt, noch ob die VL auch (gleichberechtigt) im Koordinationsrat mitarbeiten darf.

Innerhalb der VL wächst der Unwillen gegenüber dem Bündnis. Die DDR-"Bewegungen" benehmen sich fast wie Alt-Parteien und bei den Grünen(West) scheinen ja sogar Partei-Ausschlußverfahren salonfähig zu werden. Hingegen gewinnt die LiLi-Idee an Interesse, unter anderem weil so das indirekte Bündnis mit der PDS ermöglicht wird und damit auch deren "Erneuerung" befördern werden kann, und selbstverständlich auch, da die VL hier gerne gesehen wird. Schließlich sind Linke, die als Minderheiten in größeren Bündnissen arbeiten, auf Toleranz angewiesen.

Die Beteiligung an Bündnisverhandlungen mit Bürgerbewegungen und Grünen entspricht dem VL-Selbstverständnis als linke Bürgerbewegung und ist daher noch lange kein Grund, an der linken Glaubwürdigkeit der VL zu zweifeln. Die taz bescheinigt der VL nicht umsonst "alte linke Kaderstrategie" . Auch schielt die VL derzeit keineswegs nach realo-ökologischen Alternativen, wie seinerzeit große Teile der BRD-Linken. Die Befürworter der Grünen-Option innerhalb der VL beziehen sich bündnispolitisch auf die linken Teile innerhalb der anderen Bürgerbewegungen, eine Orientierung, die ausdrücklich auch von den Vertretern der LiLi/PDS-Variante anerkannt wird.

Die VL ist zwar keine vereinigte Linke sondern einfach nur die VL, sie versammelt jedoch ein erstaunlich breites linkes Spektrum, und in der Auseinanderset- zung unterschiedlicher Strömungen gelingt ihr nach wie vor eine angenehme kritische Solidarität, von der gewisse BRD-Vereine nur träumen können. Die drei recht gegensätzlichen Optionen zur Wahl werden die VL zur Zeit sicher nicht zerreißen, solche Vorurteile beruhen

auf Unkenntnis der VLer oder aber in dem Wunsch, sie möge sich doch selbst erledigen. In der VL besteht Konsens, vor allem außerparlamentarisch arbeiten zu wollen, sowie das Gründungsanliegen der Vereinigung linker Kräfte weiter zu verfolgen. Von taz-Gastkommentaren wie Udo Knapps entsetzter Warnung vor der "Vereinigte(n) Linke(n) als Kuppelmutter" zwischen Bündnis90/Grüne und PDS (17.8.90) fühlen sich die VLer schmunzelnd geehrt.

ma., Berlin (DDR)

# 39. "Grüne Zeitung" unter Distanzierungsdruck

*Wahlaufruf für die Linke Liste/PDS?*

Rubrik: Grüne (und Vorläufer); PDS-Debatte, linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak322/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:322:23

Was ist ein Aufruf? Eine öffentliche Aufforderung, ein Appell, schreibt Wahrigs "Deutsches Wörterbuch". Ein Wahlaufruf wäre demnach die öffentliche Aufforderung, diese und keine andere Partei auf dem Wahlzettel anzukreuzen. Staatsschützer und andere Kriminalisten wissen nun aber, daß es auch versteckte Aufrufe gibt. Nicht alle Gesetzesbrecher machen es den Strafverfolgungsbehörden so leicht wie die knollennasige Comicfigur in Gerhard Seyfrieds "Illustriertem Strafgesetzbuch", die mit ihrem "Ich fordere euch auf: begeht haufenweise Straftaten" vorsätzlich gegen den Paragraphen 111 verstößt. Vorsichtigere Gesinnungstäter, die ihre Botschaften umschreiben und verschlüsseln, verlangen der Interpretationskunst der Staatsanwälte einiges ab.

Der versteckte, heimtückische Wahlaufruf zugunsten der Linken Liste/PDS, eine Spezialität links-grüner Abweichler von der Parteilinie und bislang kein Straftatbestand, hält derzeit nur außerstaatliche Kriminalisten in Atem: mehrheitsgrüne Inquisitoren, die bei der Ketzerverfolgung mangelnde Ausbildung durch besonderen Eifer wettzumachen versuchen. In einem ersten großen Schauprozeß sollen die Redakteurin der "Grünen Zeitung für Politik und Kultur in NRW", Anja Krüger, und ihre Helfershelfer in der GZ-Redaktion zum Abschwören gezwungen oder aus der grünen Glaubensgemeinschaft ausgestoßen werden. Was hat Anja Krüger getan? In einem Artikel über die Gründung der Linken Liste/PDS schrieb die ehrenamtliche Redakteurin der laut Statut weitgehend autonomen "Grünen Zeitung" unter anderem: "Wer die reale Aufgabe der Oppositionsrolle durch die Grüne Bundestagsfraktion sowei den bornierten Antisozialismus bei den Grünen satt ist, hat erstmals bei der Wahlentscheidung eine reale Alternative. (...) Denn auch für Menschen, die die Grünen nicht verlassen möchten, kann die Linke Liste/PDS eine Herausforderung sein. Nicht zuletzt deshalb, weil die Grünen endlich auch einmal von links unter politischen Druck geraten. Zu befürchten ist allerdings, daß sich die Grünen nach dem Strickmuster der SPD-Unvereinbarkeitsbeschlüsse verhalten werden" ("GZ", 8.9.90).

Die Befürchtung erfüllte sich prompt. In Zusammenarbeit mit dem Redakteur der "Frankfurter Rundschau", Reinhard Voss, holte der Landesvorstandssprecher Wolfgang Schmitt die Keule raus. Anja Krügers "Aufruf für den parteipolitischen Gegner" sei ein "beispielloser Mißbrauch" der Parteipresse. "Damit sei der Bogen überspannt worden, und es müßten Konsequenzen gezogen werden, verlangte Schmitt. Erschwerend komme hinzu, daß in der gleichen Ausgabe auch noch für ein Treffen mit Referenten der PDS geworben werde" ("FR", 29.9.90)

Letzteres bezieht sich auf die Ankündigung einer von "Revier" und "GZ" gemeinsam organisierten Diskussionsveranstaltung "Die heimatlose Linke im neuen ‚Vaterland': Zwischen Grünen und Linker Liste/PDS". Nach dem Willen der Veranstalter sollte es dort "um eine Selbstverständigung Grüner und nicht-parteigebundener Linker über die Chancen und Grenzen eines neuen linken Zusammenhangs gehen. ReferentInnen von der Linken Liste/PDS und den Grünen NRW sind angefragt".

Die von Vorstandssprecher Schmitt geforderte Sühne für diesen ungeheuren "Mißbrauch": Entlassung des einzigen bezahlten GZ-Redakteurs, Markus Kellmann, Abwahl der ehrenamtlichen Redakteurin Anja Krüger. Nach Einschätzung der GZ-Redaktion, die sich mit großer Mehrheit hinter die beiden Angeklagten stellte, "ist die ganze Aufregung über Anjas Artikel lediglich inszeniert, um mißliebige, weil kritische RedakteurInnen loszuwerden, (...) das Redaktionsstatut der GZ (z.B. die Redaktionsautonomie) zu kippen" und "in der Diskussion um die ‚Linke Liste/PDS' ein Exempel zu statuieren, das von jeder unvoreingenommenen Auseinandersetzung mit diesem Projekt - gar einer Unterstützung - abschrecken soll" (Erklärung der GZ-Redaktion vom 4.9.90).

Die Grünen in die Pflicht nehmen

Anja Krüger hat in einer persönlichen Erklärung ihr Verhältnis zur LL/PDS klargestellt. Von der Existenz einer konkurrierenden linksoppositionellen Liste verspricht sie sich die Belebung der innergrünen Debatte: "Die Grünen werden dadurch in die Pflicht genommen, sich nach links zu profilieren, und die Linken in den Grünen gezwungen, ihre eigene Rolle zu reflektieren sowie sich und anderen deutlich zu machen, was überhaupt für

ein weiteres Engagement Linker bei den Grünen spricht". Zwar habe sie "in einem ‚informellen Arbeitsausschuß' der im Aufbau befindlichen Linken Liste/PDS NRW mitgearbeitet". Sie wolle aber weiterhin Mitglied der Grünen bleiben und weder in die Linke Liste eintreten noch dort ein Mandat annehmen: "Von einer Doppelmitgliedschaft kann daher keine Rede sein".

Der grüne Landesvorstand hat mit seinem Beschluß vom 5. September nur auf den ersten Blick konflikteindämmend agiert. Zwar wird das unabgesprochene Vorgehen des LaVo-Sprechers gerügt und kritisiert, daß Schmitt "seine Fürsorgepflicht als Arbeitgeber gegenüber den MitarbeiterInnen verletzt (habe), indem er arbeitsrechtliche Konsequenzen in der Presse diskutiert hat". Außerdem "begrüßt" es der Landesvorstand "ausdrücklich, wenn in der grünen Zeitung (...) eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der Linken Liste/PDS stattfindet". Nur - das Ergebnis dieser "freien Aussprache" steht schon vorher fest und muß von der Redaktion garantiert werden: "Ein Ziel dieser Debatte muß sein, darzulegen, warum aus unserer Sicht heraus die LL/PDS nicht wählbar ist und deshalb die Grünen/Bündnis 90 die einzige wirklich glaubwürdige Opposition sind. (...) Der Artikel von Anja Krüger wird jedoch in keiner Hinsicht einem solchen Anliegen der grünen Partei gerecht..." Er habe vielmehr "einen eindeutigen werbenden Charakter bzw. kann leicht als Wahlaufruf verstanden werden". Fazit: "Wir fordern daher die Redaktion auf, sich von dem Artikel zu distanzieren". Das Autonomiestatut der Zeitung setze eben "bei den RedakteurInnen ein gewisses Maß an Selbstverantwortung (oder Selbstzensur? Anm. AK) voraus,der Anja Krüger nicht gerecht geworden ist".

Neben dieser offiziellen Stellungnahme wurde der Redaktion von Mitgliedern des Landesvorstandes signalisiert, "sie möge sich doch im Interesse einer allgemeinen Schadensbegrenzung zu einer Entschuldigung für den Abdruck des beanstandeten Artikels und einer Distanzierung von Anja Krüger bewegen lassen, um auf diese Weise Schlimmeres (Entlassung des Hauptamtlichen, Abwahl der gesamten Redaktion) zu vermeiden". Die GZ-Redaktion, auch weiterhin "zu keinem Distanzierungsritual bereit", ist ihrerseits in die Offensive gegangen. Sie sammelt Solidaritätserklärungen "gegen jede Form der direkten oder indirekten Zensur bei den Grünen/NRW" und "für eine offene Diskussion über die Chancen und Grenzen des Projektes ‚Linke Liste/PDS' und einen unzensierten, nicht-sanktionierten Dialog unter Linken innerhalb der und quer zu den bestehenden Parteiformationen". Zeitgleich mit der technischen Erstellung dieser AK-Ausgabe soll der Landeshauptausschuß der Grünen über die Zukunft der Grünen Zeitung und ihrer Redaktion entscheiden.

Js.

# 40. Fünf vor zwölf, Mehringplatz Berlin Demonstration am 29.9.90 und Dokumentation des Aufrufs

*Aufruf zur Demonstration am 29.9.1990 in Berlin*

Rubrik: Wiedervereinigung; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak322/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:322:46

Das wird die erste große und gemeinsame Demonstration gegen Anschluß und Großdeutschland mit DDR- und BRD-Opposition sein. Und es wird gleichzeitig die letzte Gelegenheit sein, zweistaatlich zu demonstrieren, bevor am 3. Oktober angeschlossen wird.

Sicher, die Demonstration ist mindestens ein halbes Jahr überfällig, und die Schwierigkeiten, die zu der Verspätung geführt haben - die Lähmung der Linken in der BRD einerseits und die Unterschiedlichkeit der deutsch-deutschen Opposition andererseits - sind nicht verschwunden. Aber das, was nun zustandegekommen ist, ist ein ganz beachtliches Bündnis mit einem selbstbewußten Aufruf (siehe nebenstehend "Gegen die Einverleibung der DDR - Für ein selbstbestimmtes Leben"). Vielleicht ist es auch die Tatsache, daß ein Frauenbündnis die Initiative ergriffen hat, denn die erfolgreiche Demonstration am 16. Juni gegen den §218 und die Notwendigkeit, zu diesem Thema gemeinsam mit den Frauen aus der DDR den Protest zu organisieren, haben die Frauen mit als erste an einen Tisch geführt.

Die Demonstration am 29. September will aber mehr als die ersatzlose Streichung des §218: Die Initiatorinnen - Unabhängiger Frauenverband der DDR, Frauen gegen den §218-Koordination und Frauen Begehren Selbstbestimmung - haben für sich in Anspruch genommen, eine gemeinsame Aktion für alle Anschlußgegner und -gegnerinnen zu organisieren, was mancherorts auf Vorbehalte stößt. Sei es, weil Männer sich einfach ignoranterweise nicht angesprochen fühlen (wollen) von einem Frauenbündnis, sei es, weil es unter den beteiligten Frauen auch tatsächlich ein Bedürfnis nach einer reinen Frauendemonstration gibt.

Dennoch - es handelt sich um eine gemischte Demo, in der es auch einen "internationalistischen Frauenblock gegen Kapital und Patriarchat" geben wird.

Der Aufruf wird unterstützt von einem Spektrum, das von VertreterInnen der Radikalen Linken bis zu Mitgliedern des Juso-Bundesvorstandes, von den Grünen bis zur PDS, von zahlreichen prominenten Einzelpersonen aus dem gewerkschaftlichen Bereich bis zu Frauenzentren reicht. Für die Unterstützung in der DDR ist vor allem ausschlaggebend der Unabhängige Frauenverband mit seinen über 130 Gruppierungen. Dabei sind auch der Runde Tisch der DDR, der sich jetzt neu konstituiert hat und an dem alle oppositionellen Gruppierungen der DDR beteiligt sind, die KPD der DDR und die Vereinigte Linke. Das Neue Forum erklärte in einem Offenen Brief in der "taz" an die Veranstalterinnen seine Kritik an dem Aufruf: Er sei nicht parteiübergreifend, schließe daher Frauen aus, die nur gegen den §218 seien, im übrigen seien sie nicht bereit, "Errungenschaften" der DDR als solche zu verteidigen, weil sie die Frauenrolle festgeschrieben hätten und darüber hinaus fehle im Aufruf eine notwendige Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit. Dennoch sicherte das Neue Forum zu, für die Demo zu mobilisieren und einen eigenen Aufruf zu formulieren. Es wird auch eine Sprecherin des Neuen Forums auf der Kundgebung reden.

Weitere Rednerinnen werden Ulrike Pretzki-Leid (Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der ÖTV/BRD) und Gisela Kessler (Mitglied des Hauptvorstandes der IG Medien/BRD) sowie Ruth Martin für die IG Medien der DDR sein. Verena Krieger wird zu Nationalismus und Militarismus sprechen, Barbara Ritter (§218-Koordination der BRD) und Christiane Schindler (Unabhängiger Frauenverband der DDR) reden zu §218 und Fristenlösung, Nasrin Bassiri (Verein iranischer Flüchtlinge/BRD) und eine noch nicht benannte Frau sollen zu AusländerInnengesetz bzw. Rassismus und Sexismus sprechen, Marlies Deneke (stellvertr. Parteivorsitzende der PDS) zu den sozialen Folgen, Marianne Dörfler (Grüne Partei der DDR) zur Ökologie und Jutta Braband zur Demokratie. Begleitend ist ein Kulturprogramm in Vorbereitung, das den unterschiedlichen Erfahrungshintergründen und Bedürfnissen von Ost und West Rechnung tragen soll und gleichzeitig die immensen Verständigungsschwierigkeiten thematisieren soll. Zugesagt haben Gerlinde Kempendorff (Liedermacherin der DDR) und Lila Luder (BRD). Nach allen Erfahrungen mit der Mobilisierungsfähigkeit der DDR-Opposition dürfte von der DDR-Seite her für eine große Beteiligung gesorgt sein. In der BRD ist noch einiges zu tun, um neben den zu erwartenden TeilnehmerInnen aus der DDR nicht

zahlenmäßig ganz zu verblassen. Es gehört zu den Skurrilitäten der Begegnungen zwischen Ost- und West-Linken, daß die Wessis z.B. endlose UnterstützerInnengruppen und -grüppchen unter den Aufruf setzen, die Ossies kommen mit drei, vier aus, oder daß seitens der BRD-Linken das Feilschen an Formulierungen geliebt wird, während die DDR-Linke mit gewissem Pragmatismus die Forderungen bestimmt, daß die DDRlerInnen 2 Monate Vorlauf für eine Demo unangemessen lang finden, während die BRDlerInnen ob der Kürze der Zeit die Hände über dem Kopf zusammenschlagen. Aufwand und Erfolgskriterien sind eben auch unterschiedlich definiert. So prallen in nahezu jeder Frage geradezu gegensätzliche Erfahrungen aufeinander, in Organisation und Inhalt, in Sprache, Kulturverständnis und im Umgang miteinander. Gemeinsam soll es dennoch gehen. Es wird aber viel davon abhängen, daß Unterschiedlichkeit bewahrt werden kann und daß Neugierde die Besserwisserei überwiegt.

CI.

Mittlerweile sind die Aufrufe und Plakate gedruckt und über das Koordinationsbüro zu beziehen.

Uli Haase

Koordinationsbüro

c/o Verwaltung Deutscher Bundestag Zi. 480

Scheidemannstr. 2

1000 Westberlin 21

Dokumentation

Gegen die Einverleibung der DDR

Für ein selbstbestimmtes Leben

Aufruf zur Demonstration am 29.9.1990 in Berlin

Die Grenzen des Erträglichen sind lange überschritten. Die Einverleibung der DDR durch westdeutsche Parteien und Konzerne geht zu Lasten der Menschen in beiden deutschen Staaten, die Hauptlast wird dabei den Frauen aufgebürdet.

Gegen ein gesamtdeutsches Memmingen

Seit Monaten zerreißen sich die Herren "Wiedervereiniger" das Maul über allerpersönlichste Entscheidungen von Frauen. Der §218, eingeführt bei der ersten deutschen Reichsgründung 1871, soll nun den Frauen in der DDR wieder übergestülpt werden. Die Übergangsregelung und die Diskussion um Tat- oder Wohnortprinzip oder einen angeblichen dritten Weg soll nur der Ablenkung dienen. In Wirklichkeit geht es darum, die Strafbarkeit des Schwangerschaftsabbruchs aufrecht zu erhalten. Mit staatlichem Zwang sollen Frauen auf die Rolle als Hausfrau und Mutter festgenagelt werden. Wer sich dem entzieht, wird nun auch in der DDR immer unverhohlener als Mörderin oder Schlampe diffamiert. Währenddessen wird in der BRD versucht, über eine Verfassungsklage die Notlagenindikation abzuschaffen.

Gegen die unsozialen Folgen des Anschlusses

Generell verschlechtern sich die Lebensbedingungen für Frauen. In der DDR verlieren insbesondere sie in Scharen ihre Arbeitsplätze und werden vielfach mit Hungerlöhnen abgespeist. Für sie sind die Chancen, einen neuen Arbeitsplatz zu finden, noch geringer als für arbeitslose Männer. Das Recht auf bezahlte Arbeit wird gestrichen. Die Lasten der Kindererziehung werden Frauen wieder als Privatangelegenheit aufgehalst. Die öffentliche Vermarktung von Frauenkörpern hält nun auch in der DDR Einzug. Es ist zu befürchten, daß sich die durch den gegenwärtig stattfindenden Umbruch erzeugte Aggressivität und Unsicherheit in zunehmender Gewalt gegen Frauen äußern werden.

Aber auch die Frauen in der BRD werden die Folgen einer Einverleibung der DDR zu spüren bekommen: Z.B. werden heute schon Forderungen von Frauen nach der Finanzierung von sozialen Einrichtungen mit den Hinweis auf die angeblichen Kosten des Anschlusses abgewiesen.

Gegen Intoleranz und Ausgrenzung

Die deutschtümelnde Stimmung in großen Teilen der Bevölkerung ist zunehmend bedrohlich. Die ausnahmslose Verteufelung der DDR-Vergangenheit schafft ein Klima der Denkverbote und Anpassung, das die fortschrittlichen Ideen der DDR-Opposition zu ersticken droht. Nationalismus und Intoleranz richten sich in besonderer Weise gegen ImmigrantInnen und Flüchtlinge.

Offene Provokationen und Tätlichkeiten von Rechtsextremisten häufen sich. Angriffe auf das Asylrecht dienen immer mehr als Mittel zum Stimmenfang.

Gegen ein undemokratisches und aggressives Deutschland

Der Einigungsprozeß ist in höchstem Maße undemokratisch: Kein Jahr, nachdem die Rufe "Wir sind das Volk!" allgemein bejubelt wurden, wird nun ohne Volksabstimmung, ohne Verfassungsdiskussion, ohne Eingriffsmöglichkeiten der Betroffenen der Anschluß von oben durchgezogen. Alle in der Phase der Demokratisierung erreichten Fortschritte wie Runde Tische, BürgerInnenkomitees oder z.B. der Verfassungsentwurf werden vom Tisch gefegt. Es wird ein hochgerüsteter, umweltzerstörender und wirtschaftlich enorm mächtiger Koloß zusammengezimmert, der nicht nur für die europäischen Nachbarländer eine Bedrohung darstellt, der die Ausplünderung der "dritten Welt" noch intensiver betreibt und der nach innen autoritäre Züge aufweist. Nicht die Interessen der in beiden deutschen Staaten lebenden Menschen stehen im Vordergrund, sondern großdeutsche Machtgelüste und das Interesse an neuen Absatzmärkten.

Dazu sagen wir NEIN!

Wir wollen Selbstbestimmung in allen gesellschaftlichen Bereichen!

Deshalb demonstrieren wir:

- für die selbstbestimmte Entscheidung der Frau über ihren Körper und ihre Sexualität, über Schwangerschaft und Schwangerschaftsabbruch, für die ersatzlose Streichung des § 218, für kostenlose, ambulante und schonende Abbruchmöglichkeiten, für kostenlose Verhütungsmittel;

- für das Recht der Frauen auf eine ökonomisch selbständige Existenz, für das Recht auf bezahlte Arbeit, für den Erhalt und die Erweiterung sozialpolitischer Errungenschaften der DDR, wie z.B. Kündigungsschutz, bezahlter Elternurlaub, und für den Erhalt des Rechtsanspruchs auf öffentliche Kinderbetreuung;

- für das Recht aller auf eine frei gewählte Lebensform, gegen den § 175, gegen eine Steuergesetzgebung, die Lebensgemeinschaften und Alleinerziehende benachteiligt, gegen gewaltverherrlichende Pornographie und sexistische Werbung;

- für Entmilitarisierung, für die Auflösung der Militärblöcke, für die völkerrechtliche Anerkennung der Oder-Neiße- Linie, für tatsächliche Abrüstung, auch im Westen, gegen staatlich geduldete Rüstungsexporte, gegen eine militärische Intervention der BRD im Golfkonflikt und gegen die militaristischen Pläne für eine deutsche "Weltpolizei";

- für eine ökologische Wirtschafts-, Energie- und Verkehrspolitik in ganz Deutschland, gegen das Energiemonopol der BRD-Konzerne, gegen Atomkraft, gegen staatlich verordnete Automobilisierung der Gesellschaft;

- für das gleichberechtigte Zusammenleben verschiedener Kulturen, für die Abschaffung des AusländerInnengesetzes, für die Anerkennung des Sexismus als Asylgrund, gegen das Abschieben von ImmigrantInnen, gegen Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Nationalismus.

Wir rufen alle, die eine Einverleibung der DDR nicht wollen, die auf ein "Vaterland" pfeifen, die für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung des Menschen durch den Menschen eintreten, Frauen und Männer, Kinder und ältere Menschen, Behinderte, In- und AusländerInnen zu einer Demonstration auf.

# 41. "Der Tod ist ein Meister aus Deutschland" Demo am 3.11. in Westberlin

*Demo am 3. November in Westberlin*

Rubrik: Radikale Linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak322/53.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:322:53

Und erstens kommt es anders, und zweitens als man denkt: Nicht erst der 9. November, schon der 3. Oktober wird zum ersten nationalen Feiertag aller, die wieder stolz auf ihr Deutschtum sein möchten. So steht die geschwächte Linke vor der Aufgabe, schon um dieses Datum auf jeder nur möglichen Ebene ihre vaterlandslose Haltung möglichst konsequent zu demonstrieren.

Diese aktuelle Entwicklung nimmt aber nichts vom Sinn und der Notwendigkeit, auch um den 9. November, Jahrestag der Maueröffnung 1989, der Wende zum Nationalismus des "einig Vaterland" und der Reichspogromnacht 1938, "Gegen das Feiern, Gegen das Vergessen" möglichst vielfältige Aktivitäten zu entfalten. Den zentralen Auftakt dazu wird am 3. die Demo in Westberlin setzen.

In verschiedenen Städten gibt es Ansätze zu Veranstaltungen zum Jahrestag der Reichspogromnacht, in Hamburg auch das Vorhaben eines Bündnisses um Auschwitz-Komitee und VVN, am 9.11. einen Schweigemarsch durchzuführen. Erfreulich ist, daß dabei wenigstens in Ansätzen der aktuelle Bezug hergestellt und im Aufruf z.B. festgestellt wird: "Die Grenzöffnung und die ‚Vereinigung` beider deutscher Staaten ist mit der Geschichtsverdrängung in der BRD und deren internationaler Anerkennung verbunden. Nach über 45 Jahren soll die Kriegsschuld abgetragen, das deutsche Volk heute ein Volk wie jedes andere sein. Das ‚Ende der Nachkriegszeit` wird verkündet."

Der Aufgabe an die Linke, zum 9.11. diesen Zusammenhang und seine Folgen in den Mittelpunkt zu stellen, die Wiedervereinigung und damit verbundenen neuen Nationalismus anzugreifen, wird jedoch das zentrale Demoprojekt in Berlin sich am deutlichsten stellen. Unter dem Celan-Zitat "Der Tod ist ein Meister aus Deutschland" wurde inzwischen ein Aufruf verabschiedet, der vorherrschende "Schlußstrichmentalität", und dagegen Antinationalismus und Antirassismus in den Mittelpunkt rückt. Allerdings hat der Entwurf bei einer letzten Überarbeitung an den falschen Stellen Federn lassen müssen: Während nun Ausführungen zu sozialen Folgen und anderen Aspekten der Wiedervereinigung ohne Herstellung eines konsequenten Zusammenhangs in den Text eingefügt sind, wurde ein Passus entschärft, der Lafontaine vorwarf, zu "schönhubern", und der in der Pogromstimmung gegen das saarländische Asyllager Lebach ein Beispiel für ein "Bündnis zwischen Elite und Mob" gesehen hatte, "das sich seit dem 9. November 1989 immer öfter herstellt". Unverständlich auch, daß der Internationalismus-Teil um den Gedanken gekürzt wurde, Internationalismus müsse sich antinational, gegen den Nationalstaatsgedanken definieren.

Auch wenn die Demonstration nicht in wünschenswerter Klarheit Positionen eines "Nein zu Deutschland" bezieht, bleibt sie ein sinnvolles und notwendiges Projekt, zumal der 3. Oktober zwar der erste, nicht aber der letzte großdeutsche Jubeltag zu werden droht. Es steht weiter die Herausforderung, daß, wie der Aufruf zum 3.11. schreibt, "die Herrschenden am Jahrestag der Reichspogromnacht das ‚einig Vaterland` zelebrieren wollen". Der Text kann in Kürze gedruckt beim Büro Siggi Friess, Bundeshaus, Bonn angefordert werden. Dort sollten auch UnterzeichnerInnen möglichst umgehend ihre Unterstützung anmelden. Das nächste Vorbereitungstreffen zur Demonstration wird am 23.9., 14 Uhr, im Grünen Zentrum, Geist-Str.1 (gegenüber Hbf) in Göttingen stattfinden,- ein Konzept für RednerInnen überwiegend aus den Spektren Opfer des Faschismus, und internationale Gäste, liegt vor und steht dort zur Debatte.

Be.

# 42. Drum prüfe, wer sich ewig bindet, ob sich nicht doch was bess"res findet..., von Gabi Gottwald, GAL-Grüne

*von Gaby Gottwald, GAL-Grüne*

Rubrik: Grüne (und Vorläufer); PDS-Debatte, linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak322/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:322:34

Frust und Krise sind zum Markenzeichen der bundesdeutschen Linken infolge des deutschen Vereinigungsprozesses geworden. Mit einem klaren Nein zu Großdeutschland und den Blick auf die sozialen und politischen Folgekosten des Anschlusses gerichtet nimmt die Linke zwar als einzige eine rationale Position ein, ist jedoch gesellschaftlich marginalisierter als je zuvor. Nicht selten werden in solchen Zeiten der Krise neue Projekte geboren, die die Untergangsstimmung auffangen, indem sie vorgeben, den Weg aus der Talsohle zu kennen, und mit Elan für ein politisches Ziel werben, das bereits in kurzer Zeit erreicht werden kann.

Ein solches Projekt ist die Linke Liste/PDS. Die neue Option für einen Teil der bundesdeutschen Linken heißt: Huckepack mit der PDS ins gesamtdeutsche Parlament, um aus einem taktischen Wahlbündnis langfristig eine strategische Perspektive für die gesamtdeutsche Linke zu entwickeln. Auf dem Weg dorthin lügen sich alle Beteiligten wechselseitig in die Tasche.

Die Linke Liste (BRD) ist eine Kopfgeburt von einer Handvoll Leuten, ein Bluff, der von vielem lebt, nur nicht aus sich selbst heraus. Sie lebt von der PDS, von der hiesigen Krise der Linken, von der Kritik an den Grünen, vom Frust und vom Gefühl, vom Gysi-Bonus und von Dichtung statt Wahrheit.

Die Masse macht`s

Die Attraktivität für die bundesdeutsche Linke verdankt das Projekt Linke Liste einer Realität, die mit ihr selbst und der BRD gar nichts zu tun hat. "Mit der PDS existiert in der DDR eine Massenpartei..., die alles, was die BRD-Linke in ihren `besten Zeiten` versammeln konnte, um ein Vielfaches übertrifft." So formuliert es die Mehrheit des Leitungsgremiums des KB, um eine eigene Teilnahme am Aufbau der Linken Liste/PDS zu begründen. (AK 25.6.90). Die Massen sind`s, in organisierter Form, versteht sich, organisiert von der Nachfolgerin der ehemaligen Partei der Werktätigen, die sich zudem sozialistisch nannte. Der alte Traum erwacht zu neuem Leben! Nun weiß auch der KB, daß weder mit den Massen, noch mit der PDS alles in Butter ist. Damit auch die Massen von drüben die richtige sozialistische Orientierung bekommen können, bringt er sich selbst in Spiel. "Wie sich die Massenorganisation PDS künftig entwickeln wird, ist noch nicht entschieden, könnte aber wesentlich auch vom Eingehen westdeutscher Sozialisten auf die PDS und ihre Basis abhängen."

Die Linke Liste in der BRD ist offensichtlich der Garant dafür, daß die PDS sozialistisch wird. Sieht mensch mal vom Größenwahn einiger leitender Persönlichkeiten der hiesigen Linken ab, bleibt der instrumentelle Bezug zu den bedauernswerten Massen der PDS, die ihre Identität wahren oder finden sollen, indem sie sich nach 40jähriger Verarschung jetzt von BRD-Linken orientieren lassen sollen, die ihrerseits untereinander eine wichtige Erfahrung vereint: der absolute Mißerfolg als sozialistische Avantgarde gegenüber den werktätigen Massen in der BRD.

Der Ausgangspunkt der Linken Liste ist das hiesige Scheitern ihrer Akteure, wobei geflissentlich die Frage vermieden wird, warum das Avantgardekonzept mit den BRD-Massen nicht funktionierte, die Aufarbeitung der eigenen Geschichte vermieden wird. Ausgetauscht werden die Massen, nicht die Strategien linker Politik. Warum die PDS-Massen bessere Voraussetzungen für eine sozialistische Politik im kapitalistischen Großdeutschland mit sich bringen, als die Massen des DGB oder der SPD, bleibt ebenso unbeantwortet wie die eigentliche Kernfrage sozialistischer Politik: Warum gibt es keine relevante Massenbasis für sozialistische Politik in der BRD?

Das entliehene Programm

Der Initiativkreis für die Linke Liste war sich einig, "daß ein solches Bündnis bei den Bundestagswahlen einen pragmatischen Programmansatz zu wählen hätte, was eine sozialistische Plattformkandidatur ausschließt",

schreibt ein Protagonist der LL/PDS im AK am 20.8.90. Es wurde sich dran gehalten, wie mensch bei Durchsicht des Programms der LL/PDS gleich bemerkt. Alles, was bei den Grünen stets als Manko kritisiert wurde, findet sich bei der LL/PDS nicht mal in Ansätzen. Die LL/PDS will sich dagegen wehren, daß die "vielfältigen sozialistischen Ideen" nicht aus der Politik und den Köpfen verschwinden. Sie muß sich nur fragen lassen, ob sie zu diesem Umstand nicht selber beiträgt. Berechtigte Ansprüche an eine sozialistische Linke - die Thematisierung des Grundwiderspruchs zwischen Kapital und Arbeit als Grundlage der Politik, einen doch mindestens distanzierten Bezug auf den bürgerlichen Staat - bleiben uneingelöst. Eine konsequente Ablehnung der großdeutschen Vereinigung suggerieren zwar die Unterstützeraufrufe der Linken Liste in der BRD, nicht aber die Programmatik der PDS. Ganz im Gegenteil. Das allzu große Lob auf den Parlamentarismus verwundert nicht nur so manchen linken Menschen, sondern auch ein Großteil der Grünen, blicken sie auf ihre Geschichte zurück.

"Der sozialstaatliche Kompromiß, wie er in der Bundesrepublik erkämpft wurde, bildet den Ausgangspunkt unserer Politik". Erwartungsgemäß wird die PDS über diesen Kompromiß auch nicht hinauskommen. Aus der Sicht der Erfahrungen der DDR können solche Formulierungen noch verstanden werden, aber aus der Sicht der hiesigen Linken sind es echte Kröten, die geschluckt werden. Dort, wo sich die Linke Liste programmatisch betätigen durfte, klingen vertraute Töne an: ein Teil ist geklaut bei der DDR-Opposition (Runder Tisch-Bündnis 90), der andere ist fast wörtlich abgeschrieben aus dem Programm der West-Grünen: Ökologischer Umbau der Industrie, ökologische Landwirtschaft, Ausstieg aus der Kernenergie, multikulturelle Gesellschaft, gegen die Diskriminierung von Lesben und Schwulen, Frauenquotierung, etc. Nun ist nichts dagegen zu sagen, daß richtige Forderungen weit übernommen werden. Es stellt sich nur die Frage, was die PDS mit einem Großteil der genuinen grünen Programmatik zu tun hat? Papier ist geduldig.

Die zweite Peinlichkeit ist die, daß gerade diejenigen BRD-Linken, die stets grüne Positionen wie multikulturelle Gesellschaft, ökologischer Umbau der Gesellschaft, Frauenquotierung, etc. eher belächelt statt vertreten haben, genau diese Positionen zu Wahlkampfzwecken als eigene ausgeben. Besonders skurril wird es, wenn die Linke Liste die Frauenquotierung ins Programm schreibt, wo jede weiß, daß der Großteil der programmschreibenden Männer aus linken Organisationen kommt, die es in den letzten 15- 20 Jahren erfolgreich geschafft haben, eine Frauenparität zu verhindern.

Die SPD gab stets vor, einen demokratischen Sozialismus anzustreben. Von ihr wissen wir, daß sie lügt. Die PDS gibt das gleiche Ziel vor. Von ihr erhoffen sich viele, daß es so sein möge. Die programmatischen Ansätze der PDS sind jedoch nicht so originell, als daß sie nicht mit sozialdemokratischer Theorieentwicklung kompatibel wären. Bereits der Titel des neuen Buches über die Programmatik der PDS - "Wir brauchen einen dritten Weg" - ist ein alter Hut der Sozis. Auch ein Gysi ist nicht so originell, wie er glaubt, wenn er seinen innovativen Gedanken freien Lauf läßt. "Für mich ist links heute: Ich komme auf all das, auf die Klassenfrage, nur über die Menschheitsfrage heran." (GAL-Rundbrief 4/90). Die Linken bei den Grünen kennen diese Töne schon und nehmen Hab-Acht-Position ein, weil sie auch die politische Konsequenz solcher Sätze vorwegnehmen können. Und der Marxist Gysi sollte wissen, daß er Unsinn redet, wenn er der Vision einer "sozialistischen Marktwirtschaft" nachhängt. So etwas kann es nicht geben - auch nach dem Zusammenbruch des Realen Sozialismus nicht.

Eine detaillierte Auseinandersetzung mit dem Programm lohnt sich nicht, da fast nichts von der LL/PDS stammt. Weder spiegelt das Programm eine Verarbeitung der Erfahrungen und Vorstellungen derjenigen wider, die die PDS angeblich vertritt - die sogenannte DDR-Identität -, noch durfte die Linke Liste dokumentieren, was die Linke außerhalb der Grünen in diesem Land von den Grünen unterscheidet.

Insgesamt ist die Programmatik der LL/PDS im Spektrum "rot-grün" angesiedelt, was der grüne Realo nicht kritisieren würde, für eine Wahlteilnahme als angeblich linke Alternative zu den Grünen jedoch etwas dürftig ist. Für die verbleibende Linke in den Grünen erinnert vieles im Programm an alte Positionskämpfe innerhalb der eigenen Partei. Dies jedoch mit einem wesentlichen Unterschied: Nach zehn Jahren Auseinandersetzung büßte die Linke bei den Grünen Positionen ein, wenngleich nicht so weitgehend, wie die Linken der Linken Liste /PDS. Sie führte um diese Positionen jedoch eine zehnjährige Auseinandersetzung und führt sie noch. Die Linke Liste macht den Verzicht auf ihre langjährigen Positionen jedoch zum Ausgangspunkt ihrer Parteigründung mit der PDS. Die weitere Entwicklung ist absehbar. Daß ausgerechnet das Gebilde LL/PDS nach einem Wahlerfolg und parlamentarischer Präsenz einen gewaltigen Linksschub erhalten sollte, ist mehr als unwahrscheinlich. Aus der Erfahrung mit den Grünen sollten generelle Schlüsse über die Auswirkungen

parlamentarischer Arbeit auf linke Politik und deren Basisverankerung gezogen werden. Die Verparlamentarisierung politischer Arbeit kam bei den Grünen eindeutig den Positionen der Realos zugute, was nicht heißt, daß dies zwangsläufig der Fall sein muß. Doch fest steht, daß die Politik in den Parlamenten eher Spielräume für "Realpolitiker" anbietet als die Kraft der Negation befördert. Auch Utopien werden selten in Parlamenten geboren. Interessant ist, daß die Traditionslinken der Linken Liste in Sachen Realpolitik echtes Format abgeben: Sie machen die Parlamentspräsenz zum Anlaß und Ausgangspunkt ihrer Formation. Gäbe es die gesamtdeutschen Wahlen nicht, hätten sie sich selbst nie gegründet.

Organisationsprinzip und politische Kultur

Der realpolitische Pragmatismus, der bereits bei der Programmatik nachhaltig durchschlug, prägt ebenfalls das Zustandekommen der Linken Liste und ihren generellen Umgang mit dem Feld der klassischen Politik. Mit Basisquark und alternativen Politikmodellen wird sich nicht lange aufgehalten. Die Zeit rennt und die Auswahl an linken Organisationen außerhalb der Grünen, die für ein "sozialistisches Projekt" in Frage kommen, ist knapp. Gegründet wird von oben, so daß sich die Altherrenriege von BWK, MLPD, Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD bis hin zur DKP undemokratisch übergangen fühlt. (vgl. AK 20.8.90) Sei`s drum. Den Betroffenen lag die Basisdemokratie eh nie am Herzen. Es wäre schon skurril, wenn die Basis der Linken Liste sich aus obiger Runde zusammensetzen müßte. Doch es ist auch mehr als befremdlich, wenn sich die linke Alternative in der BRD zu den Grünen ohne Basis gründen muß. (Die vorhandene Basis kommt leider aus einem anderen Land). Das ist historisch gesehen ein ungewöhnlicher Vorgang und das Versprechen, die Basis komme nach den gewonnen Wahlen, kann glauben wer will. Die Geschichte von Klassenkämpfen wird anders geschrieben.

Zum zentralen Kriterium für den Erfolg des Projektes wird das Management und die PR-Arbeit, von zentraler Bedeutung die Personen, die es betreiben. Take it Gysi! Gysi als Troubleschooter, als Intellektueller, als Entscheidungsträger, als Führungsperson, als Identifikationsplattform für jeden und alles. Gysi-Kult und sicher bald Gysi-Sticker. Gysi ist brillant, sagen alle, der geborene Politiker. Stimmt. Er läßt sogar vergessen, wer die PDS ist. Er läßt bei der BRD-Linken auch vergessen, was sie als ihre politische Kultur hochhielt. Kritiklos beklatscht mensch alles, was er sagt, seine Geistesblitze, aber auch seine Banalitäten und ständig variierenden Positionen. Er braucht die Sehnsüchte nur noch auf sich zu lenken. "Links ist auch ein Gefühl", sagt Gysi und die BesucherInnen der Großveranstaltungen fühlen mit ihm. Gysi ist klug und sympathisch, aber das reichte früher nicht, um unangefochten zur linken Kultfigur erhoben zu werden. Es gab Zeiten, da lehnte die Linke in der BRD ein solch bürgerliches Politikmuster ab. Die Fischers, Vollmers, Fücks und Knapps bei den Grünen haben immer von einer solchen Rolle geträumt. Sie wären froh gewesen, wenn ihre Basis endlich akzeptiert hätte, daß alles Gute von oben kommt. Die Medien sind der gleichen Ansicht, doch die grüne Basis hat kein Einsehen. Ist sie schlauer als die PDS-Mitglieder, oder hat sie mehr Macht?

Die Kritik an der Verbürgerlichung der Grünen geht über die Kritik an deren Inhalten hinaus. Viele beklagen den zunehmenden Wegfall einer alternativen "politischen Kultur", denn die Geschichte der außerparlamentarischen Linken in der BRD hat das Verdienst aufzuweisen, der Erkenntnis Bahn gebrochen zu haben, daß links sein mehr ist, als die Verbreitung radikaler Thesen. Die Grünen haben versucht, diese Essentials der linken Geschichte in der BRD als Prinzipien in ihrer eigenen Arbeit zu verankern: Basisdemokratie, Rotation, Trennung von Amt und Mandat, Diätenabführung, um zu verhindern, daß sich in grünen Reihen der klassische bürgerliche Machtpolitiker etabliert. In Anbetracht der heutigen Bundestagsfraktion der Grünen, stellt mensch leider fest, daß dieses Vorhaben, wenn auch nicht in Gänze, so doch an dieser Stelle weitgehend gescheitert ist. Die Einhaltung der Prinzipien beruht auf Freiwilligkeit, ist eine Frage der politischen Moral und nicht des Zwanges. Den Realos sind diese Fesseln der freien Persönlichkeitsentfaltung eines bürgerlichen Subjektes seit langem ein Dorn im Auge. Der innere Zustand eines Großteils ihrer ProtagonistInnen und die Verfaßtheit der Bundestagsfraktion dokumentiert jedoch überdeutlich, wie unerläßlich solche internen Regulierungsmechanismen sind.

Die Linke Liste/PDS belastet ihren Start erst gar nicht mit solch radikal-demokratischen Politikansätzen. Sie fängt da an, wo die Grünen vielleicht in fünf Jahren ankommen werden. Der andauernden strukturellen Bereinigung links-alternativer Kultur in diesem Land wird die Linke Liste /PDS nichts entgegensetzen.

Die Wahrheit ist jedem zumutbar

Der Dreh- und Angelpunkt des Wahlprojektes Linke Liste/ PDS, ist die PDS. Von ihren hiesigen Sympathisanten wird die Partei als Stellvertreterin für diejenigen in der DDR angesehen, die sich gegen die Kolonialisierung und den Ausverkauf der DDR durch den Westen stellen. In nahezu verklärter Form wird sie zur Stellvertreterin dieser Entrechteten und zur Garantin ihrer Würde und Identität. Die Partei wird so zur zentralen Oppositionskraft, ihre Mitglieder repräsentieren die Opfer der westlichen Einverleibung. Ein Großteil ihrer Attraktivität für hiesige Linke erhält die PDS jedoch auch dadurch, daß einige Linke die oppositionelle Rolle der PDS primär auf die politische Konstellation ihres Landes beziehen und damit auf ihre eigene Rolle und nicht die der DDR-Bevölkerung.

"Der Gedanke, daß die Ideen des Sozialismus nicht hinweggefegt werden sollen, der Oppositionsgeist, das Widerstehen gegen den Strom gehören zu einer linken Kultur, die für den Alltag von Linken, von Menschen, die ihren eigenen Kopf gebrauchen, Vorstellungen von einer anderen Welt haben und Utopien nicht ad acta gelegt haben, wichtig ist, um eben im Alltag ihren aufrechten Gang zu bewahren. Darin besteht die Ausstrahlung der PDS in der BRD." Dies schreibt ein Radikaler Linker (Cl.) aus Berlin im AK 20.8.90 zur Begründung seiner Teilnahme an der LL/PDS. Bei aller Sympathie für solche Positionen muß doch gesagt werden, daß das Problembewußtsein über das, was in der DDR geschehen ist und was dies für die Zukunft bedeutet, bei diesem Berliner Genossen gegen Null geht. Wenn die PDS etwas nicht hat, nicht haben kann, dann ist das eben diese Ausstrahlung. Aber das Phänomen, daß bei vielen Linken in der BRD der eigene Wunsch zur Realität umgedichtet wird - wenn auch nicht stets in so erhöhter Form wie oben - wenngleich die PDS sich mit am wenigsten als Projektionsvorlage für linke Träume eignet, macht das Projekt LL/PDS so problematisch. Die Voraussetzung für solche Schwärmereien, die weit über den Pragmatismus der InitiatorInnen der LL/PDS hüben wie drüben hinausgehen, ist die Ausblendung des Entstehungsprozesses der PDS und die Verdrängung dessen, was in der DDR (und nicht nur da) geschehen ist und heute existiert.

Die Folgen des "Zusammenbruchs des Realen Sozialismus" sind nicht in erster Linie für die Linke so katastrophal, weil es nun keine ökonomischen Alternativen zum Kapitalismus mehr gibt - weder real noch als Entwurf -, keine organisierte Kraft mehr, die sich dem Imperialismus mehr entgegenstellen kann, sondern deswegen, weil der Reale Sozialismus von den Massen selbst hinweggefegt wurde. Die Linke befindet sich ideologisch in der Defensive, weil ihre Gegner daran arbeiten, die Utopie vom Sozialismus dadurch zu zerstören, daß sie Sozialismus über den Stalinismus verunglimpfen, indem sie beides als identisch erklären. Problematischer ist jedoch, daß die Linke vom Kräfteverhältnis her real in der Defensive ist, weil es nicht nur keinen Sozialismus gibt, sondern heute weitaus mehr Massen existieren, deren Bewußtsein reaktionär und extrem antikommunistisch ist, als dies früher eh schon der Fall war. Die Crux an der Geschichte ist, daß sich das Kräfteverhältnis zuungunsten der Linken zwar auch, aber nicht primär deswegen eingestellt hat, weil der Kapitalismus so perfide und gemein ist, sondern weil die real existierenden Sozialisten (in der DDR) nach Leibeskräften daran gearbeitet haben, daß es dazu kommen mußte. "Im Spannungsfeld zwischen vierzigjähriger realsozialistischer Praxis und ebensolanger kapitalistischer Propagandafeldzüge hat die Mehrheit der Menschen in der DDR eine gesellschaftliche und politische Identität herausgebildet, die die Rekapitalisierung des eigenen Landes und die Auflösung im marktwirtschaftlichen Gesamtdeutschland anstrebt und aktiv mitbetreibt. Es gibt keine härtere Kritik an der Politik der SED und an dem durch sie beherrschten Gesellschaftssystem als die schonungslose Bilanzierung dieses Massenbewußtseins." (Michael Pollmann, GAL-Rundbrief, Sept. 90). Diese linke Kritik geht tiefer als die bürgerliche Anklage an Stasi und SED-Diktatur. Das eigentliche Verbrechen der SED ist, daß sie systematisch jede Art von individueller und gesellschaftlicher Emanzipation verhindert hat, und so den Weg für ein Massenbewußtsein bereitete, daß heute von hier aus von vielen Linke als widerlich empfunden wird. "Wenn man (...) bedenkt, wie die Erziehung hier gelaufen ist, da verstehe ich schon, daß einer sich der CSU nahe fühlt" (Jens Reich, Der Spiegel, 10.9.90). Es ist das eigentliche Verdienst der DDR-Opposition, mit emanzipatorischen Zielen gegen die autoritäre SED-Gesellschaft gekämpft zu haben, lange bevor Gorbatschow grünes Licht gab. Und es ist ein Hohn, heute diesen Unterschied zwischen DDR-Opposition und PDS hinwegfegen zu wollen, indem PDS und Opposition in einem Atemzug genannt werden, oder gar die PDS zur eigentlichen Opposition in der DDR erklärt wird, wie die Linke Liste dies nahelegt.

Bei aller Kenntnisnahme des Unterschiedes zwischen SED und heutiger PDS, bei aller Akzeptanz einer gewandelten Parteipolitik und Parteizusammensetzung in der PDS, bei aller Wertschätzung für Gysi und seine Gefolgsleute, die Beschwörung der PDS als die zentrale Oppositionskraft der DDR ist eine historische Lüge. Ihre Stilisierung zum Hoffnungsträger der BRD-Linken und der Entrechteten in der DDR wird folgenreiche

Konsequenzen für linke Politik haben, da sie Kontinuitäten verkennt, die nicht nur nach wie vor die PDS mitprägen, sondern auch "Erneuerungsprozesse" hiesiger Linker weit überschätzen. Wer nach jahrelanger Funktionärstätigkeit in der DKP die Partei kurz vor ihrem Zusammenbruch verläßt, um sich in "erneuerter" Form dem Aufbau des neuen zukunftsweisenden Projektes LL/PDS zu widmen (an dem aus verständliche Gründen die DKP als Organisation nicht teilnehmen soll), und der Presse gegenüber erklärt: "Es gelte ..., die sozialistische Utopie zu retten, nicht das Büßerhemd überzustreifen, um die Sünden aller Politik aufzuarbeiten", (HH-TAZ 5.9.90), der hat überhaupt nichts verstanden. Eine solche Person erweckt durch ihr eigenes Agieren selbst den Eindruck, als ginge es nicht darum, eine Utopie zu retten, sondern primär darum, sich selbst rüber zuretten.

Niemand kann erwarten, daß die 40-jährige Geschichte der SED-Gesellschaft in einem Jahr aufgearbeitet und bewältigt werden kann, weder von den SED-Funktionären, von Stasi-Mitarbeitern, von Mitläufern, von BürgerInnen, die alles über sich ergehen ließen oder lassen mußten, weder von neuen PDSlern, von alten Parteikadern, die jetzt umdenken lernen müssen, noch von hiesigen Linken, die irgendwann die Kurve gekriegt haben. Niemand kann zudem erwarten, daß diese Aufarbeitung parallel zum kolonialistischen Vernichtungsfeldzug gegen die DDR durch den Westen abläuft, der alles frißt. Und niemand kann sich wundern, daß viele ehemalige SED-Funktionäre und sonstige Mitarbeiter bis heute nicht begreifen, was sie falsch gemacht haben sollen, obwohl sie zugeben, daß es falsch war. Doch der SED-Sozialismus hatte keine Moral, weswegen richtig oder falsch am Kriterium des Erfolges gemessen wurde - und das Ergebnis ist eindeutig.

Niemand kann ernsthaft die Komplexität der Problematik auflösen, indem auf theoretischer Ebene neue Diskurse über sozialistische Modelle geführt werden. Diese Debatten sind wichtig, berühren aber die Realtität in der DDR nicht. Der Zusammenprall zweier Gesellschaftssysteme, die beide in sich brutal sind, wie er heute in der DDR stattfindet, die Unmittelbarkeit dieser Erfahrung, führt nicht nur zum massenhaften Zusammenbruch von Lebensplänen, wie Jens Reich betont (TAZ 5.9.90), sondern auch zum Zusammenbruch vieler Individuen. Der Überfall des Kapitalismus und seiner Verkehrsformen trifft die Menschen unmittelbar, da sich im Rückblick auf ihre Vergangenheit nur wenig Verhaltensmuster finden, die Widerstehen überhaupt ermöglichen würden. Die Orientierungslosigkeit, die Angst vor der Zukunft, die zunehmende Brutalität auf unterer gesellschaftlicher Ebene, die Verrohung im sozialen Bereich, die alltägliche Barbarei, von der zunehmend mehr Menschen reden, und die nicht nur AusländerInnen trifft, der Zusammenbruch von Normen und Werten, die menschliches Zusammenleben erleichtern und nicht verunmöglichen, sind Phänomene, deren Erklärung in den Bereich der Sozialpsychologie fallen. Daß die politische Rechte von diesem "Umbruch" profitiert, ist die Konsequenz aus der Katastrophe, nicht die Katastrophe selbst.

Hiermit soll weder gesagt werden, die SED sei an allem Schuld, noch behauptet werden, die PDS als Nachfolgepartei habe dies alles zu verantworten. Erwartet wird lediglich - und dies besonders von der Linken -, daß diese Realität zur Kenntnis genommen wird. Erwartet werden kann, daß neue Konzeptionen über politische Perspektiven der Linken sich an den Realitäten orientieren, die existieren und von da aus die Wege entwickelt werden und nicht an Träumen der Westlinken über ein anderes Land. Erwartet wird, daß die PDS nicht die Stunde Null für sich in Anspruch nimmt, sondern über den Teil ihrer Verantwortung an der Geschichte und der jetzigen Situation nachdenkt, ihn benennt und Verarbeitungsformen für die Probleme sucht. Wenn sie von DDR-Identität redet, sollte sie sich klarmachen, daß zumindest Teile von ihr diese Identität mitbestimmt haben und zwar so, wie die Mehrheit der DDR-Bevölkerung sie erkennen läßt. Sie sollte nicht alte Denkmuster ihrer Vorgängerin reproduzieren, die den falschen Schluß nahelegen, daß die Mitglieder der heutigen PDS den Angriffen des Westens standhalten, weswegen sie die eigentlichen Repräsentanten der DDR-Identität sind, woraus zudem noch abgeleitet wird, daß die PDS als Verkörperung dieser Identität zur Vorkämpferin des demokratischen Sozialismus im gesamtdeutschen Parlament geradezu prädestiniert ist. Das ist Unsinn, der leider durch hiesige Linke weiter transportiert wird.

Der PDS stünde mehr Ernsthaftigkeit bei der Aufarbeitung ihrer Verantwortung an der DDR-Geschichte und ein offener Umgang mit ihrer jetzigen Suche nach einer neuen gesellschaftlichen Rolle besser zu Gesicht als der politische Pragmatismus, den sie an den Tag legt. Die Linke Liste sollte diesen Mangel nicht noch verstärken, indem sie die Zusamenarbeit mit der PDS als neue sozialistische Option für die BRD-Linke promotet. Die Frage, ob die PDS im neuen gesamtdeutschen Parlament vertreten sein soll oder nicht, ist pragmatisch zu beantworten. Die Antwort ergibt sich aus der Kritik an der 5%-Klausel, die undemokratisch ist,

da sie Minderheiten bewußt verhindert. Wer selbst einen Platz im gesamtdeutschen Parlament anstrebt, kann nicht ernsthaft vertreten, daß eine 10 oder 15%-Partei der DDR dort nichts zu suchen hat. Mensch muß keine Mythen schaffen, um dies zu begründen.

Nicht pragmatisch gelöst werden hingegen kann die Suche nach einer neuen linken Strategie und Perspektive im "vereinten" Deutschland. Dies bedarf mehr Zeit und Tiefgang, als bisher vorhanden war und die Linke Liste/PDS kann nicht der Kristallisationspunkt einer neuen linken Bewegung sein. Kommt die PDS nicht ins Parlament, werden viele Sympathisanten schnell um einen Traum ärmer sein, kommt sie rein, wird es etwas länger dauern.

Gaby Gottwald ist Spitzenkandidatin der GAL-Grünen in Hamburg zur Wahl am 2.12.

# 43. Linker Nationalismus und realpolitische Sozialdemokratie

Rubrik: PDS-Debatte, linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak322/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:322:35

Dieser Artikel ist eine gekürzte Fassung aus der Broschüre "Materialien zur Kritik der PDS", herausgegeben vom Treffen der Minderheitsströmung des KB. Die im Artikel angegebenen Materialien über die Positionen der PDS sind in dieser Broschüre dokumentiert.

Drei Ausgangspunkte:

* Der Zusammenbruch des "realen Sozialismus" vollzieht sich als "nachholende Demokratisierung" und kapitalistische Modernisierung orientiert an den bürgerlich-parlamentarischen Systemen der führenden westlichen Staaten. An ihre Stelle tritt kein neuer sozialistischer Ansatz, treten keine fortschrittlichen Befreiungsbewegungen, sondern es erfolgt ein Einschwenken der Massen auf das kapitalistische Siegersystem.

* In der DDR und der BRD bekommt die prokapitalistische Orientierung zusätzlich noch eine nationalistische Komponente. Deutschland erwacht wieder, "entdeckt sich" als Nation. Der nationalistische Taumel ist zwar nicht die Regel, doch er ist gegenwärtig. Die Regel ist der nationale Konsens, der alle anderen Widersprüche überlagert. Er umfaßt die Grünen und erfaßt die PDS, die Deutschland mitgestalten will, aber als realsozialistisches Überbleibsel nicht darf.

* Die Linke zerfällt, ist desolat und gar nicht in der Lage, eine Gegenbewegung zu organisieren. Insofern ist die PDS Ausdruck der beschriebenen Entwicklung: nicht treibende Kraft einer linken Neuformierung, sondern getrieben von dem Bemühen, die eigene Massenbasis aus vergangener Zeit nicht gänzlich zu verlieren. Opportunismus, linker Nationalismus, auch in der Gestalt eines "DDR-Patriotismus", Realpolitik in sozialdemokratischer Tradition und Parlamentarismus statt antinationaler und sozialer Widerstand sind prägend. Die bisherige kurze Geschichte der PDS belegt dies, wenngleich die Partei bislang ein relativ hohes Maß an Innovation aufweist, die Not zur theoretischen Tugend zu machen.

PDS und Deutschland

Vor dem Fehler, "daß jede Äußerung des Gefühls der nationalen Zusammengehörigkeit von vornherein als ‚revanchistisch' ausgegrenzt wird", warnte Ende letzten Jahres eine Autorengruppe von der Humboldt-Universität, dem Zentrum der Erneuerer in der SED/PDS. "Eine solche Ausgrenzung würde den nationalistischen und chauvinistischen Mißbrauch nationaler Gefühle fördern", warnten die heutigen PDS-Theoretiker. "Die nationale Identifikation fällt jedoch nicht zwangsläufig mit dem Wunsch zusammen, aus den beiden existierenden deutschen Staaten einen neuen deutschen Gesamtstaat zu bilden." (Neues Deutschland - ND - 12.12.89) In diesen Sätzen ist das ganze Elend der PDS-Politik gegenüber der deutschen Wiedervereinigung aufzufinden: das Wegtauchen vor dem Nationalismus in der DDR ("Wir sind ein Volk"), der Irrglaube, "nationale Gefühle" an sich könnten etwas Gutes sein und die Fehleinschätzung, Nationalismus und Zweistaatlichkeit ließen sich vereinbaren.

Hans Modrow verkörpert innerhalb der PDS den Typus der Mitträgerschaft für "nationale Verantwortung", die bis heute - insbesondere in der Gestaltungsrhetorik ihrer Parlamentsfraktion - die PDS-Politik dominiert. "Nationaler Verantwortung gerecht zu werden war und ist für beide deutsche Staaten das Gebot der Stunde", gepaart mit "internationalen Geboten" von der "globalen Friedenspflicht", resümierte Modrow rückblickend seine 150 Regierungstage (Die Zeit, 27.4.90). Nun könnte man dazu neigen, das Einschwenken der PDS auf die nationale Rhetorik allein für einen taktischen Fehlgriff Modrows und der von ihm mit seinem Plan "Deutschland einig Vaterland" unter Druck gesetzten Partei zu halten, die in alter Tradition ihrem "ersten Mann" die Stange hielt und ihn stützte. Doch geht man dabei fehl. Der heutige PDS-Ehrenvorsitzende und neben Gysi voraussichtliche Spitzenkandidat für die Wahlen, Hans Modrow betont seine ausdrückliche Absicht, einer der Architekten des einigen Deutschland zu sein: als Kanzler Kohl im Februar den "Schlüssel zur deutschen Einheit" abgeholt habe, habe er - Modrow - denselben vierzehn Tage zuvor bei seinem Gorbatschow-Besuch mit seinem "Deutschlandplan" "gefeilt" (Modrow in Die Zeit, 20.4.90). Modrow betitelt - von Herzen - die Hilfestellung der Regierung de Maizieres für die gezielte Zugrunderichtung der DDR als von

"nationaler Verantwortungslosigkeit geprägt" (ND, 27.8.90). Doch steht er mit dieser Sicht in der PDS nicht allein.

Auch Parteichef Gysi warf auf dem PDS-Wahlparteitag im Februar 1990 Kohl "antinationales" Agieren vor, weil diesem die NATO-Mitgliedschaft wichtiger sei, "als die Einheit Deutschlands" und drohte sogar: bleibe Kohl dabei, "so wird es mit ihm keine Vereinigung der beiden deutschen Staaten geben" . Neben der grotesken Fehleinschätzung der Lage fällt erneut die implizit enthaltene Annahme auf, daß "wirklich national" (Modrow spricht von der "wirklichen Vereinigung") etwas Positives sei, das aus dem einigen Deutschland erwachsen könnte. Diese Annahme hat die PDS-Politik von der halbherzigen Ablehnung des "Wir sind ein Volk" Ende 1989 zur zunehmend "positiven Besetzung" Deutschlands seit Anfang Februar 1990 geführt. Auf dem Wahlparteitag sprach Gysi das erstemal von den "Chancen", die ein vereinigtes Deutschland böte, wenn es nicht nur einig, sondern auch europäisch werde. Seine Kollegen Realpolitiker steigerten diese Aussichten im weiteren zu Höchstleistungen an Verdrehung realer Politik, indem sie die deutsche Vereinigung zunehmend als "historische Chance" zur Lösung nicht nur der "nationalen", sondern auch der "globalen Probleme" erhoben, das künftige Deutschland geradezu als Heilsbringer einer friedlichen Entwicklung preisen. Als einziges Hindernis sahen sie die reale existierende, sich auf Wählermehrheiten stützende Politik, sprich Kohl und seinen DDR-Gefolgsmann de Maiziere, dessen Regierungserklärung vom Mai 1990 Gysi noch erheblichen Respekt zollte. Wiederum unterstellt diese Sichtweise den guten Kern der Vereinigung, die in den Händen der falschen Leute liege.

Auch PDS-Gesellschaftsanalytiker Professor Richter bemüht sich, die "nationale Frage" demokratisch-sozialistisch zu besetzen. Er wünscht sich einen erneuerten Antifaschismus(!), der "ein positives Verhältnis zur Vereinigung beider deutschen Staaten, zu Deutschland, zur deutschen Heimat, zum deutschen Vaterland"(!) fordert und sich zugleich "geistig" auseinandersetzt mit "linksradikalen Negativpositionen in der Vereinigungsfrage wie mit nationalistischem Taumel". Rechte Ideologie soll links besetzt werden, um den "Extremisten von links und rechts" den Boden zu entziehen. Abgesehen von der antilinken Demagogie - linker Antinationalismus war noch nie für rechte Ziele anfällig, linker Nationalismus aber sehr wohl -, abgesehen von der Unverschämtheit, linke Antifaschisten mit Faschisten gleichzusetzen (diese Gleichsetzung hat Tradition in der SED!), ist eine solche "antifaschistische" Orientierung im staatstragenden Parteiensystem der BRD und bereits von CDU und SPD besetzt, und in der Begrifflichkeit noch weiter rechts. Richters Ausfall verweist auf die historischen Wurzeln der linken Besetzung nationaler Themen. Es fällt auf, daß sich in den PDS-Organen (Pressedienst, Neues Deutschland) die "nationalen Themen" häufen, das Bemühen, sie theoretisch zu verarbeiten, zunimmt.

Exkurs: Der Nationalismus der PDS und seine historischen Wurzeln bei KPD und SED

"Versuche, die deutsche Einheit gegen die Interessen anderer zu erzwingen, könnten nur die Gegenreaktionen zum Nachteil der Deutschen hervorrufen. Eine Neuauflage des Versailler Vertrages bzw. gravierende Einschränkungen der Souveränität eines künftigen Deutschlands wären jedoch erneut eine Quelle für gefährliche Spannungen auf unserem Kontinent", hatte der PDS-Arbeitskreis Strategie und Analyse im Juni in seinem Diskussionsmaterial "Deutsche Einheit und europäische Sicherheit" formuliert (PID - PDS-Presse- und Informationsdienst, 7.6.90). Was heißt das übersetzt? Kohl wird vor dem Vereinigungstempo gewarnt, weil dieses äußere Reaktionen (der Sowjetunion?) hervorrufen könnte, die Großdeutschland an der Erlangung seiner vollen Souveränität hindern könnten (die vor allem noch auf militärischem und atomaren Gebiet eingeschränkt ist!). Die PDS bietet sich hier wiederum als die bessere Vertreterin deutscher Interessen an.

Der Hinweis auf das Versailler "Schanddokument nationaler Versklavung" bzw. den "Knebelvertrag" (KPD und SED) von 1919 als "Quelle gefährlicher Spannungen" erneuert die alte KPD/SED-Position von der nationalen Unterdrückung Deutschlands nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg. Zum Reichstagswahlkampf 1930 trat die KPD mit ihrer "Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes an". Anknüpfend an nationalrevolutionäre Phrasen aus früheren Zeiten der KPD (1919, 1923), versuchte sie den aufkommenden Nationalsozialisten das Feld streitig zu machen, sie mit ihren eigenen Waffen zu schlagen. In der Agitation der KPD rangierte die nationale deutsche Frage vor der Einschätzung der Gefahr, die vom deutschen Imperialismus ausging, die deutsche Bourgeoisie und die sie in Weimar tragenden konservativen, liberalen und sozialdemokratischen Partei/en wurden als antinational angegriffen (die SPD wird in der Programmerklärung wegen der Akzeptanz von Versailles als "freiwillige Agenten des französischen und polnischen Imperialismus" tituliert, des "Hoch- und Landesverrats an den Lebensinteressen der arbeitenden

Massen Deutschlands" angeklagt). Versailles als Folge deutscher Kriegstreiberei wird nicht thematisiert. In der Einschätzung von Versailles war sich die KPD mit den ganz Rechten einig (natürlich nicht in den Schlußfolgerungen).

Es ist kaum ein Zufall, daß erst vor kurzem im "Neuen Deutschland" (25./26.8.90) der PDS-Historiker Prof. Stefan Weber diese KPD-Programmerklärung im Stile alter SED-Geschichtsschreibung lobend als ein Dokument würdigte, das nachwies, "wie die NSDAP in Wirklichkeit die expansionistischen Ziele des deutschen Monopolkapitals verfocht und damit gegen die nationalen Interessen des deutschen Volkes handelte"? Verschwiegen wird in dem Artikel die wüste nationale Demagogie in dem KPD-Programm, die kaum vom Nazi-Jargon zu unterscheiden war. Prof. Weber lobt das Nationale der KPD und bezeichnet es wegen 1,3 Millionen Stimmengewinn (4,8 Millionen insgesamt) als "wirkungsvoll". Die Verachtfachung der Nazi-Stimmen auf 6,4 Millionen bezeichnet Weber als "Stimmenverlagerungen im rechten Spektrum". Daß der bis 1932 exzessiv verfochtene nationalistische Kurs der KPD "wirkungsvoll" gewesen ist, ist eine Geschichtslegende, die die Grauszone linksnationaler KPD-Anhänger, die zu einem erheblichen Teil 1933 zu den Nazis übergelaufen sind, nicht erklären kann.

Es ist interessant, was heute in der Geschichtsschreibung der sich erneuernden PDS aufgearbeitet wird und was nicht. In der "nationalen Frage" findet eher wieder eine Hinwendung zu Herangehensweisen des Stalinismus statt, allerdings modernisiert. Versuchte die KPD Nation und Klasse zu verbinden, verbindet die PDS Nation und Harmonisierung von Widersprüchen. Bereits auf dem Dezember-Parteitag hatte Gysi davon gesprochen, daß "im Ergebnis des zweiten Weltkriegs und der Nachkriegsentwicklung die deutsche Nation in zwei Staaten und Berlin (West) lebt" und "tief verwurzelte Gemeinsamkeiten der Deutschen beider Staaten" registriert. In Vorbereitung von Zweistaatlichkeit in einer Konföderation hatte eine Gruppe von Politikwissenschaftlern im "Neuen Deutschland" (29.12.89) Abschied von der SED-These "zweier Staaten deutscher Nation" (DDR-Verfassung von 1968) genommen. Diese These war nach dem Mauerbau 1961 entwickelt worden und von krampfhaften Bemühungen der SED-Historiker begleitet, die deutsche Geschichte - insbesondere die des militaristischen Preußen - für ein DDR-eigenes Nationalgefühl zu reklamieren. Hans Modrow war von diesem Abschied erleichtert, nicht weil er die Schaffung eines DDR-eigenen Nationalgefühls als falsch erkannt hat, nein, weil sie das Bekenntnis zum deutschen Nationalgefühl behindert hat: "Honeckers These von zwei deutschen Nationen, einer sozialistischen und einer kapitalistischen, die ihm vermutlich eingeredet worden ist, habe ich schon vor Jahr und Tag nicht mittragen könne, weil sie meinem Verständnis von deutscher Kultur und Geschichte widersprach." "Mein Bekenntnis zu ‚Deutschland einig Vaterland' (...) folgte letzlich aus der Überlegung, daß die Menschen einer in zwei Staaten gespaltenen Nation das Recht haben, sich in einem Staat zu vereinen." (Die Zeit, 13.4.90)

Eine bemerkenswerte Passage im ersten KPD-Aufruf nach Kriegsende "an das deutsche Volk zum Aufbau einer antifaschistisch-demokratischen Deutschlands" vom 11. Juni 1945 thematisierte, daß "nicht nur Hitler schuld an den Verbrechen" der Nazis war. "Ihr Teil Schuld tragen auch die zehn Millionen Deutschen, die 1932 bei freien Wahlen für Hitler stimmten", alle jene, die die Machtübernahme hingenommen, "die in der Aufrüstung die ‚Größe Deutschlands'" und "im wilden Militarismus, im Marschieren und Exerzieren das alleinseligmachende Heil der Nation erblickten", die "Hitler folgten, als er ihnen einen gutgedeckten Mittags- und Abendbrottisch auf Kosten anderer Völker durch Krieg und Raub versprach. So wurde das deutsche Volk zum Werkzeug Hitlers und seiner imperialistischen Auftraggeber." Die Erkenntnis von der Mitschuld großer Teile der Bevölkerung für den Nationalsozialismus war selbstverständlich unmittelbar nach Kriegsende (später auch) unpopulär, sie tauchte in der Arbeit der KPD auch nicht mehr auf. Doch hätte sie die KPD vorsichtiger machen müssen im Umgang mit dem Versuch, die Nation "links" zu besetzen.

Im Kalten Krieg dominierte wieder die nationale Phrase. KPD und SED reklamierten angesichts der Spaltung der Anti-Hitler Koalition "das nationale Selbstbestimmungsrecht der Deutschen" für ihre Politik. Nur vier Jahre nach ihrem ersten Aufruf, im Juli 1949 rief die KPD der Westzonen in ihrem Wahlprogramm "in der Stunde der großen nationalen Not unseres Volkes" zu einer "nationalen Front" auf, die "alle ehrlichen Deutschen umfaßt, die ihr Volk und ihr Vaterland lieben". "Wir sind das nationale Gewissen, wir sind die wirklichen Patrioten" hieß es. "Die deutsche Wirtschaft für das deutsche Volk! Fort mit den unerträglichen Besatzungskosten!" Fortan wurden von KPD und SED die "koloniale Versklavung der Bundesrepublik" angeprangert, der Sturz der "amerikahörigen Adenauerregierung" propagiert, die Bevölkerung Westdeutschlands "zum Befreiungskampf um die nationale Wiedervereinigung Deutschlands" aufgerufen. Für die SED war die "nationale Frage mehr

denn je zur wichtigsten politischen Lebensfrage des deutschen Volkes geworden", das sich aus der "nationalen Unterdrückung durch den anglo-amerikanischen Imperialismus" befreien müsse.

Die nationale Denkweise, die die PDS im Nachtrab der DDR-Massenbewegung Ende letzten Jahres für einen Anschluß an die BRD angenommen hat, hat zum einen die oben beschriebenen ideologischen Wurzeln. So sahen die KPD vor 1933 und KPD und SED nach 1945 Deutschland als Opfer fremder Mächte, unterschätzten die Eigenständigkeit und aggressive Tendenz des deutschen Imperialismus, was besonders nach dem Zweiten Weltkrieg verwundern muß. Der Versuch, Nation als ein einheitliches Ganzes mit identischen Interessen zu behandeln, kann die Mechanismen, mit denen die Herrschenden für die Akzeptanz ihrer Interessen bei Mehrheiten der Bevölkerung sorgen, nicht erkennen. "Wir sind ein Volk" drückt ein nationalistisches Gefühl, nicht aber die Identität von Interessen aus. Viele nationalistisch taumelnde DDR-Bürger machen derzeit diese Erfahrung ohne sich dessen allerdings bewußt zu werden. Nation und nationale Einheit kann diese Unterschiede nicht erfassen sondern nur verschleiern. Gefährlich und unverantwortlich angesichts der deutschen Vergangenheit und der gegenwärtigen Stärke des deutschen Imperialismus wird es besonders, wenn linke Organisationen "deutsche Nation" und "deutsche Einheit", positiv besetzen wollen. Nahezu gemeingefährlich wird es, wenn Sprecher der PDS ausgerechnet der prokapitalistischen Bewegung hin zu einem neuen Großdeutschland die Chance auf eine den Weltfrieden stiftende Wirkung unterstellen. Sie ist sich offenkundig der nationalen Tradition von KPD und SED nicht bewußt, die sie in "softer", nicht mehr klassenkämpferischer Weise fortsetzt. Auf solchem Boden wächst nur, daß auch Linken die deutsche Nation als etwas Erstrebenswertes erscheint.

Abschied vom "konfrontativen Denken" (André Brie)

Die Harmonisierung der Nation korrespondiert mit der Harmonisierung gesellschaftlicher Widersprüche in den neuen PDS-Theorien ebenso wie in der Arbeit ihrer Volkskammerfraktion. Auch dabei knüpft die PDS unbewußt an die Ideologie des SED-Staats an, der seinen Bürgern mit zunehmend weniger Glaubwürdigkeit und immer mehr Zwang Ruhe und Harmonie verordnete und ein gemeinsames Interesse als DDR-Nation vorschrieb, was angesichts erfahrener gesellschaftlicher Ungleichheit nicht glaubwürdig sein konnte. Der heute zur Schau getragene DDR-Patriotismus der PDS steht in dieser Tradition. Die vom Nationalismus getragene Massenbewegung zum Anschluß an die BRD wird nicht mehr nach dem Inhalt und der eingeschlagenen Richtung der sie tragenden politischen Kräfte beurteilt, sondern nur noch als eine Fremdbestimmung des Volks der DDR wahrgenommen (was sie nicht nur, aber auch ist). Vor dem Hintergrund bietet sich die PDS als Vertreterin des ganzen Volks der DDR an. Gysi auf dem Wahlparteitag der PDS im Februar: "Die PDS gehört zu den Kräften in unserem Land, die sich entschieden gegen die Vereinnahmung der DDR durch die BRD zur Wehr setzt. Wir stellen hier alles zurück, sind bereit, uns in eine große Bewegung aller linken patriotischen Kräfte für die Wahrung der Interessen der Bürger der DDR einzureihen." Und die Parlamentsfraktion der PDS antizipiert auf nahezu jeder Volkskammersitzung diese Gesamtverantwortung übungshalber schon für das spätere Gesamtdeutschland, auch wenn's kein Schwein interessiert.

Schuld am Scheitern des realen Sozialismus sei eine "zutiefst konfrontative Denkweise und Weltanschauung. Wir haben den Sozialismus gegen den Kapitalismus definiert, die Plan- gegen die Marktwirtschaft, das Gemein- gegen das Privateigentum, die Diktatur des Proletariats und die sogenannte Volksmacht gegen die bürgerliche Demokratie und den Parlamentarismus, den Warschauer Vertrag und die NVA gegen die NATO und die Bundeswehr usw. usf.", führte Andre Brie auf der "Konferenz demokratischer Sozialismus" aus (PID, 12.7.90). Die PDS müsse daher "konfrontatives Denken überwinden, kooperatives, ganzheitliches Denken sind notwendig. Gerade darin, nicht in einem primären Antikapitalismus" liege ihr künftiger "alternativer, sozialistischer und promoderner Charakter". Schlußfolgerungen aus dem Scheitern: "Ohne jene Errungenschaften, die eine moderne Gesellschaft ausmachen, wie Markt, parlamentarische Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung, eine kritische und einflußreiche Öffentlichkeit konnte es keine wahrhaft sozialistische Entwicklung geben." Also besetzt die PDS Markt, Privateigentum, Parlament, bürgerliche Demokratie positiv (und versucht dies auch bereits mit Armee und NATO). Der Haken bei dieser Betrachtungsweise: die modernen bürgerlichen Gesellschaften des Westens "sind, insbesondere durch die Dominanz des Kapitals (...) in vielfältiger Hinsicht deformiert und absolut nicht ausreichend gemessen an den globalen Aufgaben der Gegenwart und der Zukunft". Jedoch sind sie "keine ausschließlich kapitalistische, wohl aber eine kapitaldominierte" Gesellschaft. Daher sei die PDS zwar keine antikapitalistische, wohl aber eine

"konsequent kapitalismuskritische" Partei, die die Negativseiten der "kapitaldominierten" Gesellschaft ökologisch, sozial und friedlich zu steuern hat.

Am weitestgehenden ist die Neubewertung des Kapitalismus bislang in der Umwertung der Marktwirtschaft erfolgt. "Die Synthese zwischen Markt und Sozialismus" setze, so der PDS-Chefökonom Prof. Steinitz, "das Gewinnstreben als unerläßliche Triebkraft des Fortschritts" voraus, "seine Dominanz" müsse "durch gesellschaftliche Kontrolle und Steuerung" überwunden werden (Aufsatz im Gysi-Buch vom "Dritten Weg"). Steinitz geht davon aus, daß "die Instrumentarien und Kategorien des Marktes zu einem wesentlichen Teil gesellschaftsneutral" sind und "für verschiedene gesellschaftliche Ziele genutzt werden" können. Vor diesem theoretischen Hintergrund macht es Sinn, daß ein weiterer der PDS-Theoretiker - Michael Brie - den DDR-Anschluß an die BRD als "Kröte, die wir schlucken müssen" bezeichnet, da er der "Wandel von einer halbierten Modernisierung zur modernen Gesellschaft" ist. "Damit wird uns überhaupt erst das Feld geöffnet, von dem aus der Wandel zur Lösung der globalen Probleme möglich ist" (Neues Deutschland, 7./8.7.90)). Hierin ist aber bereits der Widerspruch angelegt, in dem sich die Entwicklung theoretischer Positionen der PDS zu den Interessen der DDR-Werktätigen im Prozeß des Anschlusses befinden, setzt man sie nicht, wie die PDS-Rhetorik, mit "den Interessen der DDR" gleich. Steinitz schildert das Dilemma: bleiben die Lohnunterschiede BRD:DDR für längere Zeit, führe das zum Abwandern "vor allem kreativer, leistungsstarker Menschen, die die DDR-Wirtschaft für ihren Aufschwung braucht". Eine "der Produktivitätssteigerung stark vorauseilende" Erhöhung der Löhne "würde die Wettbewerbsfähigkeit und damit auch die weitere Existenz der Unternehmen gefährden". Also erklärt der Chefökonom knapp drei Wochen nach Einführung der Währungsunion, daß eine Angleichung der Löhne angesichts eines Produktivitätsgefälles von 1:2 nicht zu erreichen sei und Arbeitsplätze gefährde (PID, 19.7.90) eine Argumentation, die die auch von der PDS unterstützte Forderung vom Umtauschkurs 1:1 (Kommunalwahlslogan im Mai: "1:1 - Wir sind ein Volk - PDS") im nachhinein ad absurdum führt.

Damit schließt sich wieder der Kreis zum Agieren der PDS als gesamtverantwortlicher nationaler Kraft: Im Dezember 1989, als die SED/PDS glaubte, noch die Zweistaatlichkeit retten zu können, erklärte Gysi "Streiks für verantwortungslos" und rief die PDS-Genossen in den Betrieben dazu auf, "am eigenen Arbeitsplatz für Verläßlichkeit und Disziplin zu sorgen". Wobei Gysi auch hier wieder aus der SED-Tradition schöpfte (bekanntlich waren Streiks im realen Sozialismus verboten, da die Arbeiterklasse als führende Kraft im Staat nicht gegen sich selbst streiken könne). Ganz im Sinne nationaler Gesamtverantwortlichkeit ist denn auch das von der Modrow-Regierung kurzfristig verabschiedete Gewerkschaftsgesetz gehalten, das man (vergeblich) hoffte, in die Vereinigung hinüberzuretten. Es enthielt nicht nur das bislang untersagte Streikrecht (das allerdings wie in der BRD nur den Gewerkschaften zustand) und das vom DGB gelobte, von den Kapitalisten heftig kritisierte Aussperrungsverbot. Es gebot auch, daß der Streik erst "nach erfolglosem Schlichtungsverfahren zulässig" ist, was zwar keine staatliche Zwangsschlichtung, aber der Zwang zur Schlichtung ist. Schließlich erlaubte es der "Regierung aus Gründen des Gemeinwohls" einen Streik auszusetzen, was eine erheblich stärkere Einschränkung des Streikrechts als in der BRD zugelassen hätte. Auch hier hat wieder das nationale Gesamtwohl die Feder geführt. So wird zwar allerorten in der PDS "das Verdienst" des Ehrenvorsitzenden Modrow gelobt, die PDS sicher über die Klippen der "Anarchie" in die Verhandlungen mit der BRD gesteuert zu haben, aber wem soll das genutzt haben?

Sind nicht vielmehr die Fehleinschätzungen der PDS über das Kräfteverhältnis und die Übernahme der Gesamtverantwortung aus "nationaler" oder "patriotischer" Pflicht Hemmnisse bei der Entwicklung dessen, was die PDS im bevorstehenden Reichstagswahlkampf für sich zu sein beansprucht - linke Opposition? Dominant ist das parlamentarische Agieren der PDS als "konstruktive Opposition". Das ewige zwei Schritte hinter der Entwicklung Hinterhinken plus die PDS-spezifische Verantwortungsethik schwächen Opposition ab, führen sie nicht zum Widerstand, sondern reduzieren sie auf das vermeintlich realpolitisch Machbare. Da das "Machbare" aber von den dominanten gesellschaftlichen Kräften bestimmt wird, ist der wesentliche Effekt die Entradikalisierung von Widerstand ohne reale Verbesserungen. Dies ist deshalb bemerkenswert, da die PDS bis heute noch große Mobilisierungsmöglichkeiten besitzt. Eine solche Feststellung will nicht umgekehrt behaupten, daß stärkere Opposition und außerparlamentarische Aktion angesichts der DDR-Entwicklung mehr erreicht hätten. Wohl aber, daß die Gefahr der Integration des oppositionellen Potentials als Träger künftigen Widerstands erheblich verringert wäre. So wenig die PDS zu antinationalem Widerstand gegen die deutsche Vereinigung bereit war, so wenig kann sie aus ihrer neuen Theorie einer progressiven "kapitaldominierten Gesellschaft" sozialen Widerstand entwickeln, der in der DDR fest in der ordnenden Hand von Gewerkschaften

nach dem BRD-Muster liegt, obwohl die PDS eine relevante Basis dafür hat und die Vertretung der sozialen Interessen der DDR-Bürger auf ihre Fahnen geschrieben hat.

Reichstagswahl: Endlich die linke Opposition?

Die PDS ist Wahlkampfpartei, der nächste steht vor der Tür. Ende Juni hielt Gysi vor dem Parteivorstand eine Rede ("PDS steht in fundamentaler Kritik zum Kapitalismus", Neues Deutschland, 28.6.90), die von vielen als inhaltliche Neuausrichtung verstanden wurde. Neudenker Michael Brie war entsetzt: "Wenn wir es zulassen, daß wieder die entwickelten westlichen Gesellschaften einfach nur als kapitalistisch gesehen werden - und dies ist ein Grundtenor der Rede Gregor Gysis -, dann fallen wir zurück in die gefährliche Ecke einer orthodox-fundamentalistischen Kapitalismuskritik der III. Internationale." (Neues Deutschland, 7./8. Juli 1990) Vermutlich ist er mehr Theoretiker als Politiker, so wie Gysi mehr Politiker als Theoretiker ist. Er irrte wie auch diejenigen, die gemeint waren: all jene Linken, für die mit dieser Rede und den darauffolgenden Maßnahmen des PDS-Parteivorstands das Signal zur Bildung der Linken Liste/PDS gegeben war. Nach dem Umschalten auf einen stark nationalen Pro-Wiedervereinigungskurs im Mai 1990, wurden zwei Monate später die linken Töne ausgegeben, die weder in der Politik der PDS-Parlamentsfraktion noch in zentralen Äußerungen realen Niederschlag gefunden haben (die als theoretisch bedeutendste eingeschätzte Rede von Andre Brie stammt vom 7. Juli und ist ebensowenig "fundamental antikapitalistisch", wie das Anfang September erschienene PDS-Buch "Wir brauchen einen dritten Weg"). Nach den gescheiterten Bündnis-Bemühungen um die Grünen und die DDR-Bürgerbewegungen blieben der PDS nur noch die Linken als Bündnispartner: Nelken, Vereinigte Linke, KPD und Jugendorganisationen in der DDR und die einstürzenden Altbauten aus der BRD von DKP-alt und Erneuerern, der Stamm-Flügel der Grünen, der KB-Mehrheitsflügel, im Schlepptau möglicherweise BWK und Teile der VSP. Die linke Rhetorik reichte allemal, um diesen Gründungsbeine zu machen. Mit "Deutschland einig Vaterland" und einfach nur Marktwirtschaft wären die nicht so leicht in Bewegung geraten, wenngleich Kritiken an diesen PDS-Orientierungen Mangelware sind.

Auf zwei Problemfelder Linker mit der künftigen Entwicklung der Wahlpartei sei jetzt schon verwiesen, eine Prognose sei erlaubt.

1. Nicht von ungefähr wird im Programmentwurf der Linken Liste/PDS nicht vom AKW-Sofortausstieg gesprochen, sondern der Ausstieg nur für "unverzichtbar" erklärt. "Der Ausstieg "allein auf dem Bereich der ehemaligen DDR ist bloße Augenwischerei" (was nicht stimmt, da jedes AKW weniger zwar nicht ausreicht, aber nützt). Und er muß "sozial verträglich" erfolgen. Nachtigall ich hör dir trapsen. Der Hintergrund: in der PDS war der AKW-Ausstieg bislang noch nicht einmal als "schrittweiser" durchsetzbar. Modrow vor dem Parteivorstand: der "Standpunkt der PDS zur Kernenergie" müsse weiter diskutiert werden. "Im wesentlichen geht es hier um die Frage des kurz-, mittel-und langfristigen Ausstiegs aus der Kernenergie." (PDI-Pressedienst, 31.8.90) Die PDS im Land Mecklenburg-Vorpommern (Anm.: in dem das KKW Greifswald liegt) hat sich im Juli "für die friedliche und sichere Anwendung der Kernenergie ausgesprochen. Mittelfristig gibt es (...) keine vernünftige Alternative...". Einige Blöcke sollen "mit BRD-Leit- und Sicherheitstechnik versehen und damit sicher betrieben" werden (Neues Deutschland, 27.7.90). Der ehemalige Geschäftsführer des Greifswalder AKW ist heutiger PDS-Abgeordneter und engagierter AKW-Befürworter.

2. Entmilitarisierung: "Wir müssen eindeutig für Abrüstung eintreten, aber für eine Abrüstung, die erstens umweltbewußt erfolgt und die zweitens keine Frage ausläßt. Woran wir immer wieder erinnern müssen, ist die Fürsorgepflicht des Staates gegenüber seinen Soldaten, seinen Berufssoldaten", so Gregor Gysi auf einer Beratung der PDS zum Sicherheits-und Abrüstungskonzept der Partei (PID 19.7.90). PDS-Militärexperte Scheler schildert als Hindernis für radikale Abrüstung vor allem die Berufssoldaten: "Jede Forderung nach drastischer Abrüstung, so auch die unserer Partei nach einer Halbierung der Streitkräfte in Deutschland stößt auf Widerstand" insbesondere der 50.000 Berufssoldaten. "Nichts kann den Abrüstungsprozeß mehr aufhalten als sozial ins Abseits gestellte Soldaten, Arbeiter und Angestellte." (Neues Deutschland, 8.7.90) Die PDS hat daher formuliert, daß "die Lösung der sozialen Belange den entscheidenden Ausgangspunkt jeglicher Abrüstungspolitik bilden muß". Sie könne daher nur in einem "sozial vertäglichen" "längerfristigen Zeitraum" realisiert werden. Sollte es da nur Zufall sein, daß Scheler auch in der Militärpolitik der PDS problematisiert, daß die Partei sich auf "das Machbare", das heißt: "ganz Deutschland für die Übergangszeit zu einem blockfreien Europa und zum Zwecke dieses Übergangs in der NATO zusehen"? (PID 19.7.90)

In beiden Fällen ist die selbstauferlegte Sozialverpflichtung der Partei - selbstverständlich aus wahlpolitischen Interessen, es dürfte sich im erheblichen Umfang um eine eher konservative PDS-Klientel handeln, die Druck auf die Partei ausübt - bereits jetzt erkennbares Hindernis für progressive politische Forderungen, die innerparteilich auf einigen Widerstand stoßen werden.

Prognose: Mit den erfahrenen Grünen Abdecklern der Westberliner SPD/AL-Koalition, dem PDS-Berater Michael Stamm und dem Trio Arkenstette, Wolf, Geese (jüngst aus der AL ausgetretenen, demnächst in die LiLi/PDS eintretend) erfährt die PDS bundesdeutschen Zuwachs, der Erfahrungen bei der Durchsetzung in der Linken unpopulärer Forderungen hat. Sie bringen ideale Voraussetzungen mit, auch diese Kröten als zu schlucken anzubieten. Warum nicht erneut ausprobieren, was man in der Westberliner Koalitionsdebatte verbrochen hat (wir erinnern nur an ihre Beteiligung an staatlichen Befriedungsstrategien für Kreuzberg)? Absurd ist es, wenn diese "illusionslosen" Koalitionsbauern aus "Enttäuschung" über die von ihnen mit vorbereiteten Koalitionsergebnisse mit fliegenden Fahnen vom lecken Schiff AL zur Linken Liste überwechseln. Für die PDS ein Gewinn? Für die radikale Linke eine weitere Abschreckung. Das sind die Leute, vor denen früher die Redaktion des Arbeiterkampf ihre LeserInnen gewarnt hat. Müssen wir angesichts der PDS-Euphorie in dieser Zeitung die LeserInnen vor der AK-Redaktion warnen?

hr.

# 44. Bundestreffen der Radikalen Linken

Rubrik: Radikale Linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak322/58.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:322:58

Im letzten AK sowie in anderen Veröffentlichungen war dieses Treffen der Radikalen Linken für den 15./16.9. angekündigt worden. Dieser Termin konnte leider nicht eingehalten werden. Der Vorbereitungskreis hat eine vernünftige Vorbereitung nicht geschafft, was sich u.a. mit Urlaubssituation, Erstellung des Readers über den Pfingstkongreß der RL sowie Einspannung verschiedener AktivistInnen in die Herbstaktivitäten (wie die Demo am 3.11. in Berlin) erklären läßt. Darum wurde auf dem letzten Treffen des Vorbereitungskreises beschlossen, das Treffen zu verschieben, um eine möglichst gute Vorbereitung zu gewährleisten. Das Bundestreffen findet jetzt (und dies ist nun endgültig) am 6./7.10. in Köln statt.

Als Tagesordnung ist vorgeschlagen:

Frauentreffen, Samstag 13.00 bis 19.00

- allgemeine Aussprache

- Möglichkeiten des Eingreifens in den "Herbst"

- weitere Projekte (z.B. Vernetzung)

Gesamttreffen, Samstag ab 19.00

1.Situation der Radikalen Linken

- Bilanz der bisherigen Arbeit

- Kongreßkritik

- Stellungnahmen örtlicher Gruppen

- Stellungnahme des Frauentreffens

2.Diskussion um Intervention zu den Reichstagswahlen / Umgruppierungs- prozesse der Linken

Sonntag 9.00 bis 16.00

3.Demo 3.11., weitere Aktivitäten

4.Wie intervenieren wir angesichts der Golfkrise?

5.Wie weiter? Strukturen, publizisti- sches Projekt der Radikalen Linken, weitere Konferenzen

bs

# 45. Keine linke Stimme für die Reichstagswahl - Nein zu Großdeutschland

Rubrik: Wiedervereinigung; Radikale Linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak322/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:322:22

Es ist relativ leicht, den Sozialdemokratismus der PDS, ihre Parlamentsverliebtheit und ihr Ja zur Wiedervereinigung zu kritisieren. Schwieriger ist es, gegen den PDS-Nachtrab vieler Linker einen gesellschaftlichen Gegenpol zu formieren, der an den antinationalistischen und antiimperialistischen Positionen nicht nur festhält, sondern in diesem Sinne auch interveniert. Dies gilt insbesondere für die vor uns liegenden Monate des Wahlfiebers. In dem unappetitlichen Gedrängel um die Reichstagssitze wird die reale Bedrohung, die von einem Vierten Reich ausgeht, weitgehend verdrängt werden zugunsten der "Chance", dessen parlamentarische Sanktionierung durch eine PDS- oder grüne Stimme bereichern zu dürfen: Die Reichsgründungswahl des 2. Dezember ist ein Katalysator für den Rechtsopportunismus und die PDSierung in der bundesrepublikanischen Linken.

Über die wenigen verbleibenden Möglichkeiten einer Intervention von links berieten am 25./26. August ca. 30 GenossInnen und Genossen der KB-Minderheit in Köln. Einhellige Zustimmung löste der Vorschlag aus, am Termin der Reichsgründungswahl eine Anti-Deutschland-Konferenz durchzuführen, d.h. sich demonstrativ an dieser Wahl nicht zu beteiligen. Es wurde beschlossen, diesen Vorschlag auf der für Mitte September angesetzten Nachbereitungskonferenz der Radikalen Linken (RadLi) zu präsentieren. Umstritten war der Charakter einer Wahlerklärung: Die politische Bandbreite reichte von der Propagierung des Wahlboykotts, um "eine zugespitze politische Debatte in Gang zu bringen und die Bruchstellen auch innerhalb der Radikalen Linken deutlich zu machen" (verbunden mit einem Offenen Brief an KandidatInnen aus dem Bereich der Radikalen Linken, ihre Kandidatur zu überdenken bzw. zurückzuziehen), bis zum Vorschlag einer Stellungnahme unter dem Motto: "Warum wir nicht zur Wahl der Grünen oder der Linken Liste/PDS aufrufen." Nun einfach zum Wahlboykott aufzurufen, wurde einvernehmlich verworfen, da dies mehr auf die Ablehnung der Wahl als auf den Widerstand gegen Großdeutschland orientiert und zudem die Illusion einer realen Boykottoption schürt. Different blieb die Frage der Gewichtung: Soll unsere Wahlintervention speziell in die Linke zielen und deren Wahlverhalten aufs Korn nehmen ("Keine Linke Stimme für die Reichstagswahl - Nein zu Deutschland!")? Oder sollte sich der Boykottaspekt am Termin der Gegenkonferenz festmachen und ansonsten das Nein zur Reichgründung in den Mittelpunkt gestellt werden (Etwa: "Statt Reichstagswahlen: Nein zu Deutschland!")?

Sicher ist nur, daß für die Vorbereitung einer antinationalen Intervention (Konferenzvorbereitung, Mobilisierung, Plakate, Aufrufe, Veranstaltungen etc.) die Zeit drängt. Zusätzlich verkürzt wurde sie aufgrund einer gänzlich unerwarteten, dreiwöchigen Verschiebung des RadLi- Nachbereitungstreffens. Aus den Reihen der Radikalen Linken und des KB wird deshalb nun schon im Vorfeld der RadLi-Konferenz zu einem Treffen eingeladen, um dort den Konferenz- und Wahlinterventionsvorschlag zu diskutieren. Das Ergebnis der Hamburger Diskussion vom 30.9. soll der RadLi-Konferenz am 7.10. zur erneuten und abschließenden Beratung vorgelegt werden. Im folgenden dokumentieren wir die Einladung für das Treffen am 30.9. und einen von verschiedenen Gruppen und Einzelpersonen unterstützten Aufrufentwurf, der die mögliche Stoßrichtung einer antinationalen Wahlintervention skizziert.

max.

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

mit der bevorstehenden Reichsgründungswahl wird zwar die DDR-Annexion legitimiert und Großdeutschland konstituiert. Dennoch ist der spezifische Charakter dieser Wahl nicht einmal in der radikalen Linken ein Gegenstand der Diskussion. Stattdessen beziehen sich viele von denen, die noch vor drei Monaten die "Nie Wieder Deutschland"-Orientierung mitgetragen hatten, positiv auf jene Wahlen und auf Parteien (ob Grüne oder PDS), die nicht müde werden zu betonen, daß sie die Wiedervereinigung, d.h. Großdeutschland nicht ablehnen, sondern alternativ gestalten wollen.

Auch wenn wir die einzigen sein sollten, die diese Wahlen und das sich in den Farben der Nation präsentierende Wahlangebot ablehnen, wollen und werden wir diese Ablehnung dennoch auch öffentlich

bekunden. Lieber wäre es uns allerdings, mit Menschen aus möglichst vielen verschiedenen Gruppen und Strömungen eine gemeinsame antinationalen Intervention zur gesamtdeutschen Wahl vorzubereiten.

Um diese Intervention zu diskutieren und anzugehen, möchten wir Euch zur gemeinsamen Beratung einladen nach

Hamburg, 30. September 1990, 13 Uhr, "Haus für Alle" Amandastraße 58 (Nähe S-Bahnhof Sternschanze).

Den beiliegenden Aufruf-Entwurf "Keine linke Stimme für die Reichstagswahl! - Nein zu Deutschland" betrachten wir als eine Arbeitsgrundlage für dieses Treffen. Wir schlagen vor, über eine entsprechende gemeinsame Erklärung zu beraten und einen Kongreß oder einer Arbeitskonferenz am Wahlwochenende (dieser Termin ist uns wichtig!) über die gemachten Fehler und die kommenden Aufgaben von FeministInnen und sonstigen Linken im Kampf gegen Großdeutschland vorzubereiten.

EinladerInnen: Die Frauen der Konferenz-Vorbereitungsgruppe Radikale Linke, LUPUS-Gruppe Rhein/Main, Oliver Tolmein (Redaktion "Konkret"), max. & sab. (AK-Redaktion), Bernd Schulz (Konferenz-Vorbereitungsgruppe Radikale Linke), Angelika Prömm (SOZ-Redaktion), Andreas und Marion Jacobson (VSP, Stuttgart), Christa, Dagmar, Jürgen (Initiative "Nie wieder Deutschland", Stuttgart), Werner und Rosi (Prozeßgruppe Luitgard Hornstein, Stuttgart), Heiner Möller (KB)

Kontakt: Oliver Tolmein, Tel.: 040/4910041 o. Sabine bzw. Max., Tel: 040/435320.

Dokumentation

Keine linke Stimme für die Reichstagswahl! Nein zu Großdeutschland!

Die Reichstagswahlen am 2. Dezember 1990 sollen die Restauration Großdeutschlands feierlich besiegeln und den Kampf der Regierung Kohl um den Weltmachtstatus für Deutschland nachträglich legitimieren: Das Volk hat es so gewollt. Wir haben allen Grund anzunehmen, daß das Kalkül der Regierung aufgehen wird - tatsächlich hat sich keine nennenswerte parlamentarische oder außerparlamentarische Opposition gegen die Wiedervereinigung entwickelt: Die Vorstellung, daß aus den Staaten BRD und DDR ein Deutschland werden soll, eine souveräne, durch keine Besatzungstruppen und internationalen Verträge in ihrer Handlungsfreiheit eingeschränkte Großmacht, hat sich im Gegenteil bis weit in die Linke hinein durchgesetzt. Die Erinnerung an die Geschichte des Deutschen Reiches, dessen Regierungen und Einwohner beispiellose Verbrechen begangen haben, bedeutet den meisten Menschen heute nichts mehr: Der Nationalsozialismus sei Vergangenheit, die Geschichte überwunden, von Leuten, die lange Jahre in außerparlamentarischen Bewegungen aktiv waren, wird sogar vertreten, wir heute seien die "besseren Deutschen".

Wir haben mit der Demonstration "Nie wieder Deutschland" am 12. Mai in Frankfurt versucht, für gegenteilige Konsequenzen und Ziele zu mobilisieren - und sind damit überwiegend auf Haß gestoßen und haben verärgerte Reaktionen hervorgerufen. In einer Zeit, in der sich opportunistische Anpassung an den nationalen Zeitungeist als nüchterne Realpolitik darstellt, in der behauptet wird, Schlimmeres durch Schlimmes verhindern zu können, in der Ressentiment auch bei denen durchbricht, die es bisher zu beherrschen wußten, bestätigt uns das, daß antinationale Aktionen nicht falsch sind, sondern notwendig. Massenfreundlichkeit ist kein Kriterium für antifaschistische Politik - sie ist im Gegenteil herausgefordert, klar und unmißverständlich gegen völkische Stimmung in der Bevölkerung Front zu machen und sich kompromißlos zu zeigen. Die reale Schwäche autonomer, feministischer, kommunistischer und anarchistischer Gruppen und Menschen, unser Unvermögen in die aktuellen Entwicklungen wirkungsvoller einzugreifen, als wir es tun, hat, neben den unbestreitbaren objektiven Verhältnissen, auch mit den eigenen in den letzten Monaten kraß zutage getretenen Unsicherheiten, dem zögerlichen Herangehen und unklaren Analysen der Situation zu tun. Bis weit in die nichtreformistische Linke hinein gibt es z.B. Leute, die ein "Selbstbestimmungsrecht der Deutschen" für eine wichtige Errungenschaft halten. Statt prinzipiell gegen die Wiedervereinigung zu sein und die besondere Gefährlichkeit des deutschen Imperialismus zu thematisieren, argumentieren viele Gruppen und Personen mit linkem Anspruch nur gegen deren soziale Folgen für sich und ihre Landsleute. Nicht einmal die drohende Intervention der Bundeskriegsmarine in den Golfkonflikt hat hierzulande einen spontanen Protest entfacht - statt dessen haben Leute innerhalb der Grünen, die zumindest eine linke Vergangenheit haben, dafür geworben, daß die "Weltmacht Deutschland" keine Appeasementpolitik betreiben dürfe und zur Not auch das Recht haben müsse, militärisch zuzuschlagen.

Aus alledem ergibt sich, daß wir in den nächsten Monaten uns als wesentliche Aufgabe stellen müssen, eine intensive Auseinandersetzung untereinander zu führen, damit sich die Linke hierzulande neu formieren kann. Diese Auseinandersetzung kann nicht im Abseits entwickelt werden, nicht an Schreib- und Konferenztischen, sie muß eingreifen in die aktuellen politischen Entwicklungen. Ein wichtiger Schritt ist deswegen, sichtbar zu machen, daß die "Nie wieder Deutschland"-Orientierung durch Wiedervereinigung und Wahlen nicht "veraltet", sondern dringlicher geworden ist: Gerade jetzt, wo Deutschland die kritische Masse wird, vor der wir mit guten Gründen gewarnt haben, ist die Fortsetzung und Intensivierung antinationaler Politik ein Essential linker Politik.

Den Reichstagswahlen als dem Legitimationsprojekt für dieses "Deutschland" messen wir insofern eine herausragende Rolle zu: Nicht weil es Wahlen sind, sondern weil es diese Wahlen sind. Wir müssen versuchen, den Wahlkampf zu nutzen, antinationale Politik ins Bewußtsein zu rücken. Wir rufen deswegen anarchistische, autonome, feministische und kommunistische Menschen und Gruppen auf, sich an der Reichstagswahl nicht zu beteiligen, die Auseinandersetzung darum aber für die Verbreitung unserer Position zu nutzen: "Keine linke Stimme für den Reichstag - Nein zu Deutschland!"

Wir haben unterschiedliche Gründe für diesen Aufruf, die wir nicht vereinheitlichen wollen, weil jeder für sich gut genug ist, sich an dieser Wahl nicht zu beteiligen und die Auseinandersetzung über linke Politik voranzutreiben:

- Keine der Parteien, die zur Wahl stehen, auch nicht die PDS und die Grünen, sprechen sich gegen die Wiedervereinigung aus. Im Gegenteil. Die PDS hat eine stark linksnationale Politik entwickelt. "Deutschland einig Vaterland - das ist doch ein gutes Wort", behauptet beispielsweise Hans Modrow, und auf einem PDS-Kolloquium zum Thema Antifaschismus engagierte sich Prof. Dr. Rolf Richter zur Freude des PDS-Pressedienstes für "ein positives Verhältnis zur Vereinigung beider deutscher Staaten, zu Deutschland, zur deutschen Heimat, zum deutschen Vaterland" und gegen "nationalen Nihilismus". Die Beispiele ließen sich beliebig vermehren. Innerhalb der Grünen tritt dieser "Links"nationalismus weniger kraß zutage, dafür gibt es in relevantem Ausmaß ein positives Bekenntnis zur neuen Rolle Deutschlands als Weltmacht und Überlegungen, wie diese Funktion auch militärisch, z.B. durch Interventionen im Golfkonflikt, auszufüllen sei.

Statt die Gefahren der Restauration Deutschlands für die Welt in aller Schärfe herauszuarbeiten und so neben dem außerparlamentarischen auch einen parlamentarischen Protest zu organisieren, haben die "oppositionellen" Parteien also selber nationale Positionen übernommen und die Entwicklung teilweise forciert (Deutschlandplan der Regierung Modrow). Im übrigen begnügen sie sich mit Korrekturen im einzelnen, fordern einen "sozialverträglicheren" Anschluß und mehr Selbstbeteiligung der BürgerInnen an der Restauration, z.B. durch einen Volksentscheid. Diese Haltung, auch bei der aggressivsten Expansion noch mitmachen zu wollen, "konstruktive Opposition" um jeden Preis zu sein, um einzelne Härten auszugleichen, halten wir für unverantwortlich. (Daß sie außerdem wirkungslos ist, hat der reale Ablauf der Wiedervereinigung eindrücklich gezeigt.)

- Diese Wahlen sind in allererster Linie ein Legitimationsprojekt für die Restauration Großdeutschlands. Die Stimmergebnisse im einzelnen sind demgegenüber von nachgeordneter Bedeutung. Wer in dieser Wahl einer der Parteien, und möge sie die Herrschenden hier ansonsten noch so reizen, die Stimme gibt, legitimiert damit also in erster Linie den Reichsgründungsprozeß. Bei dieser Wahl sind alle, die mitmachen, Deutsche - egal wen sie wählen.

- Umgekehrt gilt auch: Nur wer im völkischen Sinne Deutsche oder Deutscher ist, darf sich überhaupt an den Wahlen beteiligen. Über acht Millionen Ausländer, die zum Teil seit langen Jahren, zum Teil auch erst seit kurzem hier leben, die die Folgen der nationalistischen Politik sehr viel schärfer zu spüren bekommen als wir, dürfen sich weder zur Wahl stellen, noch selber wählen. Aus dem alten preußischen Drei-Klassen-Wahlrecht ist ein neues deutsches "Zwei-Rassen-Wahlrecht" geworden: Deutsche und Volksfremde. Wir verzichten auf dieses Volkstumsprivileg und solidarisieren uns mit den Menschen, die derzeit, wie vor allem die Hetze der Volksgemeinschaft gegen Flüchtlinge zeigt, zum Sündenbock gemacht werden sollen.

- Die Erfahrungen, die wir mit den Grünen gemacht haben, die das Spielbein der außerparlamentarischen Opposition im Parlament sein wollten und die mittlerweile allen, die radikale Politik außerhalb des Bundestages und der Landtage machen, einen Tritt verpassen, wenn sie ihnen in die Quere kommen, lassen uns die Beteiligung an Wahlen insgesamt sehr viel kritischer bewerten. Wir sehen angesichts des Niedergangs der

außerparlamentarischen Politik und der Schwäche der Linken keinen Sinn darin, Kräfte auf eine Auseinandersetzung über parlamentarische Aktivitäten zu konzentrieren. Eine Rekonstruktion linker Politik wird in nächster Zeit unsere wichtigste Aufgabe sein: Die Neuauflage parlamentarischer Illusionen, auch wenn sie im nüchternen realpolitischen Tonfall vorgetragen werden, kann uns daran nur hindern.

Die Nichtbeteiligung an der Reichstagswahl ist kein Boykott im herkömmlichen Sinne: Wir wissen, daß wir keine WählerInnenschar davon abhalten können, den Parteien ihre Stimmen zu schenken. Der Parlamentarismus befindet sich weniger denn je in einer Legitimationskrise - umgekehrt ist er für viele Linke zur letzten Hoffnung geworden. Uns geht es hauptsächlich darum, der nationaldeutschen Politik aller Parteien eine Absage zu erteilen und deutlich zu machen, daß wir nicht mitmachen. Wir freuen uns natürlich, wenn wir möglichst viele Menschen davon überzeugen können, daß angesichts der aktuellen Entwicklung Opposition nicht auf die Reformierung Deutschlands zielen kann, daß sie sich gegen das Projekt "Großdeutschland" insgesamt richten muß und nicht nur gegen die Umstände, unter denen es durchgezogen wird.

Weil unsere Opposition gegen die Wahlen auch ein Schritt zur Weiterentwicklung außerparlamentarischer linker Politik sein soll, rufen wir für das Wochenende 1./2. Dezember, das Wochenende, an dem andere ihre Stimme abgeben, dazu auf, sie einzusetzen: Wir wollen in Hagen (oder Nürnberg oder Stuttgart ...) eine Arbeitskonferenz zum Thema "Außerparlamentarische Opposition gegen Deutschland" abhalten. Dabei soll keine Bestandsaufnahme der Großmachtpolitik der Regierung Kohl vorgenommen werden. Wir wollen die Diskussion über die linke Haltung dazu organisieren. Uns interessiert, wie es zu diesem dramatischen Niedergang der gesamten Linken kommen konnte und welche Perspektiven wir uns erarbeiten können. Beides, die Analyse unserer falschen Traditionen und bisherigen Voraussetzungen und die Überlegung, was daraus praktisch zu folgern ist, soll in gut vorbereiteten Arbeitsgruppen diskutiert werden. Themen, die wir uns vorstellen können, sind: Wie stehen wir zum "Volk"? Wieso entschuldigen Linke falsches Verhalten so schnell durch die Benennung "sozialer Ursachen"? Wieso reagiert die Linke kaum auf die im Zuge der Wiedervereinigung dramatische Verschärfung des Fremdenhasses, und wie läßt sich eine nichtsozialarbeiterische Opposition gegen die Fronde von aufgebrachten BürgerInnen, rassistischen PolitikerInnen und gewalttätigen Skinheads entwickeln? Welche Bedeutung haben die nationalen Parolen der Friedensbewegung für die ideologische Misere in der Linken, und wie können wir heute die notwendige Antikriegsarbeit machen?

Dieses Papier ist in der KB-Minderheit entstanden.

UnterzeichnerInnen des Aufrufs: "Keine linke Stimme ..."

Oliver Tolmein (Redaktion "Konkret"), Hildegard Deininger (Konferenz-Vorbereitungsgruppe Radikale Linke), LUPUS- Gruppe Rhein/Main, Bernd Schulz (Konferenz-Vorbereitungsgruppe Radikale Linke), Heiner Möller (KB), kla. (Redaktion AK), Angelika Prömm (SOZ-Redaktion), Andreas und Marion Jacobson (VSP, Stuttgart), Christa, Dagmar, Jürgen (Initiative "Nie wieder Deutschland", Stuttgart), Werner & Rosi (Prozeßgruppe Luitgard Hornstein, Stuttgart), Antifa-AG KB/Hamburg

# 46. Predigt, Politik und PDS

Rubrik: PDS-Debatte, linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak322/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:322:44

In seinem gerade im Konkret-Literatur-Verlag erschienen Buch "Wir brauchen einen dritten Weg" überrascht Gregor Gysi, indem er gleich zu Anfang die enge Verwandtschaft von Christentum und Sozialismus behauptet. Die Aufarbeitung des Stalinismus führt ihn direkt zu einem Martin-Luther-Lob zurück. Der Unterschied zwischen Barmherzigkeit und Solidarität verschwindet tendenziell - in der Diskussion globaler Fragen kommt es vor allem auf das Gute im Menschen, nicht auf das Geschlecht oder die Klassenlage an. Die Worte des PDS-Vorsitzenden Gysi werden zwar bisher weniger zitiert, als die Werbeslogans der PDS-PR-Agentur (Take it Gysi) - seine Haltung wird in der BRD allerdings schon recht routiniert imitiert: Statt zu denken, wie die Interessen von Menschen zu organisieren wären, spontane Bewegungen aufzugreifen und weiterzuentwickeln, wird fürsorglich gedacht und sorgenvoll appelliert. Das ist natürlich auch deswegen leichter, weil es dafür keiner sorgfältigen Analyse der eigenen Möglichkeiten (die derzeit niederschmetternde Ergebnisse zeitigen würde) braucht, sondern ganz allgemein Wünsche, Hoffnungen und Eindrücke geäußert werden können. Cl.s Artikel "Keine Zeit zum Träumen" ist ein besonders tränentreibendes Stück in dieser Richtung. Um zu begründen, wieso sich BRD-Linke für die PDS engagieren sollen wird uns erklärt, wie tragisch für DDR-BewohnerInnen der Kapitalismus wirkt: "Existenzangst ... Streß ... Arbeitshetze ... Ausplünderung der Lebenskraft. Mit all dem werden die Menschen in der DDR neu konfrontiert, und daß sie das ein Stück weit gewollt haben, macht es nicht leichter für sie." Aber anscheinend auch nicht schwieriger für uns. Denn wichtiger als das, was Menschen gewollt haben ist für Cl. allemal, was sie gemeint haben könnten - und daß es ihnen jetzt gar nicht gut geht. Wären im einen Fall Arbeiterinnen in der DDR, die für die CDU gestimmt haben und jetzt "Vietnamesen raus" und "Schlesien ist unser" rufen, Menschen, die ernst genommen, deren Verantwortung herausgearbeitet werden muß und die als politische Kraft bekämpft werden müssen, erscheinen sie im zweiten Fall als Verführte, die ja eigentlich nur wollten, daß es ihnen besser gehe: Was wir jetzt verstehen müssen und weswegen wir was für sie tun sollten - z.B. die PDS wählen. "Die DDR droht zu dem Teil Deutschlands zu werden, in dem es noch spießiger, prüder, engstirniger und fremdenfeindlicher zugeht ... als es in der BRD schon der Fall ist" konstatiert Cl. - das ist nicht ganz falsch, obwohl es den Blick etwas davon ablenkt, daß (siehe Auseinandersetzung um Asyl) auch in der BRD derzeit ein gewaltiger Schub nach rechtsaußen vollzogen wird. Sie fordert bemerkenswerterweise aber nicht, diese Tendenzen möglichst entschlossen zu bekämpfen, eine strikte Abgrenzung zu vollziehen, sondern bleibt in ihren Opfermetaphern: "Die DDR droht zu werden ... " nein: Die Menschen, deren trauriges Schicksal sie uns wortreich vor Augen führt, drohen: Entweder es geht uns besser als jedem Vietnamesen, Türken, Italiener - oder wir machen sie platt, kein anonymes Staatsgebilde, sondern entscheidungsfähige Individuen schüren das Ressentiment, schlagen zu, schließen sich zusammen und schaffen ein terroristisches Klima. Das von Cl. so sorgfältig ausgemalte, rührselige Bild von Opfern, über die der Kapitalismus jetzt hereinbricht und denen wir deswegen schützend zur Seite stehen müssen, eröffnet keine neue Perspektive, sondern erweist sich als alter Kitsch in neuen Farben. Mobilisierung von Wahlkampfunterstützung erfolgt nicht durch taktische und strategische Argumentation, sondern durch die Häufung von Reizworten: "Betroffene", "Ohnmacht", "Sie werden nicht nach ihren Vorstellungen gefragt", "ihrer Identität beraubt". Das Resumee, das Cl. zieht, strotz vor konservativer Metaphorik: "Der Umbruch bewirkt die Entwurzelung jedes Einzelnen aus den gewohnten Lebensverhältnissen der alten Geborgenheit". Der realexistierende Sozialismus - ein Lore-Roman, der Kapitalismus - der gierige Moloch, die Menschen - keine handelnden, verantwortlichen Subjekte, sondern hilflose Objekte gewaltiger Verschwörungen ... Die PDS erscheint als aufopferungsvolle Retterin in der Not: "Die PDS hat sich eine Aufgabe aufgebürdet an der sie möglicherweise zerbrechen wird und dennoch hat sie keine andere Wahl ... mußte sie ... sie mußte ... sie muß ... sie muß ... sie muß." Statt politische Entscheidungen zu diskutieren wird hier einem Determinismus das Wort geredet. Zwar behauptet Cl., die PDS stehe für "die emanzipative Kraft der sozialistischen Ideen", in ihrem Text straft sie genau diese Aussage aber ein ums andere mal Lügen: so wie sie PDS und deren Politik charakterisiert steht sie fürs schlechte Gewissen und einen hehren Opfermythos: Keine Interessen bestimmen linke Politik, sondern entsagungsvolle Gesten und - Ignoranz: "Die PDS weiß nichts von den Mühlen des Parlamentarismus, der alle Ansätze von Basisdemokratie knebelt". Ja, warum denn nicht? Der Parlamentarismus ist doch keine Erfindung der BRD-Bourgeoisie - die PDS beruft sich doch sonst so wortreich auf die kommunistischen KlassikerInnen, allen voran auf Rosa Luxemburg. Die Nonchalance

Gysis, der bei jeder Kritik von links freundlich schulterzuckend erklärt, wieviel seine Partei noch lernen müsse, erweist sich auf alles und jedes angewandt als blöde Phrase.

"Wir haben also eine Situation, in der Menschen in der DDR fragen `Wie soll der Sozialismus denn nun besser funktionieren' - was an sich ja eine sympathische Frage ist. Wir könnten darauf antworten ... " - es läßt sich anscheinend alles, selbst die uns bevorstehende harte Auseinandersetzung um die Perspektiven kommunistischer Politik, freundlich-unverfänglich zum Frage-Antwort-Spiel herunterreden. "Die PDS weiß um ihre Defizite in der Parlamentsarbeit ... unsere Antwort könnte sein, daß wir der PDS den einen oder anderen Tip, die eine oder andere Warnung mit auf den Weg geben ... Diejenigen, die in der Linken Liste/PDS mitarbeiten haben sich für mehr entscheiden". Welches Schweinderl hätten's denn gern? Die einen KommunistInnen geben also Tips, die anderen entscheiden sich für mehr - im Verlauf der letzten Jahre sind offensichtlich einige Erkenntnisse und Maßstäbe flöten gegangen. In unverbindlich-freundlichem Plauderton werden hier strategische und taktische Optionen banalisiert, kein Wunder, daß sich Cl. nicht die Mühe macht außer den lieben Floskeln auch noch den einen oder anderen Gedanken zu streuen. Stattdessen werden Einsichten über linke Realpolitik formuliert, die einen glauben lassen, man habe sich in die falsche Zeitung verblättert: "Bei der Noch-Verankerung der PDS in der Gesellschaft, bei ihrem Anspruch, ein `Anwalt der Schwachen' zu sein, was einer Selbstverpflichtung auf eine reformerische Politik gleichkommt, bei der gebrochenen Identität der Menschen in der DDR, steht die PDS geradezu in der Pflicht, den Menschen so etwas wie ein Rückgrat zu sein". Schon das Mißverständnis, eine linke Partei solle "Anwalt der Schwachen" sein, zeugt davon, daß hier Stellvertreter-Politik propagiert wird und nicht emanzipatorische. Zum Skandal in fast jeder Hinsicht wird dieser Gedanke aber, wenn er so radikal weitergeführt wird, wie hier von Cl.: Die PDS stehe in der Pflicht, den Menschen so etwas wie ein Rückgrat zu sein ... Nur die Partei also wäre in der Lage den aufrechten Gang zu ermöglichen, dies läge demnach weder in der Verantwortung noch im Vermögen der einzelnen Menschen. Eine trefflichere Entschuldigung von MitläuferInnentum und Duckmäusertum läßt sich kaum formulieren - angesichts der traurigen Tradition kommunistischer Organisationen, in denen tatsächlich die Partei oft alles galt, der/die Einzelne nichts (und deren Mitglieder sich vielfach dementsprechend verhielten) kann so eine Formulierung nicht mal als Mißgeschick hingenommen werden - zumal nicht, wenn kurz vorher die Tatsache, daß sich "die BRD-Linke ... vor niemandem außer vor sich selbst verantworten muß" so dargestellt wird, als sei es leichter sich vor sich selbst, als vor "den Massen" zu verantworten. Das Gegenteil ist hoffentlich der Fall.

"Warum sich radikale Linke an der Linken Liste/PDS" beteiligen ist Cl.s Text überschrieben - eine Antwort darauf enthält der Text nicht, setzt man radikale Linke nicht mit alten ML-Politikformen gleich. Dann allerdings macht neben dem Gedanken, die Partei sei Rückgrat der Menschen, ein Vorzug wäre es nicht sich selbst, sondern den Massen verantwortlich zu sein, auch folgender Satz Sinn: "Eine sozialistische Partei mit Masseneinfluß ist für die BRD-Linke, die über so etwas nicht verfügt hat ... ". Der Sinn ist allerdings ein Un-Sinn und es bleibt zu hoffen, daß die BRD-Linke nie und nimmer über eine "Partei mit Masseneinfluß" "verfügen" kann: Was dabei rauskommt wenn Menschen, und seien sie durch ihre Biografie noch so sehr als integere Menschen ausgewiesen, über eine Partei verfügen können lehrt u.a. die Geschichte der SED. "Keine Zeit zum Träumen" - das klingt realistisch, ist aber nicht mehr als ein Kommando, sich einzureihen. Daß die alte Denkensart jetzt um eine sozialarbeiterische Dimension ergänzt wird, macht sie allerdings keinen Deut besser. Mit einem Gemisch aus "kühlem Pragmatismus" und fürsorglicher Rhetorik kann keine emanzipatorische Politik, sondern bestenfalls ein Betreuungsverhältnis entwickelt werden: Warum sich radikale Linke um die DDR-Bevölkerung kümmern müssen ...

Fassanbass

# 47. Nichts ist unmöglich: Außerordentliche Delegiertenkonferenz der VSP (*)

Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak322/54.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:322:54

Ganz im Zeichen der Reichstagswahl stand die Diskussion auf der außerordentlichen ZDK der VSP, die am 8./9.9. in Köln stattfand. Zentraler Tagesordnungspunkt war die Frage nach der Beteiligung der VSP am Projekt Linke Liste/PDS, denn das PDS-Fieber ist auch an der VSP nicht spurlos vorübergegangen.

Eingeleitet wurde die Debatte von Törk Hansen über die Aufgaben der VSP im bevorstehenden Wahlkampf, wobei er drei wesentliche Komplexe für ein Eingreifen der Linken skizzierte:

- Die Souveränitätsdebatte im Rahmen der Golfkrise habe gezeigt, daß die deutsche Bourgeoisie in ein zunehmendes Konkurrenzverhältnis gegenüber anderen Weltgendarmen trete. Nach der immer sehr abstrakten Diskussion über den Charakter des Imperialismus habe die Linke momentan die Chance, eine sehr konkrete Kritik zu entwickeln.

- Die Diskussion über die Kosten der Wiedervereinigung. (Die Bevölkerung der DDR habe keine Lust, lange die Rolle von Menschen zweiter Klasse einzunehmen, sie betrachte das Lohngefälle als eine vorübergehende Erscheinung, während die Bourgeoisie Opferbereitschaft erwarte.) In diesem Konflikt müsse die Linke mit der Losung "Die Reichen sollen zahlen" eingreifen.

- Im Zeichen der deutsch-deutschen Entwicklung sei eine Zunahme des Rassismus zu verzeichnen. Das Asylrecht werde verschärft und grundsätzlich in Frage gestellt, das Ausländergesetz verschlechtere die Situation der AusländerInnen auf vielen Ebenen, demgegenüber müsse die Linke sich für den verfassungsmäßigen Status eines Einwanderungslandes einsetzen. Der §116 in der Verfassung, der allen sogenannten Volksdeutschen Aufnahme in der BRD gewähre, müsse gestrichen und durch ein verbessertes Recht für alle AusländerInnen ersetzt werden.

Die Rede war ausschließlich von staatliche verordnetem Rassismus, keine Erwähnung fanden die zahllosen Übergriffe der letzten Monate und die hohe Akzeptanz von rassistischen Maßnahmen z.B. gegenüber vietnamesischen ArbeiterInnen in der DDR. Die Formel von den Reichen, die zahlen müßten, wirkte vor diesem Hintergrund wie eine hilflose Anbiederung, die man sich nicht mit unpopulären Parolen gegen Nationalismus und Rassismus verderben will. Mit Berichten aus allen Landesverbänden über Aktivitäten in der Linken Liste/PDS begann die Diskussion über eine Beteiligung der VSP an diesem Projekt. Die Berichte ergaben dann allerdings, daß im Grunde alle Fakten schon geschaffen waren:

- Bis auf Hamburg ist die VSP in allen Bundesländern am Zustandekommen der jeweiligen LiLi-Zusammenhänge beteiligt gewesen und arbeitet dort nach wie vor aktiv mit.

- Z.B. in Hessen ist Jakob Moneta in den Landesvorstand gewählt worden.

- Nach anfänglichen Schwierigkeiten mit den InitiatorInnen des Projekts, die die roten runden Tische, an denen auch die VSP beteiligt war, aus der Linken Liste lieber herausgehalten hätte, ist man inzwischen allerorten weitgehend integriert. Das mußte allerdings hart erkämpft werden, denn in fast allen Berichten war von einer ablehnenden Haltung der InitiatorInnen gegenüber dem linksradikalen Spektrum die Rede. Besonders in dem Bericht aus Baden-Württemberg über die erste öffentliche Versammlung der Linken Liste/PDS, zu der 260 TeilnehmerInnen aus dem Spektrum Linke Grüne, BürgerinitiativlerInnen, Feministinnen, BWK, VSP, DKP gekommen waren, ging deutlich hervor, daß die Referenten Michael Stamm und Wolfgang Gehrke einen großen Teil der Versammlung offen verprellten, indem sie klarstellten, daß das anwesende Publikum nicht die interessante Klientel für die LiLi sei. Von Politischen Auseinandersetzungen mit der Linken Liste berichtete vor allem die Gruppe Kiel, die mit klaren politischen Vorgaben in das Projekt gegangen war: Sie hätten eine Programmdiskussion angeregt und dort Kritik an der von der LiLi/PDS favorisierten "sozialen Ausgestaltung der Marktwirtschaft" und deren unkritischen Haltung zum Parlamentarismus eingebracht, was zu einem Sondertreffen der PDS/LiLi-Landesleitung mit VSP, BWK und DKP führte, wo man ihnen nahelegte, nicht mit ihrer gesamten Mitgliedschaft in die Linke Liste einzutreten, die leidige Programmdebatte endlich abzubrechen und das Programm der Linken Liste/PDS endlich anzuerkennen, im Rahmen der Linken Liste könne es keine "Freiheit der Propaganda" geben. Trotz dieser negativen Erfahrungen sahen die Kieler die Linke Liste als eine

Möglichkeit der "Bündelung der Linken". In der folgenden Diskussion argumentierten die BefürworterInnen des Projekts Linke Liste aus unterschiedlichen Ecken:

- Ein Teil, wie z.B. die Kieler, sieht hier die Chance eines Zusammenrückens der Linken zu einem stärkeren Block, wobei die Frage der Inhalte, die dieses Projekt transportiert, von vielen ausgespart wurde.

- Ein anderer Teil ist mit den Inhalten, für die die Linke Liste steht, ganz zufrieden beziehungsweise sieht hier die engen Möglichkeiten linken Eingreifens voll ausgeschöpft. Z.B. Jakob Moneta verteidigte das Programm der Linken Liste als eine gute Plattform für die Linke. Wichtigster Protagonist dieser Linie war Horst-Dieter Koch, der in einem wortreichen Positionspapier sein Engagement für die PDS damit begründete, daß in einer Zeit, in der die Linke kein Konzept für die Umwälzung der Gesellschaft habe, die Trennung zwischen Reformismus und Revolutionarismus vorübergehend ihre Wirksamkeit verliere. Bis zur Entwicklung einer Programmatik der revolutionären Linken könne der Kampf nur um Reformen geführt werden. Gruppen, die heute gegenüber dem Parlamentarismus Arbeiterselbstverwaltung oder demokratische Planwirtschaft forderten, könne man politisch nicht ernst nehmen.

Auch die KritikerInnen argumentierten unterschiedlich:

- Viele störte das undemokratische Vorgehen der Linken Liste, bei dem zahlreiche Linke von vornherein ausgegrenzt werden sollten;

- VertreterInnen der "Plattform zur Erneuerung der VSP" kritisierten die reformistische Politik der PDS und betonten, daß derjenige, der dort kandidiere, in der Linken keine revolutionäre Position mehr vertreten könne. Die Mehrheit dieser Strömung argumentierte in der politischen Einschätzung der Lage allerdings mit einem ähnlich anbiederischen Ökonomismus wie Törk Hansen in seiner Einführung. Insbesondere fehlten auch hier Aussagen zu Rassismus und Nationalismus.

Ausschließlich Hans-Jürgen Schulz ging in einem seiner Redebeiträge auf den zunehmenden Rassismus und Rechtsradikalismus in der DDR ein. Den Vorschlag der KB-Minderheit für einen Wahlboykott unterstützte Angelika Prömm, frischgebackene SOZ-Redakteurin. Sie begründete ihre Position nicht mit Kritik an der PDS, sondern ausschließlich mit dem undemokratischen Charakter der Reichstagswahl. Sie knüpfte zwar als einzige Rednerin am politischen Ansatz der Radikalen Linken an, aber dies in einer ausgesprochen platten Form. Vollends unglaubwürdig machte sie sich durch ihre Unterstützung für den Antrag der Leitung, der jede Aktivität zur Wahl ermöglicht, die sie damit begründete, daß die Wahl im Grund egal sei und man die Organisation nicht wegen einer Auseinandersetzung auf einen Nebenschauplatz auseinanderfliegen lassen könne.

Weitgehend steril und pragmatisch wirkte das Eingreifen von Winfried Wolf und Angela Klein, die beide eher formal in die Debatte eingriffen. Angela Klein betonte, daß der von der Leitung vorgelegte Antrag ein realistisches Bild der Praxis der Organisation darstelle. Niemand werde hier mit seinem politischen Ansatz ausgegrenzt. Die Situation dürfe jetzt nicht danach beurteilt werden, was einem alles nicht passe, denn das Spektrum der Linken Liste/PDS sei so breit wie kein anderer linker Zusammenhang in der Geschichte der BRD, und bei der Umgruppierung der Linken im Rahmen des gesamtdeutschen Prozesses spiele die PDS eine entscheidende - politisch noch unbestimmte - Rolle. Die VSP dürfe in diesem Prozeß nicht außen vor stehen, ohne daß dies als Konkurrenz zu Projekten wie der Radikalen Linken stehe. Auch Winni Wolf verteidigte das Engagement für die Linke Liste/PDS. Konsens gebe es, so Winni Wolf, in der Einschätzung der PDS als reformistische, mit den Eierschalen des Stalinismus behaftete Partei. Aber ein Engagement müsse doch möglich sein, wenn man sein eigenes Profil behalte, Kandidaturen seien ja wohl, wenn man sich einmal für die Linke Liste entschieden habe, nur die logisch Folge. Zur Abstimmung standen am Schluß zwei Anträge:

- Ein Antrag der Leitung, der alle Optionen offenhält. Festgestellt wird dort u.a., die VSP sehe in der Linken Liste/PDS einen Versuch, linke Opposition im nicht verhinderbaren Großdeutschland zusammenzufassen und politisch wirkungsvoller zu machen. Sie suche daher mit der Linken Liste/PDS die solidarische Auseinandersetzung und halte es für sinnvoll, das GenossInnen der VSP in der LiLi/PDS mitarbeiten. Andererseits könnten sich jene GenossInnen, die bei den anstehenden Wahlen eine andere Haltung einnehmen, "in der gleichen Weise auf Inhalte der Diskussion in der VSP stützen".

- Ein Antrag der Erneuerer-Plattform, demzufolge sich die VSP weder als Organisation noch durch individuelle Kandidaturen an der Linken Liste beteiligen solle. Der Antrag der Leitung wurde mit 27 Ja-Stimmen, 19

Nein-Stimmen und einer Enthaltung verabschiedet, der Antrag der Plattform mit 20 Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen und einer Enthaltung abgelehnt. Ebenfalls in diesem Zusammenhang diskutiert wurden zwei Anträge, die andere linke Projekte bevorzugten:

- Ein Antrag, der auf eine Vereinigung der VSP, VL und KB-Minderheit orientierte und damit an die Vereinigungspraxis der VSP anknüpfte.

- Ein Antrag, der für einen engen Diskussionszusammenhang der nichtreformistischen Linken plädierte, wobei insbesondere Teile der VSP, der VL und des KB genannt wurden. Während der erste Antrag oberflächlich über die bestehenden Differenzen hinwegging, wurde hier über Probleme eines revolutionär-sozialistischen Arbeits- und Diskussionszusammenhangs nicht geschwiegen, aber die Notwendigkeit einer organisierten Diskussion innerhalb der radikalen Linken betont. Beide Anträge wurden mit einem Antrag auf Nichtbefassung vom Tisch gefegt, was darauf schließen läßt, daß das Interesse der Mehrheit dort an einer verbindlichen Diskussion innerhalb der radikalen Linken nicht sehr groß ist. Verabschiedet wurde schließlich eine Resolution, die den Schwerpunkt auf eine Zusammenarbeit mit der Linken der DDR legt.

Die Diskussion auf der ZDK machte deutlich, daß die VSP zur Zeit weitgehend auf das Projekt Linke Liste/PDS setzt. Vielen geht es dabei nicht einmal nur um eine Beteiligung an der Wahl, sondern um einen Umgruppierungsprozeß der Linken. Daß hierbei die Linke gegenüber der PDS maximal ein Juniorpartner sein kann, spielte für niemanden eine Rolle, übrigens auch nicht für Winni Wolf, auf dessen politische Einordnung des PDS-Projektes in Relation zur Radikalen Linken man vergeblich wartet. Hans-Jürgen Schulz von der "Plattform" kritisierte als einziger dieses Mißverhältnis zwischen dem Koloß PDS im Osten, der die Linke Liste nicht als offenes Bündnis sondern als Partei-Aufbau-Projekt sehe, und einigen linken Piepsmäusen im Westen, die meinten, sie könnten den Koloß umgruppieren.

Hinzu kam, daß die politische Debatte immer wieder von Beschwörungen überlagert wurde, doch niemanden mit "seinem" Ansatz auszugrenzen. Was eigentlich als politische Auseinandersetzung geführt werden sollte, geriet immer wieder zum Exkurs über Pluralismus, wenn beispielsweise Angela Klein vertrat, es komme darauf an, einen Antrag zu verabschieden, der alle in der VSP vertretenen Ansätze umfasse oder Hotschi Koch davon abriet, sich auf eine Position festzulegen, weil doch die Zeiten der "Linienorganisationen" vorbei seien. Da fragte sich so mancheR, wozu man eine linke Organisation braucht, wenn die sich in wichtigen Entscheidungen auf das Prinzip der politischen Beliebigkeit festlegt.

Lia

# 48. Kein Unvereinbarkeitsbeschluß in der PDS

Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak322/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:322:20

Arbeitsgruppe Radikale Linke in der PDS?

Berlin (ND). Unter dem Titel "Sozialismus oder Barbarei!" ist ein Grundlagenpapier einer selbsternannten Arbeitsgruppe Radikale Linke in der PDS in Umlauf gebracht worden. Das Präsidium des Parteivorstandes der PDS hat sich damit auf seiner Sitzung am 30. Juli befaßt und erklärt, daß ihm eine solche Arbeitsgruppe in der PDS zur Zeit nicht bekannt ist. Das Positionspapier sei mit Programm und Statut der PDS nicht vereinbar und müsse als Versuch zurückgewiesen werden, aus der PDS eine linkssektiererische Vereinigung zu machen. Beschlossen wurde, mit den Verfassern des Positionspapiers Gespräche zu führen und den Standpunkt des Präsidiums zu erläutern.

Neues Deutschland, 7.8.90

Unter dem Titel "Unvereinbarkeitsbeschluß in der PDS?" erschien im letzten ak (321, S.29) ein Artikel, der sich mit den Vorfällen um die "AG Radikale Linke in der PDS" befaßt. Die Autorin berief sich dabei ausschließlich auf einige öffentliche Stellungnahmen, ohne wohl selbst den Hintergründen nachgegangen zu sein. Denn anders ist ihre Einschätzung, es handele sich bei dem Umgang mit der "AG Radikale Linke" um einen "Testballon" und "Präzedenzfall einer Ausgrenzung nach links", hinter dem sogar das ganze Parteipräsidium einschließlich Gysi stehe, wohl kaum zu erklären. Das alles wäre nicht so wichtig, wenn der "Fall Radikale Linke in der PDS" nicht inzwischen bei einem gewissen Spektrum westdeutscher Linker zum Standardbeispiel herangezogen würde, um damit ihre ebenso naserümpfende wie oberflächliche Haltung gegenüber der PDS zu begründen, siehe auch O. Tolmein in konkret 9/90.

Ursprünglich - einige Tage, bevor die Chronologie im letzten ak einsetzt - stand der Disput noch unter einem besseren Stern. Die AG Radikale Linke, die nach eigenen Angaben aus "mehr als drei und weniger als hundert Leuten", nach Aussagen von anderen Linken in der PDS aus zwei PDS-Mitgliedern und 2-4 Westlinken besteht, hatte ihr Papier "Sozialismus oder Barbarei" (abgedruckt im letzten ak) an den PDS-Parteivorstand geschickt, damit es Bestandteil der weiteren Debatten in der PDS, unter anderem auf der Erneuerungskonferenz, wird. Am 27.7.90 schrieb André Brie (Präsidiumsmitglied der PDS) an die AG Radikale Linke:

"Liebe GenossInnen! Ich bedanke mich herzlich für Euer Papier zur Erneuerungskonferenz. Es wird bei uns gründlich ausgewertet und in die Erarbeitung des Referats einbezogen werden. Ich glaube, daß kontroverse Standpunkte angesichts des Standes unserer Formierung, der Kompliziertheit vieler Fragen und der Tiefe verschiedener (!) Umbrüche (in unseren Kampfbedingungen, in den Gesellschaften, in der Welt, in den Entwicklungsbedingungen des Individuums) nicht nur normal, sondern dringend notwendig und nützlich sind.

Ich bin auch mit nicht wenigen Eurer Aussagen einverstanden, möchte aber hier in gebotener Kürze auf zwei grundsätzliche Probleme hinweisen: (...)".

A. Brie dokumentierte mit diesem Brief seine Bereitschaft zur inhaltlichen Auseinandersetzung und damit das Gegenteil von Ausgrenzung. Da der AG ein Büro versprochen worden war, adressierte er seinen Brief dorthin, was dann der Ausgangspunkt für eine Reihe von Mißverständnissen wurde. Denn statt eines Schlüssels für ihr Büro erhielten die Leute von der AG Radikale Linke zwei Wochen lang Hinhalte-Trost, wie sie selbst berichten. Sie interpretierten das politisch, besonders nachdem sie statt des Briefes von A. Brie den angeblichen Beschluß des Präsidiums vom 30.7. erhielten, der auch im letzten AK zitiert ist. In einer etwas hitzköpfigen Reaktion antworteten die Genossen der AG Radikale Linke mit einer Presseerklärung, die zusammen mit ihrer Plattform auf einer großen Veranstaltung in Westberlin verteilt wurde: sie seien aus der PDS ausgeschlossen worden, behaupteten die Vertreter der AG, und die Veröffentlichung ihres Papiers sei vom "Neuen Deutschland" (ND) bisher "systematisch verhindert" worden.

Ein Mitglied der Gruppe meint heute, diese Erklärung wäre nie so geschrieben worden, wenn ihnen damals schon der Brief von A. Brie bekannt gewesen wäre. In diesem Moment aber bildete sie die Grundlage für die aufgeregte Reaktion von Leuten aus der PROWO, der PDS-Ini und der Linken Liste WB, die gleich den großen

Hammer kreisen ließen und in einer öffentlichen Erklärung vom "Rückfall in stalinistische Verhältnisse" schrieben.

Nachfragen ergaben zwar, daß es sich bei dem angeblichen Präsidiums-Beschluß um Einzelmeinungen gehandelt hat und nur ein einziger Beschluß gefaßt worden ist, nämlich daß A. Brie und R. Börner sich um ein Gespräch mit der AG Radikale Linke bemühen sollten. Im übrigen wurde auch festgestellt, daß der Ausschluß einer AG oder Plattform in der PDS statuarisch gar nicht möglich ist. Auch die angebliche Weigerung des ND, die Plattform abzudrucken, stellte sich bei genauerem Hinsehen als etwas komplizierter heraus: In einem längeren Gespräch hatte der Redakteur des ND, Jürgen Krause, der AG RL angeboten, statt des rohen Abdrucks ihres Papiers ein Portrait ihrer Gruppe mit Darstellung ihrer Positionen zu bringen, was wiederum die AG RL abgelehnt hatte.

Aber eine sachliche Klärung wurde spätestens da obstruiert, als in die eh schon reichlich aufgebrachte Stimmung der 22-Zeiler des Neuen Deutschland am 7.8. platzte, in dem von der oben erwähnten Präsidiums-Debatte des 30.7. berichtet wurde und der in der Tat vom Geist alten Denkens durchdrungen war. Daß das ND mit einwöchiger Verspätung solch einen Artikel veröffentlichte, mußte den Arbeits(AG)- und Interessengemeinschaften (IG) innerhalb der PDS wie ein Alarmsignal erscheinen, einige befürchteten hier den Versuch von bestimmten Teilen des alten Apparates, am Beispiel der relativ isolierten und bedeutungslosen AG Radikale Linke eine Ausgrenzung zu probieren. Die "Kommunistische Plattform in der PDS" reagierte daraufhin sofort mit dem inzwischen bekannten und im ak teilweise zitierten Offenen Brief.

Inzwischen hat sich die Auseinandersetzung weitgehend beruhigt. R. Börner und A. Brie bemühen sich derzeit um einen neuen Gesprächstermin mit der AG RL, weil der für den August vereinbarte von GenossInnen aus der AG aus Urlaubsgründen nicht wahrgenommen werden konnte. Die diversen AGen, IGen und Plattformen in der PDS, beschlossen auf ihrem landesweiten Treffen am 25.8. eine Resolution, in der es u.a. heißt: "Wir können uns mit der bisherigen Form der Auseinandersetzung mit und um die AG Radikale Linke nicht einverstanden erklären. Sie widerspricht nicht nur unserem Grundverständnis von Selbstorganisation der AG, IG und PF, sondern insbesondere auch dem Demokratieverständnis einer Partei des demokratischen Sozialismus.(...) Der nunmehr eingeschlagene Weg der inhaltlichen Auseinandersetzung, des Gesprächs und der Diskussion ist der einzig vernünftige, gangbare und uns allen nutzbringende und sollte die Politik der Partei auf allen Ebenen auszeichnen."

Ein Unvereinbarkeitsbeschluß steht also keineswegs auf der Tagesordnung, war auch von den verantwortlichen Leuten nie geplant. Es scheint jetzt nicht unwesentlich auch vom Bemühen der AG Radikale Linke selbst abzuhängen, inwieweit tragbare Regelungen getroffen werden können.

Allerdings weist der Konflikt um die AG Radikale Linke auf zwei grundsätzliche Probleme hin: Einmal auf ein internes Problem der PDS: es existieren zur Zeit keine statuarischen Regelungen für den Umgang mit und den Status der AGen, IGen und Plattformen. Weder können sie bestimmte Rechte beanspruchen, noch ist ihre Stellung in den Parteistrukturen gesichert. Ebensowenig sind ihre Pflichten und Voraussetzungen definiert, also z.B. die Frage geklärt, ab wann sich eine Gruppe "AG in der PDS" nennen kann. Daß solche Dinge - trotz aller Pluralität und demokratischem Umgang - irgendwie geregelt werden müssen, liegt auf der Hand.

Zum zweiten auf die sicherlich nach wie vor starken Strömungen in der PDS, die ihre großen Probleme mit linken Fraktionen und Positionen haben und denen der offene Streit innerhalb ihrer Organisation vollkommen fremd ist. Sie reagieren mit Verunsicherung, z.T. Ablehnung und manchmal auch administrativ, wenn sie können. Es gibt auch erhebliche Widerstände gegen den Kurs von Gysi, Brie, Börner u.a. Diese Dinge bilden die Grundlage für die Befürchtungen, die von den AGen immer wieder formuliert werden. Ebenso sicher aber hilft die BRD-Linke den linken Kräften in der PDS nicht dadurch, daß sie Konflikte wie den beschriebenen einfach anheizt und für ihre jeweiligen internen Streits nutzt. Eine gewisse Ernsthaftigkeit, eine Beschäftigung mit der aktuellen Situation in der PDS, ihren internen Umgangsformen und Debatten, wäre hier durchaus angebracht.

mi., Berlin

# 49. PDS gegen "Sektierer"?... Eine notwendige Richtigstellung

Rubrik: PDS · CD-Datei: daten/aksuche/ak322/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:322:29

Eine kritisch-solidarische Auseinandersetzung mit der PDS ist unbestrittenermaßen notwendig. Sie sollte sich jedoch auf deren tatsächliche Aussagen und Handlungen beziehen. Besonderer Beliebtheit erfreut sich in linken und linksradikalen Kreisen der Nachweis, daß die PDS sich nach links hin abgrenzt. Der "Fall Lichtenberg" scheint sich dafür besonders zu eignen, weil sich die PDS hier sogar von Antifaschisten distanziert und diese sogar verurteilt habe.

Enthüllt wurde dieser "Fall" zuerst von der Westberliner Zeitung "ProWo" (August-Sondernummer). Dokumentiert wurde darin ein Antrag der CDU-Fraktion in der Berliner Stadtverordnetenversammlung Lichtenberg "zur Einleitung notwendiger Maßnahmen gegen den Radikalismus im Stadtbezirk Berlin-Lichtenberg" vom 9. Juli 1990, dem angeblich auch die dortige PDS-Fraktion zugestimmt haben soll.

Zitiert wird in der "ProWo" auszugsweise ein Teil des CDU-Antrags, in dem es wörtlich heißt: "3. Die Stadtbezirksversammlung ersucht den Stadtrat für Inneres, Ermittlungen gegen die Organisation einzuleiten, die sich hinter der Bezeichnung "Antifa-Info-Telefon 229 29 12" verbergen, die mit einer Flugblattaktion (...) die Verantwortung für die Ausschreitungen vom 23.6.1990 übernommen hat und zu weiteren terroristischen Aktionen aufruft. Die zuständigen Stellen beim Magistrat bzw. bei der Volkskammer werden ersucht, im Ergebnis der Ermittlungen die notwendigen Schritte gemäß Vereinigungsgesetz (...) einzuleiten".

Außerdem vermeldete "ProWo", daß SPD und PDS einen weiteren Antrag der CDU-Fraktion unterstützten, in dem diese die VeranstalterInnen der Antifa-Demonstration vom 23.6.90 auf 80.000 DM Schadensersatz verklagt.

Auf die entsprechende "ProWo"-Quelle nehmen dann sowohl max. und sab. (KB-Minderheit) in ihrem Beitrag "Take it Gysi?" (ak 321) als auch Oliver Tolmein in der "Konkret" (August 1990) Bezug. Da Übertreibungen in jeder Hinsicht offenbar in große Mode gekommen sind, wird aus der 39-köpfigen Fraktion des Lichtenberger Bezirksparlaments der PDS sogleich "die Berliner PDS" (O. Tolmein).

Die Fakten

Am 23.6.90 kam es im Rahmen einer antifaschistischen Demonstration zu handgreiflichen Auseinandersetzungen mit der Polizei in jener Weitlingstraße im Bezirk Lichtenberg, in der Neonazis ein Haus besetzt halten. Die militanten Auseinandersetzungen, in Westberlin hinreichend bekannt, waren nicht nur für die dortigen AnwohnerInnen neu, sondern auch den Parteien.

Die CDU setzte daraufhin eine Sondersitzung des dortigen Bezirksparlaments durch, in dem die PDS die relative Mehrheit, die SPD den Bürgermeister stellt. Es handelte sich genau genommen um zwei Anträge, die erst zu Beginn der Stadtverordnetenversammlung eingebracht wurden, vorher also von den verschiedenen Fraktionen (SPD, PDS, Grüne, Bündnis `90) nicht mehr beraten werden konnten. Der erste Antrag der CDU-Fraktion wurde von PDS, Grünen und Bündnis `90 bei Enthaltung der SPD abgelehnt. In dem Antrag forderte die CDU u.a. eine scharfe Verurteilung der "Ausschreitungen" und "alle möglichen Maßnahmen gegen jeglichen Radikalismus, ob rechts oder links". Weiterhin solle der Magistrat Maßnahmen zur "Eindämmung und Beseitigung des linken und rechten Terrorismus" und strafrechtliche Schritte einleiten.

Der von "ProWo" auszugsweise zitierte zweite CDU-Antrag besteht aus drei Teilen. Im ersten Punkt wird der Rat des Stadtbezirks beauftragt, "alle rechtlichen Mittel und Möglichkeiten zur Gewährleistung von Recht und Ordnung und insbesondere zur Beseitigung des Radikalismus und Terrorismus zu ergreifen". Hierzu solle eine parlamentarische Arbeitsgruppe gebildet werden. Im zweiten Punkt wird das Präsidium der Volkskammer ersucht, ein mögliches Verbot der faschistischen "Nationalen Alternative" nach dem Parteiengesetz zu prüfen. Der dritte Punkt ist fast identisch mit der ProWo-Dokumentation; statt "Ermittlungen" gegen die Betreiber des Antifa-Telefons heißt es "geeignete Schritte (...) einzuleiten".

Nach Rückfragen bei der Fraktion der PDS-Fraktion Lichtenberg ergab sich erstens, daß die PDS-Fraktion nicht in ihrer Gesamtheit, sondern Teile von ihr diesem Antrag zustimmte, ein anderer Teil dagegen votierte.

Über eine angebliche Schadensersatzforderung an die Antifaschisten in Höhe von 80.000 DM wurde überhaupt nicht abgestimmt.

Die Ungereimtheiten lassen sich vermutlich daraus erklären, daß die "ProWo" ihre Informationen offensichtlich nicht aus erster Hand bezogen hat, denn dann hätten sich einige Punkte aufklären lassen können. Andererseits ist aber auch sonst niemand auf die Idee gekommen, bei den kritisierten PDS-FraktionärInnen in Lichtenberg nachzuhaken. Offensichtlich paßten die Enthüllungen der "ProWo" nur zu gut in die Argumentation, die PDS grenze sich nach links hin ab.

Klärungsbedarf

Die Auseinandersetzungen um die Weitlingstraße und das Abstimmungsverhalten der PDS-Fraktion selbst war nicht einheitlich und auch in sich widersprüchlich. Sie sind zu einem Teil dem Umstand geschuldet, daß die noch junge PDS-Parlamentsfraktion noch nicht die gängige Routine beherrscht und sich vorher über die Anträge nicht abstimmen konnte. Konsequenterweise hätte sie den umstrittenen CDU-Antrag ebenso ablehnen müssen wie den ersten Antrag, der in die gleiche Kerbe (Verurteilung des linken und rechten Extremismus) haute.

Daß Teile der PDS-Fraktion dem CDU-Antrag dennoch zustimmten, hängt mit einem bestimmten Verhältnis zum "Extremismus" ebenso zusammen wie mit der Neigung, dem "Sicherheitsbedürfnis" der BürgerInnen Rechnung tragen zu wollen. Dafür spricht eine Erklärung der gesamten PDS-Fraktion im Bezirk Lichtenberg vom 9.7.90. Darin wird ein schneller Abbau des "Konfliktpotentials" gefordert und gesagt, daß die "Ereignisse vom 23.6.90 (...) jetzt und zukünftig zu gemeinsamem Handeln aller Demokraten" zwingen. Dann heißt es: "Wir wenden uns gegen jede Form des Radikalismus und der Gewalt und befinden uns damit auch in Übereinstimmung mit dem Stadtbezirksbürgermeister, der das erklärte antifaschistische Anliegen dieser Demonstration befürwortete. Wir befinden uns ebenso in Übereinstimmung in der kompromißlosen Verurteilung all jener Kräfte, die dieses Anliegen mißbraucht haben".

In solchen Ausführungen kommt in der Tat die Übernahme der herrschenden Gleichsetzung von "Links- und Rechtsextremismus" und deren Verurteilung ebenso zum Ausdruck wie die Distanzierung jeglicher Formen militanten Protestes.

Die direkt betroffene PDS in Lichtenberg befindet sich über diese Fragen in einem Diskussionsprozeß auch mit Westberliner Linken und Antifaschisten, der noch nicht als abgeschlossen betrachtet werden kann. Hier ist die sehr kritische Auseinandersetzung mit ihr vonnöten.

Andererseits wäre auch eine (selbst)kritische Aufarbeitung der militanten Proteste gegen die Faschisten in der Weitlingstraße angesagt. Denn die Übertragung bestimmter Widerstandsformen von Kreuzberg nach Lichtenberg ignoriert die völlig unterschiedlichen gesellschaftlichen Verhältnisse und Erfahrungen der DDR-Bürger und stellte sich überhaupt nicht der Frage nach der politischen Vermittlung militanten Protestes.

D./Westberlin

# 50. Ein Fels in der Brandung? Fragen und Anmerkungen zu 125 Jahre BASF

Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak322/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:322:08

Seit April diesen Jahres jubiliert und feiert die BASF in Ludwigshafen und das aus gutem Grund. Schließlich hätte bei der Gründung vor 125 Jahren niemand eine so gigantische Entwicklung erwartet. Nachdem die Badische Anilin und Soda Fabrik in Mannheim auf Schwierigkeiten beim Grundstückskauf stieß, siedelte sie im pfälzischen Ludwigshafen, gerade auf der anderen Rheinseite. Ludwigshafen sah und nutzte die Chance durch die Chemieansiedlung etwas aus dem Schatten der großen bekannten und industriell gutentwickelten Nachbarstadt zu treten. Für dieses Ziel öffneten die damaligen Stadtväter Tür und Tor für die als "teuflisch" gefürchtete neue Industrie. Die ersten Arbeiter waren landlose Bauern, durch die blanke Not in die Fabrik getrieben und mit einer Mischung aus Sozialleistungen und offener Unterdrückung mitsamt der Familien an die BASF gebunden.

Wer heute die Geschichtsschreibung der BASF verfolgt, muß den Chemieriesen als "Fels in der Brandung" sehen. Im dritten Anlauf, so ist da zu lesen (1), hätte die BASF den Sprung zum Weltunternehmen geschafft. Neben zwei Weltkriegen überstand sie Arbeitskämpfe, Chemieunfälle und die Widrigkeiten, die der Konkurrenzkampf so mit sich bringt.

Eine derartige Firmendarstellung ist nicht nur lückenhaft und verharmlosend, sondern geht durch geschickte Verdrehung der Tatsachen oft haarscharf an Lügen vorbei. Schließlich wurden die beiden früheren Anläufe jeweils durch einen verlorenen Weltkrieg barsch beendet. Und beide Kriege förderte die BASF (teilweise als IG-Farben-Mitglied) mit ihrer Produktion erheblich.

Nobelpreis Chemie für den 1. Weltkrieg oder: Von der Kunst aus Düngemittel Schießpulver zu machen

In Ludwigshafen ist er bekannt, der Haber-Bosch-Reaktor. Er steht als Industriedenkmal vor dem BASF-Casino. Ammoniak wird mit ihm aus Luftstickstoff hergestellt und zu Düngemitteln weiterverarbeitet. Ein Segen für die wachsende Weltbevölkerung. Doch diese offizielle Propaganda ist nur die halbe Wahrheit.

Bis zur Erfindung des Reaktors wurden Stickstoffverbindungen aus importiertem Chile-Salpeter gewonnen. Die wichtigste Stickstoffverbindung, das Nitrat, ist für die Herstellung von Düngemittel und Schießpulver notwendig. Die Forschung der chemischen Industrie sollte die Unabhängigkeit vom chilenischen Salpetermonopol bringen. 1909 gelang dem Chemiker Haber das erstemal, im Labormaßstab Ammoniak aus Stickstoff und Wasser herzustellen. In den folgenden Jahren wurde das großtechnische Verfahren von dem Physiker Bosch entwickelt. Der 1. Haber-Bosch-Reaktor ging 1913 in Betrieb.

Als 1914 die deutschen Militärs den Ersten Weltkrieg entfesselten, rechneten sie damit, daß er spätestens in einem Jahr zu Ende sei. Länger reichten die Schießpulvervorräte sowieso nicht aus. Durch die britische Seeblockade war das deutsche Reich vom Nachschub aus Chile abgeschnitten. Als sich der Krieg hinzog, sprang die BASF ein. Im Mai 1915 meldete Bosch, daß die BASF mit der Massenproduktion von Nitrat beginnt. Somit entfiel eine der Grundlagen für die schnelle Beendigung des Krieges, und er zog sich bis 1918 hin und kostete weiteren Hunderttausenden das Leben. Für die BASF hatte sich der Krieg gelohnt: Bis Kriegsende konnte sie eine Traumdividende von 25% an ihre Aktionäre zahlen. Und der erfinderische Haber konnte sich 1918 vor einem Kriegsgerichtsverfahren in die Schweiz retten. Aufgrund des bahnbrechenden Erfolges seiner Erfindung erhielt er 1918 den Nobelpreis für Chemie. Bosch dagegen, als Entwickler des großtechnischen Verfahrens, erhielt ihn erst 1931. (2)

Giftgas - die Kriegswaffe der Chemieindustrie

Haber war jedoch nicht nur an der munitionswichtigen Ammoniak-Synthese beteiligt, er war auch oberster Giftgas-Chemiker des Kaiserreiches im ersten Weltkrieg. Die Giftgas-Forschung wurde in Berlin am Kaiser-Wilhelm-In- stitut für Chemie durchgeführt. Die Großchemie entsandte je zwei Vertreter in die Leitung des Instituts (für BASF waren es Heinrich von Brunck und Carl Müller).

Obwohl die dann eingesetzten Gase (zuerst Chlorgas, später hauptsächlich Phosgen) von Bayer und Hoechst produziert wurden, leitete der BASF-Chemiker Haber persönlich zahlreiche Giftgaseinsätze an der West- und Ostfront. (3)

In einem britischen Militärbericht über den ersten Gaseinsatz bei Ypres in Belgien am 22. April heißt es: "Nach einem heftigen Beschuß griff der Feind die französische Division an und benutzte dabei zum ersten Mal Giftgas. Piloten berichteten, daß gegen 17.00 Uhr dichte gelbe Schwaden aus den deutschen Schützengräben zwischen Langemarck und Bixschoote aufstiegen. Die Wirkung dieser Gase beraubte die gesamte französische Division ihrer Kampfkraft ... Noch vor dem Abend lagen 15.000 Männer auf dem Schlachtfeld. Ein Drittel davon tot." (4)

Dazu Fritz Haber am 11.11.1920 vor einem ausgesuchten Kreis von Offizieren im Reichswehrministerium: "Die Gaskampfmittel sind ganz und gar nicht grausamer als die fliegenden Eisenteile; im Gegenteil, der Teil der tödlichen Gaserkrankungen ist vergleichsweise kleiner, die Verstümmelungen fehlen und hinsichtlich der Nachkrankheiten, über die naturgemäß eine zahlenmäßige Übersicht vorerst nicht zu erlangen ist, ist nichts bekannt, was auf ein häufiges Vorkommen schließen ließe. Aus sachlichen Gründen wird man unter diesen Umständen zu einem Verbot des Gaskrieges nicht leicht gelangen." (5)

Gründung der IG Farben

Nach dem ersten Weltkrieg strebten die Vertreter der chemischen Großindustrie eine Intensivierung der seit 1916 bestehenden "Kleinen Interessengemeinschaft" an. Im Dezember 1925 ist die Fusion der BASF mit fünf weiteren Firmen (Hoechst, Bayer, Agfa, Weiter-ter-Meer und Griesheim-Elektron) zur "Interessengemeinschaft Farbenindustrie Aktiengesellschaft" beschlossene Sache. Carl Bosch, bislang Vorstandsvorsitzender der BASF, übernimmt auch den Vorsitz im IG-Vorstand. Die IG ist horizontal und vertikal gegliedert.

Die Werke Ludwigshafen, Oppau und Leuna bilden die Betriebsgemeinschaft Oberrhein. Ludwigshafen und Oppau werden so zu Zentren der Herstellung von Grundstoffen und Syntheseprodukten aus der Hochdrucktechnik wie Stickstoff, Methanol und Benzin. (6)

Bereits im Sommer 1932 fährt IG-Farben-Vorstandsmitglied Bütefisch zu Hitler und läßt sich versichern, daß zu "einer gewaltigen Stärkung unseres Deutschlands" die Unabhängigkeit vom ausländischen Treibstoff gehört. Das heißt: Das Millionenprojekt Kohlehydrierung (Benzin aus Kohle) der IG Farben wird von Hitler unterstützt - und die IG unterstützt dafür Hitler. Der Pakt zwischen IG Farben und Nationalsozialismus ist geschmiedet.

Dazu derselbe Bütefisch 1947 im Kriegsverbrecherprozeß in Nürnberg: "Ohne die IG Farben, insbesondere ohne die IG-Produktion auf den Gebieten des synthetischen Gummis, des synthetischen Treibstoffs und des Magnesiums wäre es für Deutschland ausgeschlossen gewesen, einen Krieg zu führen." (7)

Die IG Farben finanzieren Hitler

Am 20. Februar 1933 lädt die Nazi-Führung die deutschen Industriebosse zum Abendessen. Die IG Farben erscheinen mit vier Vorstandsmitgliedern. Zum Abschluß des Abends zeichnet die IG Farben die größte Einzelspende für die Nazis: 4 Millionen Reichsmark. Und das sollte nicht die letzte Spende gewesen sein.

an diese Stelle die Tabelle setzen!!

Im Jahre 1940 beschloß die IG Farben die Erweiterung der Produktion von Buna, eines kriegswichtigen Rohstoffs für synthetischen Gummi. Standort des neuen Werkes wird ein kleiner Ort in der Nähe des KZ Auschwitz. Zum Aufbau der Fabrik errichtet die IG das eigene Lager Monowitz (Auschwitz III).

"Das Konzentrationslager der IG Farben, Auschwitz III, war durchschnittlich mit 10.000 Häftlingen belegt. Insgesamt gingen von 1942 bis 1945 etwa 120.000 Häftlinge durch dieses Lager. Der größte Teil von ihnen ist umgekommen. Rechnet man die Außenlager ... hinzu, so betrug die Häftlingsbelegschaft durchschnittlich 30.000 Mann." (8)

Der Bau der Fabrik, die nie in Betrieb ging, unterstand den IG Farben. Fachkräfte und Aufseher kamen auch aus Ludwigshafen. Englische Kriegsgefangene sagten im Nürnberger Prozeß aus: "Der Zustand der Lagerhäftlinge war unbeschreiblich. Ich habe gesehen, wie sie nachts ins Lager zurückgetragen wurden, tot

infolge von Auszehrung oder Erschöpfung. Die Lagerhäftlinge mußten schwere körperliche Arbeit leisten, z.B. Stahlträger, Rohre, Kabel und Zementsäcke tragen. In der Regel wog ein Zementsack mehr als ein Häftling. ... Wir konnten die Gehängten über dem Tor von Lager IV sehen, und die Häftlinge mußten darunter hindurch marschieren." (9)

ZwangsarbeiterInnen in Ludwigshafen

Der Einsatz von FremdarbeiterInnen begann 1940. 1942 waren rund 6.000 FremdarbeiterInnen bei der BASF, die zunächst in vier Lagern untergebracht waren. Dabei war Lager 4 ("Russenbau") vorwiegend mit verschleppten RussInnen belegt. Zusätzlich gab es noch ein Kriegsgefangenenlager. 1944 betrug der Anteil der FremdarbeiterInnen mehr als ein Viertel der Belegschaft des gesamten Werkes. Dafür mußten zwei weitere Lager eingerichtet werden. Die Arbeitszeit der OstarbeiterInnen und Kriegsgefangenen betrug mindestens 67 Wochenstunden.

Der Kriegsgefangene Marcel Grenot berichtet über Fluchtversuche: "12 französische Zivilarbeiter, die bei Fluchtversuchen verhaftet wurden, waren zu Skeletten abgemagert. Sie wurden vom Werksschutz mit Kolbenstößen zur Arbeit getrieben." (10)

Nach dem zweiten Weltkrieg wurde ein Teil des BASF-Vorstandes in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen verurteilt. Nicht verurteilt wurde dagegen u.a. Carl Wurster.

Die Karriere eines deutschen Industriellen

Carl Wurster ist bis heute Ehrenbürger der Stadt Ludwigshafen. Nach ihm ist der Platz am Rathaus benannt. Wer war dieser Mann?

Dr. Carl Wurster war Leiter der BASF, Wehrwirtschaftsführer Hitlers, seit 1938 Mitglied des TEA (Technischer Ausschuß), eines Führungsgremiums der IG Farben, und als solcher an allen wichtigen Entscheidungen beteiligt, einschließlich der zum Bau des KZ in Monowitz. Carl Wurster trat 1937 zusammen mit zehn weiteren IG-Direktoren in die NSDAP ein. Im selben Jahr wurden alle jüdischen Direktoren und Aufsichtsratsmitglieder aus ihren Posten entfernt.

Wurster war Vorsitzender des Kriegschemikalien-Ausschusses, mehrfaches Vorstands-, Aufsichtsrats- und Verwaltungsrats-Mitglied in verschiedenen Betrieben, darunter auch der DEGESCH, des Herstellers von Zyklon B, das als Giftgas in Auschwitz eingesetzt wurde. Wurster wurde von Hitler mit dem Ritterkreuz zum Kriegsverdienstkreuz ausgezeichnet.

Vor dem Prozeß gegen die Führung der IG Farben in Nürnberg wird er von den Amerikanern verhaftet. Im Prozeß wird er freigesprochen: Seine Stellung hatte es ihm ermöglicht, genug geschönte und gefälschte Zeugnisse zu organisieren. Carl Wurster wurde 1952 zum Vorstandsvorsitzenden der BASF gewählt, und ist 1965 bis 1974 Aufsichtsratsvorsitzender gewesen. 1966 erhielt er den Schiller-Preis der Stadt Mannheim. (11, 12, 13)

Schwache Vergangenheitsbewältigung

Die BASF hatte gerade im Vorfeld ihres Jubiläums angekündigt, daß endlich auch die dunkle Seite ihrer Geschichte aufgedeckt und Stellung bezogen werden soll. Die dunkelste Seite dürfte das Vorgehen dieses Konzerns während der beiden Weltkriege sein.

Bis heute haben ZwangsarbeiterInnen und KZ-Häftlinge keine Chance auf eine Entschädigung (soweit sie überhaupt überlebten). Die BASF zieht sich in ihren Stellungnahmen darauf zurück, daß für das Unrecht, das diesen Menschen geschah, ausschließlich die IG Farben bzw. der Staat verantwortlich waren:

"Für die Bedingungen des Ausländereinsatzes sind die Deutsche Arbeitsfront sowie das Reichssicherheitshauptamt zuständig. Kennzeichnend ist dabei eine ideologisch bedingte Diskriminierung der ‚Ostarbeiter`. Sie schlägt sich in einer Reihe detaillierter Vorschriften für die Behandlung und Entlohnung nieder, die Unterbringung in eingezäunten Baracken ebenso vorschreiben wie gekennzeichnete Kleidung, Höhe der Entlohnung und Art der Verpflegung. Alle ausländischen Arbeiter werden nach deutschem Tarif bezahlt ... Vom errechneten Lohn erhalten die Ostarbeiter freilich kaum etwas, denn die Unternehmen müssen

den größten Teil als ‚Ostarbeiterabgabe` ans Reich abführen." (14) Der IG Farben-Nachfolger BASF wäscht seine Hände in Unschuld.

Anders als bei den ZwangsarbeiterInnen verhält sich bei sog. Stammbelegschaft. Nach Neugründung der BASF im Jahre 1953 (nach Beendigung der Entflechtungsversuche der IG Farben) wird ihnen die Arbeitszeit bei den IG Farben als "Werkszugehörigkeit" anerkannt. Die BASF sorgte halt schon immer für "ihre" Leute; der Rest war und ist ziemlich einerlei. Dies gilt für die Aufarbeitung und Präsentation der eigenen Geschichte genauso wie für die Art und Weise, wie geschäftlicher Erfolg organisiert und erzielt wird.

so.

Anmerkungen:

1) BASF information 2/90 (regelmäßig erscheinende Zeitung für MitarbeiterInnen)

2) Josef Borkin: Die unheilige Allianz der IG Farben, Ffm 1979, S. 15

3) Otto Köhler: ... und heute die ganze Welt. Die Geschichte der IG Farben und ihrer Väter, Hamburg 1986, S. 42 ff.

4) Josef Borkin: s.o., S. 24

5) Otto Köhler: s.o., S. 157 ff.

6) BASF: Jubiläumsausstellung, 125 Jahre BASF, Stationen ihrer Geschichte, S. 45

7) Otto Köhler: s.o., S. 205

8) Moorweiser: Pfälzer Juden und die IG Farben, Ludwigshafen 1988, S. 154

9) Josef Borkin: s.o., S. 131 ff.

10) Gine Elsner: Die Betriebsärzte der IG Farben-Werke in Beck/Elsner/Mausbach: Pax Medica, Hamburg 1936

11) Otto Köhler: s.o., S. 307

12) Josef Borkin: s.o., S. 137

13) Moorweiser: s.o., S. 179

14) BASF: Jubiläumsausstellung, S. 48

Spenden der IG Farben an die NSDAP

1933 3.584.070,- RM

1934 4.020.205,- RM

1935 4.515.039,- RM

1936 5.467.626,- RM

1937 5.467.626,- RM

1938 8.156.315,- RM

1939 7.539.857,- RM

1940 7.471.620,- RM

1941 8.057.982,- RM

1942 13.436.201,- RM

1943 8.588.650,- RM

1944 8.402.152,- RM

(aus: Moorweiser: Pfälzer Juden und die IG Farben, Ludwigshafen 1988, S. 146)

# 51. Aufgeblättert: Broschüren-Vorstellungen

Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak322/51.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:322:51

Desertion in der US-Army

Der Text zum Thema "underground railway" für US-Deserteure, sowie Widerstand in der 7. US-Armee während des Vietnamkrieges in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren, ist einer Studie entnommen, die sich auf grundsätzlich theoretische Weise mit der Problematik von Soldaten und Widerstand in den Streitkräften verschiedener Länder auseinandersetzt. Es wird u.a. über die in Westeuropa damals bestehende "underground railway", d.h. die für US-Soldaten eingerichteten Fluchtwege, sowie den Widerstand in den Kasernen berichtet. Vielleicht findet sich ja der eine oder andere GI, der sich an die Erfahrungen seiner alten Kollegen erinnert, bevor er am Golf Wüstensand schluckt. Erschienen ist der Text als Büchlein mit 108 Seiten unter dem Titel: US-ARMY - Europe, Von der Desertion zum Widerstand in der Kaserne.

Bestelladresse: Harald Kater Verlag, Westberlin. Preis 9.80 DM (ISBN 3-927170-01-1).

Soziale Bewegung in Korea

Mit der zweiten Ausgabe ist die "Zeitschrift für soziale Bewegung in Korea - undong" herausgekommen. Berichtet wird über die Auseinandersetzungen zwischen der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung und der Volksallianz gegen die Kapital- und Staatsmacht im Land. An die geschichtliche Tradition der koreanischen Arbeiterbewegung knüpft ein Artikel über den Vorläufer des Nationalrats an. Neben einem Reisebericht aus Kwangju wird die Debatte über die Geschichte des Sozialismus in der SU fortgeführt.

Die Zeitschrift kann für 5,- DM bezogen werden über die Redaktionsadresse: Mainzer Landstr. 147, Frankfurt/M 1

# 52. betr.: BRD verweigert Entschädigung, AK 321, S. 8

Rubrik: Leserbriefe · CD-Datei: daten/aksuche/ak322/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:322:39

Fehler bei der Recherche

Betr.: AK 321: "Unvereinbarkeitsbeschluß in der PDS?"

Liebe GenossInnen,

im jüngsten AK berichtet Ihr über die Auseinandersetzung um die "Radikale Linke in der PDS". Euren inhaltlichen Einschätzungen kann ich im wesentlichen zustimmen. Allerdings ist Euch leider ein Fehler bei der Recherche unterlaufen:

Ihr zitiert dort aus einer "Stellungnahme der PDS-Initiative-Westberlin". Soweit ich weiß, gibt es eine solche Stellungnahme nicht. Stattdessen gibt es folgenden Vorgang:

1.) Am 3.8.90 tagten gleichzeitig in verschiedenen Räumen im "Kreuzbüro" in Westberlin die "Initiative Linke Liste", wo ich selbst mitarbeite, sowie die "PDS-Initiative". Für beide Treffen hatte ich in Absprache mit anderen Mitgliedern der Redaktion des PROjektes WOchenzeitung (PROWO) einen Entwurf für einen gemeinsamen Brief der beiden Initiativen an den Parteivorstand der PDS in dieser Sache verfaßt.

2.) Die in Eurem Artikel zitierten Stellen stammen augenscheinlich aus meinem Entwurf. Dieser war als solcher auch durch den Vermerk "Entwurf I D.Sch. - 03.08.1990" gekennzeichnet und im übrigen nicht unterschrieben, also augenscheinlich nicht (von autorisierten VertreterInnen der beiden Gruppen) abgeschickt.

3.) Als ich ins "Kreuzbüro" kam, gab ich einige Kopien des Entwurfes dem Genossen Andreas Beck von der PDS-Initiative mit der Bitte, sie mögen in ihrer Sitzung diskutieren, ob sie diesen Brief unterstützen können. Wie mir später mitgeteilt wurde, wurde der Entwurf zwar in der Sitzung der PDS-Initiative verteilt, aber aus Zeitgründen weder diskutiert noch beschlossen. Ein Mitglied der PDS-Initiative wollte sich aber in dieser Sache persönlich an ein Präsidiums-Mitglied der PDS wenden.

4.) Weitere Kopien des Entwurfes hatte ich in der gleichzeitigen Sitzung der "Initiative Linke Liste" verteilt. Dort wurde am Ende der Sitzung (als ich bereits gegangen war) über den Vorgang diskutiert. Da ein Genosse der Kommunistischen Plattform der PDS berichtete, daß die Presserklärung der AG "Radikale Linke in der PDS" (auf die sich mein Briefentwurf bezog) die Diskussion im PDS-Präsidium nicht vollständig korrekt wiedergebe, wurde die Angelegenheit vertragt.

5.) Daß die PDS-Initiative möglicherweise den Brief später doch noch beschlossen hat, ist mir zumindest nicht bekannt. Wir (PROWO) haben die Sache zumindest in unserer kostenlosen Sondernummer zur Linken Liste/PDS mit einem Artikel noch einmal aufgegriffen.

Mit revolutionären Grüßen

D., Westberlin

Juden? Polen? Polnische Juden?

Anm. zu AK 321: BRD verweigert Entschädigung der polnischen NS-Opfer

Erst mal vorweg: Ich finde es gut, daß nun auch im AK die Zahlen des polnischen Historikers Kania veröffentlicht wurden über das Ausmaß der Entschädigungsansprüche, wie sie dieser u.a. auf der Hamburger Veranstaltung vom 8.5.90 vorgetragen hat.

Umso mehr ärgert es mich, daß in dem ganzen Artikel der Eindruck erweckt wird, als hätten die polnischen Opfer des Faschismus und die jüdischen Opfer des Faschismus nichts miteinander zu tun, als seien nicht etwa die Hälfte der polnischen Opfer des Faschismus Juden gewesen. Belege für diese gelinde gesagt "luschige" Herangehensweise lassen sich in dem Artikel leicht finden:

1.) Gleich der erste Absatz des Artikels transportiert dieses zentrale Unverständnis: "Polen hatte, neben der Sowjetunion und dem jüdischen Volk, am schwersten unter dem Faschismus zu leiden. 6 Millionen Polen (ein Fünftel der damaligen Bevölkerung) wurden zwischen 1939 und 45 ermordet oder kamen um." - Kein Wort

zum Anteil der Juden, auch später nicht mehr. Tatsächlich wurden von etwa 3,23 Millionen polnischen Juden etwa 2,8 Millionen, also etwa 85% umgebracht.

2.) Erste Spalte, vierter Absatz: "Bei den Häftlingen der Konzentrationslager handelte es sich neben den Juden u.a. um Ausgesiedelte oder Armeeangehörige ...". Läßt diese Stelle noch die Interpretation offen, ob es sich bei den Juden vielleicht auch um Polen gehandelt haben könnte, so ist die nächste Stelle im gleichen Absatz fast schon verräterisch:

3.) "In Auschwitz-Birkenau waren Polen nach den Juden die zahlenmäßig größte Gruppe." Wer ist da gemeint? Die nicht-jüdischen Polen? Oder sind Juden, auch wenn sie polnische Staatsbürger sind, keine Polen?

Der Vollständigkeit halber: Juden werden noch zweimal erwähnt: Einmal in Form ehemaliger KZ-Häftlinge in Israel (3. Spalte Mitte) und einmal in einer Paraphrasierung des Nürnberger Urteils,in dem die Zwangsarbeit "insbesondere bei jüdischen, polnischen und sowjetischen ArbeiterInnen ..."(ebenfalls 3. Spalte).

Nun gibt es in der Tat heute in Polen kaum noch jüdische Menschen, die Entschädigungsansprüche an die BRD stellen können, schlicht und einfach deshalb, weil die jüdischen Polen in ihrer überwiegenden Mehrheit von den Nazis ausgerottet worden sind. Und diejenigen, die überlebt haben, leben heute meist nicht in Polen (fragt hier jemand, warum?).

Wie sagte doch Eli Wiesel: "Nicht alle Opfer waren Juden, aber alle Juden waren Opfer" - speziell in Polen gilt dieser Satz; diese Tatsache nicht einmal in einem Artikel zu erwähnen, der immerhin eine knappe AK-Seite umfaßt, zeugt schon von erheblicher Ignoranz.

Wohlgemerkt: Selbstverständlich ist es legitim, die Ansprüche der heute in Polen lebenden Menschen auf Entschädigung aufzustellen; selbstverständlich sind z.B. aus dem "Warthegau" nicht nur jüdische Polen vertrieben worden (wenn auch diese mit den fürchterlichsten Konsequenzen), und für die im Artikel angeführte Vertreibungsaktion in der Gegend von Zamosc (Generalgouvernement, nördlich von Belzec) scheint es sich sogar mehrheitlich um nicht-jüdische Polen gehandelt zu haben (was der jüdische Historiker Gilbert in seinem Atlas "Endlösung" selbstverständlich aufnimmt). Auch waren die nach Deutschland verschleppten Zwangsarbeiter keine polnischen Juden. Doch um diese Sachen geht es in meiner Kritik nicht. Mir geht es schlicht darum, daß der ganze Artikel etwa 50% der polnischen Opfer des Faschismus völlig ausblendet und es nicht einmal für wert hält, die Einschränkung zu problematisieren, die in der Betrachtungsweise steckt: "Wer kann heute noch Ansprüche stellen?".

E., Antifa Hamburg

# 53. Wir haben gelitten - keine Rezension, sondern Warnung

*Keine Rezension, sondern eine Warnung*

Rubrik: Antifaschistischer Kampf; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak322/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:322:37

Es ist zu befürchten, daß die neueste Krimi-Produktion von Horst Bosetz(-ky), Soziologe und Verwaltungsrecht-Professor in Westberlin, der rororo-thriller "Nieswand kennt Tag und Stunde", in die falschen Bücherregale gerät, weil sie ein "linkes" Thema - Mord an zwei AntifaschistInnen - abzuhandeln scheint. Tatsächlich aber ist "Nieswand ..." nicht nur der langweiligste, am schlechtesten konstruierte und sprachlich dümmlichste Krimi seit langem, er ist vor allem politisch gelesen ein Schlag ins Gesicht für alle diejenigen, die sich um antifaschistische, antirassistische oder jegliche andere kritische Aktivitäten bemühen.

Genau das ist auch der Grund, das Buch hier zu verreißen: nicht in erster Linie um eine Krimi-Rezension nach literarischen Aspekten soll es gehen (da kämen die linken FreundInnen diese Genres aus dem Schreiben gar nicht mehr heraus), sondern darum, daß -ky auf 150 Seiten buchstäblich alles versammelt, was in Bezug auf Antifaschismus, Rassismus, "Asylproblematik" und "Zeitgeist" derzeit in linksliberalen Kreisen an Unsinn kursiert. Wir müssen jedoch einschränkend anmerken, daß es nicht möglich ist, dies alles in diesem Text zu berücksichtigen, zu viele Ärgerlichkeiten füllen das Buch.

Vom Thema her nämlich könnte es durchaus interessant sein: faschistischer Straßenterror, mehr oder weniger hilflose Antifa-Gruppen, rechts-denkende Bullen in mafiose Abhängigkeiten verstrickt, alltäglicher Kleinstadtmuff; die Frage, ob es angemessen ist, das Motiv zu Tode gekommener AntifaschistInnen in einem Krimi zu verarbeiten, könnte vielleicht gerade noch unter die Rubrik "Geschmacksfragen" fallen. Dazu wäre dann etwas Faktenwissen notwendig sowie Talent und/oder Routine für einen guten Plot und eine spannende Handlung.

Doch bei -ky findet sich rein gar nichts davon, es scheint ihn auch nicht zu interessieren. Es drängt sich der Eindruck auf, er habe mit dem Aufreißer "Tote Antifaschistin" in erster Linie eine schnelle Mark machen wollen, zu unübersehbar sind die Parallelen zu den Toden von Conny in Göttingen, Günter Saré, Olaf Ritzmann und auch Ramazan Avci - nein, darunter tut er's nicht, die LeserInnen sollen merken, daß der kluge Herr Professor seine "FR" gründlich studiert hat. Denn: von den Mühen, die AntifaschistInnen immer hatten, um nachzuweisen, daß die Bullen den jeweiligen Tathergang verschleiern, an dem sie ja genauso regelmäßig beteiligt waren, davon kein Wort. Und wenn das das einzige wäre ...

Bevor jetzt aber jemand anfängt, das Buch doch spannend zu finden, einige Worte zum Plot. Wir versprechen: nichts bleibt unaufgelöst, aber es darf niemand erwarten, daß wir uns streng an die Verteilung all dessen über die Seiten halten.

Ein 53-jähriger Oberamtsrat, Leiter der "zentralen Sozialhilfestelle für Asylbewerber" der kleinen fiktiven norddeutschen Stadt - bei deren Schilderung auch nichts zusammenpaßt -, im Dienst ein Bürokratenschwein, außer Dienst angeblich antifaschistischer und antirassistischer Einzelkämpfer sowie Vorbild für die Antifajugend, wird ermordet - falsch geraten, weder von der einen noch von der anderen zu erwartenden Gruppe, sondern von einer eifersüchtigen Trieb(!)wagenfahrerin im öffentlichen Nahverkehr.

Es folgt ein "Protestmarsch", bei dem eine 19-jährige Abiturientin von vier als Ku-Klux-Klan verkleideten Skinheads vor eine Straßenbahn gestoßen wird (zweiter Mord).

Nieswand, Psycho- und Politologe mit manischem Hang zur Professur und aus ungeklärten Gründen Freund der Toten, kommt in die Stadt, um zu rächen (um seinem von -ky geschilderten Geisteszustand gerecht zu werden, müßte man dies Wort eigentlich mit etlichen rollenden Rs und vielen Äs schreiben). Dabei trifft er:

- antifaschistisch "organisierte" Gymnasiastinnen (es scheint, als ob ein in die Jahre gekommener Autor nur noch in Lolita-Klischees denken kann);

- eine RZ-Kopie "Aktion Nord" in Gestalt eines Heizungsmonteurs, der irgendwie von irgendwem überfahren werden muß, damit er N. noch verraten kann, wo er eine Bombe deponiert hat (dritter Toter);

- eine wild zusammengesetzte Wehrsportgruppe, als Reiterverein getarnt, mit der uns der Autor bedeutet, daß er schon mal gelesen hat, daß es Faschisten mit und ohne Haare gibt. In diese schleust sich N. mit der Legende ein, er sei ein deutschstämmiger US-amerikanischer Nazi, erreicht binnen zwei Stunden eine Führungsposition (wo doch selbst Wallraff-SchülerInnen länger brauchen, aber soviel Zeit haben wir nicht) und verrät ihnen einen (saublöden) Attentatsplan der Gruppe Erster Spiegelstrich (Im Klappentext heißt das übrigens: "Behutsam stellt er Nachforschungen an.").

- den Faschisten in sich selbst, zu recht übrigens. Dem dort ebenfalls vorhandenen Sexisten begegnet er seltsamerweise nicht.

Ziel der under-cover-Aktion ist es, neben der Selbstfindung, die Mörder seiner Freundin zu finden (die eigentlich nicht bekannt sind, dann aber wieder doch und sogar allen, deren Namen die LeserInnen aber nur kennen, weil sie bei Rowohlt immer auf der zweiten Seite stehen) und sie in die von der "Aktion Nord" für jemand ganz anderes gelegte Bombenfalle zu locken. Der Plan scheitert, doch das blinde Schicksal sorgt dafür, daß alle handelnden Personen - es sind derer etliche, alle mit jeweils zwei Worten charakterisiert, damit wir nix durcheinanderbringen - in die Luft fliegen, incl. N., der Triebwagenfahrerin, der Faschisten ... Ende.

Die wichtigsten handelnden Personen sind als AntifaschistInnen oder Faschisten verschiedenster Fraktionen gemeint, sie sind es aber nicht. Von keinem Sachverstand getrübt präsentiert -ky ein Potpourri von Links (Revolutionäre Zellen) bis Rechtsaußen ("Kühnenianer"), das sich - frisch aus des Soziologen Zettelkasten - um zwei gutgemeinte männliche Hauptdarsteller und eben jene drei Toten kleistert.

Das zentrale Mordopfer ist die 19-jährige Antifaschistin, die von den Skins in eine Straßenbahn getrieben wurde; die Titelfigur Nieswand, drückt seine Wut und Trauer im inneren Monolog wie folgt aus: "Gott, mach doch nicht bloß so'n Gewese um alles. Isse eben tot, na und! Andere haben auch 'ne schöne Möse!" (S. 28). In besseren Momenten heißt es: "Mit ihrem Tod war alles entwertet: der Doktortitel, die Professur, die ganze bürgerliche Welt. Wozu denn noch, wenn '33 wieder möglich war ...?"

Fast alles hat hier gute und schlechte Seiten, so auch die Mörder, diese "pimpfblonden Jungs" (S. 98), in deren Nähe Nieswand, der Rächer-Politpsychologe, zeitweilig den dritten Aspekt seiner Persönlichkeit selbstanalysiert: "Adolf, der Faschist." (S. 115) Wieder erfahren wir ganz nebenbei von -kys Lektüre: die taz, jedenfalls die mit dem Langhans-Text ("Der Hitler in uns allen"), kennt er auch.

Der erste Protagonist N. ist somit - trotz aller akademischen Anwandlungen - vor allem Mann und deutsch, doch es gibt auch nicht-deutsche Randfiguren, "Asylanten" nämlich. In deren Nähe hat der zweite Protagonist Mannhardt, Polizist, gescheitert, midlife-crisis und deswegen an die Brammer Fachhochschule für Verwaltung verbannt, eindeutige Gefühle, er fühlt sich "sehr unwohl" (S. 79), kein Wunder, denn diese Leute sind potentielle Mörder - sie scheinen es sogar auf das von ihm geliehene teure Fahrrad abgesehen zu haben -, denn sie haben durch den Verkauf von Baccara-Rosen Reichtümer auf geheime Sparbücher gehäuft. Das erfährt mensch aus dem Munde der Brammer Frauenbeauftragten, als diese sich mit dem Bullen Mannhardt unterhält: "Da können welche sehr gut selbst für ihren Unterhalt sorgen. Zum Beispiel die Iranis aus der Mittelschicht. Oder die polnischen Asylbewerber, die hier einer geregelten Schwarzarbeit nachgehen. Manchmal auch die Leute aus Bangladesh oder Sri Lanka mit ihren Baccara-Rosen ...". Und eben dem war das erste Mordopfer, der Begründer der Bürgerinitiative "Kein neues '33" in seiner Eigenschaft als deutscher Beamter, als Leiter der "Zentralen Sozialhilfestelle für Asylbewerber" auf der Spur.

Versucht man, allein die sachlichen Fehler dieser für den "Thriller" insgesamt eher nebensächlichen, aber dafür umso typischeren Stelle aufzudröseln, kommt man ins Schreiben von Aufsätzen. Will man allerdings wissen, wie sich exakt diese Gedankengänge in der Schreibweise professioneller Journalisten ausnehmen, dann schaue mensch in den "Spiegel" (oder in den Artikel dazu in diesem ak).

Sollte nun eingewendet werden, das Ganze sei eine satirische-augenzwinkernde Aufbereitung des viel zu dogmatischen Antifaschismus, dann wünschen wir dem Herrn Professor mal eine komplette Antifa-Demo a la bundesdeutsche Zivilität. Steht nur zu hoffen, daß dieser überflüssige Krimiautor und trauriges Abbild seiner Figur Mannhardt(!) wenigstens in seinen Seminaren nicht allzuviel Unfug redet, seine Phantasien in Zukunft für sich behält und ansonsten seine Aktivitäten auf seinen Schreibtisch beschränkt.

M.H. + E.S.

# 54. Widerstand im Weltsystem

*Wer ist das neue "revolutionäre Subjekt"?*

CD-Datei: daten/aksuche/ak322/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:322:15

Angesichts des Scheiterns des realsozialistischen Versuchs einer Alternative zum Kapitalismus, aber auch der kapitalismusinternen Entwicklung fragen die AutorInnen André Gunder Frank und Marta Fuentes-Frank, ob nicht die bisherige Betrachtungsweise der Entwicklung der kapitalistischen und der sozialistischen Welt überholt ist und durch eine die ganze Welt umfassende ersetzt, verbessert werden müßte. Statt auf das bisherige Konzept, revolutionäre Umwälzung anzustreben, setzen sie auf das Ausprobieren neuer Wege, auf gesellschaftliche Veränderungen mittels sozialer Bewegungen

Ausgehend davon, daß seit dem 16. Jahrhundert die Kapitalakkumulation alle Teile der Welt ihrer Logik unterzogen hat, sprechen die AutorInnen von einem kapitalistischen Weltsystem, in dem sich staatliche Eingriffe als relativ hilflos herausgestellt haben. Untermauert wird diese These mittels der Erfahrungen, die in den westlichen Industriestaaten in der Nachkriegsperiode mit den unterschiedlichen Ausrichtungen staatlicher Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik gemacht wurden. Hierbei wird konstatiert, daß alle Modelle der Beeinflussung, Steuerung der Kapitalakkumulation seitens des Staates gescheitert sind, soweit sie den Versuch unternahmen, gegen die Logik des Kapitals zu intervenieren. Seien es Ansätze keynesianischer Politik, Deficit spending oder andere Eingriffe, sie sind alle in ihrer Begrenztheit als nationalstaatlich orientierte Politik gescheitert, wurden von den Erfordernissen der weltweiten Kapitalverwertung geschluckt.

Ausgenommen die staatliche Politik, die den unterschiedlichen Investitions- und Spekulationsentscheidungen die Türklinke hält. Damit erteilen die AutorInnen der Politik eine Absage, die sich zum Ziel gesetzt hat, mittels staatlicher Interventionen Schritte in Richtung einer solidarischen, antikapitalistischen Gesellschaft zu gehen.

Auch die Entwicklung in den Staaten des realen Sozialismus und der Länder, denen es nach dem zweiten Weltkrieg gelang, sich durch antiimperialistische Befreiungskämpfe ein Stück weit vom Weltmarkt zu emanzipieren, zeigt, daß dies nur eine vorübergehende Erscheinung sein konnte. Denn die Gesetze des Weltmarktes erlauben diese Nischen nur so lange, wie sie zur Lösung innerkapitalistischer Krisen etwas Innovatives beitragen bzw. sich die Kosten innerkapitalistischer Krisenlösung in diese Länder und die übrigen Staaten des Trikont externalisieren lassen.

Vor diesem analytischen Hintergrund sehen die AutorInnen auch revolutionäre Konzepte nach dem bisher praktizierten Muster als nicht mehr praktikabel bzw. zum Scheitern verurteilt an. Statt dessen sollten mittels weltweiter sozialer Bewegungen, wie sie beispielsweise in Europa an der AKW-Frage entstanden sind, die inneren Widersprüche kapitalistischer Entwicklung weltweit einer Zuspitzung zugeführt werden. Festgemacht wird dies an der Zunahme dieser sozialen Bewegungen sowohl in den Staaten des zerbröselnden RGW als auch in den Ländern des Trikont. Wie sich dies allerdings als weltweite Bewegung gegen die herrschenden Verhältnisse manifestieren und herausbilden soll, bleibt auch in einem das Buch abschließenden Streitgespräch zwischen den AutorInnen und den HerausgeberInnen, Hannes Hofbauer und Andrea Komlosy, unklar bzw. widersprüchlich.

Insgesamt versuchen Frank und Fuentes alles, was politisch Gewicht und Bedeutung haben könnte, einer politischen Neubewertung zu unterziehen, mit einer eindeutigen Sympathie für basisdemokratische, an konkreten gesamtgesellschaftlichen Widersprüchen entstehenden Bewegungen. Gegen die bisherigen revolutionären Konzepte wird das Modell weltweiter sozialer Bewegung gesetzt. Gegen die One-world des Kapitals die alternative One-world setzen?

as

André Gunder Frank und Marta Fuentes-Frank: Widerstand im Weltsystem. Kapitalistische Akkumulation - Staatliche Politik - Soziale Bewegung, Verlag Promedia, Wien.

# 55. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak322/50.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:322:50

Migration und Rassismus in Europa - Kongreß 27.9. bis 30.9. in Hamburg

"Die Europäische Integration steht vor der Tür: Grenzen werden durchlässiger, manche verschwinden ganz - für wen?" heißt es in der Einladung zu diesem Kongreß. An vier Tagen soll über die aktuelle Entwicklung innerhalb Europas und deren Auswirkungen auf die Einwanderer in diesen Staaten diskutiert werden. Über Rassismus als Bestandteil westeuropäischer Gesellschaften soll ebenso debattiert werden wie über den Alltag von Einwanderern. Chauvinistische Angriffe nicht nur von Seiten der Neuen Rechten, sondern gerade die Verankerung von Fremdenhaß im Alltag und dessen Durchbrechung sollen einen breiten Raum in den Veranstaltungen einnehmen. Zum Abschluß ist eine Podiumsdiskussion zum Thema: "Perspektiven für Migranten und Antirassismus bei der europäischen Integration", geplant.

Anmeldung über: Institut für Migrationsforschung, Rutschbahn 38, 2 Hamburg 13, Tel.: 040/452162.

Linke Liste/PDS - Die letzte Hoffnung der Linken?

Diskussion um Pro und Kontra mit Heino Schomacker (ex-Grüner) und Heidi Hegen (Linke Liste/PDS) am 26.9., 20.00 Uhr, in Kiel, Pumpe. Eintritt 1,- DM (ob auch Mark der DDR akzeptiert werden, ist nicht bekannt).

Gegen das Feiern! Gegen das Vergessen! Nein zu Deutschland

Veranstaltung der Initiative "Nie wieder Deutschland" in Stuttgart mit Dorothee Piermont und Rainer Trampert. Außerdem wird der Film "Die Vereinigung der Neonazis" gezeigt.

Mittwoch, den 3.10., 20.00 Uhr, Kulturzentrum "Mitte", Hohe Str. 9.

Wir bringen sie zur Strecke!

Strecken, Daten, Hintergründe, Bilder und Berichte. Atomtransporte von abgebrannten Brennelementen durch Essen und das Ruhrgebiet. Eine Veranstaltung des AK gegen Atomtransporte Rhein-Ruhr-Ems.

Montag, 15.10., 19.30 Uhr, in Essen, Zeche Carl, Hömannstr. 10.

Die Welt im Umbruch - Südostasien im Aufstieg?

Tagung vom 2.11. bis 4.11. im Landhaus Eine Welt, Emmerich (NRW). Nahezu jede Soligruppe denkt zur Zeit darüber nach, welche Folgen sich aus den gegenwärtig vor sich gehenden Veränderungen für sie ergibt. Die Südostasien-Informationsstelle als Initiatorin der Tagung macht da keine Ausnahme. Es soll versucht werden - gemeinsam mit TeilnehmerInnen und ReferentInnen aus der DDR - diese Fragen für die "Region" Südostasien zu konkretisieren.

Anmeldung: Südostasien-Informationsstelle, Josephinenstr. 71, Bochum,

Tel.: 0234/502748

Kurse der Marx-Engels-Initiative in Köln

Aus dem Seminarprogramm: Der Stein bestimmt das Bewußtsein - Die Klassiker zum Thema Umweltzerstörung; Die Entwicklung der SU nach der Oktoberrevolution - Konzeptionen des sozialistischen Aufbaus; Materialistische Erkenntnis - Geschichte und Grundprobleme; und, oldy but goldy, Das Kapital, Band 1 - Einführung und Erarbeitung.

Kontakt über: Fredy Köpsell, St. Engelbert Str. 20, 5068 Odenthal-Voiswinkel, Tel.: 02202/78203.

# 56. Materialien zur Kritik der PDS

CD-Datei: daten/aksuche/ak322/anzeige.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:322:anzeige

Die Broschüre enthält die Kritik am linken Nationalismus, Realpolitik und konstruktivem Willen der PDS, Deutschland zu gestalten. Mit Materialien über die PDS- Positionen zu Wiedervereinigung, Sozialdemokratie, AKWs, Sicherheitspolitik und der PDS-Wirtschaftspolitik. Die Broschüre dokumentiert programmatische Aussagen und wichtige Beiträge aus der PDS - Gysi, Brie, Modrow, Steinitz - sowie linke Positionspapiere. Außerdem Nachdrucke zur Kritik der PDS: Ebermann, Trampert, Tolmein sowie der AK.

64 Seiten, DIN A4, DM 6

Herausgegeben vom Treffen der Minderheitsströmung des KB.

Bestellungen: H. Möller c/o Kommunistischer Bund, Schulterblatt 58, 2000 Hamburg 36

# 57. Deutschland im Krieg?

CD-Datei: daten/aksuche/ak322/irak.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:322:irak

Es scheint, daß der Golfkonflikt die letzte internationale Krise sein wird, bei der die deutsche Bundeswehr nicht direkt beteiligt ist. CDU/CSU, SPD und FDP sind sich im Prinzip bereits einig, daß bald nach der offiziellen Gründung Großdeutschlands eine Grundgesetzänderung den Weg für den Kriegseinsatz deutscher Soldaten außerhalb Europas und unabhängig vom Vorliegen eines "Verteidigungsfalls" freimachen soll. Wo immer künftig USA und NATO ihre imperialistischen Interessen gewaltsam geltend machen, werden dann auch deutsche Soldaten wieder direkt an der Front stehen, töten und getötet werden. Das nennt Kanzler Kohl: "voll handlungsfähig werden". Nicht bloß eine Armee zum Vorzeigen zu haben, sondern auch wirklich Krieg zu führen, das gehört zum Status einer Weltmacht, die Deutschland nun einmal sein will.

Schon beim NATO-Aufmarsch gegen den Irak ist der deutsche Anteil erheblich - und hätte sicher vor ein paar Jahren noch starke Proteste der heute von der Bildfläche verschwundenen Friedensbewegung hervorgerufen. Um nur die wichtigsten Punkte zu nennen:

Zur Entlastung der anderen NATO-Flotten wurde Mitte August ein deutscher Marineverband ins östliche Mittelmeer geschickt, bestehend aus fünf Minensuchbooten und zwei Versorgungsschiffen. Hinterhergeschickt wurde der Zerstörer "Lütjens". Die deutschen Kriegsschiffe sind mit scharfer Munition, Lazarett und ABC-Schutzkleidung für den "Ernstfall", das heißt unter Umständen auch für einen Einsatz im Golf, ausgerüstet.

Auf Grundlage eines vorsorglich schon 1982 abgeschlossenen Abkommens steht die Bundesrepublik den US-Streitkräften als Hinterland für einen Krieg am Golf zur Verfügung und sichert entsprechende umfangreiche Eigenleistungen zu. Die US-Armee kann demnach deutsche Häfen und Flugplätze benützen. 90.000 Bundeswehrsoldaten stehen den USA für Sicherungs-, Nachschub-, Transport-und Reparaturleistungen in der BRD zur Verfügung.

Mitte September hat die Bundesregierung zugesagt, sich mit Geld-, Sach- und Dienstleistungen im Gesamtwert von mindestens 3,3 Milliarden Mark am Feldzug gegen den Irak zu beteiligen. 1,6 Milliarden davon gehen an die USA, während 1,28 Milliarden zur Unterstützung der mit der NATO verbündeten arabischen Länder vorgesehen sind. Hinzu kommen 420 Millionen Mark im Rahmen der EG-Hilfe. Im einzelnen handelt es sich u.a. um folgende Hilfsleistungen:

Den USA werden für den Truppentransport an den Golf deutsche Charterflugzeuge und -schiffe zur Verfügung gestellt. Die Kosten trägt die BRD.

Der US-Armee werden Fahrzeuge, Pioniermaterial und u.a. 60 Giftgas-Suchpanzer der Bundeswehr überlassen.

Staaten, die sich beim Kriegsaufmarsch gegen den Irak besonders engagieren, erhalten zusätzliche deutsche Lieferungen von militärischem Material. Die Türkei soll Rüstungshilfe "in beträchtlicher Höhe" erhalten, die in der genannten Summe von 3,3 Milliarden Mark noch nicht mitgerechnet ist.

Jordanien, Ägypten und die Türkei erhalten Finanzhilfen von zusammen fast 1,3 Milliarden Mark.

Fakten und Hintergründe zur deutschen Beteiligung am Feldzug gegen den Irak auf S. 7

# 58. Gegen Annexion und Großdeutschland

*Wahlkongreß der Linke Liste/PDS*

CD-Datei: daten/aksuche/ak322/pds.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:322:pds

Am 15./16.9. fand in Berlin(DDR) der erste gemeinsame Kongreß der PDS, der Nelken, unabhängiger Linker aus der Vereinigten Linken sowie der Linken Liste/PDS aus der BRD statt. In den Grundzügen wurde ein gemeinsames Wahlprogramm verabschiedet, das in sich einen für viele überraschend hohen Grad an Gemeinsamkeiten der ost- und westdeutschen Linken widerspiegelt, aber auch die Widersprüche und Differenzen. "Für eine linke Opposition in Deutschland" heißt die gemeinsame Parole, ohne daß damit schon Übereinstimmung über die Ausformulierung und Richtung der Oppositionsrolle bestände. Dies wurde sowohl in den einleitenden Referaten als auch in der Diskussion um das Programm deutlich. Die unterschiedlichen Begründungszusammenhänge für die Unterstützung dieses Wahlbündnisses referierten Walter Janka, Jacob Moneta, Helga Königsdorf, Andrea Lederer, Michael Mäde und Gregor Gysi. In einem kritischen Grußwort wünschte Jutta Ditfurth, "daß neben den Grünen im kommenden Reichstag auch die Linke Liste/PDS vertreten sein wird."

Fortsetzung S. 31

# 59. Sowjets ohne Brot

CD-Datei: daten/aksuche/ak322/su.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:322:su

Die radikalreformerische Presse der Sowjetunion beschäftigt sich dieser Tage, und nicht zum erstenmal, mit Putschgerüchten, die jetzt allerdings schon sehr konkrete Formen anzunehmen scheinen. Die Führung der Streitkräfte, so heißt es da, verfüge bereits über einen genauen Plan, "um die Lage im Land unter Kontrolle zu nehmen". Für die Rolle eines kommenden Militär- diktators werden öffentlich Namen gehandelt wie der frühere Oberbefehlshaber in Afghanistan, Gromow, der heute den Militärbezirk Kiew (Ukraine) kommandiert.

Während hier Putsch- optionen aus dem "konservativen" Lager gemeint sind, sprechen sich manche Autoren der "fortschrittlichen" Presse aber auch für Überlegungen aus, die endlich konsequent anzupackenden Wirtschafts- und Gesellschaftsreformen durch eine von Teilen des Armee unterstützte Präsidialdiktatur abzusichern.

Die Krise in der UdSSR nimmt Züge von Auflösung und Chaos an. 14 der 15 Sowjetrepubliken haben sich als "souverän" erklärt. Das heißt unter anderem: Vorrang der Republikgesetze vor denen der UdSSR; Anspruch auf Bodenschätze und Produktionsanlagen; teilweise auch eigene Außenpolitik, eigene Armee. Die drei baltischen Republiken haben sich förmlich von der UdSSR losgesagt, kaum weniger weitgehend sind die Positionen Georgiens und Armeniens. Rußland als Kern der UdSSR bestreitet dem Staat das Recht, die dort gewonnenen Bodenschätze wie Gold und Diamanten zu vermarkten, was, wenn es durchgesetzt würde, wohl den unmittelbaren Staatsbankrott zur Folge hätte. In Teilen des Landes, so im Kaukasus und Zentralasien, herrscht nahezu Kriegszustand zwischen den Nationalitäten.

Hinzu kommt eine akute Versorgungskrise. Es fehlen Brot und andere zentrale Lebensmittel, es drohen massive Preiserhöhungen. Wut und Ärger der Bevölkerung entladen sich mancherorts in gewalttätigen Auseinandersetzungen. Es droht ein harter Winter mit einer weiteren Zuspitzung der Probleme.

Hintergrundbericht aufS. 12